ZUSAMMENBRUCH UND STAATLICHER NEUAUFBAU NACH 1918 IM URTEIL DEUTSCHER HOCHSCHULLEHRER

Ein Beitrag zum Zeitgeist der frühen Weimarer Republik

---

von

Kurt Töpner

aus Wrbitz/CSR

1966

1000 M 125

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535725_0039

ZUSAMMENBRUCH
UND STAATLICHER NEUAUFBAU NACH 1918
IM URTEIL DEUTSCHER HOCHSCHULLEHRER

Ein Beitrag zum Zeitgeist der frühen Weimarer Republik

INAUGURAL-DISSERTATION
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen - Nürnberg

vorgelegt von
Kurt T ö p n e r
aus Wrbitz/CSR

Tag der mündlichen Prüfung: 22.Juli 1966

Dekan: Universitätsprofessor Dr. G. Pfeiffer
Referent: Universitätsprofessor Dr. H.-J. Schoeps
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. H. Lades

D 29

Inhaltsverzeichnis

Vorwort III

A) Einleitung:
a) Thema und Methode 1
b) Gelehrtenpolitik im 19. Jahrhundert 14
c) Professorenpolitik im Weltkrieg 21
d) Wissenschaft und Politik in der Nachkriegszeit 24

B) Zusammenbruch und Revolution im Spiegel der Erinnerungen deutscher Hochschullehrer . 37
1. Das Revolutionszentrum München 37
a) Universität und Professoren im Strudel der Revolution 37
b) Professoren in Eisners Diensten 53
2. Revolutionszentrum Berlin 85
a) Die Universität im Rektoratsjahr 1918/19 85
b) Das Erlebnis des Umsturzes 98

C) Der Weg des Einzelnen 124
I. Die "Sozialisten" 124
a) Karl Ballod 124
b) Franz Oppenheimer 125
c) Johann Plenge 138
d) Robert Wilbrandt 158
e) Alfred Grotjahn 169
f) Gustav Radbruch 174
II. Vom Herzensmonarchisten zum Vernunftrepublikaner 194
1. Friedrich Meinecke 194
2. Hans Delbrück 217
III. Von der nationalen Rehabilitierung auf den Boden der gegebenen Tatsachen ...247
1. Joseph Mausbach 247
2. Martin Spahn 288

IV. Von der Annexionspolitik zum Dolchstoß 319
1. Georg von Below 319
2. Dietrich Schäfer 348

D) Verfassung und Friedensvertrag 369

1. Hugo Preuß und die Weimarer Reichsverfassung 369
2. Die Weimarer Verfassung im Kreuzfeuer der Kritik 381
3. Der Konnex Weimar und Versailles 398

E) Schlußwort 410

F) Anhang:

Statistischer Anhang (I - V) 419
Quellenanhang (VI - XXIX) 431
Bibliographischer Anhang 487
Bibliographien 488
Quellensammlungen/Sammelwerke 489
Zeitungen 491
Schriftenreihen/Zeitschriften 492
Selbständige Schriften 495
Lebenserinnerungen und Selbstdarstellungen 506
Biographien 510
Sekundärliteratur 511

Vorwort

Die Anregung zu der vorliegenden Arbeit verdanke ich einem Vortrag, der auf einer Tagung der "Gesellschaft für Geistesgeschichte" im Herbst 1963 gehalten wurde (Dr. Dieter Groh: Die Revolution von 1918 im Erlebnis der Zeitgenossen). Die Formulierung des Themas habe ich mit Herrn Prof. Dr. Schoeps vereinbart, dem ich für die Betreuung bis zur Fertigstellung der vorliegenden Darstellung zu großem Dank verpflichtet bin. Den Herren Professoren H. Diwald und A. Voigt danke ich für manchen wertvollen Wink. Die von Herrn Prof. Dr. Schoeps abgehaltenen Doktorandenarbeitsgemeinschaften waren mit zur Selbstüberprüfung äußerst wertvoll.

Für die bibliographische Unterstützung sei an dieser Stelle der Universitätsbibliothek Erlangen und dem Amerikahaus Nürnberg Dank gesagt. Durch die Institution des Fernleihverkehrs blieben mir zeitraubende Bibliotheksreisen erspart. Für die Zusendung von Fotokopien schwer zugänglicher Materialien bin ich der Bibliotheque Nationale in Paris, der Bayerischen Staatsbibliothek und dem Institut für Zeitgeschichte in München, der Stanford University (The Hoover Institution) in Stanford/Kalifornien und der Akademie der Wissenschaften in Berlin (Ost) zu Dank verpflichtet.

Erlangen, im Juli 1966 Kurt Töpner

A) Einleitung

a) Thema und Methode

In der Diskussion um die sog. "Bewältigung der Vergangenheit" taucht immer wieder die Frage nach der Stellung der deutschen Hochschullehrer zum Nationalsozialismus auf. Dabei bestehen z. T. enge Zusammenhänge zur Hochschulpolitik der Gegenwart und die unter dem Schlagwort "Bewältigung" geführte Auseinandersetzung nimmt nicht selten den Charakter der Denunziation an. Dieser Umstand mag es wenig geraten erscheinen lassen, ein Thema zu behandeln, das sich in der Nähe jener "Bewältigung" zu bewegen scheint. Eine entsprechende Untersuchung für das Jahr 1933 scheint jedenfalls in entrückter historischer Betrachtung noch nicht möglich zu sein.

Nun gibt es freilich für die Weimarer Zeit ein echtes Bedürfnis nach Klärung der politischen Haltung der Universitäten. [1] Diese Klärung geschieht mit respektablem Ernst, zumal sie den historisch bedingten Ursachen der politischen Bewußtseinsstellung von 1933 nachzugehen versucht und den Blick weg auf die meist zu kurz kommende Vorgeschichte lenkt.

Aber auch streng wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema "Hochschullehrer und Politik" liegen vor, die den Zeitraum des 1. Weltkrieges behandeln. [2] Für den von uns gewählten

---

1) vgl. neuerdings Th. Eschenburg: Aus dem Universitätsleben vor 1933, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Univ. Tübingen, hrsg. v. A. Flitner, Tübingen 1965, 23 ff; Ders.: Die Universitäten und der Staat von Weimar, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG Nr. 154 (7.Juli 1965); K. Sontheimer: Die Universitäten der Weimarer Republik, Rundfunkvortr. im Bayer. Rundf. (II. Progr.), 26. 3. 1966

2) Vor allem K. Schwabe: Die deutschen Professoren und die polit. Grundfr. des 1. Weltkr., Diss. (masch.), Freiburg i. B.

Zeitraum steht eine Untersuchung des Themas noch aus [1], jedoch gibt es für einzelne Persönlichkeiten eine Anzahl Monographien. [2]

Der Schwerpunkt unserer Untersuchung liegt in den Jahren 1918 - 1920. Die obere Grenze des Zeitraums läßt sich nicht eindeutig festlegen, da die politischen Stellungnahmen der Hochschullehrer in der Regel nicht zu konkreten historischen Ereignissen vorliegen. Es handelt sich meist um Stellungnahmen allgemeiner Art vom Standort des jeweiligen Fachgebiets aus. Abgrenzung des Zeitraums durch ein historisches Datum ist also nicht möglich. Sachlich nehmen in den Stellungnahmen Zusammenbruch und Reichsverfassung einen breiten Raum ein, wodurch sich der zeitliche Schwerpunkt von selbst ergibt. Wenn man den Beginn der stabilen Phase der Weimarer Zeit um das Jahr 1924 ansetzen will, wo würde sich

---

1958; Ders.: Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im 1. Weltkrieg, HZ, Bd. 193 (1916), 609 ff; Ders.: Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im 1. Weltkrieg, in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch. Jg. 14 (1966), 105 ff; ferner das Kap. "Das Drängen der Nation" in F. Fischer: Der Griff nach der Weltmacht, 1. Aufl. Düsseldorf 1961, 178 ff.

---

1) Auch die geistesgeschichtliche Untersuchung von H. Lübbe: Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel/Stuttgart 1963, 173 ff behandelt in erster Linie den Zeitraum des 1. Weltkriegs, greift aber gelegentlich an einzelnen Stellen über das Jahr 1918 hinaus. Einen besonderen Aspekt behandelt K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 2. Aufl. München 1964, der 79 ff die Staatsrechtslehre der Weimarer Republik untersucht. G. Kotowski: Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes, in: Zur Gesch. und Problematik der Demokratie, Festschr. f. H. Herzfeld, Berlin 1958, 187 ff, nennt die Untersuchung der geistigen Krise, in welche die Hochschullehrerschaft durch Niederlage und Revolution geriet, ein "Forschungsproblem ersten Ranges" (187).

2) Vgl. Bibliographischer Anhang, S. 611 ff.

dadurch die Begrenzung des Zeitraums nahelegen. Tatsächlich nimmt um diese Zeit das politische Engagement der Professoren ab, so daß sich die - allerdings ungenaue - Begrenzung des Themas hier von der Quellenlage her ergibt. Eine Beruhigung der Geister war aber dennoch nicht eingetreten, denn mitten in der Phase der Konsolidierung der Weimarer Republik (1926) fand in Weimar eine Tagung verfassungstreuer Hochschullehrer statt, die aus Sorge über die an den Hochschulen bestehende Gefahr rechtsradikaler Tendenzen zustandekam. [1)]

Es ist nun die Frage, ob die deutschen Hochschullehrer in den ersten Nachkriegsjahren einen spezifischen Beitrag zum politischen Gedankengut beigetragen haben. Diese Fragestellung rechtfertigt jedenfalls die Einschränkung des Themas auf eine bestimmte Gruppe von Zeitgenossen. Was sich aus ihren Äußerungen über den Zeitgeist jener Jahre aussagen läßt, gilt zunächst nur innerhalb dieser Gruppe. Ob sich die Hochschullehrer mit der allgemeinen Bewußtseinslage in Übereinstimmung befanden, wäre durch Vergleich mit anderen Gruppen [2)] zu ermitteln. Ein solches vergleichendes Vorgehen der umfassenden Beschreibung und des gerechten Abwägens erscheint indessen nicht möglich. Es ist zudem die Frage, ob überhaupt von vorneherein eine einheitliche, spezifisch akademische Ausprägung des Zeitgeistes zu erwarten ist, sondern nicht vielmehr nur eine vom Beruf herrüh-

---

1) Vgl. Anhang, S. 48ff, Nr. XXIX

2) Gruppenuntersuchungen liegen für die großen Konfessionen vor: G. Mehnert: Evang. Kirche und Politik 1917 - 1919, Düsseldorf 1959; K. W. Dahm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität etc. zwischen 1918 und 1933, Köln/Opladen 1965; H. Lutz: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken 1914 - 1925, München 1963; Da es sich hier um Weltanschauungsgruppen handelt, in unserem Fall um eine Berufsgruppe, fehlt das tertium comparationis.

rende eigentümliche Färbung. Unsere Untersuchung wird zu zeigen versuchen, daß von einer einheitlichen professoralen Politik nicht die Rede sein kann; vielmehr entspricht die Haltung der Professoren weitgehend den in der Zeit vorhandenen politisch-weltanschaulichen Parteiungen. Dementsprechend fällt auch die hier vorgelegte Typologie aus. Dieser Umstand ist ein Hinweis darauf, daß die Professoren unter dem Einfluß und der Abhängigkeit der in der Zeit liegenden ideellen Prämissen standen, mithin auch ihre Äußerungen der politischen Bewußtseinsstellung der Weimarer Zeit entsprechen. Andererseits haben sie stets ihren Anspruch, Mentor mit politisch-ideologischem Führungswillen zu sein, aufrechterhalten. Dies weist ihnen die Rolle des Akteurs zu. Es wird die Frage zu stellen sein, ob und inwieweit sie diesen Anspruch aufrechterhalten und verwirklicht haben.

Das politische Urteil der Hochschullehrer resultierte im allgemeinen aus den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Fachgebietes, ein Umstand, der die geringe politisch-publizistische Tätigkeit der Naturwissenschaftler erklärt. Aber die politische Stellungnahme konnte so z. B. wirtschaftspolitischen, historisch-politischen, staatsrechtlichen oder philosophisch- weltanschaulichen Charakter tragen. Dadurch rechtfertigt sich die Beschreibung des Zeitgeistes anhand der Berufsgruppe "Hochschullehrer" in besonderer Weise: Wer sich auf das noch weithin unerschlossene Gebiet der Geistesgeschichte im Sinne einer "Zeitgeistforschung" begibt, dem ist mit dem Buch von H. J. S c h o e p s : Was ist und was will die Geistesgeschichte [1] ein sicherer methodischer Leitfaden an die Hand gegeben. Demnach kommt der Geist einer Zeit "in allen Manifestationen des geistigen Lebens zum Ausdruck: Weltanschauungen, Lebensformen, Stilprägungen und Geschmacksbildungen. Alle Gebiete des

1) Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1961

Lebens: Staat, Recht, Wirtschaft, aber ebenso Kunst, Philosophie, Religion werden vom Zeitgeist beeinflußt." [1] Somit bietet sich unsere Gruppenuntersuchung schon vom Quellenmaterial her an, denn die Auffächerung der Lebens- und Wissensgebiete ist durch die fachliche Gruppierung des Personenkreises schon anschaulich vorgegeben, die ganze Breitseite des geistigen Lebens kommt darin zum Ausdruck. Wir beschränken uns dabei freilich auf die politische Bewußtseinslage. [2] Eine handliche Formel des Zeitgeistes ist dabei a priori nicht zu erwarten, da sich der Geist einer Zeit nie definieren, sondern allenfalls in seinen verschiedenen Ausprägungen beschreiben läßt. [3]

Die Hochschullehrer als Träger und Vermittler der geistigen Objektivationen lassen den Rückschluß auf die Repräsentanz des Gesamtphänomens "Zeitgeist" (über den "Gruppengeist" hinaus) im behandelten Zeitraum zu. Es handelt sich dabei jedoch nicht um Wissenschaftsgeschichte, sondern um die Grenzgebiete zwischen den verschiedenen Wissenschaftszweigen, der Weltanschauungen und der Politik. Dem ent-

---

1) ebd., 9

2) Womit allerdings nicht gesagt ist, daß sich wissenschaftliches Denken sonst geistesgeschichtlicher Betrachtungsweise entzöge, Vgl. z. B. die Studie von H. Diwald: Das historische Erkennen. Studien zum Geschichtsrealismus im 19. Jahrhundert, Erlangen 1953

3) vgl. H. J. Schoeps: Was ist und was will die Geistesgeschichte, a. a. O., 24: "Da der objektive Geist nach den Hartmannschen Aufweisungen ohne tragendes Gesamtbewußtsein und ohne tragende Gesamtperson besteht, manifestiert er sich immer nur in der Gemeinsamkeit der Repräsentation, als das Gemeinsame in der Mannigfaltigkeit. Es ist ein Ganzheitsgebilde höherer Ordnung, das unabhängig von seinem Gesehenwerden oder seinem intellektuellen Erfaßtwerden existiert. Daher läßt sich der Zeitgeist auch nie fixieren und definieren, sondern nur in seinen Erscheinungsformen charakterisieren."

sprechen die Quellen: akademische Reden, populärwissenschaftliche Broschüren, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Flugschriften etc. [1] Die Verfasser wurden hier zu den Interpreten ihres eigenen fachwissenschaftlichen Wissens, das sie für das praktischen Leben fruchtbar zu machen versuchten. Nicht selten geschah dies mit dem Anspruch auf wissenschaftlich-objektive Gültigkeit der Aussage. Andererseits gerieten sie damit aber in die Tagesleidenschaften des politischen Kampfes und konnten jenen Objektivitätsanspruch umso weniger aufrechterhalten, je mehr sich das akademische Urteil den politischen Parteimeinungen anglich und aufsplitterte. Aber gerade dort, wo die Wissenschaft zur Semiwissenschaft absank, sich in das Grenzgebiet der Tagesfragen begab, die als Herausforderung an sie herantraten, wird sie für die Beschreibung des Lebensgefühls der Zeit faßbar. Die Akteure dieser Tendenz stellen einen ganz bestimmten Typus dar: den des politischen Professors. Nun ist schon das Vorhandensein dieses Typus eine spezifische Zeiterscheinung, denn die Gelehrtenpolitik trat, immer nur zu ganz bestimmten Zeiten mit besonderer Intensität hervor: im 19. Jahrhundert in der deutschen Erhebung von 1813, im Vormärz und in der Revolution von 1848 und vor der Reichsgründung von 1871. Dann erst wieder 1914 mit dem Weltkriegsausbruch, aber auch in der Nachkriegszeit. Der Rückgang der Gelehrtenpolitik im Kaiserreich deutet darauf hin, daß in Zeiten der Sekurität das politische Engagement der Wissenschaftler nicht hervortritt; selbst in der kurzen Spanne der Konsolidierung der Weimarer Republik ab 1924 läßt sich ein Rückgang der politisch-publizistischen Tätig-

---

1) Wegen der Fülle dieses Materials haben wir auf die Heranziehung ungedruckter Quellen, die vereinzelt vorhanden sind, (Delbrück, Meinecke, Seeberg - im Privatbesitz, Bundesarchiv Koblenz, Preuß, Staatsarchiv Berlin) verzichtet. Nach dem Wegfall der Kriegszensur ist davon eine inhaltliche Modifikation auch kaum zu erwarten.

keit der Professoren beobachten. Dies läßt vielleicht den Schluß zu, "daß es um so stiller um die politischen Professoren wurde, je entschlossener und folgerichtiger die politische Führung des Reiches auftrat, daß jedoch in Zeiten der Unsicherheit und der Krise im Staatsleben der deutsche Professor seine Berufung, politischer Mentor des Volkes zu sein, wieder fühlte und in die Bresche springen zu müssen glaubte." [1]

Es war dabei nicht so sehr die praktische, als vielmehr die ideologische Seite der Politik, die den deutschen Professor anzog, wie ja in Professorenkreisen vom wissenschaftlichen Ethos her geurteilt, Parteipolitik von jeher als suspekt gegolten hatte. [2] Ihr Anteil an den Reichstagsabgeordneten ist entsprechend gering; während des Weltkriegs waren im Deutschen Reichstag noch 6 Hochschullehrer vertreten, [3] wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die letzten Reichstagswahlen schon 1912, also vor dem allgemeinen geistig-politischen Mobilmachungsjahr 1914 stattgefunden hatten. Aber auch die Weimarer Nationalversammlung konnte nur einen unbedeutenden Anstieg verzeichnen. Wenn man in Rechnung stellt, daß Zusammenbruch und Revolution hier noch zu sehr schockierend nachgewirkt haben mögen, als daß im Winter 1919 schon ein praktisch-politisches Engagement hätte vorhanden sein können, so zeigen doch auch andererseits die Reichstagswahlen von 1920 keinen sprunghaften Anstieg. Seit 1914 ging dem aber eine eifrige publizistische Arbeit der Hochschullehrer parallel,

---

1) K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., (Diss.), a. a. O., 32; Entsprechend urteilt etwa Walter Goetz über Friedrich Meinecke: Er war "nie etwas anderes als ein Gelehrter, der nur in der Not der Zeit sein Wissen der deutschen Politik zur Verfügung stellte." (F. Meinecke, Leben u. Persönlichkeit, HZ, Bd. 174 (1952) 243)

2) vgl. K. Schwabe, a. a. O., 21

3) Vgl. den Statistischen Anhang Nr. I-V, hier Nr. II (die Honorarprofessoren abgerechnet)

die längere Zeit über das Kriegsende hinausgriff. Die Diskrepanz der beiden Erscheinungen läßt vielleicht den Schluß zu, daß die politischen Leidenschaften der Hochschullehrerschaft in der geistig-ideologischen Seite der Politik [1] in jenen Jahren zu suchen sind, was als spezifisches Merkmal der Berufsgruppe gelten kann, Ob zugleich die Inhalte der politischen Ideologien als Merkmal des Berufs gelten können, muß zunächst als Frage offenbleiben.

Die Vielzahl der politisch aktiven Professoren erlaubt es kaum, das Thema erschöpfend zu behandeln. [2] Vor allem für die Stoffauswahl und Gliederung gibt es kein sicheres Prinzip, den Anschein der Willkürlichkeit auszuschalten. Kürschners Gelehrtenkalender von 1926 enthält etwa 10 000 Namen. Davon konnten ungefähr 400 als politisch aktiv in die engere Wahl gezogen werden. Eine Aufteilung des Stoffes nach monographischen Darstellungen einzelner Persönlichkeiten erschien daher nicht praktikabel. Ebenso ein chronologisches Schema, da hierfür das Zeitintervall zu kurz, der vorhandene Stoff aber überwältigend groß ist. Eine Gliederung nach sachlich-inhaltlichen Gesichtspunkten der politischen Diskussion bot sich an, hat aber den Nachteil, daß das biographische Moment ins Hintertreffen gerät, bzw. die Entwicklung der politischen Ideen beim Einzelnen weitgehend außer acht bleiben müssen. Es erschien daher

---

1) Selbst ein politisch so engagierter Mann wie Hans Delbrück ließ sich nach seinem parlamentarischen Zwischenspiel in den achtziger Jahren (vgl. Stat. Anhang Nr. I) nicht mehr als Abgeordneter aufstellen und bevorzugte die Publizistik, "nachdem seine Feder nun so viele Jahre allen und jeden Fraktionszwangs gespottet" hatte. (E. Daniels: Delbrück als Politiker, in: Am Webstuhl der Zeit. Festg. f. Hans Delbrück, Berlin 1928, 24)

2) das Thema lautet daher nicht auf "die deutschen Hochschullehrer".

ratsam, eine Kombination beider Prinzipien zu wählen. Dabei wird zumal in den monographischen Kapiteln bis auf das Jahr 1914 zurückgegangen; denn das Einsetzen der Darstellung bei 1918 hieße voraussetzen, daß Zusammenbruch und Revolution ein Wendejahr im politischen Bewußtsein der behandelten Zeitgenossen bedeutet hätte, was zunächst naheliegen mag. Das hieße aber vorwegnehmen, was die Untersuchung als Ergebnis bringen kann. Ob das Erlebnis des Jahres 1918 neue politische Ideen hervorgebracht hat, muß aber zunächst nur als Frage an den Stoff herangetragen werden. Für die Beantwortung derselben empfiehlt sich der Vergleich mit der voraufgegangenen Zeit. Dies gilt besonders für das Kap. "Der Weg des Einzelnen", wo an ausgewählten Persönlichkeiten die Entwicklung der politischen Gedankenwelt seit 1914 veranschaulicht werden soll. Daß sich hier einzelne Gruppen in etwa nach den Parteirichtungen (Sozialisten, Demokraten, Zentrum, Nationalisten) zusammenfassen lassen, ist ein Ergebnis der Materialsichtung, wobei die behandelten Persönlichkeiten als besonders repräsentativ erscheinen, was allerdings nicht heißen soll, daß es nicht auch andere typische Repräsentanten gegeben hat. Zum anderen sollen aber auch sachliche Probleme gesondert im Spiegel der Professorenpublizistik behandelt werden. So vor allem die Weimarer Reichsverfassung, der Versailler Vertrag und der Konnex zwischen beiden. Die Frage nach den Vorstellungen der staatsbürgerlichen Erziehung schließlich läßt auf weitere Kreise der Zeitgenossen, vor allem der Lehrer, schließen.

Zuerst aber gilt es, der unmittelbaren Reaktion auf den Zusammenbruch nachzugehen und das noch wenig reflektierte, emotionale Moment zur Darstellung zu bringen, das freilich längere Zeit vorgehalten hat und ein charakteristisches Kennzeichen der zugrundegelegten Literaturgattung darstellt. Wir halten es daher für unerläßlich, die Quellen unmittelbar sprechen zu lassen und den Kommentar möglichst knapp

zu halten. Es würde der Anschaulichkeit der stimmungsgeladenen publizistischen Äußerungen abträglich sein und die Beschreibung des Zeitgeistes eher verfälschen, wollte man sie nur verkürzt referierend zur Darstellung bringen. Aus diesem Grunde ist der Arbeit auch ein Quellenanhang beigegeben, auf den im Text z. T. Bezug genommen wird, der z. T. aber auch Thematiken enthält, die im Text unberücksichtigt bleiben mußten.

Die Erscheinung des "politischen Professors", wie sie zumal in politischen Konjunktur- und Krisenzeiten auftaucht, hat natürlich ihre geschichtlichen Wurzeln. Will man daher diesem Typus einigermaßen gerecht werden, wird man, wenigstens im Überblick, diese Wurzeln aufsuchen müssen und die Frage stellen, welche Position die Hochschullehrer zu den politischen Grundfragen des 19. Jahrhunderts eingenommen haben. Sodann wird ihre politische Ideologie in der Kriegszeit zu beachten sein, was zu der Themafrage überleitet, ob und in welcher Weise 1918 ein Umschwung des politischen Denkens erfolgt ist. Der inhaltlichen Darstellung dieses Denkens soll schließlich noch ein Exkurs über die Theorie des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in den ersten Weimarer Jahren vorausgeschickt werden.

Daß die Berufsgruppe der Hochschullehrer aufgrund eines spezifischen Verhältnisses zur Politik vom wissenschaftlichen Denken aus, auch einheitliche, dem Beruf zuzuordnende politische Ideen entwickelt hätte, ist von vorneherein nicht zu erwarten, hatte sich doch im Weltkrieg gezeigt, daß die allgemeine politische Gruppierung der Zeit sich innerhalb der Hochschullehrerschaft spiegelt: Von der einmütigen Kriegsbegeisterung zur Annexionspolitik einerseits und zur inneren demokratischen Reform, verbunden mit der Friedensbereitschaft andererseits. [1] Für die Nachkriegs-

1) vgl. die Diss. v. K. Schwabe, a. a. O., 352 ff sowie die Kurzfassung in HZ, Bd. 193 (1961), 601 ff. Die Formel lautet demnach kurzgefaßt: "innerer Ausbau oder äußere Expansion".

zeit lautet die Alternative entsprechend: Anerkennung oder Ablehnung der demokratischen Republik. Innerhalb dieses Gegensatzes gab es freilich verschiedene Zwischenstufen, entsprechend den Parteigruppierungen. Da die Haltung der Gemäßigten im Kriege nicht eo ipso zur Anerkennung der republikanischen Staatsform führen mußte, ist ihr Einleben in die neue politische Ordnung besonders interessant, da in der Regel eine Diskrepanz zwischen Überzeugung und Einsicht der Staatsräson vorliegt.

Nun ist es, wie schon gesagt, ein Spezifikum des akademischen Berufsstandes, daß Parteipolitik als suspekt angesehen wurde. Daß sie sich nach dem Zusammenbruch dennoch an die vorhandenen Parteigruppierungen - freilich auf individuell bedingten Abweichungen und Akzenten - im großen und ganzen anlehnten, selbst wenn sie, wie vor allem die Rechtsradikalen, die Parteipolitik schärfstens attackierten, mag daran liegen, daß sie sich gewollt oder ungewollt, der neuen politischen Wirklichkeit unterwerfen mußten. So trat in den politisch-weltanschaulichen Meinungen ein unüberbrückbarer Pluralismus ein, der sich bis zum unduldsamen Dogmatismus steigerte.

Dieser Sachverhalt erschwert es, von d e m Zeitgeist schlechthin zu sprechen und verführt zu der Annahme, daß es sich um Zeitgeister gehandelt hat. Nun tritt aber der Geist einer Zeit niemals ungebrochen auf, vielmehr immer in der Mannigfaltigkeit der in einer Zeit vorhandenen Möglichkeiten der Gestaltung: "Aber auch wenn sich in der gleichen Epoche Tendenzen heterogener Art überschneiden, spricht dies keineswegs gegen die Existenz eines sich verbindenden Zeitgeistes, da ja auf eine Fragestellung immer mehrere Antworten, für eine Aufgabe mehrere Lösungsversuche möglich sind." [1)]

---

1) H. J. Schoeps: Was ist und was will die Geistesgeschichte, a. a. O., 23

Die in der Zeit enthaltenen Fragestellungen sind es also, die das Denken des Zeitgenossen epochal determinieren: "In dem Maße, wie die Themen ergriffen und bewältigt, die Aufgaben gestellt und gelöst werden, realisiert sich das Zeitalter; in dem Maße, wie sie ihre Dringlichkeit verlieren oder von anderen verdrängt werden, geht es zu Ende. So erst wird entscheidbar, was 'eigentlich' zu dem Zeitalter gehört. Selbstverständlich bildet sich dann immer zugleich ein breiter Saum dessen, was zwar auch in dem Zeitalter lebt, aber in seine Thematik nicht eingespannt ist, ein Saum des Unzeitgemäßen, im schlechten, im guten und im besten Sinn des Wortes." [1]

In dem von uns bearbeiteten Quellenmaterial tritt das Unzeitgemäße kaum entgegen, denn in den Niederungen des politischen Tageskampfes haben Professoren, wenngleich mit wissenschaftlichem Objektivitätsanspruch, die Wolkendecke der Epochaldetermination jenes Kurzintervalls nicht durchstoßen.

Wo aber ist die Einheit in der Mannigfaltigkeit zu suchen und inwiefern blieben die Polaritäten aneinander orientiert, worin wiederum das tragende Gesamtbewußtsein besteht? Für die Beantwortung dieser Frage ist es erforderlich, die politische Thematik der Zeit zu umreißen und in der Spiegelung darin die Antworten der Zeitgenossen zu ermitteln, nachdem der Lebenshorizont auf dem Erlebnishintergrund der Zeit ausgeleuchtet worden ist (Kap. II). Thematik und Antworten [2] ergeben also den Hinweis auf den gemeinsamen verankerten Geist der Zeit.

---

1) H. Freyer: Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, 9

2) Nach der von Toynbee popularisierten Formel challenge und response, vgl. H. J. Schoeps, a. a. O., 23 f

Gerade die Weimarer Zeit enthält viele offene Wunden, die in der historischen Betrachtung die Gesamtschau beeinflussen und zu dem Vergleich Weimar - Bonn [1] locken oder die Zeit 1918 - 1933 als Zwischenspiel zwischen Monarchie und Diktatur erscheinen lassen. [2] Dieser Blickwinkel post rem factam muß aber zunächst auf die Beschreibung der Haltung der Akteure außer acht bleiben; vielmehr ist im Zeitkontext mit einer noch offenen Zukunft die Darstellung vorzunehmen. Diese Betrachtungsweise läßt auf dem Lebenshorizont der Zeit die divergierenden Haltungen gleichberechtigt erscheinen und erschwert somit heilsamerweise eine moralische Wertung ("Braune Universität"), die über eine wissenschaftliche Interpretation hinausführt und die Bewältigung der Geschichte nicht in einem Vorgang geistiger Aneignung sehen will.

---

1) F. K. Fromme: Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen etc., Tübingen 1960

2) G. Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur, Berlin 1963

b) Gelehrtenpolitik im 19. Jahrhundert

Da die vorliegende Arbeit vor allem nach der p o l i t i - s c h e n Bewußtseinsstellung der deutschen Hochschullehrer nach dem Zusammenbruch von 1918 fragt, ist es angebracht, ganz allgemein nach dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft, politischer Theorie und politischer Praxis in dem angegebenen Zeitraum zu fragen, d. h. nach dem Selbstverständnis der Professoren in ihrer Einstellung gegenüber der Politik überhaupt. Ein politisches Selbstverständnis bei den Professoren setzt nun aber ein Engagement in dieser Richtung voraus. Wie war es bei den Hochschullehrern zu einem solchen gekommen und wie verhielten sich frühere Professorengenerationen zum politischen Lebensbereich?

Seit den Reden Fichtes und Schleiermachers an die deutsche Nation, vor allem aber seit dem "Professorenparlament" der Frankfurter Paulskirche ist der Typus des politischen Professors im 19. Jahrhundert in Deutschland bekannt. [1] "Die Revolution von 1848 wurde nach der Erhebung von 1813 der zweite Moment in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, da Politik und Wissenschaft eine feste Verbindung eingingen." [2] Freilich wich der seit Fichte und Schleiermacher erhobene politische Führungsanspruch der Professoren [3] nach dem Scheitern der Revolution

---

1) Den Anteil der Professoren im Frankfurter Paulskirchenparlament vgl. bei H. Schwarz: MdR. Handbuch der deutschen Reichstage, Hannover 1963

2) K. Schwabe: Die deutschen Professoren und die politischen Grundfragen des 1. Weltkrieges, Diss. (masch.), Freiburg 1958, 18

3) vgl. dazu vor allem K. Scheidler: Über die Idee der Universität und ihre Stellung zur Staatsgewalt, Jena 1838, 80; G. Ritter: Die Idee der Universität und das öffentliche Leben, Freiburg 1946; E. Spranger: Wandlungen im Wesen der Universität, Leipzig 1913, bes. 12 f.

einer tiefen Desillusionierung und Resignation. [1] Es folgte eine Zeit, in der sich mit der Änderung des politischen Klimas auch die politische Berufung der Professoren verlorenging, [2] und sich die Auffassung verbreitete, daß sich die Wissenschaft mit der praktischen Politik nicht vertrage. Andererseits entwickelten manche Professoren in der Zeit zwischen Revolution und Reichsgründung in der nationalpolitischen Publizistik eine rege Wirksamkeit, [3] indem sie die politische Einheit Deutschlands forderten. An hervorragender Stelle standen hier vor allem Heinrich v. T r e i t s c h k e , Heinrich von S y b e l , Ludwig H ä u s s e r , J. Gustav D r o y s e n , F. C. D a h l m a n n u. a. [4] Bei den kleindeutschen Historikern blieb die Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik insofern gewahrt, als sie aus der Geschichte unmittelbar politische Belehrung schöpfen wollten, sie standen damit aber außerhalb der allgemeinen Tendenz, wie eine Klage Ludwig Häussers erkennen läßt, welche lautet: "Im Ganzen schaffen unsere Gelehrten für sich und die Nation mag sehen, wo sie ihre Belehrung findet." [5] Dagegen war die kleindeutsche Geschichtsschrei-

---

1) vgl. F. Paulsen: Wesen und Entwicklung der deutschen Universitäten, Berlin 1902, 329

2) vgl. H. Baumgarten: Der Liberalismus, eine Selbstkritik (1866), in: Hist. u. polit. Aufs. u. Reden, hrsg. v. E. Marcks, Straßburg 1894

3) vgl. H. Rosenberg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des deutschen Krieges. Eine krit. Bibliogr., 2 Bde, München/Berlin 1935

4) vgl. G. P. Gooch: History and Historians in the 19th Century, London 1913

5) bei E. Marcks: Heidelberger Professoren aus dem 19. Jahrhundert, Festschr. d. Univ. etc., Bd. I, Heidelberg 1903, 298 f

bung "Geschichte in publizistischer Form, oder Publizistik an Hand der Geschichte", [1] wenngleich ihre Vertreter der praktischen Politik fern blieben. [2]

Als dann 1871 der Traum von der deutschen Einheit Wirklichkeit wurde, klang damit auch die publizistische Tätigkeit der Professoren ab. In den sog. "Gründerjahren" fehlte es freilich an neuen mitreißenden Ideen, die hätten propagiert werden können. Von den Achtundvierzigern waren unter den Professoren noch einige Berufspolitiker tätig, [3] am prominentesten Theodor M o m m s e n und Rudolf V i r c h o w , die aber wie Heinrich von T r e i t s c h k e jetzt mehr und mehr zu Anachronismen wurden. [4] Die politische Historie wurde "zur reinen, methodisch-kritisch durchgebildeten Fachwissenschaft und schied damit aus der Beteiligung an der Gelehrtenpolitik vorläufig aus. Denn die politischen Formen, zu deren Aufbau sie so wirksam mitgeholfen hatte, waren nun geschaffen und fertig, und für die ganz neuen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die jetzt aufstiegen, fehlte den politischen Historikern nicht nur die technische Vorbereitung, sondern vielfach auch - man denke an Treitschkes ärgerliche Abweisung des Schmollerschen Kathedersozialismus - das volle innerliche Verständnis. Die Philosophen der ersten Periode waren schon längst politisch verstummt. Die Historiker der zweiten Periode beginnen nun auch stille zu werden gegenüber dem Staate der Gegenwart. Jetzt nehmen die Nationalökonomen,

---

1) bei G. Droysen: Johann Gustav Droysen, T. I, Leipzig/Berlin 1910, 314, Anm. 4

2) K. Schwabe, a. a. O., 20, Anm. 17

3) vgl. im einzelnen Anhang, S. Nr.

4) So Mommsen über sich selbst, Zit. bei Schwabe, a. a. O., 22, Anm. 21

die Kathedersozialisten die Fahne der Gelehrtenpolitik auf. Sie hatten Einwirkungen empfangen sowohl vom älteren philosophischen Idealismus wie vom idealistisch-politischen Historismus, fügten aber ein neues sehr wirksames Ferment hinzu, nämlich den westeuropäischen Positivismus und die bei aller Abwehr der Marxschen Lehren doch unvermeidlichen Konzessionen an seine materialistische und naturalistische Betrachtungsweise." 1)

Gegenüber dem politischen Idealismus der Liberalen von 1848, der sich immer mehr erschöpfte, war der politische Geist im neuen Reich ein anderer geworden: "Als 1871 unser Sehnen nach Kaiser und Reich gestillt und diese Ideale unserer Jugend verwirklicht waren", schreibt Theobald Ziegler, "da ergriff uns etwas wie Heimweh und Sehnsucht nach verloren gegangenen Idealen. Ganz anders bei der Generation, die in diese Wirklichkeit hineinwuchs. Ihr waren das keine Ideale mehr, und daher stand sie denselben realistisch gegenüber; sie verstand daher auch nicht, wie es jemand sich beikommen lassen konnte, daran zu rütteln. Darin lag eine Sicherheit, wie sie die ältere Generation nie gefühlt hatte und sich auch nicht mehr erwerben konnte, darin aber auch eine gewisse nationale Unduldsamkeit. In Bismarck und Kaiser Wilhelm I. sah sie das alles verkörpert, und daher schloß sie sich ihnen als Führern unbedingt an. Das war in den achtziger Jahren, zu einer Zeit also, in der die konservativen Mächte und Parteien, das ostelbische Junkertum und auch die Kirche auf ihrer Seite standen. Im Liberalismus dagegen sah die so heranwachsende Jugend den Gegner; was er in langjährigen Kämpfen erstritten hatte, wurde danklos als vorhanden hingenommen, was er an Ausdehnung der Freiheit noch weiter erkämpfen wollte und woran er prinzipiell und ideell fest-

---

1) So Friedrich Meinecke: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, in: Staat und Persönlichkeit, Studien, Berlin 1933, 138

halten zu müssen glaubte, das schätzte man gering oder sah darin sogar ein Feindliches und Trennendes. So wurde die Jugend der achtziger Jahre konservativ. Auch darin wurde Treitschke zum Wortführer für viele." [1]

Heinrich von Treitschke unternahm einen der wenigen Versuche, der erlahmenden politischen Theorie neuen Antrieb zu geben. Seine Konzeption ist aber wie die der Juristen Rudolf von I h e r i n g und Otto von G i e r k e ein "Ausdruck für die prekäre Lage des deutschen Idealismus nach der Reichsgründung. Ein geistiges Vakuum [2] war entstanden, in das sich in der deutschen Bildung teils der Positivismus, teils Schopenhauer und seine Philosophie einzuschieben begann." [3] Hatte Rudolf von Ihering der Rechtslehre und der Rechtstheorie des Positivismus die Grundlage gegeben,("Der Zweck im Recht", 2 Bde., 1877 u. 1884), Otto von Gierke von einer idealistisch-romantischen Position aus die deutschrechtliche Überlieferung zur Geltung zu bringen versucht, so vollzog Treitschke den Schritt von der Idealität zur Realität, zum "politischen Naturalismus" [4] in seinen "Vorlesungen über Politik", die er seit 1874 in Berlin gehalten hat. Treitschke wurde damit zum politischen Erzieher der jungen Generation: "So ist unter seinem Einfluß das patriotische Empfinden der Jugend bis zu einem uns Deutschen bis dahin fremden Höhe-

---

1) Theobald Ziegler: Die geistigen und socialen Strömungen des 19. Jahrhunderts, Berlin 1899, 547

2) Dem entspricht das bekannte Wort H. v. Sybels: "Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen Inhalt für das weitere Leben nehmen?" (Zit. bei C. Varrentrapp in der Einl. zu H. v. Sybel, Vortr. u. Abhandlungen, München 1897, 85)

3) Theodor Schieder: in: Deutsche Geschichte. Ein Handbuch, hrsg. v. P. Rassow, Stuttgart 1953, 568

4) ebd., 567

grad gestiegen." [1] In dem "Bekenntnis zur Macht als den tragenden Grund aller Politik" [2] fand Treitschke Nachfolger in seinen Schülern Heinrich C l a ß (dem späteren Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes) und dem Berliner Historiker Dietrich S c h ä f e r . Nach Bismarcks Sturz entwickelte Treitschke dann eine "nationale Oppositionshaltung" [3] gegenüber dem Regierungskurs.

Heinrich von Treitschke stand in schroffem Gegensatz zu den Lehren der sog. "Kathedersozialisten" (am bekanntesten G. Schmoller, A. Wagner und L. Brentano),[4] die sich für die innere Einigung Deutschlands, die Integration der Arbeitermassen in den nationalen Staat einsetzten. Ihre Lehren setzten sich in der praktischen Politik in der Gestalt Friedrich N a u m a n n s und dessen Idee vom sozialen Volkskaisertum fort. Treitschke stand dieser Forderung verständnislos gegenüber. [5] Wenn nach Treitschke später der Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik und die überseeische Expansion drangen, so war damit schon der im Kriege mit größerer Schärfe aufbrechende Gegensatz innerer Ausbau - äußere Expansion vorgegeben.
Gestalten wie Treitschke und die Kathedersozialisten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bedeutung der politischen Gelehrten seit der Reichsgründung eine geringe

---

1) Ziegler, a. a. O., 546

2) Schieder, a. a. O., 567

3) Schwabe, a. a. O., 23

4) Über die Politik der Kathedersozialisten vgl. L. Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, 79; neuerdings G. Römer: Lujo Brentano in den geistigen Strömungen seiner Zeit, Diss. (masch.), München 1954

5) vgl. Ziegler, a. a. O., 492 f

war. Bei Treitschke zeigt sich eine Diskrepanz zwischen seiner Wirkung auf die akademische Jugend und seiner Isolierung im Kollegenkreis und auch der Nachfolger auf seinem Lehrstuhl Hans D e l b r ü c k , der sowohl publizistisch (Preuß. Jahrbücher) als auch vom Katheder politisch wirksam war, gehörte zu den Ausnahmeerscheinungen. Die Verbindung von Wissenschaft und Politik wurde zudem von Max W e b e r getrennt. [1] Diesem Sachverhalt entspricht auch die Tendenz, daß sich die Professoren gegenüber 1848 immer mehr aus der praktischen Politik zurückzogen, was schon ihr geringer Anteil an den Reichstagsabgeordneten erkennen läßt. [2] Sie haben aber den geistigen Führungsanspruch gegenüber der Nation nie ganz aufgegeben; besonders in "Zeiten der Unsicherheit und der Krise" glaubte der deutsche Professor an "seine Berufung, politischer Mentor zu sein...Dies sollte dann auch die Rückkehr des deutschen Professors in die Politik beweisen, die sofort mit dem Ausbruch des Weltkrieges, der bisher höchsten Gefährdung des Reiches, einsetzte." [3]

---

1) vgl. Schwabe, a. a. O., 24, 28. Für Max Weber gilt diese Tendenz noch 1919; vgl. "Wissenschaft als Beruf, in: Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922

2) für 1848 vgl. Hans Schwarz: MdR. Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage, Hannover 1965; für 1871 - 1918 vgl. Statist. Anhang, S. 419 ff Nr. I-V

3) Schwabe, a. a. O., 32

c) Professorenpolitik im Weltkrieg

Bei Weltkriegsausbruch fühlten sich die Professoren wieder berufen, das politische Geschehen zu deuten. Obwohl die Wissenschaft für ihr Gedeihen Ruhe und Zurückgezogenheit nötig habe, so wurde 1916 geäußert, könne der Gelehrte "die Interessen, welche die Zeit bewegen ... nichtsdestoweniger auf das lebhafteste teilen und für sie mit Aufopferung tätig sein. Die Studierstube ist für ihn der feste Punkt, von dem aus er den Hebel anlegt, um die Welt zu bewegen." [1] In diesem Sinne stellten sich zahlreiche Professoren als Volksredner zur Verfügung, um die "Besinnung auf die höchsten Güter" zu wecken. Für die Berliner Professoren "galt es, uns immer tiefer der inneren Werte bewußt zu werden, die wir in den ersten Wochen des Krieges gewonnen hatten und sie als unverlierbares Gut in Besitz zu nehmen; es galt, uns immer wieder zu erinnern, daß dieser Kampf den höchsten und heiligsten Gütern unseres Volkes gilt, und dieser Güter selbst wieder gewiß zu werden; es galt, den Krieg in seinen tiefsten Ursachen zu verstehen und vorausschauend zu überlegen, was wir von ihm erwarten müssen, wenn die Blüte unseres Volkes auf den Schlachtfeldern nicht umsonst ihr Blut vergossen haben soll. Mit einem Wort, es galt in diesen Reden einen Born zu erschließen, aus dem immer wieder neuer Mut, neue Kraft und neue Zuversicht zu schöpfen war." [2]

Das innenpolitische Klima erwuchs zunächst aus dem Bewußtsein der einheitlichen Volksgemeinschaft. Die sog. "Ideen

---

1) bei K. H. Grützmacher (Erlangen): Die Universitäten im Kriege, Jahrb. der evang.-luth. Landeskirche Bayerns 1916, 1; Verf. macht im Anschluß daran auf den praktischen Lebensbezug der Wissenschaften im Kriege aufmerksam, indem er die Leistungen der Chemie, Medizin, Volkswirtschaft und der Theologie (religiöse Kriegsliteratur) hervorhebt.

2) Deutsche Reden in schwerer Zeit, geh. von den Professoren

von 1914" sollten demgemäß für viele Professoren von nachhaltiger Wirkung über das Kriegsende hinaus bleiben. Je mehr jedoch von alldeutscher Seite der Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umgedeutet wurde, desto deutlicher brach der schon vor dem Kriege vorhandene Gegensatz Imperialismus - innenpolitisch-sozialer Ausbau hervor. Mit der Friedensresolution vom Juli 1917 wurde die "Spaltung der Nation" [1] und damit der Professorenschaft vollkommen. Ging die Verschlechterung des innenpolitischen Klimas auf das Konto der Annexionisten, so sahen diese umgekehrt den Grund dafür in der "Demobilisierung der Geister", d. h. der "Abrüstung". [2]

Ein Repräsentant der Gegenposition war Max W e b e r , der 1917 schrieb: "Der 'Wille zur Ohnmacht' im Innern, den die Literaten predigen, ist mit dem 'Willen zur Macht' in der Welt, den man in so lärmender Weise hinausgeschrien hat, nicht zu vereinigen. Die Frage, ob die Nation sich reif fühlt, die Verantwortung eines Siebzigmillionenvolkes vor den Nachfahren zu tragen, beantwortet sich in gleichem Sinn und Schritt mit der Frage der inneren Neuordnung Deutschlands. Wagt sie das eine nicht, so mag sie auch das andere von sich ablehnen. Denn es führt dann politisch zu nichts. Dann in der Tat wäre dieser Krieg: ein Kampf um

---

der Universität Berlin, hrsg. v. d. Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Verein f. volkstüml. Kurse von Berliner Hochschullehrern, Berlin 1914, Vorwort VII f

1) G. v. Below: in: Das größere Deutschland Jg. V (1918), 10 und 865 ff. Meinecke sprach von den "Zwei Systemen" (bei Schwabe, a. a. O., 352 ff und in HZ 193 (1961), 629)

2) G. v. Below: Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. II (1918), 813; vgl. Schwabe, a. a. O., 365

die Teilnahme auch unserer Nation an der Verantwortung für die Zukunft der Erde, 'sinnlos' und ein bloßes Gemetzel gewesen, und jeder künftige deutsche Krieg wäre es erst recht. Wir müßten unsere Aufgaben anderwärts suchen und uns in diesem Sinne 'umorientieren'." [1]

Dies war der Stand der Diskussion bei Weltkriegsende. Hatten sich die Professoren zu Anfang des Weltkriegs berufen gefühlt, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus überparteilich politische Belehrung zu bieten, im Verlaufe des Weltkriegs hatte sich jedoch gezeigt, daß ihre Urteile keine wissenschaftliche Objektivität beanspruchen konnten, da sie zu völlig konträren Ergebnissen kamen und die "Spaltung der Nation" auch mitten durch die Hochschullehrerschaft hindurchging. Dieser Sachverhalt wurde auch nach dem Kriege nicht von allen Professoren erkannt, sondern vielmehr gegenseitig der Vorwurf ungenügender Wissenschaftlichkeit erhoben. So erklärte z. B. Georg von B e l o w die Haltung seiner politischen Gegner aus der akademischen Neigung, "Theorien auszuspinnen, sich Doktrinen zu überlassen" und aus dem "Spezialistentum", mit dem die einseitige Vertretung von Sonderinteressen" (sc. Demokratisierung) eine innere Verwandtschaft habe [2]: "Aber wie es die Aufgabe der Wissenschaft ist, den Sinn des Lebens zu deuten, so wird auch immer wieder die Aufforderung an die akademische Welt herantreten, an der Lösung der vaterländischen Aufgaben sich mit vollem Ernst zu beteiligen. Im Ästhetentum und im Spezialistentum aufzugehen kann schließlich auch der Wissenschaft nicht frommen." [3] Wenn Below seinen Gegnern die

---

1) Max Weber: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Ges. Polit. Schriften, hrsg. J. Winckelmann, Tübingen 1958, 430 f

2) Die Stellung der Hochschullehrer etc., a. a. O., 815 f

3) ebd., 824

Verkehrtheit ihrer Urteile aufgrund einer falschen Wissenschaftlichkeit nachzuweisen suchte, sollte dieses Argument das Prinzipielle seiner eigenen Anschauungen bekräftigen. Die Gegensätze erfuhren dadurch eine erhebliche Verschärfung, daß die politischen Ansichten der Professoren die Fassade einer wissenschaftlichen Erkenntnis erhielten.

d) Wissenschaft und Politik in der Nachkriegszeit

Der Anspruch der wissenschaftlichen Objektivität im politischen Urteil wurde auch nach dem Kriege bei den Hochschullehrern weithin nicht aufgegeben. Andererseits wurde auch die Propagierung politischer Meinungen bie den Professoren mit wissenschaftlichen Kategorien als unbefriedigend empfunden. So schrieb z. B. ein Hochschullehrer an den Sozialdemokraten Leo A r o n s unmittelbar nach dem Zusammenbruch: "Die Professoren haben in diesem Kriege zur Evidenz gezeigt, daß man von Ihnen in politischen Dingen nichts lernen kann, daß es dagegen dringend not tut, daß sie eines lernen, nämlich: M a u l h a l t e n !" [1]
Selbst Friedrich Meinecke, ein Repräsentant der Professorenpolitik urteilte 1922, daß diese im Kriege nicht mehr wie in früheren Generationen den "ideologischen Überbau zu dem geliefert" habe, "was die realen Kräfte des Staates und der Gesellschaft wirkten: "Die Produktion der Gedanken, mit denen wir den Weltkrieg geistig durchkämpften, erfolgte von einer viel breiteren sozialen Basis aus... Wir standen mehr in der Front als vor der Front." [2]
Und Gustav Radbruch meinte rückschauend 1926: "Nur zu oft war vor und während des Krieges der Professor die Trompete, die von selbst zu tönen meinte und nicht wußte, daß und von

1) Leo Arons: Universitäten heraus, Berlin 1918, 3

2) F. Meinecke: Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, a. a. O., 137, 139

wem sie geblasen wurde - nichts ist gutgläubiger als ein Professor außerhalb seines Fachwissens! Mit den Gesten der Führerschaft waren die Universitäten vielfach Geführte, wo nicht Angeführte des Zeitgeistes. Und daß vorzüglich sie die Metaphysik der Macht und des Krieges in sich verkörperten, daß gerade die Vertreter des Geistes den Geist an die Macht preisgaben, das hat auch im neuen Staat nachwirkend verhindert, daß die Universitäten den Einfluß auf die öffentliche Meinung zurückgewannen." [1]

Mit diesem Bewußtsein mußte der latente Führungsanspruch der Gelehrtenwelt erschüttert werden, wie denn auch des öfteren das mangelnde Ansehen der Universitäten im Volke registriert und beklagt wurde. [2] Das Thema Wissenschaft und Politik blieb nach dem Kriege lange Zeit aktuell. Max W e b e r trat für die Scheidung der beiden Bereiche ein. Politik sollte nicht von der Wissenschaft aus gestaltet werden, wie sich die Wissenschaft der Wertung zu enthalten und rational die Kausalitäten zu erforschen habe. [3] Diese Tendenz zur Isolierung der Wissenschaft von den geistigen Forderungen der Zeit stieß auf heftigen Widerstand. Erich von K a h l e r schrieb, Webers Antwort könne man nur "als das endliche Eingeständnis eines längst bestehenden Zustands, als den ausdrücklichen Verzicht der alten Wissenschaft auf die geistige Führung des Menschen, als ihr offenes Sich Begeben der Fähigkeit und des Anspruchs, uns das Erste, das Höchste, dessen wir bedürfen, nämlich die geistige Bestimmung unseres Lebens, zu leisten." [4]

Diese Kritik richtete sich gleichzeitig gegen die politi-

---

1) G. Radbruch: Die Universitäten und der heutige Staat. Recht u. Staat in Gesch. u. Gegenw., H. 44, Tübingen 1926,33

2) So G. Radbruch s. o. und z. B. Dietrich Schäfer, Anhang, S. 469ff Nr. XXIII.

3) M. Weber: Wissenschaft als Beruf (1919) in: Aufs. z. Wissenschaftslehre, Tübingen 1922; Politik als Beruf (1919) in: Ges. polit. Schr., hrsg. Winckelmann, Tübingen 1958,493 ff

sche Wirklichkeit, wenn es weiter heißt: "Die gleiche intellektuelle Verfassung, welche das lebendige Volk in starre Parteiprinzipien zertrennt und ihren Streit auf immerwährende Zeiten als legitim anerkennt, die gleiche Tendenz zerspaltet die lebendige menschliche Person in begrifflich heterogene, für immer feststehende Typen der reinen Funktion wie den Lehrer und den Führer. Als Führer vermag sie nichts anderes vorzustellen als die geschilderte Art des gegenwärtig üblichen Parteidemagogen, als Lehrer vermag sie nichts vorzustellen außer dem bisher bekannten Universitätsprofessor. Diese beiden Typen mögen ihren Begriffen nach wirklich unvereinbar sein. Aber wenn uns Max Weber für unsere kommende Ordnung auf diesen Zwiespalt festlegen will, so müssen wir ihm erwidern: Wir haben den Parteidemagogen satt in und außerhalb des Hörsaals, wir haben den Begriffe machenden Wissenschaftsmann satt in und außerhalb des Hörsaals, denn sie sind beide gleichermaßen wider unser Leben. Wir haben die Funktionsapparate allenthalben satt." [1]

Vor allem in Max Webers Parteienlehre sah man die Wirkung der "unzulässigen" Ausschaltung der Wissenschaft aus Politik und Weltanschauung, da sie die Auflösung der organischen Einheit der Volksgemeinschaft zu legitimieren schien. Dieser organischen Einheit widersprach Max Webers Auffassung von der Gleichberechtigung der Weltanschauungen und Parteien unabhängig von der Wissenschaft. [2] Dagegen wurde eine "Revolution der Wissenschaft" gefordert, um der "geistigen Not des Volkes" zu steuern. Die Universitäten sollten eine

---

4) E. v. Kahler: Der Beruf der Wissenschaft, Berlin 1920, 31

1) ebd., 40

2) Die Parteienlehre Max Webers war primär soziologisch orientiert. Er unterscheidet 3 Typen: Patronageparteien, Klassenparteien und Weltanschauungsparteien. Ihr Wesen beruht auf der Gewinnung sozialer Macht; in diesem Kampf stehen sie gleichberechtigt nebeneinander. Vgl. O. Koellreutter: Die polit. Parteien im modernen Staate, Breslau 1926, 34 f

allgemeine Volkserziehung ausstrahlen [1]: "Entweder ist Bildung in allen ihren Ausstrahlungen eine innere, organische Einheit, einem einheitlichen Weltbild entspringend - oder sie ist gar nicht. Eine Wissenschaft, die nicht den ganzen Menschen, auch die Kräfte des Gemüts und Willens formend durchdringt, ist tot und unnütz. ... Die Wissenschaft darf künftig nicht mehr weiterexistieren in abstrakter Abgelöstheit von den entschiedenen Lebenswerten, von Bildungsziel und Ehtos der Volksgemeinde. Auch der wissenschaftliche Schöpfer ist nur denkbar im Zusammenhang des Gemeinschaftsethos, aus der Verwurzelung im Volkscharakter." [2] Die erneuerte Wissenschaft habe die Aufgabe, teilzunehmen an der Wiedergeburt der Volksgemeinschaft: "Was ist zu fordern? Wissenschaft muß, um ihre volkserziehende Wirkung ausüben zu können, zurückgeführt werden auf die Grundidee und in ihrem Sinn auf letzte bildhafte Klarheit und Einfachheit. Das Chaos des Wissens ist umzubilden in einen geistigen Kosmos, einen Organismus, der erfüllt und erzeugt ist vom Leben der Gemeinschaft und der darum auf den Willen der Gemeinschaft formend zurückwirkt. Die Wissenschaften brauchen wie die Künste einen großen einheitlichen Stil, ein Formgesetz, das ihnen aber nur werden kann, wenn die Volksgemeinschaft selbst zu Einheit und Stil in ihren Lebensformen gelangt. ... Es muß demnach jede Wissenschaft unter ihrer besonderen Idee, ihrer besonderen Einstellung eine Totalität zu sein streben, d. h. jede Wissenschaft muß sich eine Anschauung vom Ganzen der Seins- und Lebenszusammenhänge erarbeiten, um dann eine solche Gesamtanschauung ihrem Zögling zu vermitteln." [3]

---

1) E. Krieck: Die Revolution der Wissenschaft. Ein Kapitel über Volkserziehung, Jena 1920

2) Ders.: Student und Volksgemeinde, in: DIE HOCHSCHULE Jg. 1920/21, 283 f

3) Ders.: Die Revolution etc., a. a. O., 56 f

Die Wissenschaft war demnach dazu berufen, eine einheitliche Weltanschauung zu etablieren, denn der Mangel an Gemeinschaft rechter Art hat zur Folge das Fehlen allgemeingültiger Werte, den Verlust der Gesetzmäßigkeit, des Stils und des Wachstums auf jedem Lebensgebiet." [1] Erkennen heiße Bekennen und daher sei der Wissenschaftler "verpflichtet zu Politik, ... verantwortlich für Politik" und sei somit "Diener an einem Heiligtume." [2] Die Theorie der Wissenschaft konnte somit nur antidemokratisch begriffen werden: "Es sollte Aufgabe der Demokratie sein, einen starken und dauernden Volkscharakter zu züchten, einen gemeinsamen Willen mit entsprechenden Daseinsformen und Willensorganen heranzubilden. Statt dessen löst die jetzt bestehende Form der Demokratie das Volk, das ein wohlgegliedertes, organisches Ganzes sein sollte, vollends in seine Urbestandteile auf." [3]

Die Theorie Erich von Kahlers und Ernst Kriecks schloß das Verhältnis Politik-Wissenschaft ein, ging aber noch darüber hinaus, indem die Aufgabe der Wissenschaft für den gesamten

---

1) ebd., 8 f

2) So als Vertreter der jungen Generation noch 1925 Ernst Schuster: Von der Verantwortung der Wissenschaft für das politische Schicksal Deutschlands, Rede geh. zur Reichsgründungsfeier, Tübingen 1925, 19; (Ernst Schuster war Privatdozent für Volkswirtschaft in Tübingen)

3) Krieck, a. a. O., 2; vgl. Kahler, a. a. O., 36: "Man sucht weiter emsig zu trennen und zu scheiden, man legitimiert und stabilisiert alle Spaltungen und Loslösungen aus dem Organischen. Es wird uns der englische Parlamentarismus, die liberale Demokratie angepriesen, die Organisation der politischen Führung nach konkurrierenden Parteiprinzipien, von denen jedes die Geltung für das Ganze des Volks in Anspruch nimmt."

Lebens- und Kulturzusammenhang bezeichnet werden sollte. Es drückt sich darin das Lebensgefühl einer unsicher gewordenen Zeit aus, in der die objektiven Kulturwerte durch das Erlebnis des Krieges und des Zusammenbruchs erschüttert waren. [1] Gegen den Relativismus, den man in der Demokratie verkörpert sah, suchte man nach neuen einheitlichen Werten totaler Art, [2] um eine "Volksgemeinschaft" zu begründen, wie sie 1914 sichtbar wurde, 1918 aber schon wieder zerbrach, nachdem sich im Verlaufe des Krieges eine schleichende Krisis entwickelt hatte. Die Überwindung dieses Zustands sah man weithin positiv in einer Rückkehr zu 1914 und so hieß das Programm: nationale "Solidarität als Grundlage des Wiederaufbaus". [3]

In seiner negativen Ausprägung bedeutete dieses Programm von Anfang an den Kampf gegen den Parteienstaat als ein antithetisches Prinzip zur politisch-weltanschaulichen Solidarität. Wenn gesagt wurde, daß der Krieg nicht militärisch, sondern politisch und geistig verloren wurde, weil

---

1) vgl. dazu E. Schuster, a. a. O., 4: "Wir Jungen kennen die Welt ja nur als Krisis, kennen unser Deutschland nur im Schwebezustand zwischen Leben und Tod - Krieg und Revolution ... Krieg mit 'anderen' Mitteln; Kampf nach außen ... Kampf im Innern; Klassenkampf ... Bruderkampf ... Parteienkampf; ... das ist die Welt unserer eigenen Erlebnisse, das ist die erlebte Welt, die wir unser eigen nennen dürfen. Erlebnisse eines Chaos - Sinnsuchend fragend: Woher, warum, wohin werfen wir unsern Ruf um eine Antwort wie einen Schrei in dies Getümmel, um Wiederhall an festem Grund zu finden, um Antwort zu hören, die von Grund, von Festen, von Wurzeln spricht. Wir Jungen müssen ja radikal sein, weil wir erst Wurzel schlagen müssen."

2) vgl. Krieck, a. a. O., 57: "Ihre bildende Funktion erfüllt eine Wissenschaft jedoch nur, wenn sie selbst philosophisch durchgebildet ist, wenn sie selbst Weltanschauung ist. Und jede Wissenschaft hat die Möglichkeit und die Pflicht, Weltanschauung zu sein. Nicht eine Weltanschauung unter einem bis zwei Dutzend andern, sich bekämpfenden Weltanschauungen. Auch nicht abgegrenztes Teilgebiet in einem enzyklopädischen System. Wo das geistige Leben einer Gemeinschaft gesund ist, gibt es nur eine Weltanschauung, weil es bei aller lebendigen Gegensätzlichkeit doch nur ein Leben, nur einen Lebenssinn, ein Lebensziel und einen Lebenswillen gibt. Wie dieser Lebenswillen in jeder seiner Äußerungen ganz ist, so muß ihn auch jede Wissenschaft von ihrer Seite als Ganzheit erfassen können.

sich der nationale Auftrieb von 1914 nicht als stabil genug erwiesen hatte, [1] so bedeutete dies lediglich eine besondere Variante der Dolchstoßlegende.
Noch 1930 wurde betont, daß Parteipolitik und Universität unvereinbare Gegensätze seien: "Parteien und Parteipolitik stehen mit dem Wesen der Hochschule in Widerspruch. So darf man das berühmte Wort abwandeln, mit dem Rudolf Sohm die Unzulänglichkeit eines anderen geistigen Lebensbereichs, der Kirche, für äußere rechtliche Regelung und für den gestaltenden politischen Willen behauptet hat. Von Recht und Staat empfängt die Hochschule nur die äußeren Formen und Bedingungen, allenfalls gewisse Aufgaben und Zielsetzungen. Zugleich kann sie freilich als eine Lebensform des nationalen Geistes nicht ohne tiefe innere Beziehung auch zur staatlichen Lebensform dieses Geistes sein. Aber diese Beziehung ist stets problematisch. Sie wird es in besonderem Maße ... in solchen Zeiten, wie der deutschen Gegenwart, in der der Staat mit einem gewissen Recht als Parteienstaat bezeichnet werden kann." [2]

Das sollte aber nicht heißen, daß die Wissenschaft einen Verzicht auf die Erlaubtheit wissenschaftlicher Stellung-

---

3) So Fritz Kern in: Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer, hrsg. v. Prof. Dr. K. Löffler, Halle 1921, 84 ff; P. Menzer: Zum 18. Januar 1921, Rede geh. bei der Gedenkfeier zur Erinnerung an die 50. Wiederkehr der Reichsgründung, Hallische Univ.-Reden, H. 16, Halle 1921, 12 ff

---

1) Friedrich Brunstäd.: Nationale Aufgaben der deutschen Universitäten und Studenten, in: NATIONALE ERZIEHUNG, Monatsschr. des Deutschnat. Lehrerbundes, Jg. I (1920), 167 ff, (Vortrag, auch als Sonderdruck bzw. Flugschr. erschienen)

2) Rudolf Smend: Hochschule und Parteien, in: Das akademische Deutschland, Hrsg. M. Doeberl u. a., Bd. III, Berlin 1930, 153

nahme zum Pluralismus der Wertwelten und zur Politik überhaupt zu leisten habe. Der akademische Lehrer hätte als solcher, so wird weiter gefordert, nicht nur als Privatmann Stellung zu nehmen: "Die grundsätzliche Frage wird aber zunächst wohl offen bleiben, ob der deutsche Professor als solcher in Zukunft, im Gegensatz zu den Zeiten der Dahlmann, Droysen und Treitschke, mit Max Weber auf die Politik zu verzichten haben wird oder nicht. Alle Zeichen sprechen freilich dafür, daß jene Lehre von der den Hochschulen aufgelegten Askese, von dem Charakter der Hochschule als eines von Leben und Politik streng abgeschiedenen heiligen Bereichs, nur eine geistesgeschichtliche Episode gewesen ist. Die deutsche Universität müßte ihre ganze geistige Grundlage aufgeben, wenn sie darauf verzichten wollte, das Leben des Geistes als eine Einheit zu begreifen, insbesondere also Wissenschaft und Politik als Lebensformen ein und desselben Geistes zu verstehen, in der geistigen Totalität, die als sinngebende Voraussetzung für die wissenschaftliche Arbeit gewonnen werden muß, letzte Richtlinien und Wertsetzungen auch für die Politik aufzuweisen." [1] Die gleiche Tendenz finden wir auch schon 1o Jahre früher: "Sollen die Universitäten nun in die Parteipolitik hineingezogen werden? Das wäre ihr geistiges Ende. Sie dürfen kein Instrument der Parteipolitik werden. Die Reinheit und Strenge, der hohe Ernst der Wahrheitsforschung darf nicht verkümmert und angekränkelt werden, die wissenschaftliche Höhenlage der Universitäten darf nicht durch irgendwelche Experimente oder gesinnungstüchtigen Dilettantismus, von welcher Seite er auch komme, herabgedrückt werden. Die geordneten Formen der Selbstverwaltung und Selbstergänzung der Universitäten der lebendige Wahrheitswille, wird er erstickt, wo sollen wir ihn noch suchen! Aber die deutschen Universitäten können und sollen nun gerade mit diesem ihrem Wahrheitswillen und ihrer Wahrheitserkenntnis hineingreifen in den gärenden Streit politisch-kultureller Meinungen und Anschauungen, können

---

1) ebd., 157

ihn in die gesicherten Beurteilungsgründe von Wahrheit und Wert emporheben. Sie können nicht neutral, nicht indifferent, aber sie müssen total, universal, synthetisch sein, und das wieder nicht durch bloß äußerliche Nebeneinanderstellung der Richtungen und Verschiedenheiten, sondern durch innere Einfügung und Eingliederung der Mannigfaltigkeiten in den Gesamtzusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnis und Wertgebung.... Das eine muß in ihnen stark sein, der Glaube, der ja letzlich mit dem persönlichen Wahrheitswillen überhaupt zusammenfällt, an eine einheitliche Kulturidee, um die sich die Volksgemeinschaft in ihrem tiefsten eigenartigen Werterlebnisse sammelt, der Wille zur nationalen Einheit." [1]

Indessen wurde immer wieder betont, daß die Universität diese ihr zugedachte Aufgabe nicht erfülle: "Ja, glaubt diese Wissenschaft überhaupt noch an sich selbst? An ihre Pflicht, helfend einzugreifen? Nur an die Möglichkeit dazu? Sie steht scheinbar unerschüttert; doch wie die allgemeine Organisation, wie Staat und andere Ordnungen: sie steht nicht im Leben, sondern neben dem Leben. Die Nabelschnur ist entzwei, der ideelle Auftrieb unterbrochen, die Wechselwirkung unterbunden. Die Wissenschaft hat im Streben nach einem Irrgebilde abgelöster, rein ansichseiender Wahrheit, die für alle Menschen, Völker und Zeiten Gültigkeit hätte, ihren eigenen Boden unterhöhlt, ihr Dasein zur Wirkungslosigkeit und Unfruchtbarkeit verurteilt. Der Glauben an diese Wahrheit selbst wird nur noch künstlich, nur als Fiktion aufrecht erhalten." [2] Dieser Sachverhalt korrespondierte in den Augen der Hochschullehrer auch mit dem Ansehen der Universität im Bewußtsein der Nation, von wo der Universität die geistige Iso-

---

1) F. Brunstäd, a. a. O., 177
2) ebd., 22

lierung drohte. [1]

Demgegenüber wurde die Stellung der Universität als geistige Autorität verteidigt: "Ihre unmittelbare Aufgabe im Sturm der Gegenwart birgt, wie alles ganz Einfache und Echte, doch die höchsten Schwierigkeiten in sich. Aus der Tiefe heraus ergeht an sie der Ruf: gib uns das Unbedingte, in dem wir ruhen, an das wir uns halten können. Auf diesen Ruf können sie nicht mehr mit einer erlösenden Zauberformel antworten; denn das Unbedingte ist eine Aufgabe, die gelebt werden muß, und der Geist hat keine Heimat, er ist mit sich selbst allein. Aber eine stumme Antwort können die Universitäten geben: sie können sich bewähren in der überlegenen Sicherheit geistiger Haltung. Und hier ist der Weg, auf dem sie ihre Autorität wiedergewinnen und Autorität neu schaffen können: wenn sie das Bewußtsein des Volkes zwingen könnten zu der Gewißheit, daß es eine Stätte gibt, die ihre geistige und sittliche Unabhängigkeit gegenüber allen drohenden Gewalten der Welt und des Tages bewahrt, an der Schlagworte hohl verklingen... wenn dies erreicht wäre, dann hätten die deutschen Universitäten in den Stunden der Entscheidung das Recht zu sprechen und gehört zu werden. Denn dann wären sie das, was sie ihrer reinsten Idee nach zu sein bestimmt sind: das Gewissen des deutschen

---

1) Vgl. E. Wolff: Rede über den Beruf der deutschen Universitäten in der Gegenwart. Reden geh. bei der Feier des Rektoratswechsels am 5. Nov. 1923, Hamburg 1924, 35: "Es ist das große Gesamtsymptom jener eigentümlichen geistigen und seelischen Haltlosigkeit, wie es allen Zeiten schwerer Krisen gemeinsam ist, jener Haltlosigkeit, die in krampfhaften Gebilden aller möglichen Art Rettung sucht vor der unmöglichen Aufgabe der besonnenen geistigen Selbstbehauptung - mag es sich um okkultische oder theosophische Lehren, mag es sich um sektenartige pseudophilosophische Gruppierungen und Schulen, mag es sich um Flucht in orientalische oder primitive Kulturen, in asiatische Religionen oder mystische Geheimlehren handeln." Ähnlich Werner Jäger: Stellung und Aufgaben der Universität i. d. Gegenwart, Vortr. geh. auf d. Jahresversammlung d. Schlesw.-Holsteinischen Universitätsgesellsch. zu Kiel im Nov. 1923, Berlin 1924, 24: "Alle diese konkurrierenden Strömungen sind von Männern ausgegangen, die zwar keineswegs das Ideal der Wahrheitserkenntnis als solches verleugnen, die es aber auf anderem Wege verwirklichen wollen als die Wissenschaft. Selbst die

Volkes und des deutschen Staates." [1]

Dabei wurde die Verantwortung der Universitäten z. T. nicht in vordergründiger politischer Aktivität gesehen. Die Universität habe "als solche aus ihrer Geistigkeit heraus nicht zum Kampf der Nationen Stellung zu nehmen - dies kann nur der Einzelne als Mensch. Alle Glieder der Universität sind als Menschen ihrem Volke zugehörig und mehr oder wenig leidenschaftlich Partei. Aber als Glieder der Universität, als Fakultät und Senat, haben sie nicht die Aufgabe, politische Kundgebungen zu machen, selbstverständlich keine parteipolitischen, aber auch keine nationalen, nicht etwa, weil die Universität gegen das Nationale wäre, sondern weil sie als Universität allein durch Leistung und geistiges Schöpfertum der Nation dient, nicht durch Kundgebungen, zu denen sie als Institution nicht berufen ist. Die Reinheit der Idee wird getrübt dadurch, daß sie in ihr inadäquate Beziehungen gebracht wird. Auch wenn alle Glieder als Menschen und Volksgenossen völlig einig sind, ist es ein Flecken für die Idee, wenn sie diese politische Einigkeit durch die Universität äußern, sie sollen es außerhalb ihrer tun." [2]

Anthroposophie will eine höhere Art Wissenschaft darstellen. Sie alle stimmen überein in der Geringschätzung der positivistischen Wissenschaft und erzeugen eine Atmosphäre der Universitätsfeindschaft, teils in den Massen, teils gerade unter den höchst Gebildeten, die der Universität nicht gleichgültig sein kann."

---

1) Wolff, a. a. O., 38 f; gleichlautend W. Jäger, a. a. O., 17: "Von dem Ansehen der Universität in jenen Zeiten ist nun leider viel verloren gegangen und man fragt sich, ob heute von einer Führerschaft der Universität in jenem früheren Sinne noch die Rede sein kann. Die Gründe sind mannigfach, und es ist Pflicht der Selbsterkenntnis, sich von ihnen Rechenschaft zu geben." Vgl. auch Karl Thieß: Universität im Kampf. Politik und Hochschulunterricht (Rektoratsrede), Kölner Universitätsreden 10, Köln 1924, 10 f: der Professor urteile stets von einer höheren Warte aus, da er mit dem Mittel der Kritik Stellung nehme, nicht der Polemik im Parteienstreit.

2) Karl Jaspers: Die Idee der Universität, Berlin 1923, 79; auch Jäger, a. a. O., 18

Die geforderte Überlegenheit der Universitäten wurde aber nicht erreicht: "Die Substanz der Universität und der Wissenschaft ist sicherlich durchaus das Produkt der geistigen Entwicklung unserer Zeit. Sie ist der getreue Ausdruck unserer geistigen Gegenwartslage und so teilt sie auch die Vorzüge und die Schwächen des Zeitgeistes." [1] Darin manifestiert sich wieder die Abhängigkeit vom Zeitgeist, die andererseits zur Ablehnung des Führungsanspruchs führte, [2] weil dies dem Wesen der Universität widerspreche; denn die Überparteilichkeit und Objektivität der Forschung werde durch die Politik gefährdet. [3]

Die Auffassungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik waren keineswegs einheitlich. Die Erfahrung, daß die Tendenz und Objektivität beim Verhaftetsein im Zeitgeist endete, führte zur Ablehnung eines wissenschaftlichen Führungsanspruches oder zumindest zur Trennung beider Bereiche. Andererseits erzeugte gerade der Mangel an objektiven Werten die Forderung nach wissenschaftlichem Führungsanspruch über die Politik hinaus auch im weltanschaulichen Bereich, der einheitlich gestaltet werden sollte. Damit verband sich die Ablehnung der Parteiendemokratie, die als das entgegengesetzte Prinzip angesehen wurde. Da aber die Universität als Institution im Bewußtsein der Zeitgenossen nicht das entsprechende Ansehen genoß - man holte sich Belehrung von außerwissenschaftlichen Bereichen - wird man eine derartige Wirkung nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Auch wenn einzelne Professoren mit dem Anspruch wissenschaftlicher Objektivität in der politischen Arena auftraten, wurde die erwünschte Gesinnungseinheit nicht erreicht. Im Gegenteil, gerade durch die prinzipielle Urteilsweise wurden die Gegensätze weiter verschärft und zugespitzt.

---

1) W. Jäger, a. a. O., 4

2) vgl. W. Jäger, a. a. O., 20 ff

3) Theodor Siegfried: Politisierung der Universität? in: DIE HOCHSCHULE Jg. 2 (1919), 482 f, jedoch über Zweck und Sinn der Kultur überhaupt, müßte die Wissenschaft den "Inhalt des Sollens" bestimmen.

Im Urteil der öffentlichen Meinung galten die Universitäten nicht selten als "Hort der Reaktion".[1] Die viel diskutierte Universitätsreform nach dem Kriege galt umgekehrt dem Bemühen, den demokratischen Gedanken auch auf den Hochschulen zu etablieren. In diese Diskussion mündete das Thema Wissenschaft und Politik z. T. ein. Die Gegner der Demokratie waren zugleich Gegner der Hochschulreform,[2] die sie als politischen Gesinnungszwang empfanden. Sie fühlten sich daher berufen, die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen. Damit erhielten ihre eigenen wissenschaftlich begründeten politischen Ansichten größeres Gewicht. So standen also die Verneiner des Weimarer Staats als eine Mehrheit denen gegenüber, die auf der Grundlage der gegebenen Verfassung wirken wollten.

Ob der theoretische Anspruch mancher Hochschullehrer von einer höheren, wissenschaftlichen Ebene aus die politischen Normen und Maximen zu bestimmen erreicht wurde, wird die vorliegende Untersuchung zu zeigen haben. Desgleichen, ob sie sich mit diesem Anspruch dem Zeitgeist entzogen und so einen spezifischen Beitrag zum politischen Gedankengut der frühen Weimarer Zeit geleistet haben, oder ob sie nicht vielmehr, gleichgültig ob partei- und weltanschauungsgebunden oder nicht, in jedem Fall Sprachrohr des Zeitgeistes waren.

---

1) Wolff, a. a. O., 39; B. Harms: Universitäten und Professoren in der Zeitenwende etc., Jena 1936, 16; Anon.: Hochschule und Republik, in: DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND Jg. 4 (1922), 590; rückblickend J. W. Hedemann: Die geistigen Strömungen in der heutigen Studentenschaft, in: DAS AKADEMISCHE DEUTSCHLAND, a. a. O., 385 ff; bedauernd E. Schaeder: Universität und Reichsverfassung, Rede geh. z. Verfassungsfeier, Breslau1929; in zahlreichen Universitätsreden, zumal zum Reichsgründungstag (C. Brockelmann: Wiederaufbau, Rede etc., Hallische Univ.-Reden H. 12, Halle 1919; E. Marcks: Das Deutsche Reich, Rede geh. z. Feier seines 50. Geburtstages a. d. Univ. München, Berlin 1921; M. Spahn: Denkrede am 50. Gedenktage der Reichsgründung, Kölner Univ.-Reden H. 4, Köln 1921) wurde mit Stolz darauf hingewiesen. 1926 fanden sich demokratisch gesinnte Professoren zur Abwehr der nationalistischen Tendenzen zusammen. Vgl. Anhang, S. 486 Nr. XXIX

2) Die Hochschulreform umfaßte folgende Programmpunkte: Berufung sozialistischer Wissenschaftler und anderer bisher ferngehaltener Lehrrichtungen. Ausbau des Volkshochschulwesens. Soziale, rechtliche und finanzielle Hebung der Privatdozenten. Einrichtung von Lehrstühlen für Soziologie.

B) Zusammenbruch und Revolution im Spiegel der Erinnerungen deutscher Hochschullehrer

I. Das Revolutionszentrum München

a) Universität und Professoren im Strudel der Revolution.

Bevor wir auf die Entwicklung politischer Ideen im Zeitraum 1918-1922 bei den deutschen Professoren eingehen, sei zunächst die Frage gestellt, wie das Ereignis des Zusammenbruchs des kaiserlichen Deutschland erlebnismäßig auf die Hochschullehrer gewirkt hat. Dabei sind dem folgenden Kapitel in der Hauptsache Memoiren zugrundegelegt und die Darstellung im wesentlichen auf die beiden großen Zentren der Revolution, Berlin und München beschränkt.

Eine Rekonstruktion der Revolutionsereignisse, wie sie hier vorgenommen werden soll, kann keinen großen Aussagewert beanspruchen, wohl aber sind die Detailberichte der Erinnerungen geeignet, das Kolorit der Zeit deutlich werden zu lassen. Wir haben uns im Nachfolgenden darauf beschränkt, den Lebensumkreis der Professoren, also die Universität ans Licht zu bringen. Sodann wird der politischen Tätigkeit einzelner Hochschullehrer in der Revolutionszeit nachgegangen. Schließlich ist aber an die Quellenbasis der Memoirenliteratur eine Fragestellung heranzutragen, wenn sie für die Aufhellung des Zeitgeistes fruchtbar sein soll. [1] Die Frage lautet in unserem Fall: Wie hat sich das unmittelbare Revolutionserlebnis der Professoren in ihrer geistigen Haltung manifestiert? Je nach Zustimmung oder Ablehnung der neuen politischen Verhältnisse ergibt sich dann bereits ein Hinweis auf das politische Selbstverständnis der akademischen Zeitgenossen in den ersten Jahren der Weimarer Republik.
Sowohl das Selbstbildnis des jeweiligen Verfassers, mehr aber noch die "Augenzeugenschaft, d. h. die Schilderung von

1) H. J. Schoeps: Was ist und was will die Geistesgeschichte, a. a. O., 70

Begebenheiten, die Darlegung von allgemeinen Verhaltnissen"[1], aber auch die ersten Stufen der Reflexion über die Zeitverhältnisse sollen Lebensgefühl und Zeitgeist der Revolutionsmonate und des Jahres 1919 anschaulich werden lassen. Freilich ist dabei im Auge zu behalten, daß die Erinnerungen später niedergeschrieben worden sind. (Sie stammen nur zum Teil aus den zwanziger Jahren). Sie können daher nicht mehr als ursprüngliche Spiegelung gelten. Dennoch hieße es ihre Farbe verfalschen, wollte man sie ausschließlich referierend wiedergeben. Natürlich bedürfen sie der Interpretation, sofern sich diese nicht schon aus sich selbst ergibt - wobei die Aufgabe des Interpreten in der Auswahl liegt -, aber das worauf es ankommt, der Affekt, die Stimmung etc., ist nur am wörtlichen Zitat abzulesen.

1. Das Revolutionszentrum München

In München war die Revolution schon 2 Tage vor Berlin und der Kieler Matrosenmeuterei ausgebrochen. Am 7. November 1918 rief der Schwabinger Literat Kurt Eisner die sozialistische Räterepublik aus. Der Volkswirtschaftler Moritz B o n n ,[2] damals Direktor der Handelshochschule München erinnert sich daran wie folgt: "Am nächsten Morgen ging ich, wie gewöhnlich, über die Brücke und die Prinzregentenstraße in mein Büro. Die Straße war leer und still. In der Prinzregentenstraße begegnete ich einem Bekannten, einem Münchner Grundstücksspekulanten, der, wie die meisten seines Schlages von Beruf Optimist war. Er schien völlig zusammengeschrumpft, und als ich fragte, wie es ihm gehe, sah er mich vorwurfsvoll an. 'Wissen Sie's nicht? Wir haben doch eine Revolution gehabt - München hat eine bolschewistische Regierung'. Ich konnte es kaum glauben.

---

1) H. J. Schoeps, ebd., 69: "Oft wird im Rückspiegel persönlicher Erinnerungen eine ganze Zeit lebendig, zumal wenn sie künstlerisch gestaltet worden sind. ... Oft kann im anekdotischen Detail, das solche Bücher pflegen, die Atmosphäre einer ganzen Epoche greifbar werden."

2) M. J. Bonn, geb. 1873, Nationalökonom (Internationale Finanz- und Wirtschaftsfragen). Bonn habilitierte sich

Hatte ich wirklich eine Revolution verschlafen? In meinem Büro fand ich eine Proklamation der neuen Regierung, die jederman aufforderte, Ruhe zu bewahren."[1] Tatsächlich ist über München der Sozialismus sozusagen über Nacht hereingebrochen. Für den Nachmittag des 7. November war eine Großkundgebung auf der Theresienwiese angesagt, auf der Eisner sprach. Die Sozialdemokraten konnten sich auf dieser Kundgebung Eisner und der MSPD gegenüber nicht durchsetzen, die Massen schlossen sich Eisner an und dieser marschierte mit ihnen in einem Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Während Auer, der Führer der bayerischen Sozialdemokratie den Demonstrationszug bis zum Friedensengel führen wollte, wo die Kundgebung ihren Abschluß finden sollte, hatte Kurt Eisner andere Pläne. Zusammen mit dem blinden Bauernführer Ludwig Gandorfer aus Pfaffenberg in Niederbayern und seinem "Adjutanten", dem Unteroffizier Fechenbach an der Spitze, zog er mit seinen Anhängern in die Kasernen und in die Gefängnisse, um weitere Anhänger um sich zu scharen. [2] Ohne Widerstand

---

1905 bei Lujo Brentano in München und wurde 1910 a. o. Prof. und Direktor der Handelshochschule München (bis 1920. Von 1914-1917 war er in die USA beurlaubt und dort an den Universitäten Berkeley, Madison, Ithaca und New York tätig. 1920 erhielt er einen Ruf an die Handelshochschule Berlin. Bonn war Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles sowie Sachverständiger für Reparationsfragen in der Reichskanzlei. Außerdem gehörte er 1919-1933 der Golddelegation des Völkerbundes an und war Berater bei der Konferenz von Genua. 1935 emigrierte er in die USA, später nach England.

1) Moritz J. Bonn: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, 191.

2) Der damalige Münchner Stadtschulrat Georg Kerschensteiner (seit 1918 Hon. Prof. und 1921 a. o. Prof. für Pädagogik an der Universität München) begegnete dem Demonstrationszug in der Residenzstraße: "Es kamen ihm im Sturmschritt, leidenschaftlich erregt, 50 bis 60 junge und ältere Soldaten mit Eisner an der Spitze entgegen, von Gassenbuben und Mädchen johlend begleitet, heiser vor Gebrüll und Hochrufen auf Eisner. Kerschensteiner ging dem Strom entgegen. Einer der Soldaten faßte ihn am Arm, er solle mitgehen. Kerschensteiner sagte lachend: 'Ihr seid doch für die Freiheit, also laßt mir auch die meine!' Da ließen sie ihn ziehen." (Marie Kerschensteiner: Georg Kerschensteiner, der Lebensweg eines Schulreformers, München Berlin 1939, 181)

zu finden, eroberte er dann bis 22 Uhr alle öffentlichen Gebäude, Ministerien, Telegraphenamt und Bahnhof und setzte dann zum Marsch auf das Landtagsgebäude an, wo von 16 - 18 Uhr noch über die Kartoffelversorgung debattiert wurde. Im Matthäser-Bräu am Karlsplatz hatte ein provisorischer Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat sein Hauptquartier aufgeschlagen. Die Königliche Familie hatte am Abend München noch verlassen und sich aufs Land begeben. Soweit der Tatbestand. [1]

Wie überraschend die Revolution über München hereinbrach, zeigt auch die folgende Stelle in den Erinnerungen des Historikers Karl Alexander von Müller [2]:
"Gleich nach mir kam unser Papierindustrieller Heuß, lebhaft und aufgeräumt wie immer: ob wir schon wüßten, daß heute Nachmittag die Revolution ausbrechen werde? Er hatte es in der Nacht vom Oberkellner im Odeonkasino genau gehört: Eisner werde auf der Theresienwiese die Revolution ausrufen, mit einer ganzen Reihe Einzelheiten des Plans. Cossmann rief sofort den Innenminister an, ... Die energische Beamtenstimme des Ministers von Brettreich klang halb ironisch, halb unwillig: Man möge sich doch keine Bären aufbinden lassen." [3]

Am Nachmittag des 7. November hatte dem König, der seinen gewohnten Spaziergang im Englischen Garten unternahm, ein Arbeiter zugerufen: "Majestät, gengan's hoam, sonst is' g'feit." [4]
So wurde "eine der ältesten Dynastien Europas, die beinahe tausend Jahre die Liebe ihres Volkes besessen hatte, wie

---

1) Wiedergegeben nach Franz Schade: Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961, 56 ff.
2) Karl Alexander von Müller, geb. 1882, seit 1910 Mitarbeiter bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 1917-1945 o. Prof. der Geschichte an der Universität München. Von 1935-1945 war er Herausgeber der Historischen Zeitschrift.
3) Karl Alexander von Müller: Mars und Venus, Erinnerungen 1914-1919, Stuttgart 1954, 264 f.
4) ebd., 270.

vom Winde fortgeweht, ohne daß sich eine Hand zu ihrer Unterstützung geregt hätte." [1]
Karl Alexander von M ü l l e r sah im Rückblick Zusammenbruch und Revolution als "eine Art Fallbrücke, jählings herabgesenkt zwischen der alten Welt, die 1914 entschwand und dem Neuen, dessen Umrisse 1919 erst anfingen über den Horizont heraufzusteigen". [2]
Und sein erster unmittelbarer Eindruck, den die Proklamation Eisners in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 8. November hinterlassen hatten, lautet: "Soll ich es gestehen? So tief war der Druck der vorangegangenen Wochen, so lähmend die kopflose Schwäche der alten Regierung, daß der publizistische Schwung dieser Aufrufe, der menschliche Idealismus, der in ihnen mitzuklingen schien, einen Augenblick seinen Eindruck auch auf mich nicht verfehlte. "Kurt Eisner" - ich hatte den Mann bisher noch nie mit Bewußtsein gesehen: klang es nicht irgendwie jugendlich, unbeschwert keck, wie der hier verheißene Anfang eines neuen Lebens? Es war freilich nur die erste, flüchtige Rückwirkung einiger Sekunden, die rasch von anderen verdrängt wurde; aber vielleicht war sie symptomatisch für manche, die diese Zeilen lasen. Die meisten Münchner wußten noch weniger von ihm als ich, für sehr viele waren sie das erste, was sie überhaupt von den Vorgängen der letzten achtzehn Stunden erfuhren, und viele mochten glauben, zu träumen, indem sie sie lasen. Der bejahrte Obersthofmeister des Königs, ein stattlicher Mann mit schönem weißem Langbart, pflegte anscheinend keine Zeitung zum Frühstück zu lesen. So wußte er von nichts und ging morgens ruhig seinen gewohnten Weg durch die Briennerstraße in die Residenz; dort erst gewahrte er, daß König und Königtum über Nacht verschwunden waren. So endete die über siebenhundertjährige, im Grunde niemals angefochtene Herrschaft einer

---

1) Bonn, a.a.O., 192.
2) Mars und Venus (1954), a.a.O., Vorwort

großen einheimischen Dynastie über das bayerische Volk. Für meine Heimatstadt aber waren diese achtzehn Stunden zugleich der fast verschlafene Anfang ihrer Politisierung;" [1]

Moritz B o n n schildert seine Stimmung so: "Ich war in den ersten Tagen dieser glorreichen Revolution weit gedrückter als nach der Machtergreifung durch die Nazis. Meine düsteren Vorahnungen sollten sich denn auch später erfüllen. Eisners Handstreich hat die Bühne errichtet, auf der Adolf Hitler fünfzehn Jahre später Deutschlands große Tragödie inaugurierte."... "Die Novemberrevolution in München war ganz besonders deprimierend trotz des schnellen Szenenwechsels, den sie hervorrief. Ihr Einfluß indessen erstreckte sich über ganz Deutschland, obwohl sich die revolutionäre Münchner Regierung ohne Parallelbewegungen im übrigen Deutschland nicht hätte halten können. Diese trugen einen viel heftigeren Charakter. Die Meuterei der Flotte und die Straßenkämpfe in Berlin waren viel schwerwiegendere Angelegenheiten. Und doch wurde ihre Bedeutung von dem Münchner Staatsstreich in den Schatten gestellt. Die Tatsache, daß das konservativste Land Deutschlands, dessen soziales Gefüge besonders gefestigt war, eine erfolgreiche Revolution gemacht und über Nacht eine der ältesten Dynastien verjagt hatte, rief überall einen tiefen Eindruck hervor." [2]

Damit haben wir die Stimme eines konservativen und eines liberalen Zeitgenossen wiedergegeben. Beide schrieben ihre Eindrücke erst ein halbes Menschenalter später nieder und besonders bei B o n n wird dadurch (expressis verbis) Anfang und Ende der Weimarer Zeit zugleich gesehen. Dennoch ist bei beiden soviel zu erkennen, daß das Erlebnis der Revolution wie ein lähmender Schock auf sie wirkte, dem sie auch nachträglich keine guten Seiten ab-

---

1) ebd. 269 f.
2) So macht man Geschichte, a.a.O. 193 ff.

gewinnen konnten, auch wenn M ü l l e r zunächst vom "menschlichen Idealismus" Eisners angetan gewesen sein mochte.

Stellen wir nun noch der Aussage des Liberalen und des Konservativen das Bekenntnis eines unpolitischen Zeitgenossen gegenüber: das des berühmten Chirurgen Ferdinand S a u e r b r u c h [1]: "Die Revolution 1918 war kein Erdbeben. Sie war nicht einmal eine richtige Revolte, sie war ein Teil des Zusammenbruchs. Wir hat es weh getan, wie wohl jedem national gesinnten Mann, wie besonders im November 1918 und den folgenden Wochen alles zusammenstürzte, von dem man früher geglaubt hatte, es werde noch viele hundert Jahre leben." ... "Mit den neuen Leuten vom November 1918 habe ich wenig zu tun gehabt; sie waren nicht meine Patienten, und ich ging nicht in ihre Versammlungen." ... "Man ist vielleicht gewohnt, bei Revolutionen an Mord, Brand, vielleicht auch an Raub und jede schwere Missetat zu denken, an Hinrichtung politischer Gegner, an Neuorganisation des ganzen Staatsgefüges. Ich habe 1918 von diesen Dingen nur gemerkt, daß die Alten abtraten. Die Regierungsmänner, die Minister, die Staatssekretäre verschwanden in der Versenkung und blieben ganz still; Agitatoren wie Eisner hingegen führten das große Wort." [2]

Auch hier ist das Moment der Überraschung charakteristisch und die Verachtung der neuen Machthaber. Keine Erwartung einer neu aufzubauenden Lebensordnung, nur das Gefühl des Zusammenbrechens einer sicher geglaubten Welt! Keine Kritik der Vergangenheit, aber Enttäuschung darüber, daß der Umsturz so reibungslos und ohne Widerstand sich

---

1) Sauerbruchs Aufstieg als Hochschullehrer begann 1905 als Privatdozent in Breslau (Greifswald 1906) und Marburg 1907, wo er ein Jahr später a. o. Prof. wurde. 1911 erhielt er einen Ruf nach Zürich und 1918 noch vor dem Zusammenbruch nach München.

2) Ferdinand Sauerbruch: Das war mein Leben, Bad Wörishofen 1951, 316 f.

vollzog. Ferdinand S a u e r b r u c h hatte nach dem Eisner-Mord den verwundeten Attentäter Graf Arco operiert. Die Arbeiter- und Soldatenräte verlangten seine Auslieferung, die S a u e r b r u c h verweigerte: "Bei mir stand von vornherein fest, daß ich freiwillig Arco niemals herausgeben würde. Er war mein Patient geworden, stand unter meinem ärztlichen Schutz, und irgendwie fühlte ich mich beinahe väterlich verpflichtet, für diesen jungen tapferen Menschen in seiner verzweifelten Lage zu sorgen." [1] Diese Haltung brachte S a u e r b r u c h in eine gefährliche Lage, denn an Arco sollte das Todesurteil vollstreckt werden, wobei das ärztliche Ethos S a u e r b r u c h s wenig Eindruck machte: "Eines Morgens, ich operierte gerade, wurde mir gemeldet, daß mich eine Delegation wegen Graf Arco sofort sprechen müsse. Als ich vor die Leute hintrat, eröffneten sie mir: Die Regierung habe soeben ein Gesetz unterzeichnet, nach dem Graf Arco zum Tode veruteilt worden sei. Ich solle ihn herausgeben. Zur Hinrichtung. Ich rief: 'Es wird jetzt niemand hingerichtet! Wir haben schon genug Tote! Wollt ihr gar keine Ruhe geben!' Sie aber antworteten: 'Die Regierung hat es befohlen!' Da konnte ich mich nicht mehr zurückhalten, und alle Qual, Verbitterung, Erschöpfung und Opposition mußte heraus. Ich schrie zurück: 'Eure Sauregierung!' Da war's geschehen. Sie stürzten sich sofort auf mich und schleppten mich, der ich noch den Operationsmantel anhatte, in ihren Wagen." [2] S a u e r b r u c h wurde durch einen russischen Revolutionär, der bei ihm in Zürich gehört hatte, auf abenteuerliche Weise vor der Execution gerettet und auch Graf Arco kam davon. [3]

---

1) ebd., 321.
2) ebd. 324.
3) "Den Grafen Arco befreite Dr. Jehn mit einem Bluff und mit gefälschten Papieren. Er erschien an dem Ort, an dem Arco gefangengehalten wurde, und verlangte seine Herausgabe, da sich die Regierung entschlossen habe, ihn noch strenger zu halten. Man lieferte den Gefangenen aus. Jehn brachte ihn in der Psychiatrischen Klinik unter, und dort konnte er verborgen gehalten werden, bis Ritter von Epp mit den Truppen der deutschen Republik einzog und und die Münchner Räteregierung zerschlug." (ebd. 328)

Die Revolution ging weiter und verschonte auch die Universität nicht. Dort führte Erich M ü h s a m [1] das große Wort. Eine Massenversammlung wurde in die Universität einberufen, und Erich M ü h s a m forderte in einer Rede die Studenten auf, "die neue Ordnung der Dinge friedlich hinzunehmen. Niemand kannte diese neue Ordnung."[2] Die Universität aber wurde zum Tummelplatz revolutionärer Umtriebe der Studenten. Dies vor allem in der 2. Revolutionswelle, die nach der Ermordung Eisners einsetzte. [3] Der Senat der Universität wurde abgesetzt, ein revolutionärer Hochschulrat gegründet [4] und die Universität zu einer Institution für Volksbildung gemacht, wie sich aus den Aufzeichnungen Josef H o f - m i l l e r s ergibt:

---

1) Erich Mühsam, 1878 geboren, war Apothekergehilfe und später freier Schriftsteller in Berlin. "Im Jahre 1900 war er in Kontakt gekommen mit Gustav Landauer, der ihm die Gedanken der anarchistischen Bewegung beibrachte." (Schade, a.a.O., 36). Seit 1908 lebte M. in München, wo er seit 1911 die Monatsschrift "Kain" herausgab. Josef Hofmiller (Gymnasiallehrer, Lehrbeauftragter an der TH München und Mitarbeiter der Süddeutschen Monatshefte) bemerkt über ihn: "Als Führer der Hochschulstudierenden hinwiederum soll sich Erich Mühsam etabliert haben, der Redakteur und einzige Mitarbeiter der Zeitschrift "Kain" von der die "Münchner Post" einmal schrieb: "Nachdem Regisseur B. sein Abonnement auf den "Kain" erneuert hat, ist die Existenz auch dieser Zeitschrift auf ein weiteres Vierteljahr gesichert."
(Josef Hofmiller: Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938, 42)

2) Bonn, a.a.O., 193

3) Über die 2. Revolutionswelle in München vgl. Helmut Neubauer: München und Moskau 1918/19. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern. (Beih. 4 d. Jahrb. f. Gesch. Osteuropas) München 1958.

4) "Mittwoch, 16. April: Der revolutionäre Hochschulrat der Universität München erläßt eine Einladung an alle Assistenten. Wer unterzeichnet? Ein gewisser Hausdorff, den ich sogar kenne. Er stammt auch reicher Familie, seine Eltern sind gestorben, die Mutter erst vor ein paar Jahren; ich hatte die Familie am Gardasee, in Malcesine, kennengelernt. Er war ein Anhänger von Wyneken und schrieb auch in den "Anfang". Ich erinnere mich, von ihm dort einen Beitrag gelesen zu haben, in dem er sich empörte, daß ihn seine Mutter zur Sommerfrische nach Ragusa mitgenommen habe, er fand, das sei eine Mißhandlung seines Geistes; man könne ebensowenig in Ragusa sein,

"Gründonnerstag, 17. April: Ein Plakat kündigt Ferienkurse für die Arbeiter in der Universität an mit den Worten: 'Arbeiter, gemächtigt euch der Kultur!' Aber sie gemächtigen sich lieber der Schweinshaxen. Im auditorium maximum ist schon ein Vortrag über das Kommunistische Manifest; die Ankündigung ist unterschrieben: H a u s d o r f f und S t r a s s e r . Ein paar Studenten dirigieren alles. Unser ganzes Leben wird gegenwärtig von einer Handvoll grüner Jungen tyrannisiert." [1]

Die "Machtübernahme" in der Universität durch die Studenten vollzog sich nach Gustav R e g l e r , einem Tatzeugen, so: "Ich kam noch zur rechten Zeit, um in die Universität eingelassen zu werden. Der lang aufgeschossene Sohn eines Spediteurs, dessen Namen ich vergessen habe, schloß gerade mit S t r a s s e r , unserem Theater-Referenten, die eisernen Gitter nach der Theatinerstraße hin zu; sie ließen mich noch hineinschlüpfen, dann zogen wir ins Innere, das revolutionäre Werk zu beginnen. Wir gingen von Zimmer zu Zimmer, und unser Machtgefühl wuchs, je näher wir dem Rektorenzimmer kamen; es war leer wie alle anderen. Wir ließen die Papiere auf den Tischen liegen. Wir erklärten uns gegenseitig, daß Zeugnisse, Prüfungsarbeiten und besondere Manuskripte sakrosankt seien. Auch die Kasse der Quästur wurde nicht aufgebrochen. (Unser sinn für Legalität ist wohl am trefflichsten dokumentiert durch eine wahre Episode jenes Frühlings: Nach Zu-

---

wie man immer Bergson lesen könne. Ich erinnere mich fast an den Wortlaut. Dieser junge Mann führt das große Wort im Hochschulrat der Universität München." (Josef Hofmiller, a.a.O., 186)

2) ebd. 190; daß laut einer anderen Aufzeichnung Hofmillers neben Friedrich Müller auch der bekannte Chirurg Ferdinand Sauerbruch abgesetzt worden sei, scheint ein Gerücht gewesen zu sein. Sauerbruch erwähnt in seinen Memoiren nichts. Die Stelle bei Hofmiller lautet: "Donnerstag, 1. Mai: Dr. H. getroffen. Er erzählte mir, eine der ersten Heldentaten des Hochschulrates der hiesigen Universität sei gewesen, den Chirurgen Sauerbruch und den Internisten Müller abzusetzen und an ihre Stelle als Chirurgen den Dr. Haas und als Internisten Dr. Marcuse zu zu setzen; natürlich zwei Juden." (ebd. 210)

sammenbruch des Aufstandes wurde eine harmlose Schwester unserer Kassiererin abgesandt, um die Schlüssel der Universität der Verwaltung zurückzugeben. Sie erschien zitternd vor dem wieder installierten Rektor und bekannte, auf dem Weg habe sie die Angst gepackt, und sie habe die Schlüssel in den Kleinhesseloher See geworfen!) Gegen zehn läuteten die Telefone; die Professoren wollten wissen, wie es um die Hochschule bestellt sei; ob sie brenne; ob alle Fenster zerschlagen seien. Wir gaben entrüstete Antworten: Es handle sich um eine innere Umformung; wir seien keine Räuber und Banditen; die Hochschule werde eine Schule fürs Volk werden; nichts werde angerührt; es sei nun Eigentum des Volkes; was sich Herr Professor denke!" [1]

Die neue Räteregierung, der Gustav Landauer und Ernst Toller [2] angehörten, plante eine Reform des Universitätswesens und setzte zu diesem Zweck eine Kommission von Studenten sein, denen gegenüber die Professoren Moritz Bonn, Moritz Geiger [3] und Karl Rothenbücher [4] die Universität zu vertreten hatten. Der revolutionäre Studentenausschuß bestand aus radikalen Elementen, die im Bewußtsein ihrer Macht die Hauptaufgabe darin sahen, Professoren abzusetzen und mit den bestellten Vertretern der Universität zu debattieren. Der Schriftsteller Gustav Regler gehörte den revolutionären Studentengruppen an. In seinem

---

1) Regler: Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte. Köln-Berlin 1958. 104 F.

2) Ernst Toller berichtet über seine Erlebnisse der Münchner Revolutionszeit in der Autobiographie "Eine Jugend in Deutschland". Originalausgabe Amsterdam 1933, Neudruck Reinbek 1963 (RORORO-Taschenbuchausgabe 583); abgedruckt auch in Ernst Toller: Ausgewählte Schriften, Berlin (Ost) 1961.

3) Moritz Geiger, geb. 1880, Prof. d. Philosophie. Habilitierte sich 1907 in München und wurde 1915 a. o. Prof.. 1923. erhielt er einen Ruf nach Göttingen. Er arbeitet über die philosophische Bedeutung der Relativitätstheorie und die systematische Axiomatik der Euklidischen Geometrie.

4) Karl Rothenbücher war Staats- und Kirchenrechtler (geb. 1880). Habilitierte sich 1908 in München und stieg 1910 zum a. o. Prof., 1912 zum Ordinarius auf. Seine Veröffentlichungen beziehen sich in der Hauptsache auf das Verhältnis von Staat und Kirche.

Erinnerungsbuch schreibt er, daß der Anführer der kommunistischen Studenten (mit Namen G. W. Klein) geäußert haben soll: "Das Volk hat nichts zu wollen. Es hat zuerst zu begreifen. Dasselbe gilt von dieser Universität. Was die Mehrheit der Studenten will, geht uns einen Dreck an. Wir bestimmten, wer abgesetzt, wer erschossen wird. Wenn wir anfangen würden, die Masse zu befragen, dann würden sie uns eine ganze Liste ihrer Lieblinge aufstellen; jeder wird einen anderen Modeprofessor nennen; und wir würden uns wahrscheinlich mit den Theologen über Gott, mit den Reaktionären über das Königshaus Wittelsbach in freundliche Diskussionen einlassen müssen." [1] Tatsächlich scheint ein Professor der Münchner Universität mit Namen B e r g e r [2] erschossen worden zu sein. Er hatte den Mut, "in heiligem Zorn eines der blutrünstigen Plakate, die die Straßen verunzierten, von einer Wand zu reißen. Er hat es mit dem Tode gebüßt!" [3] Dies geschah aber erst, als die "weißen Truppen" aus Bamberg auf München heranrückten und die Räteregierung bürgerliche Geiseln erschießen ließ.

Auf Veranlassung des revolutionären Studentenrates wurde niemand erschossen, seine Funktion bestand trotz der Beteuerungen ihres Anführers im Debattieren. "darüberhinaus beabsichtigten sie, den gesamten Lehrkörper zu entlassen und nur diejenigen Dozenten neu zu berufen, die

---

1) Regler, a.a.O., 100
2) Näheres ist nicht zu ermitteln.
3) Bei Marie Kerschensteiner: Georg Kerschensteiner. Der Lebensweg eines Schulreformers, München/Berlin 1939, 185.
K.A. v. Müller: Mars und Venus, a.a.O. 317 berichtet über die Geiselverhaftungen: "Schon am 22. Februar hatten die Räte den Ministerrat ihrer Aufsicht unterstellt, am 23. folgten die ersten Geiselverhaftungen aus dem Bürgertum, Professor von Bissing darunter, im ganzen freilich schildbürgerhaft genug: man hatte fast durchweg biedere harmlose Männer herausgegriffen." F.W. v. Bissing (geb. 1873) war der Ägyptologe an der Universität. A.a.O., 394 berichtet Müller: "Die Nachricht des Münchner Geiselmordes war eingetroffen, unter dem Namen der Ermordeten waren irrtümlich auch die des Malers Stuck und des Mediziners Döderlein genannt." Albert Döderlein (geb. 1860) war Gynäkologe,

Mitläufer, wenn nicht Kameraden waren." [1] Aber Moritz B o n n charakterisiert ihre Haltung in diesem Vorhaben als wenig revolutionär: "Glücklicherweise zeigten auch sie die hervorstechendste Eigenschaft deutscher Politiker: Furcht vor der Verantwortung. Sie waren durchaus bereit, jeden Professor, so berühmt er auch sein mochte, aus seinem Amte zu entfernen, vorausgesetzt, daß meine Kollegen und ich seine Entlassung vorschlugen oder zum mindesten billigten. Sie gaben sich die erdenklichste Mühe, uns dazu zu bewegen, indem sie uns Berufungen auf die wichtigsten Posten in Aussicht stellten, wenn wir unsere Hand zu diesem großen Erneuerungswerk bieten wollten. Eines Tages richtete das sächsische Mädchen (sc. die Sekretärin G.W. K l e i n s) im Namen des klassenbewußten Proletariats einen leidenschaftlichen Appell an uns. Ich erwiderte, sie müßte doch intelligent genug sein, um unser eigenes akademisches Klassenbewußtsein zu begreifen, wenn nicht zu achten. Dies mache es uns unmöglich, unsere eigenen akademischen "Kameraden" zu opfern. 'Seien Sie doch keine Feiglinge, haben Sie doch den Mut zu Ihren Überzeugungen, handeln Sie und entlassen Sie uns, aber erwarten Sie nicht, daß wir die Verantwortung für Ihre Handlungen übernehmen.' Sie fanden die Rede ausgezeichnet; sie befriedigte ihre theatralischen Instinkte." [2]
Moritz B o n n war, wie wohl alle seine Kollegen kein Revolutionär, wie es von ihm wahrscheinlich erwartet worden war. Er hatte nämlich nach seiner Aussage "im November 1918 ... zum Vortrupp gehört", denn er war "Westler, Anhänger der formalen Demokratie" [3] und konnte als solcher zur Vertretung der Universität (deren Lehrkörper er nicht angehörte) wohl geeignet erscheinen. Durch seine Haltung im Studentenausschuß war er trotz allem "zu einem vorsintflutlichen Fossil geworden." [4] Wirkliche Anhänger hatte die Revolution unter den Hochschullehrern nicht, so sehr sich schon Eisner um ihre Mitarbeit bemühte.

---

1) Bonn, a.a.O., 211
2) ebd., 211.
3) ebd., 210.
4) So macht man Weltgeschichte, a.a.O. 210.

Freilich gab es einige Unzufriedene, die in der Revolution Morgenluft witterten. So z. B. ein Professor der Tierärztlichen Fakultät, der die seiner Meinung nach zu Unrecht übergangene Beförderung beim Kommissar für das Erziehungswesen einklagte. Die Studentenkommission wurde mit der Untersuchung betraut, die jedoch daran scheiterte, daß der damalige Rektor, der Internist Friedrich M ü l l e r die Aushändigung der Schlüssel für die Aktenschränke verweigerte. [1] Als um die Monatswende April/Mai 1919 die "weißen Truppen" der Bamberger Regierung H o f f m a n n auf München anrückten und die Stadt schließlich in schweren Straßenkämpfen eroberten, bekamen auch die revolutionären Studenten der Münchner Universität kalte Füße. Sie hatten sich in der Universität verschanzt, als ein alter Physikprofessor [2] Einlaß begehrte, um seine begonnenen Experimente nicht unterbrechen zu müssen. Er wurde zu G.W. K l e i n geführt, wo sich folgendes abgespielt haben soll: "All Ihre Experimente sind falsch", sagte G.W. Kl e i n . "Sie zweifeln nicht einmal an den Gravitätsgesetzen, nicht wahr? Wenn Sie könnten, würden Sie wahrscheinlich Planck verbrennen lassen, nicht wahr?" Es war lächerlich, daß in diesem Augenblick des Umsturzes die neue Quantentheorie von Planck eine Rolle spielen sollte; G.W. K l e i n wußte von ihr sicher nur soviel, daß sie auf die moderne Wissenschaft einen ähnlichen Einfluß ausüben würde wie die Erkenntnisse Galileis. Es war bezeichnend für die oberflächliche und doch instinktsichere Spengler-Schule, daß G.W. K l e i n von Fachwissenschaften verblüffend sicher reden konnte, ohne mehr als ihre wahrscheinlichen, neuen Schlußfolgerungen zu ahnen.

---

1) ebd. 211.

2) An der Universität München gab es lt. Kürschner's Gelehrtenkalender damals 6 Physikprofessoren. Möglicherweise handelt es sich hier um Wilhelm Donle (geb. 1862), der auch an der Artillerie- und Ingenieurschule lehrte. Für die anderen Physiker trifft die Bezeichnung "alter Physikprofessor" schwerlich zu, da sie durchweg erst nach 1877 geboren sind.

Der Professor stand erstaunt vor dem jungen Rebellen. "Ich habe nur mit Experimenten zu tun", sagte er, "und was herauskommt, kann ich erst am Ende sagen."
G.W. K l e i n nichte verächtlich; dann sagte er unvermittelt: "Und wie stehen Sie zur Revolution?"
Es war wie ein Boxschlag unters Kinn; der alte Mann wankte tatsächlich, dann sagte er: "Ich bin unpolitisch; das alles wird vorübergehen; ich habe damit nichts zu tun."
"Das gibt es nicht!" brüllte G.W. K l e i n . "Setzen Sie ihn auf die Liste!" Er wandte sich nach rechts zu der kleinen Sächsin, die er zu seiner Sekretärin ernannt hatte.
Ich sah schnell auf das Blatt, das sie beschrieb; sie hatte ein schwarzes Kreuz oben angebracht; sie schrieb den Namen des Professors darunter.
"Sie können gehen", sagte nun G.W. K l e i n ; ich führte den Mann hinaus. Als ich draußen im Korridor stand, fühlte ich mich erleichtert. "Wo sind Ihre Laboratorien?" fragte ich.
"Nach der Westseite hin", sagte schüchtern der alte Mann.
"Gehen Sie", sagte ich. Der alte Mann verneigte sich ungebührlich tief und rannte in den Korridor hinein. Mir schien, daß ihm die Tränen in die Augen geschossen waren. ...
Als ich meinen Schlüssel einlassen wollte, sprangen mehrere Studenten in Mützen heran. Ich starrte sie fassungslos an: Die nationalen Gruppen hatten uns vertrieben! Der alte Physikprofessor hatte ihnen heimlich geöffnet. [1]
Mit dem Sieg des Freikorps Epp am 30. April und 1. Mai 1919 wurde auch dem revolutionären Treiben an der Universität ein Ende gesetzt. Nach dem roten begann nun der weiße Terror in München. [2]

Die Räteregierung hatte am 30. April bürgerliche Geiseln gefangen genommen und einige von ihnen erschossen. Auch

1) So Gustav Regler, a.a.O., 106 f.
2) Vgl. Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik Bd. 1, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1954, 110.

der Honorarprofessor und Stadtschulrat Georg K e r s c h e n s t e i n e r sollte als Geisel verhaftet werden. Unmittelbar vor der Revolution hatte er in einer Versammlung Kurt E i s n e r angegriffen: "Sie Herr Eisner, werden, wenn Sie die Anarchie entfesseln, er erste sein, der unter ihre Räder kommt und zugrunde geht!" [1]

K e r s c h e n s t e i n e r entging der Verhaftung, indem er sich hinter einer Tapetentür versteckte. An seiner Stelle wurde sein Sohn Wolfgang verhaftet und zum Tode verurteilt. Er befand sich jedoch nicht unter den im Luitpoldgymnasium Hingerichteten. [2]

Damit sind wir den Ereignissen weit vorausgeeilt. Die Schilderung der Erlebnisse von Hochschullehrern im Revolutionszentrum München wäre unvollständig, wenn die Rolle einiger Professoren in der Regierung E i s n e r außer acht bliebe. Wir kehren also nocheinmal zu den Ereignissen vom November 1918 zurück.

---

1) Zitat nach Gabriele Fernau-Kerschensteiner: Georg Kerschensteiner oder die Revolution der Bildung, München/Düsseldorf 1954, 115; Kerschensteiner war damals noch (1912 - 9. November 1918) Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (vgl. Anhang)

2) Über die Erschießung der Geiseln vgl. auch Ernst Toller: Eine Jugend in Deutschland, Reinbek 1963, 114. "Wir rütteln am Schloß, die Tür gibt nicht nach, wir schlagen sie ein. Das Schreien und Weinen wird greller und trostloser, plötzlich verstummt es. Die Tür bricht auf, drinnen in den Winkeln hocken und knien sechs Menschen in Todesangst.
Da wir ihnen sagen, daß wir nicht gekommen sind, sie zu erschießen, sondern sie zu befreien, wollen sie es nicht glauben.
Wen hat man da gefangen gesetzt? Keine Führer der Konterrevolution, kleine armselige Menschen, ein alter Dienstmann ist darunter, der, weil es regnete, ein Plakat der roten Garde von der Litfaßsäule riß, um es über seinen Karren zu decken, ein Hotelwirt, den ein entlassener Kellner denunziert hat, ein unzufriedener Arbeiter."

b) Professoren in Eisners Diensten

Kurt E i s n e r trachtete sogleich nach seinem geglückten Umsturz danach, einen Burgfrieden mit den Sozialdemokraten zu schließen. Als Ausdruck dieses Willens bot er seinem Gegner Erhard A u e r das Innenministerium an, das dieser annahm. E i s n e r zeigte sich aber bei seiner Regierungsbildung noch großzügiger: "Diese Regierung sei, nach den Vorschlägen und Verständigungen ... nicht einseitig gedacht; sie wolle weder Richtungen bevorzugen noch bürgerliche Fachmänner ausschließen." [1] Die bürgerlichen Mitglieder der Revolutionsregierung waren demgemäß der frühere kgl. Verkehrsminister Heinrich von F r a u e n d o r f e r in seinem früheren Geschäftsbereich, [2] sowie der Nationalökonom Prof. Dr. Edgar J a f f é , der das Finanzministerium übernahm. In der Eröffnungsrede der 2. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 8. November 1918 bemerkte E i s n e r dazu: "Die undankbarste aller Aufgaben soll, und daran ist vielleicht eine Abneigung gegen die Professoren mit schuld, Herrn Professor J a f f é zufallen, nämlich das Finanzministerium." [3] Edgar J a f f é war einer der ganz wenigen Professoren, die an der Revolution aktiven Anteil hatten. [4]

---

1) Schade, a.a.O., 62.
2) v. Frauendorfer war 1912 nach dem sogenannten Revers-Streit zurückgetreten. Vgl. Schade, a.a.O. 136, Anm. 150 und K.A. v. Müller: Mars und Venus, a.a.O. 272: Frauendorfer habe, da "Opfer monarchistischer Willkür als Aushängeschild gedient."
3) Deutscher Geschichtskalender, Hrsg. F. Purlitz, 1. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution November 1918 - Februar 1919, Leipzig 1919, 70.
4) In den Lebensdaten Jaffés folgen wir Schade, a.a.O., 136, Anm. 151: "Geboren ist Prof. Dr. Jaffé 1866 in Hamburg, tritt hervor als a.o. Prof. der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München und stirbt 1921. - K.A. von Müller, Mars und Venus, a.a.O., S. 66 ff, berichtet von einem "unter dem Druck der Kriegszensur" entstandenen vertraulichen politischen Zirkel, dem er im Januar 1915 beitrat. Die Begründer dieses Zirkels waren von Frauendorfer und Prof. Dr. Jaffé! Der Kreis, der sich stets im Korpshaus Makaria (nahe dem Hofbräuhaus) traf, umfaßte etwa 20 Teilnehmer, "von sehr bunter, politischer Farbe". Frauendorfer stand den Mehrheitssozialisten am nächsten, Jaffé wenig durchsichtig, vielleicht bereits den späteren Unabhängigen. Jaffé war

Schon vor dem 8. November hatte J a f f é zu E i s n e r Kontakt, war mit ihm durch die Straßen gezogen und am 7. November auch maßgebend an der Großkundgebung auf der Theresienwiese beteiligt gewesen. Moritz B o n n gibt von seinem Kollegen J a f f é folgende Charakteristik: "Am vorhergehenden Mittwoch, dem 6. November, hatte mich der Unterrichtsminister zu sich berufen. Er bat mich, der revolutionären Tätigkeit von J a f f é , der mit E i s n e r in der Stadt umherzog und in Massenversammlungen die blutrünstigsten Reden hielt, einen Dämpfer aufzusetzen. J a f f é s Eitelkeit war mit ihm durchgegangen; er wollte durchaus eine Rolle spielen. Er war kein starker Charakter; ich hoffte, ihn dadurch zum Schweigen zu bringen, daß ich ihn an seine vor einem halben Jahr geplante Aufklärungstätigkeit für die Oberste Heeresleitung erinnerte. Ich konnte ihn am gleichen Tag jedoch nicht mehr erreichen. Für Donnerstag, den 7. November, war eine Massenversammlung auf der bekannten Theresienwiese angesagt, in der J a f f é sprechen sollte. Es war ausgeschlossen, ihn zurückzuhalten, solange er mit einer noch nicht gehaltenen Rede geladen war. Ich mußte mein Eingreifen verschieben, bis er sich sein Thema von der Leber geredet haben würde." [1] Auch in seiner Eigenschaft als Finanzminister der Eisner-Regierung erschöpft sich der Niederschlag der politischen Tätigkeit J a f f é s in einigen Reden, die er gehalten hat. So berichtet z.B. H o f m i l l e r am 3. Dezember 1918, J a f f é habe festgestellt, "daß die Soldaten mit Maschinengewehren auf die Fasanenjagd gehen." [2] Ernster zu nehmen ist

---

Herausgeber der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung.

1) Bonn, a.a.O., 190 f; Hofmiller, a.a.O., 36 bemerkt zur Ernennung Jaffé's: Gegenüber dem Verkehrsminister Frauendorfer "fällt die Person Professor Jaffé's als Finanzminister nicht ins Gewicht." Und an anderer Stelle: "Die Gefahr des neuen Systems ist, daß Leute wie Eisner, Jaffé keine Bayern sind. Jaffé ist aus Hamburg, Eisner aus Berlin, sie haben keinerlei Anhang bei der bodenständigen Bevölkerung." (ebd. 46)

2) Hofmiller, a.a.O., 100. Publizistisch ist Jaffé wenig hervorgetreten. Aus der Kriegszeit ist zu nennen: "Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland", in: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Hrsg. Thimme/Legien, Leipzig 1915; wissenschaftlich ist Jaffé schon 1904 mit dem Buch: Das englische Bankwesen, Leipzig 1904 hervorgetreten.

seine Rede am 17. Dezember 1918 in der Sitzung des vorläufigen Nationalrates über die Finanzlage Bayerns. [1] am 9. Dezember hält er eine Rede vor dem Landesarbeiterrat, wo er über die Aufgaben spricht, "die den Arbeiter-, Bauern-, und Soldatenräten im Rahmen der neuen Republiken, im besonderen im Volksstaat Bayern zukommen. Die Revolution von 1789 habe den Begriff des Staatsbürgertums geschaffen; diesen Begriff wolle auch die Revolution von 1918 aufrechterhalten, ebenso die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundsätze würden auch bei uns zum Ausdruck kommen in den bevorstehenden gesetzgebenden Versammlungen der Staatsbürger auf parlamentarischer Grundlage. Wir könnten aber dabei nicht stehen bleiben; es müsse zum Grundsatz der politischen Gleichheit die wirtschaftliche und soziale Gleichheit kommen. Darunter sei zu verstehen, daß jeder Mann und jede Frau die gleiche Möglichkeit in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung hätten. Der alte Parlamentarismus müsse gereinigt werden von den Dingen, die ihn nicht zur eigentlichen Arbeit kommen ließen. Man müsse ein zweites Parlament schaffen, das nicht in Konkurrenz stehe mit der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung werde die gesetzgebende politische Versammlung sein; neben ihr müßten die Räte als Parlament von Sachverständigen bestehen, das die Gesetzentwürfe vorbereite und durcharbeite." [2] Dies entspricht in etwa der zwiespältigen Haltung, die E i s n e r selbst bezüglich der Nationalversammlung einnahm, wozu er sich am Ende drängen ließ. Als bürgerlicher Vertreter der Regierung glaubte J a f f é wohl auch auf die allseits erhobene Forderung nach Einberufung einer Nationalversammlung eingehen zu müssen. - In finanztechnischen Fragen hat J a f f é des öfteren seinen Kollegen Moritz B o n n konsultiert. [3]

---

1) Geschichtskalender, a.a.O. 291.
2) ebd., 285.
3) Vgl. Bonn, a.a.O., 202: "Gelegentlich wurde ich von dem neuen Finanzminister konsultiert, aber die Probleme des bayerischen Finanzwesens boten keinen Raum für konstruktive Mitarbeit meinerseits."

Ebenfalls am 8. November 1918 wurde auf Vorschlag Auers der Historiker Prof. Ludwig Quidde [1] zum 2. Vizepräsidenten des bayerischen Landtags gewählt. Vorbehaltlich der Zustimmung seiner Fraktion nahm Quidde die Wahl an. [2] In der Sitzung des vorläufigen Nationalrates am 17. Dezember 1918 kam es zwischen Quidde und Eisner zu folgendem Rededuell, das wir hier ausführlich wiedergeben, weil es die Ziele von Eisners Politik deutlich spiegelt und darüberhinaus zeigt, daß auch von liberaler Seite eine Loyalität gegenüber der Revolutionsregierung nicht möglich war: "Quidde erinnert daran, wie Eisner über die Nationalversammlung gehöhnt habe, und an seine geschmacklose Polemik gegen die Presse. Das Vertrauen zu Eisner sei erst durch dessen schwankende Haltung gestört worden. Quidde weist Widersprüche in den Reden Eisners nach und sagt unter dem Beifall der Versammlung: 'Wenn wir in voller Freiheit am 12. Januar, dem Tage der bayerischen Wahlen wählten, nicht bedroht durch Handgranaten, und die Auffassung des so gewählten Landtags im Widerspruch mit den Auffassungen der Arbeiter- und Soldatenräte stehe, dann würde das beweisen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte im Widerspruch stünden mit dem Willen des ganzes Volkes. Es müsse aber der Wille des ganzen Volkes zum Ausdruck kommen. Verschiedene Äußerungen des Ministerpräsidenten seien gedeutet worden, als ob das Ergebnis der Landtagswahlen, wenn es im Widerspruch mit der Auffassung der

---

1) Ludwig Quidde (1858 - 1941) war Privatgelehrter und hielt sich seit 1890 in München auf. "Im Jahre 1896 verbüßte er wegen angeblicher Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis." (Schade, a.a.O., 136, Anm. 155). Quidde war Mitglied der süddeutschen Demokratischen Volkspartei im Landtag (seit 1907). Mitgl. der Weimarer Nationalversammlung (DDP). Quidde war pazifistischer Politiker, seit 1914 (- 1929) vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft und seit 1920 auch des Deutschen Friedenskartells. 1927 erhielt er den Nobelpreis für den Frieden. 1933 emigrierte er in die Schweiz. Von seinen Veröffentlichungen nach 1918 sind hervorzuheben: "Reale Garantien für einen dauernden Frieden, 1915; Völkerbund und Demokratie, 1919, 3. Aufl. 1922; Völkerbund und Friedensbewegung, 1920.

2) Schade, a.a.O., 137.

Arbeiter- und Soldatenräte zu stehen scheine, nicht vom Ministerpräsidenten anerkannt werde. Es müsse demgegenüber eine Erklärung der Regierung verlangt werden, wie sie auch von der Reichsregierung und vom preußischen Ministerium abgegeben worden sei. Die Übergriffe der Arbeiter- und Soldatenräte seien hinzunehmen als unvermeidliche Begleiterscheinung der Revolution, wenn auch das, was jetzt vielleicht geschehen sei, größere Gefahr für die Öffentlichkeit gebracht habe als der Militarismus. Q u i d d e nimmt dann die Offiziere in Schutz, die sich heute von jedem Lausbuben auf der Straße beleidigen lassen müssen. Das sogenannte Nebenparlament sei ein Mittel zur Ablenkung der Forderungen, die aus allen Berufsständen an die Regierung kommen. Das neue Wahlrecht begrüßt der Redner lebhaft. Eingriffe in die bestehenden Gesetze dürften während der Übergangszeit nicht gemacht werden. In den politischen Versammlungen führten heute Leute das Wort, die nicht ins politische Leben, sondern in eine Kaltwasserheilanstalt gehörten.
In scharfer Weise übt der Redner sodann Kritik an E i s n e r s auswärtiger Politik, der von München aus den Frieden bringen wolle. Man möge von Bayern aus Vermittlungsarbeit leisten, aber der Gedanke eines Sonderfriedens müsse entschieden zurückgewiesen werden. Von dem Verständnis und dem Vertrauen C l e m e n c e a u s hätte man verflucht wenig gespürt. Wenn wir uns selbst erniedrigten, würden wir durchaus nicht bessere Bedingungen bekommen. Der jetzige Augenblick sei wenig geeignet, unsere schmutzige Wäsche zu waschen. Wir sollten heute als Deutsche erhobenen Hauptes dem Auslande gegenübertreten.
Q u i d d e beantragt zum Schluß, eine fünfgliederige Kommission aus den Mitgliedern des vorläufigen Nationalrates zu wählen, die dem Minister des Äußeren in Fragen der äußeren Politik zur Seite stehen soll.
Ministerpräsident E i s n e r setzt nocheinmal seine bekannte Auffassung von der Nationalversammlung und der Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte auseinander. Seine auswärtige Politik sucht er mit den Worten zu rechtfertigen, wir hätten das alte System nicht zu zerbrechen brauchen, wenn Deutschland nicht die Schuld am

Kriege trüge. Hätte nur unsere Niederlage die Revolution veranlaßt, so wäre das eine Feigheit gewesen. Wäre es tatsächlich richtig, daß wir das Opfer eines feindlichen Überfalles waren, so müßten wir noch heute geschlossen hinter die Führer des alten Systems treten. Weil aber eine gewissenlose Politik uns ins Unglück gestürzt habe, hatten wir das moralische Recht zur Revolution. Der Ministerpräsident teilt sodann mit, daß einen Hauptbestandteil der neuen bayerischen Verfassung das Volksreferendum für besonders wichtige Gesetzentwürfe bilden würde." [1]

Gerade die "bayerische Außenpolitik" E i s n e r s war es jedoch, die einen anderen Münchner Professor zur Mitarbeit an der Regierung E i s n e r s ermunterte: Friedrich Wilhelm F o e r s t e r . E i s n e r träumte davon, daß ein bußfertiges Deutschland die Alliierten gnädig stimmen würde und hoffte so auf die Verwirklichung der 14 Punkte W i l s o n s . "E i s n e r glaubte daher im Interesse des gesamten Reiches zu handeln, wenn er dem Ausland die bayerischen Verhältnisse als beispielhaft für das Bemühen des ganzen deutschen Volkes um Demokratisierung vor Augen" führte [2] und die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bekannte. So ist es nur natürlich, wenn er sich um die Mitarbeit F.W. F o e r s t e r s bemühte, für den er den Posten eines Gesandten in Bern in Aussicht genommen hatte. F o e r s t e r war für die 'Außenpolitik" der Linie E i s n e r s geradezu prädestiniert. F o e r s t e r hatte aus seinem Preußenhaß kein Hehl gemacht und war schon in den neunziger Jahren unangenehm aufgefallen. 1895 verbüßte er wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnishaft und war immer wieder als Kritiker der wilhelminischen Zeit hervorgetreten. [3]

---

1) DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER, Hrsg. F. Purlitz etc. a.a.O., 291 f.
2) Schade, a.a.O., 68.
3) Friedrich Wilhelm Foerster wurde am 2. Juni 1868 in Berlin geboren. Sein Vater war der Astronom Prof. Dr. Wilhelm Foerster. 1893 promovierte er zum Dr. phil. Nach seiner Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung ging er nach England und wurde 1901 Privatdozent in Zürich und 1913 Prof. für Philosophie in Wien. 1914 berief ihn

Im Kriege schließlich steigerte er sich in einen leidenschaftlichen Pazifismus christlicher Prägung hinein. Es ist weniger die Person F.W. F o e r s t e r s , die für die Erkenntnis des Zeitgestes Aufschluß gibt, als die Reaktionen, die er bei seinen Zeitgenossen hervorrief. F o e r s t e r war ein Außenseiter aus Passion sowohl vor, als auch nach 1918. Man könnte daran ablesen, daß sich der Zeitgeist durch das Jahr 1918 nicht geändert habe; freilich mit der Einschränkung, daß sich vor allem F o e r s t e r nicht geändert habe. Man mag zu F o e r s t e r stehen wie man will, eines war er sicher: ein permanenter Antipode des Zeitgeistes. Daher muß an dieser Stelle näher auf ihn eingegangen werden. Bevor wir seiner Gesandtentätigkeit nachgehen, holen wir etwas weiter aus und blenden zurück in die Kriegszeit.

Ende des Jahres 1916 veröffentlichte F.W. F o e r s t e r in der Zeitschrift "Friedenswarte" einen Artikel mit dem Titel "Bismarck im Lichte der föderalistischen Kritik". Es ging ihm darum, "in einem entscheidenden Momente des deutschen Konfliktes mit Europa die Stimme von Konstantin F r a n t z' laut zu Gehör zu bringen und seinem Ruf nach deutscher Selbstbestimmung, nach Revision der deutschen Geschichtsauffassung sowie nach einer tieferen Erkenntnis der wahren Ursachen der Weltkatastrophe"[1]: mit anderen Worten, die deutsche Mentalität des Militarismus seit 1866 hätte den Krieg verschuldet. Der Artikel erregte natürlich größte Entrüstung, die Zeitungen griffen F o e r s t e r an und er geriet in einen Konflikt mit

---

ihn die Universität München, wo er den Lehrstuhl für Pädagogik bis 1920 innehatte. 1920 legte er seine Professur nieder, um ganz, von Zürich aus im Sinne seines ethischen Pazifismus zu wirken. Später ließ er sich in New York nieder. 1952 wurde in Deutschland eine Friedrich-Wilhelm-Foerster-Gesellschaft gegründet. Im Januar 1966 ist er im Alter von 97 Jahren völlig erblindet in Kilchberg am Zürichsee gestorben.

1) Friedrich Wilhelm Foerster: Erlebte Weltgeschichte. Memoiren 1869-1953, Nürnberg 1953, 183.

seiner Fakultät. Darüber heißt es in seinen Memoiren: "Die philosophische Fakultät erließ eine öffentliche Erklärung, in der sie unzweideutig von meinen Ansichten abrückte und der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß jeder Deutsche über solche Ansichten entrüstet sein müsse. ... Die ältere Generation der Universität aber war nicht so leicht zu beruhigen. Ein Jurist, Professor von Amira, beantragte Hochverratsanklage gegen mich. Mein nächster Kollege in der Pädagogik, Professor R e h m fand es ungeheuerlich, daß ich gewagt hatte, F i c h t e s Reden an die deutsche Nation zu kritisieren und ihnen vorzuwerfen, daß in ihnen vom wahren deutschen Geiste schlechthin nichts zu spüren sei. Der ehrwürdige Rektor der Universität, Geheimrat G r a u e r t , lud mich zu einer Aussprache ein, in der er mir, um mich von weiteren Eingriffen zurückzuhalten, zu bedenken gab, daß große Gefahr bestehe, daß das Generalkommando die Universität schließen lasse. Ich antwortete: 'Das wäre ja herrlich, dann hätten wir alle die nötige Muße, um die gewaltigen Probleme dieser Schicksalsstunde zu durchdenken.' Er beschwor mich, den Konflikt nicht zu verschärfen, es sei jetzt nicht die Stunde, um so schwerwiegende Fragen zur Diskussion zu bringen. Ich widersprach und erinnerte ihn an die Stelle in 'Wallensteins Tod', wo die Verschwörer sich Wallensteins Zimmer nähern und der Kammerdiener ihnen zuruft: 'Still, still, der Herzog schläft', worauf Hauptmann Deveroux ihm zuruft: 'Freund, jetzt ist's Zeit zu lärmen.' [1]

In seiner Rechtfertigung und Erläuterung seines politischen Credo hielt F o e r s t e r vor seinen Studenten im Hörsaal folgende Ansprache, die von verschiedenen liberalen Zeitungen abgedruckt wurde. F o e r s t e r sagte u.a.: "Meine Damen und Herren! Sie werden mir gewiß glauben, daß es nicht gerade ein Vergnügen ist, in großen Krisen des nationalen Schicksals ganz isoliert dazustehen, auch von vielen hochgeachteten Kollegen

---

1) ebd. 188 und 190 f.

scharf getrennt zu sein. Es ist zweifellos, daß unter den Bismarck-Gläubigen viele der allerbesten unseres Volkes sind, die meine Kritik an dem, was ihnen heilig ist, schwer verletzen muß. Das ist aber nun einmal ein geistiges Schicksal, dem ich nicht entrinnen kann; denn seit Beginn meiner Universitätslaufbahn habe ich mich mit keinem Problem intensiver beschäftigt als mit dem Problem: Politik und Moral; dabei bin ich eben durch Studium und Weltbeobachtung im Ausland und Inland zum radikalen Gegner der Tradition Bismarck - Treitschke geworden. ... Gerade in dieser unserer Zeit erscheint es mir dringend, daß eine geistige Macht, die in den Jahrzehnten des großen äußeren Erfolges in den Hintergrund gedrängt wurde, jetzt wieder in die Oberwelt der Seelen emporsteigt. Wenn sie den Artikel, der zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt hat, lesen, mag er noch so sehr den Vorstellungen widersprechen, in denen Sie aufgewachsen sind, Sie werden doch fühlen, daß er aus deutscher Seele stammt, aus Liebe zum deutschen Wesen und seiner Weltmission; und niemand hat das Recht, mir Mangel an Vaterlandsliebe vorzuwerfen, weil ich eine andere Ansicht vom Heil des Vaterlandes habe als er. Man redet von der Liebe, die den Tod überwindet, größer noch ist wohl die Liebe, die es auf sich nimmt, von dem, den sie liebt, als Feind betrachtet zu werden, weil sie ihm schwere Schmerzen und harten Widerspruch zufügen muß. So gibt es auch eine Vaterlandsliebe, bei der man es ruhig auf sich nimmt, als vaterlandslos zu erscheinen, weil man der Tagesstimmung schmerzlich und unbegreiflich widersprechen muß. Wenn es heute scheinen mag, als wollten die Universitäten aufhören, ein Asyl auch für solche Art von kritischem Denken zu sein, so mag an die Zeit erinnert werden, wo das schwarz-rot-goldene Denken dem Partikularismus als Landesverrat erschien. Genau so erscheint es heute dem nationalen Denken der alen Schule als unpatriotisch, wenn man laut darauf hinweist, daß doch der ganze Weltkrieg es dröhnend der Kulturwelt verkündet, daß wir alle aus dem bloßen Nationalegoismus heraus müssen, daß die nationale Gemeinschaft, bei all ihrer unersetzlichen, sittlichen und

und sozial-pädagogischen Bedeutung, doch auch nur ein Partikulares ist gegenüber der kommenden europäischen Kulturordnung, an deren Herausgestaltung wir jetzt mit jedem Gedanken und mit jedem Worte arbeiten müssen." [1] Die Haltung der Gegenposition geht aus einer Pressefehde F o e r s t e r s mit K.A. von M ü l l e r hervor. M ü l l e r berichtet: "Die 'Münchner Neuesten Nachrichten', damals eben in einem ihrer mehrfachen Kurswechsel begriffen, und von Anfang an bissige Widersacher der Vaterlandspartei, veröffentlichten am 13. November (1917), an ausgezeichneter Stelle, einen Artikel des bekannten Pädagogen Friedrich Wilhelm F o e r s t e r 'Großadmiral Tirpitz als Weltpolitiker'. Was mich in Harnisch brachte, war der irreführende Schafspelz, den sich der Verfasser, wie mir schien, umhängte. Er hatte in einer deutschfeindlichen Schweizer Zeitschrift und, eben erst, in Wiener pazifistischen Kreisen Bismarck und seinen Staat grundsätzlich und gehässig angegriffen, vom Ausland her, in einem Augenblick, da dieser Staat um sein Leben rang, mit Argumenten, die sich mit denen der feindlichen Kriegspropaganda deckten." [2]

Nach der Affäre wurde F o e r s t e r vom bayerischen Kultusminister für ein Jahr beurlaubt und ging in die Schweiz. Die kritischen Novembertage hat F o e r s t e r in München nicht miterlebt. Die Aufforderung E i s n e r s, den Gesandtenposten in Bern zu übernehmen, erreichte F o e r s t e r in Zürich:"Wenige Tage nach dem Ausbruch

---

1) ebd. 189 f. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Bemerkung Foersters, die an die später verbreitete Legende vom "Dolchstoß" anklingt: "Um objektiv zu sein, muß ich erwähnen, daß eines Tages auch ein Reserveoffizier von der Front nach der Vorlesung an mich herantrat und mir sagte: 'Vor dem Kriege war ich Ihr Schüler, jetzt kämpfe ich bei Verdun. Fallen Sie uns nicht in den Rücken!'" (ebd. 192)

2) K.A. v. Müller: Mars und Venus, a.a.O., 205.

der sogenannten 'Novemberrevolution' in München erhielt ich in Zürich ein Telegramm des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt E i s n e r , das mich einlud, vorübergehend, also für die Dauer der Friedensvorbereitung, das neue Bayern diplomatisch in Bern zu vertreten. Ich lehnte zunächst ab mit der Begründung, daß ich kein Sizialist sei, worauf dann E i s n e r antwortete, daß das neue Ministerium Mitglieder verschiedenster Parteien in sich schlösse, so z.B. den liberalen Justizminister F r a u e n d o r f e r . Er, der Ministerpräsident, lege großen Wert darauf, daß ich in Bern die moralische Seite der bayerischen Revolution verträte. Also sagte ich zu, und ich habe diesen Entschluß niemals bereut, weil mir diese provisorische diplomatische Mission in Bern außerordentlich interessante Einblicke in die damals wirkenden weltpolitischen Kräfte gestattete." [1] Bereits am 14. November telegraphierte F o e r s t e r nach München: "Aussichten für Milderung der Waffenstillstandsbedingungen verbessern sich unverkennbar, auch auf englischer Seite ... Sie dürfen jedenfalls in der Organisation der Volksernährung zuverlässig damit rechnen, daß die auf der Ententeseite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehend sind und auf einer abwartenden Haltung in bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschlands beruhen." [2]
Zweifellos lag bezüglich der außenpolitischen Fragen eine innere Übereinstimmung zwischen E i s n e r und F o e r s t e r vor. [3] Beide waren Idealisten und

---

1) ebd. 211.
2) Pius Dirr: Auswärtige Politik Kurt Eisners und der bayerischen Revolution. Nach unveröffentlichten Geheimakten, SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE, Jg. 1922 (Februar) 246; Zit. auch bei Schade, a.a.O., 69.
3) Vgl. F.W. Foerster: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Gesichtspunkte zur deutschen Selbsterkenntnis und zum Aufbau eines neuen Deutschland. Stuttgart 1920, bes. Kap. 7, "Eisners Stellung zur Schuldfrage": Wohl in keiner schwerwiegenden politischen Frage ist das Urteil des deutschen Publikums durch seine politischen Führer so irregeleitet worden, wie in der Frage von der Schuld des alten Systems in bezug auf den Ausbruch des Weltkrieges. Die politische und moralische Tragweite einer gründlichen Klarstellung dieser Angelegenheit wurde außen-

besonders F o e r s t e r s politisches Denken bewegte sich stark in moralischen Grundsätzen, wie die oben zitierte Rede an die Studenten deutlich werden läßt. Die seiner Meinung nach autonom gewordenen Gesetze politischen Handelns der christlichen Taufe zuzuführen und damit der Moral unterzuordnen, war geradezu das Ceterum censeo seiner Auffassung von Politik. [1]

Für beide stellte der Frieden ein moralisches Problem dar: "Eisner konzentrierte seine Bestrebungen auf die Außenpolitik. Er hatte Professor Friedrich Foerster zum Gesandten in der Schweiz ernannt. Foerster war ein Mann von hohen Idealen, ein Befürworter der strengen Anwendung ethischer Grundsätze auf die praktische Politik. ... Für Förster und Eisner stellte der Frieden ein rein moralisches Problem dar. das kaiserliche Deutschland war verderbt gewesen; es hatte die Todsünde begangen, einen Krieg zu beginnen. Seine Erbin, die Republik, konnte daher nur dann auf leidliche Friedensbedingungen hoffen, wenn sie diese Schuld zugab, der Welt ihre Archive öffnete, die Verworfenheit des alten Regimes offen darlegte und Bußbereitschaft bewies. Auf diese Weise könne Deutschland seine Seele läutern und von seinen siegreichen Feinden gerechte und vielleicht sogar großmütige Friedensbedingungen erhalten. Förster und Eisner wandten also auf die Politik die Methoden der Bußprediger und der späteren Oxford-Gruppe

---

politisch und innenpolitisch völlig verkannt und nach den oberflächlichsten Formeln der Kriegspsychose beurteilt. Zunächst übersah man, daß es sich bei jener Klarstellung gar nicht um eine Geste für das Ausland, sondern um eine nationale Angelegenheit erster Ordnung, nämlich um das Reinigungswerk der nationalen Selbsterkenntnis, um die klare Erfassung der tiefsten Ursachen unserer Isolierung und unseres Zusammenbruchs, um unsere innerste Befreiung von jeder weiteren Solidarität mit jenem Triebkräften unserer Verhängnisses handelte. (27)

1) Dies ist der Grundtenor seiner zahlreichen nach dem Krieg erschienenen Schriften. Besonders deutlich in: "Weltpolitik und Weltgewissen", München 1919, bes. 32 ff und "Politische Ethik und politische Pädagogik", 3. Aufl. 1918, um nur die Hauptwerke zu nennen.

an. Einige der von Präsident Wilson geprägten Formulierungen ließen eine derartige Selbstbezichtigung auch wirklich vielversprechend erscheinen; sie fanden außerdem bei Neurotikern starken Anklang, für die selbstauferlegte Quallen eine Quelle des Freudebilden, die aber in diesem Falle vollständig übersahen, daß Woodrow Wilson nicht nur ein Prophet, sondern auch ein sehr gewandter politischer Führer war. [1]

Die deutsche Haltung der Selbstbezichtigung gegenüber der Entente warf ihre Schatten schon auf den Versailler Friedensvertrag voraus, was später dem Ansehen der Republik sehr zu Schaden kommen sollte. Dies ergibt sich aus dem Urteil des konservativen Zeitgenossen K.A. von M ü l l e r , der noch im Rückblick folgendes Urteil fällt (er bezieht sich auf die Veröffentlichung der Gesandtschaftsberichte des Grafen Lerchenfeld am 23. November durch die bayerische Regierung): "Ich denke heute gerechter als einst über die Beweggründe der Männer, die den Rat zu jenem Schuldbekenntnis gaben: aber seine Kundmachung in dieser Stunde, auch abgesehen von der unehrlichen Verfälschung, die dabei begangen wurde, war ein Werk der Verblendung. Die Entente benützte es sofort als willkommenes Mittel ihrer Machtpolitik. Die Tatsache dieses amtlichen deutschen Schuldbekenntnisses wurde sogleich und für immer eingemauert in die Anklage, welche die dauernde Lähmung Deutschlands rechtfertigen sollte, und was von manchem ihrer Urheber vielleicht ehrlich gedacht war, um einen Verständigungsfrieden zu erleichtern, wurde in Wirklichkeit ein Baustein für das unselige Versailler Diktat." [2]

Wenn E i s n e r und F o e r s t e r in außenpolitischen Fragen konform gingen, so keineswegs innenpolitisch. Im Januar 1919 veröffentlichte er in der

---

1) Bonn, a.a.O., 200. Bonn hat u. E. so die Lage völlig richtig interpretiert. Aber im Zusammenhang mit dem Versailler Friedensvertrag wird später den "Erfüllungspolitikern" und mit ihnen der Republik von rechts das Argument entgegengehalten, daß die Bußfertigkeit nicht die erwarteten Erfolge gebracht habe.

2) K. A. von Müller: Mars und Venus, a.a.O. 288.

"Münchner Post" einen Artikel unter dem Titel: "Die unhaltbare Lage in Bayern", in dem er die Innenpolitik E i s n e r s scharf kritisierte und "auf den Widerspruch zwischen dem demokratischen Programm und der tatsächlichen Diktatur hinwies und auf schleunige Einberufung der Nationalversammlung drängte." F o e r s t e r fährt fort: "Dieser öffentliche Angriff eines offiziellen Gesandten gegen seinen Vorgesetzten, den Ministerpräsidenten, war natürlich etwas ganz Ungewöhnliches; aber E i s n e r war eine sehr groß angelegte Natur. Er konnte sich meiner Feststellung des Widerspruchs zwischen seinen Prinzipien und seiner Politik nicht entziehen, gab nach und berief den Landtag ein, wo er sein Amt niederzulegen entschlossen war. Auf dem Wege dorthin wurde er erschossen.
So endete diese Tragödie eines wahrhaft edlen Menschen, der ohne jede Eitelkeit und von den besten Absichten beseelt, in der Niederlage der deutschen Armeen eine vom Schicksal gegebene Gelegenheit sah, im Interesse der ganzen Welt und des deutschen Volkes selber, der deutschen Kriegspolitik ein definitives Ende zu setzen. Er sah nicht, daß diese Kriegspolitik das deutsche Volk in weit durchgreifenderer Weise ideologisch in Besitz genommen hatte, als er es auch nur von ferne zu ahnen vermochte. Aber wie hätte er das wohl begreifen können, wenn doch selbst heute, nach einem zweiten Weltkriege, der durch jene zu neuem Leben erweckte Kriegspolitik entfesselt wurde, weder die immer aufs neue überraschte Welt noch das deutsche Volk begriffen zu haben scheinen, welcher Täuschung sie zum Opfer gefallen sind?" [1]
Es mag allerdings dahingestellt bleiben, ob E i s n e r s Entschluß wirklich auf F o e r s t e r s Artikel zurückzuführen war. Vielmehr war E i s n e r s Problem das Ergebnis der Landtagswahlen vom 12. Januar 1919, bei denen sich die sozialistische Republik eine eindeutige Niederlage geholt hatte. F o e r s t e r war jedenfalls

---

1) Erlebte Weltgeschichte, a.a.O., 213 f.

kein Sozialist und hielt daher auch von der Revolution nicht viel: "Alles beruhte auf völlig unzureichender Abschätzung der Realitäten, nichts war durchdacht, nichts für die Dauer begründet. Die Revolutionäre des Jahres 1918, die sich alle als Nachfolger des Jahres 1848 betrachteten und in Deutschland die Demokratie begründen wollten, begannen diese Neuschöpfung in widerspruchsvoller Weise damit, daß sie mit Hilfe einer tapferen Truppe von Matrosen, Urlaubern und ehimgekehrten Soldaten die Diktatur einer Minderheit aufrichteten." [1]

F o e r s t e r s Kritik am wilhelminischen Zeitalter lief immer auf die Mentalität der Zeitgenossen hinaus, nicht auf die Institution des Kaisertums. Die Frage, ob Monarchie oder Republik, ließ ihn aber nach 1918 gleichgültig, jedenfalls hält er in seinen Memoiren eine erörterung darüber nicht für nötig und auch in seinen zeitgenössischen Veröffentlichungen ist davon kaum die Rede. Ja, er rückt bei aller beißenden Kritik des kaiserlichen Deutschland von einer solchen Haltung sogar deutlich ab. In "Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland", [2] heißt es: "Die vorliegende Abrechnung mit dem "älteren System" enthält eben in dieser rückwärtsgerichteten Betrachtung auch bereits ein nach vorwärts gerichtetes Programm für eine neue Staatskunst. Ja der Verfasser ist der festen Überzeugung, daß nur derjenige, der sich gründlich mit dem Vergangenen und Begangenen auseinandersetzt und das Verkehrte und Verderbliche darin mit größter Präzision bei namen nennt, die moralische und politische Kraft und Klarheit gewinnt, um das Neue, das kommen soll, wahrhaft konkret als solches zu bezeichnen." ... "Mit dem revolutionären Kampf gegen das alte System habe ich nie etwas zu tun gehabt. Die revolutionäre Praxis erschien mir stets als ein Militarismus von unten, der niemals etwas anderes, als eine neue Stärkung des Militarismus von oben erreichen werde. Hat doch in der

---

1) ebd. 213.
2) Stuttgart 1920, Vorwort und S. 20, Hervorhebung v. Verf.)

Tat nichts so entscheidend zur Erhaltung und Wiederbelebung des Potsdamer Geistes im zusammengebrochenen Deutschland beigetragen, als die praktische und theoretische Propaganda für die Diktatur des Proletariates, die ja doch selber letzten Dendes aus dem preußischen Gewaltgeiste stammt und mit dem großen sittlichen Befreiungswerke der arbeitenden Klasse schlechthin nichts zu tun hat. Nur durch sein konsequentes Gegenteil kann der preußische Geist wirklich überwunden werden. Die deutsche Revolution nach der Katastrophe aber war nicht als eine Handgranatenrevolution des mißbrauchten und erschöpften Volkes in Waffen, das seine Peiniger und Irreführer endlich loszuwerden die Macht fühlte - ein großes neues Gegenbild des geschlagenen Militarismus, eine logisch ausgearbeitete Idee der gewaltlosen Gesellschaft, durch die auch die Vertreter des alten Systems hätten geistig erobert werden können, war nicht vorhanden."
Hier zeigt sich, daß er das "Neue, das kommen soll" nicht in einer anderen Form des politischen Lebens sieht, sondern im Inhalt, d. h. für ihn in der politischen Moral, die unabhängig von der Staatsform ist. Daher kann er sich von der Revolution ebenso distanzieren wie von der Bismarckschen Realpolitik, dem wilhelminischen Imperialismus und der Tirpitz-Ludendorffschen Kriegspolitik. Und er distanziert sich später ebenso von der Weimarer Republik. Darin liegt auch der Grund für Foersters permanentes Außenseitertum, da er eine heile politische Welt, wie sie seinen idealistischen Vorstellungen entsprochen hätte, niemals vorfinden konnte. Da er sich zu sehr in eine eigene Konzeption verrannt hatte, mußte seine Kritik seinen Zeitgenossen schief und übertrieben erscheinen.
In Foerster hatte sich die Idee festgefressen, daß jede Machtpolitik von Übel sei, weil sie in Konflikt mit den moralischen Prinzipien geraten müsse und daher seiner Auffassung vom Christentum widersprach. Da sich seine Kritik gegen die Zeitgenossen richtete, sah er auch eine Grundlage für die Demokratie nicht gegeben: "Wollte man aber wirklich die Demokratie, so blieb doch logischer Weise

nichts anderes übrig als den Willen der Majorität des deutschen Volkes durch eine demokratische Abstimmung zum Ausdruck kommen zu lassen. Dies aber mußte automatisch zur Rückkehr der unbelehrten und unbekehrten Elemente in ihre alten Machtstellungen führen. Alle jene revolutionären Führer hatten sich völlig in bezug auf die Proportion der Kräfte im deutschen Volke getäuscht und eine Massenerhebung und Massenbekehrung für möglich erachtet, von der dann weit und breit nichts zu spüren war. Das deutsche Volk ist eben seit Jahrhunderten hierarchisch und nicht revolutionär." [1] So kann man sagen, daß die Mitarbeit selbst eines Mannes wie F. W. Foerster an Eisners Revolutionsregierung eine sehr begrenzte war und nur teilweise von einer inneren Bejahung der politischen Zielsetzung getragen wurde.

Kurt Eisner schien es gerade auf die Heranziehung der Akademiker anzukommen. Am 28. November 1918 wurde der Professor an der Handelshochschule München Arthur W e i ß [2] in vorübergehender Eigenschaft zum Gesandten des Volksstaates Bayern bei der tschechoslowakischen Republik in Prag bestellt. [3]

Als Nachfolger des bayerischen Gesandten bei der Reichsregierung in Berlin, dem Grafen Lerchenfeld wurde Dr. Friede

---

1) ebd., 213
2) Weiß ist in Kürschner's Gelehrtenkalender 1926 nicht enthalten und auch sonst nicht zu ermitteln.
3) Deutscher Geschichtskalender 1918/19, a. a. O., 87. Schade: Kurt Eisner etc., bemerkt darüber nichts.

rich Muckle [1] ernannt, ein Privatdozent aus Heidelberg. Muckle gewann in Berlin die Überzeugung, daß die Berliner Regierung unfähig sei. Er wurde darin von dem Schriftsteller Maximilian Harden bestärkt. [2] Am 19. November 1918 schrieb er an seinen Ministerpräsidenten: "Die Gefährdung durch Liebknecht ist groß: Harden wie ich geben Liebknecht recht, wenn er betont, daß die Revolution eine Halbheit, ja weniger als dies ist, und daß es ein leichtes sein wird, sie abzuwürgen. Liebknechts Haß richtet sich wohl auch gegen die Vertreter des alten Systems, vor allem aber, wie er sich ausdrücken könnte, gegen die Verräter unter den Sozialisten. Aber wenn Liebnknecht die Diktatur des Proletariats preist und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geiste größre Arbeitermassen zu entflammen- und mit dieser Möglichkeit muß gerechnet werden -, so ist nicht nur nicht an Friedensschluß zu denken, sondern es muß selbst damit gerechnet werden, daß die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszumalen." [3]
Vor allem aber verlangte Muckle (und Harden) die Veröffentlichung der Geheimakten zum Kriegsausbruch: damit "würde man Liebknecht zu einem guten Teil das Wasser abgraben." [4]

---

1) Friedrich Muckle wurde 1883 geboren. Er studierte an den Universitäten Leipzig und Heidelberg (so Schade, a. a. O., 142, Anm. 18). Im Deutschen Universitätskalender (Jg.1919) ist er für das Wintersemester 1918/19 noch als Priv.-Doz. in Heidelberg aufgeführt und erscheint nicht mehr im WS 1919/20. Seine Veröffentlichungen nach dem Kriege waren "Der Geist der jüdischen Kultur und das Abendland", München 1923; "Gustav Wyneken. Ein Bild des Kulturverfalls der Zeit", Lauenburg 1924. Muckle trat nicht wieder in den Universitätsdienst ein und lebte in den 20er Jahren als Privatgelehrter auf einem Dorf bei Heidelberg.
2) Schade, a. a. O., 71
3) Pius Dirr: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München/Berlin 1925, 44
4) Zum Folgenden vgl. Schade, a. a. O., 70 ff

Eisner hatte schon vorher zu dem amerikanischen Pazifisten Prof. Dr. George D. H e r r o n Kontakt, der seinerseits bei Präsident Wilson die Vertrauenswürdigkeit der Eisner-Regierung gerühmt hatte. Eisner fühlte sich in seiner Friedenspolitik bestärkt und das Schreiben Muckles löste endgültig seinen Alleingang in Sachen Kriegsschuldfrage aus. Zum Entsetzen der Reichsregierung und der deutschen Ministerpräsidenten veröffentlichte er aus dem Geheimen Staatsarchiv Gesandtschaftsberichte des Grafen Lerchenfeld, "aus denen hervorzugehen schien, die alte kaiserliche Regierung hätte den Weltbrand mit vollem Vorbehalt entzündet." [1]

Friedrich Muckle hat jedenfalls das revolutionäre Verdienst, durch seinen Gesandtschaftsbericht Kurt Eisner zur Veröffentlichung geheimer Dokumente veranlaßt zu haben. Dies scheint aber seine einzige Tat gewesen zu sein. Von Eisner erhielt er noch die Anweisung, jeden Verkehr mit dem Auswärtigen Amt (das auf die Dokumentation offiziell entgegnet hatte) abzulehnen. Gegen Ende des Monats November wurde es um Muckle still. Das veranlaßte Eisner zu folgendem Auftrag, den wir Motitz Bonns Erinnerungen entnehmen: "Vor einiger Zeit habe ich einen neuen bayrischen Gesandten in Berlin ernannt, einen Ihrer Kollegen aus Heidelberg, Dr. Muckle. Er schickt uns keine Berichte. Wir haben seine Spur verloren. Vielleicht können Sie ihn für uns auffinden.' Ich versprach, mein Bestes zu tun, und fuhr nach Berlin. ... Dr. Muckle war Privatdozent an der Universität Heidelberg gewesen; er hatte ein oder zwei anregende soziologische Bücher geschrieben. Für Politik hatte er, soweit mir bekannt war, vor Beginn der Revolution nicht viel Interesse gezeigt; er war jedoch, wie so manche Intellektuelle, von der Romantik der Revolution infiziert worden und hatte sich den Unabhängigen Sozialisten angeschlossen. Ich über-

1) K. A. v. Müller: Mars und Venus, a. a. O., 288; Die Dokumente wurden veröffentlicht im Berliner Tageblatt vom 23. November 1918, wo es im Vorspann heißt, die Veröffentlichung sei "durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das die Voraussetzung für

mittelte ihm die Klagen seines Chefs über seine mangelhafte Berichterstattung. 'Berichterstattung? Wozu? Was soll ich denn berichten?' fragte er höchst unwillig. 'Um neun Uhr spreche ich mit Haase, der mir ein paar Informationen gibt; um zehn Uhr treffe ich Ebert, der sagt mir das Gegenteil; um elf Uhr komme ich mit Liebknecht zusammen, der alles bestreitet, was die beiden anderen mir erzählt haben. Wollte ich Berichte abschicken, müßte ich mir ja dauernd selbst widersprechen. Ist es da nicht viel besser, gar nichst zu melden? Das spart Mühe und verhütet Mißverstandnisse.' Diese eines Talleyrand würdige Weisheit machte auf mich den gebührenden Eindruck. Ich empfahl mich, von dem Erfolg meiner Sendung völlig befriedigt. Ich hatte den abhanden gekommenen Diplomaten gefunden." [1]

Soweit die akademischen Regierungsmitglieder Eisners: eine verhältnismäßig stattliche Bilanz von einem Minister und drei Gesandten, die ihrem Typ nach alle irgendwie Eisner ähnelten. Es waren keine politischen Köpfe, die sich Eisner zur Verfügung gestellt hatten, sondern mehr oder weniger weltfremde Idealisten, die vom Fieber der Revolutionsromantik infiziert waren. Dabei war Friedrich Wilhelm Foerster noch der reputierlichste dieser Revolutionsprofessoren; er stand dafür auch nur halb hinter der Sache und glaubte mit der Revolution sei außenpolitisch die Stunde der Moral in der Politik gekommen. Die Berufung der Professoren durch Eisner sollte eine Geste der Weitherzigkeit sein. Er glaubte wohl durch sie Vertreter des Bürgertums für die Revolution gewonnen zu haben. Aber gerade als solche Aushängeschilder waren Manner vom Schlage eines Jaffé oder Foerster nicht geeignet. Foerster war ja ein Kritiker des Bürgertums, Jaffé und die anderen kaum bekannt. Es handelte sich durchweg um Außenseiter, die

---

einen Frieden der Völkerversöhnung ist."

---

1) Bonn, a. a. O., 203

keineswegs als repräsentativ für die Professorenschaft überhaupt angesehen werden dürfen. Diese stand durchweg der Revolution ablehnend gegenüber und wurde daher von "Räten" kontrolliert, die sich an der Universität, den übrigen Münchner Hochschulen und auch an der Bayerischen Akademie der Wissenschaften etabliert hatten. Auch dazu einige Streiflichter: Karl Alexander von Müller berichtet vom Revolutionsrat im Beamtenkörper der Bayerischen Akademie: "Erst mehrere Tage nach der allgemeinen Umwälzung brach die Revolution auch im Beamtenkörper der wissenschaftlichen Staatssammlungen aus. Wegen der zunehmenden Unsicherheit in der Stadt beschlossen wir, einen ständigen Wachdienst einzurichten. Direktoren, wissenschaftliche, mittlere und untere Beamte waren versammelt, um das einzelne zu bereden. Ein Werkmeister der Zoologie, ein kleiner, vollblütiger Magdeburger, einstmals Wachtmeister bei den Halberstädter Kürassieren, verlangte mit einer cholerischen Rede, daß alle Vorstände künftig gewählt und die unbeliebten sofort zum Teufel gejagt werden sollten - jedenfalls müßten die Direktoren auf der Stelle im Turnus den neuen Wachdienst mitexerzieren: 'Herr Direktor Zimmer (sein unmittelbarer Vorgesetzter) übernimmt um fünf Uhr heute sofort die erste Wache!' - 'Warum nicht', erwiderte dieser gelassen, 'wenn Sie dafür meine zoologische Vorlesung übernehmen, die um fünf ein Viertel beginnt.' Schallendes Gelächter, vor allem aus den Reihen der Kollegen des Werkmeisters. Er wurde aber trotzdem in den nächsten Wochen der Vertreter der mittleren und unteren Beamten, und als zum ersten Mal eine Sitzung beim Präsidenten stattfand, forderte er einen Platz auf dem einzigen kleinen Sofa, das hier stand. Crusius lud ihn mit großartiger Handbewegung ein, blieb aber selbst daneben stehen. Kein anderer der Anwesenden setzte sich, und so stand während der Besprechung die ganze Runde belustigt im Halbkreis um den kleinen Werkmeister. So wohlgezogen und an den Zügel gewöhnt war damals noch alles, und so harmlos die ersten Versuche des Aufstandes." [1]

---

1) Mars und Venus, a. a. O., 278 f

Das gleiche Bild von der Harmlosigkeit der Revolutionsräte bei den Beamten schildert Moritz Bonn: "Ich rief meine Kollegen, meine Studenten (von denen wegen der Ferienzeit nur wenige anwesend waren) und meine Angestellten zusammen, um einen Handelshochschul-Rat zu wählen. Einstimmig wurde ich zum Präsidenten gewählt. Ich schlug die Ehre mit dem Hinweis aus, daß es Aufgabe des Rates sei, mich zu kontrollieren, nicht mich zu beraten. Darauf wurden mein Hauptrechnungsführer, unser Pedell, ein ehemaliger Wachtmeister bei den Schweren Reitern, und ein an Nervenerschütterungen leidender kommunistischer Student gewählt. Der Student besorgte das Reden, und die anderen taten die Arbeit, ganz wie bisher. Der Rat gab mir die nötigen Anweisungen, die ich vorher nachgesucht hatte. Dies ließ mir völlige Freiheit für andere Aufgaben. Mein Rat stellte mir Ausweise aus, die von den Rotgardisten anerkannt wurden und mir volle Bewegungsfreiheit sicherten. Die Handelshochschule war einstweilen gegen ungebührliche rote Einmischungen gesichert." [1]

Es entbehrt nicht der Komik, daß Bonn seinen Räten erst die revolutionäre Praxis erläutern mußte! Die Institution der Räte war allenthalben die Forderung des Tages und so trat eines Tages der Historiker Siegmund H e l l m a n n [2] an den bekannten Nationalökonomen Lujo B r e n t a n o [3]

---

1) So macht man Geschichte, a. a. O., 210

2) Siegmund Hellmann, geb. 1872, habilitierte sich 1899 in München und wurde dort 1909 a. o. Prof., 1923 erhielt er einen Ruf nach Leipzig. Von seinen Veröffentlichungen heben wir hier das Buch "Die großen europäischen Revolutionen" (1919, 2. Aufl. 1920) hervor.

3) Lujo Brentano (1844-1931). Habilitierte sich 1871 in Berlin, wurde 1872 Prof. in Breslau, später in Straßburg, Wien, Leipzig und München. Er gehörte der sozialpolitischen Richtung der Nationalökonomie an ("Kathedersozialist") und war Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik (1872). Er setzte sich für das Gewerkschaftswesen und für den Freihandel ein.

heran, er solle einen "Rat geistiger Arbeiter" fordern. Lujo Brentano mochte als "Kathedersozialist" von Rang und als "bürgerlicher Apostel des Achtstundentages" [1] als der richtige Mann erscheinen, den "Rat geistiger Arbeiter" ins Leben zu rufen. Andererseits fürchtete er selber, daß er wegen seines Artikels gegen Eisner vom 28. Oktober 1918 in den Münchner Neuesten Nachrichten [2] unliebsam auffallen könnte, wenn er jetzt aktiv werden würde. Schließlich gab Brentano dem Drängen Hellmanns nach, der die Kulturinteressen des Landes nicht wissenschaftlichen Analphabeten überlassen wissen wollte. [3] Lujo Brentano schreibt dazu in seinen Erinnerungen: "Ein Tag Bedenkzeit sagte mir, daß im Interesse unserer Kulturinteressen etwas geschehen müsse. In einer Zusammenkunft in meinem Hause, an der die hervorragendsten Vertreter von Literatur, Kunst, Wissenschaft, Richter und Rechtsanwälte teilnahmen, wurde beschlossen, von Eisner die Anerkennung eines zu gründenden Rates geistiger Arbeiter zu fordern; aber im Hinblick auf meine Polemik sollte nicht ich mit dem Begehren an Eisner herantreten.

---

1) M. J. Bonn im Geleitwort zu "Die Wirtschaftswissenschaften nach dem Kriege. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag. Hrsg. v. M. J. Bonn und M. Palyi, Bd. I, München und Leipzig 1925, 7

2) Text siehe Anhang Nr. VI , S. 432 f.

3) Der mokante Kommentar Hofmillers zur Institution "Rat geistiger Arbeiter" lautet: "Montag, 18. November: Ein 'Rat geistiger Arbeiter' hat sich, laut Aufruf, gebildet. Vorsitzender Lujo Brentano; Schriftführer Franz Carl Endreß, 'Schriftsteller'. Das ist derselbe Franz Carl Enreß, der jeden seiner Artikel mit 'kaiserlich ottomanischer Major' unterzeichnete. Sein Spitzname war die 'kaiserliche Ottomane'. In der Schüssel-Passage war er halblebensgroß in türkischer Uniform zu bewundern. Ich glaube nicht, dass dieser Aufruf Erfolg hat: dass man mit dem Geist auch arbeitet, hat schon Feiligrath betont, aber vergeblich". (Hofmiller, a. a. O., 68)

Ich weiß nicht mehr, wer die Mission übernahm, sondern nur, daß Eisner zustimmte. In der darauf stattfindenden Gründungsversammlung, die unter meinem Vorsitz stattfand, wurden die von den Einberufern entworfenen Statuten von den zahlreich Erschienenen ohne Widerspruch angenommen und darauf die von mir vorgeschlagenen Personen zum Vorstand des Rates geistiger Arbeiter gewählt. ... Unter dem Eindruck dieser umlaufenden Gerüchte habe ich, nach der Annahme der Statuten des geistigen Arbeiterrates, beantragt, die diesem beigetretenen Anwesenden möchten sofort zwei Rsolutionen zustimmen. Die eine erklarte, daß Bayern wirtschaftlich nur als Teil des Deutschen Reiches die Interessen seiner Bevölkerung wahrzunehmen imstande sei, die andere, daß eine bayerische Nationalversammlung innerhalb 14 Tagen einzuberufen sei. Auch diese Resolutionen, die vorher, ohne Widerspruch zu finden, unter den Vorstandsmitgliedern zirkuliert hatte, wurden einstimmig angenommen, und ich ging, im Glauben, meine Aufgabe im öffentlichen Interesse so gut wie möglich gelöst zu haben, nach Hause. Doch dies war nicht die Meinung des neugewählten Vorstandes. Als er am folgenden Nachmittag bei mir zusammentrat, überhauften mich einige Miglieder wegen der von mir beantragten Resolutionen mit Vorwürfen. Eisner schäumte vor Wut." Dem war aber keineswegs so; Eisner hat Brentano weder den offenen Brief übelgenommen, noch die Forderung nach der Nationalversammlung. Er trachtete im Gegenteil, auch ihn für die Mitarbeit am neuen Staate zu gewinnen. Aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Rates geistiger Arbeiter geben wir aus Brentanos Erinnerungen noch folgende Episode wider: "Meine Tätigkeit als 'Zentralrat geistiger Arbeiter' beschränkte sich darauf, bei dem Kultusminister vorzusprechen, er möge in Universitätssachen keine Verfügung treffen, ohne die Universität befragt zu haben; er zeigte dafür volles Verständnis. Auch hatte ich einmal die

---

1) L. Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931, 354

Zahl der den geistigen Arbeitern im Arbeiter- und Soldatenrat von Eisner zugebilligten Sitze zu verteidigen, als ich hörte, man wolle sie auf sechs reduzieren. Als ich mich zu Eisner begab, war gerade jemand bei ihm; ich mußte in seinem Vorzimmer warten, in dem sein Sekretär Fechenbach herrschte. In diesem Raum saßen alle möglichen Individuen, Männer und Weiber, die einen unerfreulichen Anblick boten; er erinnerte mich an die von der heiligen Therese gegebene Beschreibung der Hölle: ein Ort, in dem Unordnung herrscht und es stinkt. Nachdem ich eine Stunde gewartet hatte, und Eisner noch immer in Anspruch genommen war, trat ich an Fechenbach mit der Bitte heran, Eisner zu sagen, daß ich eine Stunde darauf gewartet habe, zu ihm dringen zu können, und bat ihn, ihm mein Anliegen mitzuteilen; er habe uns dreißig Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat versprochen, nun heiße es, wir bekämen nur sechs. Fechenbach antwortete: 'Eisner hat da gar nichts zu sagen; das bestimme ich.' - 'Und warum wollen Sie uns nur sechs geben?' Die Antwort lautete: 'Die geistigen Arbeiter sind ohnedies gescheiter wie die übrigen; diese könnten dann nicht durchsetzen, was sie wollen.' In diesem Augenblick ging die Türe auf und ich konnte zu Eisner hinein. Über seinem Schreibtisch hing noch immer das Ölbild Ludwigs III. Er selbst war sehr liebenswürdig, bewilligte ohne weiteres 30 Vertreter und, charakteristisch für den Feuilletonisten, redete alsbald Literatur. In der Zahl der Vertreter der geistigen Arbeiter hat aber Fechenbach gesiegt." [1]

Als Brentano als Vorsitzender des Rates zurücktrat, hat sein früherer Schüler Moritz Bonn diese Stellung übernommen. [2] Dem "Rat geistiger Arbeiter" gehörte u. a. auch der

---

1) ebd., 361 f
2) Bonn, a. a. O., 215

Dichter Paul E r n s t und der Philosophieprofessor Ernst von A s t e r [1] an. Der Schriftsteller Franz S c h o e n b e r n e r , der in der Revolutionswoche auf den "Rat geistiger Arbeiter" stieß, erinnert sich an eine Rede, die Aster in dieser Versammlung hielt: "The next speaker was Professor von Aster, whose courses on Kant I had attended during my first semester in Munich. Thanks to a tic, he could not speak without a broad smile turning up the corners of hin mouth. Before finding that out I had wondered why the rather dry stuff of Kant's Theory of Perception aroused in him such a continuous irresistible hilarity, as if he were telling funny stories. But the harder he tried to be serious, the more he gave the impression of a man almost bursting with suppressed laughter. Coming after Paul Ernst's somber and hardly audible funeral oration, his smiling speech, though not in the least optimistic, had a rather reassuring effect. Things couldn't be as bad as he said, as long as the speaker himself kept smiling. It is astonsihing how words like 'defeat', 'national collapse' and 'starvation' can sound almost harmless if pronounced with a cheerful grin." [2]

Für Brentano hatte Eisner noch andere Aufgaben bereit: "Am Abend desselben Tages saß ich an meinem Arbeitstisch, als mir der Besuch des Professors Jaffé gemeldet wurde. In seinem Idealismus hatte er das ihm von Eisner angetragene Finanzministerium angenommen, ähnlich wie der Minister Frauendorfer das Eisenbahnministerium im öffentlichen Interesse fortgeführt hatte. Seitdem hatte ich Jaffé nicht gesehen. Er trat mit sichtbarer Verlegenheit in mein Zimmer. Nach freundlicher Begrüßung fragte ich ihn, was er

1) Ernst von Aster, geb. 1880. 1926 lt. Kürschners Gelehrtenkalender o. Prof. in Gießen. Weitere Angaben fehlen.
2) Franz Schoenberner: Confessions of a European Intellectual, New York 1946, 108. Abweichend von Bonn und Brentano gibt Schoenberner als Vorsitzenden des Rates einen Baron Bernus an. Ebd.,110 berichtet er von einem "Politischen Rat geistiger Arbeiter unter Leitung Heinrich Manns;während der 2. Revolutionswelle löste sich die Organisation auf.

mir bringe. Ich komme, antwortete er schüchtern, mit einer merkwürdigen Mission Eisners. Aha, dachte ich, jetzt kommt Stadelheim. Aber statt dessen sagte Jaffé: Eisner läßt Sie fragen, ob Sie nicht Handelsminister werden wollen. Ich konnte einen Aufschrei von Lachen kaum unterdrücken. Das also war das Ergebnis von Eisners angeblich schäumender Wut! Es war klar, daß er mich durch Heranziehung in seine Regierung entwaffenen wollte. Nein, sagte ich zu Jaffé, sagen Sie Herrn Eisner, die Bürokratie habe mich allzeit von jeder Teilnahme an Regierungsgeschäften ferngehalten; ich sei mit solchen in keiner Weise vertraut und würde nur das Opfer meiner Räte sein und vielleicht manche Maßnahme unterschreiben, mit der ich bei näherer Kenntnis gar nicht einverstanden wäre. Jaffé schien meine Ablehnung erwartet zu haben. Aber Eisner hat sich dabei nicht beruhigt." [1)]

Am 6. Dezember 1918 meldeten aber die "Münchner Neuesten Nachrichten", daß Lujo Brentano zum "Volkskommissar für Handel und Industrie" ernannt worden sei, damit aber nicht in das Ministerium eintrete: "Geheimrat Brentano, der seine Vorlesungen im übrigen fortsetzen wird, ist nur als Mittelsmann gedacht zwischen Industrie, Handel und politischer Leitung. Sein Aufgabenbereich wird u. a. auch die Aufgaben erfassen, die im Reiche die sogenannte Sozialisierunskommission zu erfüllen hat. Dabei dürften unter Berücksichtigung der besonderen bayerischen Verhältnisse neben Vertretern der Arbeiter auch die leitenden Persönlichkeiten von Handel und Industrie zugezogen werden." [2)]

---

1) Brentano: Mein Leben etc., a. a. O., 355

2) Zit. nach: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER, Hrsg. F. Purlitz, 1. Erganzungsband "Die deutsche Revolution, November 1918 - Februar 1919", Leipzig 1919, 280. Hofmiller, a. a. O., 102: "Er (sc. Eisner) hat Lujo Brentano zum Volkskommissar für Industrie, Gewerbe und Handel ernannt mit der besonderen Aufgabe, die Vorarbeiten für die Sozialisierung der Industrie in die Hand zu nehmen. Das heißt: er braucht einen verantwortlichen Bremser."

Ernst T o l l e r schreibt in seinen Erinnerungen, daß Eisner die "Notwendigkeit raschen sozialen Neubaus" nicht erkannt habe, da er Brentano in die Sozialisierungskommission berufen hat: "An die Spitze der Sozialisierungskommission, deren Einsetzung der Rätekongreß gefordert hatte, berief er Professor Brentano, den bekannten Freiwirtschaftler, in der ersten Sitzung dieser Kommission hielt er eine Aussprache, die die Industriemagnaten aufhorchen ließ, sozialisieren da ist, diese Voraussetzung fehlte in Deutschland." [1]

Tatsächlich nahm Brentano nach seiner eigenen Aussage diese Haltung ein: "Dagegen habe ich, um zu lernen, gern den Vorsitz der bayerischen Sozialisierungskommission übernommen. Ich denke noch heute mit Bewunderung an die belehrenden Aussagen nicht nur von Oskar von Miller, sondern an die klaren Darlegungen der vernommenen Ministerialbeamten und des Herrn von Wacker in Lindau über die elektrischen Anlagen und Möglichkeiten Bayerns, sowie der Leiter anderer großer industrieller Unternehmungen in Bayern. Der Eindruck, den ich erhielt, war derselbe, den das Studium der Berichte der Berliner Sozialisierungskommission bei mir hinterließen: eine absolute Überlegenheit der privaten Wirtschaftsbetriebe über die staatlichen, durch Beamte geleiteten. ... Nur wo ein völlig routinenhafter Betrieb möglich war, konnte an Sozialisierung gedacht werden." [2]

Wir haben Lujo Brentanos "Mitwirkung" an der Revolutionsregierung Eisners nicht in einer Reihe mit Jaffé, Muckle etc. dargestellt, weil er nicht nur der bedeutendste Kopf

---

1) Ernst Toller: Eine Jugend etc., a. a. O., 85

2) Lujo Brentano: Mein Leben etc., 361; vgl. den ebd. abgedruckten Bericht an Eisner, wo es u. a. heißt: "Es kann sich meines Erachtens nur darum handeln, die Sozialisierung solcher Betriebe in Angriff zu nehmen, die einen Monopolcharakter haben und an sich schon einen routinenhaften Betrieb aufweisen. Wo die persönliche Tüchtigkeit und Findigkeit des privaten Unternehmers eine ausschlaggebende Rolle spielt, würde eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Volkswirtschaft schädigen."

unter der akademischen Garde Eisners ist und schon deswegen herausticht; von idealistischem Revolutionsfieber kann bei ihm keine Rede sein, und gerade um ihn mußte Eisner am meisten werben. [1] Wenn er widerwillig die ihm angetragenen Posten annahm, so ist das nicht als Zustimmung zur Politik Eisners zu verstehen, sondern im Gegenteil, um eine Plattform für die Opposition zu haben. Andererseits hat Brentano das Ereignis der Revolution ziemlich gelassen hingenommen. Darüber heißt es in seinen Erinnerungen: "Ich bin bis dahin kein Republikaner gewesen, doch habe ich als Deutscher mich nie für die Außenpolitik der deutschen Einzelstaaten begeistern können. Die Geschichte hatte mich gelehrt, daß zu einer Zeit, da Franzosen, Spanier und Engländer ihre nationalen Kräfte zu einer Einheit zusammenfaßten, die vielgerühmte deutsche Treue sich in systematischer Treuelosigkeit der Reichsvasallen gegen Kaiser und Reich geäußert hat, um sich aus dem Reichsgebiete unabhängige Landesherrschaften herauszuschneiden. ... Andererseits war ich mir bewußt, daß es gerade in Bayern die Könige gewesen waren, die einer oft widerwilligen Bevölkerung Fortschritte in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft aufgenötigt hatten. Aber wohin waren diese Könige gekommen? Was sollte eine Monarchie ohne einen Monarchen! Es blieb also nichts übrig, als dem Beispiel der Behörden zu folgen und dem Arbeiter- und Soldatenrat als oberster Gewalt sich zu fügen." [2]

---

1) vgl. ebd., 361: "Eisner mußte sich in mein Aufgeben des mir aufgedrängten Amts finden; aber damit ließ er in seinem Streben, mich mit seiner Regierung zu verbinden, nicht nach. Ich besitze noch die Legitimationskarte, die er mir sandte, auf welcher ich als 'Zentralrat geistiger Arbeiter Bayerns' zum Mitglied der revolutionären Regierung Bayerns erklärt wurde. Die Karte ist von mir niemals benützt worden. Auch habe ich nie an einer Sitzung weder der Regierung, noch auch des Arbeiter- und Soldatenrates teilgenommen."

2) ebd., 353

Lujo Brentano hatte 1918 bereits das 70. Lebensjahr überschritten. "Bis dahin" war er kein Republikaner. Nun aber war er es, denn "es blieb nichts anderes übrig." Auch hier eine vernunftbegründete politische Haltung, allerdings ohne Bedauern. Bemerkenswert ist die rasche Wandlung, die sonst bei den Zeitgenossen in diesem Alter nicht festzustellen ist. Den inneren Vorbehalt hat Brentano jedoch mit anderen Republikanern gemein, nicht nur was die Revolution, sondern auch was sein späteres Verhältnis zur Republik angeht. Brentanos Bekenntnis ist im Rückblick seiner Erinnerungen nicht verfälscht. 1922 schrieb er in einem Artikel der "Neuen Freien Presse": "Revolutionen müssen, um erfolgreich zu sein, nicht bloß in Reaktion gegen die Sünden der Regierung, gegen die sie sich auflehnen, stattfinden; sie bedürfen eines idealen Zieles, das die Seelen der Menschen beschwingt, die Phantasie der Mehrheit mit sich reißt und Glanz um den Staat, der an die Stelle des alten tritt, verbreitet. Und selbst da ist der himmelhoch steigende Enthusiasmus nicht imstande, der Reaktion der egoistischen Natur des Menschen dauernd zu widerstehen, wenn seine Forderungen dessen Bedürfnis nach Lebensglück oder seinen materiellen Interessen entgegengetreten; noch weniger ist dies der Fall, wenn die Revolution statt in Begleitung im Gefolge von Niederlagen eintritt und sich materielle Not und Demütigungen statt wirtschaftlichen und politischen Aufschwung an ihr Auftreten knüpfen." [1] Brentano stand zwar nach 1918 auf dem Boden der Republik, "seiner demokratischen und sozialistischen Vergangenheit getreu", [2] aber ein ideales Ziel war

---

1) Die großen geistigen Strömungen der Gegenwart. Über die Zunahme der konservativen Strömung. NEUE FREIE PRESSE (Wien) Nr. 20 940 vom 24. 12. 1922; Zeugnisse aus dem Jahre 1918 fehlen; über Brentanos republikanische und demokratische Haltung vgl. ferner: "Die unbeschränkte Fortdauer des beschränkten Untertanenverstandes" im BERLINER TAGEBLATT v. 27. Juni 1919 (=eine Kritik des Reichswirtschaftamtes).

2) Hans Neisser/Melchior Palyi: Lujo Brentano, in: Biobibliogr. Beitr. zur Gesch. d. Rechts- und Staatswissenschaft. Heft 5, Berlin 1924, Einleitung.

sie für ihn nicht.
So sehr sich Kurt Eisner trotz seiner angeblichen "Abneigung gegen die Professoren" [1] um ihre Mitarbeit bemühte, einen Rückhalt fand er bei ihnen nicht, denn es gab bei ihnen weder eine sozialistische noch eine republikanische und nur zum Teil eine demokratische Tradition. Für eine Revolution reichte der Kathedersozialismus Lujo Brentanos nicht aus, sein Liberalismus aber ermöglichte ihm das Bekenntnis zu Republik und Demokratie. [2]

Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner ermordet. In der Technischen Hochschule rief ein Student die Nachricht in eine Vorlesung von Röntgen; "der Jubel war so ungeheuer, daß Röntgen die Vorlesung aussetzen mußte." [3] Nun aber war der Weg in die Räterepublik frei und damit war auch der verhältnismäßig bescheidenen Tätigkeit der Münchner Professoren ein Ende gesetzt.

Das Verhältnis der Münchner Professoren zur Revolution schwankt zwischen idealistischer Bejahung, insgeheimer schroffer Ablehnung und Mitarbeit mangels Alternative. Die Revolution kam für die meisten unerwartet, überraschend und war für sie nicht mehr als ein "feuilletonistischer Einfall" [4] oder eine "Improvisation von Bohemiens". [5]

---

1) am 8. Nov. bei der Bekanntgabe seines Kabinetts bezüglich Jaffé. Zit. nach Deutscher Geschichtskalender 1918/19, a. a. O., 70
2) Brentanos politischer Tätigkeit ist vor allem seine Teilnahme am sog. "Fight the Famine Council" (1919) in London hervorzuheben, wo er für bessere Friedensbedingungen eintrat. (Erinnerungen, a. a. O., 372 ff). Vgl. L. Brentano: Die Revision des Versailler Vertrags als Vorbedingung zur Behebung der europäischen Not, DEUTSCHE POLITIK, Jg. 4, (1919), H. 44; Für Brentanos demokratisch-republikanisches Selbstverständnis ist die Broschüre: Walther Rathenau und seine Verdienste in Deutschland, München 1922, aufschlußreich.
3) Hofmiller, a. a. O., 174
4) K. A. v. Müller: Mars und Venus, a. a. O., 273
5) M. Bonn; a. a. O., 200

Dennoch war aber mit der Revolution eine schmerzliche Zäsur in der Geschichte bezeichnet. Karl Alexander von Müller hat dem in seiner Vorlesung ("Probleme des Weltkriegs"), die er am 14. November wieder aufnahm, zum Ausdruck gebracht: "Meine Anschauungen waren durchaus erwachsen auf dem Boden des Deutschen Reiches von 1870, jenes von Bismarck aufgebauten preußisch-deutschen Kaiserreichs, in dem meine Generation groß geworden ist. Dieses deutsche Reich, diese Form des deutschen Staates, ist jetzt in einer zugleich äußeren und inneren Katastrophe völlig zusammengebrochen. Darüber ist kein Zweifel. Ich vermag nicht zu glauben, daß es sich in seiner alten Form wieder erhebt. Der Zusammensturz war in vielen Teilen ein endgültiger, denn er zeigte, daß das Material selbst morsch geworden war. Wir haben in diesen Tagen erfahren, daß das Schillersche Wort immer noch wahr ist, das wir überwunden glaubten, jenes Wort, das zugleich die Trauer und den Trost unserer ganzen deutschen Geschichte ausdrückt: daß das deutsche Reich und die deutsche Nation zweierlei Dinge sind." ... "Noch ist unsere deutsche Umwälzung in voller Entwicklung, und jede Stunde fast sehen wir neue Züge in ihrem Antlitz. Wer möchte sich unterfangen zu prophezeien, was aus diesem tief erschütterten Volk hervorgehen wird. Aber das neue Deutschland, das nun werden soll, und so hoffen wir doch alle, werden wird, wird bessere, treuere Anhänger an denen gewinnen, die sich mit Schmerzen zu seinen neuen Formen bekehren." [1] In der Hoffnung auf die Beendigung des Chaos war die Revolution schließlich auch einem konservativen Mann wie Karl Alexander von Müller erträglich und so richteten sich seine Erwartungen auf geordnete Zustände: "Das ist die Frage, ob es gelingt, in Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten eine Ordnung aufrechtzuerhalten, irgend eine Ordnung auf ihre Art kommt es jetzt wenig an - oder ob über uns das Chaos hereinbricht. Was das heißen würde, malen die grausigsten Vorstellungen nicht aus." [2] Manchen schien aber die "grausigsten Vor-

1) Mars und Venus, a. a. O., 280 f
2) ebd., 282

stellungen" mit der Revolution schon erreicht, das Erlebnis des Zusammenbruchs unerträglich. Am 27. Dezember erschoß sich in München der Zoologe Richard Semon[1]. "Man fand ihn auf einer schwarz-weiß-roten Fahne in seinem Bett tot mit einem Herzschuß. ... Der Niederbruch des Vaterlandes hatte ihn so erschüttert, daß er sich auch nicht mehr die Kräfte zutraute, sich durch wissenschaftliche Arbeit über das persönliche und völkische Unglück hinwegzuhelfen." [2]

II. Revolutionszentrum Berlin

a) Die Universität im Rektoratsjahr 1919

An der Universität Berlin war im Herbst 1918 Reinhold S e e b e r g [3] zum Rektor gewählt worden. Am 26. September 1918 hielt er seine Antrittsrede über das Thema "Politik und Moral". [4] Ein Jahr später sagte er bei der Rektoratsübergabe: "Den Menschen dienen die Einschnitte, die

---

1) geb. 1859, 1891-97 Prof. in Jena, danach auf Forschungsreisen in Australien. Vgl. R. Burckhardt: Geschichte der Zoologie, 1921

2) Otto Lubarsch: Ein bewegtes Gelehrtenleben, Erinnerungen und Erlebnisse, Kämpfe und Gedanken, Berlin 1931, 339

3) R. Seeberg: (1859-1935), evangelischer Theologe, Prof. für Dogmengeschichte, Religionsphilosophie und Ethik. 1885 wurde er Prof. in Dorpat, 1889 in Erlangen und 1898 in Berlin. Seit 1910 war er Vorsitzender der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz und Präsident des Zentralausschusses der Inneren Mission (1923-1932). Während in Berlin sein Kollege Adolf von Harnack den undogmatisch modernen Typus der evangelischen Theologie darstellte, vertrat Seeberg den konservativ-positiven. Das entspricht auch ihrer verschiedenen politischen Haltung. Harnack bekannte sich zur Republik und Seeberg dachte auch in politicis konservativ. Über Seeberg vgl. a. Lammers: Reinhold Seeberg, Stuttgart/Berlin 1939

4) abgedruckt in Reinhold Seeberg: Wir heißen Euch hoffen, Vier akademische Reden, Berlin 1919

besondere Tage im täglichen Dasein hervorbringen, wohl zum Anlaß, das Werden der Geschichte an einem kleinen Abschnitt zu belauschen. Wir blicken heute auf das schwerste Jahr in der Geschichte unseres Staates und auch unserer Universität zurück, Schmerz und Trauer im Herzen um das, was uns genommen, Ungewißheit darüber, was kommen wird. Der Wunsch, den mir mein Amtsvorgänger vor einem Jahr zurief, galt der Hoffnung auf die Feier des Sieges und des vollen Friedens. Es ist anders gekommen, als wir auch in den trübsten Stunden es uns ahnen ließen. Ein fruchtbarer entehrender und zerdrückender Gewaltfriede ist uns geworden. Zerschmettert ist der stolze Bau des Deutschen Reiches, zerbrochen ist die Kaiserkrone. Wir Preußen wurden von unserem König verlassen, dessen Haus über ein Jahrhundert in naher Beziehung zu unserer Universität gestanden hat. Die Zeit liegt darnieder und windet sich in furchtbaren Zuckungen, eine neue Welt zu gebären. Das haben wir, Lehrer wie Hörer unserer Universität, in einem langen harten Jahr äußerlich erlebt und innerlich getragen. Es war eine Zeit furchtbarer Schläge mit all ihrer Unruhe und allen Schrecken, mit aller Not und Sorge, aller Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit. Aber wir dürfen doch heute im Rückblick auf dieses abgelaufene Rektoratsjahr sagen, daß wir die Prüfung, die uns auferlegt war, bestanden haben." [1]

Mit dem Wunsche für die Siegesfeier hatte Seeberg sein Rektorat angetreten. 6 Wochen später kam der Zusammenbruch und die revolutionären Unruhen über Berlin! Man mag daran ermessen, wie unvorbereitet der 9. November die Zeitgenossen traf. In dieser Verfassung hatte Seeberg die Universität in den turbulenten Wochen zu leiten. Die Universität scheint nicht wie in München mit einem revolutionären Studentenrat "beglückt" worden zu sein. Ihr Rektor Seeberg blieb im Amt. Die veränderten politischen Umstände

---

1) Rückblick auf das Rektoratsjahr 1918/19 (15. Oktober 1919), ebd., 63 ff, hier 63.

zwangen Rektor und Senat irgendwie Stellung zu beziehen, zumal sie dazu öffentlich aufgefordert wurden. Bereits am 11. November richtete der frühere Privatdozent der Universität Leo Arons [1] einen offenen Brief an Rektor und Senat mit der Aufforderung, sich der Revolution zur Verfügung zu stellen. [2] An dieser Stelle muß zum besseren Verständnis einiges über den Physiker Leo Arons gesagte werden. Arons war Sozialist. Im Jahre 1899 war ihm vom Kultusministerium die venia legendi entzogen worden, weil er sich politisch in der Sozialdemokratischen Partei aktiv betätigte. Die Staatsregierung hatte gegen den Ministerialrat Althoff und gegen die Berliner philosophische Fakultät ein Einschreiten gegen ihn gefordert. [3] Die Regierung setzte sich durch und Arons wurde entlassen. Seitdem lebte er in Berlin als Privatgelehrter. [4]

---

1) Arons Lebensdaten siehe Anhang Nr.XII S.
2) Text siehe Anhang Nr. XII, S.
3) In anderem Zusammenhang äußerte sich nach dem Kriege der Althistoriker Eduard Meyer über den Fall Arons wie folgt: Die Fakultät habe "das abgelehnt, Arons in aller Form freigesprochen und ihm dann in der zweiten Instanz durch Entsendung eines ihrer angesehensten Mitglieder als Verteidiger zu halten gesucht, freilich ohne Erfolg. Sie ist an seiner Absetzung nicht nur unschuldig, vielmehr hat sie nach Kriegsausbruch einstimmig die Aufhebung des Urteils und eine ehrenvolle Rehabilitation beantragt, aber bei der Regierung dies weder durch Eingaben und Anträge, noch durch wiederholte mündliche Vorstellungen des Dekans in der gewünschten Weise erreichen können." (E.Meyer: Die Privatdozenten und die Zukunft der deutschen Universitäten. in: Preuß. Jahrb., Bd. 175, 1919, 30).
4) 1919 ist Leo Arons gestorben. Hier einige Zit. aus dem zahlreichen Nekrologen in den "Sozialistischen Monatsheften" (Bd. 25, II, 1919): Albert Einstein:"Sein soziales Fühlen und sein Gerechtigkeitsdrang führten ihn dem Kreis der Sozialisten zu, ließen ihn in der Öffentlichkeit seine sozialistischen Überzeugungen vertreten, ungeachtet der schweren Hemmungen und Anfeindungen, die er sich im reaktionär geleiteten Staat dadurch zuzog." (1055). Bruno Borchardt: "Und diesen Mann ... vertrieb die Regierung Wilhelms II., ungeachtet des Widerstandes des akademischen Lehrkörpers, mit brutaler Hausknechtsgewalt von dem Lehrstuhl der Universität. Diese Tat allein richtet das ganze System." (1071). Walter Koch: "Die Universtiäten verpaßten indes auch diese einzigartige Stunde, wieder führend und dienend zugleich in die Geschicke des Volkes einzugreifen. In ihrer Majorität verschworen sie sich den Mächten des Beharre Nur mit Wehmut kann man sich heute, nach dem Rektorat Eduard Meyers, die hohen Erwartungen, die Leo Arons vor einem Jahr von den Universitäten hegte, in die Erinnerung zurückrufen.(1

Arons konnte daher sozusagen als Opfer monarchischer Willkür gelten und seine Stimme mußte am 11. November infolgedessen besonderes Gewicht haben. Es ist nicht zu ermitteln, ob Arons in offiziellem Auftrag handelte. Die Broschüre "Universitäten heraus!" läßt durch ihre begeistert-drängende Sprache vielmehr auf eingene Initiative schließen. [1)]

Aufgrund des offenen Briefes, den Arons in den großen Tageszeitungen veröffentlichte, sah sich die Universität zu einer Stellungnahme genötigt und berief den Lehrkörper am 17. November zu einer Versammlung ein. Aber die Formulierung eines Bekenntnisses zur "Diktatur des Proletariats" scheint erhebliche Schwierigkeiten bereitet und heftige Diskussionen ausgelöst zu haben, denn der Vorschlag Ernst T r o e l t s c h s [2)] wurde nicht im vollen Wort-

---

1) Leo Arons: Universitäten heraus! Berlin 1918; 16 pp. Es handelt sich um den Abdruck des Briefwechsels, den Arons mit (namentlich nicht genannten) Professoren der Universität aufgrund seines Aufrufs geführt hat.

2) abgedruckt bei Arons: Universitäten heraus, a. a. O., 14f Vgl. Albert Malte Wagner: Hochschuldämmerung. Offener Brief an Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Eduard Meyer etc., in: DAS NEUE DEUTSCHLAND (Gotha), Hrsg. A. Grabowsky, Jg. 7 (1918/19), 291: "Auch die philosophische Fakultät der Berliner Universität hatte nicht den Mut, in dem von Ernst Troeltsch aus Anlaß der Umwälzung im Reiche verfaßten Aufruf den Absatz über die Schuld der deutschen Wissenschaft am Kriege stehen zu lassen. Aber der Verfasser muß sie doch zum mindesten empfunden haben und es ist nur dringend zu wünschen, daß viele seiner Kollegen dieselbe Ehrlichkeit wie er zeigen."

laut angenommen. Demgegenüber klingt es sehr optimistisch, wenn Arons von den Universitäten die geistige Führung der Revolution fordert. [1] Freilich dürften einige der am 17. November versammelten Professoren Berlins von Opportunismus geleitet gewesen sein, denn der Sozialist Alfred G r o t j a h n bemerkt: "Vormittags große Professorenversammlung in der Aula der Universität. Man staunt, wer jetzt alles sein demokratisches Herz entdeckt." [2] Wir stellen dem die Aussage eines politisch entgegengesetzt orientierten Universitätslehrers, den Mediziners Otto L u b a r s c h entgegen: "Da war der Geist, der in einer großen Versammlung der Professoren und Dozenten in der alten Aula der Universität stattfand, doch ein anderer. Auch da wurden ganz vereinzelt demokratische Freudentöne angeschlagen, aber in erster Linie überwog doch die Sorge für das Schicksal des ganzen Vaterlandes und alles, was uns von unseren Feinden auferlegt werden würde." [3] Das Ergebnis der Beratung war im Sinne der Revolution ein dürftiges. Am 20. November wurde in der "Vossischen Zeitung" und anderen Blattern die "Erklärung der Berliner Universitätslehrer" veröffentlicht. [4] Von einem Bekenntnis zur Republik ist

---

1) Universitäten heraus, a. a. O., 11 u. ö. In einer Zuschrift an Arons heißt es: "Für Ihr Schreiben vom 11. 11. an die Berliner Universität können wir alle nur innig dankbar sein. Ihre Stimme wird jetzt auf beiden Seiten, auf der Seite der Vergangenheit wie auf der Seite der Zukunft sehr eindrucksvoll wirken, obwohl es für diese Wirksamkeit nicht günstig ist, eigentlich auch nicht nötig war, daß Sie das Bekenntnis zur Republik ausdrücklich verlangten." (ebd., 7, Hervorhebung v. Verf.)

2) Alfred Grotjahn: Erlebtes und Erstrebtes, Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932, 202

3) Otto Lubarsch: Ein bewegtes Gelehrtenleben. Erinnerungen und Erlebnisse, Kämpfe und Gedanken, Berlin 1931, 338

4) siehe Anhang Nr. XIII, S. 446 f.

darin nicht die Rede, sondern vielmehr von "Anhänglichkeit an die glorreichen Traditionen des bisherigen Staates." Immerhin glaubte man eine kleine Verbeugung machen zu müssen, was schon die Verwendung des Ausdrucks "Geistesarbeiter" zeigt und der Hinweis auf die Verwandtschaft der "humanen Wissenschaft" mit der "aufsteigenden neuen Ordnung". Aus der ganzen Erklärung geht hervor, daß die Versammlung geteilter Meinung gewesen sein muß und daher nur ein lauwarmes Ergebnis herauskommen konnte.

An Aufrufen hat es in diesen turbulenten Tagen nicht gefehlt. Die Technische Hochschule schickte sich an, einen Vertreter zum "Arbeiter- und Soldatenrat" zu entsenden. [1] Am 18. November erschien in der "Vossischen Zeitung" ein Aufruf der akademischen Intelligenz, der das rückhaltlose Bekenntnis zum "Werdenden" forderte. [2] Auch dieser Aufruf ging auf Ernst Troeltsch zurück. Friedrich Meinecke schildert in seinen Erinnerungen das Entstehen der Resolution: "Rathenau und Troeltsch beriefen eine kleine Versammlung ein, um einen Aufruf zu beraten, der die bürgerlichen Elemente Deutschlands ermahnen sollte, nunmehr die Hand der Arbeiterschaft zu ergreifen und mit ihr gemeinsam in Abwehr des Bolschewismus die neue deutsche Republik zu schaffen. Es kam die Wendung in dem Entwurfe vor, daß wir den geschehenen revolutionären Umbruch "gutheißen" sollten. Die Versammlung blieb einen Augenblick stumm. Dann ergriff ich das Wort und sagte, daß ich wohl bereit sei, einer unwiderruflichen geschichtlichen Tatsache mich zu beugen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß ich sie aber nimmermehr 'gutheißen' könne. Nach mir wiederholte Heinrich Rippler, der Leiter der nationalistischen "Täglichen Rundschau" dasselbe. Aber dann brach Troeltsch

---

1) siehe Anhang Nr. IX, S. 440.
2) siehe Anhang Nr. X, S. 441.

erregt heraus, daß es doch jammervoll sei, wenn das deutsche Bürgertum in dieser schweren Stunde es nicht verstehe, zusammenzuhalten. Mit innerem Schmerze habe ich da meine Unterschrift dem Aufrufe belassen." [1] Eine große Bedeutung wird man all den Resolutionen nicht beimessen dürfen. Aber die Augenblicksstimmung geben sie doch wider, denn sie sind unmittelbare Reaktionen auf die Ereignisse der Zeit, erste unfertige Reflexionen.

Während des Rektoratsjahres von Reinhold Seeberg kam es am 24. Mai 1919 zu einer offiziellen nationalen Heerschau der Universität anläßlich der Gedächtnisfeier für die im Kriege gefallenen Dozenten und Studenten. Der äußere Verlauf der Feier wird von dem Theologen Adolf D e i ß m a n n beschrieben: "Wir waren in akademischer Tracht in langer feierlicher Prozession von der Universität zum Dom gezogen, Professoren, Studenten und Universitätsverwandte, Reinhold Seeberg in Rektormantel und Kette an der Spitze. Aber wir waren nicht von der stillen Teilnahme mittrauernder Volksgenossen begleitet und unsere Fahnen waren nicht ehrfurchtsvoll gegrüßt worden. Auf der Straße und im Lustgarten hatten sich, es war Sonnabend Mittag, Hunderte von halbwüchsigen Demonstranten zusammengerottet, die uns mit Johlen, Pfeifen und höhnendem Lachen beschimpften: unsere nationale Kundgebung war dieser verhetzten Jugend zuwider; denn die von den Kugeln der Straßenschießereien stark mitgenommene Universität galt ihnen als Hauptquartier der antikommunistischen Reaktion. Selten haben wir die innere Erniedrigung unseres Vaterlandes so gefühlt, wie auf diesem Weg zum Dom. Im Dom selbst wich der Druck. Der Rektor sprach zwar von der Kanzel aus erschütternd von unserer Erniedrigung; aber in trotzigem Dennochsglauben redete er dann vom Wiederaufbau und Neubau.

---

1) Friedrich Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin. Erinnerungen 1901 - 1919, Stuttgart 1949, 257 f

Und er forderte uns auf, unseren an der Front unbesiegten jungen Helden im Garten der Universität ein schlichtes Mal zu errichten als ragendes Symbol des Glaubens, daß wir, die jetzt Erniedrigten, trotz allem siegen und leben werden: 'Invictis victi victuri!' " [1]
Reinhold Seeberg empfand diese Feier selbst auch als den Höhepunkt seines Rektoratsjahrs, wenn er rückblickend schreibt: "In dem Jahr 1918/19 habe ich das Rektorat unserer Berliner Universität zu verwalten gehabt. Es war die Zeit des Zusammenbruchs und zunächst einer krankhaften Erregung aller Geister. Es galt kühle Ruhe zu bewahren und zu erhalten, was zu erhalten war, auch wenn das Herz darüber zu brechen drohte. Es war die traurigste und bitterste Zeit meines Lebens wie das ungezählter Personen in unserem Vaterlande. Und doch denke ich an diese Zeit mit unendlicher Dankbarkeit zurück. Nie werde ich das Verständnis und die treue Mitarbeit meiner Kollegen [2] besonders im Senat, vergessen, durch die es möglich wurde, das Schifflein durch alle Klippen hindurchzuführen . ... Vor allem denke ich an die Worte bei der großen Gedächtnisfeier im Dom für unsere im Kriege gefallenen Kommilitonen. ... Endlich habe ich die starke nationale Wiedergeburt unserer Studentenschaft miterleben und zu ihrer prak-

---

1) Adolf Deißmann: Reinhold Seeberg. Ein Gedachtniswort (Rede am 6. 2. 1936 vor der Theol. Fak. Berlin), Stuttgart 1936, 36 f. Das Denkmal im Garten der Universität wurde in Anwesenheit des Reichspräsidenten von Hindenburg am 10. Juli 1926 enthüllt. Vgl. die Universitätsschrift "Feier bei der Enthüllung des Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Studierenden, Dozenten und Beamten der Universität", Berlin 1926. Seeberg hat alljährlich ähnliche Gedenkreden bei den sog. "akademischen Langemarckfeiern" der Berliner Hochschulen gehalten.

2) Die Schrift von Reinhold Seeberg: Wir heißen Euch hoffen! Vier akademische Reden, Berlin 1919 ist den Professoren B. Erdmann, J. Goldschmidt, A. Heffter, W. His, F. Mahling, E. Meyer, E. Norden, A. Penck, H. Rubens, R. Stammler, H. Triepel und E. Wollenberg gewidmet.

tischen Durchführung mithelfen dürfen. [1] So war es eine an Arbeit und Verantwortung reiche Zeit." [2]
In seiner Rede am 24. Mai 1919 interpretierte Seeberg den Zusammenbruch mit folgenden Worten: "Niedergeschmettert ist die stolze deutsche Eiche. Der Riesenstamm liegt am Boden. Mit Säge und Beil sind sie daran, sich Nutzholz zu machen aus dem Baum unseres Lebens. In die Wurzeln hinein stechen sie mit Bohrern und Feilen und schwatzen dabei von 'Gerechtigkeit'. Nur armes Strauchwerk ist stehen geblieben. Wird es wieder emporwachsen zu der stolzen Höhe des alten Baumes? Ängstlich raunen wir mit Tränen in der Stimme einander die Frage zu." [3] Und an anderer Stelle: "Wir hatten für diese Stunde dankbarer Erinnerung einen anderen Hintergrund erhofft, als die Wirklichkeit ihn uns bietet. Zusammengebrochen ist das alte Deutschland in furchtbarem, nie geahntem Sturz. Da hört man es wohl von außen und es klingt im Innern wieder: der Weg unserer Geschichte sei eine törichte Fehlentwicklung gewesen, ihr Ideale nur Idole des Egoismus der Großen. Man redet von der 'ehrlosen deutschen Nation': 'begonnen mit Unrecht, geendet mit Schande'. So droht unsere Geschichte mit allen ihren Idealen befleckt und beschmutzt zu werden. Sollen wir das mitmachen, sollen wir um der Luftwurzeln willen, die heute entstehen und morgen verdorren, die Grundwurzel preisgeben?" [4]

---

1) In der Dissertation von Adolf Leisen: Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik, Diss., Heidelberg 1964, findet sich darüber nichts. Seeberg stand dem "Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten" nahe, wo er die Ehrenmitgliedschaft hatte. Am 5. April 1919 huldigte ihm der Kyffhäser-Verband zu seinem 60. Geburtstag. Seeberg sagte u. a.: "Wenn Sie mich fragen, möchtest Du nochmals erleben, was Du erlebt hast, ...so würde ich ... sagen: Von Herzen gern! ... Vielleicht mit Ausnahme der letzten sechs Monate, vielleicht!" (lt. Bericht in: AKADEMISCHE BLÄTTER (Marburg), Jg. 34 (1919/20), 31)
2) Zit. nach Reinhold Seeberg: Selbstbiographie, in: DEUTSCHER AUFSTIEG, Bilder aus der Vergangenheit u. Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, hrst. v. H.v. Arnim u. G. v. Below, Berlin 1925, 420.
3) R. Seeberg: Invictis, victi, victuri, Trauerrede auf die Gefallenen der Universität, in: Wir heißen Euch hoffen, a.a. O., 41 f. Die Rede ist ferner abgedr. in: "Trauer-

Aus diesen Worten spricht eine tiefe Erschütterung und eine ohnmächtige Haltung, die die "Wirklichkeit" der Gegenwart schroff von sich weist. Aber Reinhold Seeberg fuhr mit einer Gewissenserforschung fort, indem er die geistigen Wurzeln des Zusammenbruchs aufzudecken versuchte: "Es ist nicht die Aufgabe dieser Weihestunde, die Schuldfrage der einzelnen Parteien, Gruppen oder gar Personen aufzurollen. Die Geschichte wird hierüber entscheiden und sie richtet unerbittlich und schließlich auch unbestechlich. Nein, heute fragen wir nach der gemeinsamen Schuld, die uns alle gleichermaßen trifft, wie es dem Ernst der Zeit angemessen ist. ... Aber wir alle spüren brennend heiß die Schuld, die auf uns liegt, durch die es so weit kommen konnte. Es geht heute ein ungeheuerliches Bedürfnis, Schuld und Buße zu verkündigen, durch die Welt. Ein Volk wirft dem anderen Schuld vor und fordert von ihm Buße und eine Partei tut es mit der anderen. Es ist nichts Echtes dabei. Echtes Schuldbewußtsein schlägt zuerst an die eigene Brust. Nicht um Fehler oder Schuld unserer äußeren oder inneren Politik, nicht um Recht oder Unrecht der Parteien handelt es sich hierbei, sondern um eine Schuld geistiger Grundrichtung, die uns allen gemeinsam war." [1]

Die Schuld, von der Seeberg spricht, sah er in einem sich ausbreitenden Materialismus des Zeitalters Wilhelms II. In Politik und Wirtschaft seien die Interessen Richtschnur des Handelns gewesen und der Klassenegoismus hätte die sozialen Tendenzen der Zeit vergiftet. Die im Geist der Zeit liegende Lebens- und Weltanschauungen seien es letzten Endes gewesen, die den Zusammenbruch herbeigeführt hätten, denn "der materialistische Egoismus drängte den Sozialismus

---

feier der Universität Berlin für ihre im Weltkrieg gefallenen Angehörigen", Berlin 1919, 3-17

4) ebd., 34

1) ebd., 36

auf die Bahn des Klassenegoismus".[1] Der Materialismus aber sei kein positives Ideal, sondern wirke lediglich zerstörend. Daher gelte es, sich der Kräfte des deutschen Idealismus wieder bewußt zu werden. Seeberg ließ keinen Zweifel daran, daß der gegenwärtigen revolutionären Bewegung ein solcher Idealismus abgehe, solange sie vom Klassenegoismus geleitet sei. Seeberg verkündete daher den Idealismus als Heilmittel der Zeit: "Hier muß der Neubau einsetzen, wenn wir unserer Geschichte und unserem Wesen treu bleiben wollen. Nichts wäre verderblicher als der völlige Sieg des Materialismus, und er droht uns heute mehr denn je. ... Das, woran es uns heute fehlt,und wonach wir vor allem streben müssen, ist der Glaube. Ich meine das Wort hier im allgemeinen und nicht nur in einem besonderen konfessionellen Sinn. Unser Geist ist heute viel zu wenig eingestellt auf das Empfinden und Schauen des Ganzen des Welt in ihrer geistig geschichtlichen Bewegung. Dadurch wird auch unser Wollen und Streben ganz einseitig gebunden an das Einzelne und Nahe im Leben. Die eigentliche Wirklichkeit ist für die meisten unter uns das Konkrete, Einzelne, die Erscheinung der sichtbaren Welt. Daß aber dies Einzelne und Besondere mit allen seinen Einzelheiten selbst nur Ausdruck einer ewigen Ordnung und einer geistig formenden Lebensenergie ist, die sich im Fluß der Ereignisse erschließt und offenbart - das geht uns nur schwer auf und ein." [2]

---

1) ebd., 38; in ähnlicher Weise ließ sich R. Seeberg schon vor der Revolution (März 1918) in Bezug auf die russische Revolution vernehmen: "Aber wo sind nun die neuen mächtigen Ideale, die zeugenden Kräfte des Geistes, die neue Werte schaffen? Erst sie vermögen dem Zerstören Sinn und Macht zu geben. Wem nützt das Nein, hinter dem kein Ja steht? Nur nebelhafte Schatten sind es, die dort als positive Ziele auftauchen, kraft- und sinnlos, Produkte des armseligen Egoismus einzelner Klassen oder des Kitzels machtberauschter Führer und Verführer. Es ist in Rußland trotz aller Erregung die Stunde des Geistes nicht angebrochen, denn die schafft Neues, Großes, vor dem das Alte wie von selbst in sich versinkt und vergeht. Hier ist es nur der zerstörungswütige und doch innerlich ohnmächtige Groll des 'Ressentiments', wie Nietzsche gerne sagte, nur relativ Abreißendes, nichts positiv Hinreißendes. So ist uns das heutige Rußland ein grandioses Musterbeispiel der unechten Volksbewegung. Wer weiß, wie lange es währt, daß ähnliche Erscheinungen auch an anderen Stellen Europas auftauchen.

Reinhold Seeberg hat an seiner im letzten Kriegsjahr und durch den Zusammenbruch gewonnenen Sicht der Dinge auch später festgehalten. Was er unter dem Eindruck der Zeitereignisse hier ein halbes Jahr nach dem Umsturz verkündete, bestimmte auch weiterhin sein Verhältnis, zu der Zeit, in der er lebte, wie seine späteren Schriften zeigen. [1] Auch in seinen Erinnerungen aus dem Jahre 1925 heißt es noch: "Die Frage nach den letzten inneren Gründen unseres Falles hat mich dann immer wieder beschäftigt. Äußere Anlässe trieben zur Festlegung der Gedanken über dies Problem, das ja nicht nur eine Deutung der Vergangenheit, sondern auch unsere Zukunftshoffnung in sich schließt. ... Es handelt sich um einen Versuch, die Ursachen des großen Zusammenbruchs von Staat und Volk in der Geistesgeschichte des Zeitalters Wilhelms II. aufzuzeigen. So sehr man die großen Leistungen dieses Zeitalters auf den Gebieten der Technik, der Industrie und des Handels und in ihnen bleibende Errungenschaften anerkennt, so ist doch auf der anderen Seite die verwüstende Wirkung des Materialismus deutlich wahrzunehmen, der in dem Genußleben, der Skepsis und der Unkirchlichkeit der oberen Stände sich zeigte und durch die sozialdemokratische Agitation die ganze Industriearbeiterschaft mit den Dogmen einer neuen materialistischen Aufklärung durchdrungen hat.

Möchten wir davor behütet bleiben!" (Echte und unechte Volksbewegungen, Begeisterung und Fanatismus, in: Velhagen § Klasings, Monatshefte, Jg. 32 (1918), 363)

2) ebd., 39

---

1) So vor allem: Zum Verständnis der gegenwärtigen Krisis in der europäischen Geisteskultur, Erlangen 1923 und: Christentum und Idealismus, in Zeit- und Streitfragen des Glaubens, der Weltanschauung und Bibelforschung, XIV. Reihe, Berlin 1921

Der Materialismus ruft aber notwendig die egoistischen Triebe in den Menschen wach. Trotz aller Betonung der Persönlichkeit und ihrer Freiheit wird so das geisitge Leben mechanisiert, wozu der blinde Glaube an die Parteidogmen bei den sich steigernden demokratischen Tendenzen das Seinige beiträgt. Indem aber auch jetzt noch die Arbeiterklasse in weitem Umfang mit dem Großkapitalismus trotz aller sonstigen Gegensätze die materialisitsche Grundrichtung teilt und indem ein Rückschritt hinter die Industralisierung unseres Volkes auf absehbare Zeit undenkbar ist, wird, trotz aller Unruhe und Not, in der wir leben und trotz mancher Besserungen auf sozialem Gebiete, der Materialismus in unserem Volke seine niederdrückende Gewalt weiter ausüben." [1]
Solche Gedanken stehen zweifellos im Gefolge von Oswald Spenglers "Untergang des Abendlandes", auf den sich Seeberg auch ausdrücklich beruft, [2] nur daß Seeberg nicht bei einem Kulturpessimismus stehenbleibt, sondern sein Blick dennoch auf die Zukunft gerichtet ist, indem er sich eine Wiederbelebung des Idealismus erhofft. Spenglers Buch war schon vor dem Kriege konzipiert worden. Auch bei Seeberg lassen sich unabhängig davon ähnliche Gedanken schon vor dem Zusammenbruch nachweisen. [3] Dieser Umstand ist ein deutlicher Hinweis darauf, wie genau Spenglers Buch die seelische Lage seiner Zeitgenossen getroffen und so ihrem Lebensgefühl nach dem Zusammenbruch entsprochen hat.

---

1) R. Seeberg: Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. I, Leipzig 1925, 191
2) Zum Verständnis der gegenwärtigen Krisis etc., a. a. O., 46: "Der Verfasser unterscheidet, ähnlich wie ich es hier auch schon früher getan habe, die Kultur von der Zivilisation. Die Zivilisationsperioden gehen in Materialismus über und bereiten dadurch das Verderben vor. Schließlich pflegt man durch Zwangsanleihen bei Mystik und Religion Errettung vor dem Verderben zu suchen."
3) Vgl. "Echte und unechte Volksbewegungen etc.". in Velhagen § Klasings Monatshefte, Jg. 32 (1918); siehe oben S. 95, Anm. 2.

Reinhold S e e b e r g sprach bei der Trauerfeier im Mai 1919 persönliche Bekenntnisse und Gedanken aus. Sie sind als geistige Konsequenzen zu werten, die Seeberg aus dem Erlebnis des Zusammenbruchs gezogen hat. Aber Seeberg sprach nicht nur für sich, sondern als Rektor der Universität mit den Insignien seiner Würde. Seine Rede konnte daher als öffizielle Haltung der Universität angesehen werden.

b) Das Erlebnis des Umsturzes

Wenn wir die Ereignisse der revolutionären Unruhen in der Stadt im Erlebnis einzelner Professoren darstellen wollen, kann es sich ebenfalls nur um Momentaufnahmen handeln, die aber geeignet sind, das Kolorit der Zeit zu veranschaulichen. "Erinnerungen aus so tief erregenden Tagen, wie wir sie jetzt erlebten, haben das Eingene an sich, daß nur einzelne Momente hell beleuchtet" werden, schreibt dazu Friedrich Meinecke. [1] Dazu kommt, daß die Erlebnisse individuell sehr verschiedenartig sind. Mithin entsteht kein geschlossenes Bild. Die folgenden Streiflichter geben immerhin über die Emotionen Aufschluß, die ein geschichtliches Datum wie der 9. November 1918 hervorgerufen hat. Dafür im folgenden einige Beispiele:
Für Ernst Troeltsch kündigte sich die Revolution in ganz harmloser Weise an: "Meine Frau sprach den Burschen eines Hauptmanns, der ihr Kartoffeln aus ihrem väterlichen Gut mitgebracht hatte: der Bursche lehnte die Bezeichnung als Bursche ab und nannte sich 'Gehilfe und Vorleser'. Etwas ähnliches begegnete am gleichen Tage einer andern Dame. Das war am 7. November. Am selben Tage hatte ich eine Sitzung

1) Straßburg etc., a. a. O., 257

mit einigen in den Ministerien arbeitenden Gelehrten: sie wurden um 6 Uhr unruhig und wollten nach Hause; man könne nicht wissen, ob nicht der elektrische Strom unterbrochen werde; es seien alle Häuser Unter den Linden mit Militär besetzt; von Naumburg seien mit Automobilen die von ihren Offzieren als besonders königstreu beurteilten Jäger gekommen; aber es sei etwas Unbehagliches in der Luft. Das sah ja nun ernst genug aus, aber wir zweifelten nicht an dem Erfolg der Jäger." [1]

Der Mediziner Otto L u b a r s c h [2] erlebte am 9. November die Tumulte auf der Straße mit: "Sonderausgaben meldeten die Abdankung des Kaisers. Gegen Mittag hörten wir im Institut Gejohle auf der Straße und sahen in einer gewissen Ordnung einhermarschierende Männer und Weiber mit roten Abzeichen, untermischt mit liederlich und lumpig aussehenden Soldaten. Als ich gegen 3 Uhr den Rückweg nach Hause antrat, war aber alles ruhig und auch auf der Stadtbahnfahrt nichts zu bemerken. Erst am Knie herrschte wildes Leben und Treiben. Junge, unreife, mit Flinten bewaffnete Burschen hielten mit Drohungen die Straßenbahnwagen an und zwangen ihnen eine Bewimpelung mit roten Fähnchen auf. Als ich am Hause Bismarckstraße 115 (wir wohnten 111) angekommen war, sah ich die mit schlimmstem, gröhlendem militärischem und nichtmilitärischem Gesindel besetzten und mit roten Fahnen 'geschmückten' Lastkraftwagen dahinrollen und begriff nun, was geschehen. In maßloser Wut schrie ich dem Gesindel allerlei Schimpfworte, mit der Faust drohend, zu, als ich mich plötzlich an den

---

1) Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22 mit einem Geleitwort von F. Meinecke, hrsg. v. H. Baron, Tübingen 1924, 22 f; Dieser Brief wurde von Troeltsch am 30. November 1918 geschrieben, aber erst im Dezember 1919 im KUNSTWART u. d. T. "Vom 'Rat der Volksbeauftragten' zur Nationalversammlung" veröffentlicht. "Als Grund, daß er jenen ersten für den 'Kunstwart' geschriebenen Brief damals nicht habe abdrucken lassen, gibt Troeltsch hier an, daß dieser 'im Verhältnis zu der ungeheuren Aufregung zu sehr mit Kleinigkeiten und Zufälligkeiten angefüllt war. Heute aber erscheinen diese Kleinigkeiten wichtiger." (Vgl. die Anm. des Hrsg., ebd., 19)

2) Otto Lubarsch (1860-1933), Prof. der pathologischen Ana-

Armen gepackt und in einen Hausflur hineingezogen fühlte und ein Herr mich anschrie: Sind Sie denn irrsinnig und wollen Sie sich der Bande nutzlos opfern? Rasch verschloß er das Haus." [1]

Auch der Anglist Alois B r a n d l [2] beobachtete am 9. November die Umzüge auf der Straße: "Wir gingen an der Herkulesbrücke nördlich vorbei den Landwehrkanal entlang, als wir nach einer Minute zwei schwache Schüsse von der Brücke her vernahmen. Ein Passant erklärte: 'Der Major (sc. des Naumburger Jägerbatallions) hat sich selbst erschossen, weil ihm seine Soldaten nicht mehr gehorchten.' Der Vorgang hatte sich blitzartig abgespielt. Der Impuls dazu schien aus einer ungreifbaren Masse verstreuten Soldaten kommen. Der Straßenverkehr blieb ungestört. - Später konnte man noch einen Haufen ungeordneter Menschen mit roten Fahnen und ein paar Trommeln vom Bahnhof Tiergarten auf der Charlottenburger Chaussee ostwärts ziehen sehen, gegen das Brandenburger Tor zu. Es war der Einzug der Revolution, um 3 Uhr. Einige Tage später saß ich neben W i l a m o w i t z [3] am Fakultätstisch und hörte ihn fragen, was eigentlich die Naumburger Jäger geleistet hätten, während er ins Weite sah. Seine Augen füllten sich mit Tränen. Große Tropfen fielen auf den Fakultätstisch, nicht zwei oder drei, sondern eine Flut. Er sagte nichts, als nur: 'Der wackere Offizier.' " [4]

---

tomie in Kiel, seit 1917 in Berlin. Emerit. 1928. Lubarsch gehörte zu den Mitbegründern des Alldeutschen Verbandes. Er war israelitischer Herkunft, gehörte nach 1918 aber der DNVP an und war mehr oder weniger antisemitisch eingestellt.

1) Lubarsch: Ein bewegtes Gelehrtenleben, a. a. O., 336 f

2) Alois Brandl (1855-1940), Anglist. Seit 1895 Prof. in Berlin. Hrsg. des Shakespeare-Jahrbuchs 1898-1919. Vgl. Jahrbuch der Preuß. Akad. d. Wiss., 1940, 153

3) Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Klass. Philologe. (1848-1931). Habilitierte sich 1874 in Greifswald und wurde dort 1876 Prof., 1883 erhielt er einen Ruf nach Göttingen und seit 1897 war er in Berlin.

4) Alois Brandl: Zwischen Inn und Themse. Lebensbeobachtungen eines Anglisten, Berlin 1936, 331 f

Mit geballter Faust und Tränen in den Augen sahen Berliner Hochschullehrer das Kaiserreich in Trümmer gehen! Alois Brandl fährt in seinen Erinnerungen reflektierend fort: "Der Historiker wird einmal fragen, wie sich die berühmten Männer der Berliner Universität zum Umsturz verhielten? Jeder verhüllte sein Haupt vor den brutalen Tatsachen. Man darf nicht vergessen, daß es Männer der Feder waren, nicht der Tat. Unser bloßes Dasein genügte, die Maschinengewehre der Umstürzler auf uns zu lenken; die zerschossenen Fenster und Büsten im Akademiegebäude waren dafür ein beredtes Zeugnis." [1]

Das Universitätsgebäude war in der Tat Zielscheibe von Schießereien; möglicherweise galt es den Revolutionären als "Hauptquartier der antikommunistischen Reaktion". [2] Da aber in jenen Monaten Straßenschießereien alltäglich waren, mußte nicht unbedingt ein gezielter Anschlag dahinterstecken. So ist dem Nationalökonomen Franz O p p e n h e i m e r die folgende Erinnerung im Gedächtnis geblieben: "Die sämtlichen Dozenten der Nationalökonomie waren auf den Nachmittag des 26. Dezember 1918 einberufen worden, um die Verteilung des Lehrstoffes für das Sommersemester zu beraten. Wir saßen im zweiten Stockwerk der Universität, in den Räumen des Staatswissenschaftlichen Seminars. Da erschien bleichen Antlitzes der Diener der Bibliothek: "Man schießt uns in die Fenster." Der alte, unerschütterliche Professor Jastrow, der soeben als Offizier von der Front heimgekehrte Professor Günther und ich gingen neugierig nach vorn, in einen Raum, der nach den Linden zu lag. Die Fenster waren zersplittert, an dem oberen Teile der Wände waren Kugelspuren sichtbar. Das Feuer hatte aufgehört; offenbar hatten einen der bewaffneten Revoluionäre

---

1) ebd., 332

2) So Adolf Deißmann: Reinhold Seeberg. Ein Gedächtniswort, Stuttgart 1936, 36

die erleuchteten Fenster gereizt." [1]

Das war vergleichsweise harmlos gegenüber dem Attentat, das im März 1919 auf den Historiker Dietrich Schäfer - damals schon Deutschnationaler - verübt wurde: "In der Nacht vom 12. zum 13. März 1919 erlebten wir etwas Besonderes. Zwischen 1 und 2 Uhr wurden unmittelbar hintereinander zwei Handgranaten in unseren Garten geschleudert, die nahe der Hausmauer aufschlugen und nach furchtbarem Knall so ziemlich alle Fenster der Südwestwand des Hauses zertrümmerten. Es war der Höhepunkt der vielen Beschimpfungen und Anpöbeleien durch anonyme Briefe und Zeitungsartikel, die mir meine Tätigkeit eingetragen hatte. Über den Attentäter hat die Polizei nie etwas erkunden können." [2]

Wir gehen nun der Frage nach, wie die Berliner Hochschullehrer Zusammenbruch und Revolution in den ersten Tagen und Wochen geistig aufgenommen und verarbeitet haben, wobei wir möglichst jede politische Couleur zu Worte kommen lassen wollen.

---

1) Franz Oppenheimer: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen, hrsg. v. L. Y. Oppenheimer, Düsseldorf 1964, 244 f. - Einen ähnlich tragikomischen Charakter hat die Begebenheit, die K. A. v. Müller in München miterlebt hat: Er erzählt von einem Rotgardisten, der am 8. November gegen die oberen Stockwerke des Regina-Palast-Hotels schoß. "Grund dafür war keiner zu sehen. Ein Berittener mit roter Armbinde trabte durch die Neugierigen heran und stellte ihn zur Rede: hier gebe es nichts zu schießen. Ein verwegen aussehender Matrose mischte sich ein: 'Jetz hamma d'Revoluzzion! Da kost du eam nix mehr befehln. Jetz gibts koan Obern und Untern mehr!' Aber der Reiter zog einen Ausweis des Soldatenrats und bestand auf seinem Verbot. Da warf der Rotgardist mit einem Fluch das Gewehr auf den Boden: 'Bald i nimma schiaßn derf, na könnts mi kreuweis am ... mit enkera ganzn saudumma Revoluzzion!' und ging zornig davon." (K. A. v. Müller: Mars und Venus, a. a. O., 274)

2) Dietrich Schäfer: Mein Leben, Berlin/Leipzig 1926, 233

Eine ähnliche Haltung wie der Rektor Reinhold Seeberg nahm auch der Kirchenhistoriker Karl H o l l [1] ein. Am 1. Dezember 1918 predigte er über das Thema "Kaufet die Zeit aus; denn es ist böse Zeit." [2] Ähnlich wie Reinhold Seeberg ging er von einem Schuldbekenntnis aus, das er aber nicht wie Seeberg weltanschaulich, sondern religiös begründete. Das deutsche Volk habe die Religion zu wenig ernst genommen und so sah Karl Holl in den Ereignissen seit dem November 1918 die Zeichen eines Gerichts: "Und selbst jetzt, wo die Wasser über uns zusammenschlagen, stehen wir in der Gefahr, daß viele in unserem Volk das, was mit uns vorgeht, nicht in seinem ganzen Ernst auf sich wirken lassen mögen. Zeiten, wie sie jetzt über uns hereinbrechen, sind uns von Gott dazu geschickt, daß wir sie in ihren vollen Schwere empfinden. Wir sollen den Riß fühlen, der durch unser inneres wie äußeres Leben hindurchgeht. Wir sollen es uns recht deutlich machen, wie viele hohe Güter, wie viele Lebensmöglichkeiten auf immer für uns dahinsinken; daß ein Unfaßbares, ein Unheimliches sich an uns heranwälzt, bei dem wir nicht wissen, wo es enden wird. Denn was wir jetzt erfahren, müssen wir verstehen als ein Gericht. Schuld soll uns zum Bewußtsein kommen, und je tiefer der Schmerz über die zerschlagenen Hoffnungen uns durchdringt, desto aufrichtiger wird unsere Buße sein." [3]

Die Schuld bestand für Karl Holl ausschließlich in mangelnder religiöser Verinnerlichung, was gegenüber Seeberg dem mangelnden Idealismus analog zu setzen ist. Politisch fand er die Vergangenheit makellos. So heißt es in der Predigt

---

1) Karl Holl, (1866-1926), seit 1906 Prof. f. Kirchengeschichte in Berlin. Über K. H. vgl. A. v. Harnack/H. Lietzmann: Karl Holl, zwei Gedächtnisreden, Bonn 1926

2) unter diesem Titel als Flugschrift erschienen, Berlin 1918. Unsere Zitate beziehen sich auf den Abdruck in: Karl Holl: Christliche Reden, hrsg. v. E. Hirsch, Gütersloh 1926, 46 ff

3) Christliche Reden, a. a. O., 48 f

weiter: "Ich kann keine Schuld darin finden, daß wir eine Weltgeltung erstrebt haben. Wir haben nicht mehr begehrt, als was ein gesundes und aufsteigendes Volk begehren darf. Das war kein Hochmut, keine Selbsrüberhebung, wenn nur in in unserem Volksleben auch die tiefsten Quellen der Kraft reich genug flossen. Mit starken sittlichen und Glaubenskräften sind wir in den Krieg eingetreten. Wir haben keinen Anlaß, das Herrliche, ja Heilige der ersten Kriegsmonate zu vergessen oder herabzusetzen. Es war nicht Schein, was da von hochherziger Hingabe, von reiner Begeisterung, von edlem Opfersinn zutage kam. ... Sind wir wirklich so viel schlechter als andere Völker? Waltet überhaupt eine Gerechtigkeit, geschweige aine Barmherzigkeit in der Geschichte?" [1] Karl Holl war im Grunde eine unpolitische Persönlichkeit und so sah er den Zusammenbruch vorweigend theologisch als das Walten des göttlichen Strafgerichts. Er war aber politisch so sehr in dem Geist der Zeit (von 1914) verstrickt und von der Gerechtigkeit der deutschen Sache überzeugt, daß ihm das "Gericht" unverdient erscheinen mußte. Die Schuld suchte er daher als tiefreligiöser Mann außerhalb der Politik im religiösen Versagen der Menschen. Es galt für ihn daher die religiöse Vertiefung wieder zu gewinnen. Dadurch wird auch Karl Holl zu einer repräsentativen Gestalt, wie ihn schon sein Zeitgenosse Adolf von H a r n a c k gewürdigt hat: "Seit dem erschütternden Ausgang des Weltkriegs und dem noch tiefer erschütternden Frieden gewahren wir in beiden Kirchen, und auch in ihrer Theologie, ein mächtiges Streben, in die Tiefe zu gehen und die Innerlichkeit und den Ernst der Religion unmittelbarer zu erfassen. Auf verschiedenen Linien offenbart sich dieses Streben; unser ... Kollege gab ihm durch seine Arbeit als Histo-

---

1) ebd., 50 ff

riker einen reinen Ausdruck." [1]

Der Theologe Ernst Troeltsch war dagegen eine durch und durch politische Natur, bei dem Begriffe wie "Schuld" oder "Buße" keinen Ausschlag in seiner Reaktion auf die Zeitereignisse gaben. In seinem ersten "Spektator-Brief" schrieb er am 16. November 1918: "Das Ende ist da, der Schleier des vierjährigen Geheimnisses ist gelüftet. Es ist ein Ende mit Schrecken, weit schrecklicher, als es auch diejenigen erwarteten, die seit der Marneschlacht, dem Eintritt Amerikas in den Krieg und der sichtbar werdenden Ermüdung der Bundesgenossen einen Sieg immer unmöglicher fanden und daher eine rechtzeitige Beendigung auch unter Opfern für Gewissenspflicht gegenüber unserem Volke hielten. ... Nachdem unsere herrschenden Schichten es verschmaht hatten, den unvermeidlichen Folgen eines radikalisierenden Massenkrieges durch demokratische Reformen rechtzeitig vorzubeugen und auf der Höhe der militärischen Siege einen Frieden großer Mäßigung zu schließen, war wenig Hoffnung mehr. Es war nun einmal so; die herr-

---

1) A v. Harnack/H. Lietzmann: Karl Holl, a. a. O., 20; vgl. ferner F. Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin, Erinnerungen 1901-1919, Stuttgart 1949, 164: "Die politische Couleur Karl Holls veranschaulicht eine Episode aus der Kriegszeit, die hier erzählt wird: "Holl war schwergelehrt, eisern streng in seinen Ansprüchen an sich und die anderen, aber auch starr und leidenschaftlich zugleich. Das kam zum Ausbruch gegen mich, als der innere Krieg zwischen Rechts- und Linkslager in Deutschland 1917 ausbrach. ... Holl war erzürnt und warf mir, wie es Gelehrte in solchen Fällen gern tun, eine quellenkritische Leichtfertigkeit vor, weil ich behauptet hatte, daß man durch die Vaterlandspartei auch die preußische Wahlreform sabotieren wolle. Ich hatte aber ein gutes Gewissen bezüglich meiner Quelle. Holl zerschnitt das Tischtuch zwischen uns beiden und erklärte darauf seinen Austritt aus der Mittwochs-Gesellschaft."

schenden Schichten wollten nur das Entweder-Oder, radikalen Sieg oder radikale Niederlage. ... Im Augenblick kann die Klarheit, die wir gewinnen müssen, nur darin bestehen, daß wir uns klar werden über dasjenige, was unter allen Umständen und bei allen kommenden Zukunftsmöglichkeiten erledigt und zu Ende ist. Das aber ist der Militarismus, der Aufbau des Staates und der Gesellschaft auf der bisherigen preußischen Militärverfassung und dem ihr entsprechenden Geiste." [1] Für Troeltsch war der 9. November also eine Zäsur in der Geschichte mit der eine neue Zeit begann, zu der er sich bekannte. Und am 30. Dezember 1918 heißt es rückblickend: "Die Revolution war in erster Linie eine Militärrevolution, sie ist gleichzeitig an weit auseinanderliegenden Stellen der Front und in der Heimat aufgeflammt. Ihr Verlauf war überall derselbe: ein kampfloses Zusammenbrechen, ein Verschwinden der Offiziere, eine Herrschaft der Soldatenräte und dann ein Durcheinander, während die Soldaten und Matrosen zunächst nur eine Art vergnügten Feriengefühls zeigten." [2] Am 14. Januar 1919 hatte sich für ihn die Lage soweit geklärt: "Heute ist die Weltdemokratie da, es gibt keine Auflehnung mehr gegen sie. Die Nationalversammlung von heute soll der neue Bismarck sein, der sie nicht von außen her, sondern von innen heraus aus dem Volkswillen selbst meistert. Wird sie das? Kann sie das?" [3] Auch für Ernst Troeltsch war die Revolution ein "Unglück", [4] das aber von der bisherigen Führung

---

1) Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe, a. a. O., 1 ff
2) ebd., 26
3) ebd., 33 f
4) vgl. ebd., 29 (30.12.1918): "Man wird von der Revolution heute noch nicht sagen können, ob sie vermeidbar war. Ob vermeidbar oder nicht, ein großes Unglück ist sie. Schon der Waffenstillstand wäre ohne sie nicht so entsetzlich geworden. Wie der Frieden werden wird, das wird sich zeigen; die Entente wird ein sozialistisches Deutschland aufs engste einschnüren und kontrollieren."

verschuldet war: "Die deutsche Revolution hat begonnen, seit das Volk den Glauben an Sieg und Führung in dem Streit um die stets mit den Erfolgen wechselnden Kriegsziele und bei dem schließlichen Versumpfen aller noch so glänzenden Offensiven verloren hatte. Der Winter 1917 ist der Winter des Unheils." [1] Nachdem aber das "Unheil" geschehen war, dem er übrigens den Charakter einer großen Revolution absprach, [2] schien ihm Republik und Demokratie die einzige Möglichkeit für die Zukunft, um größeres Unheil zu vermeiden. Und so würdigte er die Haltung der Sozialdemokratie als "Rettung von Reich, Staat, Gesellschaft und Ordnung": "Da ist aber wohl zum Verständnis der weitern Entwicklung zu bedenken, daß diese Demokratie im Grunde ein antirevolutionäres, Ordnung stiftendes, der Diktatur des Proletariats entgegengesetztes Prinzip war. Nur Kurzsichtige konnten triumphieren und meinen, das Ziel von 1848 sei jetzt erreicht. Nein, was 1848 ein kühnes Fortschrittsunternehmen war, das war jetzt eine konservative Ratardierung und Bewältigung der Revolution, das Mittel, den Gegnern der Revolution legale Betätigung und steigenden Einfluß zu sichern. Immerhin aber gab es am Anfang den Frieden von Versailles noch nicht." [3] Ernst Troeltsch, der Theologe und Geschichtsphilosoph wurde durch Weltkrieg und Revolution zum politischen Denker und empfing aus dem Kreis des "Mittwoch-

---

1) ebd., 13 (Rückblick aus dem November 1920)
2) vgl. ebd., 19 (30. Nov. 1918): "Die lange gefürchtete und verheißene Revolution ist ausgebrochen. Deutschland hat heute seine siegreiche Revolution, wie sie einst England, Amerika und Frankreich hatten. Es hat sie im unseligsten Moment des allgemeinen militärischen, wirtschaftlichen und nervösen Zusammenbruches. Darin liegt der Unterschied von jenen Revolutionen."
3) ebd., 16 (Rückblick aus dem Nov. 1920)

abends" von Hans D e l b r ü c k [1] seine Anregungen. Sein wissenschaftlicher Standort war der Historismus, der sein ganzes geistiges Wesen ausmachte, was Friedrich Meinecke ihn so charakterisieren läßt: "Er tummelte sich wohl in dem chaotischen Überreichtum der modernen Kultur mit einer gewissen übermütigen Lust wie ein Taucher, dem es Vergnügen macht, lange unter dem Wasser zu bleiben. Aber wenn man ihn eben schon untergegangen fürchtete in bloßer Rezeption von Eindrücken, die er in riesigem Maße betrieb, tauchte er auch schon kräftig und selbstbewußt mit neuen produktiven Ideen und Entdeckungen aus ihnen wieder empor. Dadurch erhielten nun seine geistigen Leistungen etwas Labiles und Flüssiges. Er war immer im Werden und Neugebären und bereit zu immer neuer Erweiterung und Umbildung seines Weltbildes." [2] Die Frage aber, warum Troeltsch, Meinecke und Delbrück sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben, ist mit folgendem Satz beantwortet: "Wir wurden Demokraten, weil wir uns klar machten, daß auf keinem anderen Wege die nationale Volksgemeinschaft und zugleich die lebensfähigen aristokratischen Werte unserer Geschichte würden erhalten werden können." [3] Friedrich Meinecke erwarb sich diese Haltung nicht leichten Herzens. Noch kurz vor dem Zusammenbruch, am 13. Oktober 1918 schrieb er in sein Tagebuch, daß er die Einstellung von Troeltsch, Alfred Weber etc. nicht bejahe: "Es trennt mich innerlich von ihnen etwas. Wir verlieren, indem wir durch diesen skeptischen Kritizismus

---

1) vgl. Paul Rühlmann: Delbrücks "Mittwochabend" in: Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe an H. Delbrück, hrsg. v. E. Daniels/P. Rühlmann, Berlin 1928, 75 ff

2) E. Troeltsch: Spektator-Briefe, a. a. O., EinleitungIV; Über den Zusammenhang Historismus und die Rezeption der Demokratie, den wir an dieser Stelle nur oberflächlich streifen können, vgl. eingehend Gustav Schmidt: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie. Unters. zu den polit. Gedanken von Meinecke, Troeltsch, Max Weber. HISTORISCHE STUDIEN, H. 389, Lübeck und Hamburg 1964

3) Friedrich Meinecke in der Einl. zu Troeltsch: Spektator-Briefe, a. a. O., V

alles Instinktive ertöten und abweisen, den letzten Zusammenhang mit unserer Geschichte. Das alte System wird bis auf den innersten Nerv, der doch auch etwas Lebendiges war, dabei abgetötet. Der Held wird abgetan und der Handler bleibt übrig!" [1]

Die innere Umstellung des politischen Standpunktes aus Vernunftgründen, das hieß nach dem 9. November das Bekenntnis zur Republik staatspolitischer Notwendigkeiten wegen, schien dem Historiker Meinecke damals noch als die Haltung eines "Händlers". Den Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen, war das große Problem Meineckes von Anfang an. Und so reflektiert er schon am 11. November 1918: "Es ist ja herzbrechend, wie der Untergang der alten Ordnung, mit der ich doch innerlich aufs tiefste verwachsen bin, nun zusammenfällt mit den furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen. Armes, armes Deutschland. So tief glaubte ich selbst in meinen düstersten Träumen nicht, daß wir sinken würden. Dabei berühren alle die fürchterlichen Opfer an die Entente doch nicht die Ehre, - denn nach solchem Kampfe schließlich mürbe und wehrlos zusammenzubrechen, ist menschlich, ist keine Schande. Wird es mir noch möglich sein, das, was wirklich lebensvoll und zukunftskräftig am Sozialismus ist, in meine historische Gedankenwelt aufzunehmen? Neu lernen, abwarten, was mit der Sache wird, müssen wir auch hier. Auf materielle Güter muß man ganz verzichten; das geht, wie der Krieg uns schon gezeigt hat. Aber individuelle Freiheit, die ist Lebensluft. Es weht einen schauerlich an, wenn die einem genommen wird." [2] Wie Troeltsch sah auch Meinecke die Revolution nicht als eine siegreiche Bewegung an, die aus eigener Kraft zur Macht gelangt war. Sie war für ihn vielmehr aufs engste verquickt mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch des alten Systems und daher keine echte Revolution.

---

1) Straßburg etc., a. a. O., 271

2) ebd., 272 f

Seine Tagebucheintragung vom 6. Dezember ist daher betont reserviert: "Die Revolution hat ja im Grunde weniger durch eigene Kraft der jetzt emporgekommenen Gewalten als durch den Zusammenbruch der alten Gewalten gesiegt, - mehr ein negativer als ein positiver Sieg! Bei weiserer Politik hätte sich das alte System noch ziemlich lange halten können, - freilich um dennoch einmal eines Tages vor der Massenbewegung zusammenzubrechen. Ich bin von demokratischem Optimismus nach wie vor ganz frei, sehe die volle Demokratie nur als ein pis-aller jetzt für uns an und bemühe mich lediglich, sie so unschädlich wie möglich für uns zu gestalten. ... Wie unter der Herrschaft des Königs Demos auch die geistige Freiheit leidet, wie man sich innerlich gedrückter fühlt als im ancien régime, das spüre ich jetzt schon." [1] Aber ein Gegner der neuen Republik wurde er deswegen nicht, sondern er verteidigte sie gegen ihre Angreifer, die die Dolchstoßlegende als Waffe gegen sie gebrauchten: "Wie furchtbar verblendet und starr sind noch immer meine Kollegen und die alten Vaterlandsparteiler. Sie bemühen sich gar nicht, historisch zu begreifen, aus welchen Ursachen, sehr tief liegenden Ursachen, das alte System fallen mußte, klagen nur die Flaumacher als Quelle der Revolution an; ohne die Revolution hätte die Front auch weiter standgehalten, und nur verdorbene Heimatstimmung habe den Sturz verursacht. Als ob Stimmungen entscheiden. Immer die alte Fiktion, wie damals, als man mit Illusionen glaubte die Weltübermacht bezwingen zu können." [2]

Um diese Zeit klärte sich allmählich Meineckes Stellung zu den politischen Fragen der Zukunft, eine Stellung, die ihm allerdings nur das von ihm im Oktober verschmähte Händlertum übrigließ: "Wünschbar wäre auch eine Wiederaufrichtung der Monarchie, aber nicht der alten mit allen Einzeldynastien,

---

1) ebd., 274; vgl. auch das Kap. über F. Meinecke, 194 ff.
2) ebd., 275, (9. Dez. 1918)

sondern einer einzigen, einheitlichen für ganz Deutschland, etwa der Zähringer, die dann ein rein demokratisches Volkskönigtum darstellen müßte. Aber auch das wäre eine fragile Schöpfung. So ist mein Vorschlag, die nordamerikanische Präsidentschaftsverfassung zu übernehmen, ... Das heilsame Band mit der Vergangenheit war durch den Sturz der Monarchie zu stark gelockert, und der Kampf um die politische Macht im Innern mit den Mitteln des Parlamentarismus wurde zum Unfug durch die Indisziplin der Parteien. Dennoch haben wir es für Pflicht gehalten, auch die Weimarer Republik zu verteidigen gegen die Sabotierung durch die Rechtsparteien, die Nachfolger der Vaterlandspartei." [1]

Auch für Hans Delbrück ist diese Haltung charakteristisch. Er war ebenfalls kein Republikaner aus Überzeugung und auch bei ihm war der Sinn für historische Kontinuität mit realpolitischen Einsichten gepaart. Der Sturz der Monarchie lag niemals in seinem Horizont .
Wie weit die Wirkung des Revolutionserlebnisses bei den Berliner Hochschullehrern auseinanderlag, möge die folgende Gegenüberstellung der Erinnerungen von Franz O p p e n h e i m e r und Dietrich S c h ä f e r veranschaulichen. Oppenheimer stieß schon in den Revolutionsmonaten November und Dezember auf die Jungkonservativen, im Hause des Freiherrn von G l e i c h e n - R u ß w u r m . [2] Dort kam es zu folgender Szene: "Ein höherer Regierungsbeamter schnarrte im schönsten Tone der neuwilhelminischen Ära, wir brauchten uns die Köpfe nicht zu zerbrechen; die Regierung würde das alles schon in Ordnung bringen. Da brach es vulkanisch aus mir heraus: 'Immer noch? immer noch? Halt's Maul und sing die Wacht am Rhein? Deutschland liegt auf dem Sterbebette, und wir sollen immer noch den gleichen Menschen alles überlassen, die uns in dieses Unglück hineingeführt haben?' Ich hatte es mit der ganzen Kraft

---

1) ebd., 276 f, 283
2) vgl. auch Schwierskott, a. a. O., 60

meiner Stimme herausgeschrien; der elegante Mensch schneebleich, das Monokel entfiel seinem Auge und er drückte sich in den Hintergrund. Ich glaube, erst in diesem Augenblick ist ihm die ganze Lage klar geworden." 1)

Dem stellen wir nun die Erinnerungen des Berliner Historikers Dietrich S c h ä f e r gegenüber, der sich in mehreren Petitionen, Unterschriftensammlungen etc. zur Kriegspolitik hervorgetan hatte: "Die Urheber der Revolution suchten nach Rechtfertigungsgründen. Sie wünschten alle Schuld für den Krieg, seinen Ausgang und seine Folgen auf die gestürzte Regierung zu wälzen. Die Tatsache, daß ein Adolf Hoffmann preußischer Kultusminister werden, ein Kautsky mit der Veröffentlichung der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch betraut werden konnte, wirft ein grelles Licht auf die Geistesverfassung der neu herrschenden Kreise. Sie hatte das Bedürfnis, ihre Handlungen nicht nur als schuldlos, sondern als Verdienst eingeschätzt zu sehen. Das Streben ist völlig gescheitert. Nur wer grundsätzlich republikanische Staatsordnung gegenüber monarchischer als die vollkommenere ansieht (er kann sich zwar auf ein Wort von Kant berufen, verleugnet aber alle geschichtliche Erfahrung), kann ihre gewaltsame Einführung in Deutschland als eine Förderung deutscher Wohlfahrt gelten lassen." 2)

Auf beiden Seiten werden hier Männer angeklagt, das nationale Unglück verschuldet zu haben: auf der einen Seite die Vertreter des alten Systems (Oppenheimer meinte wohl vor allem die Beamtenschaft), die nach der Revolution geblieben waren, auf der anderen Seite die Träger der Revolution. Dies zeigt deutlich, in welchem Dilemma sich die junge Republik befand, aber auch wie tief die Kluft im deutschen Volke war, die sich hier an zwei Gestalten aus Hochschullehrerkreisen spiegelt. Die Stellungnahmen zur Revolution in Berlin reichen auf der Skala von F. Oppenheimer bis zu

---

1) Oppenheimer: Lebenserinnerungen, a. a. O., 243
2) D. Schäfer: Mein Leben, a. a. O., 232

D. Schäfer, wobei es noch einige nicht feststellbare Zwischenwerte gegeben haben mag.
Wie in München ergibt sich auf für Berlin kein einheitliches Bild; die Stellung der Hochschullehrer zur Revolution reicht hier wie dort von schroffer Ablehnung über reservierte Zurückhaltung bis zur Anerkennung mit Einschränkungen.

Während der ersten unruhigen Revolutionsmonate lag eine politische Aktivität vor allem bei den demokratisch gesinnten Professoren, während sich die nationalen Kreise noch im Hintergrund hielten. Doch schon unter dem Eindruck der Beratung der Resolution, die die Universität am 17. November veröffentlichte, bildete sich der erste Zusammenschluß der rechtsgerichteten Professoren an der Berliner Universität, der freilich noch nicht an die Öffentlichkeit trat. Es konstituierte sich ein Verein der ordentlichen Professoren an der Friedrich-Wilhelm-Universität. "Der Gedanke ging von dem Juristen Geh. Rat K i p p [1] aus, der auch zum Vorsitzenden gewählt wurde." [2] Otto Lubarsch wurde zweiter Vorsitzender. Der Verein hat allerdings "niemals eine rechte Blüte erlangt", [3] da von der Deutschnationalen Volkspartei alsbald ein berufsständischer "Reichsausschuß deutschnationaler Hochschullehrer" gegründet wurde.

---

1) Theodor Kipp, geb. 1862. Habilitation 1887 in Leipzig, im gleichen Jahr a. o. Prof. in Halle, Ordinarius in Kiel 1889, Erlangen 1893. 1901 erhielt er einen Ruf nach Berlin auf den Lehrstuhl für Röm. und bürgerliches Recht.
2) Vgl. Otto Lubarsch: Ein bewegtes Gelehrtenleben, a. a. O., 338 f, zum "Reichsausschuß deutschnationaler Hochschullehrer", dessen Vorsitzender Lubarsch war, vgl. ebd., 536 f
3) ebd., 338

In der Öffentlichkeit traten deutschnationale Professoren in Berlin erstmals wohl zu Ostern 1919 hervor, indem sie in Vorträgen zwar kein Programm, aber "geschichtliche Belehrung" anbieten wollten. [1] Darüber im folgenden einige unmittelbare Zeugnisse. Der Vorsitzende des berufsständischen Reichsausschusses der Hochschullehrer in der DNVP, Gustav R o e t h e [2] eröffnete die Reihe der Oster-Vorträge mit einer massiven Kritik an den politischen Zuständen: "Die 'glorreichen Errungenschaften' der Revolution liegen schwer auf uns, und es geht leider nicht an, die Augen ruhselig vor ihnen zu verschließen. Das deutsche Volk zu politisieren, das ist ihr wirklich weithin gelungen. Der Zeitung, dem Flugblatt, der Parlamentsrede, der politischen Versammlung, diesen reich, aber trübe fließenden Quellen zweifelhafter Geistesnahrung, darf sich heute niemand ganz entziehen; vaterlandische Pflicht gebietet so. ... Daß wir vor der Revolution im ganzen auf die redliche und sachliche Zuverlässigkeit unserer Regierung vertrauen durften, daß wir in dem vortrefflichen preußischen Beamtenstaat uns das Mitreden ersparen konnten, darin nicht zuletzt wurzelt die geistige Überlegenheit, die Deutschland allgemein, zumal auch in seiner wissenschaftlichen und technischen Entwicklung, während des neunzehnten Jahrhunderts erwiesen hat. Man kann nicht zwein Herren zugleich dienen. Die allgemeine Politisierung ist notwendig ein Feind strenger Sammlung und Versenkung in schaffende Arbeit.

---

1) Die Vorträge wurden in einer Schriftenreihe: Staat, Recht und Volk, wissenschaftliche Reden und Aufsatze, hrsg. v. Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, Berlin 1919, abgedruckt. Im Vorwort zur Reihe heißt es: "Fünf Berliner Universitätslehrer haben in diesen Ostertagen die Vorträge gehalten, welche zunachst in rascher Folge erscheinen sollen. Wir suchen darin einer Zeit der Neubildungen in Staat, Kirche und Gesellschaft geschichtliche Belehrung zu bieten und mit unserer Wissenschaft dem wahren Wohle des Vaterlandes dienen. Wir hoffen, daß Gleichgesinnte unserem Vorgange folgen werden, so daß die Reihe fortgesetzt werden kann.

2) G. Roethe, (1859-1926) war ein Schüler Scherers. 1888 wurde er Prof. in Göttingen, 1902 in Berlin. Seit 1921 war er Vorsitzender der Goethe-Gesellschaft. Vgl. J. Petersen: Gustav Roethe, 1927

Möge der deutsche Geist die Kraft entwickeln sich durch die häßliche politische Sünd- und Schlammflut wieder zu jenem rühmlichen Staate des Vertrauens durchzuarbeiten, wie ihn uns Preußen die Hohenzollern geschenkt hatten." 1)

Die Vorträge sollten bewußt wissenschaftlichen Charakter tragen. Der Germanist Roethe sprach über "Deutsche Dichter des 18. und 19. Jahrhunderts." Der Untertitel hätte lauten müssen: din Beziehung auf die politischen Verhältnisse der Gegenwart, denn Roethe interpretierte im folgenden die Dichter nach politischen Gesichtspunkten. So heißt es z. B. über Schiller und Goethe: "Nun ja, daß Seine Exzellenz, der Herr Staatsminister von Goethe, leider kein 'Volksfreund' war, ist schließlich kein Wunder, und der demokratische Deutsche tröstet sich dafür mit dem Liebling des deutschen Volkes, mit Friedrich Schiller. Merkwürdigerweise versichert uns Goethe, daß der Dichter des 'Tell' ein viel schrofferer Aristokrat gewesen sei, als er selbst. Wie ist das möglich? war die herrliche Geburtstagsfeier des Jahres 1859 nicht wirklich ein Volks- und Freiheitsfest im größten Stile, während man das Jahr 1849 fast unbeachtet hatte verstreichen lassen?" 2)
Wieland, Lessing, Klopstock, Kleist, Grillparzer, Hebbel, alle hätte sie dem allverfolgenden "Dämon des Zeitgeistes ein Gegengewicht" geboten und gar Schillers 'Glocke läßt keinen Zweifel, wie er über die Segnungen der Revolution dachte." 3)

---

1) Gustav Roethe: Deutsche Dichter des 18. und 19. Jahrhunderts und ihre Politik. Ein vaterländischer Vortrag, Staat und Volk, 1. Heft, Berlin 1919, 5. Abgedruckt auch in "Deutsche Reden", hrsg. v. J. Petersen, Leipzig 1927, 276 ff; Die politische Einstellung Roethes ergibt sich ferner aus: Deutsche Männer, Berlin 1922
2) ebd., 16 f
3) ebd., 19

Es fällt auf, daß Roethe kaum Reflexionen über den Zusammenbruch des Kaiserreiches vorträgt, sondern weitgehend in einer Kritik der Gegenwart verharrt. Dies geschieht mit wissenschaftlichem Ethos, ein weitverbreitetes Kennzeichen rechtsgerichteter politischer Agitation bei den Hochschullehrern. Es war damit zugleich eine Kritik des Parteienwesens verbunden: durch den wissenschaftlichen Anstrich sollte die eigene Überparteilichkeit untersti - chen werden. Roethes Ausführungen waren nicht eine Klage über die Revolution und deren Wirrnisse, (der Rat der Volksbeauftragten hatte die Regierung niedergelegt und in Weimar tagte die Nationalversammlung), sondern einer der frühesten Angriffe gegen die Demokratie.

Ulrich von W i l a m o w i t z - M o e l l e n d o r f f [1] versuchte in seinem Vortrag Prinzipien für den Neuaufbau von Staat und Gesellschaft zu gewinnen. Zwar stand auch er unter dem Eindruck der Revolution [2] negativ zu den Zeitverhältnissen, aber im Gegensatz zu Roethe mit einer mehr positiven Zielsetzung. Er ging in seiner Rede vom griechischen und platonischen Staatsgedanken aus und versuchte von da aus den Begriff des "Volksstaates" zu erläu-

---

1) Der bekannte klass. Philologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff wurde 1848 in Markowitz, Provinz Posen als Sohn eines adeligen Gutsbesitzers geboren und starb 1931 in Berlin. W.-M. habilitierte sich 1874, wurde 1876 Prof. in Greifswald, 1883 in Göttingen und erhielt 1897 einen Ruf nach Berlin. Vgl. M. Pohlenz: U. v. M.-M., Göttingen 1932 und W. Jaeger: Gedächtnisrede auf U. v. W.-M., Sitzungsber. d. Preuß. Akad. d. Wiss., Berlin 1932

2) "Die alte Ordnung" (Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff: Der griechische und der platonische Staatsgedanke, Staat, Recht und Volk, 3. H., Berlin 1919, 3).

tern. Wilamowitz gestand zu, daß der Sozialismus, eine Bewegung von so gewaltiger Kraft, nicht ganz der inneren Berechtigung entbehren könne, zumal er durch Männer vertreten sei, deren "nationale Gesinnung" "volle Achtung" verdiene. Es komme daher darauf an, in dieser Zeit den Blick auf die Versuche der Antike zu lenken, "die gewachsenen Formen der Gesellschaft nach den Anforderungen ihres Rechtsgefühls umzugestalten." [1] Die platonische Staatslehre sei keine Utopie, wie dies Treitschke behauptet habe. Es sei vielmehr die "athenische Demokratie, in der die volle Freiheit und Rechtsgleichheit aller Bürger Geltung hat, ohne die wir nicht leben wollen, und auf nationale Geschlossenheit, eine Voraussetzung des antiken Staates streben wir hin." [2] Ein Plädoyer für die Demokratie also? So wie Wilamowitz die antike Demokratie auffaßte, ja, aber gerade diese Auffassung enthielt eine Kritik der Gegenwart. So heißt es von Platon: "Über den Parlamentarismus mit seinen Ministern und Demagogen ohne jede Sachkenntnis hat er die volle Schale seines Hohns ausgegossen; er kannte sie, er sah sie vor sich. Er sah auch in dem Verfalle Athens die Folgen der Gleichsetzung der Ungleichen, und wenn er daran festhält, daß die Gesellschaft immer nur eine Minderzahl enthalten wird, die zu wirklich wissenschaftlichem Denken befähigt sind." [3] Am Königtum habe Platon nicht gerüttelt: "Der Erfolg ist, daß er den König durch Gesetze bindet und den Staatsmann neben ihn stellt. Was ergibt sich also als die praktisch empfohlene Staatsform? Die konstitutionelle Monarchie: sie wird Freiheit und Eintracht am sichersten schaffen und schützen." [4] Das war freilich eine Absage an die

---

1) ebd., 3 f
2) ebd., 6
3) ebd., 24
4) ebd., 23

republikanische Staatsform, nicht aber an die Demokratie, die idealiter grundsätzlich anerkannt wurde. Von deutschnationaler Seite ist das bemerkenswert.

Der Kirchenhistoriker Karl H o l l und der Jurist Wilhelm K a h l beleuchteten in ihren Vorträgen besonders das Verhältnis von Staat und Kirche, während Otto von G i e r k e über Staat und Recht referierte und den von ihm vertretenen "germanischen Staatsgedanken" anbot. Karl Holl würdigte den idealistischen Schwung, den er in der Revolution da und dort neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen vermeinte. Der Idealismus müsse aber religiös überhöht werden durch die Kirche, denn sie sei "tatsächlich die unumgängliche Lebensform für den höchsten Idealismus. Sollen wir als Volk wiedererstehen, so müßte sie vor allem unter uns wiedererstehen. Denn unsere Zukunft hängt davon ab, ob die Religion in unserem Volk wieder eine Macht wird. Aber Religion gibt es nicht ohne Gemeinschaft, ohne eine geordnete und von ihren Gliedern hochgehaltene Gemeinschaft. Und ohne Religion ist wiederum der Idealismus nicht denkbar, auf dessen Höhe uns Luther gestellt hat." [1] Karl Holl stand wie Wilhelm Kahl der Frage der Trennung von Staat und Kirche aufgeschlossen gegenüber. Luther habe es "verschuldet", daß die Kirche unter das landesherrliche Regiment kam, [2] führte Karl Holl aus und Wilhelm Kahl betonte, daß sich die künftige evangelische Kirchenverfassung auf der Gemeinde aufbauen müsse. [3]

---

1) Karl Holl: Luther und Calvin, Staat und Volk, 2. Heft, Berlin 1919, 19 f
2) ebd., 17
3) Wilhelm Kahl: Die deutsche Kirche im deutschen Staat, Staat und Volk, 4. H., Berlin 1919, 16. Wilhelm Kahl (1849-1932), Prof. für evang. Kirchenrecht, Staatsrecht und Strafrecht. Seine wissenschaftliche Laufbahn führte von Rostock (1879), Erlangen (1883), Bonn (1888) nach Berlin (1895). Kahl war Abg. der deutschen Volkspartei im Reichstag (vgl. Anhang Nr. III/IV S. 425f), Vorsitzender des Rechtsausschusses des Reichstags. Er genoß überparteiliches Ansehen. Er war maßgeblich an den Beratungen über die Strafrechtsreform beteiligt.

Wilhelm Kahl war als Abgeordneter der DVP von Anfang an kein Gegner der Republik; und so begann er seinen Vortrag mit den Worten: "Trotz aller Bergeslast vaterländischer Sorge durchziehen Osterglaube, Auferstehungshoffnung, Frühlingsgedanken Herz und Gemüt." [1] Bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche legte er in einem historischen Überblick dar, daß die letztendliche Trennung beider Institutionen ein "geschichtliches Gesetz" sei. Aber nach den deutschen Verhältnissen könne es eine "absolute Scheidung ... nicht geben", lediglich "Staatsaufsicht und Staatsschutz" müßten entfallen: "Tritt nicht Unerwartetes, noch Schlimmeres, d. h. der allgemeine Umsturz ein, so steht eine eigentliche Trennung der deutschen Kirche vom deutschen Staate nicht unmittelbar bevor. Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung hat nach ernsten und ehrlichen Auseinandersetzungen vom 31. März bis 3. April d. J. vorläufige Beschlüsse gefaßt, die die Lösung von Staat und Kirche noch weiter fortsetzen, eine äußerste Trennung beider aber nicht fordern. Insbesondere bleiben die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts bestehen. Sie behalten das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder." [2] Damit vertrat Kahl eine ähnliche Position wie sein katholischer Kollege Joseph Mausbach. Auch das spezifisch evangelische Problem der Beseitigung des landesherrlichen Kirchenregiments sah Kahl optimistisch, da es für den Protestantismus keine Lebensfrage sei, zumal auch konservative kirchliche Kreise diese Beseitigung gefordert hätten. Nur daß "die Beseitigung so geschehen mußte, wie sie geschah, bleibt der nie zu verwindende Schmerz." Aber dennoch schließt Kahl mit den Worten: "Mit dieser Osterhoffnung für die deutsche Kirche im deutschen Staat treten wir gefestigt und getröstet über die Schwelle der neuen dunklen Zeit!" [3]

---

1) ebd., 3; vgl. auch Anhang Nr. III S. 425.
2) Die letzten Zitate ebd., 12 f
3) ebd., 15 f

Das Bild, das sich aus den Ostervorträgen der fünf Berliner Universitätslehrer bisher ergibt, ist trotz ihres parteipolitischen Standortes auf der Rechten, kein einheitliches. Es handelt sich nicht mehr um den unmittelbaren Eindruck, den die Revolution bei ihnen hinterlassen hat, sondern bereits um reflektierte Stellungnahmen. Roethe ist dabei vielleicht der schärfste Kritiker der Gegenwart, indem er eine polemische Stellung zu ihr einnimmt. Im übrigen aber ist die positive Zielsetzung vom wissenschaftlichen Fachgebiet her deutlich, von Restauration der Vergangenheit ist nirgends die Rede.
Am meisten wirkte wohl bei Otto von G i e r k e das Revolutionserlebnis nach, wenn er ausführt: "In Trümmern liegt der stolze Bau des deutschen Staates, in dem unser deutsches Volk bis vor kurzem die unzerstörbar leibliche Verkörperung seiner Seele zu besitzen glaubte. Jenes Staates, der Deutschland zum Gipfel seiner äußeren Macht führte, durch sein unvergleichliches Heer, der furchtbaren Übermacht der Feinde im Weltkriege siegreich (sic!) widerstand, unseren wachsenden Wohlstand behütete und uns in gesundem Ebenmaß Freiheit und Ordnung gewährleistete. Wer mit allen Fasern seines Wesens an Kaiser und Reich gehangen, wer bewußt unsere Heroenzeit durchlebt, wer gleich mir in seiner Kindheit den Frühlingssturm von 1848 und die Rückkehr des Bundestagselends geschaut, in seinem Mannes- und Greisenalter seine ganze Lebensarbeit dem wiedergeborenen deutschen Recht gewidmet hat, - der möchte immer noch meinen, es könne ja nicht sein, ihn ängstige nur ein wüster Traum. Aber ach! Der Zusammenbruch deutscher Herrlichkeit ist grauenvolle Wirklichkeit. ... Wir Überlebenden, die wir tief erschüttert am Grabe unserer Hoffnungen stehen, wollen uns durch die Tragik des zermalmenden Schicksals den Glauben an den unersetzlichen Wert der Schöpfung unserer Väter nicht rauben lassen. Wir müssen versuchen, das Unbegreifliche zu begreifen, um es mit Fassung zu tragen. Was am schwersten auf uns lastet, ist nicht der Untergang unserer Größe, unserer Macht , unseres Wohlstandes. Schwerer bedrückt uns die in unserem nationalen

Unglück offenbar gewordene Erschlaffung der deutschen Seele. Der Verzicht auf den letzten Entscheidungskampf! Die bedingungslose Kapitulation! Der Abfall der Massen vom Gedanken des Vaterlandes! Das Übermaß von Ehrvergessenheit, Untreue und Rechtsverachtung! Die schmachvolle Verleugnung der einstigen nationalen Begeisterung und die Erniedrigung vor dem Feinde durch ein lügenhaftes Bekenntnis uns angedichteter eigner Schuld! Keine künftige Geschichtsschreibung wird die lebende Generation von dem Makel unwürdiger Haltung in dem größten Unglück, das Deutschland betroffen hat, rein waschen." [1]

In dem Streit über die Zukunftsgedanken von Staat und Recht der verschiedensten Richtungen: Demokratie, Pazifismus und Sozialismus, erhob Gierke hier von seiner wissenschaftlichen Position aus seine Stimme. Der Neuaufbau der staatlichen Ordnung müsse aus dem deutschen Volkstum und seinem Staatsgedanken erwachsen: "Sollen wir denn wirklich bei dem Neubau unseres Staates wieder, wie schon oft, uns von fremden Gedanken überfluten lassen? " [2] Anders drohe der nationale Zerfall: "Aber immer war es nur die Wiederbesinnung auf unser Germanentum, die uns vor dem nationalen Zerfall rettete und uns zu neuer Blüte erhob. Auch unsere Hoffnung auf Überwindung der furchtbaren Katastrophe, die uns jetzt mit Vernichtung bedroht, kann sich allein auf

---

1) Otto von Gierke: Der germanische Staatsgedanke, Staat und Volk, 5. Heft, Berlin 1919, 3 f
Otto von Gierke (1841.1921) war führender Deutschrechtler seiner Zeit. Er habilitierte sich 1867 und lehrte deutsches Recht in Berlin, wurde 1872 Prof. in Breslau und erhielt 1887 einen Ruf nach Berlin auf den Lehrstuhl für Rechtsgeschichte, Handelsrecht, bürgerliches und Staatsrecht. Über sein Verhältnis zur DNVP vgl. Anhang Nr. XXI S. 465f

2) ebd., 5

die Möglichkeit einer nationalen Wiedergeburt gründen. Nur die verjüngte Erneuerung des deutschen Wesens kann unser Volkstum wieder aufrichten. Dazu ist aber nur dann eine Aussicht vorhanden, wenn wir unser germanisches Erbteil treu bewahren. Und dies gilt, wie für unsere gesamte Kultur, auch für den germanischen Staatsgedanken." [1] Zwar solle der künftige Staat demokratisch, ein "Volksstaat", als "organisch aufgebautes Gemeinwesen" werden, so führte Gierke aus, aber "was immer in unseren Kräften steht, wollen wir tun, um seine (sc. des Staates) Auslieferung an die jeweilige ungegliederte Masse oder an eine an Kopfzahl überwiegende Klasse zu verhüten." [2] Der künftige Staat solle sozial aber nicht sozialistisch sein, da sonst die Freiheit des Individuums ausgetilgt werde. Dies sei im Interesse des Volksganzen, das nicht eine Stimme von Idividuen, sondern eine "Lebenseinheit" sei.

Mit seinen Ideen vom "germanischen Gemeinwesen" war aber auch Gierke ein Revolutionär, denn auch der Hohenzollernstaat entsprach dieser Konzeption nicht. Und so hat Gierke an diesem Staat die Auswüchse des Kapitalismus auszusetzen, die "dem bis zur Vernichtungswut gesteigerten Haß des Arbeiterheeres ... beschert" [3] hätten. Folgerichtig ergibt sich daraus für Gierke das Ideal der sozialen Monarchie, die "Verbindung von Königsherrschaft und Volksfreiheit", [4]

---

1) ebd., 6
2) ebd., 26; die von Gierke positiv verkündete Gegenposition lautet: "So gehörte es zum Wesen des germanischen Staats, daß er seiner Grundlage nach Genossenschaft, seiner Betätigungsform nach Herrschaft oder, um moderne Schlagworte zu gebrauchen, gleichzeitig Volksstaat und Obrigkeitsstaat war." (ebd., 7)
3) ebd., 26; an anderer Stelle heißt es: "Gewiß! Ein germanischer Volksstaat war dieser Hohenzollernstaat nicht."(27)
4) ebd., 7

die dazu befähigt sei, die Versöhnung der Interessengegensätze herbeizuführen und die Volksgemeinschaft zu schaffen. Vor 1918 waren dies durchaus realistische Pläne für einen Umbau des Reichs, zumal das Kriegserlebnis der Zeitgenossen von 1914 dem Gedanken des sozialen Königtums entsprach, [1] aber im Oktober 1918 mit der Parlamentarisierung des Reichs zu spät Wirklichkeit wurde, freilich nicht im genossenschaftlichen Sinne Gierkes, sondern im parlamentarisch-demokratischen.

Der hier ausführlich referierte Vortrag von Gierke ist deshalb bemerkenswert, weil er als sein eigener Interpret auftritt und seine Gedanken in popularisierter Form als politisches Programm anbietet. Zweifellos ist die staatsrechtliche Richtung Gierkes für das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik von großer Bedeutung geworden. Othmar S p a n n in Wien hat das genossenschaftliche Prinzip Gierkes zum System eines "organischen Universalismus" weiterentwickelt. Otto von Gierke selbst ist 1921 gestorben und war am politischen Kampf der Weimarer Zeit nicht mehr beteiligt. In diesem Vortrag vom Frühjahr 1919 legte er die Grundgedanken seines wissenschaftlichen und politischen Standortes dar.

Im Frühjahr 1919 war noch nichts entschieden. Die Weimarer Verfassung war noch nicht verabschiedet und der Versailler Friedensvertrag noch nicht unterzeichnet. Der Kapp-Putsch sowie die Reichstagswahlen vom Juni 1920 mit ihrem Rechtsrutsch standen noch bevor. In dieser Situation glaubten auch rechtsgerichtete Kreise noch positiven Einfluß ausüben zu können. Das änderte sich, als die Verfassung in ihrer vorliegenden Form verabschiedet und der Friedensvertrag unterzeichnet war. Die Enttäuschung darüber ließ ihnen nur noch die radikale Opposition.

1) vgl. ebd., 22: "Und unaufhaltsam erwies sich zuletzt die geistige Bewegung, die zur Umwandlung der absoluten Monarchie in die Konstitutionelle Monarchie führte und damit die Versöhnung der geschichtlich ererbten Obrigkeit mit der volksmäßigen Grundlage des genossenschaftlichen Gemeinwesens besiegelte."

C) D e r W e g d e s E i n z e l n e n

I. DIE "SOZIALISTEN"

a) Karl B a l l o d

Die Sozialisten waren unter den Hochschullehrern nicht sehr zahlreich. Am weitesten links scheint Karl B a l l o d[1] gestanden zu haben, der Mitglied der NSPD war. Er wurde bekannt durch ein Buch, betitelt "Der Zukunftsstatt", das 1898 erstmals unter dem Pseudonym "Atlanticus" erschien. Es war dies eine fachwissenschaftliche Abhandlung aus sozialistischer Sicht, in der B a l l o d die überlegene Produktivkraft eines sozialistischen Gemeinwesens nachzuweisen suchte. Für unser Thema wäre diese Schrift ohne Belang, wenn nicht die 2.Auflage von 1919[2] einige Bemerkungen zu aktuellen politischen Fragen enthielte. B a l l o d geht es darum, festzustellen, was mit den heutigen Mitteln unter den gegebenen Bedingungen für ein sozialistisches Gemeinwesen geleistet werden könne. Dabei wendet er sich gegen seine sozialistischen Kriktiker in der Parteizeitung "Vorwärts", die ihm entgegenhielten, daß die Sozialisierung nicht sprunghaft geschehen könne und daß in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung die kapitalistische Produktionsform noch nicht überwindbar erscheinen lasse. B a l l o d fordert demgegenüber die Sozialisierung nicht nur einzelner Großbetriebe, sondern der gesamten Volkswirtschaft: "Die Massen der Arbeiter wünschen etwas über den soz. Staat zu erfahren. Die Mehrheitssozialisten vertrösten sie auf die ferne Zukunft. Von dieser Trostlosigkeit angewidert, könnten sie sich denjenigen Führern zuwenden, die ihnen die alsbaldi-

---

1) geboren 1864, gest. 1931 in Riga. Ballod wird erwähnt bei F. Oppenheimer: Lebenserinnerungen, a.a.O., 251 ferner bei J. Asen: Verz. d. Lehrkörpers a. Univ. Berlin, Leipzig 1955 und K. Herkenbach. Das deutsche Reich, Berlin 1930 Ballod war zuerst evang. Theologe, von 1893-1895 Geistlicher im Ural, ging dann zum Studium der Staatswissenschaften nach Deutschland und wurde 1899 Privatdozent in Berlin, 1905 wurde er ord. hon. Prof. der Universität und Mitarbeiter am preußischen Statist. Landesamt, 1920 Prof. in Riga.

2) Karl Ballod: Der Zukunftstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, 2.Aufl. Stuttgart 1919.

ge oder gar sofortige Durchführung des Sozialismus versprechen."[1]

Von kollegialer Seite konnten B a l l o d s Ideen natürlich nur ablehnend aufgenommen werden. Das Buch wurde als "Staatsroman"[2] bezeichnet. In den Fragen der Agrarpolitik hat B a l l o d das Prinzip der inneren Kolonisation und Siedlung verlassen und verkündete kollektivistische Ideologien.[3] Damit aber unterschied er sich grundlegend von seinem gleichfalls sozialistischen Kollegen Franz O p p e n h e i m e r .

b) Franz O p p e n h e i m e r

Franz O p p e n h e i m e r wurde am 30. März 1864 geboren; er war jüdischer Abstammung und sich dessen ebenso bewußt wie seiner Verwurzelung in seiner Geburtsstadt Berlin und seines Deutschtums "aus natürlicher Bedingtheit".[4]

Zur Nationalökonomie gelangte Franz O p p e n h e i m e r erst verhältnismäßig spät nach seiner Tätigkeit als praktischer Arzt von 1886-1895. Seit 1890 beschäftigte er sich aber schon mit sozialpolitischen Problemen; gleichzeitig war er

---

1) Ebd. 5.

2) So Adolf Günther in einer Rezension in den ANNALEN FÜR SOZIALE POLITIK UND GESETZGEBUNG. Jg.6 (1919), 614 ff., wo es u.a. heißt:
"Heute muß mit dem erneuten Ausdruck des Bedauerns geschlossen werden, daß die Grenzlinie zwischen Wissenschaft und Utopie, zwischen Statistik und Phantasie hier so gründlich verschoben werden konnte. Man möchte, im Interesse ihres Verfassers, bei der Lektüre dieser Schrift so gerne über die gehäuften Schlagworte, Allgemeinheiten und Paradoxien hinweglesen, um bei einzelnen feingeschliffenen Beweisführungen, bei der Beherrschung eines spröden statistischen Materials zu verweilen, dessen objektive, tendenzlose Sammlung eine unbestrittene wissenschaftliche Leistung wäre. Man fragt sich: mußte der Autor Wirkungen anstreben, die so ganz außerhalb des Bildes liegen, das seine Fachgenossen von ihm hatten? Mußte, um mit Goethe auch zu schließen, 'ein großer Aufwand...vertan' werden - nicht nur an statistischen Beweismaterial?" (620).

3) Zukunftsstaat, a.a.O., 39 ff.

4) Joachim Tiburtius in der Einleitung zur Neuausgabe von Franz Oppenheimer: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. Düsseldorf 1964,7.

Mitarbeiter verschiedener Tageszeitungen und Chefredakteur der "Welt am Montag". 1909 wurde er dann Privatdozent für Nationalökonomie in Berlin, obwohl er wissenschaftlicher Antipode Gustav S c h m o l l e r s und dessen Schüler Adolf W a g n e r war. Beide hatten ihm vielmehr zur Habilitation verholfen. Adolf W a g n e r hat ihn auch später stets wohlwollend gefördert. O p p e n h e i m e r s spätere wissenschaftliche Entwicklung war schon durch seine erste größere Veröffentlichung aus dem Jahre 1896 vorgezeichnet mit dem Titel "Die Siedlungsgenossenschaft, Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage".[1] In diesem Titel ist schlagartig alles enthalten, was O p p e n h e i m e r auch in den späteren Jahrzehnten seines Lebens beschäftigen sollte: nämlich die Lösung des sozialen Elends durch Überwindung der "Bodensperre", d.h. der Beseitigung des Bodenmonopols, der Beseitigung des Großgrundbesitzes und positiv den Aufbau von Siedlungsgenossenschaften.

Mit den Siedlungsgenossenschaften hat er im Laufe seines Lebens des öfteren praktische Versuche unternommen. 1902 kam er mit dem Zionismus Theodor H e r z l s in Berührung und schloß sich der Bewegung an. Da Theodor H e r z l kein Volkswirt war, lieferte die Theorie für die Kolonisation Palästinas Franz O p p e n h e i m e r .[2] Von da ab gehörte Franz O p p e n h e i m e r noch zehn Jahre der Zionistischen Bewegung an, und hat des öfteren Studienreisen nach Pa-

---

1) Außer den hier relevanten Schriften Oppenheimers seien noch folgenden Werke von ihm genannt: Der Staat, 1907, in 4.Aufl. 1950; Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1910, 5.Aufl. 1923; System der Soziologie, 4 Bde., 1922 ff. Oppenheimers weiterer Lebensweg führte 1919 nach Frankfurt, wohin er auf den Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie berufen wurde. 1929 trat er in den Ruhestand und übersiedelte auf sein Versuchs-Siedlungsgut Lüdershof. 1934/35 war er in Palästina tätig und 1938 mußte er über Japan in die Vereinigten Staaten emigrieren, wo er in Los Angeles am 30.9.1943 starb.

2) Vgl. dazu den Vortrag "Der Aufbau einer jüdischen Genossenschaftssiedlung in Palästina" auf dem VI. Zionistenkongreß in Basel am 26.8.1903, abgedr. in: Erlebtes etc., a.a.O., 281 ff.

lästina unternommen.

O p p e n h e i m e r s volkswirtschaftliches System kann am treffendsten als "Liberalsozialismus" bezeichnet werden, eine geistige Schöpfung, die er selbst entwickelt hat, ohne eigentlich eine Schule begründet zu haben. Marxist war er nur insofern, als auch für ihn die klassenlose Gesellschaft das Endziel darstellte. In den Mitteln unterschied er sich jedoch ganz erheblich vom herkömmlichen Marxismus. O p p e n h e i m e r s Theorie war somit ein Sozialismus ganz individueller Prägung. Mit der Parteidoktrin der Sozialdemokratie hatte er nichts zu schaffen.

Für O p p e n h e i m e r s politischen Standort vor dem Kriege ist die folgenden Episode charakteristisch, die er in seinen Lebenserinnerungen erzählte:
"Ein kleines Ereignis aus dem Dozentenzimmer möchte ich doch hier schildern. Ich las vormittags von elf an und traf regelmäßig mit den berühmten alten Herren G i e r k e , K o h l e r B r u n n e r , L a s s o n und anderen zusammen, hielt mich natürlich, sozusagen als Unteroffizier gegenüber diesen hohen Offizieren der Wissenschaft, sehr bescheidentlich zurück und wurde auch im allgemeinen nicht ins Gespräch gezogen. Aber einmal wandte sich G i e r k e doch an mich, als ich einem erregten Gespräch über Verfassungsfragen beigewohnt hatte, und fragte etwas ironisch: "Nun, Herr Kollege O p p e n h e i m e r , wie denken Sie denn über diese Sache?" Ich erwiderte: "Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden, Exzellenz". Er, sehr erstaunt: "Sie sind mit mir einverstanden?" Und ich wieder: "Durchaus! Auch ich bin der Meinung, daß man den Besitzlosen kein politischen Rechte geben darf. Nur ziehe ich aus dieser Voraussetzung wahrscheinlich einen anderen Schluß als die Herren, nämlich den, daß man den Besitzlosen Besitz geben muß, um ihnen politische Rechte ohne Schaden geben zu können." Es gab sehr lange Gesichter; dieser Gesichtspunkt schien etwas neu zu sein. Und dann - läutete es zum Beginn der Vorlesung."[1]

---

1) Erlebtes, etc., a.a.O., 209.

Franz O p p e n h e i m e r war ein outsider, dessen ökonomische Theorie in Fachkreisen keine Anerkennung fand, ja er hatte in Max S e r i n g an der Berliner Universität seinen schärfsten wissenschaftlichen Gegner gefunden. In der praktischen Erprobung seiner Genossenschaftslehre blieb er auf eigene Initiative angewiesen, ohne je staatlich unterstützt worden zu sein, auch nicht nach der Revolution von 1918,[1] wo seine Ideen gleichfalls keine praktische Verwirklichung fanden. Lediglich durch seine Verbindung zu Philipp S c h e i d e m a n n im Oktober 1918 bewirkte, daß seine volkswirtschaftlichen Vorschläge als Grundlage für den grossen Armeebefehl des Generalfeldmarschalls von H i n d e n b u r g vom 24. Oktober dienten. Zur moralischen Stärkung von Heer und Heimat-Volk sah der Entwurf vor, den heimkehrenden Soldaten ausreichenden Grundbesitz zu überlassen.[2] O p p e n h e i m e r s Hoffnung durch das gleiche Mittel (Verhinderung der Landflucht) das Chaos der Revolution in geordnete Bahnen zu leiten, erfüllte sich nicht.

Franz O p p e n h e i m e r bot seit der Revolution seine Doktrin immer wieder in eindringlicher Weise als Rezept an. Er glaubte felsenfest daran, daß er die "Heilung" der Zeit bewirken konnte. Schon die Titel seiner Broschüren und Aufsätze lassen etwas von der Eindringlichkeit spüren, mit der er seine Gedanken empfahl. Sie sind ihm die "Soziale Forderung der Stunde",[3] oder gar der "Ausweg"[4] aus den Notfragen der Zeit. Und so klingt es geradezu beschwörend, wenn sich O p p e n h e i m e r mit folgenden Worten an die Öffentlich-

---

1) Ein Ph. Scheidemann vorgelegter Plan zur Aufteilung des Großgrundbesitzes an das Proletariat wurde im Ausschuß von dem Freikonservativen Max Sering, Kapp u. a. zu Fall gebracht. (vgl. Lebenserinnerungen, a. a. O., 240 ff)

2) Vgl. ebd., 239.

3) In: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 29, Bd.II (Dezember) (1918), 1506 ff. Als Broschüre: Die soziale Forderung der Stunde. Gedanken und Vorschläge, Leipzig 1919.

4) Der Ausweg. Notfragen der Zeit, 2. Aufl. Jena 1919.

keit wandte:
"Da ist es Pflicht eines jeden, der etwas zu sagen hat, zu reden und im Notfall zu schreien. Und so wage ich es denn auf den "Phantasten" und, wenn es sein muß, sogar auf den "Charlatan" hin. Und sage ernstlich: dieses Buch zeigt den Weg zwischen Skylla und Charybdis zu dem gelobten Lande der Freiheit und Gleichheit. Es bringt die Lösung der uralten Schicksalsfrage, bringt die wichtigste Entdeckung aller Zeiten, viel, viel wichtiger als die Heilung des Krebses und der Schwindsucht, als die endgültige Eroberung der Luft...
Hört mich an, ihr Führer der öffentlichen Meinung, ihr Männer, denen das Volk vertraut, ihr, auf deren Schultern die entsetzliche Verantwortung liegt! Es handelt sich heute nicht mehr um theoretische Entscheidungen für einen kleinen Kreis, nicht mehr um Angelegenheiten der wissenschaftlichen Zunft, nicht mehr um den Ehrgeiz von Literaten: es geht um das Ganze der Völker, um ihre Kultur, soviel der Weltkrieg davon übrig gelassen hat, ja um ihr n a c k t e s Leben. Wenn meine Gedanken die Feuerprobe vorurteilsloser Kritik bestehen, könnt ihr, ihr allein, vielleicht noch die grauenhafteste Katastrophe abwenden, die jemals die Menschheit heimgesucht hat. I n e u e r G e w i s s e n s c h i e b e i c h d i e E n t s c h e i d u n g ." [1)]

In all seinen Flugschriften und Aufsätzen kehrt O p p e n h e i m e r s Grundthema stets wieder, das sich auf einen einzigen Punkt reduzieren läßt: die Ausschaltung des Großgrundbesitzes aus dem Organismus der Volkswirtschaft. Diese eine Maßnahme sollte nach O p p e n h e i m e r in Deutschland Sozialismus und Demokratie, Gleichheit und Freiheit zugleich bewirken. Sein Gedankengang war folgender: "Kein Zweifel, daß alle unsere Nöte aus einer zentralen Wurzel stammen: aus dem Mehrwert - dem arbeitslosen Einkommen: Profit und Grundrente. Dieses eine und einzige Problem schließt alle

---

1) Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Jena 1919, im Vorwort III ff. (Pfingsten 1919).

übrigen Fragen unserer Gegenwart ein: die der Wirtschaftspolitik und der Staatspolitik, der inneren und der äußeren. Denn mit dem Mehrwert verschwinden die Klassen, und mit dem Klassenverhältnis all die Reibungsoberflächen, an denen sich der Kampf der Klassen im Inneren der Staaten und zwischen den leitenden Klassen der verschiedenen Staaten immer wieder aufs neue entzündet hat, bis zu der ungeheueren Katastrophe, in der wir jetzt stehen."[1] In der Forderung nach der Beseitigung des Mehrwerts war O p p e n h e i m e r zweifellos Marxist. Mit der Beseitigung des Bodenmonopols sollte laut O p p e n h e i m e r auch der Mehrwert verschwinden:

"Und darum sage ich: es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, es gebe nur einen Weg zum Sozialismus, der von allem Mehrwert erlösten, klassenlosen Gesellschaft der Gleichen und Freien: den Weg über die Ausschaltung des Marktes und der Konkurrenz. Ich will hier nicht fragen, ob dieser Weg überhaupt zum Ziele führen kann, aber ich behaupte, daß es einen anderen Weg gibt, den der Herstellung der freien, der endlich wirklich freien Konkurrenz durch Beseitigung des klassenbildenden Monopols der Bodensperrung. Und ich behaupte und glaube, bewiesen zu haben, daß dieser Weg schneller, sanfter, leichter, gnädiger zum Ziele führt, zu höherem Reichtum und zu höherem Glück; denn er führt auch zur vollen Freiheit, dem Lebenselement der Persönlichkeit.

Liberalismus und Sozialismus, die Gefäße der beiden großen Kulturgedanken: Freiheit und Gleichheit sind nicht unvereinbar, wie der Kollektivismus glaubt, weil er die beschränkte Konkurrenz unter dem Monopolverhältnis für die freie Konkurrenz anschaut. Die uralte Antithese, das schwerste Dillemma der Menschheit, ist der Synthese fähig, ist versöhnbar. Wahrer Liberalismus und Sozialismus sind eines und dasselbe, die Freiheit und Gleichheit besitzen zu können; und noch nie, so scheint mir, kam eine neue Wahrheit so zur Zeit wie jetzt. Sie allein kann es vielleicht verhüten, daß unser armes Europa ganz und gar in Trümmer sinke."

---

1) Die soziale Forderung der Stunde, DIE NEUE RUNDSCHAU, 1918, 1506.

2) Ebd., 1519.

Durch die Beseitigung der Bodenmonopole sollte nach O p p e n - h e i m e r die "Freie Konkurrenz" möglich werden, die der Großgrundbesitz verhindert habe. Und hier unterscheidet er sich wieder grundlegend vom Marxismus, ja er wird hier geradezu antimarxistisch, wo er sich gegen die Diktatur des Proletariates und die Abschaffung des freien Marktes wendet: "Das Ziel.... glauben die meisten Sozialisten nicht anders erreichbar als durch die Abschaffung oder - die wahren Marxisten unter ihnen - durch das Verschwinden des Marktes mit seiner freien Konkurrenz, die nach ihrer Auffassung zur krassen Ungleichheit führen muß. Und darum wird ihnen unbewußt das Zwischenziel zum Endziel, das Mittel zum Zweck, weil sie es für das einzige mögliche Mittel halten. Wenn man beweisen kann, daß die von allem Mehrwert erlöste Gesellschaft der Gleichheit, Freiheit und Brüderschaft auf einem anderen Wege erreicht werden kann, hat niemand an der marktlosen Wirtschaft mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, am Kollektivismus also, das geringste Interesse mehr.[1] Dies war freilich auch der wundeste Punkt in O p p e n h e i m e r s Argumentation, denn es mag dahingestellt bleiben, ob seine Vision vom liberalen Sozialismus unter Beibehaltung des Marktes wirklich lediglich an die Maßregel der Enteignung des Großgrundbesitzes zu knüpfen war.[2]

---

1) Der Ausweg, a.a.O., 9.

2) Vgl. dazu eine Rezension des Büchleins "Die Soziale Forderung der Stunde" in ANNALEN F.SOZIALE POLITIK u. GESETZGEBUNG Jg.6 (1919) 403 ff. (Conrad Schmidt):
"Bei einer der privaten Initiative überlassenen Warenproduktion in der Gesellschaft muß nach wie vor, ganz unabhängig von allen derartigen Verschiebungen, der Geldgewinn von Unternehmungen tendentiell je nach der Größe der in den Unternehmungen angelegten Vermögen variieren und so im allgemeinen den Charakter eines Kapitaleinkommens beibehalten, und muß weiter der Bedarf nach Geldvermögen zur gewinnbringenden Verwendung in Unternehmungen eine sich ständig erneuernde Nachfrage nach Leihkapital gegen Angebot der Verzinsung (die einfachste und reinste Form des arbeitslosen Einkommens) garantieren." (406).

Die Enteignung des Großgrundbesitzes dachte sich O p p e n - h e i m e r in sanfter Weise: "Es werden sofort 2 Millionen Hektar Ackerland aus Großgrundbesitz freigegeben beziehungsweise expropriiert. Und zwar gegen volle Entschädigung, um keine unnützen Widerstände wachzurufen."[1] Daneben empfahl er fürs erste die sog. "Anteilswirtschaft": "sie erschüttert die landwirtschaftliche Erzeugung auch nicht einen Augenblick, da der bestehende Wirtschaftsplan nicht im mindesten gestört wird: ja sie verspricht, die Erzeugung sofort beträchtlich zu vermehren. Sie läßt auch die Besitzverhältnisse samt den Hypotheken unberührt, droht auch nicht von fern mit Enteignung, erschüttert also das Vertrauen der Landwirte auf die Stabilität der Verhältnisse nicht, und sie gibt schließlich auch dem vermögenslosen Bauern und Landarbeiter die Möglichkeit sofortiger praktischer lohnender Arbeit und schnellen Aufstiegs zur Selbständigkeit, ja, erlaubt, Industriearbeiter anzuschulen und auszubilden. Diese Methode ist die A n t e i l s w i r t s c h a f t. ich empfehle sie dem Reich und den Einzelstaaten zur Anwendung auf ihren Domänen und auf einem Teil der von ihnen jetzt zum Zwecke der Agrarreform zu erwerbenden Großgüter. Aber ich empfehle sie nicht minder den P r i v a t b e s i t z e r n . Es scheint mir, als ob sich ihnen hier ein Weg öffnete, um sich aus einer wahrscheinlich unhaltbar gewordenen Stellung zu retten." [2] Durch die Ersetzung des Lohnarbeiterverhältnisses durch ein Partnerverhältnis erhoffte er sich größere Rentabilität: Das eine ist nämlich völlig klar, daß so stark gewinnbeteiligte Arbeiter nicht schlechter arbeiten werden als uninteressierte Lohnarbeiter. Wer die Psychologie des wirtschaftenden Menschen kennt, wird im Gegenteil auch ohne Beweis zu der Überzeugung neigen, daß sie viel besser arbeiten werden.[3]

---

1) Die soziale Forderung der Stunde, a.a.O., 1508.

2) Der Ausweg, a.a.O., 58 f.

3) Ebd., 68.

Auf dem Geldmarkt, im Bank- und Börsenwesen, in Handel und Verkehr gedachte O p p e n h e i m e r nichts zu ändern, zumal ja auch der Markt und die freie Konkurrenz bestehen bleiben sollten. O p p e n h e i m e r gedachte also die Gesellschaftsordnung zu belassen wie sie war, aber dennoch sollte sie am Ende sozialisiert (vom Mehrwert befreit) aussehen. In diesem System fehlt bisher nur noch der Faktor Industriekapitalismus, dem er folgenden Platz zuwies: "Wie aber steht es mit ... dem Fabrikfeudalismus? Das absolute Angebot von Arbeitskraft auf dem Markte der Dienste sinkt durch den Abfluß der beiden Ströme, die wir bezeichnet haben. Im Verhältnis zu den Bedingungen der früheren Friedenszeit sinkt das relative Angebot noch viel stärker: denn es findet kein Zufluß von Landproletariern mehr zu den städtischen Arbeitsmärkten statt; die Lohndrücker bleiben aus, an denen sich der Kapitalismus bisher gemästet hat. ... Der Kuchen der nationalen Produktion ist viel größer geworden, und der Arbeiter erhält vom viel größeren Kuchen einen viel größeren Teil. Da mag er es den aussterbenden Kapitalisten gönnen, wenn ihr viel kleinerer relativer Anteil absolut noch so groß ist wie zuvor. ... Das ist die frohe Botschaft: durch die Freiheit zur Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit." O p p e n h e i m e r ist mit seinen Forderungen niemals durchgedrungen und bleib ein Außenseiter. Er kann daher keineswegs als repräsentativ für irgendeine Gruppe gelten, da seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen nirgends dem Geist der Zeit entsprachen und zwar, wie er selbst erkannte, aus folgenden Gründen: sein System ist eine Synthese aus Liberalismus und Sozialismus: Es ist Sozialismus; denn es will ja auf einen Zustand der Gleichheit hinaus: darum war es der bürgerlichen Kritik ein Greuel. Und es ist gleichzeitig dennoch Liberalismus; denn sein Mittel ist die 'freie', die wirklich freie Konkurrenz: darum war es den Sozialisten ein Dorn im Auge. Und die Extreme beherrschen ja immer die öffentliche Meinung! Das 'medio tutissimus ibis' gilt als die Ausflucht fauler Kompromißlerei.[2)]
Für den Zeitgeist wäre O p p e n h e i m e r s wirtschafts-

1) Die soziale Forderung der Stunde, a.a.O., 1511 ff.
2) Kapitalismus etc., a.a.O., Vorw., V.

politisches System ohne Belang, wenn sich darin nicht doch die Problemlage der Zeit spiegeln würde. Dabei ist es weniger die Tatsache, daß O p p e n h e i m e r die politischen Gegebenheiten der Zeit ganz persönlich als "challenge" empfunden hat,[1] sondern die verzwickte Lage der Sozialdemokratie, die O p p e n h e i m e r zu lösen gedachte, um der Revolution und dem Staat der Zukunft zum Siege zu verhelfen. Es ist dabei auch kaum von Belang, ob O p p e n h e i m e r s Lösungsvorschlag praktikabel war. Diese Frage würde lediglich die der Geschichtswissenschaft nicht angemessene (weil zu abstrakter Konstruktion führende) Fragestellung nach dem historischen Konjunktiv aufwerfen. Aber die Spiegelung der politischen Zeitprobleme des staatlichen Neuaufbaus nach dem Zusammenbruch in O p p e n h e i m e r s tagespolitischen Diskussionsbeiträgen erhellt doch die Problemlage und damit den Geist der Zeit.

Zur Lage der gespaltenen Sozialdemokratie und des radikalen Sozialismus verhielt sich O p p e n h e i m e r so:
Warum schwankt das Schiff unseres Reiches heute so furchtbar im Sturm? Warum wissen die Steuerleute keinen festen Kurs zu halten? Besteht eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel? Durchaus nicht! Alle die Männer, die heute auf den Verlauf der Revolution Einfluß haben, sind darin einig: sie erstreben den S o z i a l i s m u s . Aber über den Weg zu diesem Ziele können sie sich nicht einigen. Die Spartakus-Gruppe fordert die sofortige Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, und bis

---

1) Kapitalismus etc., a.a.O., Vorw.V.
"Die Not der Zeit ist aufs höchste gestiegen, der Manometer steht auf 99, und der Kessel wird zerspringen, wenn nicht in letzter Sekunde das Ventil weit geöffnet wird. Vielleicht hat diese grauenhafte Lage den Männern, auf die es ankommt, den Wortführern der öffentlichen Meinung, das Gewissen geschärft, vielleicht auch den Glauben an die Wahrheit ihrer eigenen Überzeugung erschüttert. Dann ist Hoffnung. Wenn nicht, so darf ich angesichts des lodernden Weltenbrandes wenigstens für mich sagen: Dixi et salvavi animam meam , und darf mich dem Glauben hingeben, daß wenigstens dem Wiederaufbau aus der Asche dienen wird, was den Zusammenbruch nicht hat hindern können.
Das ist, sub specie aeternitatis, ein Trost. Und doch ein armer Trost angesichts des Furchtbaren, das unserer Generation bevorsteht. Und darum erhebe ich noch einmal meine leider! so schwache Stimme zu feierlichster Beschwörung."

zur Durchführung dieses Riesenplanes die Diktatur des Proletariats, d.h. der Extremisten; die Regierungssozialisten ihrerseits erkennen mit Sicherheit, daß dieser Plan, wenn überhaupt, jedenfalls nicht jetzt und nicht mit einem Schlage durchgeführt werden kann, ohne die deutsche Volkswirtschaft vollkommen zu desorganisieren und uns in Hungersnot, Bürgerkrieg und feindliche Invasion zu stürzen. Sie tappen daher nach irgend einem Kompromiß zwischen der bisherigen Wirtschaft der sog. freien Konkurrenz und dem, was sie für Sozialismus halten. Und sind natürlich unter sich uneinig über das Maß der sofort notwendigen und möglichen Reformen. Darum wird geredet, statt gehandelt; die Regierungsmänner haben alle Hände voll zu tun, um den Acheron ruhig zu halten, - und wehe uns, wenn es nicht glückt! Wir stehen also wieder einmal vor dem uralten Dilemma: Wirtschaftsfreiheit oder Gemeinwirtschaft, Liberalismus oder Sozialismus? Der erste bedeutet Ungleichheit krassester Art, Übermut oben, Haß unten, bürgerliche Zwietracht, auswärtige Kriege zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien um den Weltmarkt, Not, Elend, Untergang. Der zweite bedeutet unerträglichen Zwang, Bureaukratismus, Verlust der Initiative des Einzelwirtes, daher Armut und, heute wenigstens, im entgüterten und demoralisierten Deutschland, ganz sicher ebenfalls Not, Elend und Untergang.[1] Liberalismus und Sozialismus waren für O p p e n h e i m e r Skylla und Charybdis, beide galt es zu vermeiden und doch waren sie beide notwendig. Klassenstaat und Klassenscheidung sollten verschwinden zugunsten einer demokratischen klassenlosen Gesellschaft. Die Demokratie war für ihn ein erstrebenswertes Ideal, aber nicht die Demokratie, die er realiter in seiner Zeit vorfand, sondern diejenige, die sich aus seinem volkswirtschaftlichen System ergab: Viele der Besten unserer Zeit fühlen den Glauben an die Demokratie, den beglükkenden Glauben an eine Zukunft des Glücks und der Gerechtigkeit, in sich erschüttert und leiden bitterlich darunter. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß diese Zweifel und diese Verzweiflung keinen Grund haben. Was uns heute kränkt und beleidigt, die Ausschreitungen und Übertreibungen, der laute Lärm

---

1) Der Ausweg, a.a.O., 7 f.

des Marktes und der Rednertribünen, die Pöbelhaftigkeit des Kampfes und die Niedrigkeit der nächsten Ziele, der Phrasenschwulst der Demagogen und der Schacher hinter den Kulissen der Politik - das alles sind Zeichen einer Krisis, die der Menschheit nach langer schwerer Krankheit die Heilung bringt. Lassen wir uns nicht irre machen! Am nächtlichen Sturmhimmel unserer Zeit strahlt unverrückbar durch alle Wolken hindurch ein heller Stern erster Größe, der Polarstern, nach dem wir fehllos das Schiff der Gesellschaft steuern können, den wir niemals aus den Augen verlieren sollen, - das höchste und heiligste Ideal der Menschheit, die Verwirklichung aller Gerechtigkeit, die Erfüllung des Sittengesetzes, die Befreierin, die Sättigerin, die Beglückerin, die Erheberin: die Demokratie.[1)]

O p p e n h e i m e r sah die Probleme der Zeit lediglich aus wirtschaftlicher Sicht.[2)] Die Frage der Staatsform, ob Monarchie

---

1) Demokratie, in: Soziologische Streifzüge. Ges. Reden und Aufsätze, Bd.II, München 1927, 187.

2) Diese Sicht mußte ihn naturgemäß auch zur Frage der Reparationen seine Stimme erheben lassen, was z.B. im Berliner Tageblatt geschah. Oppenheimer rechnete aus, daß nicht mehr als 10 Milliarden aus Deutschland herauszuholen seien und führte aus: "Ein böses Dilemma. Wenn ihr unsere Wirtschaft lähmt, könnt ihr ihre Früchte nicht ernten, weil sie keine trägt. Und wenn ihr sie beflügelt, könnt ihr sie auch nicht ernten, weil der Arbeiter sie erhält. Und das gleiche gilt von Bergwerken und privaten Fabrikbetrieben. Sie werden ihren Eigentümern nach dem Kriege in jedem Fall nur noch ein schmales Einkommen bringen. Gehe die Volkswirtschaft gut oder schlecht: sie werden also einem fremden Eigentümer keinesfalls mehr tragen. Rufen die wild Erregten: 'Dann wird man sie zwingen. Z w a n g s a r b e i t , bis alle Kriegskosten und -schäden abgezahlt sind!' Volkswirte der Entente, eure Meinung! Sagt euren Völkern, daß alle Sklavenarbeit sehr unwirksam und sehr wenig rentabel ist, daß man Sklaven nur die plumpsten Werkzeuge in die Hand geben kann, weil alle feineren in ihren unwilligen Händen zerbrechen; und daß eine moderne Fabrik oder Eisenbahn oder ein modernes Bergwerk das feinste aller Instrumente ist. Sagt ihnen, daß es gegen passive Resistenz und 'technische Streiks' gar kein, und gegen Sabotage nur sehr schwache Mittel gibt, daß binnen kürzester Zeit die Fabriken und Eisenbahnen altes Eisen, und die Bergwerke verfallen und ersoffen sein würden. 'Oho!' rufen die wild Erregten: 'Dann wird man die H u n g e r p e i t s c h e über ihnen schwingen. Wenn sie keinen Lohn und kein Brot mehr haben, werden sie schon zu Kreuze kriechen.' Volkswirte der

oder Republik hat ihn ebensowenig beschäftigt wie die Probleme des Parteienstaates oder die Weimarer Verfassung. Ihm ging es ausschließlich um ein neues wirtschaftliches System, das alle anderen Fragen zweitrangig erscheinen ließ. Folglich sah er den Grund allen Übels im Kapitalismus, den es zu überwinden galt: "Der einzige Schuldige dieses Krieges ist der Kapitalismus - darüber sind sich alle Denkenden einig; die Patrioten der einzelnen Länder mögen sich mit dem Gedanken trösten, daß es der fremde Kapitalismus ist, der diesen Weltbrand angelegt hat: aber grundsätzlich sind sie alle einig. Und so ist es denn auch dieser ungeheuerste aller Weltverbrecher, der die Kriegskosten zu zahlen haben wird." [1]

O p p e n h e i m e r bekannte sich mit Entschiedenheit zur Demokratie, die ihm aber die Revolution und die Weimarer Nationalversammlung nicht gebracht haben. So blieb er ein Prediger in der Wüste, ein Anhänger von Weimar wurde er nicht.
Erst nach dem 2. Weltkrieg sollte O p p e n h e i m e r s Lehre vom liberalen Sozialismus späte Früchte tragen, denn die innere Verwandtschaft zur "Freien Marktwirtschaft" ist unverkennbar, insbesondere bezüglich O p p e n h e i m e r s Konzeption der "freien Konkurrenz" als natürliches Regulativ des wirtschaftlichen Organismus, aber auch bezüglich O p p e n h e i m e r s Lehre von der "Anteilswirtschaft". Hier kann die Ähnlichkeit

---

Forts.d.Fußnote 2) von S. 136

Entente, sagt ihnen, daß sie dann für die etwa 25 Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten ein Heer von etwa fünf Millionen bis an die Zähne bewaffneter Sklavenvögte halten müßten, deren Lohn den erschundenen Reingewinn mehr als verschlingen würde, und daß jene fünf Millionen bewaffneter Sklavenvögte ihnen selbst zu Hause als Arbeiter auf das schmerzlichste fehlen würden. Der Lohn würde auf schwindelnde Höhe steigen und der Profit in den Abgrund fallen. Und ihre Gewerkschaften würden das Kapital sehr schnell erdrosseln." (An die Volkswirte der Entente. Nachdruck in Soziologische Streifzüge, etc., Bd.II, a.a.O., 286 ff., hier 288 f.).

1) Sozialismus oder Liberalismus, erstmals DIE NEUE RUNDSCHAU 1918 (Sept.), abdr. in: Soziologische Streifzüge, Bd.2, a.a.O., 114 f., hier 114.

nur gestreift werden, der Anteil der Elemente aus der O p p e n h e i m e r schen Theorie wäre im einzelnen zu untersuchen. O p p e n h e i m e r s Schüler Ludwig E r h a r d hat das Verhältnis zu O p p e n h e i m e r s Theorie wie folgt formuliert: "O p p e n h e i m e r nannte seine Lehre einen "liberalen Sozialismus". Wenn man, wie ich, im politischen Leben steht, wird man auf Herz und Nieren geprüft: Predigst du nur so oder wirkst du tatsächlich im Sinne eines liberalen Sozialismus? Nun, ich habe Adjektiv und Substantiv umgelagert - ,,, und sagte dazu, daß ein "Sozialer Liberalismus" die Akzente gewiß etwas verlagert, aber dem Prinzip, um das es geht, dennoch treu bleibt. Es ist der gleiche Geist. ...
Das erste, was ich aufgegriffen habe, war der entschiedene Kampf gegen Monopole und gegen die mannigfachen wettbewerbshemmenden und verfälschenden Bindungen, die menschliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten schaffen. Aus dieser Haltung heraus wurde das deutsche Kartellgesetz oder besser gesagt Antikartellgesetz geprägt." [1]

c) Johann P l e n g e

Der Begriff "Sozialismus" hatte in der wissenschaftlichen Theorie verschiedener Professoren einen vom traditionellen Sinne des Wortes und der sozialdemokratischen Doktrin erheblich abweichenden Inhalt.[2]

Ähnlich wie Franz O p p e n h e i m e r , wenn auch in anderem Sinne vertrat auch Johann P l e n g e [3] einen Sozialismus

---

1) Geleitwort zu F.Oppenheimer: Erlebtes, etc.

2) Vgl. Robert Wilbrandt: Sozialismus, 2.Aufl., Jena 1921, V; sowie Ders.: Die Entwicklungslinie des Sozialismus (Wissenschaft u. Bildung. H. 214), Leipzig 1925, 135 f.

3) Über Plenges Gedankenwelt orientiert neuerdings die von Hanns Linhardt besorgte Edition der Schriften Johann Plenges (Auswahl) "Cogito ergo sumus", Berlin 1964, 201 pp.

ganz individueller Prägung. Johann P l e n g e wurde am 7. Juni 1874 geboren. Er habilitierte sich 1903 in Leipzig bei Karl B ü c h e r , dem Begründer der Zeitungswissenschaft. 1910 steig er in Leipzig zum a.o. Prof. auf und erhielt 1913 ein Ordinariat in Münster, wo er das Institut für Organisationslehre und Soziologie begründete, das er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1935 leitete. Gerade bei P l e n g e ist das Denken deutlich von der Zeit diktiert und so ist sein "Sozialismus" auf dem Hintergrund seines Kriegserlebnisses erwachsen. Er war der Verkünder der "Ideen von 1914", mit denen der schwedische Geopolitiker Rudolf K j e l l é n [1] 1915 dem Kriegsausbruch eine geistige Weihe gab. Was war der Inhalt der "Ideen von 1914"? K j e l l é n führte sie auf K a n t zurück. Die Schrift K j e l l é n s hat P l e n g e den äußeren Anlaß gegeben, sich seinerseits mit der Frage zu befassen, ob das Jahr 1914 besondere Gedanken hervorgebracht habe, die in der voraufgegangenen Zeit (19. Jahrhundert) angelegt gewesen, sich aber bei Kriegsausbruch verdichtet und explossionsartig zum Vorschein gekommen seien. P l e n g e bejaht dies und sieht in den "Ideen von 1914" einen Triumph H e g e l s . Der Gedankenkomplex, den er in der Erhebung von 1914 zum Ausdruck gelangen sieht, läßt ihn "1789 und 1914" vergleichen.[2]

Den "Ideen von 1914"[3] haftet ein irrationaler Zug an, den der Gefühlsausbruch bei Weltkriegsbeginn mit sich gebracht hatte. In ihrer negativen Definition waren sie antiliberal und anti-

---

1) Rudolf Kjellén: Die Ideen von 1914, Eine weltgeschichtliche Perspektive, Leipzig 1915.

2) Johann Plenge: 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916. Vgl. auch: Der Krieg und die Volkswirtschaft, Münster 1915.
Die "Ideen von 1914" wurden z.B. auch von Ernst Troeltsch aufgegriffen: "Die Ideen von 1914" in: Deutscher Geist und Westeuropa, hrsg. v. Hans Baron, Tübingen, 1925, 35 ff. Ferner gehörten zu den Interpreten Max Scheler: Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg, Leipzig 1915. Aber auch Friedrich Meinecke ist zu nennen: Die deutsche Erhebung, 2.-5.Aufl., Stuttgart-Berlin 1914 und Werner Sombart: Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München-Leipzig 1915.

3) An neueren Darstellungen zu diesem Phänomen vgl. F.Fischer: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, 178 f.; H.Lübbe:

westlich (1789!), während ihre positive Seite die Verkündung der Freiheit in einem spezifisch deutschen Staatsgedanken gegenüberstellte. Johann P l e n g e empfand den Krieg von 1914 als eine Kampfansage gegen die "zerstörende Befreiung des 18. Jahrhunderts".[1)]

Damit war der Krieg auch ideologisch gerechtfertigt. Zugleich wird auch der nationale Charakter der Interpretation der "Ideen von 1914" durch den sich selbst als Sozialisten bezeichnenden Johann P l e n g e offenbar. Dieser Umstand wird noch belegt durch die Akklamation der Plengeschen Ideen des rechtsgerichteten Historikers Georg von B e l o w . Hatte P l e n g e die Reduktion der "Ideen von 1914" von K a n t auf H e g e l verlagert, so ging B e l o w noch einen Schritt weiter und machte darüberhinaus noch Heinrich von T r e i t s c h k e namhaft und so gipfelte der deutsche Staatsgedanke für ihn bei B i s m a r c k : "Will man in zusammenfassender Formel angeben, welcher Gedankenkomplex in der Erhebung und Bewegung von 1914 zu einem klassischen Ausdruck gelangt ist, so wird man am richtigsten die historisch-politische Ideenwelt nennen, die seit der Neuorientierung der Bismarckschen Politik in den Jahren 1878-79 hervorgetreten ist.[2)]

Das Kriegserlebnis aber, das P l e n g e s "Sozialismus" am nachhaltigsten beeinflußte, war das Bewußtsein der nationalen Solidarität, d.h. die ideologische Durchdringung des "Burgfriedens"[3)]. Dies ist auch der Punkt, worin sich der Neuhegelianer

---

Forts.d.Fußnote 3) von S. 139

Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel-Stuttgart 1963, 178 ff. sowie K.Schwabe: Die deutschen Professoren etc. (Diss.), 34 ff.

1) Der Krieg und die Volkswirtschaft, a.a.O., 171.

2) Rezension Plenge: 1789 und 1914 etc., in: Jahrb.f.Nationalökonomie und Statistik, Hrsg. L. Elster, Bd.107 (1916), Folge III, Bd.52, 849.

3) Plenge gehört damit in die Nähe der Vereinigungen, die sich die Formulierung der "Ideen von 1914" zum Ziel gesetzt hatten, wie der "Bund deutscher Gelehrter und Künstler" (Berlin) und die"Deutsche Gesellschaft 1914" (Berlin). Vgl. Klemens von Klemperer: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München-Wien 1961, 57 ff.

Johann P l e n g e vom Marxismus unterscheidet, wie sich später noch zeigen wird; denn hier ist auch der Ausgangspunkt für seine "Organisationslehre", die ihm eine Beziehungslehre vom sozialen Gewebe (Histologie) und vom sozialen Körper (Soziosomatologie) ist. Damit legt er den Nachdruck auf die vom Sozialismus zu lösende organisatorische Aufgabe, weicht aber vom Marxismus ab. Bezüglich der Stellung P l e n g e s zum Marxismus folgen wir einer zeigenössischen Kritik Franz O p p e n h e i m e r s : "Marx würde auf die Frage: 'Was ist Sozialismus?' ganz anders antworten als P l e n g e . Er würde sagen: 'Sozialismus ist die vom Mehrwert erlöste Gesellschaft.' Sie würde er als sein Ziel hinstellen und dann erst fragen: 'Wie kommen wir dahin? Wo führt unser Weg zu diesem höchsten Ziel der Menschheit?' Und er würde auf diese Frage nicht antworten wie P l e n g e : 'durch Organisation'. sondern mit einer neuen Frage: 'Wie bildet sich in der kapitalistischen Wirtschaft der Mehrwert?' Und dann: 'Besteht in der kapitalistischen Wirtschaft die Tendenz, sich selbst zu einer mehrwertfreien Wirtschaft zu entwickeln?'

So, und nur so, hat Marx die Aufgabe des 'wissenschaftlichen Sozialismus' verstanden, die er dahin bestimmte, 'den Sozialismus mittels des Kopfes in den Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft selbst zu entdecken'. P l e n g e aber will ihn 'aus dem Kopfe erfinden' oder doch, ganz klar wird es nicht, sich ihm durch Überlegung und Experiment allmählich nähern. Und das nannte Karl M a r x 'Utopismus'. [1]

Johann P l e n g e s "Sozialismus" war fraglos von der Kriegswirtschaft bestimmt, was sich deutlich in seinen Kriegsschriften wiederspiegelt. Er erklärt sich zwar gegen übertriebene Verstaatlichung, legt aber folgendes Bekenntnis ab: "Es wird trotz allen Mißmuts über die Kriegsorganisation früher oder später als Ziel der inneren Wünsche und als äußere Notwendigkeit der Realpolitik der Sozialismus von 1914 mit Macht wieder kom-

---

1) Franz Oppenheimer: Revolutionierung der Revolutionäre, in: Wege zur Gemeinschaft, Ges. Reden und Aufs. Bd.I, München 1924, 300.

men."[1] Da P l e n g e die Wirtschaftsformen des Krieges in die Friedenszeit hinübergeführt wissen wollte, hat ihm diese Auffassung später den Vorwurf eines Vorläufers des Nationalsozialismus eingetragen.[2] Aber P l e n g e s System war kein geschlossenes und nicht von Widersprüchen frei. Deshalb gilt andererseits die Würdigung von Hanns L i n h a r d t : "Sein Sozialismus, den er dem Marxismus hart und entschieden gegenüberstellte, war als der Sozialismus der Organisation, gegründet auf die Gliederung in Wirtschaft und Gesellschaft, die Wirtschaft geordnet in Freiheit durch Gesetz und private Abkommen im Sinn der Marktbeherrschung, wenigstens der Marktregulierung. Was er dem Staat in der Theorie verwehrte - die Marktbeherrschung - , wollte er den Verbänden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, den Gewerkschaften, Kartellen und Trusts wenigstens als Ziel einräumen, eingedenk der natürlichen Wirkung und Gegenwirkung, die aus dem Konkurrenzprinzip erwächst, aber auch in richtiger Erkenntnis der Gefahren für die menschliche Freiheit dann, wenn der Staat die Marktbeherrschung sich anmaßen würde.[3]

Johann P l e n g e hatte 1914 geplant, aus seinem staatswissenschaftlichen Seminar in Münster eine großangelegte Unterrichtsanstalt für praktische Volkswirte zu machen. Auch dieser

---

1) 1789 und 1914, etc., Zit. von Below, a.a.O., 851. Vgl. dazu ebd. 850: "Richtig ist es, daß die Praxis des deutschen, insbesondere des preußischen Staats in älterer Zeit einen Weg betreten hat, der den einseitigen Individualismus verließ und eine Vorstufe für die moderne deutsche Wirtschfts- und Sozialpolitik darstellt. Fraglich aber ist es, ob in dieser letzteren sich eine solche Annäherung an den Sozialismus vollzieht, daß man von einem "in sich aufnehmen" des Sozialismus bei dem deutschen Staat sprechen darf; fraglich auch deshalb, weil das historische, genetische Verhältnis doch nicht recht richtig damit ausgedrückt sein würde. Fraglich ist es endlich, ob im deutschen Staat der Sozialismus - auch ein von materialistischen Schranken gereinigter - "eine neue Zukunft" haben wird."

2) Vgl. F.A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, Erlenbach-Zürich 1952, 214 f.

3) Hanns Linhardt: Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre. Berlin 1965, 14 f.

Plan entsprang dem Erlebnis der Augusttage von 1914, die alle sozialen und weltanschaulichen Gruppen als nationale Einheit erscheinen ließ. Das Erlebnis der nationalen Gemeinschaft sollte nach P l e n g e aber nicht bei den Gefühlswerten stehenbleiben, sondern praktische Bedeutung für die Zukunft gewinnen und als nationale und politische Arbeitsgemeinschaft befestigt und im Volksbewußtsein verankert bleiben. Diesem Ziel sollte sein Institut dienen, womit sich P l e n g e gleichzeitig eine staatspolitische Erziehungsaufgabe stellte. Er nannte das "staatswissenschaftliche Erneuerung" und glaubte durch die Vermittlung elementarer volkswirtschaftlicher Kenntnisse ein "sozialistisches"Bewußtsein, d.h. die Volksgemeinschaft vertiefen zu können. Hier mündet seine Lehre von der Organisation in die der "Propaganda" ein.[1] Für P l e n g e s politische Haltung nach 1918 ist beides von entscheidender Bedeutung.

Zunächst aber stieß 1914/15 sein Plan der "Unterrichtsanstalt für praktische Volkswirte" beim preußischen Kultusminister T r o t t z u S o l z auf wenig Gegenliebe.[2] Staatliche Mittel blieben ihm versagt. Er wandte sich daher an die rhei-

---

1) Vgl. dazu Hanns Linhardt, a.a.O., 23: "Gedanklich lag dem geistigen Schaffen Plenges die Organisation näher als die Propaganda, aber aus dem Kriegserlebnis und dem nationalen Notstand der Nachkriegszeit entwickelte er seine Propagandalehre, die er logisch überzeugend und soziologisch begründet mit der Organisationslehre verband. Er verstand den Zusammenhang zwischen Organisation und Propaganda so, daß beide in engster Verwandtschaft zueinander stehen und auch so gesehen werden müssen. Die Organisation war für ihn die Gliederung des Sozialkörpers und zugleich die im Staat bestehende und durch das Recht begründete Einheit dieses Sozialkörpers. Aus der unabdingbaren Idee und zugleich dem sittlichen Postulat der Freiheit folgt für Plenge die Notwendigkeit der Propaganda zur Festigung der Organisationsidee und zu ihrer Ausbreitung, da die innere Einsicht und Zustimmung für die äußere Bereitschaft zur Mitwirkung und Mitarbeit unerläßlich ist."

2) Vgl. rückblickend Johann Plenge: Durch Umsturz zum Aufbau. Eine Rede an Deutschlands Jugend. Münster 1918, 6: "Als es aber glücklich soweit war, daß die Mittel beschafft werden konnten, versagte das Verständnis des damaligen Kultusministers von Trott zu Solz gegenüber einer großen vaterländischen Aufgabe vollständig. Kurzsichtige Bureaukratie alten Schlages!"

nische Großindustrie und fand Verständnis. Nun aber wurde P l e n g e von der sozialdemokratischen Presse und im Frühjahr 1917 von Konrad H a e n i s c h im preußischen Abgeordnetenhaus angegriffen. P l e n g e setzte sich daraufhin mit H a e n i s c h in Verbindung: "Ich klärte ihn darüber auf, daß mein Plan in sozialpolitischer Beziehung auf vollkommen unanfechtbarer Grundlage gestanden hatte und daß jede Gefährdung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit mit allen Mitteln ausgeschlossen war. Er nahm Einsicht in meine Akten und hatte die hohe Ehrlichkeit, seine Angriffe öffentlich zuerst in Aufsätzen im Hamburger "Echo" und dann im preußischen Abgeordnetenhause zurückzunehmen. Ja er trat meiner Auffassung, daß eine bessere politische und staatswissenschaftliche Ausbildung des studentischen Nachwuchses notwendig sei, so vollkommen bei, daß er die Pläne, die er zunächst angegriffen hatte, selbst in die Hand nahm, und mit großem Erfolg im Abgeordnetenhaus dafür eingetreten ist. Denn alle Parteien sind auf seine Anregungen mit großem Interesse eingegangen und noch für den kommenden Staatshaushaltsplan sollten entsprechende Beschlüsse gefaßt werden." [1] H a e n i s c h ließ sich von P l e n g e so sehr überzeugen, daß er ihm die Möglichkeit verschaffte, seine Grundgedanken in der sozialdemokratischen Zeitschrift DIE GLOKKE[2] darzulegen. P l e n g e wurde von da an ständiger Mitarbeiter der "Glocke".

---

1) Ebd., 7.

2) Wochenschrift für Politik und Wirtschaft, Kunst und Kultur (Berlin), Hrsg. v. Parvus, 1914 ff. Plenges Rechtfertigungen finden sich im Jg.3 (1917/18) Mai-Juli. "Die Glocke" war das ebenfalls aus dem Erlebnis von 1914 entstandene Organ des rechten Flügels der Sozialdemokratie. Neben Konrad Haenisch waren die Hauptmitarbeiter vor allem Paul Lensch und August Winnig. In einer Vertragsanzeige von 1921 heißt es: "Zwei Leitsterne leuchten uns voran. Deutschland und der Sozialismus! Eines ist für uns undenkbar ohne das andere." Eine Charakteristik des Hrsg. Parvus findet sich bei M.J. Bonn: So macht man Geschichte, Bilanz eines Lebens, München 1953, 255: Parvus Ziel war,"als Bindeglied zwischen dem bewaffneten deutschen und dem revolutionären russischen Proletariat zu dienen". Der deutsche Soldat und der russische Arbeiter hatten den gleichen Feind: die russische Autokratie. Gleich Lenin hoffte Parvus, durch die Schlagkraft der deutschen Heere die Macht des Zaren zu brechen - anders aber als Lenin erhoffte er einen deutschen Sieg. Er hat

P l e n g e hat 1918 noch vor der Revolution diese in der "Glocke" dargelegten Grundgedanken in Buchform unter dem Titel "Revolutionierung der Revolutionäre"[1] (sic.!) zusammengefaßt. "Der Grundgedanke der in leidenschaftlicher Wucht dahinsprudelnden Schrift ist der, daß der Weltkrieg den Marxismus völlig überrascht und daher als Theorie und Praxis ad absurdum geführt hat, weil er als Gesellschaftslehre die Entwicklung wenigstens in ihren Hauptlinien hätte voraussehen müssen. Er habe das Kapital und den Kapitalismus ganz einseitig, nur negativ, als Verwertungsmaschinerie, nicht aber positiv als das gewaltige Mittel der Organisierung der Produktion angesehen, habe infolgedessen die Rolle des Unternehmers als seiner geistigen Triebkraft in ihrer volkswirtschaftlichen Funktion nicht erkannt; er habe ferner die Rolle des starken Staates nicht verstanden, weil er immer nur die rein gesellschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen im Auge gehabt habe. Er habe daher dem Weltkriege gegenüber, der sich für P l e n g e als das unerläßliche Mittel der Sozialisierung darstellt, die Rolle Deutschlands nicht verstanden und sei im seichtesten Pazifismus gestrandet. Er habe darum Selbsteinkehr zu halten, seine Theorie und Praxis einer strengsten Prüfung zu unterziehen." [2]

Im Vorwort heißt es: "Es ist also jetzt auch in Deutschland möglich, daß Universitätsprofessoren in den Organen der Sozialdemokratie mitarbeiten und, was nicht weniger wichtig ist, Sozialdemokraten sind bereit, Außenseiter ruhig anzuhören, die

---

Forts.v.Fußnote 2 S. 144

wahrscheinlich durch seinen Geschäftsvertreter in Stockholm den Bolschewisten Gelder zukommen lassen. Als nahezu sicher ist anzunehmen, daß er einer derjenigen war, die Lenins Reise nach Deutschland ermöglichten, denn er war damals in der Lage, durch seine Verbindung zu den deutschen Parteiführern Kontakt mit der Obersten Heeresleitung zu gewinnen. Selbstverständlich mußte Lenin, nachdem er sich der guten Dienste von Parvus bedient hatte, jegliche Beziehung zu ihm ableugnen.
Parvus blieb in Deutschland und verdiente mit zunehmender Inflation noch mehr Geld. Seit die Sozialdemokraten an der Regierung teilnahmen, war sein Einfluß in ständigem Wachsen."

1) Leipzig 1918, Zitat ebd. III.

2) So in der Sicht von Franz Oppenheimer: Wege zur Gemeinschaft etc., a.a.O., 298 f.

aus ihrer Staatsgesinnung kein Hehl machen und die den einseitigen Marxismus grundsätzlich bekämpfen. Denn es genügt nicht, daß die vom starren Klassenzwang endlich befreiten Sozialdemokraten ihrerseits in bürgerlichen Schriften zu Wort kommen, in neue öffentliche Stellungen aufzurücken, dabei nach ihrer Überzeugung zu wirken suchen und - lernen. Auch der entgegengesetzte Weg muß beschritten werden.
Das ist also auf jeden Fall ein Fortschritt für das gesunde Ineinanderwirken unserer innerpolitischen Kräfte. ...
Deutsche Sozialdemokratie löst sich in drei Bestandteile auf: Deutschland, Demokratie und Sozialismus. Ich habe Deutschland vorangestellt und lasse den Sozialismus den schweren Schluß machen, vor dem noch viel stocken werden."

Sozialismus war für P l e n g e also nicht Klassenkampf, sondern das "gesunde Ineinanderwirken unserer innerpolitischen Kräfte" vermittels "Organisation". Was das für ihn bedeutet, definiert er an verschiedenen Stellen: "Sozialismus ist Organisation, die bewußt aufs Ganze geht und dabei die Gesundheit aller ihrer Glieder vor Augen hat ... Darum ist Sozialismus ein höchster Aufruf zur Ordnung, wie Demokratie ein höchster Aufruf zur Freiheit ist. Demokratischer Sozialismus ... will möglichste Freiheit in bewußter Ordnung". "Sozialismus ist nach seinem eigentlichen Wesen organisatorische Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte auf dem Grunde einer in der Gesellschaft mit wissenschaftlicher Bewußtheit verbreiteten Einsicht von der Notwendigkeit des Zusammenwirkens Aller in einem, Alle in gleicher Weise als seine Glieder in sich haltenden, gesellschaftlichen Lebenskörper". "Der Weg zum Sozialismus ist der Weg des ununterbrochenen und fortgesetzten organisatorischen Aufbaus". "Der Sozialismus muß aus Utopie und Prophetie zur lebendigen Staatskusnt werden". "Sozialismus ist in seinem Kern das höchstbewußte Zusammenwirken zur gemeinsamen Ordnung und dabei die überlegte vorurteilslose Wahl, mit wieviel Zwang und mit wieviel Freiheit diese Ordnung gesichert werden soll". "Er ist die übermächtige Sehnsucht nach einer höheren, überlegteren, allseitigeren Ordnung". "Er ist nicht gesetzmäßiges, materielles Geschehen, sondern organisatorischer Geist". [1)]

1) Zitate in obiger Reihenfolge ebd., V, 39 f., 13, 150, V f., VI, XVI.

P l e n g e forderte die Sozialdemokratie auf, ihre Ideologie zu revidieren,[1] sie auf den Geist von 1914 umzustellen, um damit zum geistigen Bannerträger eines wahrhaften Sozialismus zu werden: "Im August 1914 verflogen die Träume des Marxismus vor den Tatsachen der Wirklichkeit. Statt des internationalen revolutionären Freiheitskampfes des Proletariats wurde der Weltkrieg zur Katastrophe des Hochkapitalismus. Die Arbeiterschaft wurde ihrer Zugehörigkeit zum Heimatstaat bewußt und der Staat raffte zuerst in Deutschland und dann notgedrungen nach unserm Beispiel in allen kriegführenden Ländern seine wirtschaftlichen Kräfte im nationalen Kriegssozialismus zusammen. So kam die Idee des Sozialismus zum ersten Male auf die Wirklichkeit herab oder, besser gesagt, so entstand auf Erden an Stelle der bisher über uns schwebenden sozialistischen Zukunftshoffnungen unter demzwingenden Druck des Krieges der erste sozialistische Organisationszustand, dem aber noch die Beseelung durch einen Geist fehlte, der diesem Organisationskörper ganz entsprach. Die materielle Ordnung war da. Die Ideologie nicht. Wenigstens kam sie noch nicht zur Herrschaft.

Denn der Geist von 1914 war für sein eigenes bewußtes Erleben wesentlich nationaler Geist, nicht mit gleicher Wesentlichkeit auch sozialistischer Geist. Der Sozialismus dieser Zeit war für die meisten und für den Staat selbst, der ihn durchführte, ein äußerlich aufgezwungenes Mittel zum nationalen Zweck. ...
Nun gilt vom Sozialismus der Zukunft, wenn ihm die Zukunft gehört, jedenfalls folgendes Entweder-Oder. Will der Marxismus der Sozialismus der Zukunft werden, so muß er restlos darüber zur Klarheit kommen, warum er durch die Ereignisse von 1914 so vollkommen überrumpelt wurde. Soll aber ein anderer Sozialismus den Marxismus ersetzen, sei es nun zunächst ein nationaler Staatssozialismus oder was sonst, so muß er den wertvollen geistigen Besitz des Marxismus erhalten und sich mit den Anhängern des Marxismus in großer gesellschaftlicher Betrachtung darüber auseinandersetzen, warum der Marxismus in der Schicksalsstunde

---

1) Ebd., XVI: "Die 'Revolutionierung der Revolutionäre' sagt der Sozialdemokratie: Ihr seid hinter der Zeit zurück. Die Weltgeschichte hat euch überrumpelt. Macht, daß ihr zur Klarheit kommt."

von 1914 versagt hat. Wer den Sozialismus will, muß den Weltkrieg wollen.
Es handelt sich beim Sozialismus um zweierlei, um eine äußere Organisation und den inneren Geist. ...
Der innere Geist des wirklichen Sozialismus ist nicht Klassenbewußtsein, sondern tiefstes Miterleben der allseitigen vollständigen Eingliederung des einzelnen in den Aufbau der Menschengesellschaft."[1]
Soweit Johann P l e n g e s politische Ideen, wie sie sich im Kriege gebildet hatten. Der Krieg war für ihn eine Revolution ohnegleichen, der die bisherigen politischen Gegensätze über den Haufen warf und die Begriffe rechts - links in der Politik aufhob. Der neue Gegensatz lautete für ihn: "für oder gegen die neue Staatspolitik des Sozialismus ... Das ist ein anderes Schema wie einfacher Klassenkampf. Die notwendige Krönung des ganzen heißt: der Weltkrieg ist die Revolution des organisatorischen Aufbaus."[2]

An dieser Stelle ist die Frage zu stellen, welchen Eindruck der Zusammenbruch auf P l e n g e gemacht hat und welche geistigen Konsequenzen er aus der Tatsache zog, daß seine Revolution, d.i. der Weltkrieg, nun zu Ende war. Hatte dieses Ende seine in 4 Jahren gewonnenen Erkenntnisse widerlegt? Verschwand mit dem Zusammenbruch das sich in seinen Kriegsschriften widerspiegelnde Konjunkturbewußtsein? Die Antwort lautet: im Gegenteil; nun erst recht fühlte er sich berufen, seine Organisations- und Propagandalehre anzubieten, um einen Weg aus dem Chaos zu weisen. "In seinen Kriegs- und Nachkriegsschriften zwischen 1914 und 1923, verfaßt in schwersten Jahren nationaler Prüfung und Heimsuchung, sittlichen Zerfalls, politischer Ohnmacht und Entrechtung sucht P l e n g e für das deutsche Volk nach neuen Kraftquellen und findet sie vor allem im Geistigen, in der geistig begriffenen Organisation. Er selbst ist von einem kämpferischen Geist erfaßt, der sich gegen verantwortungslose Po-

---

1) Ebd., 33 ff.
2) Ebd., 155 f., Hervorhebung v. Verf.

litiker und Parlamentarier wendet und in den breiten Schichten des Volkes, gerade auch in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Verständnis für seine aufrüttelnden Appelle erhofft. Das hat ihn nicht nur in den eigenen Reihen seiner Berufs- und Fachkollegen suspekt gemacht, sondern in Unternehmerkreisen, mit denen er während des ersten Weltkrieges und unmittelbar hernach wiederholt engeren Kontakt aufgenommen hatte, um jeden Kredit gebracht, obwohl bei seiner Grundidee von der Wirtschaftsfreiheit und dem freiheitlichen Sozialismus Raum genug für die Betätigung des Unternehmers, wenn auch im Spannungsfeld mit der organisierten Arbeiterschaft, vorhanden gewesen wäre." [1)]

Da aber die "Revolutionierung der Revolutionäre" 1918 nicht vollzogen, vielmehr in der Sozialdemokratie der "Geist von 1914" nur noch in Rudimenten erkennbar und der deutsche Sozialismus gerade in der Revolution mehr denn je zersplittert war, blieb Johann P l e n g e weiterhin auf dem Standort der Opposition. Man vergegenwärtige sich die Situation! Auch der Mehrheitssozialdemokratie erschien die Revolution damals als ein Unglück, wie Ernst T r o e l t s c h im unmittelbaren Rückblick (1920) durchaus richtig erkannt hat. In dem ausbrechenden "Chaos ergriffen die Führer der Mehrheitssozialdemokratie rasch entschlossen die Zügel und adoptierten um der Wirkung auf die Massen willen die Revolution, die sie nicht gemacht hatten und die von ihrem Standpunkt aus eine Fehlgeburt war, als ihr eigenes lange verheisenes Kind. Sie konnten es nur durch Teilung der Macht mit den Unabhängigen, und so begann die kurze Periode des Duumvirats auf allen Ministersesseln, der selbsternannten Volksbeauftragten, deren jeder ein siamesischer Zwilling war. An diesem Entschluß der Mehrheitssozialdemokratie hing in dieser Lage die Rettung von Reich, Staat, Gesellschaft und Ordnung. Die Gewerkschaften waren für ein paar Monate der Reichszusammenhang und die Mehrheitssozialisten das konservative Prinzip ... Und wie durch eine tragische Ironie zwang das Schicksal die Sozial-

1) H. Linhardt, a.a.O., 25. Plenges unmittelbare Reaktion auf den 9. November vgl. im Anhang S. 438f, Nr. VIII.

demokraten zur bewaffneten Niederkämpfung der Spartakisten, zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaft, zum Neubau einer Armee, die sie vor allem mit Studenten füllen mußten, weil die Arbeiter sich dieser Aktion versagten, ja die langsam aus unsäglichem Verfall sich bildende Armee geradezu als Schergen des Kapitalismus boykottierten."[1]
Gab es in dieser Situation eine Chance, alle gesellschaftlichen Gruppen zu einem Sozialismus der Organisation zusammenzuführen? P l e n g e hatte den Sozialdemokraten 1917 vorgeworfen, daß sie hinter der Zeit zurückgeblieben seien.[2] Nun schien es, als sei über P l e n g e die Zeit hinweggegangen, zumal im Verlaufe des Krieges der Burgfrieden ständig an Boden verlor und selbst der deutsche Sozialismus in immer weiter auseinanderliegende Exteme zerfiel. Daran mag man ermessen, wie tief sich in P l e n g e das Erlebnis von 1914 eingenistet hatte, daß er die politische Wirklichkeit darüber übersah. Schon dieser Sachverhalt weist P l e n g e die Stellung eines Außenseiters zu, eines Außenseiters aber, in dessen Denken sich der Zeitgeist deutlicher spiegelt als etwa bei Franz O p p e n h e i m e r . Denn P l e n g e sah in der Bildung einer Volksgemeinschaft den Anruf der Zeit. Dieses Bewußtsein aber war ein allgemeines, auch wenn es der Weimarer Republik nie als Tatsache beschert werden sollte. "P l e n g e ist philosophisch geschulter und wissenschaftlicher Kopf genug, um zu begreifen, daß derjenige sich nicht mehr wissenschaftlich verhält, der, wie Karl M a r x , die Welt verändern möchte. Andererseits ist er selbst wiederum politischer Kopf so weit, daß auch ihn die wissenschaftliche Erkenntnis um ihrer selbst willen nicht genügt. Er prägt den Begriff der Willenschaft als Ergänzung zur Wissenschaft."[3]

In diesem Sinne hatte er 1915 mit seiner Denkschrift "Über den Ausbau einer Unterrichtsanstalt für die Ausbildung praktischer

---

1) Ernst Troeltsch: Spektator-Briefe, a.a.O., 14 f.
2) Revolutionierung der Revolutionäre, a.a.O., XVI.
3) Hanns Linhardt: Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre, a.a.O., 20.

Volkswirte" [1] propagandistisch wirken wollen; nun trat er nach dem Kriege unverändert mit dem Programm "Staatswissenschaftliche Erneuerung als Aufgabe für die deutsche Zukunft hervor: "Als Staatswissenschaftler und Soziologe glaube ich, daß Deutschland nur dann eine Zukunft hat, wenn es in der Tat eine 'nationale und politische Arbeitsgemeinschaft' wird, wie sie dem Programm dieses Buches zugrunde liegt. Eine solche Arbeitsgemeinschaft entsteht nicht aus dem bloßen Gefühl, so groß die Sehnsucht nach 'Gemeinschaft' heute sein mag. Eine solche Arbeitsgemeinschaft wird auch nicht von der 'äußeren Not' erzwungen, die Interessen widerwillig zusammengekettet. Auch mit dem Ruf nach dem "Führer" ist es nicht getan, so gewiß wir Führer brauchen. Gemeintätige Wirtschaft und gemeintätige Gesellschaft sind ohne allgemeines V e r s t ä n d n i s v o n W i r t s c h a f t u n d G e s e l l s c h a f t schlechterdings nicht denkbar. Man baut sonst auf den Sand. Das sollte allen Parteien und allen Interessen klar sein. Demgemäß ist die 'staatswissenschaftliche Erneuerung', wie ich sie vor allem in meinen Schriften 'Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft der Staatswissenschaft' und 'Das erste Staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut, seine Einrichtungen und seine Aufgaben' vertreten habe, schlechterdings die innere Voraussetzung unserer wirtschaftlichen und politischen Erneuerung." [2]

In dem Buch "Revolutionierung der Revolutionäre" hatte P l e n g e der Sozialdemokratie kritisch den Spiegel vorgehalten. In der Broschüre "Geburt der Vernunft"[3] wollte er ihr positiv aufbauend die "weltgeschichtliche Wende des organisatorischen

---

1) Denkschrift f. die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, als Hschr. gedr., Münster 1915.

2) Unter diesem Titel in: Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer, Hrsg. v. Prof. Dr. K. Löffler, Halle 1921, 117ff. hier 117. Als Sonderdruck ebd. 1921; der Artikel ist ferner abgedr. in Johann Plenge: Deutsche Propaganda. Die Lehre von der Propaganda als praktische Gesellschaftslehre, Bremen 1922 als Anlage 1, 73 f.

3) Berlin 1918 (vor dem Zusammenbruch ersch.!).

Sozialismus bewußt"[1] machen und noch im November 1918 zeigte er ihr sofort den Weg "Durch Umsturz zum Aufbau",[2] womit er sich unmittelbar vor Veröffentlichung der Broschüre in Vorlesungen an die akademische Jugend wandte. Zusammenbruch und Revolution erklärte er dabei so: "Durch unsern Mangel an Einheit wurden wir dem Feinde gegenüber schwach, wurden wir innerlich in die Gefahr des Chaos hineingerissen. Nur durch Einheit und festen Zusammenschluß kommen wir wieder empor. Und die Versöhnung, die zwischen den Völkern gepredigt ist, muß vor allem in unserem eigenen Volke gelten. Alle Parteien haben ihr Teil Schuld daran, daß es so gekommen ist. Darum hat der Hader keinen Zweck."[3]

Die verlorene Einheit galt es für P l e n g e wieder neu aufleben zu lassen und so richtet sich sein Blick in seiner Rede an die Studenten auf die Zukunft: "Ich möchte alle in ihren innersten Stimmungen verwirrten, die in dieser so plötzlich anders gewordenen Welt nur den Sturz des Alten, den Zusammenbruch einer liebgewordenen Vergangenheit sehen können, immer wieder dazu anhalten, daß in diesem Neuen auch brauchbare Ansätze zu einer gesunden Weiterentwicklung liegen. Ansätze, die wir selbst sofort greifen können. Es ist ja klar, daß gerade weite Kreise der Studentenschaft mit bitterem Schmerz empfinden, daß ihnen Vieles entrissen ist, was ihnen hoch und heilig war. Nun, es ist noch nicht aller Tage Abend. Wir wissen noch gar nicht, auf was für Grundlagen rein politisch das neue Deutschland aufgebaut wird. Das hängt von der Nationalversammlung ab und von den Wahlen zur Nationalversammlung! Hängt von dem ab, was wir alle, was namentlich die akademische Jugend bis zu diesen Wahlen politisch gelernt hat. Ich meinerseits glaube, um das von vornherein zu sagen, daß in der notwendig sehr demokratischen Verfassung unserer Zukunft gleichwohl für das Reich das Kaisertum eine ebenso notwendige Stellung behalten kann. Das werde ich im weiteren Verlauf meiner Auseinandersetzungen noch näher ausführen, ge-

---

1) Ebd., Vorw.

2) Eine Rede an Deutschlands Jugend. Münster 1918.

3) Ebd., 1.

treu dem Programm zur Einheit und Versöhnung zu sprechen. Zunächst aber möchte ich, wie gesagt, alle Zweifler unter Ihnen erst einmal dafür gewinnen, daß diese neue Zeit auch ihre guten Seiten hat. Daß sie insbesondere, was uns zunächst angeht, in das Leben unserer Studentenschaft einen frischen und starken Zug bringen kann, weil sie der geistigen Arbeit neue Ziele und neue Aufgaben gestellt hat und sie aus aller Erschlaffung aufrüttelt." 1)

Sogleich galt es ihm auch zur "staatswissenschaftlichen Erneuerung" vermittels politischer Bildung ein neues politisches Bewußtsein zu schaffen, um seine Propagandalehre Wirklichkeit werden zu lassen. Die politische Bildung sollte nicht rein objektiv gestaltet werden und allen Richtungen Raum geben: "Ich bin durchaus der Meinung, daß die stärksten, die in sich geschlossensten Persönlichkeiten gerade gut genug sind, um einen so hochwichtigen Unterricht zu erteilen. Persönlichkeiten von der Art T r e i t s c h k e s , Persönlichkeiten auch wie der Berliner Historiker D i e t r i c h S c h ä f e r sollen also dort ruhig unterrichten, aber auch starke sozialdemokratische Persönlichkeiten sollen nicht ausgeschlossen sein. Sie sehen, so merkwürdig anders die Welt auch plötzlich geworden ist, die akademische Jugend hat keinerlei Anlaß zu verzweifeln. Ihr ist die Bahn nicht versperrt."[2)]
P l e n g e entwarf sodann die Vision eines Zukunftsstaates auf"sozialistischer" Grundlage. Er warnte davor, "nach Frankfurt" zu gehen und die Tradition der Paulskirche wieder aufzunehmen. Der Reichstag solle baldmöglichst wiederhergestellt werden, die Arbeiter- und Soldatenräte sollten abtreten, die Nationalversammlung einberufen werden, aber nicht eine Versammlung, "die sich gegenseitig lange Reden hält."[3)] Nun folgt eine Art Verfassungsentwurf einer "sozialistischen Demokratie", die

---

1) Ebd., 4 f.
2) Ebd., 9.
3) Ebd., 67.

eine neue Zeit und neue Menschen verlange, was die Revolution nicht im entferntesten gebracht habe, denn "Was zu tun ist, wissen die Revolutionäre selbst nicht. Was an Forderungen der Soldatenräte laut wurde, war entsetzlich kleinbürgerlich oder literatenhaft. Teilweise wurden diese unüberlegten Forderungen geradezu gemeingefährlich, wie das gedankenlose Gerede des Abgeordneten M e e r v e l d t in Köln über die Ungültigkeit der Kriegsanleihen." [1]

P l e n g e s Bemühen lief darauf hinaus, der Revolution einen geistigen und ideologischen Sinn zu geben, eben im organisatorischen Sozialismus seiner Couleur, denn"Volkswirtschaftliche und politische Überlegung wird verlangt. Mit 'Wahlrechtserweiterung' und 'Republik' ist es wahrhaftig wenig getan. Das sind altbackene, rein demokratische Redensarten, die der eigentlichen Aufgabe des Sozialismus nicht gerecht werden." [2]
Der "demokratische Unterbau" sollte aus einem reformierten Reichstag bestehen, das Kanzleramt "hat für Einheit und Gleichgewicht zu sorgen. In einer sozialen Demokratie wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, das ganze Gesellschaftsleben dauernd in einem einheitlichen Fortschritt und Wachstum zu erhalten. So muß das Amt des Kanzlers als ein Amt der allseitigen Verbindung und der allseitigen Initiative gedacht werden, und dementsprechend ist es mit seinen Befugnissen und seinen Kräften auszugestalten." Darüber dachte sich P l e n g e die Krone: "Der Verwaltungskaiser als Vorsitzender des Reichsausschusses, der nicht selber Kanzler werden kann und nur als unparteiischer Vorsitzender durch seine Unparteilichkeit eine Macht bedeutet. Ein ernstes nüchternes Amt, ohne alles äußere Theater, aber mit der hohen Pflicht, ohne persönlichen Ehrgeiz für das Volk zu leben. Es ist eine Ausgestaltung des Königsamts, das schlechterdings jede Autokratie unmöglich macht und doch im reifen Verstande ein wahrhaft königliches Amt. Als erwägenswerte Möglichkeit sei darauf hingewiesen, daß ein solches königliches Amt in der Volksgenossenschaft der sozialen Demokratie,

---

1) Ebd., 55.
2) Ebd., 68.

wesentlich ohne Gefahr seiner Schwächung ja mit der Wahrscheinlichkeit einer Stärkung seiner Leistung, nach alter deutscher Sitte als Wahlkönigtum unter Bevorzugung eines bestimmten Königshauses gedacht werden kann. Das sind keine romantischen Phantasien, sondern wohlüberlegte, nüchtern organisatorisch gedachte Fortbildungen unseres alten deutschen Volkswillens." [1]
So also sah der Zukunftsstaat Joahnn P l e n g e s aus, wie er ihn unter dem Eindruck der Revolution konzipierte. Wiewohl er die Revolution für verfehlt hielt,[2] sah er sie andererseits doch als Sternstunde der Verwirklichung seiner Ideen: "Denn darin besteht das innere Entwicklungsgesetz dieser Revolution, das sich unwiderstehlich durchsetzen wird. Sozialismus und Organisation wachsen jetzt für die Dauer zusammen."[3]
Johann P l e n g e bot in der Geburtsstunde der Weimarer Republik der Revolution einen geistigen Inhalt an, die "Gemeinschaftsgesinnung", und zwar schon bevor der Umsturz erfolgte: "Wie der Sozialismus aus der Umsturzbewegung zur Gemeinschaftsgesinnung der aufbauenden Arbeit wird, ist der eigentliche Inhalt der geistigen Erneuerung unserer Zeit. Dabei muß die Gemeinschaftsgesinnung in den innersten Lebenstiefen verankert werden und die Gliederung, in der sich diese aufbauende Arbeit der Völker naturnotwendig zunächst zusammenfaßt, ist der Staat, der (richtig verstanden) zum 'Volksstaat' werden muß. Durch diesen geschichtlichen Fortgang wird namentlich der Marxismus durch Fragen verwirrt, die er sich in der naturwissenschaftlichen Verblendung einer rein gesellschaftlichen Lehre des 19. Jahrhunderts ursprünglich vom Halse hatte halten wollen."[4]

---

1) Ebd., 72 f.

2) Vgl. ebd. 27: "Das mindeste, was man sagen kann: es war eine unerhörte Leichtfertigkeit, das deutsche Volk in dieser Lage einem solchen Schlage auszusetzen. Denn wer mit dem Umsturz begann, konnte nicht erwarten, daß er gut enden würde. Man ist versucht, von großen Kindsköpfen zu sprechen, wenn man von all den verstiegenen Hoffnungen hört, daß unsere siegreichen Gegner die Revolution sofort mitmachen würden usw."

3) Ebd., 55.

4) Marxismus und christlich-nationale Arbeiterschaft, in: DIE GLOCKE Jg.4, Bd.1 (August 1918), 681.

Aber selbst ein Revolutionär wie Johann P l e n g e konnte zum neuen Staat kein inneres Verhältnis gewinnen, als dieser sich in Richtung auf den Parlamentarismus zu entwickeln begann. Der Parlamentarismus aber hatte in seinem System keinen Stellenwert, wie schon eine Äußerung von 1917 zeigt: "Nichts wäre verfehlter, als der Übergang zu einer Organisationsverfassung unter der Herrschaft des Parlamentarismus, weil allseitiger Aufenthalt durch Reden, allseitiger Dilettantismus und die ernsthafte Gefahr vielfacher bedenklicher Interessenwirtschaft die aufbauende Arbeit erschweren würden. Und wenn schon Parlentarismus, dann erfahrenen Parlamentarismus! Je zersplitterter der politische Wille in der Zeit nach dem Frieden in einem Volke ist, um so geringer die Fähigkeit zum Wiederaufbau der Nation, um so größer die Überlegenheit der Völker mit geschlossenem Willen. Für die reine Demokratie ist das Parlament das eine Mittel zur Macht, das darum bis zum Übermaß mißbraucht wird. Für den Sozialismus ist das Parlament grundsätzlich nicht mehr als ein wichtiger Teil der freien und geordneten gesellschaftlichen Willensbildung, der seineganze Kraft haben muß, aber auch in seinen Grenzen zu bleiben hat und dessen Kraft und dessen Grenzen sich nach der Arbeitsaufgabe richten müssen, die der gesamte Gesellschaftskörper nach der geschichtlichen Lage jeweils zu leisten hat."[1)]

P l e n g e s Ideen tragen einen deutlich chiliastischen Charakter,[2)] wo sie religiöse Züge annehmen. Das ganze System

---

1) Revolutionierung der Revolutionäre (geschr. 1917) a.a.O., XIV.

2) Man brachte das aus seinem in Münster geleiteten Institut hervorgegangene staatswissenschaftliche Verlagsprogramm, das unter einem dem Hakenkreuz ähnlichen Emblem herauskam. Plenge gibt dazu folgende Erläuterung: "Das neue einheitliche Zeichen über unseren staatswissenschaftlichen Arbeiten hat einen dreifachen Sinn. Es bedeutet eine neue Zukunft unseres Volkes über dem Kreuz seiner Gegenwart. Es bedeutet die Vereinigung der großen geistigen Gegensätze der neueren Geschichte: das dritte Reich. Es bedeutet auf dem Grunde des Christentums erwachsenen Sozialismus, d.h. Sozialismus in dem einzig möglichen Sinne der moralischen Gesinnung und der Organisation, die in der Freiheit und Selbständigkeit ihrer Glieder ihre Stärke sucht."
(in: J. Plenge: Deutsche Propaganda etc., a.a.O., 77; vgl. auch den Abdruck bei Linhardt, a.a.O., 142).

P l e n g e s stand auf dem Boden des Christentums.[1] So ist sein Kampf gegen den Materialismus der Marxisten zu verstehen, den er durch sittlich-aufbauende Kräfte der Lebenseinstellung ersetzt wissen wollte. Der Marxismus habe sich daher 3 Fragen vorzulegen:

"1. Was bedeutet Religion, innere 'Ur-Bindung' des tiefsten Willenslebens an den letzten Grund des Seins, aus dem alles Leben und alle Entwicklung quillt? Wie führt sie den Einzelnen über sich hinaus? Und was für Kraft für die Überwindung schwerster Lebensaufgaben kann sie geben?

2. Wie weit ist meine eigene'Ur-Bindung' an eine irgendwie daseiende menschl. Lebensvernunft, die durch die nach dem 'Gesetz' ihrer 'Entwicklung' fortschreitende Umformung der Stoffwechselgliederung der Gesellschaft in fortgesetzten gesellschaftlichen Kämpfen zur Erzeugung des Sozialismus genötigt wird, in sich beweisbar und geschlossen und welche Voraussetzungen liegen ihr zugrunde?

3. Welche Stellung hat insbesondere das Christentum unter den Religionen und als Unterbau unseres heutigen Kulturlebens, und welche innere Übereinstimmung besteht zwischen seinem Wesen und dem Wesen des Sozialismus? Wobei für das Verständnis dieses Wesens alle Ausartungen und Sonderbildungen der geschichtlichen Erscheinungsformen des Christentums so gleichgültig sind wie etwa alle Unvernunft und alle Kurzsichtigkeit der Bolschewiken für das Wesen des Sozialismus."[2]

Mit dieser Abwehrstellung zum Marxismus ist schon teilweise die Einordnung in die sozialen Bewegungen seiner Zeit gegeben. Andererseits bleibt sein nationaler Sozialismus noch gegenüber dem Staatssozialismus der Kathedersozialisten abzugrenzen (Rodbertus, Schmoller, Herkner, Brentano usw.), aber auch von der nationalsozialen Bewegung Friedrich N a u m a n n s und dem konservativen Staatssozialismus Oswald S p e n g l e r s . Diesen Bewegungen gegenüber stellte P l e n g e in der Organisation die Synthese von Marx und Hegel.[3] P l e n g e s

---

1) Vgl. H. Linhardt, a.a.O., 13.

2) Marxismus und christlich-nationale Arbeiterschaft, a.a.O., 689.

3) Vgl. dazu H. Linhardt, a.a.O., 10 f.

Ideen waren aus der Zeitlage geboren, blieben aber weitgehend eine individuelle Schöpfung. Auf seinen Spuren ist lediglich der Name Heinrich N i c k l i s c h zu nennen, der im Nationalsozialismus endete.[1] Man wird P l e n g e als einen Aussenseiter bezeichnen müssen,[2] aber dennoch gelangen bei ihm in der Zeit liegende Tendenzen, vor allem in Richtung auf einen nationalen Sozialismus zu einer, wenngleich eigenwilligen Synthese. Daher ist P l e n g e auch als Einzelerscheinung für die Beschreibung des Zeitgeistes um 1918 aufschlußreich.

d) Robert W i l b r a n d t

Die Hervorhebung der nationalen Bedeutung des Sozialismus war auch ein Anliegen des Volkswirtschaftlers Robert W i l b r a n d t.[3]

---

1) Vgl. dazu H. Linhardt, ebd., 8. Die Schrift von H. Nicklisch: Der Weg aufwärts! Organisation, Versuch einer Grundlegung, 1920 nennt Linhardt ein Plagiat. Über Plenges Verhältnis zum Nationalsozialismus führt er ebd., 8 an: "Plenge, der eigentliche geistige Urheber einer echten allgemeinen Organisationslehre, verstand das innere Verhältnis zwischen Organisation und Freiheit so, daß es nach seinen Worten ... eine gesunde Organisation ohne Freiheit nicht geben könnte. Dem ungeachtet bedienten sich die Werber und Helfer der Machthaber des Dritten Reiches und diese selbst seiner Organisationsidee, selbstverständlich ohne Erwähnung ihres geistigen Urhebers, dem deutlich nahegelegt wurde, sich zurückzuhalten und der auch von sich aus keinen Versuch machte, aus dem Rahmen der wissenschaftlichen Behandlung des Organisationsproblems herauszutreten und in der politischen Arbeit der NSDAP und ihrer Staatsführung, Verwaltung und Wirtschaftspolitik tätig zu werden. H. Nicklisch hingegen vollführte den Kniefall vor Adolf Hitler in würdeloser Form."

2) Vgl. K. v. Klemperer, a.a.O.: 58: "Er war als Neuhegelianer bekannt, der das Wiederaufleben der Hegelschen Lehre unter den Marxisten stark beeinflußt hatte. Er war ein Marx-Forscher, aber kein Marxist, ein Hegelianer, aber kein großer Hegelforscher, ein Außenseiter in jeder Hinsicht, dabei ein schwungvoller und eitler Stilist mit einem ausgesprochenen Hang zum Moralisieren und Vorhersagen."

3) Robert Wilbrandt, geb. 1875 in Wien, wurde 1904 Privatdozent für Sozialpolitik in Berlin und erhielt 1908 einen Ruf nach Tübingen. Wilbrandt war bei keiner sozialistischen Partei Mitglied. Seine Lebenserinnerungen "Ihr glücklichen Augen", Stuttgart 1947 enthalten nur private Mitteilungen und sind als Quelle für unsere Fragestellung unergiebig.

Er warb als Marxforscher[1] gleichfalls für einen Sozialismus "als einer organisatorischen Aufgabe unserer Zeit",[2] distanzierte sich jedoch von Johann P l e n g e und Franz O p p e n h e i m e r , da diese ihren Standort außerhalb des Marxismus hatten.

Aber bei W i l b r a n d t s Auffassung des Sozialismus ist, wenngleich in engerer Anlehnung an den Marxismus die nationale Tendenz vorherrschend. Robert W i l b r a n d t war vom November 1918 bis Februar 1919 im Demobilmachungsamt tätig[3] und war Mitglied der Sozialisierungskommission.[4] W i l b r a n d t hielt nach dem Kriege in Tübingen Vorlesungen über "praktischen Sozialismus", die als Buch mit dem Titel "Sozialismus"[5] er-

---

1) Karl Marx, Versuch einer Einführung, Leipzig-Berlin 1918; vgl. Rezension (G.Mayer) in Zeitschr.f.Politik, Hrsg. R. Schmidt/A. Grabowsky (Berlin), Bd.11 (1918/19), 535 ff. Das Buch kann als das Hauptwerk Wilbrandts angesehen werden.

2) In R. Wilbrandt: Die Entwicklungslinie des Sozialismus, Leipzig 1925, 3.

3) Vgl. Vorwort zu den beiden Aufl. von "Sozialismus", Jena 1919 1921: "Im Demobilmachungsamt, um die Heimkehr derer erträglicher zu gestalten, denen vier volle Jahre lang 'gedankt' worden ist. Nun war durch Taten zu danken!"

4) Von den Professoren gehörten der Sozialisierungskommission außer Wilbrandt noch Karl Ballod, der Heidelberger Privatdozent Emil Lederer und später Joseph Schumpeter an. Das Progr. der Sozialisierungskommission, vgl. in: Ursachen und Folgen. Vom Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur Staatl. Neuordnung Deutschlands i.d. Gegenw., hrsg. v. E. Schraepler, Berlin 1958, Bd.III, 33 ff.

5) 1. Aufl. Jena 1919; die Vorlesungen bildeten den 2.Abschn., der in der 2.Aufl. von 1921 nicht mehr enthalten ist. Wilbrandt schreibt dazu (ebd. Vorw.). Das Buch selber wurde im März 1919 vollendet. "März! So sieht es in deutschen Landen aus. Ein Winter liegt hinter uns und streckt noch die Arme nach uns aus, den nicht erlebt zu haben das Vorrecht derer ist, die das deutsche Reich erkämpften und nun ruhen. Und doch! Ein Winter, den miterlebt zu haben, miterlebt in jeder Faser des ganzen Wesens, das Vorrecht derer ist, die jetzt das Reich zu retten sich bemühten, als die Not jedes Ruhen der Lebenden ausschloß. Ich könnte das Buch nicht schreiben, wie ich es schreibe, wäre ich nicht von November bis Februar in Berlin gewesen."
... "Die andere Hälfte, viel jüngeren Datums, ist im Sturm und Drang der Nöte von einem Bemühen eingegeben, das retten wollte und darum unmittelbar politisch ward: von dieser zweiten Hälfte kann für die neue Auflage nur wenig stehenbleiben.

schienen sind. Diese Vorlesungen waren als Werbung für den Sozialismus gedacht. W i l b r a n d t war sozialpolitisch schon während des Krieges tätig gewesen.[1] und hatte Kontakt zur "Deutschen Gesellschaft 1914", wo er Programme einer sozialpolitischen Reform für den Kriegsausgang (Heimkehr der Soldaten) vortrug: "Daß unsere heutige Not sich vorhersehen ließ - trotz der Geheimräte im Reichsamt des Innern - zeigt folgender Tatbestand. Ich habe seit 1916 vor dem Tage der Heimkehr gewarnt. Den Heimgekehrten dann zu helfen, als Arzt ihrer Not, erschien mir schließlich aussichtsreicher als alle im Kriege fehlgeschlagenen Bemühungen fürs Vaterland."[2]

Ähnlich wie Karl B a l l o d trat W i l b r a n d t nach dem Zusammenbruch für die sofortige und vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Vollendung der Revolution ein: "Die Revolution hat gesiegt. Sie gärt aber weiter. Denn das Proletariat will von seiner Macht nun Gebrauch machen. Jetzt oder nie! Nur ganze Arbeit befriedigt und beruhigt! Erst eine grundlegende, den Sozialismus wirklich sichernde Sozialisierung oder Vergesellschaftung aller Produktionsmittel kann endlich die Spannung lösen. Sie erst nimmt denen, die aus Machtkitzel, aus Revolutionsspielerei, aus Märtyrer- und Prophetentum, aus Klassenkampfdoktrinarismus, den Bürgerkrieg verewigen wollen, den Wind aus den Segeln. Sie erst ebnet der Demokratie, der Freiheit, der Ordnung den Weg. Und wir brauchen das dringend! Die Hungersnot droht. Lebensmittel von Amerika und innerer Friede, Bolschewismus und Hungersnot samt Einmarsch der Feinde als Ordnungsstifter und Reichszerfall: man wähle! und nur die radikale Erledigung radikaler Wünsche und damit der Radikalen selbst ist Sicherung."
W i l b r a n d t stand damit zwischen bzw. über den soziali-

---

1) Vgl. seine Aufsätze in DIE HILFE, hrsg. v. Fr. Naumann, Jg.1917, Nr.9, 38, 42.

2) Sozialismus, 1.Aufl., a.a.O., 208.

3) Ebd., 225.

stischen Parteien, denn er wandte sich gegen die radikale Linke des "Klassenkampfdoktrinarismus", machte sich andererseits aber zugleich deren Sozialisierungsforderungen zu eigen, nicht aber die Diktatur des Proletariats, sondern vertrat "Demokratie ... Freiheit, Ordnung." Die Warnung vor dem Reichszerfall enthielt zudem ein nationales Moment.

Der Schlüsselbegriff von Robert W i l b r a n d t s Position lautet "praktischer Sozialismus", den es näher zu untersuchen gilt in Abgrenzung vom traditionellen Marxismus, den sozialistischen Parteistandpunkten der Zeit und den Theorien von O p p e n h e i m e r , P l e n g e u.a. W i l b r a n d t stand gegen die radikale Linke, indem er sie durch Aneignung ihrer eigenen Ziele aus dem Sattel heben wollte. Hieraus ergibt sich die Frage: Was verstand W i l b r a n d t unter Sozialismus? W i l b r a n d t s Begriff des "praktischen Sozialismus" war ein Gegenbegriff zu den maxistischen Dogmen von der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Diktatur des Proletariats; beides schien ihm in der gegenwärtigen Situation undurchführbar und als nationale Gefahr. Daher erhalten in seiner Theorie die Begriffe "Sozialisierung" und "Sozialismus" einen anderen Inhalt, der der Lage der Zeit entsprechen sollte. Die Gründe für die Undurchführbarkeit des marxistischen Doktrinarismus waren ihm folgenden:

Mit abstrakter Doktrin, so meinte er, sei keine praktische Politik zu machen, die Ultralinken übten "Klassenkämpfe, wo das Haus über dem Kopf brennt. Sie lassen die Bergwerke stillstehen und Arbeitslose künstlich zu Arbeitslosenarmeen werden, zur höheren Ehre des Klassenkampfes."[1] Solche Nibelungentreue zu den Doktrinen des Marxismus führe aber zu nichts, sie schaffe nur Uneinigkeit und sei daher das gerade Gegenteil des Sozialismus. Auch mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel sei der Sozialismus nicht aufzubauen, denn "sie erschreckt die Bürger. Die Unternehmer werden kopfscheu. Sie legen kein Kapital an. Sie neigen zur Auswanderung aus dem Reiche; allein oder mit ihrer

---

1) Sozialismus, 1.Aufl., a.a.O., 309.

ganzen Provinz. Sie liebäugeln um so mehr mit dem Schutzmann jenseits des Rheins. Und dieser läßt merken: wer allzu sozialistisch ist, den trifft keine Gnade, mit Ausnahme der einen, daß ihm weggepfändet wird, was er verstaatlicht."[1]
Aber nicht nur aus diesen nationalen Erwägungen sei eine allgemeine Verstaatlichung abzulehnen, auch grundsätzlich entspreche ein Staatssozialismus nicht dem erstrebenswerten Ideal, wie ja schon der Kriegssozialismus[2] deutlich gemacht habe: "Staatsbetrieb - in Rußland unter dem Zaren, in Japan unter dem Mikado - ist das Sozialismus? Nein, sondern nur, wenn jeder ein Anrecht an den Staat hat, nur wenn Gleichberechtigung, besteht, nur wenn eine auf diese angewandte Demokratie errungen ist, nur wenn auf Grund dessen das Gemeineigentum auch im Staat seinen Träger finden kann: dann kann auch der Staat in Frage kommen, doch auch dann nur mit Vorsicht, nur mit Abstreifen all seiner überkommenen fiskalischen Schwerfälligkeit."[3]

Negativ ergibt sich also für W i l b r a n d t s Auffassung vom Sozialismus folgendes Ergebnis: "Sozialist kann nur sein, wer nicht Marxist ist. Man muß von der ganzen Theorie des Abwartens, Reifenlassens und Prophezeiens sich freigemacht haben. Man muß auch frei sein von der Vorstellung, daß Sozialismus mit Staatsbetrieb, Sozialisierung mit Verstaatlichung gleich zu setzen sei. Man muß die Gegenwart ins Auge fassen und ihr

---

1) Ebd., 308.

2) Wilbrandt unterscheidet sich darin von Plenge. Kriegssozialismus sei "ein Zerrbild des echten. Er ist viel zu viel Zwang, Gewalt, Verordnung, Bürokratismus, viel zu wenig Gemeineigentum, viel zu viel der alte Staat, viel zu wenig der neue; viel zu viel Herrschaft, viel zu wenig Sozialismus. Er ist mit seinen viel zu vielen überstürzten und sich wieder aufhebenden Verordnungen Assessorismus und Vielregiererei, ganz im Stil des alten Polizeistaats unseligen Angedenkens. Der echte Sozialismus hat mit dem Kriegssozialismus wenig zu tun. Bei ihm ist nicht Wiederkehr des Eingriffs, nicht ein Trommelfeuer von Verordnungen und Gesetzen, überhaupt nicht Regelung, sondern die einfache Übernahme in Gemeineigentum von Genossenschaft, Kommune oder Staat der charakteristische Vorgang (ebd., 2.Aufl., 163).

3) Sozialismus, 1.Aufl., a.a.O., 310.

gemäß praktisch die Form gestalten, die den Nöten der heutigen Gesellschaft im ganzen und vor allem denen der Arbeiterklasse abhilft, aber auch der Not des Tages ihren Stachel nimmt. Dann wird man finden: Gerade heute; gerade in unserer Lage ist das die Rettung, was seinen Getreuen jetzt unbequem ist: der Sozialismus."[1)]

Was aber ist positiv unter Sozialismus und Sozialisierung zu verstehen? W i l b r a n d t gibt folgende Definition: "Sozialismus ist keine Utopie im Sinne persönlichen Träumens, individuellen Wollens, sondern rein ökonomisch begründet Notwendiges, das die heutige Gesellschaft braucht, um in einer höheren Form von allen ihren Leiden genesen, zu erstehen wie der Phönix aus der Asche: Das ist Sozialismus. Dem Tausch die Gemeinwirtschaft folgen zu lassen, ihn hinüberführen in diese nächst höhere ökonomische Form, Gemeineigentum begründen und auf ihm eine gemeinsame Selbstversorgung errichten, für ein Volk, für die Menschheit, oder wenigstens für eine sich dadurch befreiende Klasse: das ist Sozialismus." [2)]

Wenn "Gemeinwirtschaft" nicht durch Verstaatlichung herbeigeführt werden kann, muß W i l b r a n d t eine andere Lösung angeben. Sie lautet: "Viel mehr kommt in Frage, im Großen durch Gesetzgebung herbeizuführen, was Abbe in Jena, Godin in Guise freiwillig im Kleinen taten, als sich selbst entäußernde Eigentümer, die ihre Unternehmung in einen Stiftungsbetrieb (ohne Eigentümer) oder in einen den Betriebstätigen selber gehörenden Genossenschaftsbetrieb verwandelt haben. Das ist anwendbar wie bei der optischen Werkstätte von Zeiß in Jena und bei der Emaillewaren- und Ofenfabrik in Guise, so bei mancher anderen. ... Man kann so beginnen, die Arbeiter allgemein vom Privatkapital zu befreien, den Gewinn (außer an den Betrieb zu seiner Verbesserung und Erweiterung) an gemeinnützige Zwecke und an die ihn erzeugenden selber fließen zu lassen."[3)]

Das war nichts anderes, als was O p p e n h e i m e r mit

---

1) Sozialismus, 1.Aufl. a.a.O., 309.

2) Ebd., 310.

3) Ebd., 310 f.

"Anteilswirtschaft" verlangt hatte.[1] W i l b r a n d t nennt es "praktischen Sozialismus", "Genossenschaftssozialismus" und "Kommunalsozialismus". Hierin sieht er zugleich einen demokratischen und nationalen Sinn, denn für diesen Sozialismus "brauchbar ist freilich nur der verwandelte, demokratisch gewordene Staat, der Volksstaat gemäß Rousseaus "Contrat social". Denn was da jetzt heraufgerufen wird, ist nicht mehr der Herrscher, es ist der Diener, der Auftragnehmer im Auftrag des ganzen Volkes, das gleichberechtigt eine große Genossenschaft bildet: es ist der Sozialismus, der ihn ruft, und eine Gemeinwirtschaft, mit Gemeineigentum für alle, bedient sich der Zwangsgewalt, um sich durchzusetzen. Das ist nicht Rückkehr zum Zwang, sondern dessen Neuerfüllung mit ganz anderem Inhalt.

Das wäre der vaterländische Sinn von alledem: der Staat macht die Volkswirtschaft durch Gemeineigentum, dem er sie zuführt, auch für die Besitzlosen zur Heimat. So gibt er auch dem Arbeiter das Vaterland wieder ... Also im Grunde der Seele Nationalbewußtsein. Auch ist Marx ein glühender Anwalt des deutschen Einheitsgedankens gewesen. Es war somit nicht sein eigener Mangel, sondern der tief empfundene Mangel in der Lage des Proletariats, was ihn zu dem Satz brachte: "Die Arbeiter haben kein Vaterland". Es war die durch Abhängigkeit und Hoffnungslosigkeit tatsächlich vom Volksganzen abgetrennte Lage dieser neuen Klasse, was Marx die Feder führte ... Und das ist so geblieben:

---

1) Auch in anderen Fragen stimmte Wilbrandt de facto mit Oppenheimer überein. So z.B. in der Siedlungspolitik: "Den Soldaten ist etwas versprochen worden. Ohne Revolution wurde das Versprechen nicht eingelöst. Der Widerstand hinter den Kulissen war zu stark. Es ist versprochen worden: Jedem, der das Vaterland verteidigt hat, soll es auch gehören. Wenn ihr heimkommt, dann sollt ihr nicht wieder vor den Mietskasernen um Wohnung betteln, mit einer überall abgewiesenen Kinderschar von Hausbesitzer zu Hausbesitzer irren, sondern unabhängig, gesichert, von dem Druck willkürlicher Mietssteigerungen befreit, auf Gartenland siedeln. Der Boden soll nicht mehr das Monopol einer ihn absperrenden, verteuernden, mit ihm spekulierenden Minderheit von Besitzenden sein, sondern euer aller, die ihr euer Blut für ihn hingabt." (Sozialismus, 1.Aufl. a.a.O., 213).
Vgl. F. Oppenheimer: Der Ausweg, a.a.O., 55.

Wer ist jetzt vaterlandslos? Wer will das Reich verlassen? Wer verläßt es in der Not? Die Sozialdemokratie ist auf einem ganz anderen Wege: auf dem Wege zum starken, zum selbstverständlichen Einssein mit dem deutschen Volk." [1]

Indem er die Arbeiterschaft in den Staat zu integrieren gedachte, näherte sich W i l b r a n d t hier den nationalsozialen Bestrebungen Friedrich N a u m a n n s und der Kathedersozialisten, darüberhinaus aber auch, wenngleich in der Durchführung verschieden, dem Ziel P l e n g e s , der Volksgemeinschaft, darin äußert sich am deutlichsten auch Robert W i l b r a n d t Abhängigkeit vom Zeitgeist, darin zeigt sich umgekehrt aber auch worin der Grundakkord des damaligen Zeitgeistes bestand: W i l b r a n d t hatte kein offenes Bekenntnis zu den Ideen von 1914 abgelegt, hat aber die Zerrissenheit des Volkskörpers gleichermaßen empfunden und ihre Überwindung angestrebt. Trotz seiner ausgesprochenen Distanzierung[2] von O p p e n h e i m e r und P l e n g e , hat w i l b r a n d t doch vor allem mit letzterem das nationale Element in seinem Sozialismus gemein, nur daß er sich dabei auf Marx beruft.[3] Und auch in seinem Verhältnis zum Christentum nähert er sich P l e n g e s Gedankengängen, wenn er ausführt: "es wird offenbar, wie der Antichrist, der Sozialismus, in Wahrheit vom Christentum lebt und es erst verwirklicht - weil er es braucht, weil seine innersten Wurzeln in der Seele dem entstammen, was Jesus der Menschheit ins Blut gebracht hat, und weil er die Form erst schafft, in der das Christentum möglich, dann aber auch nötig wird."[4]

Sozialismus und Nationalismus waren für W i l b r a n d t eng zusammenhängende Begriffe: "Wollen wir ein Volk, das sich einigt und für das Ganze hingebend begeistert ist wie in Deutsch

---

1) Sozialismus, 2.Aufl. a.a.O., 163 ff.

2) Sozialismus, 2.Aufl. a.a.O., V und Die Entwicklungslinie des Sozialismus, a.a.O., 135 f.

3) Vgl. oben S. Anm.

4) Sozialismus, 1.Aufl. a.a.O., 337.

land 1813, dann müssen wir auch die große Reformbewegung wollen, die hier vor unseren Augen steht: die Reformbewegung, die aus dem Volk ein Ganzes macht, die ihm aufhilft, ihm aus der Hörigkeit heraushilft, wie es dem Bauer vor 1813 versprochen war, und die es selbst an seinem Geschick mitarbeiten, sich selbst emporringen läßt, sowie das Bürgertum damals zur Selbsthilfe und zur Mitverantwortlichkeit aufgerufen worden ist. Ist das viel mißbrauchte Wort "national", das so oft zur peinlichen Phrase wird, irgendwo angebracht, dann hier: denn hier ist der Punkt, wo über dem Klassengegensatz die Gemeinsamkeit emporsteigt. Nur als Konsumenten sind wir ohne weiteres eins; nur hier ist, ohne dazwischenliegenden Klassenkampf, sofort die Gemeinschaft aufzubauen. Hier ist's allein, wo unmittelbar und restlos die nationale Zerrissenheit zu heilen ist." 1)
Robert w i l b r a n d t s Verhältnis zum Weimarer Staat ergibt sich aus seinem Verhältnis zu den sozialistischen Parteien, die ihm "nicht sozialistisch genug" 2) waren. Am 25. November 1918 hatte er in der "Freiheit" unter der Überschrift "Was sofort geschehen kann - und muß" den folgenden Artikel geschrieben: "Der Angelpunkt, um den sich die Tür zur verfassungsgebenden Versammlung dreht - und sie dreht sich deshalb bald auf, bald zu - , ist die Frage: Wird es dort eine Mehrheit für den Sozialismus geben? Aller Kampf für Ordnung, Freiheit, Demokratie, gegen die Gewaltherrschaft nach russischem Muster, wird durchkreuzt von dieser bangen Sorge; durchkreuzt von der Ein-

1) Sozialismus, 2.Aufl., a.a.O., 116. Vgl. auch die Zueignung (an den Vater) des Buches, ebd., XVI f., die auch biographisch hierzu einigen Aufschluß gibt: "Auch ich, Dein Sohn, konnte nicht unberührt bleiben von der Schicksalsverkettung, daß dieser Vater, zu dem ich ein solches Verhältnis habe, ein glühender Patriot ist. was du so tief erlebt hast, die brennende Scham, die Deine Jugend quälte, die Erbärmlichkeit würdeloser Ohnmacht unseres in Fetzen gerissenen Volkes und dann die große Zeit, in der Du die Menschen höher schätzen lerntest, da nationale Begeisterung den in ihnen schlummernden Idealismus weckte - das alles ist auf mich übergegangen. In der Kindheit als enthusiastisches Gefühl, und dann in den Jahren, da ich Mann wurde, als ein immer erneuter, nie vergeblicher Anstoß zu fester und klarer Willensverbindung mit dem Wohl und der vollkommensten Entwicklung des Volkes, dem ich angehöre. Das ist das große Glück meines Vaterhauses, dem ich die nationale Einsicht verdanke."

2) Sozialismus, 1.Aufl., a.a.O., 314.

sicht, daß die Freunde der verfassunggebenden Versammlung nicht lauter Freunde des Sozialismus sind. Demgegenüber kann man sich entweder auf den Standpunkt stellen, daß der Sozialismus dann eben noch etwas warten müsse, weil die Mehrheit für ihn dann erst noch errungen werden muß; man kann sagen: dann ist es eben noch nicht soweit. Oder man macht sich klar, was auf jeden Fall schon jetzt feststeht, ganz gleich, wie die verfassunggebende Versammlung ausfällt. Das ist es, was ich hier versuchen möchte. Ich glaube zeigen zu können: ohne jedes unberechtigte Vorgreifen, ohne irgendeine Unehrlichkeit, ohne Mißbrauch der noch nicht von der Mehrheit bestätigten Gewalt, ist es so unendlich viel, was schon jetzt getan werden kann, ja getan werden muß, daß der Ausfall der verfassunggebenden Versammlung am Aufbau des Sozialismus nichts mehr ändern kann. Ist dieser Nachweis zu erbringen, dann steht fest: es ist für den Sozialismus gar keine Gefahr, wenn die Mehrheit dort nicht für ihn sein wird; er kann dieser Versammlung mit Ruhe entgegensehen und sie sobald als technisch möglich einberufen, ohne das eigne Leben aufs Spiel zu setzen. Mit einem Wort: Die Errungenschaften der Revolution sind nicht in Frage gestellt, über den Sozialismus wird nicht in der Konstituante entschieden." [1]
Der Sozialismus war aber bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung nicht durchgesetzt worden. Für W i l b r a n d t war damit der Umsturz nicht positiv bewältigt worden. Und so sah er schon 1919 den Sieg des Proletariats lediglich als Symptom, "daß wir das alte Deutschland, das 'verruchte System', ganz äußerlich abgestreift haben. Zum Symptom, daß von Bureaukraten und solchen, die es werden konnten, weiter regiert wird wie unter Wilhelm II., nur mit einer schlecht sitzenden proletarischen Maske."[2]

In der Sicht von 1925 hatte der deutsche Sozialismus für ihn versagt, die Chance des staatlichen Neuaufbaus nicht ergriffen und war deshalb in eine Krise geraten: "So sehen wir heute den Sozialismus in einer Krise. Es ist eine doppelte sogar: das praktische Absterben des Marxismus, bevor anderes bereit ist,

---

1) Abgedr. ebd., 212 f.
2) Ebd., 318.

um an seine Stelle zu treten, ist die eine Seite der Krise, sozusagen: der Fall ins Leere; die andere Seite ist die Störung des späteren durch Nachwirkung des früheren Sozialismus. Die Enttäuschung am Bolschewimus und an den Marxschen Prognosen ergibt die erstgenannte Krise; die praktische Enttäuschung an der Arbeiterschaft, an der ideallos und darum schwunglos, bureaukratisch und lahm betriebenen, daher steckenbleibenden Genossenschaftsbewegung (mit Ausnahme allerdings der belgischen), an den Politikern in der Sozialisierungsfrage, kurz: an den Erben des Marxschen Geistes, unfähig zum 'exstruktiven', befähigt nur zum destruktiven Klassenkampf und zum tatlosen Warten auf die Entwicklungstendenz - das ist die zweitgenannte Krise. Sie hängt mit der erstgenannten zusammen."[1)]
Somit entsprachen W i l b r a n d t s Vorstellungen nicht der Wirklichkeit, und es fehlte daher auch ihm die Selbstidentifikation mit der neu geschaffenen staatlichen Ordnung.

Von den bisher behandelten Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus gehörte außer Karl B a l l o d keiner einer Partei an. Ihre Systeme wurden außerhalb der volkswirtschaftlichen Fachkreise kaum bekannt, auch wenn sie sich redlich Mühe gaben, die Sozialdemokratie in ihrem Sinne zu beeinflussen, was kaum gelang. Ihre Anschauungen wurden daher niemals öffentliche Meinung auch nur einer bestimmten Volksgruppe. Will man den Begriff "Zeitgeist" auf die "öffentliche Meinung" reduzieren, so waren weder O p p e n h e i m e r , noch P l e n g e und W i l b r a n d t Träger des Zeitgeistes, sondern eher seine Antipoden. Wenn sie hier trotzdem in dieser Ausführlichkeit gewürdigt wurden, dann deshalb, weil gewisse Erscheinungen des komplexen Zeitgeistes an ihren Systemen abzulesen sind, bzw. sich darin spiegeln. Dies vor allem deshalb, weil keines der Systeme völlig außerhalb der Zeit stand, sondern sich an den Problemen der Zeit orientierte bezw. (wie es bei P l e n g e wohl am deutlichsten hervortritt), geradezu aus dem Anruf, der von der Not der Zeit ausging, entstanden sind.
Dennoch sind sie für die politische Linke (ausgenommen B a l l o d) nicht repräsentativ, da zu sehr individuell. Will man also vom Sozialismus jener Jahre ein umfassenderes Bild gewinnen, ist es unerläßlich, Ausschau nach Parteimitgliedern unter

1) Die Entwicklungslinie etc., 145.

den sozialistischen Professoren zu halten, nach Repräsentation also, deren Sozialismus nicht mit Anführungszeichen geschrieben werden muß.
Da zeigt sich nun das Phänomen, daß hier kaum Parteigänger zu finden sind. Die radikale Linke hatte unter den Hochschullehrern keinen Anhang, abgesehen von Friedrich M u c k l e und Edgar J a f f é bei der Eisner-Revolution in München. Unter den Anhängern des Spartakusbundes befand sich kein Hochschullehrer, lediglich der Privatdozent Arthur R o s e n b e r g war später Mitglied der KPD. In den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie ist lediglich wie schon erwähnt, Karl B a l l o d auffindbar, der aber kaum von sich reden machte. Bleibt noch die Mehrheitssozialdemokratie. Diese hatte mehrere Reichstagsabgeordnete mit Professorentitel[1], von den wirklichen Universitätslehrern ragen aber nur zwei Gestalten hervor: der Mediziner Alfred G r o t j a h n und der Jurist Gustav R a d b r u c h . Diese beiden Persönlichkeiten sind deswegen gesondert zu behandeln, weil sie sich zur Politik der MSPD bekannten und nicht von ihren Fachgebieten her einen besonderen "Sozialismus" vertraten, wie das bei den Volkswirtschaftlern der Fall war.

e) Alfred G r o t j a h n

Alfred G r o t j a h n (geb. 1869) war als Student mit der Sozialdemokratie in Berührung gekommen und war Mitarbeiter verschiedener sozialistischer Zeitungen. Neben seinem medizinischen Fachstudium in Berlin hörte er auch volkswirtschaftliche Vorlesungen vor allem bei Gustav S c h m o l l e r . G r o t j a h n bezeichnete sich als "verhinderten Nationalökonom" und kam durch die Begegnung zwischen seinem Marxismus und S c h m o l l e r s Kathedersozialismus zur Anwendung der Schmollerschen Methode auf medizinische und hygienische Fragen und bezeichnete sich als "medizinischer Kathedersozialist".[2]

---

1) Vgl. Anhang S. 42 ff.

2) Alfred Grotjahn: Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932, 108.

G r o t j a h n war Mitbegründer der "Deutschen Gesellschaft für Soziologie" neben Ferdinand T ö n n i e s , Georg S i m m e l , Werner S o m b a r t und Max W e b e r . G r o t j a h n wurde erst nach dem Umsturz Universitätsprofessor und war bis dahin Leiter des städtischen Medizinalamtes in Berlin.

Seinen Lehrstuhl an der Berliner Universität hatte er von dem neuen preußischen Kultusminister Konrad H a e n i s c h erhalten. Das Fach "Soziale Hygiene" wurde eigens für ihn institutionalisiert, was natürlich in der Medizinischen Fakultät heftige Widersprüche hervorrief. G r o t j a h n wurde von seinen neuen Kollegen in die Kategorie der "Revolutionsprofessoren" eingereiht, das kollegiale Verhältnis war somit ein frostiges. Gerade in der Medizinischen Fakultät Berlin hatte die Personalpolitik des preußischen Kultusministeriums einen Skandal verursacht. Ein Berliner Arzt Dr. F r i e d m a n n beansprucht eine Lehrtätigkeit an der Universität, weil er sich vor 1918 zurückgesetzt und nicht nach Verdienst gewürdigt fühlte. F r i e d m a n n hatte ein Mittel gegen die Tuberkulose entdeckt, das zwar in der Fachwelt keine große Anerkennung fand, seiner Meinung nach aber epochemachend war. Die Beziehungen seiner Freunde zur Sozialdemokratie bewirkten schließlich, daß sich die preußische verfassunggebende Landesversammlung mit der Angelegenheit befaßte und am 12. Dezember 1919 die Einsetzung eines Ausschusses für F r i e d m a n n beschloß.[1)]

F r i e d m a n n wurde von H a e n i s c h zum a.o. Professor mit der Lehrbefugnis für sein Tuberkulosemittel ernannt und zwar gegen den Widerspruch der Fakultät, die die Erteilung der

---

1) Vorsitzender des Ausschusses wurde der Deutschnationale Otto Lubarsch, der in seinen Lebenserinnerungen, a.a.O., 351 folgenden Kommentar gibt: "Nach dem Umsturz schien aber die Zeit für Dr. Friedmann gekommen, wie es ja in den Zeiten politischer Erregung das Übliche ist, daß alle bisher Zurückgedrängten zum Lichte streben. Aller Bodensatz, der bei ruhigem Meer am Meeresboden liegenbleibt, wird ja, wenn Stürme die Wellen peitschen, augewühlt und an die Oberfläche gebracht."

Lehrbefugnis für ein einziges Mittel, dessen Wirksamkeit zudem zweifelhaft war, für nicht ausreichend hielt. Der Friedmannausschuß hatte dann zu klären, ob die Bedenken gegen die Ernennung F r i e d m a n n s schwerwiegend genug waren, ihm die venia legendi wieder zu entziehen. Nach langen Kämpfen ist F r i e d m a n n von seinem Amt schließlich wieder entbunden worden.[1)]

Die Berufung G r o t j a h n s , die zwar weniger vom wissenschaftlichen, aber vom personalpolitischen Standpunkt aufgrund der Ressentiments in der Fakultät angefochten wurde, fiel in die Zeit der Friedmann-Affäre. G r o t j a h n s Berufung erfolgte daher mit Zurückhaltung. G r o t j a h n berichtet darüber: "Der Minister H a e n i s c h konnte sich nicht entschließen, mich kurzerhand zu ernennen, wozu ihm der Landtagsbeschluß das Recht gegeben hatte, sondern ließ erst durch seine Räte Äußerungen der Fakultät über die Berechtigung des Sonderfaches der Sozialen Hygiene einholen. Er hatte nämlich kurz vorher durch die übereilte Einrichtung einer außerordentlichen Professur für einen angeblichen bekannten Tuberkulosespezialisten von fragwürdiger Wissenschaftlichkeit einen peinlichen Mißgriff getan und glaubte daher, in meinem Falle besonders vorsichtig sein zu müssen."[2)]
Solche kleinen Ereignisse geschahen abseits der großen Politik, sie sind aber nicht ohne Interesse, weil sie zum Kolorit der Zeit gehören.

Alfred G r o t j a h n trat nach dem Umsturz der Sozialdemokratischen Partei bei, von der er sich nach seiner Studentenzeit vorübergehend entfremdet hatte. Die Mehrheitssozialdemokratie entsprach seinen persönlichen politischen Wünschen und damit auch seinem Verhältnis zu dem in Weimar geschaffenen republikanischen und demokratischen Staat. G r o t j a n s Bekenntnis zur Sozialdemokratie lautet: "Um aber doch ein klein wenig an den Zeitereignissen teilnehmen zu können, trat ich im Juni 1919 in den unter Leitung von I. Zadek' stehenden Verein sozialistischer Ärzte ein. Erst im Herbst 1919 meldete ich mich

---

1) Ausführliches bei O. Lubarsch: Ein bewegtes Gelehrtenleben etc., a.a.O., 351 ff.

2) Erlebtes und Erstrebtes, a.a.O., 209.

wieder als Mitglied der sozialdemokratischen Partei an. Denn ich hielt den zweideutigen Zustand zwischen staatsfeindlichem Radikalismus und aufbauendem Evolutionismus, durch den sich die sozialdemokratische Partei vor dem Kriege aus der aktuellen Politik ausgeschaltet hatte, zugunsten des letzteren für endgültig überwunden. In meiner Jugend war ich in der Hoffnung zur Sozialdemokratie gekommen, daß sich diese Entwicklung bald vollziehen würde. Im Jahrzehnt vor dem Kriege hatte ich mich von Politik und Partei zurückgezogen, weil ich mich in diesem Glauben getäuscht sah: jetzt fühlte ich mich völlig eins mit den Mehrheitssozialisten und ahnte nicht, daß dieser Zustand nicht lange dauern, sondern durch die Wiedervereinigung mit dem radikalen Flügel, der sich als Unabhängige Sozialdemokratische Partei während des Krieges selbstständig gemacht hatte, nach wenigen Jahren wieder in Frage gestellt werden sollte."[1)]

Damit betont G r o t j a h n das mittelparteiliche Element der MSPD, womit das Ja zur Weimarer Republik ausgesprochen ist: "Die deutsche Republik ist aus der Not der Zeit zwangsläufig entstanden. Von kräftiger Hand planmäßig geschaffen ist sie nicht. Aber vielleicht bietet gerade solche Entstehung eine Bürgschaft für ihren dauernden Bestand, während die russische Sowjetrepublik viel zu doktrinär konstruiert ist, als daß sie sich in ihrer ursprünglichen Form zu erhalten vermöchte. was in den Freiheitskriegen gegen Napoleon I. sich leise andeutete, in der Paulskirche 1848 nicht gelang, von Bismarck mit den Mitteln eines nicht mehr zeitgemäßen Absolutismus nur stückweise erreicht wurde, vollendete der Zusammenbruch im Jahre 1918 - die langersehnte Einheit Deutschlands. Denn wenn auch Österreich den politischen Anschluß nicht erreichte, so sieht es doch als rein deutsches Land die kulturelle Vereinigung mit Deutschland und der deutschen Schweiz besser als früher gewahrt. Die Novembertage und was ihnen folgte, brachten keinen Umsturz, sondern einen Absturz, bei dem die Rechtssozialisten das Sprungtuch hielten, um die noch brauchbaren Stücke des Staatswesens aufzufangen." [2)]

---

1) Ebd., 216.

2) Ebd., 206.

Alfred G r o t j a h n s Bekenntnis zur Republik ist nur ein allgemeines, zu einzelnen Verfassungsfragen nimmt er keine Stellung und die Frage der Staatsform ist für ihn nicht von Belang: die Monarchie war von selbst eingestürzt, einen neuen demokratischen Staat galt es unter Wahrung der Reichseinheit aufzubauen. Dies alles ist unter der Führung der MSPD, die sich überspannter sozialistischer Maßnahmen enthielt, geschehen.[1)]

Einzelheiten sind für G r o t j a h n nicht Gegenstand der Reflexion.[2)] Sein politisches Bewußtsein ist der Politik der MSPD konform, zumal diese in seinen Augen echtes Nationalgefühl zeigte.[3)] Für die Reichstagswahlen von 1920 wurde G r o t j a h n als Kandidat der SPD aufgestellt und gewählt.[4)] Von

---

1) Vgl. ebd., 215: "In den Jahren kurz nach dem Kriege haben die Mehrheitssozialisten es in bewundernswerter Weise verstanden, sich auf Wirklichkeits- und Gegenwartspolitik einzustellen. Geradezu vorbildlich verbanden sie echtes Nationalgefühl mit demokratischem Wollen. Daß sie sich nicht in unüberlegte und letzten Endes unausführbare Sozialisierungsversuche einließen, war ebenfalls richtig. Denn politische Revolutionen können nicht gleichzeitig auch wirtschaftliche Umwälzungen sein. Die Revisionisten, die in der Vorkriegszeit sich nicht hatten durchsetzen können, aber schon beim Kriegsbeginn tonangebend geworden waren und damals auch eine im wesentlichen richtige Politik gemacht hatten, ergriffen nach dem Zusammenbruch die Zügel, retteten die Reichseinheit und bauten die Staatsgewalt von neuem auf.

2) Außer seinen Lebenserinnerungen hat Grotjahn nichts veröffentlicht, woraus sich sein politischer Standort näher beschreiben ließe. Zu nennen ist nur eine Broschüre aus der Kriegszeit m.d.Titel: "Die hygienische Forderung," Königstein i.T. 1916.

3) Vgl. ebd., 206, Tagebucheintragung vom 1o. Mai 1919: "Großartige allgemeine Kundgebungen gegen den Friedensentwurf, den uns die Entente zumutet. Jetzt bildet sich das, wovon ich schon in meinen Studentenjahren geträumt habe - eine Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Demokratie."

4) Vgl. Erlebtes und Erstrebtes etc., 217: "Für die Mitarbeit an manchen Aufgaben, die eine ins einzelne gehende Anteilnahme der großen sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen an der lebhaften gesetzgeberischen Tätigkeit des Reichstages erforderten, machte sich der Mangel eines Arztes innerhalb der mehrheitssozialistischen Fraktion geltend. Als daher die Kandidaten zur Reichstagswahl vom 16. Mai 1920 aufgestellt wurden, bot mir der Parteivorstand einen Platz auf der Reichsliste an."

seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter teilt er noch folgende Gedanken zur Politik mit: "Während in den Ausschüssen des Reichstages fleißig und glücklich gearbeitet und viel Schutt aus früheren Zeiten beseitigt und durch eine sozial gerichtete Gesetzgebung ersetzt wurde, herrschte in der äußeren Politik noch der brutale Vernichtungswille der Entente. Denn im März 1921 war die erste Sanktion in Gestalt der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort verhängt, im Mai des gleichen Jahres das Londoner Ultimatum mit seinen unsinnigen Forderungen ergangen und im Oktober die ungerechte Teilung Oberschlesiens erfolgt. Auch nicht den geringsten kleinen Erfolg gönnte die Entente der jungen Republik und führte so große Teile des Volkes wieder den Rechtsparteien zu. Immerhin, der namentlich von Frankreich stets wiederholte Versuch, das Reich durch Abtrennung der Rheinlande, der Pfalz und Bayerns zum Auseinanderfallen zu bringen, gelang nicht. Das Hauptverdienst an der Erhaltung der Reichseinheit haben in dieser schweren Zeit zweifellos die Mehrheitssozialisten unter E b e r t s persönlicher Führung und das Zentrum, in dem nach anfänglichem Schwanken bei einigen rheinischen und bayerischen Anhängern schließlich doch bald der Reichsgedanke siegte und dann mit großer Entschlossenheit vertreten wurde. Die nackte Existenz des Reiches ist damals von den ehemaligen "Reichsfeinden" B i s m a r c k s , den Sozialdemokraten und den Katholiken, gerettet worden, trotzdem immer neue Aufstände und Putsche von links oder rechts Verwirrung stifteten."[1)]

f) Gustav R a d b r u c h

Die politische Gedankenwelt des Strafrechtlers und Rechtsphilosophen Gustav R a d b r u c h (1878-1949) ergibt sich für die Nachkriegszeit aus 3 Schriften: der Flugschrift "Ihr jungen Juristen!"+1), "Kulturlehre des Sozialismus"+2) und seinen Le-

1) Ebd., 218 f.

benserinnerungen.+3) [1]
Gustav R a d b r u c h war im Kriege Offizier gewesen und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. In seinen Lebenserinnerungen bemerkt er dazu, daß ihm "aus dem Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft das Wesen des Klassenstaates erst recht anschaulich wurde"[2] und in seiner politischen Überzeugung befestigt habe. Nach dem Kriege war R a d b r u c h bei der MSPD politisch aktiv. Von 1920-1924 war er MdR und vom Oktober 1921 bis November 1922 (zur Zeit der Konferenzen von Cannes und Genua und des Rathenaumordes) und noch einmal 1923 Reichsjustizminister.[3]

Die Mitarbeit eines Universitätslehrers in der Sozialdemokratischen Partei war damals noch nichts Selbstverständliches, da sich diese noch als reine Arbeiterpartei verstand und somit ihren Mitgliedern mit bürgerlichem Beruf und bürgerlicher Lebensweise fremd gegenüberstand. R a d b r u c h charakterisiert seine Position innerhalb der Partei wie folgt: "Das Mißtrauen der Parteigenossen gegen den Akademiker hat seinen guten Grund:

---

1) +1) o.J. (Berlin 1919).

+2) 1.Aufl. 1922, 2.Aufl. 1927; unsere Zitate beziehen sich auf die Neuausg. Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen, hrsg. v. August Rathmann, Berlin 1949.

+3) Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Stuttgart 1951. Zu nennen ist ferner noch G. Radbruch/P. Tillich: Religionsphilosophie der Kultur, Berlin 1919.

2) Der innere Weg etc., a.a.O., 113; ebd., 111 heißt es auch: "Einmal war ich sogar in Gefahr, zum Unterrichtsoffizier ernannt, d.h. mit der "Aufklärung" der Soldaten über die militärische und Politische Lage betraut zu werden. Als ich schon ernannt, sogar im Bataillonskasino schon weggefeiert war, wurde diese Ernennung zurückgenommen. Der Regimentsadjutant hatte entdeckt, daß ich 'rot' sei, wohl weil ich, übrigens mit großer Freude, die Mannheimer Volksstimme regelmäßig las. Das war im September 1918."

3) Radbruchs wissenschaftliche Laufbahn begann 1904 in Heidelberg, wo er bis 1914 Privatdozent war. 1914 wurde er a.o. Professor in Königsberg. Seine Berufung 1919 auf ein Ordinariat in Kiel verdankte er dem damaligen Staatssekretär im preußischen Kultusministerium Carl Heinrich Becker. Radbruch war 1933-1945 von seinem Amt von den Nationalsozialisten entfernt worden. Als Schüler Franz von Liszts war er Vorkämpfer einer humanen und sozialen Strafrechtspflege.

die existentielle Bindung ist fester als je eine ideelle Bindung sein kann, die Bindung an die Arbeiterpartei durch das feste Band einer proletarischen Existenz ist viel dauerhafter und unveränderlicher als die geistige Bindung durch die Idee. Die Idee gehört dem flüssigen Aggregatzustande an, bildet sich leicht um und fort und kann zu mancherlei Wandlungen und Überraschungen führen. Deshalb sind zu den Führerstellen einer Arbeiterpartei nur solche berufen, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, der Intellektuelle aber hat sich nur zu fühlen als fachlicher Berater des politischen Führers. Weil ich meine Stellung in diesem bescheidenen Sinne auffaßte, habe ich als Sozialdemokrat niemals die Schwierigkeiten gehabt wie wohl andere Akademiker, sondern bei den Genossen immer Vertrauen und Sympathie gefunden."[1)]

Gustav R a d b r u c h s sozialistische Überzeugung war von den Ereignissen der Revolution nicht unbeeinflußt geblieben; sein politischer Standort wurde in dieser Zeit fixiert. Seinen Eintritt in die aktive Politik beschreibt er so: "Welch(es) ... Bild zeigte sich mir, als ich in den tollen Wirbel eintrat, den Berlin in den ersten Revolutionsmonaten darstellte. Es war ja die Zeit der politischen Unruhen, die Zeit des Mordes an Karl L i e b k n e c h t , dem ich, ohne seine politischen Ansichten zu teilen, menschlich nahegestanden hatte. Es war die Zeit, wo mannigfache politische Ideen leidenschaftlich miteinander kämpften und Stellungnahme verlangten. Damals erst nahm meine Abneigung ihr Ende, den Reichtum der Möglichkeiten für eine begrenzte Wirklichkeit, die Fülle der Widersprüche für eine feste Überzeugung dahinzugeben. Auf politischem Gebiete bildeten sich bei mir jetzt feste demokratische und sozialistische Überzeugungen, und in ihrem Dienste kam endlich die bisher unverwendbare aufgestaute Aktivität und Produktivität kräftig zum Durchbruch. Ich erstaune nachträglich selbst, wenn ich mir wieder zum Bewußtsein bringe, an welcher Mannigfaltigkeit von Zeitproblemen ich damals tätigen Anteil nahm, und ich führe ja nur einen kleinen Teil davon an, wenn ich sage: Meine Bemühungen um die werdende Reichsverfassung, um die Verankerung der Sozia-

---

1) Der innere Weg etc., a.a.O., 135 f.

lisierung in ihr, um die verfassungsmäßige Garantie, um den staatsbürgerlichen Unterricht in den Schulen, um die Völkerversöhnung als eins der Ziele des Schulunterrichts."[1]
An Dieser Stelle fügen wir eine Episode im Leben R a d b r u c h s aus der Revolutionszeit ein, die geeignet ist, das Kolorit auf dem Erlebnishintergrund der Umwälzung deutlich schillern zu lassen. R a d b r u c h s Kampfvortrag "Ihr jungen Juristen" erregte nämlich das Ärgernis seines Kieler Kollegen Gerhard von B e s e l e r [2] und es kam zu einem Streitgespräch der beiden Kontrahenten vor der Studentenschaft. In seinen Lebenserinnerungen berichtet R a d b r u c h weiter: "Als isch meine politische Wirksamkeit im Reichstag begonnen hatte, verweigerte mir dieser seltsame Mann bei Begegnung den Gruß und es kam zu einer grotesken und ärgerlichen Szene zwischen uns auf der Straße ..." [3]

R a d b r u c h s Revolutionserlebnis hat sich in seiner Flugschrift "Ihr jungen Juristen!" niedergeschlagen, in der er aus der Revolution Folgerungen für das Rechtsleben zu ziehen versuchte. Der 9. November bedeutete ihm den Anbruch einer neuen Zeit, die alte Zeit war für ihn "am 9. November mit einem Schlage unwiederbringlich versunken";[4] daher wird dieser Zeit

---

1) Ebd., 129.

2) Bei Radbruch ist kein Name genannt, es muß sich aber um Gerhard v. Beseler (geb. 1878), o. Hon. Prof. für röm. Recht und bürgerl. Gesetzbuch handeln. Sein Vater Maximilian v. Beseler (1841-1921) war von 1905-1917 preußischer Justizminister und Mitgl. des Herrenhauses.

3) G. Radbruch: Der innere Weg, Aufriß meines Lebens, Stuttgart 1951, 132 f.; Aus der Zeit des Kapp-Putsches berichtet Radbruch über Beseler weiter: "Er wurde am ersten Tage, dem 13. März 1920, in einer dramatischen Szene durch den Admiral v. Levetzow, Stationskommandant während der Putschtage, verhaftet ("Schutzhaft"), als er, gemeinsam mit dem Staatsrechtler Dr. Heller, auf der Werft bemüht war, die den anrückenden Soldaten gegenüberstehenden, gleichfalls bewaffneten Arbeiter am Blutvergießen zu verhindern.(Ebd. 133) (Hermann Heller, geb. 1891, wurde 1920 Privatdozent in Kiel, später in Leipzig, Heller war Sozialdemokrat).

4) Ihr jungen Juristen, a.a.O., 3; Die Grundgedanken der Flugschrift finden sich wieder in: Die Reform des Strafrechts, DAS NEUE DEUTSCHLAND, Jg.7 (1918/19), 319 ff.

keine Beachtung mehr geschenkt und kaum den Ursachen nachgegangen, die ihren Zusammenbruch verursacht haben. R a d b r u c h richtet seinen Blick auf die Zukunft, von der er ein Bild der sozialistischen Gesinnungseinheit entwirft: "Der Geist des kapitalistischen Zeitalters konnte nicht anders als vielgestaltig sein. Vielfältiges Angebot und vielfältige Nachfrage suchten einander, keine übergeordnete Macht gebot Einheit. Der Sozialismus aber bedeutet auch die Sozialisierung des Geistes. Der Luxus des Geistes und der Formen wird von den Einzelnen auf die Gemeinschaft übergehen. Wieder werden wie im Mittelalter Dom und Rathaus als der teure Gemeinbesitz aller erhaben und ziervoll zwischen schmucklosen Wohnungen ragen, und was der Geist an Fülle verliert, wird er an Einheit gewinnen: es wird, nicht heute und morgen, aber vielleicht dereinst, wieder ein Styl sein."[1] Die Revolution, so fährt R a d b r u c h fort, werde besonders eine neue Generation der Juristen erfordern: "Der Weg des jungen Juristen zu seinem Berufe ist mehr denn irgendwann zuvor ein Weg ins Ungewisse zu einem Ziel, das man kaum ahnen kann, durch einen Lehrgang, dessen Einrichtungen von ihm noch garnichts ahnen. Denn darüber kann kein Zweifel sein: der soziale Volksstaat fordert einen ganz neuen Typus des Juristen, eine völlig neue Berufsauffassung und Berufsstellung. Die Revolution begann als eine Auflehnung gegen den Offizier. Sie setzt sich fort als eine Revolution gegen den anderen Herrenstand von gestern: die Juristen."[2]
R a d b r u c h redete sodann einer Revolution der Rechtswissenschaft das Wort, indem er sich scharf gegen die historische Rechtsschule wandte: "Das Naturrecht, das in der französischen Revolution auf der Höhe seiner Macht stand, hatte mit der Restauration der Historischen Schule das Feld räumen müssen: ihre hundertjährige Herrschaft über die Rechtswissenschaft, schon vor dem Weltkriege in wachsendem Maße bestritten, ist mit der russischen-deutschen Revolution unwiderruflich zu Ende gegangen."[3]

---

1) Ebd., 3.
2) Ebd., 4.
3) Ebd., 7.

Aus dem, was gewesen ist, könnten keine Normen darüber abgeleitet werden, was sein soll. Denn Angriff gegen die historische Rechtsschule verband R a d b r u c h mit einem Angriff gegen den Rechtspositivismus, der über Sinn, Zweck und Norm der Rechtordnung nachzudenken nicht für nötig erachtet: "Der juristische Positivismus, dem Recht nichts als Staatswillkür, Rechtssinn nichts als Gehorsam war, dieser Götzendienst der Macht bedeutete die juristische Teilerscheinung des realpolitischen, des machtstaatlichen Zeitalters."[1)]

Demgegenüber stellte R a d b r u c h die Auffassung, daß die Jurisprudenz die Normen des Rechts selber aufzufinden habe, d.h. der Rechtsphilosophie mehr Raum zu geben sei. Das Recht, so führte er aus, sei um eines Zweckes willen verordnet und könne daher nicht, wie der Rechtspositivismus wolle, gegen diesen Zweck isoliert und als abgeschlossene Welt (Selbstzweck) sich in eigener Gesetzmäßigkeit weiterleben. Vielmehr müsse die Korrelation zur Politik wieder hergestellt werden. Indem R a d b r u c h einerseits die Normen des Rechts aus Philosophie und Ethik, von der "Höhe letzter Grundsätze"[2)] herleiten wollte, präsentierte er sich als Naturrechtler. Indem er andererseits die Verbindung zur Politik verlangte, forderte er nichts weniger als die Aufhebung der Gewaltenteilung und zwar expressis verbis: "Obrigkeits- und Klassenstaat, Mißtrauen, Gewaltenteilung und starre Rechtsform gehören ebenso zusammen, wie auf der anderen Seite sozialer Volksstaat, Vertrauen, Gewaltenverbindung und unstarre Rechtsform. Das Recht hört auf mit blindem Gehorsam nur als Staatswille aufgefaßt zu werden, wird vielmehr in schöpferischer Mitarbeit als eine Ordnung zum gemeinen Besten betrachtet und Rechtspflege wird zu einer Art sozialer Fürsorge."[3)]

Für die Ausbildung der Juristen hatte eine solche Forderung praktische Konsequenzen, indem sie in Richtung auf die Universitätsreform zielten. Nicht nur die Einführung der Fächer

---

1) Ebd., 13.
2) Ebd., 8.
3) Ebd., 5.

Rechtsphilosophie und Rechtspolitik wurde von R a d b r u c h gefordert, sondern die philosophisch-politische Durchdringung aller juristischen Fächer.

R a d b r u c h s Entwurf einer neuen juristischen Wissenschaft war nicht normativ-abstrakt. Die allgemeinen Grundsätze der Rechtsordnung sollten vielmehr durch ihre "Bewährung an Einzelfragen"[1] erprobt und belebt werden. Das bedeutete ein ständiges Korrespondieren zwischen dem sozialen Ideal und der sozialen Wirklichkeit. Demgemäß sind die Erfahrungswissenschaften bei R a d b r u c h für die Jurisprudenz ebenfalls von Belang, wobei er Volkswirtschaftslehre und Soziologie an erster Stelle nennt, aber "die Gesellschaftwissenschaft vom Rechte", so R a d b r u c h , "die Wissenschaft nicht von den Rechtssätzen, sondern von der Rechtswirklichkeit, muß erst noch geschaffen werden".[2]
Das war der Inhalt der von R a d b r u c h geforderten "praktischen Philosophie" als Norm für das Rechtsleben und der Punkt, wo er sich von einer abstrakten Naturrechtsphilosophie unterscheidet.

Die hier von R a d b r u c h geforderte Rechtswissenschaft war eine hermeutisch-pragmatische, die ihre Normen in der Wirklichkeit aufsucht, d.h. in einer konkreten historischen Situation. R a d b r u c h übersah dabei aber, daß sich historische Situationen wandeln, die normative Kraft mithin gleichfalls wandelbar wird und das ganze System damit wiederum in einen Positivismus einmündet. R a d b r u c h s Abwehrstellung gegen den Rechtspositivismus verliert damit ihren Sinn ebenso wie sein Kampf gegen die historische Schule nicht mehr einsichtig ist, da das "was sein soll" nicht ausschließlich aus einer gegebenen historischen Wirklichkeit erwachsen kann, da diese Wirklichkeit ihrerseits Elemente der voraufgegangenen historischen Situation enthält. Aber an dieser Stelle offenbart sich R a d b r u c h s revolutionäres Denken, das eben in der Situation von 1919 jede historische Kontinuität zugunsten eines

---

1) Ebd., 8.
2) Ebd., 9, Hervorhebung v. Verf.

völlig neuartigen "sozialen Volksstaates" ausklammern wollte.

Die nur 14 Seiten starke, aber inhaltsreiche Flugschrift R a d b r u c h s aus dem Jahre 1919 verdient deshalb eingehende Beachtung, weil sie in mehrfacher Hinsicht bedeutsam ist. Man kann mit gutem Grund die Auffassung vertreten, daß aus der Sicht der Rechtswissenschaft die Zeitgeistforschung unergiebig sei. Soweit sich die Rechtswissenschaft als positivistisch versteht, hat dies zweifellos seine Gültigkeit. Auf die Situation von 1918 angewandt bedeutet dieser Sachverhalt, daß der Übergang von der Monarchie zur demokratischen Republik in der Staatsrechtslehre sich nicht notwendig emotionsgeladen niederschlägt. So ist an den Kommentaren zur Weimarer Verfassung nicht unbedingt der politische Standort seiner Autoren ablesbar, da vom Standpunkt des Positivismus aus auch eine innerlich abgelehnte Verfassung, da positiv geltendes Recht, sachgemäß kommentiert werden kann, auch wenn der Objektivität in jeder Wissenschaft Grenzen gesetzt sind. Ein Kommentar dieser Art wird sich auf formale Hinweise unter Ausschluß der historisch-politischen und gesellschaftlichen beschränken.

Dieser Sachverhalt trifft aber nicht mehr zu, wenn der Standpunkt des Rechtspositivismus verlassen wird und die Rechtswissenschaft sich, wie bei R a d b r u c h an der Politik und der gesellschaftlichen Wirklichkeit orientieren will. Sie gerät damit in den Ablauf des historischen Geschehens und damit in die Abhängigkeit des Zeitgeistes und seiner Wandlungen. Gustav R a d b r u c h sah aufgrund der Revolution eine Wandlung der sozialen Wirklichkeit zugunsten des sozialistischen Volksstaates, aber in noch unvollkommener Weise. Daher leitete er aus dieser (unvollkommenen) Wirklichkeit das zu erstrebende Ideal ab, wirbt für den Staat der Zukunft und wird dadurch, nota bene vom Standort der Rechtswissenschaft aus unmittelbar politisch, indem er der aufsteigenden Arbeiterklasse ebenso ein neues Rechtsbewußtsein[1] vermitteln will wie den Juristen, wo-

1) Vgl. ebd., 13: "Allzulange hat die materialistische Geschichtsauffassung einseitig betont, daß die jeweilige Rechtsordnung nur der Ausdruck des jeweiligen Kräfteverhältnisses im Klassenkampfe in der Form Rechtens sei, ohne hinzuzufügen,

bei das neue Rechtsbewußtsein in der (allgemeinen) Weltanschauung ihren Grund haben sollte: "Aus bloßer Dienstbarkeit einer zufälligen Menschensatzung befreit, unter die Herrschaft letzter weltanschaulicher Grundsätze gerückt und in den Zusammenhang der farbigen und lebendigen Wirklichkeit gestellt, wird künftig die Rechtswissenschaft zwei entgegengesetzte Lebensgefühle des jungen Mannes, die sich bisher beide gleichermaßen enttäuscht von ihr abwandten, zugleich an sich ziehen: jugendlichen Idealismus und jugendlichen Wirklichkeitshunger, kann sie wieder werden, wie der Römer sie pries: divinarum atquo humanarum rerum notitia."[1)]
Und R a d b r u c h läßt keinen Zweifel daran, welchen Staat er meint, der eine neue Rechtsordnung schaffen solle, nämlich den sozialistischen, wobei die eben eingeführte demokratische Republik nur als eine höhere Stufe in der Evolution dahin zu gelten hat: ... wenn die formale Demokratie, die Stimmzettel-demokratie , unter einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zunächst gewiß nur eine neue Rechtsform des kapitalistischen Klassenstaates ist, so eröffnet sie eben als eine Rechtsform unvermeidlich zugleich die Möglichkeit, die Diktatur des Proletariats in dem legitimen Sinne einer Stimmzettelmehrheit aufzurichten und so den Klassenstaat unaufhaltsam zu einem sozialistischen Gemeinwesen umzugestalten.[2)]

Es ist nun die Frage, wieweit das juristisch-politische Denken R a d b r u c h s für die Rechtswissenschaft, zumal der Staatsrechtslehre der Weimarer Republik als repräsentativ gelten kann, d.h. ob die Abkehr vom Rechtspositivismus als Grundlage für ein neues Staatsbewußtsein weiter verbreitet war, oder ob R a d b r u c h s Gedanken eine singuläre Erscheinung sind. In der zeitgeschichtlichen Forschung ist der Versuch unternommen worden, das Aufgeben des Positivismus als Erscheinung des antide-

---

Forts.der Fußn.1) von S.
daß diese Überführung der Klassenherrschaft in die Form Rechtens nicht eitel Spiegelfechterei ist, daß vielmehr die Rechtsform, die das Klasseninteresse sich gibt, sich fortan nach ihren eigenen Gesetzen entfaltet - möglicherweise gegen dasselbe Klasseninteresse entfaltet, dem sie ihren Ursprung dankt."

1) Ebd., 9.

2) Ebd., 13.

mokratischen Denkens dazustellen.[1] Der Wiener Staatsrechtler Hans K e l s e n hatte den Positivismus noch einmal auf die Spitze getrieben[2] und zum Protest der aus dem Rechtspositivismus herausdrängenden Staatsrechtler herausgefordert, wie es sich in den jährlichen Tagungen der "Vereinigung der deutschen Staatsrechtler" spiegelt. Zu den Antipositivisten gehörte vor allem Erich K a u f m a n n ,[3] der vor allem das Fehlen der metaphysischen Komponente in der Staatsrechtslehre herausstellte. In den späteren Jahren der Weimarer Republik gewann die neumehr idealistische Methode zunehmend an Bedeutung und fand ihre prominentesten Vertreter in Rudolf S m e n d [4] und Carl S c h m i t t , der gegen den hergebrachten Rechtspositivismus mit der soziologischen Methode aushöhlte und von einer Krise des Parlamentarismus sprach.[5]

---

1) So Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 2.Aufl., München 1964, bes. 79 ff.

2) Hans Kelsen: Der soziologische und der juristische Staatsbegriff, Tübingen 1922.

3) Kritik der neukantischen Rechtsphilosophie, Tübingen 1921.

4) Smend vertrat diese Haltung erst am Ende der zwanziger Jahre: Verfassung und Verfassungsrecht, München-Berlin 1928.

5) Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin-München 1923, 2.Aufl., München-Leipzig 1927. Carl Schmitt deckte die Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit des Parlamentarismus auf. Richard Thoma hatte ihm (Arch. f. Sozialwissensch., Bd.53 (1925), 212 ff.) vorgehalten, daß er irrigerweise Diskussion und Öffentlichkeit für die wesentlichen Prinzipien des Parlaments halte. Die Antwort Schmitts lautet in der 2. Aufl.:
"Alle spezifisch parlamentarischen Einrichtungen und Normen erhalten erst durch die Diskussion und Öffentlichkeit ihren Sinn. Das gilt insbesondere von dem verfassungsmäßig heute offiziell noch anerkannten, wenn auch praktisch kaum noch geglaubten Grundsatz, daß der Abgeordnete von seinen Wählern und seiner Partei unabhängig ist; es gilt von den Vorschriften über Redefreiheit und Immunitäten der Abgeordneten, über die Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen usw. Diese Einrichtungen werden unverständlich, wenn das Prinzip der öffentlichen Diskussion keinen Glauben mehr findet." (7)

Wissenschaftsgeschichtlich ist die Position R a d b r u c h s für eine neue aus dem Positivismus herausdrängende Richtung der Staatsrechtswissenschaft (und darüberhinaus der gesamten Jurisprudenz) also ohne Zweifel repräsentativ. Es erhebt sich aber nun die Frage, was dieses Phänomen für das politische Bewußtsein der frühen Weimarer Republik zu bedeuten hat, genauer: welcher politischen Richtung kann dieses Phänomen zugeordnet werden? R a d b r u c h warb für den sozialen Volksstaat, die wie auch immer beschaffene Republik. Und Erich K a u f m a n n bekannte sich schon 1919 expressis verbis zu Republik und Demokratie. Seine Arbeit "Grundfragen der künftigen Reichsverfassung" hat sich ganz und vorbehaltlos auf den Boden der durch die Reformen des Prinzen Max eingeleiteten demokratischen Entwicklung unseres Verfassungslebens und der durch die Revolution geschaffenen, als Tatsache hinzunehmenden republikanischen Staatsform gestellt. Eine nähere Erörterung darüber, warum auch der Verfasser die demokratische Ausbildung unseres Verfassungslebens für notwendig hält, und von ihr eine Gesundung des politischen Lebens erhofft, sowie darüber, welche soziologischen Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung in diesem Sinne erfüllt sein müssen, ist zunächst unterblieben.[1)]
Andererseits ist unverkennbar, daß der neue "Rechtsidealismus", oder wie immer man die Erscheinung bezeichnen mag, bei den Gegnern der Republik später immer mehr Anhänger fand. Schon der sozialdemokratische Staatsrechtler H. H e l l e r hatte betont, "daß der neuen Auffassung von der Aufgabe des Staatsrechts keine einheitliche politische Gesinnung entspreche".[2)]
Die Zuordnung der wissenschaftsgeschichtlichen Erscheinung des Ungenügens am Rechtspositivismus entspricht also nicht einer bestimmten politischen Gesinnung. Das Schema Positivismus = pro, Antipositivismus = contra Republik und Demokratie würde den Sachverhalt verfälschen.[3)]

---

1) Erich Kaufmann: Grundfragen der künftigen Reichsverfassung, in: Im neuen Deutschland, hrsg. v. H. Jordan, Heft 6, Berlin 1919, 1.

2) K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken etc., a.a.O., 87. Heller: In: Veröff. d. Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, H.3, Tübingen 1927, 57.

3) Eine diesem Schema ähnliche These vertritt K. Sontheimer, wenn er a.a.O., 108 urteilt: "Es war die fast tragisch zu

Mit dem Rechtspositivismus war je die gesinnungsmäßige Verfassungstreue noch nicht notwendig gegeben, sondern allenfalls potentiell möglich; andererseits wurde die idealistische Richtung der Staatsrechtslehre nicht nur von der antidemokratischen Rechten vertreten.[1)]

Eine Formel wie pro oder antidemokratisch reicht hier also nicht aus und muß daher weiter gefaßt werden. Denn wir haben es bei dem zunächst wissenschaftlichen Phänomen mit einer durchgehenden Erscheinung des Zeitgeistes zu tun, das unabhängig von der politischen Gesinnung von rechts bis links feststellbar ist. Wenn man diese Erscheinung als "idealistisch" bezeichnen will, bedarf dies noch der näheren inhaltlichen Bestimmung. Gustav R a d b r u c h gebraucht in seiner Flugschrift an mehreren Stellen abwertend den Ausdruck "formale Demokratie" oder "Stimmzetteldemokratie".[2)]
Wenn er andererseits durch ein neues Rechtsbewußtsein der Revolution Inhalt und Ideal geben wollte, "unter die Herrschaft letzter weltanschaulicher Grundsätze gerückt,[3)] so drückt sich

---

Forts.d.Fußn.3) von S. *184*

nennende Situation der Verfassungslehre in der Weimarer Republik, daß der Kampf gegen die veraltete liberale bzw. positivistische Staatslehre gleichzeitig zu einem Kampf gegen die liberale Verfassung führte."

1) Die folgende These Sontheimers, a.a.O., 106 f. bedarf also der Einschränkung, wenn die Äußerungen Radbruchs, Hellers u.a. nicht ausgeklammert werden oder in den nationalistischen Antidemokratismus eingereiht werden sollen: "Wenn der Positivismus wie eine leere Hülse ist, in die ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit, Gemeinwohl und ordnungsstiftender Funktion des Staates alles Mögliche eingeschoben werden kann und der Verfassungsjurist mithin zum treuen Diener jedweder Macht erniedrigt wird, so konnte sich die antipositivistische Staatslehre der Weimarer Jahre in ihrem forcierten Versuch einer völligen Neubegründung der Disziplin nicht ausreichend gegen die Versuchung abschirmen, den Staatsgedanken weltanschaulich aufzufüllen und die notwendige Forderung nach Sinngebung und Wertmaßstäben in Übereinstimmung mit der gegen das Weimarer Regime gerichteten nationalen Bewegung zu erfüllen."

2) Ihr jungen Juristen, a.a.O., 13 u. ö.

3) Ebd., 9.

darin ein Mangelgefühl der Zeit aus: Ungenügen am Formalen und das Bekenntnis zu geistigen Inhalten allgemeingültiger Art. Für R a d b r u c h bedeutete das die Einheit der sozialistischen Weltanschauung, aus der heraus die Politik gestaltet werden sollte. Der Begriff "Volksgemeinschaft" setzte diese Einheit voraus. Johann P l e n g e s Begriff der Volksgemeinschaft bedeutete Arbeitsgemeinschaft. R a d b r u c h ging noch einen Schritt weiter, indem er das staatliche Zusammenleben in einer Rechtsordnung auf die gemeinsame Weltanschauung und damit politische Gesinnungseinheit gründen wollte. R a d b r u c h sprach dabei vom sozialistischen Staat der Zukunft, die gegenwärtige "Formaldemokratie" war ihm nur Durchgangsstadium, wie er sich auch für die Verankerung der Sozialisierung in der Weimarer Reichsverfassung einsetzte.[1)]

Dem entspricht die Parteienlehre Gustav R a d b r u c h s , die einen weltanschaulichen Ausgangspunkt hatte. Der Kampf der politischen Parteien ist ihm letztlich ein weltanschaulich orientierter zwischen den Extremen einer kollektivistischen und einer individualistischen Staatsauffassung. Konsequenterweise sah er denn auch zwischen Liberalismus und Demokratie: in der Demokratie opfere der Liberalismus das Interesse des Einzelnen dem Willen der Mehrheit (also der Niederbruch des klassischen Liberalismus): "In dieser prinzipiellen Stellungnahme sind nach R a d b r u c h bürgerliche und soziale Demokratie nicht geschieden, der Unterschied liegt bei ihnen nur in der konkreten Bestimmung der Ziele, der Mittel und des Maßes der Staatstätigkeit."[2)]
Die Weimarer Demokratie konnte daher für R a d b r u c h aber dennoch nicht das Ideal sein, sondern nur Vorstufe der sozialistischen Demokratie. Immerhin hat er sich zum Weimarer Staat bekannt un der soziologischen Wirklichkeit angemessen vom Weltanschauungskampf weg zur Befürwortung Arbeitsgemeinschaft, d.h. zur bürgerlich-proletarischen Koalition gefunden: "Nur das Koa-

---

1) Der innere Weg, a.a.O., 129.

2) So urteilt der Zeitgenosse Radbruchs Otto Koellventter: Die politischen Parteien im modernen Staate, Breslau 1926,33.

litionssystem, nur die Verbindung bürgerlicher und proletarischer Parteien in der Regierung, verbürgt dem Kurs des Staatsschiffes die Stetigkeit. Aber auch vom sozialistischen Standpunkt aus sind rein sozialistische Regierungen nicht erwünscht. In einer Gesellschaft, in der die Macht zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch geteilt, und zwar zu recht ungleichen Teilen geteilt ist, täuscht eine rein sozialistische Regierung eine Macht der Arbeiterschaft vor, welche nicht besteht, erweckt sie Erwartungen, die notwendig getäuscht werden müssen, bereitet sie Enttäuschungen, die dem Einfluß der Arbeiterparteien Abtrag tun."[1)]

R a d b r u c h s Bekenntnis zur Republik und Demokratie gilt mit diesen Einschränkungen, wenigstens für seine politische Überzeugung aufgrund seines Revolutionserlebnisses. R a d b r u war im Kabinett Wirth zur Zeit des Rathenaumordes Justizminister. Die beiden Verordnungen zum Schutze der Republik gingen auf ihn zurück.[2)] Auf einer Hochschullehrertagung legte er 1926 ein entschiedenes Bekenntnis zur Republik ab: "In einer Republik und Demokratie kann auch die Rechtspflege nur republikanischen und demokratischen Geistes sein. So schwer dieser Satz auch angefochten worden ist, ich muß ihn folgerichtig doch heute durch einen zweiten ergänzen: In einer Republik und Demokratie kann auch die Rechtslehre nur repuplikanischen und demokratischen Geistes sein. Gesetze der Republik im Geiste der Republik auszulegen vermag aber nur, wer sich mit der Republik wo nicht befreundet, so doch abgefunden hat. Der erbitterte Feind der Republik kann auch ihre Gesetze nur etwa so lesen wie der Teufel die Bibel. So ist die Rechtswissenschaft ein Erkenntnisgebiet, auf dem die Gesinnung, die wir vertreten, sich berechtigterweise zur Geltung bringen darf - nämlich grade um richtiger Erkenntnis willen." [3)]

---

1) Kulturlehre des Sozialismus, a.a.O., 42.

2) Ebd., 161; vgl. dazu die eingehende Studie von G. Jasper: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930. Tübingen 1963.

3) In: Die Universitäten und der heutige Staat. Recht u. Staat in Geschichte und Gegenwart. H.44, Tübingen 1926, 35 f. Vgl. dazu Anhang S. [illegible] Nr. XXIX.

R a d b r u c h ist bei seiner Auffassung von 1919 nicht stehengeblieben. War ihm damals noch der neue Weimarer Staat etwas Vorläufiges, Durchgangsstadium zum eigentlichen sozialen Volksstaat - die Bezeichnung "Diktatur des Proletariats" wird nicht zurückgehalten, - so hatte er schon 1922 die Wandlung der Staatsideologie seiner Partei mitgemacht "seit der Sozialismus aus aussichtsloser Oppostion gegen den alten Staat zur Mitarbeit im neuen Staat berufen wurde".[1)]
Die Mitarbeit am Staat macht R a d b r u c h zu seinem Verteidiger: "Von der Demokratie handeln, heißt heute von der vielberufenen "Krisis der Demokratie" sprechen, wie sie mit Schadenfreude von den Gegnern, aber mit ernster Besorgnis auch von den Anhängern der Demokratie festgestellt wird. Will man den Grund dieser Krisis mit einer kurzen Formel bezeichnen, so mag man sie zurückführen auf den zum Erlebnis gewordenen Widerspruch zwischen der Soziologie und der Ideologie der Demokratie, zwischen dem Wunschbild der Demokratie, das die Väter des demokratischen Gedankens entworfen hatten, undder gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Demokratie sich darstellt."[2)]

Für die Gestaltung des politischen und des Rechtslebens hatte R a d b r u c h 1919 weltanschauliche Grundsätze verlangt, sich davon aber zugunsten einer relativistischen Auffassung wieder gelöst, denn er schreibt in seiner "Kulturlehre des Sozialismus": "Unsere Parteien sind nicht, wie man oft wohl sagt, zu sehr, sie sind umgekehrt zu wenig Interessenparteien. Eine Interessenpartei kann unbefangen sich zu einem Kompromiß bereit finden. Für eine Weltanschauungspartei ist jeder Abstrich von ihren grundsätzlichen Forderungen nahezu Verrat. Unsere Heraufsteigerung der Parteigegensätze zu Weltanschauungsgegensätzen hat den politischen Kampf zu einem Religionskrieg gemacht, der sich in lächerlicher und beschämender Weise bis in das Privatleben fortsetzt. Es wäre uns für unsere Politik zu wünschen ein Schuß Selbstironie, ein Schuß Relativismus, ein wenig deutschen Lebensgeistes, englichen Fairplays und französischer Grazie, und daß wir den Kampf nicht mit Knüppeln führten, sondern

---

1) Kulturlehre des Sozialismus, a.a.O., 35.
2) Ebd., 35.

mit Floretts."[1)]

Diese Haltung war aber nicht grundsätzlicher Art, sondern entsprang (staats-) politischer Einsicht. Der Relativismus war notwendig, solange der Sozialismus die staatliche Macht noch mit bürgerlichen Gruppen teilen mußte. Mit diesem Zustand fand sich R a d b r u c h ab und das charakterisiert auch sein Verhältnis zum Weimarer Staat. Seine Überzeugung blieb nach wie vor sozialistisch, d.h. der Sozialismus galt ihm mehr als die parlamentarisch-demokratische Republik, denn, so urteilte er: "Es drückt sich in der Gegenwart in demokratischen Formen die ungeheure Machtstellung des Kapitals ungehindert aus. Der alte Staat, der sich mit gewissen überkommenen sozialen Bindungen feudaler, militärischer, bürokratischer Art identifizierte und sie dadurch über ihre natürliche Lebensdauer hinaus galvanisierte, ließ eben deshalb die neue Macht des Kapitals nicht zu ungehemmter Entfaltung kommen. Erst in der Demokratie konnte der Hochkapitalismus hemmungslos in die Erscheinung treten. Aber die Demokratie ist wie eine Frau, die stets dem Stärksten gehört. Wie sie heute dem Kapitalismus willig Rechtsform und Sanktion darbietet, so wird sie ebenso widerstandslos einst dem Ausdruck einer sozialistischen Gesellschaftsordnung dienen. Das Verhältnis der Demokratie zum Sozialismus ist im wesentlichen das negative, daß sie auch der Machtverschiebung in der Richtung des Sozialismus keinerlei Widerstand entgegengesetzt - und schon das bedeutet unendlich viel, denn in jede andere Form des staatlichen Lebens sind starke Gegengewichte gegen eine solche Machtverschiebung eingefügt.
Demokratie ist fähig und willig, wie jeder Machtverschiebung so auch der außerparlamentarischen Machtverschiebung in der Richtung des Sozialismus zum politischen Ausdruck zu verhelfen,

---

1) Ebd., 43; vgl. auch in Die Universitäten und der heutige Staat, a.a.O., 34 f.: "Die Wissenschaft lehrt, daß keine Welt- und Wertanschauung, keine Staatsauffassung und Parteiansicht beweisbar, keine widerlegbar ist. Sie ist geeignet uns von jener Unduldsamkeit zu heilen, die in politischen Gegnern nur Toren oder Schurken sehen kann. ... Diesen Relativismus innerlich zu befestigen muß insbesondere die Aufgabe der Parteienlehre innerhalb der Staatsbürgerkunde sein." Vgl. ferner G. Radbruch: Rechtsphilosophie, 4.Aufl. hrsg. v.E. Wolf, Stuttgart 1950, 100 ff.

und wenn heute, was von außen Demokratie heißt, wenn innen Kapitalismus ist, so kann einstmals die Form der Demokratie sozialistische Gemeinschaft als ihren Inhalt in sich aufnehmen. Auf diesen ihren möglichen Inhalt muß sich die neue Ideologie der Demokratie richten. Ging die alte Demokratie auf Freiheit und Gleichheit, so geht die neue auf Gemeinschaft und Führertum. Bedeutete die alte Ideologie "Gleichheit alles dessen, was Menschantlitz trägt", so bedeutet die neue nahezu das Gegenteil davon, nämlich "Führerauslese"."[1)]

Gustav R a d b r u c h war kein Doktrinär, dem sein staatspolitisches Ideal pseudoreligiöses Dogma gewesen wäre. Indem er aber von der soziologischen und geistesgeschichtlichen Wirklichkeit ausging, fand er sich in die gegebenen Verhältnisse hinein. Die politische Wirklichkeit brachte ihn zu der Erkenntnis, daß die Soziologie der Demokratie von der Ideologie des isolierten Individuums sich zugunsten der Kollektivismen entwickelt hatte. In diesem Stadium war seinem Ideal des einen Kollektivismus nicht auf der weltanschaulichen Basis näherzukommen, sondern auf der interessenpolitischen, welche die Entwicklung zum einen Kollektivismus hin offenließ, bzw. erhebliche Chancen bot. Daher seine Befürwortung der Parteientwicklung aus einer Organisation streitender Parteiideale zu einer solchen der streitenden Klasseninteressen. Durch Ausschaltung einer tieferen Idee hatte diese Konzeption freilich keinen Inhalt.[2)]

---

1) Kulturlehre des Sozialismus, a.a.O., 38 f. Hervorhebung von Verf.

2) Dies erfüllte Radbruch freilich mit Unbehagen. In seiner Kulturlehre des Sozialismus, a.a.O. [illegible], versuchte er dennoch das Lebendige an der "Interessendemokratie" zu sehen: "So stellt sich die Demokratie wie alles Lebendige nicht dar wie eine wohlausgeklügelte und gut eingeölte Maschine, sondern als eine Vielfalt miteinander ringender Widersprüche, die ihrerseits die Klugheit und Geschicklichkeit lebendiger Menschen zu ihrem Ausgleiche von Fall zu Fall fordert. Und das ist, meine ich, das Beste, was man von ihr sagen kann. Den Krisenmachern der Demokratie aber wollen wir scharf in die Augen sehen und sie fragen, ob ihnen an der Demokratie oder an der Krise gelegen ist,

woraus sich R a d b r u c h s abfällige Verwendung des Ausdrucks "Formaldemokratie" erklärt. Der Aufschub des sozialen Volksstaates ad Kalendas Graecas und die Erkenntnis der Notwendigkeit des weltanschaulichen Relativismus in der Politik machten Gustav R a d b r u c h zum Demokraten aus Staatsräson. Damit rückt er in die Nähe des "Vernunftrepublikaners" Friedrich M e i n e c k e .

Überblickt man die Varianten der als "Sozialismus" bezeichneten politischen Ideen, so fällt zunächst die breite Differenzierung der Inhalte dieses Begriffs auf. Auf der Parteilinie liegen dabei Karl B a l l o d (USPD) und Alfred G r o t j a h n , (MSPD), auch Gustav R a d b r u c h , der aber viel zu sehr selbständiger Denker war, als daß mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm schon sein ganzes politisch-weltanschauliches Bewußtsein ausgedrückt wäre. Franz O p p e n h e i m e r und Robert W i l b r a n d t haben ihren "Sozialismus" aus ihrer volkswirtschaftlichen Theorie entwickelt.

Nun ist gerade bei den "Sozialisten"[1] die Frage nach ihrem Verhältnis zu der von der Revolution geschaffenen neuen staatlichen Ordnung zu stellen, denn gerade von ihnen müßte man die Selbstidentifikation mit dem neuen Staat erwarten. Weitgehend der Fall ist dies lediglich bei Alfred G r o t j a h n , soweit seine spärlichen Bekenntnisse ein solches Urteil zulassen. Daß die Hoffnungen eines Linkssozialisten wie Karl B a l l o d auch nach dem 9. November auf die Zukunft gerichtet bleiben mußten, ist von seiner Parteiüberzeugung her nicht anders zu erwarten. Franz O p p e n h e i m e r stand mit seiner Konzeption zu sehr zwischen den politischen Grundlinien seiner Zeit, als daß er irgendwo hätte Gehör finden können: die Verbindung von Liberalismus und Sozialismus hatte keine praktische Bedeutung erlangt und waren dem Bewußtsein der Mehrheit der Zeitgenossen fremd. Umgekehrt mußte daher auch O p p e n h e i m e r der politisch-sozialen Wirklichkeit skeptisch und kritisch gegenüberstehen. Robert W i l b r a n d t s "praktischer Sozialismus" existierte weitgehend auch nur in der eigenen Theorie. W i l b r a n d t fühlte daher an den neuen

---

1) Die divergierenden individuellen Ausprägungen erlauben die Verwendung des Begriffs nur in Anführungszeichen.

Verhältnissen gleichfalls Unbehagen, weil der Staat "nicht sozialistisch genug", d.h. die Sozialisierung der Produktionsmittel (ohne die Kollektivierung der Gesellschaft) in seinem Sinne weitgehendst ausblieb.

So blieb der Blick der sozialistischen Professoren,[1] auch von Gustav R a d b r u c h , weiterhin auf die Zukunft gerichtet. Die Gegenwart sahen sie ohne Zustimmung, verfassungspolitische Fragen blieben außerhalb ihres Denkens und wo sie, wie bei Johann P l e n g e , angeschnitten werden, sind die Urteile gegen den Parlamentarismus gerichtet. Gustav R a d b r u c h hat sich zu diesem später zwar bekannt, aber nur insofern er Chancen für eine Sozialistische Zukunft enthielt.
Aber die These des Dozenten der Alten Geschichte und kommunistischen Reichstagsabgeordneten Arthur R o s e n b e r g ,[2] daß der Bruch mit der Vergangenheit nicht radikal genug gewesen wäre, um die Republik fester zu verankern, reicht als Erklärung für die Haltung der "sozialistischen" Professoren nicht aus; R o s e n b e r g s Urteil über die Revolution lautet: "Zur selben Zeit, in der die SPD einen großen Teil ihrer Anhänger verlor, wandte sich auch die Mehrheit des deutschen Bürgertums offen gegen die Republik. Die städtischen und ländlichen Mittelschichten waren nach dem 9. November durchaus bereit gewesen, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen und beim demokratischen Aufbau der Republik mitzuwirken. Die Regierung hatte geglaubt, sie müsse aus Rücksicht auf das Bürgertum möglichst vorsichtig auftreten, aber gerade durch das zaghafte Verhalten der repu-

---

1) Hier ist anzumerken, daß sich dieser Personenkreis mit den hier behandelten Vertretern beinahe erschöpfte. Es mag auch das auch Zeichen der Zeit gelten, daß der Sozialismus in Akademikerkreisen nur geringen Anhang finden konnte. In den SOZIALISTISCHEN MONATSSCHRIFTEN (Jg.1919) finden sich als Mitarbeiter fast ausschließlich ausländische akademische Repräsentanten, wie der Belgier Vandervelde und der Schweizer Fovel. Sonst nur noch der Neukantaner Staudinger (1849-1921), der eine Verbindung zwischen Sozialismus und kantischer Sozialethik herzustellen suchte.

2) Arthur Rosenberg (1889-1943) war seit 1914 (bis 1933) Privatdozent für Alte Geschichte an der Universität Berlin. Mitglied des Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags. MdR (KPD) von 1924-1928, später SPD. Emigrierte 1933 nach England, 1938 nach New York.

blikanischen Führer entfremdete man sich die Mittelschichten. Wären große entscheidende Taten geschehen, wie die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Bergwerke, hätte die Regierung im Volke bewiesen, daß jetzt wirklich eine neue Zeit angebrochen sei, dann hätte sie auch die Mittelschichten mit sich fortgerissen. Als aber offenbar alles beim alten bleiben sollte, schwand die Begeisterung für die Revolution, und man schob der Republik und Demokratie die Schuld an allen Übelständen des Alltags zu."[1)]

Die hier geforderten sozialistischen Taten hätten nur zum Teil den divergierenden Theorien der Professoren entsprochen. Zwar findet sich bei ihnen keine offene Absage an die Republik, aber auch kein erwärmendes inneres Bekenntnis. Mit ihren Überzeugungen standen die hier behandelten "sozialistischen" Professoren weitgehend außerhalb der Wirklichkeit ihrer Gegenwart

1) A. Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, Frankfurt/M. 1961, 91; vgl. auch Ders.: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1955.

II. Vom Herzensmonarchisten zum Vernunftrepublikaner.

1. Friedrich Meinecke

Kann die Selbstidentifikation mit der neugeschaffenen Republik bei den Sozialisten unter gewissen Vorbehalten bejaht werden, so ist nun die Frage zu stellen, ob es in der bürgerlichen Linken, der sich Friedrich Meinecke während des Krieges zugewandt hatte, eine wie auch immer motivierte Staatsbejahung gegeben hat. Dafür kann als besonders charakteristischer akademischer Repräsentant der bedeutende Historiker Friedrich Meinecke gelten. [1)]

Friedrich Meinecke wurde 1862 als Sohn eines Postbeamten in der preußischen Altmark geboren. Er war Schüler Diltheys, Droysens, Treitschkes und Reinhold Kosers, des bekannten Biographen Friedrichs des Großen. Von 1887 bis 1901 war Meinecke im preußischen Archivdienst unter Heinrich von Sybel tätig, bis er einen Ruf an die Universität Straß-

---

1) Die politische Ideenwelt dieses Gelehrten ist bereits Gegenstand zahlreicher neuerer Untersuchungen gewesen. So von Richard.W. Sterling: Ethics in a World of Power. The Political Ideas of Friedrich Meinecke, Princeton 1958. Die Untersuchung von G. Kotowski: Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Fridrich Meineckes, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie, Festg. für Hans Herzfeld, Berlin 1958, 187 ff basiert auf der Edition: F. Meinecke: Politische Schriften und Reden, hrsg. v. G. Kotowski, Darmstadt 1958. Zum gleichen Thema vgl. W. Besson: Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch. Jg. 7 (1959), 113 ff. Auf der Grundlage von Meineckes "Ausgewählter Briefwechsel", hrsg., v. L. Dehio/P. Classen, Stuttgart 1962 beruht der Aufsatz H. Herzfeld: F. M., der Historiker, der Politiker und der Mensch etc., in: H. Herzfeld: Ausgew. Aufs., Berlin 1962, 26 ff. Vgl. dazu Ders.: Staat und Nation in der Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit, ebd., 49 ff. Zur Biographie Meineckes vgl. den Aufs. seines Zeitgenossen W. Goetz: Friedrich Meinecke, Leben und Persönlichkeit, in: Hist. Zeitschr. Bd. 174 (1952); Wichtige Aspekte zum Thema behandelt ferner G. Schmidt: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie (Hist. Studien H. 389), Hamburg 1964. - Wenn hier Friedrich Meinecke dennoch behandelt wird, so deshalb, weil

burg annahm, wo sein angeborenes Preußentum deutscher gefärbt worden zu sein scheint. Weitere akademische Lehrtätigkeiten übte er später in Freiburg (1906) und Berlin (1914) aus; 1929 wurde er emeritiert, las aber wieder nach dem 2. Weltkrieg und war führend an der Gründung der Freien Universität Berlin beteiligt (1948).

Meineckes wissenschaftliches Verdienst ist vor allem sein Bestreben, das Handeln der Personen in der Geschichte vom Geiste her zu erklären. In selbständiger Fortführung der Intentionen Wilhelm von Humboldts, Rankes und Diltheys, interpretierte er die Geschichte nach ihren ideengeschichtlichen Momenten, zumal in seinem Werk "Weltbürgertum und Nationalstaat" und wurde so zum Begründer einer - ideengeschichtlich ausgerichteten - Geistesgeschichte. Diese Forschungsrichtung wirkt durch seine Schule (Rothfels, Kaehler, Masur u. a.) in der modernen Geschichtsschreibung entscheidend nach.

Meineckes geistige Heimat ist gekennzeichnet durch seine Verwurzelung im deutschen Idealismus (Goethe, Ranke) und seine Hinwendung von der pietistischen Tradition zu einem säkularisierten Christentum, einer idealistischen Weltfrömmigkeit.

Meineckes Eintritt in die Politik erfolgte um 1910, als er während seiner Freiburger Jahre mit dem süddeutschen Liberalismus in Berührung gekommen war. Ein konservatives Grundgefühl blieb bei ihm stets erhalten, wenngleich seine Hinwendung zum Liberalismus schon um die Jahrhundertwende beginnt, als er unter den Einfluß Friedrich Naumanns geraten war: [1] "Meinecke stand damals auf dem Boden

---

sonst eine spürbare Lücke für eine äußerst repräsentative Haltung entstehen würde.

1) Meinecke hatte sich stets der persönlichen Gunst seines politisch entgegengesetzt orientierten Freiburger Kollegen G. v. Below erfreut. Meinecke nennt Below einen "romantischen Rationalisten." "Er hat mir mehr Freundschaft gewidmet, als ich zu geben vermochte...Er war auch als Professor Junker geblieben." (F. Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin. Erinnerungen 1901 - 1919, Stuttgart 1949, 78). In einem Brief an Below heißt es: "Es ist ja ein Glück, daß wir wie-

der nationalliberalen Partei; als er 1912 mit dem Pathologen Ludwig Aschoff, mit Eduard Schwartz, dem Nationalökonomen v. Schulze-Gaevernitz und den jungen Historikern Fritz Vigener und Veit Valentin am Reichstagswahlkampf eifrigst literarisch tielnahm, vertrat er bereits einen allgemeinen nationalen und sozialen Liberalismus im Sinne Naumann." [1]

Schon 1910 schrieb Meinecke in seinem Aufsatz "Sammlungspolitik und Liberalismus",[2] der in mehreren Zeitungen erschien: "Gelingt es nicht, die ganze Stoßkraft der Nation und aller ihrer Schichten zu vereinigen und die inneren Spaltungen, die sie bedrohen, zu überwinden, so werden wir innerlich schwach am Tage der Entscheidung dastehen. Die heutige Politik der Konservativen aber, die auf eine mit den Waffen des Polizeistaates geführten latenten Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokratie hinausläuft, zerreißt uns, statt uns zu verbinden." Diese Äußerung aus dem Jahre 1910 weist voraus in die Zeit nach 1918, als sich Meinecke als liberaler Demokrat in seiner politischen Publizistik für die Weimarer Republik einsetzte. Es ist hier ein Gedanke bereits vorweggenommen, der nach 1918 wiederkehren soll: Die Forderung nach Koordinierung der gesellschaftlichen Gegensätze, die Mahnung zur Volksgemeinschaft, der Ge-

---

der an reiner Wissenschaft eine Freude haben und auf ihrem Gebiete uns wieder ohne Zorn und Verbitterung begegnen können." (Zit. bei Minnie v. Below: Georg von Below, Ein Lebensbild für seine Freunde, Stuttgart 1930, 160). Below hat in seiner politischen Publizistik Meinecke stets geschont, im Gegensatz zu Meineckes Gesinnungsgenossen Walter Goetz, bei dem er, wie bei so vielen anderen seinen Zug zum persönlichen Ressentiment nicht zurückgehalten hat. (G. v. Below: Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung. Ein Beitr. zur Frage der histor. Objektivität, Langensalza 1920 gegen W. Goetz: Die deutsche Geschichtsschreibung der letzten 100 Jahre und die Nation, Vortr. d. Gehe-Stiftung H. 10, Dresden 1919).

1) W. Goetz in HZ 174 (1952), abgedr. in: Ders.: Historiker in meiner Zeit. Ges. Aufs., Köln/Graz 1957, hier 337 f

2) abgedr. in Polit. Schr. u. Reden, Zitat a. a. O., 41

danke des "Volksstaats", als das "Lebensgesetz des Ausgleichs",[1] das für Meinecke wie auch für Ernst Troeltsch eine Grundforderung für den Weimarer Staat werden sollte. In einem Vortrag beim Demokratischen Studentenbund Berlin hat er dann 1925 dem nocheinmal Ausdruck verliehen: "Die Republik ist das große Ventil für den Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, sie ist die Staatsform des sozialen Friedens zwischen ihnen."[2]
Während des 1. Weltkriegs wandte sich der politisch ursprünglich tief im Konservativismus wurzelnde Meinecke in der Freundschaft mit Hans Delbrück und Ernst Troeltsch sowie der Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg stärker der bürgerlichen Linken zu.
1914 war er an die Universität Berlin berufen worden und hatte nun Kontakt mit dem großen politischen Geschehen aus direkter Nähe. So suchte Meinecke denn auch sofort den geistigen Austausch mit Parlamentariern und anderen politischen Persönlichkeiten, den er in der neugegründeten "Deutschen Gesellschaft 1914" fand. Hier kam er auch mit Delbrück und Troeltsch in Berührung. Mit ihnen kämpfte er während des Krieges für einen Verständigungsfrieden und die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts.

Die "Erhebung" des August 1914 gehörte zu Meineckes tiefsten Erlebnissen und nachhaltigsten Wirkungen seiner politischen Gedankenwelt. Am 4. August schrieb er: "Dieser Krieg rührt nun mit einem Male an alles, was wir haben und sind. Mit einem plötzlichen Ruck fordert der Staat von uns, es ihm blindlings hinzugeben: Hab und Gut, Leib und Leben, Faust und Fuß, Wissen und Können. Jeder Einzelne hat sich von jetzt an nur noch als ein Stück der großen Armatur des Staates zu betrachten, und es ist ihm, wenn ihm nicht unmittelbar die Waffe in die Hand gedrückt wird, nur die Wahl gelassen, nach der Stelle zu spähen, wo er am raschesten oder am wirksamsten helfen kann, die moralische und physi-

---

1) so definiert bei W. Besson: F. Meinecke etc., a. a. O., 120
2) "Republik, Bürgertum, Jugend", abgedr. in Polit. Schriften etc., a. a. O., 376

sche Streitkraft der Nation zu verstärken." [1] In dem Aufsatz "Deutschland und der Weltkrieg" betonte Meinecke die Friedlichkeit der deutschen Politik, auch da wo sie auf Erweiterung der Machtsphäre ausging - daß Deutschland imperialistische Politik treiben müsse war Meineckes tiefe Überzeugung - und legte Nachdruck auf den Charakter des Verteidigungskrieges. [2] Meineckes erste Besorgnis wird aber schon sehr deutlich in einer Kritik an den nationalistischen Regungen in Deutschland, die er ebenfalls 1914 veröffentlichte. [3] Dennoch blieb das Erlebnis von 1914 für Meinecke von nachhaltiger Wirkung, wie aus seiner Erinnerung zu entnehmen ist: "Die Erhebung der Augusttage

---

1) "Politik und Kultur", zuerst SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE, Jg. 11 (September 1914), 796 ff, Abdruck auch in: Die deutsche Erhebung von 1914, Vortr. und Aufsätze, Stuttgart/Berlin 1914, 39 ff; Zit. nach Polit. Schriften etc., 76. Die "geistige Mobilmachung" der Hochschullehrer bei Weltkriegsausbruch veranschaulicht eine Inhaltsangabe des Sonderhefts der SÜDD. MONATSH. vom September 1914: M. v. Gruber: Mobilisierung des Ernährungswesens, 858 ff; J. Haller: Gedanken eines Balten, 821 ff; Th. Heigel (Präs. der K. B. Akad. d. Wiss.): An die akademische Jugend, 776 ff; P. Herre: An Österreich-Ungarn! 774 ff; M. Lenz: Der deutsche Gott, 821 ff; E. Marcks: Bismarck und unser Krieg, 780 ff; K. Mayr: Wilhelm II., 790 ff; F. Meinecke:s. o.; K. A. v. Müller: An Preußen, 824 ff; H. Oncken: Deutschland oder England?, 801 ff; O. Redlich(Wien): Kaiser Franz Josef, 794 ff; R. v. Scala (Innsbruck): An Deutschland!, 771 ff; M. Spahn: Der Krieg und das Elsaß, 817 ff; V. Valentin: Was wir seit 1871 erstrebt haben, 788 ff.

2) zuerst in: DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, 29. 8. 1914, 617 ff; Polit. Schr. etc., a. a. O., 96: "Es müßten wahnsinnige Staatsmänner in Wien und Berlin sitzen, die unter diesen Umständen einen Eroberungskrieg provozierten." - In dem Aufsatz war vom Redakteur der o. g. Zeitschr. folgender Zusatz eingefügt worden: "Unser Unternehmen auf Belgien, indem wir den Franzosen zuvorkamen und zuvorkommen mußten, kann vorläufig nur als militärische, nicht aber als politische Tat bewertet werden." (ebd., 100). Dazu bemerkt Meinecke in Straßburg etc., a. a. O., 198: "Noch heute ärgert es mich , daß der Redakteur ... eigenmächtig ... den Schlußsatz durch die Andeutung annexionistischer Möglichkeiten verunstaltete."

3) "Nationalismus und Nationale Idee", zuerst Juli 1914 in der Zeitschr. DER GREIF, Wiederabdruck in: Die deutsche Erhebung von 1914, 84 ff; M. gibt an, daß er geschwankt habe, diesen Aufsatz zu veröffentlichen, da er glaubte, damit den Burgfrieden der Parteien zu stören: "Aber ich durfte mir sagen ... daß wir diesen Krieg von vorneherein mit der großen

1914 gehört für alle, die sie miterlebt haben, zu den unverlierbaren Erinnerungswerten höchster Art, - trotz ihres ephemeren Charakters. Alle Risse, die im deutschen Menschentum sowohl innerhalb des Bürgertums wie zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft bestanden hatten, überwölbten sich plötzlich durch die gemeinsame Gefahr, die über uns gekommen war und uns aus der bisher genossenen Sekurität materiellen Gedeihens herausriß. Und mehr als das, man spürte dabei wohl in allen Lagern daß es mit der bloßen Einigkeit eines bloßen Zweckverbandes nicht getan sei, daß eine innerliche Erneuerung für das Ganze von Staat und Kultur not tue. Man glaubte sogar vielfach, daß sie jetzt schon begonnen habe und weitergehen werde in dem gemeinsamen Erlebnis des Krieges, den man als einen Abwehr- und Verteidigungskrieg empfand." [1]

Das Erlebnis des Weltkriegsausbruchs in seiner Wirkung auf die innere Einheit der Nation, vor allem die Integration des Arbeiterstandes in den nationalen Staat, nachdem Zentrum und Linksliberale diesen Weg schon vor Kriegsausbruch beschritten hatten, entsprach Meineckes politischer Gedankenwelt, wie sie sich in Übereinstimmung mit Friedrich Naumanns "sozialem Volkskaisertum" gebildet hatte. Meinecke hielt an dieser Konzeption über das Kriegsende hinaus fest. Freilich hat Meinecke bald erkannt, daß der Burgfriede mit dem daraus resultierenden Erlebnis der nationalen Solidarität im Grunde eine kurzlebige Illusion gewesen war. So sah er sich schon 1915 genötigt, auf die Inopportunität der Kriegszielerörterung hinzuweisen; "Einsicht und Überzeugung fordern von uns noch immer das Opfer,

---

Absicht führen müssen, unsere Nation auch innerlich von ihren Schlacken zu reinigen." (Polit. Schriften, a. a. O., 83, im redaktionellen Vorspann).

1) F. Meinecke: Die deutsche Katastrophe, Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Aufl. Wiesbaden 1946, 43

die öffentliche Erörterung unserer Kriegsziele zu vertagen. Was 1870 möglich und nützlich war, ist 1915 nicht möglich und nützlich." [1]

Als am 8. Juli 1915 der Berliner Theologe Reinhold Seeberg dem Reichskanzler eine Denkschrift mit 1347 Unterschriften übermittelte, in der westliche und östliche Annexionen gefordert wurden, mußte Meinecke (mit Hermann Oncken, Heidelberg) öffentlich erklären, daß er diese Denkschrift nicht unterzeichnet habe. [2] Darin dokumentiert sich bereits die Spaltung der öffentlichen Meinung im Weltkrieg auch innerhalb der Professorenschaft. Dies laßt Meinecke im Rückblick das Jahr 1914 nicht mehr als "Aufschwung", sondern als den Schlußpunkt erscheinen: "Wir unterlagen mit unseren Hoffnungen einer holden Täuschung. Schon ein Jahr später war die Einigkeit in die Brüche gegangen, spaltete sich das deutsche Menschentum wieder auf verschiedenen Wegen. War der Aufschwung vom August 1914 am Ende nur ein letztes Aufflackern früherer Ideale, älterer, jetzt zu Ende gehender Entwicklungskräfte?" [3]

Hatte sich die nationale Solidarität auch als Täuschung erwiesen, so kämpfte Meinecke dennoch unverdrossen für den sozialen Ausgleich. Zumal das Jahr 1917 stand für ihn unter

---

1) "Präliminarien der Kriegsziele", zuerst in: DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, Jg. 1915, 1001 ff; Polit. Schriften, a. a. O., 101

2) Frankfurter Zeitung Nr. 241, 31. 8. 1915; Polit. Schriften, a. a. O., 125; Dietrich Schäfer: Mein Leben, Berlin/Leipzig 1926, 171 gibt jedoch an, daß Meinecke, Hintze und Oncken die Unterschrift zurückgezogen hätten.

3) Die deutsche Katastrophe, a. a. O., 43 f, in Anlehnung an Max Hildebert Böhm (Preuß. Jahrb., Bd. 167, 1917)

den Gedanken "Verständigungsfriede und innere Reform." Zusammen mit Hans D e l b r ü c k u. a. brachte er im Juli 1917 eine Erklärung zur Wahlrechtsreform ein. [1] Durch den Krieg hatte die Idee des sozialen Volkskaisertums ein neues Argument erhalten: daß die Leistungen an der Front honoriert werden müßten durch die Beseitigung des Makels der politischen Benachteiligung. Meinecke ging von dem Postulat aus, daß die durch das Erlebnis des Kriegsbeginns nur für kurze Zeit aufgehobene Front gegen die stärkste Bevölkerungsschicht im Staate aufgehoben werden müsse. Nur so könne der Krieg siegreich bestanden und die Arbeiterschaft unlösbar an den Staat gekettet werden. [2] Eine Chance dafür sah Meinecke in der Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Er befand sich damit in Übereinstimmung mit Hans Delbrück, Adolf von Harnack, Max Weber, Ernst Troeltsch, Hugo Preuß, Gerhard Anschütz und auch Fritz Hartung. [3]
Diese Gelehrten hatten es gegen die Angriffe von rechts nicht leicht, die auf die Bewährung des Bestehenden hinwiesen und

---

1) Text Preuß. Jahrb. Bd. 169 (1917), 156, im sozialdemokratischen VORWÄRTS, Nr. 179, 1917, Polit. Schriften, a. a. O., 194

2) Die Reform des preußischen Wahlrechts, in: Annalen für soziale Politik u. Gesetzgebung Bd. 5 (1917), 1 ff; auch enthalten in F. Meinecke: Probleme des Weltkriegs, Berlin/München 1917; Polit. Schriften, a. a. O., 146 ff; vgl. auch R. Patemann: Der Kampf um die preuß. Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, 47 f

3) Mit Anschütz, P. Laband und Troeltsch sah Meinecke in der Wahlreform ferner "den gordischen Knoten des preußisch-deutschen Dualismus zerhauen" (G. Anschütz bei Patemann, a. a. O., 79, Anm. 1). Max Weber trat für ein "Wahlrechtsnotgesetz" ein, das für die Soldaten, das Recht der Wahl in der obersten Klasse vorsah (Frankfurter Zeitung Nr. 86, 28. 3. 1917, abgedr. in Max Weber: Ges. Politische Schriften, 2. Aufl. Tübingen 1958, 187 ff; ferner Europ. Staats- und Wirtschaftsztg., Jg. 2, Nr. 16, 21. 4. 1917); Fritz Hartung schließlich sah in der Wahlrechtsfrage die Stellung für oder gegen "die neue Zeit": Die Konservativen würden durch ihre Sorge um den gegenwärtigen Besitzstand der Parteien "die Existenz des Vaterlandes gefährden", da ihnen "der Glaube an die Kraft der konservativen Idee fehle." (Konservativer Fortschritt, in: DAS NEUE DEUTSCHLAND, Jg. 6 (1917), 420 f)

in der Wahlreform eine nicht erstrebenswerte Nachahmung feindlicher Verfassungsvorbilder sahen. Die Feindmächte würden, so lautete die Argumentation, den Import ihrer eigenen Verfassungen als deutsche Schwäche deuten. Wer also für Wahlrechtsreform und Demokratisierung eintrat, mußte als innerer Feind gelten. Wer zudem Friedensbereitschaft bekundete, konnte dies als bewußte Lähmung deutscher Widerstandskraft ausgelegt werden. Darin aber kündeten sich die ersten Anzeichen des "Dolchstoßes" an. Der Zusammenschluß dieser Gesinnungsrichtung erfolgte durch T i r p i t z und K a p p in der Gründung der "Vaterlandspartei".

Meinecke gehörte zur Gegenseite, der Sammlungsbewegung "Volksbund für Freiheit und Vaterland", nach seinen Erinnerungen "ein Vorspiel der Weimarer Koalition". [1] Meinecke und Ernst Troeltsch gehörten zum Vorstand. An Professoren gehörten der Vereinigung ferner an: Lujo Brentano, Gerhard Anschütz, Heinrich Herkner, Hermann Oncken, Adolf von Harnack, Hugo Preuß, Alfred und Max Weber. [2] Meinecke und Troeltsch traten gegen die Vaterlandspartei an die Öffentlichkeit. [3] Diese hatte sich in Opposition zur Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 zur Aufgabe gemacht, mit propagandistischen

---

1) Straßburg etc., a. a. O., 235

2) Vgl. K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., (Diss.), a. a. O., 358 ff. Das Programm des Volksbundes sowie das der Vaterlandspartei sind abgedr. in: Ursachen und Folgen etc., hrsg. v. H. Michaelis/E. Schraepler, Bd. II, Berlin o. J. (1958), 48 ff

3) F. Meinecke: Volksbund und Vaterlandspartei sowie "Um Freiheit und Vaterland" in Polit. Schriften, a. a. O., 213 ff und 222 ff; E. Troeltsch: Freiheit und Vaterland in: Deutsche Politik, Hrsg. Jäckh/Rohrbach (1918)

Mitteln den unbedingten Siegwillen im Volke zu stärken. In seinen Erinnerungen [1] berichtet Meinecke, daß in den vaterlandsparteilichen Blättern die Dolchstoßlegende schon vor dem 9. November verbreitet gewesen sei. "Die Vaterlandspartei", so berichtet er [2], "und die Dolchstoßlegende stellen zusammen den fatalen Wendepunkt in der Entwicklung des deutschen Bürgertums dar. Das Entscheidende war, daß ein großer und wichtiger Teil dieses Bürgertums sich fortan noch mehr verschloß gegen die demokratische Idee ..." Meinecke wird nicht müde, gegen die Vaterlandspartei zu polemisieren, in der er die Verkörperung der Reaktion sieht.

In den beiden Sammlungsbewegungen der Gemäßigten und Annexionisten wird die Spaltung von Nation und Professorenschaft [3] gegen Ende des Krieges offenbar. Friedrich Meineckes politische Hoffnungen der Kriegszeit wurden zu spät mit der Regierung des Prinzen Max von Baden, aber diese "Revolution von oben" konnte jene von unten nicht mehr aufhalten. "Von Anfang bis zu Ende waren wir recht eigentlich konservative Reformer, deren Stunde zu spät schlug." [4]

Meinecke war einer der Wenigen, der die mit der Verfassungsänderung von Ende Oktober 1918 vollzogene "Revolution von oben" überhaupt bemerkte. Er war kein Anhänger des Parlamentarismus, da nach seiner Ansicht parlamentarische Regierungen keine Stabilität verbürgen. [5] Aber trotzdem konnte er

---

1) Straßburg etc., a. a. O., 254

2) Die deutsche Katastrophe, a. a. O., 52

3) Der Vaterlandspartei gehörten an: G. v. Below, D. Schäfer, E. Meyer, R. Seeberg, u. v. a.

4) Straßburg etc., a. a. O., 169

5) Vgl. G. Kotowski: Parlamentarismus und Demokratie etc., a. a. O., 196 ff

uneingeschränkt für den Verfassungswandel eintreten: "Alles kommt jetzt darauf an, daß wir die neue demokratische Ordnung unseres Vaterlandes anerkennen und stützen, nicht nur mit Vorbehalt und auf Zeit, sondern mit der Einsicht, daß sie das notwendige unwiderrufliche Ergebnis unserer gesamten Entwicklung und Lage ist, - und auch nicht allein mit achselzuckender, fatalistischer Einsicht, die nur zu einer resignierenden und darum gebrochenen Anerkennung des Neuen führen kann, sondern gepaart mit dem Glauben und der Zuversicht, daß diese und eben diese neuen Formen es jetzt sind, die die Lebenskraft unseres Volkes erhalten können." [1] An die Gegner der neuen staatlichen Verhältnisse aber richtete er die Aufforderung: "Wenn man nicht hat, was man liebt, muß man lieben, was man hat", eine Haltung, die er selbst später dem Weimarer Staat gegenüber einnahm.

Worin hat Meinecke aber die Ursachen des Zusammenbruchs gesehen? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus seiner Beurteilung der Vergangenheit unmittelbar nach dem 9. November. Von da aus erschließt sich dann sein politisches Selbstverständnis in der Republik. In einem Artikel vom November 1918 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung [2] heißt es: "Bismarcks Werk war für seine Zeit ein Wunderwerk von Zusammenfassung staatlicher und nationaler, alter und neuer geschichtlicher Kräfte, aber es fehlte ihm , weil es in seiner Spitze Obrigkeitsstaat blieb, die letzte und höchste Möglichkeit innerer nationaler Kohärenz, - es war ein verborgener Riß in ihm und diesen Riß hat Bismarck selbst noch erweitert durch die falsche Taktik seines Kampfes gegen die Sozialdemokratie, durch die Abtreibung der Massen vom Staate." Das Volk sei nur zu sehr gebunden

---

1) Zur nationalen Selbstkritik (27. 10. 1918), in Polit. Schriften, a. a. O., 255

2)"Das alte und das neue Deutschland"; Norddeutsche Allgem. Zeitung Nr. 591 (20. 11. 1918), und 610 (30. 11. 1918), ferner als Sonderdr. in Schriften des Demokr. Studenenbundes, Berlin 1918; Zitate: Polit. Schriften, a. a. O., 266 und 268f

gewesen an den Geist des Herrschaftsstaates, "nicht frei genug hervorgegangen aus der Gesinnung der Volksgemeinschaft," denn der nationale Gedanke sei zu sehr verquickt gewesen mit Klassen- und Herrenmotiven. In den führenden sozialen Schichten habe sich das Gelüst breit gemacht "eine bevorzugte Herrenschicht gegenüber den niederen Klassen und ein Herrenvolk gegenüber fremden Nationalitäten darzustellen." [1] Durch seinen Wunsch, ein Weltvolk zu werden, sei Deutschland "zu früh und zu unbesonnen in die Zone der Gefahren" hineingestürmt und erregte durch seine "kraftmeierischen Gesten das Mißtrauen in der ganzen Welt." Zwar sei die Zumutung Englands, die Flottenbaupolitik zu mäßigen, demütigend gewesen, aber, so schreibt Meinecke, "wir vergaßen, daß in Machtfragen nicht die Empfindung, sondern ausschließlich die nackte Staatsraison entscheiden darf, und diese gebot uns, einem Kriege mit England auszuweichen selbst um den Preis vorübergehenden Prestigeverlustes. Unser nationales Denken begann also wieder unpolitisch zu werden ..." [2] "Aber dieses ganze System machtpolitischer Ziele ... versagte dann plötzlich, weil es 'über die Kraft' zu gehen sich vermessen hatte ... weil es die Notwendigkeit machtpolitischer Bescheidung und innenpolitischen Umbaus verkannte, weil es nicht merkte, daß inmitten und umflutet von einer ganz demokratisierten Welt ein mitteleuropäischer Machtbereich von militärischer und undemokratischer Struktur sich unmöglich lange konservieren konnte." [3] So gesehen erscheint für Meinecke der Zusammenbruch des Systems ganz als eine Folge machtpolitischer Verblendung und dem Fehlen rechtzeitiger innerer demokratischer Reformen, die dazu angetan gewesen wären, die Volksmassen dem Staat nicht zu entfremden. Der alte Obrigkeitsstaat habe sich somit überholt, seine Formen hält Meinecke für unwiderruflich zerschlagen, und so ruft er 1919 aus: "Weg also mit allem ge-

---

1) F. Meinecke: Nach der Revolution, Geschichtl. Betrachtungen über unsere Lage, München 1919, 58

2) ebd., 57

3) Das alte und das neue Deutschland, Polit. Schriften, a. a.O. 267 f

waltsamen und privilegierten Herrentum innernalb der Nation!" [1] Meinecke war also "bereit, den alten Gedanken und die alten Formen von Staat wie Nation zu zerbrechen." [2] Von da aus ergibt sich eine positive Wertung des Neuansatzes von 1918/19. Immer wieder taucht in seinen Schriften trotz aller negativen Kritik an der Epoche von 1871 bis 1918 der Gedanke der "Kontinuität" auf. Meinecke ist ein eindrucksvoller "Zeuge dafür, wie tragisch schwer der Prozeß der Auflösung und Wandlung eines tief eingewurzelten Weltbildes wirken mußte." [3] Hier kommt die konservative Seite seines Wesens zum Vorschein. "Ich sehe auch auf das Vergangene und meine eigene Vergangenheit zurück", heißt es in einem Artikel von 1918 [4] "...schätze und liebe das, was an ihm groß und lebendig war und tröste mich damit, daß es irgendwie schon weiterleben wird im Neuen, weil 'kein Wesen kann in nichts zerfallen'." Und an anderer Stelle [5]: "Ich würde es für ein unschätzbares Gluck gehalten haben, wenn es uns gelungen wäre... den geschichtlichen Zusammenhang, die Kontinuität der Verfassungs- und Rechtsentwicklung zu erhalten ... Es atmet sich zu dünn, zu leicht, man friert in einem politischen Dasein, das ganz von Vergangenheitswerten gereinigt ist. Aber es hat nicht sollen sein... Ich bleibe, der Vergangenheit zugewandt Herzensmonarchist und werde, der Zukunft zugewandt, Vernunftrepublikaner."

So hat also Meinecke die Republik und die Demokratie anerkannt, ohne allerdings jemals vorbehaltlos Demokrat werden zu können. In einer Tagebucheintragung vom 6. Dezember 1918 heißt es: "Die Revolution hat im Grunde weniger durch eigene

---

1) Nach der Revolution, a. a. O., 65 u. ö.

2) H. Herzfeld: Staat und Nation in der Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit, a. a. O., 65

3) H. Herzfeld, ebd., 52

4) Zur nationalen Selbstkritik, Polit. Schriften, a. a. O.,256

5) Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, (zuerst DIE NEUE RUNDSCHAU, Jan. 1919), Polit. Schriften, a. a. O., 281, Hervorhebung d. Verf.

Kraft der jetzt emporkommenden Gewalten, als durch den Zusammenbruch der alten Gewalten gesiegt, - mehr ein negativer als ein positiver Sieg ... Ich bin von demokratischem Optimismus nach wie vor ganz frei, sehe die volle Demokratie nur als ein pis-allér jetzt für uns an und bemühe mich lediglich, sie so unschädlich wie möglich für uns zu gestalten ... Wie unter der Herrschaft des Königs Demos auch die geistige Freiheit leidet, wie man sich innerlich gedrückter fühlt als im ancien régime, das fühle ich jetzt schon." [1] - "Herzensmonarchist" und "Vernunftrepublikaner", Kontinuität und Neuanfang sind die beiden Pole, die dialektisch Meineckes Haltung nach 1918 bestimmen. "Es ist dieser zur Einheit drängende Dualismus, der als konkrete historische Problematik der Weimarer Demokratie stets neu von ihm durchdacht werden mußte." [2]

An dieser Stelle erhebt sich die Frage, wieweit sein wissenschaftliches Werk als Kommentar des Lebens anzusehen ist, da gerade bei Meinecke die Geschichte untrennbar mit der Orientierung in der Gegenwart verbunden war. Es ist das die Frage nach der Verflechtung von Meineckes Verwurzelung im Historismus und seiner Sinndeutung der Gegenwart. [3] Diese ideengeschichtliche Komponente soll im folgenden kurz gestreift werden.
Inwieweit hatte die spezifische Denkart des Historismus das politische Bewußtsein in der Umbruchszeit beeinflußt? Wenn

---

1) Straßburg etc., a. a. O., 274

2) Herzfeld: Friedrich Meinecke, a. a. O., 33

3) Diese Zusammenhänge zwischen Historismus und parlamentarischer Demokratie sind (für Meinecke, Troeltsch , M. Weber) in ausführlicher Weise behandelt bei G. Schmidt: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie, Lübeck/Hamburg 1964

Meinecke einen Bruch mit der Vergangenheit nicht vollziehen wollte, so in dem "Glauben, daß Wahrheit, Wert und Bedeutung eines lebendigen Wesens vornehmlich in seiner Geschichte zu suchen ist." [1] Diese geschichtsphilosophische Perspektive ließ Meinecke wohl auch im politischen Denken den Gesichtspunkt der Kontinuität zur Geltung bringen. "Bei dem Versuch jedoch, aus der Historie selbst die Elemente der Neuordnung zu finden, konnten realpolitische Rücksichtnahmen die logischen Möglichkeiten durchkreuzen." [2] Daraus entstand eine Spannung zu der normativen Kraft des Faktischen, der Meinecke gleichfalls anhing. Der Gegensatz Herzensmonarchist (Ideal) und Vernunftrepublikaner (Realität) in der Person Meineckes als Zeiterscheinung hat also seine weltanschaulichen Voraussetzungen.

Friedrich Meineckes demokratisch-republikanisches Selbstverständnis kommt inhaltlich in seinen Verfassungsvorschlägen zum Ausdruck; publizistisch erstmals in dem Aufsatz "Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik." [3] "Jeder Versuch", so betont Meinecke, "zu monarchistischer Reaktion würde fortan mit innerster Notwendigkeit behaftet sein mit der Tendenz zur Wiederherstellung auch der überlebten militaristischen Form der Monarchie und des konservativen Klassenstaats... Die Nation würde sich dann tiefer spalten als je und die sozialistischen Arbeitermassen würden nie und nimmer in die Restauration sich finden...Die Republik ist heute diejenige Staatsform, die uns am wenigsten trennt." ---"Der Sinn meiner Politik ist kurz gesagt, aus zwei Nationen eine zu machen." [4] So hielt Meinecke also an der sozialen Volksgemeinschaft auch nach der Revolution fest; sein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform steht dazu in Relation.

---

1) G. Schmidt: Deutscher Historismus etc., 313

2) G. Schmidt, ebd., 64

3) in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 30 (1919), in: Polit. Schriften, a. a. O., 280 ff

4) ebd., 281 f und Straßburg etc., a. a. O., 278

Es ist das der Versuch mit einer alten politischen Forderung, die neuen Verhältnisse zu legitimieren, d. h. die frühere Idee der sozialen Monarchie in die einer konservativen Demokratie weiterzuführen. Dies geschieht auf dem Hintergrund einer undogmatischen Staatsgesinnung, das Sein-Sollende wird aus dem Faktischen abgeleitet. Entscheidend bei der Stellungnahme Meineckes zum Entwurf der Reichsverfassung ist jedoch - und hier werden wir wieder seinem Grundsatz der historischen Kontinuität begegnen, - sein Eintreten für den starken Reichspräsidenten. "Unsere Lage", so schreibt er, "schreit nach einer aufgeklärten und energischen, auf Volkswillen beruhenden "Vertrauensdiktatur". Zum Preußischen Entwurf hat er einige Vorbehalte anzumelden. Z. B. hält er die Institution des Reichskanzlers für überflüssig, weil es zu Rivalitäten kommen könne. Dem Präsidenten könne man, um die Tradition des Kaiserreiches fortzuführen, den Titel Reichskanzler geben. "Eine starke und einheitliche Reichskanzlerschaft an der Spitze der deutschen Republik, das wäre das richtige organische Band zwischen Vergangenheit und Zukunft unseres nationalen Daseins", denn ..."alle guten und bewährten Errungenschaften unserer monarchischen Vergangenheit haben wir, sofern sie mit der neuen Basis der Volkssouveränität zu vereinigen sind, aufs sorgfältigste zu bewahren." [1]
In seinen Erinnerungen kommentiert er dazu wie folgt: "Wir brauchten eine starke Zentralgewalt, die auch gegenüber dem Parteistreben festen Kurs steuern konnte, wir brauchten, so drückte ich mich aus, ein 'Ersatzkaisertum'. --- Die nordamerikanische Verfassung mit ihrer starken plebiszitären Präsidentschaft müßte den Typus bilden, nach dem wir zu bauen hatten. --- Etwas von ihr ist auch in die Weimarer Verfassung gekommen, aber lange nicht genug." [2]
Diese Anwaltschaft für Vertrauensdiktatur oder Ersatzkaisertum ist wohl zweifellos von seiner Dialektik zwischen Her-

1) Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung, in: DEUTSCHE POLITIK, Jg. 4 (1919); Politische Schriften, a.a. O., 310 f
2) Straßburg etc., a. a. O., 258 f

zensmonarchisten und Vernunftrepublikaner zu verstehen. "Von hier aus wird es auch begreiflich, daß ... auch bei Meinecke die Folgerung aus dem Versagen der Parteien in ihrer nun einmal bestehenden Gestalt wieder erneut die Bereitschaft zur Verstärkung des autoritären Einschlags wachruft, die seit 1929 das politischen Leben Deutschlands ... überflutete. So konnte er sich 1930 an die Regierung Brüning klammern." [1] Mit seinen Begriffen der "Vertrauensdiktatur" und dem "Ersatzkaisertum" nach nordamerikanischem Muster [2] befand sich Meinecke in weitgehender Übereinstimmung mit den Verfassungsvorschlägen von Max Weber, die auf eine "plebiszitäre Führerdemokratie" hinausliefen. [3] Sowohl bei Weber [4] wie bei Meinecke war dabei die Volkswahl als Gegengewicht gegen den Parlamentarismus, ein Korrektiv gegen das Mehrheitsprinzip des Parlaments gedacht. Im Gegensatz dazu wies Ernst Troeltsch das integrierende Moment den Parteien der Mitte zu als "Kristallisationspunkt der Abwehrkräfte der Demokratie gegen deren Angreifer." [5]

---

1) H. Herzfeld: Friedrich Meinecke etc., a. a. O., 33

2) "So ist mein Vorschlag, die nordamerikanische Präsidentschaftsverfassung zu übernehmen, rebus sic stantibus wohl das einzig Mögliche, um so viel Monarchie wie möglich hinüberzuretten." (Straßburg etc., a. a. O., 277)

3) In der Tagespublizistik trat M. Weber dafür am 25. 2. 1919 in der BERLINER BÖRSENZEITUNG ein (Ges. Pol. Schr., a. a. O., 486 ff). Die tatsächliche Verankerung dieses Prinzips in der WRV ist ausschließlich auf Max Weber zurückzuführen (H. Petzke: Max Weber und sein Einfluß auf die Reichsverfassung, Diss. (masch.), Leipzig 1925, 190 ff)

4) Über Max Webers Pläne zur staatlichen Regeneration nach 1918 vgl. im einzelnen J. H. Knoll: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957, 164 ff sowie W. J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890 - 1920, Tübingen 1959, 280 ff

5) G. Schmidt: Deutscher Historismus etc., a. a. O., 225; Troeltsch nennt in seinen Spektatorbriefen (Tübingen 1924), 137 "das Traumbild von dem starken Mann."; vgl. ferner E. Kollmann: Eine Diagnose der Weimarer Republik, E. Troeltschs politische Anschauungen, in: HZ, Bd. 182 (1956), 291 ff

Neben der Funktion als Wahrer historischer Kontinuität sollte nach Meinecke der starke Reichspräsident auch die des Ausgleichs der politischen Gegensätze übernehmen. Dies war der politische Aspekt von Meineckes Vorstellung der "Volksgemeinschaft", der sich mit dem sozialen verband und im Begriff des "Volksstaats" gegen den "Obrigkeitsstaat" die historische Kontinuität wieder verläßt. Der Klassenstaat sollte ersetzt werden durch das friedliche Zusammenwirken aller Volksschichten. Der Ausgleich sozialer Gegensätze war ihm ein Gebot der Staatsräason: "Wir können nur dann zum sozialen Frieden kommen, wenn sowohl für die reformwilligen bürgerlichen Parteien wie für die gemäßigten Sozialisten ein Zwang zum Kompromiß, zu einer vernünftigen und besonnen Arbeitsgemeinschaft besteht." --- "Wir haben die monarchische und obrigkeitliche Basis der Regierungsgewalt ersetzt durch die Basis der Volkssouveränität und wir müssen dies ... als ein endgültiges und unwiderrufliches Ereignis ... buchen." [1] "Überall herrsche und kontrolliere fortan der Volkswille, überall aber setze er sich selber feste Schranken." [2] Einen Kernpunkt in Meineckes verfassungspolitischem Denken bildete das preußisch- deutsche Problem, denn mit der Zertrümmerung der Monarchie war auch der Lebensnerv Preußens zerstört worden. In der Forderung, die preußische Staatseinheit aufzulösen, wußte sich Meinecke durchaus einig mit dem Verfassungentwurf von Hugo P r e u ß . "Preußen ist so groß und mächtig, daß es entweder der Führer des deutschen Bundesstaates sein muß, oder, wenn ihm dies nicht zuteil wird, der gefährlichste Rival dieses Führers werden muß." ..."Wir kannten schon bisher im reichen Maße ... Reibungen zwischen preußischem Interesse und Reichsinteresse und litten schwer darunter."... "Die Möglichkeit", fährt er fort, "daß ein besonderer preußischer Staatswille den allgemeinen deutschen Volks- und Reichswillen stört, müßte ... zerbrochen werden." Die Ablehnung eines unverhältnismäßig

---

1) Polit. Schriften, a. a. O., 303, 311

2) ebd., 297

großen preußischen Bundesstaates begründet Meinecke ferner mit großdeutschen Wünschen, für die er jetzt die Sternstunde gekommen sah. Durch ein übermächtiges Preußen würde der Anschluß Österreichs verhindert werden. "Jede gesamtdeutsche Entscheidung, die eine preußische Farbe trüge, würde in Zukunft die politische Verschmelzung Deutsch-Österreichs mit Deutschland erschweren." --- "Auflösung Preußens und Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland, das sind die beiden großen geschichtlichen Tendenzen, die sich nach dem Zusammenbruch unserer bisherigen nationalen Formen mit Notwendigkeit ergeben müßten." [1]

Auch hier wird der Zwiespalt zwischen Überzeugung und der Einsicht in staatspolitische Notwendigkeiten im Denken Friedrich Meineckes offenbar.

Mit diesem inneren Konflikt hatte Meinecke den neuen Staat gegen die extreme Linke [2] und Rechte zu verteidigen. In einem Brief an Siegfried A. K a e h l e r [3] schreibt Meinecke im Januar 1919: "Glauben Sie mir, auch mich übermannt oft genug der Schmerz über den Sturz der alten Welt und den Verlust so vieler nationaler Güter - aber solange

---

1) Bemerkungen zum Entw. der Reichsverfassung; Polit. Schriften, a. a. O., 301 f und 304 f. - Über die großdeutschen Tendenzen nach dem Zusammenbruch (vgl. auch Anhang S. Nr. XI) aus österreichischer Sicht ist reprasentativ R. F. Kaindl: 1848/49 - 1866 - 1918/19. Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophi und seine Rettung, München 1920; Ders: Österreich und Preußen-Deutschland. Deutsche Gesch. in großdeutscher Beleuchtung, Wien/Leipzig 1926

2) unmittelbar nach der Revolution setzte er sich für die rasche Einberufung der Nationalversammlung ein, um die bolschewistische Gefahr zu dämmen: "Das deutsche Volk will nicht die Dämonen, die die Brandfackel des Gewaltfriedens trugen, vertauschen mit den noch schlimmeren Dämonen, die die Brandfackel des Bolschewismus in seine Reihen schleudern möchten." (Die Forderung der Stunde, Dez. 1918, Polit. Schriften, a. a. O., 276)

3) S. A. Kaehler (geb. 1885) war Schüler Meineckes in Freiburg, wurde 1927 Prof. f. Gesch. in Marburg, Breslau 1928, Halle 1932, Jena 1935 und in Göttingen 1937. Über seinen politischen Standort informiert außer dem Briefwechsel mit Meinecke sein Aufsatz: Das preußisch-deutsche Problem seit der Reichsgründung, Preuß. Jahrb., Bd. 185 (1921), 26 ff

wir den Glauben an unser Volk nicht verlieren, ist noch nicht Alles verloren, können wir noch hoffen und wirken. Ihre hoffnungslose Stimmung aber ist furchtbar, furchtbar - und ungerecht! Entsetzlich zu denken, daß Sie in verbitterter Opposition gegen das, was das eherne Schicksal uns aufgezwungen hat und was wir nur durch inneren Entschluß zur Arbeit am Neuen uns erträglich machen können - Ihr ganzes Leben verharren würden." [1]

Ein fingiertes Gespräch mit dem Historiker Erich M a r c k s [2] stellt ebenfalls Meineckes Verhältnis zur antidemokratischen Rechten vor Augen. [3] Einige Auszüge daraus seien hier dargeboten: Reinhold: "Ich weiß ... daß die Demokratie, im großen gesehen, unabwendbar ist und beschränke deshalb meinen Widerstand gegen sie darauf, daß ich sie, soweit ich kann, in die mindest schädliche Richtung zu drängen versuche."

Eberhard: "Nur durch entschlossenen Kampf gegen das, was uns fremd und feindlich ist, können wir uns charaktervoll behaupten, - oder charaktervoll untergehen. In der Weltgeschichte lösen sich die Epochen nicht gutmütig einander ab."

---

1) F. Meinecke: Ausgew. Briefwechsel, a. a. O., 336

2) vgl. R. W. Sterling: Ethics in a World of Power. The Political Ideas of Friedrich Meinecke, Princeton 1958, 174, Anm. 37; - Erich Marcks (1861-1938), bekannter Bismarck-Biograph, war seit 1913 Prof. in München, 1922 - 1928 in Berlin. Über sein Verhältnis zur Republik urteilt W. Goetz: Historiker in meiner Zeit, a. a. O., 328: "Er wurzelte so ganz im alten Preußen und im bismarckschen Reich, daß er mit dem neuen Abfall der wilhelminischen Zeit nichts gemein hatte. Aber deshalb war ihm das deutsche Schicksal nach dem Weltkrieg auch ein Zusammenbruch dieser Ideale und auch innerer Abschluß einer vergangenen Zeit. Für die neue Zeit zu kämpfen, wäre für ihn eine zu starke Wandlung alten Glaubens gewesen; aber er diente dem Neuen, wo es von ihm verlangt wurde, mit voller Ehrlichkeit ...So nahm er aus altem heilig gehaltenen Ideal nicht den Anlaß zum blinden Kampf gegen das Neue, sondern sein Blick war auf die neue Sammlung aller positiven Kräfte gerichtet, gerecht gegen Altes und Neues."

3) Meinecke erläutert dieses Gespräch in einem Brief an Willy Andreas vom 9. Januar 1920 so: "Sie finden mein Gespräch noch im Banne voraugustlicher Gegensätze. Richtiger würde ich sagen, daß unsere heutigen gebildeten Schichten und akademische Jugend noch viel zu sehr im Banne dieser Gegensätze stehen, und gerade um einzuwirken auf sie und sie für die Notwendigkeit des neuen demokratischen Rechtsbodens zu gewinnen, schrieb ich das Gespräch." (Ausgew.

Reinhold: "Ist es nicht etwas eng und kurzsichtig, immer nur in der Demokratie den Sündenbock zu sehen ... wo sie doch ein integrierendes Stück des allgemeinen geschichtlichen Ablaufs der abendländischen Kultur ist."
Eberhard: "Damit könntest Du schließlich auch den Bolschewismus rechtfertigen."
Reinhold: "Ich kann in ihm nicht ... eine ... organische Weiterbildung, sondern (nur) eine jener pathologischen Wucherungen" sehen. - "Aber durch das Anrennen der äußersten Linken und der äußersten Rechten gegen die demokratischen Ergebnisse verekelt ihr die Verfassung und vergeßt, daß wenn wir jetzt die formale Demokratie nicht gehabt hätten, das bolschewistische Chaos über uns hereingebrochen wäre."
Eberhard: "Der schwache Punkt in deiner Verteidigung der Formaldemokratie ist und bleibt der, daß du sie selber nur mit gebrochenem, geteiltem Herzen verteidigst. Im Grunde ist sie doch nur eine Verlegenheitsausflucht, ein faute de mieux."
Reinhold: "Das Regieren nach Formaldemokratie und Mehrheitswillen aber hat den Vorzug einer klaren, einfachen, unverrückbaren Spielregel."
Eberhard: "Immer nur kahle Vernunftgründe, nichts innerlich Erwärmendes für die Demokratie. Du hast dich mit ihr verheiratet ohne sie zu lieben." --- "Die stärksten Persönlichkeiten" aber "hat bei uns immer noch das alte monarchisch-autoritäre Deutschland, der Geist der Unterordnung unter das Ganze ... Unser Lloyd George und Clemenceau war Ludendorff, eine Gestalt wie aus Bronze neben euerem parlamentarischen Wachsfigurenkabinett." [1)]

In diesem Dialog scheint alles Wesentliche des demokratischen Selbstverständnisses jener Zeit enthalten zu sein.

Briefwechsel, a. a. O., 99
1) Nach der Revolution, a. a. O., 107 ff

Nicht nur beim demokratischen Sprecher leuchtet es auf, sondern auch bei seinem Antipoden. Entscheidend sind dabei die Stichworte "Formaldemokratie", die Auffassung der Demokratie als einer bloßen "Spielregel" und Demokratie als "Verlegenheitsausflucht". Die gegnerischen Einwände, daß bei den demokratischen Repräsentanten "nichts Erwärmendes" zu spüren und daß das Bewußtsein weiter Kreise des Volkes trotz Revolution ein monarchisches sei, werden vom Apologeten des demokratischen Gedankens bezeichnenderweise nicht bestritten.

Friedrich Meinecke war nach dem Zusammenbruch der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) beigetreten. Aber von einer republikanischen Ideologie war er weit entfernt und stellte sich nur unter dem Zwang der Lage auf die neue Staatsform ein, weil er die Rückkehr zur Monarchie für eine Unmöglichkeit hielt. Im Kriege hatte er zur Avantgarde demokratischer Reformer gehört, aus Staatsräson, nicht als Doktrinär. Die politische Entwicklung war über seine Reformwünsche hinausgegangen und so blieb ihm auch nach der Revolution nur die Rechtfertigung der staatspolitischen Notwendigkeit, die er entwicklungsgeschichtlich deuten wollte: "Die Demokratisierung Deutschlands ist kein willkürlicher Entschluß vorübergehender Machthaber, kein Triumph eines eigensinnigen Doktrinarismus, auch keine erzwungene Nachahmung der Verfassungsform unserer siegenden Gegner, sondern eine inne rste entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit für uns geworden, eine Lebensform, in der die überwiegende Masse des deutschen Volkes heute nun einmal leben will, ohne die kein gesundes und gesichertes Staatsleben und kein sozialer Friede im Vaterlande mehr möglich ist." [1]

---

1) in: DIE NEUE RUNDSCHAU (1919), Polit. Schriften, a.a. O., 296

Das war eine aus dem Faktischen begründete Rechtfertigung ohne eigentliche Wertbezogenheit des demokratischen Gedankens. Hierin liegt das Dilemma, in dem sich die Weimarer Republik von Anfang an befand: daß sie nämlich keine Anhänger aus innerer Überzeugung fand, weil die demokratische Tradition im Kaiserreich kaum republikanisch ausgerichtet war. In der Gestalt Meineckes spiegelt sich deutlich die Schwierigkeit des Hineinwachsens in die neuen Verhältnisse. Dies konnte nicht anders als in zwielichtiger Weise geschehen. Die Terminologie Meineckes ist hierfür beredter Ausdruck, wenn er von "Ersatzkaisertum", "Schutzdach" usw. spricht und daß die Republik nur "rebus sic stantibus" die gegebene Staatsform sei. Der Versuch, dieser Republik den Charakter der historischen Kontinuität zu geben, zeigt die Bereitschaft, mit der sich Friedrich Meinecke dennoch einzusetzen gedachte.

2. Hans Delbrück

In die Kategorie der "Vernunftrepublikaner" gehört als Prototyp der Historiker Hans D e l b r ü c k , dessen besondere Bedeutung in der Verbindung von Wissenschaft und Politik liegt. Er war nicht erst durch den Weltkriegsausbruch zur Politik gekommen, (wenngleich seine politisch-publizistische Tätigkeit im Kriege ihren Höhepunkt erreichte) sondern konnte schon in der Wilhelminischen Zeit (damals freilich als Ausnahmeerscheinung) als Vertreter der Gelehrtenpolitik gelten. [1)]

Er war der letzte in jener Tradition der Gelehrtenpolitik von Dahlmann bis Treitschke, der in diesem Geiste ins 20. Jahrhundert hineinragte. Sein Lehrer war Heinrich von S y b e l , bei dem er 1872 in Bonn promovierte. [2)] Seine politisch-publizistische Tätigkeit begann er gleich nach der Habilitation (1881) mit der Herausgabe der "Politischen Wochenschrift" zusammen mit dem Privatdozenten für Staatswissenschaften Stephan zu P u t l i t z . Die Zeitschrift existierte nur ein Jahr und ging in den Preußischen Jahrbüchern auf. [3)] Delbrück wurde von Heinrich von Treitschke

---

1) vgl. K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., a. a. O., 28 (Diss.)

2) Delbrück wurde am 11. 11. 1848 in Bergen (Rügen) geboren, nahm am Krieg 1870/71 als Leutnant teil, habilitierte sich 1881 in Berlin und blieb dort bis zu seinem Tode am 14. 7. 1929. Seit 1896 hatte er den Lehrstuhl Treitschkes inne. An allgemeiner Literatur über Hans Delbrück ist zu nennen: M. Hobohm: Hans Delbrück, der Siebzigjährige, Berlin 1918; F. Meinecke: Hans Delbrück, in HZ, Bd. 140, (1929), 702 ff; Axel v. Harnack: Hans Delbrück als Historiker und Politiker, in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 62, (1952), 408 ff

3) Näheres darüber bei A. Thimme: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955, im Anhang 157 ff

als Mitherausgeber der Preußischen Jahrbücher herangezogen. Als er sich jedoch mit Treitschke 1889 wegen sozialpolitischer Differenzen zerstritt, übertrug ihm der Verlag von da an die Alleinherausgabe, die Delbrück erst 1919 niederlegte. In die achtziger Jahre fällt auch Delbrücks Tätigkeit als praktischer Politiker. Er war Abgeordneter der Freikonservativen Partei im Preußischen Abgeordnetenhaus (1882-1885) und Mitglied des Reichstags (1881-1890). [1]

Delbrück war danach nicht wieder in die praktische Politik eingetreten und verstand sich ausschließlich als politischer Publizist mit der Grundeinstellung des Historikers. Dem lag folgendes Selbstverständnis zugrunde: "Wie man auch theoretisch über das Verhältnis des Historikers zum Politiker urteile, bei mir hängen beide jedenfalls in einer Weise zusammen, daß meine politische Stellungnahme durchaus beherrscht ist durch meine Auffassung als Historiker und nicht umgekehrt. Ganz gewiß ist es nicht das Wesen und der Zweck der Geschichte, aus ihr Lehren zu ziehen für das praktische Handeln. Das Wesen der echten Geschichtsschreibung ist die reine Betrachtung. Es gibt keine Gesetze der Geschichte, und man kann keine Verhaltungsregeln aus ihr ableiten. Das schließt aber nicht aus, daß eine klare Einsicht in den Ursprung und das Werden der Zustande, in denen wir leben, ein unschätzbares Hilfsmittel ist, die Gegenwart zu verstehen, und daß das bessere Verständnis der Gegenwart, wenn es auch noch keine Prophetengabe für die Zukunft verleiht, schärft doch den politischen Blick." [2] Delbrücks

---

1) vgl. Anhang, S. 420 Nr. I; über Delbrücks Verhältnis zu Treitschke orientiert Delbrücks "Abschied" von der Redaktion der Preuß. Jahrb. (Bd. 178, 1919, 369 ff).

2) Hans Delbrück: Regierung und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914, Im Vorwort, 4; entsprechend urteilen F. J. Schmidt, K. Molinski, S. Mette: Hans Delbrück. Der Historiker und der Politiker, Berlin 1928, Vorwort; ferner J. Ziekursch: Hans Delbrück, in: Deutsches Biogr. Jahrb., Bd. 11, 1929, 94: "Der Historiker beherrschte bei Delbrück den Politiker."; jedoch abweichend A. Thimme: Hans Delbrück, in: Neue Dt. Biogr., Bd. 3, Berlin 1957, 577: Delbrück habe "als 'Gelehrter in der Politik' für seine Wissenschaft ... lernen" wollen, bezieht sich auf Delbrücks praktische poli-

politische Haltung war fortschrittlich-konservativ; "man kann Delbrück zu den Kathedersozialisten rechnen." [1] Der Kaiserin Friedrich gegenüber äußerte er einmal, er sei "konservativer Sozialdemokrat." [2] Seine innenpolitische Kritik traf vor allem die Konservativen und Nationalliberalen. Er selbst fühlte sich als aufgeklärter Konservativer. Außenpolitisch trat er in der wilhelminischen Zeit für eine friedliche deutsche Weltpolitik in Anlehnung an England ein. [3]

Delbrück hatte 1894/95 dem Alldeutschen Verband nahegestanden und die "allgemeinen Aufgaben und Grundanschauungen, zu denen sich der Verband bei seiner Gründung bekannte, entsprachen durchaus seiner politischen Gedanken- und Gefühlswelt. Erst in der Beurteilung und Verfolgung einzelner konkreter Ziele, sei es auf innenpolitischem oder außenpolitischen Gebiete, kam es zu Zusammenstößen", [4] die sich im Laufe der Jahre zu einer konsequenten Gegnerschaft ausweiten sollten. Als Bewunderer Bismarcks, [5] der deutschen

---

tische Tätigkeit. P. Rühlmann, in: Am Webstuhl der Zeit, Erinnerungsgabe für Hans Delbrück, Hrsg. E. Daniels/P. Rühlmann, Berlin 1918, 75 urteilt: "Er stellt seine Forschertätigkeit im Range seiner publizistischen Wirksamkeit voran. Ja, er wurde nach seinem eigenen Bekenntnis Politiker, um so den Historiker zu fruktifizieren." - Über das Verhältnis von Geschichte und Politik bei Delbrück vgl. G. Gut: Studien zur Entwicklung Hans Delbrücks als politischer Historiker, Diss. (masch.), Berlin 1951

1) A. Thimme: in: NDB, a. a. O., 577

2) Bei Axel von Harnack: Hans Delbrück, in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 63 (1952), 419

3) vgl. dazu die Aufsätze "Deutschlands Stellung in der Weltpolitik" (1902), in: Hans Delbrück: Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902-1925, Berlin 1926, 9 ff und "Weshalb baut Deutschland Kriegsschiffe?", (1909), ebd., 297 ff

4) A. Thimme: Hans Delbrück als Kritiker etc., a. a. O., 105

5) vgl. Hans Delbrück: Bismarcks Erbe, Berlin 1915

Reichsverfassung und unbedingter Anhänger der Monarchie mit leidenschaftlichem Nationalbewußtsein [1] hat Delbrück in allen politischen Fragen eine besonnene Mittelstellung eingenommen. Wandte er sich vor und besonders im Weltkrieg gegen den alldeutschen Chauvinismus einerseits, [2] so war er auch ein Gegner der Sozialdemokratie [3] und des verfassungsfeindlichen Marxismus andererseits, bis er nach dem Zusammenbruch zu einer Hochachtung dieser Partei gelangte, als sie politische Verantwortung zu übernehmen hatte. [4] Durch Delbrücks radikale Ablehnung der völkischen Ideen und der alldeutschen Hegemoniebestrebungen "entstand das Kuriosum, daß sein Kampf gegen Nationalismus, soziale Reaktion und gegen den Klassenegoismus der höheren Stände ihn zum Verteidiger seiner eigenen Gegner, der Sozialdemokratie" machte. [5]

Hans Delbrücks politisch-publizistische Tätigkeit (vornehmlich in den PREUSSISCHEN JAHRBÜCHERN) während des Weltkriegs

---

1) vgl. "Was ist national?" (1913), in: Vor und nach dem Weltkrieg, 379 ff und A. v. Harnack, a. a. O., passim

2) Seine Stellung zu den Alldeutschen vor Kriegsausbruch mögen folgende Sätze verdeutlichen: "Die 'Post' ist außer sich, daß ich gesagt habe, die Gefahr für die Zukunft Deutschlands liege nicht in der Sozialdemokratie und nicht im Zentrum, sondern bei den Alldeutschen. Sie droht mir einerseits wegen dieser Aeußerung mit dem Staatsanwalt und 'schwerer Freiheitsstrafe', andererseits zählt sie die verdienten Männer auf, die an der Spitze des 'Alldeutschen Verbandes' stehen, und fragt, ob diese eine solche Beleidigung verdient hätten. Sie will anderswo eine derartige Aeußerung noch niemals gehört haben, und auch die 'Tägliche Rundschau' sieht darin eine Entgleisung. Ich sehe nicht einmal in der freilich sehr scharfen Formulierung eine Entgleisung und in der Sache selbst eine Wahrheit von solcher Bedrohlichkeit, daß gar nicht oft genug auf sie aufmerksam gemacht werden kann." (Die Alldeutschen (1913) in: Vor und nach dem Weltkrieg, a. a. O., 397)

3) Vgl. Kaisertum und Sozialdemokratie (1903), ebd., 27 ff; dazu A. Thimme: Delbrück als Kritiker etc., a. a. O., 58 ff

4) Axel v. Harnack in: DIE NEUE RUNDSCHAU, a. a. O., 420

5) A. Thimme, in: NDB, 578

läßt sich so zusammenfassen: er wurde Führer derjenigen Richtung, die sich für eine maßvolle Kriegszielpolitik einsetzte, die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts forderte und Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs war. Diese Position brachte ihn in absoluten Gegensatz zu den alldeutschen Programmen. Natürlich blieb auch Delbrück von der allgemeinen Kriegsbegeisterung des Sommers 1914 nicht verschont. In einer Volksrede sprach er am 11. September 1914 in Berlin "Über den kriegerischen Charakter des deutschen Volkes", ein Thema, das sein besonderes Fachinteresse als Militärhistoriker nahelegte. Wie bei vielen anderen Zeitgenossen bildete sich damals auch bei Delbrück die feste Überzeugung, daß das deutsche Volk einen aufgezwungenen Verteidigungs- und Kulturkrieg zu führen habe, wenn er ausführt: "Wir wissen jetzt, was uns droht von Osten, welches Volk seine Wogen gegen uns heranwälzt, gegen das wir uns verteidigen müssen, damit nicht die hohe Kultur unter die rohe Gewalt gerate, und die Unterdrückung alles Hohen und Edlen uns und mit uns die Menschheit überwältige, und nichts rechnen wir mehr den Kulturvölkern im Westen zur Schmach an, als daß sie sich mit diesen Halbbarbaren verbunden haben, um uns, die Mitträger der höchsten Kultur, niederzukämpfen. Ja, das wollen wir und das sehen wir ein, daß wir es unserm stehenden Heer verdanken, wenn wir jetzt unsere Kultur verteidigen können gegen die Unkultur." [1)]

Das Festhalten am Verteidigungskrieg und die Weigerung, diesen in einen Eroberungskrieg umzudeuten, war es schließlich, was Delbrück den Alldeutschen verhaßt machte.
In der Stimmung patriotischen Hochgefühls der Augusttage von

---

1) Die Rede ist abgedruckt in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, geh. von den Prof. der Universität Berlin, Berlin 1914, 49 ff, hier 71

1914, die allenthalben politisches Interesse erwachen ließ, [1] kam es zur Bildung eines politischen Zirkels, der sich jeden Mittwoch zum Gedankenaustausch traf und in dem Hans Delbrück bald zum beherrschenden Mittelpunkt wurde. Die Anregung zu diesen regelmäßigen Zusammenkünften ging von dem Liberalen Eugen S c h i f f e r (späterer Justizminister) aus, aber der Zirkel firmierte sich als "Delbrücks Mittwochabend", und bestand noch lange über das Kriegsende hinaus (bis 1938). [2] Von den Berliner Professoren gehörten außer Delbrück Adolf von H a r n a c k , Wilhelm K a h l und Max S e r i n g dem "Mittwochabend" an, später kamen noch Friedrich M e i n e c k e und Ernst T r o e l t s c h hinzu, nach dem Kriege als wohl prominentestes Mitglied der Prinz Max von Baden. Der Burgfriedensstimmung von 1914 entsprechend wurde der Versuch gemacht, eine parteipolitische Einheitsfront zu bilden durch Hinzuziehung des Zentrums und der Sozialdemokratie, was aber bald wieder aufgegeben wurde. In der Hauptsache galten die beim "Mittwochabend" geführten politischen Diskussionen von Anfang an einem möglichst bald herbeizuführenden Verständigungsfrieden, wie es Delbrücks politischer Einstellung entsprach. [3]

---

1) P. Rühlmann, in: Am Webstuhl der Zeit, a. a. O., 76 schreibt rückblickend: "Die Luft schien elektrisch geladen. Fast einen jeden trieb es damals mit einer Art Naturgewalt zum befreienden Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten." Entsprechend F. Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin. Erinnerungen 1901-1919, Stuttgart 1949, 162: "Überall schlossen sich die Menschen in den ersten Kriegsjahren gleichsam wie Kristalle zusammen. Man suchte einander, freute sich jeder neuen interessanten Berührung und war anfangs auch einer gemeinsamen Grundgesinnung überall sicher. Alte Vereinigungen blühten wieder auf, neue bildeten sich zwanglos und fast von selbst."

2) Die Geschichte dieses Zirkels ist erzählt bei P. Rühlmann: Delbrücks "Mittwochabend" in: Am Webstuhl der Zeit, a. a. O., 75 ff, ferner bei F. Meinecke: Straßburg etc., a. a. O., 166 ff. Die elitebildende Wirkung des Clubs ist dargestellt bei J. H. Knoll: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Zur politischen Geistesgeschichte der letzten 100 Jahre. Stuttgart 1957, 188 ff: "Die Versammlung war schon an sich Elite, sie war eine Ausdrucksform von der Elite. Die Wirkung des 'Mittwochabend' lag in seiner beispielhaften politischen Noblesse und in seinem konstruktiven Denken - es waren Männer, die in Staat oder Politik standen und nobilitierend auf sie wirkten."

Hans Delbrück hat auch in der Kriegszielfrage stets eine maßvolle Mittelhaltung eingenommen. Sein Kriegsziel kann kurz so zusammengefaßt werden: "Er verlangte von einem Frieden die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts zu Lande und die Erringung des Gleichgewichts zur See. Die deutsche Sicherheit sollte nicht in Landerwerbungen, sondern in der 'Verbindung höchster militärischer Macht mit politischer Mäßigung' bestehen." [1] In diesem Sinne setzte er sich schon bald für einen Verständigungsfrieden ein. Anlaß zu einer größeren politischen Aktion war ihm dabei die sog. "Seeberg-Adresse" vom Sommer 1915, wobei er zum Mittelpunkt der Anti-Annexionisten wurde. Der Berliner Theologe Reinhold Seeberg, [2] reichte am 8. Juli eine Denkschrift an den Reichskanzler mit 1341 Unterschriften ein, darunter 352 von Hochschullehrern. Empört schrieb Lujo B r e n t a n o an Delbrück: "Mit großer Freude habe ich von Ihrer Stellung gegen die geradezu verbrecherischen Annexionsbestrebungen unserer vereinten Schutzzöllner Kenntnis genommen, wie mein Entsetzen über deren Eingabe vom 20. Mai [3] an den Reichskanzler groß ist. Es bedeutet die Rechtfertigung aller Anwürfe, welche unsere Feinde im Ausland bislang gegen uns gerichtet haben ... Nun höre ich, daß eine deutsche Universitätsadresse zur Unterstützung dieser Eingabe geplant ist ... Das fehlte noch! Ich würde es für eine patriotische Tat

---

3) Delbrücks Kriegspolitik ergibt sich aus seiner Aufsatzsammlung "Krieg und Politik 1914 - 1918", 3 Bde., Berlin 1917-1919. Eine zusammenfassende Darstellung findet sich bei A. Thimme: Hans Delbrück als Kritiker etc., a. a. O., 116 ff sowie Einzelheiten bei K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., a. a. O., passim.

1) A. Thimme, a. a. O., 120

2) "Seeberg stand den alldeutschen Wünschen sympathisch gegenüber, weil ihm als Balten östlicher Landerwerb ein Herzensanliegen war." (K. Schwabe, inHZ, Bd. 193, 615)

3) hier ist eine Eingabe von 6 wirtschaftlichen Verbänden gemeint.

halten, wenn Sie eine Gegenadresse in Szene setzten, die von Berlin aus an sämtliche Universitäten geschickt würde." [1] Tatsächlich verfaßte Hans Delbrück eine Gegenadresse, die die annexionistischen Forderungen ablehnte und den Verteidigungskrieg betonte, ferner sei die "Einverleibung oder Angliederung selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen." [2] Dies korrespondiert mit Delbrücks im August 1918 ausgesprochenen Überzeugung: "Die Welt verlangt und hat ein Recht zu verlangen, daß das deutsche Volk ihr eine Bürgschaft gebe, dass der alldeutsche Geist, der Geist der Überhebung, der Gewalt, der Bildungsfeindlichkeit, des Heidentums nicht der deutsche Geist sei"- "Ehe wir aber das Alldeutschtum, seine Kriegsziele und die blasphemische Predigt vom deutschen Herrenvolk nicht eingestampft haben ..., eher kann die Stunde für die Friedensverhandlungen nicht schlagen." [3]

Da Delbrück seit 1916 zudem Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs war, hatte er laufend mit den Alldeutschen Pressefehden durchzustehen, besonders aber einen persönlichen Konflikt mit seinem Freiburger Kollegen Georg von B e l o w . Delbrücks Kampf gegen die Alldeutschen unterstützte seit 1918 der von ihm habilitierte Privatdozent Martin H o b o h m [4] mit einer Schriftenreihe

---

1) Zit. bei A. Thimme, a. a. O., 121; original im Nachlaß Delbrück (Lina Delbrück), ungedr.

2) Hans Delbrück, in: PREUSSISCHE JAHRB., Bd. 169 (1917), 306; vgl. PREUSS. JAHRB., Bd. 162 (1915), 360; Zit. bei A. v. Harnack, a. a. O., 424. A. Thimme, a. a. O., 121 spricht von 141 Unterschriften (darunter G. Anschütz, O. Baumgarten, L. Brentano, A. Einstein, M. Planck, G. v. Schmoller, A. v. Harnack, E. Troeltsch, A. u. M. Weber); Ka. Schwabe, in: HZ, Bd. 193 (1961), 616: "Doch wurde diese mit ihrem gemäßigten Kriegszielprogramm, das sich gegen westliche und nur mit Einschränkung für östliche Annexionen aussprach, nur von etwa 80 Hochschullehrern unterschrieben."

3) Zit. bei Axel v. Harnack, a. a. O., 424

4) Martin Hobohm, geb. 1883, seit 1913 Priv. Doz. und seit 1923 a. o. Prof. für Geschichte an der Universität Berlin. Am 16. 9. 1933 wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen.

"Die Volksaufklärung" und "Deutsche Korrespondenz". Dagegen wurde in den Alldeutschen Blättern heftig polemisiet.[1] und Delbrück in folgender Weise angegriffen:
"Man möchte es wirklich nicht für möglich halten, daß heutzutage noch, nach 3 1/2 Jahren dieses blutigen Weltringens ... es noch Träumer gibt, die mit verbindlichem Lächeln uns zumuten wollen, auf alle Eroberungen zu verzichten, denn die Formel des Friedens ohne Annexionen legt auch den Feinden Opfer auf... Delbrück verdammt es, daß wir wegen Kriegsentschädigungen, wegen des schnöden Geldes, auch nur einen Monat weiter kämpfen wollen, und predigt einen Frieden um jeden Preis auf der Grundlage des status quo ante. Wo ist der status quo ante? Mehr als eine Million kräftiger gesunder Leute, die Blüte Deutschlands sind gefallen, Hunderttausende sind zu Krüppeln zusammengeschossen, Millionen Wirtschaften sind zerrüttet, bedeutende Vermögen und Vermögenswerte sind vernichtet. ... Mit der Vaterlandspartei und den Alldeutschen werden wir Dank der Führung Hindenburgs und Ludendorffs und Dank unserer U-Boote einen starken deutschen Frieden erreichen, während die sogenannte Mehrheitspartei nur den Krieg verlängert, da unsere Feinde ihre eigene politische Überlegenheit längst erkannt haben, und wissen, daß gegen derartige Unterhändler, wie wir sie noch immer haben, die Feder die Mißerfolge der Waffen wettmachen wird. Nicht die Alldeutschen oder die Vaterlandspartei sind es, die den Kleinglauben groß ziehen, sondern diejenigen, welche trotz der herrlichsten Waffentaten zu Lande, zur See und in der Luft einem Volke, dessen Heere siegreich im Feindesland stehen, vorwinseln, es möchte doch auf jeden Verständigungsfrieden, den die Besiegten uns zu diktieren belieben, eingehen, damit diese später keinen Grund haben, an uns Rache zu nehmen."[2]

---

1) z. B. Bd. 28 (1918), 263 f

2) Graf Blome-Salzau: Wider den Kleinglauben, ALLDEUTSCHE BLÄTTER, Jg. 28 (1918), 53 f

Mit der Flugschrift "Wider den Kleinglauben" [1] hatte Delbrück selbst in die Abwehr der Alldeutschen im Sinne des Büros Hobohm eingegriffen, jegliche Annexionen, besonders in Belgien abgelehnt und den status quo ante gefordert. Er legte dar, daß bei einem Frieden, wie er ihn sich dachte, Deutschland einer grandiosen Zukunft entgegenginge, und es einer Erreichung der alldeutschen Kriegsziele daher nicht bedürfe. Die Folge war ein persönlicher Zwist mit Georg von Below, der sofort eine Gegenschrift mit dem Titel: "Das gute Recht der Vaterlandspartei" [2] verfaßte, in der er Gebietserweiterungen in Belgien mit der "Befreiung der Flamen von der wallonischen Tyrannei" [3] rechtfertigte und nachzuweisen suchte, daß "die Forderungen, die die Vaterlandspartei aufstellt, durch die Natur der Dinge verlangt werden und bis in die Reihen ihrer Gegner Anerkennung finden. Die Vaterlandspartei setzt sich aber neben der Erkämpfung eines würdigen Friedens die allgemeine Aufklärungsarbeit, die Aufrechterhaltung einer starken nationalen Stimmung zum Zweck. Sie will der öden Flaumacherei wehren. Wieviel hier zu tun ist, weiß jedermann." [4] Schließlich bezeichnete er es als "unglaublich töricht, im voraus, vor dem Ende des Kampfes", wie Delbrück, "auf eine Entschädigung zu verzichten." [5]

Delbrück ließ daraufhin seinerseits eine Berichtigung in den "Preußischen Jahrbüchern" [6] folgen, woraus sich dann

---

1) Eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vaterlandspartei, in: Die Volksaufklärung, H. 2, hrsg. v. M. Hobohm, Berlin 1918

2) Eine Antwort an Prof. H. Delbrück, Schriften der Vaterlandspartei Nr. 1, Berlin 1918

3) ebd., 10

4) ebd., 13

5) ebd., 7

6) Bd. 172 (1918), 126 ff; die Kontroverse setzte sich noch weiter fort: vgl. Below, ebd., 279 ff; ferner ALLDEUTSCHE BLÄTTER, Bd. 28 (1918), 392, 407 und 415 f; DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, Jg. 5 (1918), 545 ff, 721 ff, 1204 ff; G. v. Below führte vorher eine ähnliche Kontroverse mit dem Kieler Theologen O. Baumgarten, von dem 1917 die Schrift "Das Echo der

eine weitreichende polemische Pressefehde entspann. Delbrück blieb dabei der maßvollere Teil, aber auf beiden Seiten zeigte sich die Tiefe der Kluft, die zwischen den Fronten bestand und sich zur Unduldsamkeit steigerte. Politische Meinungen wurden dabei wie Glaubensdogmen behandelt, die keinen Ausgleich zuließen. Über die sachlichen Differenzen, Siegfrieden einerseits, Verständigungsfrieden andererseits, zeigt der Streit zwischen Delbrück und Below den Stand des Stimmungsbarometers im politischen Klima des letzten Kriegsjahres, wie er auch für die frühen Weimarer Jahre bezeichnend werden sollte. Diesen Sachverhalt hat Hans Delbrück selbst sehr treffend erkannt, wenn er die Below-sche Polemik charakterisierte: "Der Kampf gilt dem Typus, den er vertritt. Alle großen idealistischen Bewegungen in der Geschichte sind in Gefahr verunstaltet zu werden, indem sie in die Hände von Fanatikern geraten. Auch der deutsche Nationalgedanke ist seit langem von dieser Gefahr bedroht und sie wächst zusehends. Der Fanatismus ist unwahrhaftig; er will den Gegner nicht verstehen, sondern ihn vernichten, physisch oder moralisch. Die Mäßigung ist der Feind, sagten die Sanskulotten 1793 und sandten die edelsten französischen Patrioten auf die Guillotine. Der richtige Alldeutsche kennt nur seine Freunde auf der einen und Flaumacher, Internationalisten, Pazifisten, schlechte Patrioten, Verzichtler, Vaterlandsverräter auf der andern Seite. Aus dieser Gesinnung heraus läßt sich auch ein Gelehrter, der es sonst gewohnt ist, kritisch zu denken und zu prüfen, dazu hinreißen, dem politischen Gegner Ansichten unterzulegen, die der Wahrheit direkt widersprechen, und den Charakter zu verdachtigen, wo er widerlegen sollte. Dieser Vergiftung unseres politischen

---

alldeutschen Bewegung in Amerika" erschien, in dem gezeigt wurde, daß die alldeutsche Kriegszielerörterung in Amerika dem deutschen Ansehen geschadet habe. Die Kontroverse fand statt in der Zeitschrift DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, Jg. 4 (1917), 769 ff, 946 ff und 1073 ff; vgl. dazu auch Delbrück in Preuß. Jahrb., Bd. 172 (1918), 128 und M. Hobohm: Vaterlandspolitik, Berlin 1918, 59-66

Lebens entgegen zu arbeiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben." [1]

Bevor auf Delbrücks politische Gedankenwelt nach dem Kriege eingegangen werden soll, ist es zum besseren Verständnis nötig, kurz seine Stellung zur preußischen Wahlrechtsfrage zu streifen. Dieser Komplex hängt im politischen Denken Delbrücks eng mit seiner Beurteilung der Sozialdemokratie und der Burgfriedensstimmung von 1914 zusammen. Schon vor dem Kriege war Delbrück der Ansicht, daß die Sozialdemokratie in den Staat hineinwachsen und den Weg von der revolutionären zur reformierenden Partei beschreiben müsse. Mit großem Interesse verfolgte er daher ihre Entwicklung von der Revision des Gothaer Programms (1881) bis zur Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914. Delbrück war stets ein Gegner der Sozialdemokratie, insofern sie sich zum Marxismus bekannte und mit allen, auch mit revolutionären Mitteln die sozialistische Gesellschaftsordnung erstrebte und damit "ihre Erbitterung gegen den bestehenden Staat" [2] schürte. Seit dem Erfurter Parteitag von 1891 hatte diese verfassungsfeindliche Konzeption bis in den Krieg hinein offizielle Gültigkeit. Delbrück sah aber schon früh sehr deutlich in der inneren Entwicklung der Partei die Züge des Revisionismus, die ihn zeitweise an die Möglichkeit einer positiven Reformpartei glauben ließen. [3] 1903 schrieb er in den Preußischen Jahrbüchern: "Es ist unmöglich, daß der deutsche Volks-

---

1) Preuß. Jahrb., Bd. 173 (1918), 118. Wie sehr das politische Engagement der Weltkriegszeit in politische Leidenschaft ausartete, zeigen auch zahlreiche Beleidigungsprozesse mit politischem Hintergrund, wie der Fall Valentin, und der Prozeß Below-Hobohm beim Amtsgericht Freiburg, der mit einem Vergleich endete und die Beleidigungsklage Baumgartens gegen Below vom September 1918, die Baumgarten aber wieder zurückzog. Vgl. G. v. Below: Zwei Prozesse um der alldeutschen Sache willen, ALLDEUTSCHE BLÄTTER, Jg. 29 (1919), 164 f

2) A. Thimme: Hans Delbrück als Kritiker etc., a. a. O., 59

3) ausführlich bei A. Thimme, ebd., 60 ff

geist sich naturgemäß, gesund und glücklich entwickele, wenn ein so ungeheurer Teil der Nation den nationalen Idealen dauernd feindlich gegenübersteht. Nicht was die Sozialdemokratie positiv schadet, ist das Wichtige, sondern daß sie negativ so wesentliche Teile unseres Volkes verhindert, freudig im nationalen Dasein mitzuleben." [1]

Andererseits hat es Delbrück stets freudig begrüßt, wenn er bei der Sozialdemokratie "einige Töne nationalen Empfindens" [2] zu hören meinte. Dementsprechend gelte es "jenes Drittel unseres Volkes, das sich mit einer grundsätzlichen feindlichen Gesinnung gegen den eigenen Staat erfüllt hat, diesem zurückzugewinnen, anders ausgedrückt, die unterste Schicht des Volkes zu einem aktiven Gliede des sozialen Gesamtkörpers zu gestalten." [3] Delbrücks Beurteilung der Sozialdemokratie läßt sich somit auf folgende Formel bringen: "In dem Sozialdemokraten sah er zunächst den Menschen, der der deutschen Volksgemeinschaft angehörte. Er sah es als eine moralische und sittliche Aufgabe an, diesen dem Staate noch fernstehenden Bestandteil des deutschen Volkes für die Nation zurückzugewinnen, damit er freudig am nationalen Dasein mitleben und mitarbeiten könne. ... Zur Verwirklichung dieses Zieles gehörte jedoch auch, daß die Sozialdemokraten sich gewinnen ließen. Es ist charakteristisch für Delbrück, daß er die Schuld und Verantwortung an den bestehenden Zuständen wesentlich den gesellschaftlich und bildungsmäßig höher stehenden Parteien zuschrieb." [4]

---

1) Bd. 113 (1903), 370

2) Kaisertum und Sozialdemokratie (1903), in: Vor und nach dem Weltkrieg, 32; entsprechend beurteilte er sozialdemokratische Politiker der evolutionistischen Richtung, wie den Abg. v. Vollmar positiv: "Herr v. Vollmar ist von ihren Führern zweifellos der bei aller Kraft der Persönlichkeit gemäßigte und hat deshalb immer noch das am meisten Staatsmännische." (ebd., 31)

3) Preuß. Jahrb., Bd. 154 (1913), 365 f

4) so treffend A. Thimme: Hans Delbrück als Kritiker etc., a. a. O., 69

Damit ist der Hintergrund von Hans Delbrücks Haltung in der preußischen Wahlrechtsdiskussion seit 1917 hinreichend erklärt. Wenngleich beim "Mittwochabend" die Heranziehung von Sozialdemokraten scheiterte, so war dies Vereinigung doch ein Hort des nationalen Einheitsgefühls von 1914. [1] Delbrück selbst mußte auch konsequenterweise in der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 1914 die Aussöhnung mit dem Staat sehen. Dies war auch der Grund, weshalb er wie viele andere für die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts eintrat, nicht etwa weil er - und das verdient betont zu werden - prinzipiell ein Anhänger der Demokratie und des Parlamentarismus gewesen wäre. Jedenfalls traf er sich in dieser Frage mit seinen Berliner Kollegen E. Troeltsch, F. Meinecke, H. Herkner und Adolf von Harnack. In einer öffentlichen Erklärung [2] vom 3. Juli 1917 drängte Delbrück mit diesen Kollegen auf die Erfüllung der Kaiserlichen Osterbotschaft vom 7. April. [3] Das Motiv war für diese Hochschullehrer die längst fällige soziale Integration der Arbeiterschaft in den wilhelminischen Staat. In Delbrücks Denken existierte dieses Problem schon vor dem Weltkrieg, das Erlebnis des Kriegsbeginns steigerte auch bei ihm diese Einstellung. Der Wahlrechtsreform wurde die Wirkung der sozialen Integration der Arbeiterschaft sowie die Aufrechterhaltung der Willenseinheit der Nation (seit 1914) zusprochen. Hinzu kam ein außenpolitisches Argument, daß der feindlichen Propaganda die Grundlage entzogen würde, wenn sie den Krieg als Kampf für Freiheit und Demokratie gegen Autokratie und Reaktion interpretierte. [4]

---

1) A. Thimme, a. a. O., 139 f

2) Preuß. Jahrb., Bd. 169 (1917), 155

3) vgl. Agnes v. Zahn-Harnack: Adolf von Harnack, Berlin 1936, 456: "Der Kaiser hatte durch seine Osterbotschaft vom 7. April 1917 hierfür große Hoffnungen erweckt; aber sie wurden von der Regierung nicht erfüllt. Eine Reihe von Professoren und Politikern erhob am 3. Juli 1917 in öffentlicher Erklärung die Forderung, daß die kaiserliche Zusage nun auch verwirklicht werden solle - eine Erklärung, die der Kaiser persönlich sehr ungnädig vermerkte."

4) R. Patemann: Der Kampf um die preußische Wahlrechtsreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964

Hans Delbrück schloß sich diesen Argumenten an. [1] Vor allem sah Delbrück "die dringende Notwendigkeit ein, daß man den Mehrheitssozialisten gegen die Unabhängigen einen sicheren Erfolg zubilligen müsse. Wenn die Arbeitermassen jetzt zu der sozialdemokratischen Minorität abschwenken würden, dann geht dem deutschen Volke der Ertrag des Krieges für das innere nationale Leben wieder verloren." [2]

Die preußische Wahlrechtsfrage ist durch die Revolution überholt worden und Delbrück hatte mit jenen recht behalten, die für eine rechtzeitige Reform eingetreten waren.

Die Revolution hat auf Hans Delbrück tief erschütternd gewirkt. Wenngleich er sich während des Krieges der Linken angenähert hatte, war er doch zu tief im monarchischen Gedanken verwurzelt, als daß er hätte Republik und Parlamentarismus gutheißen können. Als im Oktober 1918 Gerüchte über die Abdankung Wilhelms II. aufkamen, wurde er von "Angst gepackt und lief ... überall herum, um vor dem Abdankungsplane zu warnen." [3] - Am 11. November feinerte Delbrück seinen 70. Geburtstag. Zu den Gratulanten sagte er, "es sei das Ende der Friderizianischen Monarchie, mit der all sein politisches Denken und jeder Glaube an Deutschlands Zukunft verwachsen sei; sie habe stets an bösen Rückbildungen und Erstarrungen gelitten, woraus sich stets revolutionäre Neigungen ergaben. So furchtbar wie jetzt, habe es freilich mit ihr noch nie gestanden. Der Glaube des Historikers an alle seine bisherigen Maßstäbe und Voraussetzungen sei im Wanken. Aber es gelte Goethes Wort: 'Und keine Macht und keine Zeit zerstücke geprägte Form,

---

1) Preuß. Jahrb., Bd. 168 (1917), 170 (1917), 171 (1918), 172 (1918), u. ö.

2) A. Thimme, a. a. O., 143

3) F. Meinecke: Straßburg etc., a. a. O., 256

die lebend sich entwickelt'." [1]
Hans Delbrück war überzeugter Monarchist und blieb dieser Überzeugung stets treu. Dennoch hat er sich schweren Herzens zum Standpunkt des Vernunftrepublikaners durchgerungen, denn er war andererseits viel zu sehr pragmatischer Politiker, als daß seine Haltung ausschließlich von einer gewonnenen Überzeugung bestimmt worden ware. Er wurde Vernunftrepublikaner aus Staatsraison.
Die entspricht wiederum seiner Haltung gegenüber der preußischen Wahlrechtsreform, wo er prinzipiell ebenfalls eine andere Auffassung vertrat, die mit seiner grundsätzlichen Ablehnung des Parlamentarismus zusammenhing. Vor dem Kriege hatte Delbrück über dieses Thema Vorlesungen gehalten, die 1914 mit dem Titel "Regierung und Volkswille" in Buchform erschienen waren. An den Zusätzen der 2. Auflage [2] läßt sich zugleich seine Haltung gegenüber der republikanischen Demokratie ablesen. Das Buch war in beiden Auflagen ein Bekenntnis zur deutschen Reichsverfassung, das einer seiner Schüler so beschrieb: "Nirgendwo in der Welt vermochte er eine so hochentwickelte Verfassung zu entdecken, wie die durch die Kombination des preußischen Militärkönigtums mit dem demokratischen Reichstagswahlrecht gegebene. ... Er meinte, wenn es im "Reichsanzeiger" hieße: 'Wir, Wilhelm II. von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser und König von Preußen verordnen nach erfolgter Zustimmung des Reichstags' usw., so habe diese Formel einen historisch-politischen Klang und Sinn wie Senatus Populusque Romanus. Die römische

---

1) E. Troeltsch: Spektator-Briefe. Aufs. über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, Tübingen 1924, 24; bei E. Daniels: Delbrück als Politiker, a. a. O., 30 heißt es: "Am 11. November 1918 versammelten wir uns in Delbrücks Villa, um ihm zum 70. Geburtstag seine Büste zu verehren; die Herren vom Militär schon nicht mehr in Uniform, denn auf den Straßen wütete der spartakistische Pöbel. Über der mäßig zahlreichen Versammlung lagerte die düsterste Stimmung. Er trat in unsere Mitte, sich zu bedanken; verzweifelt, wie wir alle. Da sahen wir ihn weinen."

2) H. Delbrück: Regierung und Volkswille, Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914, 2. Aufl. m. d. Untertitel "Ein Grundriß der Politik", Charlottenburg 1920

Republik und das Kaiserreich Hohenzollern seien die beiden einzigen Gemeinwesen der Geschichte, in denen gouvernementales Autoritatsprinzip und demokratisches Selbstbestimmungsrecht in ein ponderierendes Gleichgewicht zueinander getreten seien." [1] Delbrück stellte sich in der 2. Auflage 1920 die Frage, ob er gezwungen sei, dieses Bekenntnis zu revidieren, da doch die Voraussetzungen nun zerstört waren. Aber schon im Vorwort verneinte Delbrück die Frage: "Es ist wahr, die von mir gepriesene Verfassung des Deutschen Reiches, die ich für unerschütterlich hielt, ist zugrunde gegangen. Die Demokratien des Westens, deren Leistungsfähigkeit ich soviel geringer einschätzte, haben uns besiegt. Aber haben sie uns etwa besiegt, weil sie leistungsfähiger waren? Im Gegenteil. Die deutsche Verfassung hat sich als die bei weitem leistunsfähigste erwiesen. Denn wie hätten wir sonst einer so ungeheuren Überlegenheit gegenüber, Überlegenheit an Menschen und Mitteln, uns vier Jahre lang siegreich behaupten können, wenn nicht unser staatlicher und gesellschaftlicher Organismus der stärkere gewesen wäre? Nur die Masse ist es gewesen, die uns schließlich erdrückt hat. So sehr mein Glaube an die Zukunft des Deutschen Reiches mich betrogen hat, so darf ich doch behaupten, daß meine historisch-politische Auffassung von der Natur des preußisch-deutschen Staates durch die Ereignisse nicht widerlegt, sondern bestätigt worden ist." [2] Die Niederlage Deutschlands sei ferner nicht darauf zurückzuführen, daß es 1914 nicht das parlamentarische System gehabt habe, denn die im Kriege gemachten Fehler seien unabhängig von der Staatsform und hätten auch einer parlamentarischen Regierung unterlaufen können: "Nicht

---

1) Emil Daniels: Delbrück als Politiker, in: Am Webstuhl der Zeit, a. a. O., 20

daß wir das monarchische Regiment hatten, war unser Fluch, sondern daß das monarchische Regiment nicht stark genug war, den chauvinistischen Volksströmungen Widerstand zu leisten und das Volk gegen seinen Willen den rechten Weg zu führen." [1]

Dies war eine Erkenntnis, die wohl nur wenigen Zeitgenossen Delbrücks dämmerte. Es entspricht Delbrücks Position der Mitte, wenn er den Parlamentarismus nicht global verwirft und auch das Positive anerkennt: "Ganz ebenso falsch wie die Vorstellung, daß wir zu wenig Parlamentarismus gehabt, ist natürlich die entgegengesetzte, daß wir davon zu viel gehabt hätten und daß Deutschland gerettet worden wäre, wenn die Monarchie nicht dem Reichstag und der Demokratie Konzession auf Konzession gemacht hätte. Ohne das demokratische Element in unserer Verfassung, also ohne den Reichstag, in dem sich der gute Wille der großen Masse der Staatsbürger manifestierte, hätte nicht einmal die Mobilmachung von 1914 durchgeführt, geschweige das heldenhafte Ringen gegen die siebenfache Überlegenheit vier Jahre hindurch durchgehalten werden können. Das deutsche Volk hat 1914 bis 1918 mehr als das Doppelte an Männern ins Feld gestellt, von dem, was bis dahin für die denkbar höchste Leistung eines Kulturvolkes galt, Preußen im Jahre 1813, und dieses Doppelte nicht auf acht Monate, sondern auf vier Jahre. Eine solche Leistung läßt sich von keiner Monarchie befehlen und von keiner Kiktatur erpressen, sondern muß getragen sein vom 'Volkswillen'." [2]

Delbrücks erschütterndes Revolutionserlebnis spiegelt sich in der "Politischen Korrenspondenz" seiner Preußischen Jahrbücher. Die Abdankung des Kaisers enttäuschte ihn zutiefst.

---

1) Regierung und Volkwille, 2. Aufl. a, a, O., 139
2) ebd., 140 f

"Der Kaiser, das Offizierskorps, die bürgerlichen Parteien müssen die Folgen ihrer unseligen Handlungsweise tragen."[1] Die staatsrechtliche Unsinnigkeit der Abdankung als deutscher Kaiser, nicht als preußischer König, geißelte Delbrück in scharfer Kritik.[2] Aber auch der neuen Revolutionsregierung konnte er keine Sympathien abgewinnen: "Nicht einmal für das Provisorium hat der moralische Kredit, den die Sozialdemokratie sich während des Krieges erworben, gereicht. An die Gewalt gekommen, hat sie gewirtschaftet auf eine Weise, daß man jetzt fragt, wer das deutsche Volk schwerer geschädigt hat: das militaristische Alldeutschtum, das uns in die auswärtige Niederlage geführt oder die Sozialdemokratie, die die Niederlage vollendet und die innere Auflösung hinzugefügt hat."[3] Delbrücks Revolutionserlebnis war also eingespannt zwischen die Pole der politischen Überzeugung und der Kritik an Vergangenheit und Gegenwart.

Wie aber beurteilte Delbrück die Weimarer Reichsverfassung? In den Preußischen Jahrbüchern äußerte er sich gleich Anfang 1919 über die wichtigsten Fragen der künftigen Reichsverfassung und ließ unverhohlen sein monarchisches Herz erkennen. Sein Interesse galt dabei nicht dem Parlamentarismus, in dem er nur die "Brutstätte der Korruption" erblicken konnte.[4] Wie Max Weber und Friedrich Meinecke trat er daher für den starken Reichspräsidenten (möglichst auf Lebenszeit) ein, denn nur ein solcher könne gegen die parlamentarischen Wucherungen Schutz bieten. Die "Zersplitterung des Parlaments kommt der Machtstellung des Präsidenten der Repu-

---

1) Preuß. Jahrb., Bd. 175 (1919), 140

2) Revolution und Abdankung, Preuß. Jahrb., Bd. 177 (1919), 468 ff

3) Die Folgen der Revolution, Preuß. Jahrb., Bd. 175 (Jan. 1919), 140 f

4) Preuß. Jahrb., Bd. 175 (1919), 135

blik zugute und erhebt ihn über die Parteien, wie ehedem die Monarchie." [1] Damit ist wieder das Prinzip des "Ersatzkaisertums" ausgesprochen. Die Grundfragen der Reichsverfassung sah Hans Delbrück in der Gestaltung der Präsidentenschaft und im Verhaltnis der Gliedstaaten zum Staatsganzen. Wie bei Friedrich Meinecke stand für ihn hierbei die Zukunft Preußens zur Diskussion. Delbrücks Gedanken hierzu bewegten sich in der Nähe des Preuß'schen Verfassungsentwurfs. In der Republik hielt er eine straffere Zentralisation für unvermeidlich. Die Entwicklung zum Einheitsstaat und die damit verbundene Dezentralisation Preußens war für Delbrück unausweichlich: "Es mag uns Preußen ins Herz schneiden, aber der Verstand verlangt es. Der Deutsche Gedanke soll und muß den Vorrang haben vor dem Preußischen, und ich verleugne die Tradition und den Namen der Preußischen Jahrbücher nicht, indem ich mich zu dieser Wahrheit bekenne, denn in dem Geiste, daß Preußens Staatskraft eben darin ihren Wert habe, daß sie das Deutschtum um sich sammele, ist diese Zeitschrift vor 60 Jahren gegründet worden. Liegt es erst klar vor aller Augen, daß diese Mission erfüllt und die Epoche vollendet ist, so wird mit dem neuen Ziel auch der Name geändert werden können." [2]

In der politischen Korrespondenz der Preußischen Jahrbücher verfolgte Delbrück im weiteren die Weimarer Verfassungsberatungen recht lustlos und enthielt sich jeder akademischen Erörterung der Verfassungfragen. In leidenschaftlicher Weise griff er nur noch einmal in die Flaggenfrage ein: "Die Abschaffung der schwarz-weiß-roten Fahne ist ... geradezu eine Herausforderung an alle diejenigen Söhne des Volkes,

---

1) ebd., 136

2) ebd., 134; im nächsten Heft, ebd., 289 ff setzt sich D. direkt mit Preuß auseinander und weiß sich mit ihm in der Forderung des Einheitsstaates weitgehend einig wegen der partikularistischen Tendenzen im Reiche.

die die Bismarckisch-Wilhelminische Epoche nicht verleugnen wollen. Weder heute noch für eine unabsehbare Zeit, auf Generationen hinaus, wird man auf diese Farben verzichten." [1] Durch ihre Abschaffung werde die schwarz-weiß-rote Flagge zur Parteifahne gemacht, unter der sich die Gegner der Republik sammeln werden, so prophezeite Delbrück. Darüberhinaus aber werden es auch diejenigen als Beleidigung empfinden müssen, die der Republik aus gutem Herzen dienen, aber deshalb ihre Vergangenheit nicht verleugnen wollen. Zu diesen rechnet sich Delbrück selbst: "Wir erkennen die Republik an und finden uns mit ihr ab, weil wir einsehen, daß sie die einzige politische Form ist, in der das deutsche Volk heute sein Leben fristen kann: daß eine monarchische Restauration, so wie die Dinge liegen, in sich unausführbar ist, uns in Bürgerkrieg stürzen und den Weltkrieg erneuern hieße. Wer das deutsche Volk liebt, muß heute mit deutscher Treue der Republik dienen. Aber die Zahl derer, die sie lieben, ist gering, die Zahl derer, die sie hassen, ist groß. Die Einen hassen sie, weil sie zu viel zerstört, die Anderen, weil sie noch nicht genug zerstört hat. Nicht eigentlich der Wille der Menschen, sondern der unwiderstehliche Zug der Dinge, der Zusammenhang der Weltereignisse und die nationale Niederlage haben die Republik geschaffen. Ist es klug, einer auf solchem Boden erwachsenen Schöpfung ein eigenes Symbol zu geben? ... Ich mache kein Hehl daraus, daß ich die Republik nicht liebe, aber ich habe mir gelobt, ihr aus gutem Herzen zu dienen, und in dieser Gesinnung richte ich an die Nationalversammlung die Bitte, noch in der dritten Lesung des Beschluß zu reformieren, und dem deutschen Volke die schwarz-weiß-rote Fahne zu lassen. Schwarz-rot-gold wird immer nur die Farbe einer Partei und zwar einer nicht sehr großen sein; schwarz-weiß-rot ist für alle Parteien, es seien denn ganz Extreme dieser oder jener Richtung annehmbar und ist

---

1) Die Verfassungsberatung. Schwarz-rot-gold, Preuß. Jahrb., Bd. 177 (1919), 297, abgedr. in: Vor und nach dem Weltkrieg, 417 ff

deshalb allein geeignet, zum Symbol eines geeinigten deutschen Volkes zu werden. Delbrück." [1]

Nach dem Inkrafttreten der WRV gab Delbrück folgenden Kommentar: "Aus einem Zustand von Jammer und Elend ist die Verfassung der deutschen Republik geboren. Sie enthält manches Widerwärtige. ... Der Fundamentalsatz 'Die Staatsgewalt geht vom Volke aus' ist zwar sinnlos, aber man mag ihn hinnehmen wie ehedem die Formel 'von Gottes Gnaden'. Die große Masse der Mehr- als 20jährigen, die als das souveräne Volk figuriert, wird durch den Taschenspieler-Trick des Verhältnis-Wahlrechts auf die Auswahl zwischen den organisierten Parteien beschränkt, d. h. die Parteiführer regieren, und zwar weit autokratischer als ehedem die königlichen Minister. ... Unerklärt bleibt auch, mit welchem Recht das deutsche Volk von 1919 sich anmaßt, dem Volke von 1920 und späteren Generationen vorzuschreiben, daß es seine Verfassung nicht durch den Beschluß der Majorität, sondern nur einer Zweidrittel-Majorität ändern dürfe. Für praktisch schädlich halte ich den auf sieben Jahre vom Volke zu wählenden Reichspräsidenten. Bis wir wieder soweit sind, daß wir eine wirklich autoritative Kraft an der Spitze des Staates schaffen, also einen lebenslänglichen Präsidenten, wäre es besser gewesen, wie in der Schweiz, nur ein Reichsministerium mit wechselndem Präsidenten zu konstruieren. Immerhin, die neue Verfassung hat manche Verdienste im einzelnen und einen großen prinzipiellen Vorzug: sie hat nirgendes Enthusiasmus erregt, sie kann also auch nicht nachträglich enttäuschen. Gerade die Verfassungen, die bei ihrer Geburt mit stürmischem Jubel begrüßt wurden, haben oft ein baldiges, schmerzliches Ende gefunden. Bei Allem, was ich an ihr auszusetzen habe, kann ich doch nur wünschen, daß diese deutsche Verfassung sich behaupte und sich auf legalem Wege zu etwas Besserem entwickele." [2]

---

1) ebd., 296 ff; Hervorhebung v. Verf.
2) Preuß. Jahrb., Bd. 177 (1919), 470 f

Darin kommt die Abneigung gegen den Parlamentarismus zum Ausdruck, wie bei Meinecke der Wunsch nach einem Ersatzkaisertum und der Charakter der Vorläufigkeit im Bewußtsein des Zeitgenossen Delbrück. Zwiespältigkeit auch hier: prinzipielle Abneigung, aber Anerkennung der Verfassung als Realität.

Delbrück war Mitglied der Versailler Friedensdelegation [1] und des Untersuchungsausschusses des deutschen Reichstags bei der Aufklärung der militärischen Vorgänge des Jahres 1918. [2] Auf dem Hintergrund dieser Tätigkeit entstand sein Kampf gegen die Kriegsschuldlüge [3] und gegen die Dolchstoßlegende. Damit setzte Delbrück den für seine politische Publizistik so charakteristischen Zweifrontenkrieg fort. Einerseits wandte er sich gegen die im Art. 231 des Versailler Friedensvertrags ausgesprochene Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkriegs, andererseits galt es ihm gegenüber dem eigenen deutschen Gewissen die Schuldanklage gegen die Alldeutschen auszusprechen. [4] Die Bußfertigkeit des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner andererseits verurteilte Delbrück scharf: "Wir dürfen ... nicht sagen, daß es unwürdig und antinational sei, Sünden

---

1) vgl. dazu die sog. "Professorendenkschrift": Bemerkungen zum Bericht der Kommission der Alliierten und Assoziierten über die Verantwortlichkeit des Urhebers des Krieges. (Das deutsche Weißbuch über die Schuld am Kriege, 1. Ausg. 1919 (56 ff), 2. Ausg. 1927 (63 ff)), abgedr. in Max Weber: Ges. Polit. Schr., ed. Winckelmann, 2. Aufl. Tübingen 1958, 551 ff. Der Text dieser Denkschr. geht auf M. Weber zurück und ist von Graf Montgelas, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Hans Delbrück mitunterzeichnet.

2) Dazu H. Delbrück: Der parlamentar. Untersuchungsausschuß, in: Preuß. Jahrb., Bd. 178 (1919), 542 ff

3) Neben der "Professorendenkschrift" verdient der Aufsatz: Schuldbekenntnisse, in: Preuß. Jahrb., Bd. 176 (1919), 141 ff, in dem er Deutschland in der Kriegsschuldfrage bezüglich der diplomatischen Vorgeschichte des Weltkriegs eindeutig freispricht.

4) ebd., 145: die Haltung der Alldeutschen hätte eine Herausforderung bedeutet: "Nimmt man ... alle die bekannten alldeutschen Drohungen, Begehrnisse und Forderungen, auch manche provozierenden Aeußerungen des Kaisers selber, so muß eine leidenschaftslose, objektive Ueberlegung zu dem Ergebnis

zu bekennen. wo solche Sünden vorliegen, und Niemand kann leugnen, daß solche Sünden wirklich begangen worden sind. Nicht nur unwürdig, sondern auch verderblich, ja tödlich ist es aber, wenn man sich, um Gnade zu erlangen, zu Verbrechen bekennt, die man nicht verschuldet hat, oder Buße verspricht vor Leuten, die ihrerseits ganz ebenso schuldig sind." [1] In gleicher Weise ging er mit Friedrich Wilhelm Foerster ins Gericht.

Dennoch wurde in dieser Frage die nach allen Seiten gerecht abwägende Mittelposition Delbrück hart angekreidet. Georg von B e l o w bezeichnete ihn in der Deutschen Zeitung mit Erzberger als einen "Matador in den Schuldbekenntnissen." [2] Auf der anderen Seite erlebte er im parlamentarischen Untersuchungsausschuß einen Zusammenstoß mit dem prominenten Pazifisten Walther S c h ü c k i n g . [3] Als Delbrück "sich darüber wunderte, daß die kaiserliche Regierung eine Gegnerin des Pazifismus gewesen sein sollte, da fuhr die Riesengestalt Schückings in die Höhe, um zu fragen, ob also das, was er und andere Pazifisten durch Jahrzehnte an Verachtung und Unterdrückung erlebt hätten, nur in ihrer Einbildung dagewesen sei? Und dann warf er in einer Improvisation von fünfzehn Minuten das Bild der Wirklichkeit jener Jahre so echt und prinzipienstark in die Versammlung, daß in diesem Punkt das Bezweifeln der Zweifler am Pazifismus der Kaiserzeit aufhörte. Wenn Schücking auch nur ein paar Worte sprach, so klangen sie grundsätzlich und hatten Gewicht. Aber im unbedingten Bekennen erschöpfte er

---

führen, daß wir mit dem Hinweis auf den französischen Chauvinismus der Welt niemals unsere Unschuld am Kriege werden beweisen können, weil die Bedrohung gegenseitig war."

1) ebd., 142

2) G. v. Below: Ein Protest gegen die weinerlichen Schuldbekenntnisse, Deutsche Zeitung, Nr. 256, 2. Juni 1919

3) Walther Schücking (1875 - 1935), Prof. f. Staats- und Völkerrecht. 1899 Priv. Doz. in Göttingen, 1900 a. o. Prof. in Breslau, 1903 o. Prof. in Marburg, 1921 Handelshochsch. Berlin, 1926 Kiel. MdN und von 1920-1928 MdR (DDP), 1930 ständiger Richter am Weltgerichtshof im Haag.

sich. Er war kein Staatsbaumeister und wußte das große Werkzeug des Ausschusses, solange es ihm anvertraut war, als Mittel zur Festigung der Demokratie gegen den wieder erstehenden Militarismus nicht zu gebrauchen." [1]

Auch in der Dolchstoßdiskussion bemühte sich Delbrück um ein gerechtes Urteil. Nach der einen Seite hin tat er dies, indem er die Vorzeichen vertauschte und im General Ludendorff den "Verderber Deutschlands"[2] sah: "Was dem General Ludendorff zum Vorwurf gemacht wird, ist nicht, daß er überhaupt keinen Frieden gewollt habe, sondern, daß er als ehrenvoll allein einen Frieden betrachtete, der nicht nur für uns unerreichbar, sondern auch für die Welt unannehmbar und deshalb staatsmännisch verwerflich war. Durch die Forderung dieses allein angeblich ehrenvollen Friedens haben General Ludendorff und seine Gesinnungsgenossen das deutsche Volk ins Unglück gestürzt. Diese Schuld können sie nicht von sich abwälzen; weder dadurch, daß sie auf den Vernichtungswillen des Feindes hinweisen, mit dem ein Verständigungsfriede unmöglich gewesen sei, noch dadurch, daß sie die Zermürbung unserer Front durch die revolutionäre Agitation, die 'Erdolchung von hinten' anklagen." [3] Delbrücks Kampf gegen die Dolchstoßlegende lief also darauf hinaus, der mangelnden Friedensbereitschaft der OHL die Schuld am Zusammenbruch zu geben. Das konnte aber die Aus-

---

1) So rückblickend der Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses Eugen Fischer-Baling: Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfrage des 1. Weltkriegs, in: Aus Gesch. u. Politik, Festschr. f. L. Bergsträsser, Düsseldorf 1954, 121 f; E. Fischer-Baling (geb. 1881), demokrat. Politiker, war von 1909-1913 Priv. Doz. f. Kirchengesch. in Berlin, 1930-1945 Direktor der Reichstagsbibliothek. 1946 - 48 Prof. f. Gesch. u. Politik an der Deutschen Hochschule f. Politik, seit 1953 Prof. an der FU Berlin. Dem Untersuchungsausschuß gehörten u. a. noch folgende Hochschullehrer an: L. Bergsträsser, M. J. Bonn, D. Schäfer

2) bei S. Mette: Der Politiker Delbrück, a. a. O., 185; den Kampf gegen Ludendorff hat Delbrück mit der Schrift: Ludendorffs Selbstportrait, Berlin 1922, geführt.

3) Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, Preuß. Jahrb., Bd. 178 (1919), 549; über das Auftreten Ludendorffs im Parlamentar. Untersuchungsausschuß vgl. auch M. J. Bonn: in: Ursachen und Folgen, Bd. IV, Berlin o. J. (1958), 10 ff.

breitung der Dolchstoßlegende im Bewußtsein der Zeitgenossen[1] nicht mehr verhindern. Es war nicht möglich, Ludendorff zum Symbol eines Gegen-Dolchstoßes zu machen.[2] Delbrück sah sich auch noch nach der Revolution in seiner Kriegspolitik bestärkt. Der Niederbruch wäre nach seiner Meinung durch den rechtzeitigen Verständigungsfrieden abwendbar gewesen. Diese Überzeugung bestimmt auch seine Haltung in der Dolchstoß - Diskussion: "Letzten Endes konvergieren alle die verschiedenen Eigenschaften und Ursachen, die zu unserem Untergang geführt haben, auf den einen Punkt: die militaristisch-nationalistische Ueberhebung, die nach außen die Politik des Verständigungsfriedens und nach innen in der Armee wie im Volke den von der Zeit geforderten sozialen Ausgleich verhinderte."[3] Andererseits hielt Delbrück den Zeitpunkt der Revolution für verfehlt und gab somit auch der Sozialdemokratie einen Teil der Schuld.[4] Noch in seinem Sachverständigengutachten über den Zusammenbruch urteilte er: "Die Wahrscheinlichkeit mag dafür sprechen, daß der Ausbruch der Revolution in dem Augenblicke, wo der Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, das Unglück Deutschlands noch vergrößert hat, und jedenfalls ist sicher, daß der Ausbruch in dem denkbar ungünstigsten Moment erfolte. Die letzte Möglichkeit, uns vielleicht doch

---

1) Vgl. F. Frh. Hiller v. Gaertringen: "Dolchstoß"-Diskussion und "Dolchstoßlegende" im Wandel von vier Jahrzehnten, in Festschr. f. H. Rothfels, Göttingen 1963, 138 f: "Es gab viele Menschen..., die den November 1918 in einer Weise erlebt hatten, daß ihnen die Charakterisierung der Revolution als 'Dolchstoß' 'aus der Seele gesprochen' war; mit solchem Erlebnis verbunden konnten viele die 'Dolchstoß'-These guten Glaubens vertreten und übernehmen. Dadurch wird unseres Erachtens die starke Wirkung der Legende besser erklärt als durch die verbreitete Vorstellung, es handele sich bei ihr allein um eine Erfindung politischer Spitzbuben."

2) M. J. Bonns Urteil muß daher bezweifelt werden, wenn es in seinen Erinnerungen heißt: "Man hatte den 3. Oktober, den Tag, an dem Ludendorff das Waffenstillstandsgesuch erzwang, nicht zum nationalen Trauertag erklärt und dadurch die Gelegenheit verpaßt, die Erinnerung an die Kapitulation - denn das Gesuch war eine versteckte Kapitulation - für immer mit dem Namen dieses Mannes zu verknüpfen, der sie verschuldet hatte." (So macht man Geschichte, München 1953, 233)

3) War unser Niederbruch unabwendbar?, Preuß. Jahrb., Bd. 177

noch vor dem Aeußersten zu bewahren, wurde uns dadurch aus der Hand gerissen, und insofern kann die Behauptung des Dolchstoßes nicht von vornherein abgewiesen werden, sondern muß weiter untersucht werden." [1]

Die Friedensbedingungen des Versailler Vertrags kommentierte Delbrück in trübster Betrachtung: "Dieser Friede", so schrieb er am 28. Juni 1919, "den sie uns auferlegen, hat keinerlei Kennzeichen des neuen Zeitalters, sondern ist der Gewaltfriede alter und ältester Art, der nicht einen, sondern hundert neue Kriege im Bauche trägt. Die Politik der Vergangenheit ist nicht abgeschafft, sondern potenziert worden. ... Weder im Innern noch im Aeußern will sich ein Lichtblick zeigen. Das deutsche Volk hat seine Ehre verloren wie seine Freiheit. Im Innern wird der Einzelne geknechtet durch die sozialdemokratische Republik, die nicht einmal Rechtssicherheit zu schaffen vermag, und von außen knechten uns unsere siegreichen Feinde als Volk. Die sittliche Fäulnis hat den Volkskörper ergriffen in all seinen Gliedern und das Gesetz des Feindes verbietet dem Staate den Wiederaufbau seiner Macht." [2]
Schon während der Friedensverhandlungen war Delbrück ratlos: "Es ist furchtbar, aber ich weiß nicht, wie wir dem Schicksal entgehen könnten. Entweder die Regierung nimmt den Frieden an, dann macht sie sich moralisch unmöglich

---

(1919), 305; Vor und nach dem Weltkrieg, a. a. O., 434 ff

4) Dezemberkorrespondenz der Preuß. Jahrb., Bd. 174 (1918), 429

1) Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Reihe IV, Bd. 6, Berlin 1926, 63

2) Der Entehrungsfriede, Preuß. Jahrb., Bd. 177 (1919), 146; Abdr. in: Vor und nach dem Weltkrieg, a. a. O., 406 ff; In dieser Weise hat Delbrück sich noch 10 Jahre später engagiert: Der Friede von Versailles, Gedenkrede geplant zu der vom Ministerium untersagten Veranstaltung etc., Berlin 1929

und öffnet selber dem Bolschewismus die Tore; oder sie lehnt ihn ab und die Entente sucht ihn zu erzwingen durch Wiederaufnahme der Hungerblockade, so erblickt das deutsche Volk in ihm das letzte, äußerste Mittel der Verzweiflung, und es gibt erst recht keinen Frieden." [1]
Hans Delbrück brachte nicht, wie die radikale Rechte, die Republik (d. h. die Mittelparteien) mit dem "Entehrungsfrieden" in Zusammenhang, sondern wandte sich, seinem Wesen entsprechend, gegen die extreme Linke: die USPD. In ihrem Verhalten sah er den "Dolchstoß in die Front unserer Friedensverhändler" [2] ausgeführt, den er mit folgenden Worten an den Pranger stellte: "Die Weltsozialdemokratie war gegen diesen Frieden ... Nur eine sozialdemokratische Partei in der Welt war es, die...es die Welt wissen ließ, daß sie auf diese Bedingungen hin bereit sei, die Regierung zu übernehmen, die sich für die Unterzeichnung aussprach: die deutschen Unabhängigen. Wie konnten die englischen und französischen Sozialdemokraten da fechten? Die deutschen Unabhängigen sind es gewesen, die ihnen die Waffen aus der Hand geschlagen haben." ..."Die wahrhaft Schuldigen sind nicht diejenigen, die endlich das Ja über die Lippen gebracht haben, sondern die, die den Widerstandswillen in unserem Volke soweit zermürbt, die es mit Phantasien über die Hilfe, die uns von einer Weltrevolution kommen soll, so eingelullt haben, daß ein anderer Entschluß als die Unterwerfung nicht mehr übrig blieb." [3]

---

1) Die Friedensbedingungen, Preuß. Jahrb., Bd. 176 (1919), 325; vgl. auch die "Aufz. des Historikers H. Delbrück über ein Gespräch mit dem amerikanischen Oberst Conger betr. die Friedensbedingungen (Ursachen und Folgen, Bd. III, a. a. O., 554 ff sowie Vierteljahresh. f. Zeitgesch., Jg. 3 (1955), 437 ff)

2) S. Mette, a. a. O., 186

3) Preuß. Jahrb., Bd. 177 (1919), 144; Vor und nach dem Weltkrieg, a. a. O., 410

So ist für Hans Delbruck auch nach dem Zusammenbruch der Kampf gegen die politischen Extreme charakteristisch: ein Zeichen mehr dafür, daß sich durch den Zusammenbruch - abgesehen vom Wegfall der monarchischen Spitze - nichts geändert hat, sondern die Extreme allenfalls in radikalisierter Form [1] aus der Kriegs- und Vorkriegszeit weiter existierten. Dies erweist auch das nationale Solidaritätsgefühl der Zeitgenossen von 1914 als Illusion. Die Republik hatte es von Anfang an nicht vermocht, die Gegensätze auszugleichen, wie Friedrich Meinecke gehofft hatte. Dies hielt auch die vernunftbegründeten Sympathien, bei Delbrück noch stärker als bei Meinecke, in Grenzen, [2] wenn schon von einer inneren Beziehung überhaupt nicht die Rede sein kann.

---

1) Delbrück schreibt dazu: Die Preußischen Jahrbücher hätten dazu beigetragen, "die zerrissenen Glieder des deutschen Volkes unter einem kraftvolleren Kaisertum, als das untergegangene gewesen, zu einigen, und nirgends hat man mit solcher Spannung, mit solchem Jubel die Erfüllung begleitet, wie in unseren Kreisen. Heute ist alles wieder zerstört und verloren." (Preuß. Jahrb., Bd. 178 (1919), 370)

2) vgl. auch den Kommentar "Proleten und Juden", Preuß. Jahrb., Bd. 178 (1919), 361 f: "Auf den kurulischen Stühlen Deutschlands sitzen heute ein ehemaliger Budiker, ein ehemaliger Schreiber, ein ehemaliger Volksschullehrer, ein ehemaliger Bäcker, ein ehemaliger Handlungsgehilfe, ein ehemaliger Setzer, ein ehemaliger Korbmacher. Dazu eine Anzahl Israeliten. Früher hieß es: Wir werden regiert von Junkern und Korpsstudenten; jetzt heißt es, wir werden regiert von Proleten und Juden. Das eine ist nur eine relative Wahrheit wie das andere. Auch im alten Deutschland herrschte keineswegs ein Kastenregiment; dem Tüchtigen war die Bahn nicht verschlossen. ... Wahrscheinlich aber wird uns bald das alte monarchisch-bürokratische Regiment im verklärten Licht idealer Zustände und glänzender Leistungen erscheinen, wenn wir tagtäglich sehen, wie die neuen Herren es treiben, was sie zustande bringen und namentlich, was sie nicht zustande bringen. Es ist ja nicht so unnatürlich, daß im besonderen die ehedem in den Winkel gedrängten Juden heute so vielfach in die erste Reihe gelangt sind. Aber schon macht sich auch der Rückschlag bemerklich. Der Antisemitismus schwillt von Tag zu Tag."

Hans Delbrück konnte, durch Familientradition und Überzeugung fest im monarchischen Staat verwurzelt, trotz seines realpolitischen Urteilsvermögens, kein anderes als ein zwiespaltiges Verhältnis zur Republik gewinnen. Den einjährigen politisch-publizistischen Kampf, den er im republikanischen Deutschland mit gleicher Intensität weiterführte - er legte Ende des Jahres 1919 die Redaktion der Preußischen Jahrbücher nieder - war ein Kampf mit Entsagung. Bis zu seinem 70. Lebensjahr war der Inhalt seiner politischen Religion Monarchie und "Volksfreiheit" auf dem Boden des Nationalgedankens. Die republikanische Ideologie ist ihm fremd geblieben. Er liebte die Republik nicht, betrachtete sich aber als ihr Diener.

II. Von der nationalen Rehabilitierung auf den Boden der gegebenen Tatsachen

1. Joseph Mausbach

Bei der Darstellung der politischen Ideenwelt und zumal der kulturpolitischen Vorstellungen des Zentrums nach dem Zusammenbruch kann man an der Persönlichkeit Joseph Mausbachs nicht vorbeigehen.
Joseph Mausbach wurde 1861 in Wipperfeld geboren, gehörte also schon der älteren Generation an. Er studierte in Münster und Eichstätt Philosophie und Theologie. Nach seiner Priesterweihe wirkte er als Kaplan in Köln und Gymnasiallehrer in Mönchengladbach. An der Universität Münster war er seit 1892 Professor für Moraltheologie und Apologetik, seit 1918 Dompropst und päpstlicher Hausprälat. In der Politik hatte er sich bis 1914 nicht aktiv betätigt. Erst die Kriegsjahre brachten ihn dazu, sich öffentlich zu politischen Fragen zu äußern. In seiner Selbstbiographie[1] bekennt er: "Mit den Fragen der inneren Staats- und Sozialpolitik war ich in der Vorkriegszeit nur gelegentlich in Berührung gekommen, hatte mir jedoch die praktische Fühlung mit den Problemen und mit den katholischen Führerpersönlichkeiten erhalten durch meine Anwesenheit und rednerische Betätigung auf Katholikentagen und bei ähnlichen Veranstaltungen."

Den Ausbruch des Weltkriegs hat Mausbach dann mit großer Begeisterung aufgenommen. Die folgenden Sätze mögen die hochgespannte Stimmung verdeutlichen, mit der der Aufsatz geschrieben ist: "Es ist kein böser Tag und keine Stunden der Finsternis; es ist ein großer Tag, ein Tag des Gerichtes, ein Tag des Herrn." ..."Wir sind in Notwehr, und Not kennt kein Gebot! Selbst in der privaten Notwehr ist es erlaubt, nicht

---

1) Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen III, Leipzig 1927, 24

nur gegen den Angreifer Gewalt anzuwenden, sondern auch in Rechte Dritter (sc. Belgien) einzugreifen"..."Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich, um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens!
Der Nachdruck der Worte wird verstärkt durch den Eindruck der Personen, durch die erhabenen Gestalten zweier Kaiser, die, jeder in seiner Art, ihr Volkstum und Staatswesen so einzig verkörpern, die beide jetzt wie ein geweihter Kaiser deutscher "ation vor Europa treten, um das Erbe der alten, christlich-germanischen Kultur zu schirmen." [1]
In der gleichen Nummer feierte Martin Spahn den Krieg als die Wiedergeburt Großdeutschlands: "Das seltsam Neue, für viele Unvorhergesehene, was die letzten Wochen uns brachten, ist der Aufmarsch der Kräfte. Österreich und das Deutsche Reich sind völkerrechtlich Verbündete nicht anders als Rußland und Frankreich. Aber der gemeinsame Krieg hatte von der ersten Stunde an nichts von der Art eines Koalitionskrieges an sich... Im Grunde steht wider Rußland und seine Verbündeten nur ein einziges großes Reich unter den Waffen, das von der Nordsee bis zur Adria, von den Karpaten bis zum Kamme der Vogesen reicht." [2]

Als während des Krieges der Angriff der französischen gegen die deutschen Katholiken erfolgte, fand sich in der Front der Abwehr auch Joseph Mausbach ein. Den Anstoß zu diesem geistigen Krieg gab die französische Broschüre "La Guerre Allemande et le Catholicisme" [3], die unter dem Protektorat der französischen Bischöfe von Msgr. Alfred Baudrillart herausgegeben wurde und in dem Vorwurf gipfelte, die deutschen

---

1) Joseph Mausbach: Vom gerechten Kriege und seinen Wirkungen, zeitgemäße Gedanken, HOCHLAND Jg. 12, I (1914/15), 1 ff, hier: 2 und 7.
2) Martin Spahn: An den Pforten des Weltkriegs, ebd.,14 ff, hier: 18
3) La Guerre Allemande et le Catholicisme. Ouvrage publié sous la direction de Mgr. Alfred Baudrillart, Recteur de l'Institut

Katholiken hätten sich an der Kriegspolitik des Deutschen Reiches durch begeisterte Zustimmung mitschuldig gemacht. Der Aufsatz des Kanonikers B. G a u d e a u [1] erhob den Vorwurf, daß Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges trage: "Que l'Allemagne soit responsable de la guerre, c'est une êvidence de bon sens que nulle subtilité, nul mensonge ne parviendront à obscurir ... C'est donc bien la guerre de proie, la guerre d'injuste agression, la guerre antichrétienne, que l'Allemagne a voulue et qu'elle a faite." (S. 21 und 23) Im einzelnen führte die Schrift eine Unzahl roher Schandtaten der deutschen Truppen auf und stellte sie als die Kriegsmethode der Deutschen hin. Hervorgegangen sei diese Methode aus einer unchristlichen Rechtsidee. Willkür und Macht seien zu Götzen erhoben worden, wofür die Philosophie Haeckels und Nietzsches verantwortlich sei. Das deutsche Ich setze sich absolut und erkenne keine objektive Regel über sich an. Gaudeau beruft sich dabei auf die Trennung von Ethik und Recht bei Kant und deren Folgen für die Moral: "... le moi allemand ne reconnait au-dessus de lui dans le monde aucune règle objective et absolue, ni religieuse, ni morale, ni juridique. Cela est vrai à la lettre et cela introduit dans le monde la notion d'un 'droit de guerre' absolument nouveau, et dont nous subissons les conséquences monstrueuses."(25) [2]

Catholique de Paris et sous le haut Patronage du Comité Catholique de Propagande Francaise à l'Étranger. Paris, (Bloud et Gay) 1915. Unter dem gleichen Haupttitel erschien im gleichen Verlag: Album Nr. I. Documents photographiques illustrant la conduite respective des armées allemande et francaise à l'égard de l'Église Catholique. Für den Inhalt der beiden Kampfschriften zeichnete ausdrücklich als kirchlicher Garant der Kardinal und Erzbischof Amette von Paris. Die deutsche Ausgabe der Bücher erschien Berlin 1916

1) Les Lois Chrétiennes de la Guerre, S. 1-30

2)In der deutschen Antwort Rosenbergs, a. a. O., 92 (Bibliogr. vgl. S. Anm.) heißt es dazu: "Der gute Kant aber müßte sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, daß man ihn für alle angeblichen Scheußlichkeiten der Kriegführung verantwortlich macht. Und das soll er fertiggebracht haben, weil er sagt, man solle so handeln, daß die eigene Handlungsweise zur allgemeinen Maxime des Handelns werden könnte."

Die germanische Selbstüberhebung führe zur Verachtung der romanischen und anderer Völker. Der christliche, katholische Geist in Deutschland sei dagegen nicht abwehrkräftig genug gewesen. Durch den Einfluß Preußens habe sich das ganze Deutschland schließlich "in das Schlepptau Luthers und seiner Geisteserben" hineinziehen lassen. [1] Die französische Propagandaschrift wurde auf deutscher katholischer Seite sofort beantwortet. Die Erzbischöfe von Köln und München-Freising, (von Hartmann und Bettinger) sandten an den Kaiser folgendes Telegramm: "Empört über die Verunglimpfungen des deutschen Vaterlandes und seines glorreichen Heeres in dem Buche 'Der deutsche Krieg und der Katholizismus' ist es uns Herzensbedürfnis, Euerer Majestät im Namen des ganzen deutschen Episkopats unsere schmerzliche Entrüstung auszusprechen. Wir werden nicht unterlassen, beim Oberhaupt der Kirche Beschwerde zu führen."
Die Antwort Wilhelms II. an Kardinal Hartmann lautete: "Ich danke Ihnen und dem Kardinal v. Bettinger herzlich für den Ausdruck der Entrüstung des deutschen Episkopats angesichts der schmählichen literarischen Verleumdungen des deutschen Volkes und Heeres seitens unserer Feinde. Auch diese Angriffe prallen ab an dem guten Gewissen und der sittlichen Kraft, mit denen das deutsche Volk seine gerechte Sache verteidigt, und fallen auf ihre Urheber zurück.

Wilhelm I. R." [2]

---

1) Übersetzung von J. Mausbach: Die literarische Kriegserklärung der französischen Katholiken, in: Duetsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des Buches La Guerre Allemande etc., hrsg. v. G. Pfeilschifter, Freiburg i. B. 1915, 9

2) Der Telegrammwechsel wurde abgedruckt in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 497 vom 21. Juni 1915; Zitat nach "Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg etc., 493. Wenig später (17. Aug. 1915) ging ein Telegramm der Fuldaer Bischofskonferenz an den Papst ab, das unter Hinweis auf das französische Buch den Vorwurf zurückwies, daß die deutschen Katholiken vom rechten Glauben abgeirrt seien. Papst Benedikt XV. antwortete u. a.: "Indessen Wir ... mit inständigem Verlangen den Frieden erflehen ... ermahnen Wir alle Katholiken, daß

Ferner erschien eine Anzahl von Gegenschriften, die erste mit dem Titel: "Der deutsche Krieg und der Katholizismus. Deutsche Abwehr französischer Angriffe." [1] In der dort abgedruckten Denkschrift hieß es u. a.:

"Wir legen deshalb feierlich Verwahrung dagegen ein, daß man es gewagt hat, unsere Krieger und unser ganzes Volk des Barbarismus anzuklagen. Wir sind Zeugen der sittlichen und religiösen Erhebung unseres Volkes. Unser Kaiser ging voran, als er seine Rede am 31. Juli schloß mit den Worten: 'Und nun empfehle ich Euch Gott. Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer.' Damit hatte er die Saiten im Herzen der Deutschen voll angeschlagen. Das gesamte Volk fühlte sich eins mit seinem Kaiser, der in der Stunde der größten Not sich ebenso an Gott wandte, wie es selbst Gott anzurufen gestimmt und gewillt war." (6)

Zu den über hundert Unterzeichnern der katholischen Prominenz Deutschlands gehörten Frh. v. Aretin, der Verleger Bachem, Matthias Erzberger, Dr. August Pieper, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland und Dr. Peter Spahn, der Fraktionsführer des Zentrums im Reichstag.

---

sie jede Zwietracht meiden." (Originaltext in Acta Apostolicae Sedis Nr. 15, 6. Okt. 1915, P. 460 f; Zitat nach "Deutsche Kultur etc.", 494

1) hrsg. von deutschen Katholiken, Berlin (Germania) 1915. Diese Schrift enthielt eine Denkschrift deutscher Katholiken gegen das französische Buch (3-11) sowie eine Abhandlung von A. J. Rosenberg: Die falschen Anklagen französischer Katholiken gegen Deutschland. Eine Entgegnung auf das Buch: "La Guerre Allemande et le Catholicisme" (S. 13-126). Eine ausführliche Besprechung des französischen Buches findet sich auch in den Süddeutschen Monatsheften: Spectator Novus: Die französische Anklageschrift gegen Deutschland (Bd. 13, I, 1915/16, 137-158. Wilhelm Spael erwähnt in seinem Buch: Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert, Würzburg 1964, S. 177 eine anonyme Flugschrift des Abgeordneten Matthias Erzberger: "Ist Deutschlands Sieg zum Nachteil des Katholizismus?", die wir bibliographisch nicht ermitteln konnten.

Aber auch eine Reihe namhafter katholischer Wissenschaftler wurde auf die französischen Angriffe hin aktiv. Auf Anregung des Freiburger Historikers Heinrich Finke bildete sich im August 1915 ein ständiger "Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkriege", nachdem von Bischof Faulhaber (Trier), den Professoren Finke (Freiburg) und Mausbach (Münster) die Herausgabe einer deutschen Gegenschrift beschlossen worden war. Dem Ausschuß gehörten unter dem Ehrenvorsitz von Georg Graf Hertling (damals Staatsminister in München) und dem Vorsitz von Joseph Mausbach 47 namhafte Wissenschaftler an, u. a.: der Jurist Konrad Beyerle (Göttingen), der Anglist Alois Brandl (Berlin), der Historiker Hermann von Grauert (München), der Theologe Franz Hitze (MdR), ferner die Historiker Aloys Schulte (Bonn) und Martin Spahn (Straßburg). Dieser Ausschuß versandte Wochen- (Hrsg. Prof. Krebs) und Monatshefte (Hrsg. Dr. Schnitzler) an die katholische Presse des Auslandes in einer monatlichen Auflage von 30 000 Exemplaren. Joseph Mausbach kommentierte dazu 1927: "Wenn auch die Wirkung dieser Bemühungen des Ausschusses nicht den gehegten Hoffnungen entsprach, so haben sie doch zweifellos die im Auslande noch bestehende wohlwollende Stimmung erhalten und manche Anklagen und Vorurteile abgeschwächt." [1]

Die Hauptarbeit des Ausschusses bestand aber in der Verbreitung des Buches "Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg" [2] Dieser Sammelband enthielt 20 Beiträge und erlebte innerhalb eines Jahres 3 Auflagen (3. Aufl. 1916, 14. - 16. Tsd.) und wurde wie das französische Buch in 6

---

1) Selbstdarstellung, a. a. O., 79

2) Eine Abwehr des Buches La Guerre etc., hrsg. v. Georg Pfeilschifter, Freiburg i. B. 1915

Sprachen übersetzt: ins Englische, Französische, Holländische, Italienische, Portugiesische und Spanische. Während dieses Buch als reine Abwehr angelegt war, erschien gegen Ende des Krieges noch ein zweites Werk "Deutschland und der Katholizismus. Gedanken zur Neugestaltung des deutschen Geistes- und Gesellschaftslebens" [1], das positiv die Kräfte des deutschen Katholizismus aufzeigen sollte.

Die Beiträge Mausbachs in den beiden Sammelbänden entbehren ebensowenig wie die der übrigen Autoren des betont nationalen Gepräges, d. h. der Akzentuierung der Rechtmäßigkeit des nationalen Empfindens der deutschen Katholiken im Weltkrieg: "Wenn es wirklich zuträfe, daß Deutschlands Schuld an dem entsetzlichen Kriege 'für jedes gesunde Denken evident' wäre, wie könnte man es erklären, daß das ganze deutsche Volk, auch in Süddeutschland und Österreich, daß die katholischen Fürsten in Österreich, Bayern und Sachsen, das Zentrum, der deutsche Klerus und die religiösen Orden felsenfest vom sittlichen Rechte der deutschen Kriegserklärung überzeugt sind? Wie wäre es verständlich, daß nicht nur die deutsche Schweiz und das nüchterne, neutrale Schweden, sondern auch das katholische Spanien, ja speziell das katholische Spanien, dem deutschen Volk und seinem glorreichen Waffengang ihre Sympathien zuwenden; daß auch in Italien das Widerstreben, sich dem Kriege wider Deutschland anzuschließen, um so stärker gewesen ist, je reiner und lebendiger das katholische Bewußtsein in der Bevölkerung war?" ... "Die deutschen Katholiken haben sich durch die heftigste nationale Agitation nicht beirren lassen, sie haben sich jahrelang den bittern Vorwurf der Reichsfeindschaft ruhig gefallen lassen,

---

1) hrsg. v. M. Meinertz und H. Sacher, 2 Bde., Freiburg 1918; vgl. dazu W. Spael, a. a. O., 181 f. In diesem Zusammenhang ist ferner zu nennen: St. Michael, hrsg. v. J. Leicht, Würzburg/Berlin/Wien 1917

als es galt, für ihre kirchlichen Rechte und Freiheiten einzustehen; sie haben währenddessen stets durch die Tat bewiesen, daß sie dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und an nationalem und sozialem Verständnis allen Konfessionen und Parteien ebenbürtig oder überlegen sind." [1] Eine solche nationalistisch gefärbte Haltung nahm Mausbach noch 1918 ein, indem er das soziale Prinzip des Katholizismus mit der "sozialen Begabung der deutschen Volksseele" identifizierte und auf die Wesensverwandtschaft "zwischen Deutschtum und Katholizismus" hinwies. [2] Die hier von katholischer Seite entwickelte zweifellos stark nationalistisch gefärbte Aktivität wird man auf dem Hintergrund des Erlebnisses von 1914 sehen müssen, das in Deutschland allgemein war. Auch auf katholischer Seite war man davon überzeugt, daß dieser Krieg ein heiliger Verteidigungskrieg sei, der dem überfallenen Deutschland aufgezwungen wurde.

Wir versuchen zunächst die Weltkriegsbegeisterung an der Persönlichkeit des Philosophen Max Schelers [3] deutlich werden zu lassen. Max Scheler war vor dem Kriege zum Katholizismus gekommen. Sein überwältigender Geist machte auf die mit dem Minderwertigkeitskomplex der "Inferiorität" behafteten Katholiken zweifellos großen Eindruck und es kann daher angenommen werden, daß ein Denker von solcher Bedeutung als repräsentativ anzusehen ist. Max Scheler hat sich im Laufe der zwanziger Jahre wieder vom Katholizismus abgewandt, für die Kriegszeit jedoch mögen auf ihn die Hoffnungen

---

1) J. Mausbach: Die literarische Kriegserklärung der Katholiken, in: Pfeilschifter: Deutsche Kultur etc., 12 f und 16 In gleicher Weise versuchte Heinrich Finke diesen Krieg für Deutschland als einen "gerechten und heiligen" zu rechtfertigen. Heinrich Finke: Recht und Notwendigkeit des Weltkriegs, in: Pfeilschifter, a. a. O., 19 ff

2) J. Mausbach: Das soziale Prinzip und der Katholizismus, in: Meinertz/Sacher, Bd. 2, a. a. O., 22 f

3) Ausführlich darüber Heinrich Lutz: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914 - 1925, München 1963, Kap. II, 22 ff

gesetzt worden sein, die aus dem Ghetto herausführen sollten. 1915 erschien die Broschüre "Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg", [1] in der der bislang wenig bekannte Berliner Privatdozent den Krieg als "metaphysisches Erwachen" feierte. Der Krieg erzeuge die Tugenden Opfermut, Hingabe, Liebe und führe den Menschen zu Gott. Die Bezogenheit zwischen politischen Emotionen, "Positionen und religiös-geistigen Inhalten" [2] wird hier offenbar. Die Schrift ist antiwestlich, antikapitalistisch und antiliberal gehalten. Die deutschen Annexionen würden nach Auffassung Schelers mit der Ausweitung des deutschen Machtbereichs einen Zuwachs an katholischer Bevölkerung und katholischem Geist mit sich bringen und in der Gesamtkirche den romanischen Einfluß zurückdrängen. Ein Sieg der Mittelmächte würde nach Scheler auch den Katholiken die Möglichkeit bringen, positiv ein neues Europa aufzubauen. [3] Bezüglich der Abwehrschriften gegen das Buch "La Guerre Allemande etc" nahm Scheler - das muß einschränkend gesagt werden - eine kritische Stellung ein: Selbstbesinnung müsse frei von Apologetik sein. Ferner nimmt er Anstoß an der katholischen Anpassung an das Reich. [4] Schelers Kriegsbegeisterung ist somit nicht einfach der nationalen Strömung im Katholizismus gleichzusetzen. Sie ist vor allem religiös motiviert, aber auch als

---

1) Leipzig 1915

2) ebd., 135 und Lutz: a. a. O., 23

3) So auch noch, wenngleich nüchterner, in: "Krieg und Aufbau", Leipzig 1916; vgl. auch "Soziologische Neuorientierung und die Aufgabe der deutschen Katholiken", in: Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre, Bd. III, 1, Leipzig 1923, 58 ff

4) Krieg und Aufbau, 296

solche Ausdruck des Zeitbewußtseins. [1]

Waren im geistigen und politisch-gesellschaftlichen Leben im katholischen Deutschland schon seit 1890 gewisse Wandlungen voraufgegangen, so wurde der Weltkriegsausbruch endgültig zu einer Wende in dieser Richtung. Der August 1914 wurde auch zu einer geistigen Mobilmachung. Wilhelm II. hatte das Wort gesprochen, daß er keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche kenne. Der Krieg schien die nationale Einheit, den Ausgleich zwischen den Volksgruppen und sozialen Klassen gebracht zu haben. Die Deutschen verstanden sich bei diesem Prozeß der Einschmelzung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens wieder als staatsgläubige Volksgemeinschaft. Die "Ideen von 1914" [2] waren die Begeisterung über die wiedergewonnene Einheit des Volkes und ein "ideologisches Gegenstück zum Burgfrieden, den der Kaiser am 1. August 1914 proklamiert hatte." [3] Die neue Haltung der Sozialdemokraten kam einer Zustimmung zu den Ideen gleich und es fehlte nicht an Versuchen, sich über die Möglichkeit zwischen bürgerlicher und sozialistischer Geisteswelt klar zu werden: "Immer wieder ist in dieser Zeit der Wunsch ausgesprochen worden, daß es gelingen möge, die Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, die sich im Weltensturm so herrlich offenbart hat, aus der Kriegszeit hinüberzuretten in die Zeit des künftigen Friedens. Aber auch der Zweifel ist laut geworden, ob eine solche fortdauernde Einheit des Volkstums bei den vielfachen wirtschaftlichen und sozialen Gegen-

---

1) Nach dem Kriege hielt Scheler an seiner antiwestlichen und antikapitalistischen Auffassung fest und stellte dem Liberalismus die christliche Autorität gegenüber. Bemerkenswert sind seine Ansätze zu einem christlichen Sozialismus in dem Buch "Prophetischer oder marxistischer Sozialismus" (1919), in: Ges. Werke, Bd. 6, Bern/München 1963, 259 ff

2) Der Ausdruck stammt von Rudolf Kjellén: "Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive", Leipzig 1915. Vgl. Klaus Schwabe: Die deutschen Professoren und die politischen Grundfragen des 1. Weltkriegs, Diss. (Masch.), Freiburg i. b. 1958, Kap. II, 34 ff und Klemens von Klemperer:

sätzen, den Unterschieden der Klassen und der Parteien, vor allem auch der tiefen Kluft zwischen den bürgerlichen Klassen und der Sozialdemokratie überhaupt möglich sei." [1]
Die Konzeption Friedrich Naumanns vom sozialen Kaisertum schien mit dem Bekenntnis aller Volksschichten zum nationalen Staat gekommen zu sein, andererseits auch der Anspruch auf soziale Gleichberechtigung.
Es ging um die materielle und geistige Existenz Deutschlands. In der Begeisterung für den als aufgezwungen empfundenen Verteidigungskrieg sollte das deutsche Volk in sich einig gegen eine Welt von Feinden ankämpfen. Neben dem sozialen Frieden der Volksklassen wurde auch der innere Friede zwischen den politischen Parteien, den Weltanschauungen und den Konfessionen angestrebt. [2]

Das alles umfaßte die rational schwer analysierbare staatsgläubige Stimmung der "Ideen von 1914". Das Einstimmen in den Chor der nationalen Begeisterung im Bewußtsein der erlangten Volksgemeinschaft fiel den Katholiken umso leichter, als seit Abbruch des Kulturkampfes ohnehin ein modus vivendi zwischen Staat und Kirche gefunden worden war. Hatte sich schon seit den neunziger Jahren im deutschen Katholizismus eine Wende hinsichtlich der Bejahung des wilhelminischen

---

Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien 1961. Einer der eifrigsten Interpreten der "Ideen von 1914" war der Staatswissenschaftler Johann Plenge ("1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes", Berlin 1916; "Der Krieg und die Volkswirtschaft", Münster 1915)

3) Klemperer, a. a. O., 57

---

1) Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, hrsg. v. Friedrich Thimme und Carl Legien, Leipzig 1915, Vorwort. In diesem Band nahmen Vertreter der Sozialdemokratie und des Bürgertums (meist Universitätsprofessoren) zu den Fragen der Sozialpolitik Stellung. Vgl. auch "Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt, Hrsg. Walter Zimmermann, Jena 1915

2) Symptomatisch hierfür wieder ein Buch wie das von Friedrich Thimme (Hrsg.): Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, Leipzig 1915, 2. Aufl. 1916

Staates schrittweise vollzogen, so gab jetzt der Ausbruch des Weltkrieges auf dem Hintergrund des Burgfriedens Gelegenheit, die Zuverlässigkeit der nationalen Gesinnung im deutschen Katholizismus unter Beweis zu stellen. Die Aktionen gegen den französischen Angriff sind sicher als Verteidigung des deutschen Katholizismus zu verstehen, sofern es sich um den Vorwurf handelte, der deutsche Katholizismus habe die Prinzipien des Christentums verraten. Darüberhinaus aber wurde der Gegenangriff als Verteidigung des ganzen deutschen Volkes und Staates sowie seiner Politik verstanden, [1] was die Kriegsschuldfrage, die Verletzung der Neutralität Belgiens und die Methoden der deutschen Kriegführung anging. Das Telegramm an den Kaiser schließlich betonte in der Zurückweisung der "Verunglimpfungen des deutschen Vaterlandes und seines glorreichen Heeres" die nationale Gesinnung des deutschen Katholizismus. Unter diesem Aspekt stand auch die katholische Bereitschaft zur Einigkeit des deutschen Volkes. Joseph M a u s b a c h versuchte in diesem Sinne nachzuweisen, daß der konfessionelle Friede eine Notwendigkeit sei:

"Wie unser nationales Bewußtsein seinen stärksten Halt gegebüber einer Welt von Feinden in dem wundervollen Einheitsgefühl aller deutschen Stämme und Stände empfindet, so gibt es für unser sittliches Innenleben angesichts der furchtbaren Entfesselung von Haß, Lüge und Leidenschaft in diesem Kriege kaum etwas Tröstlicheres, als die Milderung der konfessionellen Gegensätze in Deutschland. Aus dieser Empfindung heraus fragen sich die Besten auf beiden Seiten: Warum soll der heutige "Burgfriede" nicht zu einem dauernden

---

1) Dies wird bestätigt von Joseph Mausbach: "Jeder unbefangene Leser wird aus ihr den Eindruck gewinnen, daß diese zwanzig katholischen Gelehrten ebenso warm und begeistert für deutsche Gesittung empfinden und für deutsches Recht eintreten, wie unsere besten Patrioten, daß sie allein aus dem Grunde, weil der Angriff von einem katholischen Komitee ausgegangen war, sich unverzüglich zur Verteidigung des Vaterlandes entschlossen haben, obschon die Verdächtigungen in erster Linie gegen das protestantische Deutschland, nicht gegen sie, gerichtet waren." (Die Wahrung und Förderung des konfessionellen Friedens, in: Thimme: Vom inneren Frieden etc., 167)

"Landrieden", die von der Not diktierte Kriegspflicht nicht zu einer freien, sittlichen Kulturpflicht werden?" ... "Bei uns ist das Umlernen schon während des Krieges zur erfreulichen Tatsache geworden; der Friede ist nicht nur vom Regierungs- oder Generalstabstisch befohlen worden, er ist aus der blutigen Saat des Krieges als lebendige Erfahrung und heiliger Volkswille emporgewachsen: aus der gemeinsamen Todesgefahr und Todesnot, aus der vertrauten Nähe katholischer und protestantischer Krieger im Schützengraben"... "Das Hoffnungsvolle in Deutschland ist ja - im Gegensatz zu Frankreich - die Tatsache, daß wir außer dem völkischen Einheitsbewußtsein noch einen breiten und gesunden Grundstock christlicher Überzeugungen gemeinsam haben." [1] Ohne theoretischen oder praktischen Verzicht auf die eigenen Glaubenslehren rief Mausbach ferner zur gegenseitigen Toleranz und Achtung der Konfessionen auf und weist zugleich auf die "volle nationale Zuverlässigkeit der Katholiken" hin. [2] Als Zeugen hierfür führt er den evangelischen Theologen Martin R a d e an: "Die vaterländische Gesinnung, mit der unsere katholischen Volksgenossen in diesen Krieg gezogen sind, mit der sie auch durchgehalten haben bis heute, unterscheidet sich in nichts von der unsrigen. Das gilt ebenso vom Episkopat, wie vom Volk, wie von den Orden (bis in den Jesuitenorden hinein)." [3] Die konfessionelle Verstandigung sei eine Forderung der Stunde: "Das politische und nationale Verhältnis der Konfessionen gewinnt eine besonders weittragende Bedeutung in einer Zeit, die alle

---

1) Joseph Mausbach: Die Wahrung und Förderung des konfessionellen Friedens, in: Thimme: Vom inneren Frieden etc., 142 f; Vom evang. Standpunkt vgl. zum gleichen Thema Martin Rade: Protestantismus und Katholizismus im neuen Deutschland, in: Thimme: Vom inneren Frieden etc., 125 ff

2) ebd., 149

3) Die Kirche nach dem Kriege, 1915; Zit. bei Mausbach, ebd., 159

staatspolitischen Probleme in weltpolitische Beleuchtung rückt, fast alle nationalen Fragen zu internationalen erweitert. Der Volks- und Staatsgedanke ist durch den gewaltigen Kampf, in dem wir stehen, unvergleichlich gestärkt und vertieft worden. Weil der Krieg fürs Vaterland als ein gerechter und heiliger erkannt wurde, hat er in Tausenden das religiöse Bewußtsein mächtig entfacht; weil die Religion in allen ihren Vertretern freudig den deutschen Waffen ihren Segen gab, hat sie das erstarkte nationale Einheitsgefühl in seinen Tiefen geweiht und von alten Vorurteilen und Schlacken geläutert. Niemand darf es wagen, die Tugenden der Vaterlandsliebe und des kriegerischen Heldenmuts heute als Vorzug einer Konfession, eines Stammes, einer Partei auszugeben." [1]

Joseph Mausbach stand im deutschen Katholizismus mit dieser nationalen Gesinnung nicht allein, wie die Aufsätze in den katholischen Sammelbänden zu den Weltkriegen zeigen. Wie er mehr für eine politische Anpassung an die "Volksgemeinschaft" eintrat, so Arnold R a d e m a c h e r auf kulturellem Gebiet: "Einigkeit macht stark. Das hat der Weltkrieg dem deutschen Volke erneut und machtvoller denn je zum Bewußtsein gebracht" ... daher wolle der Katholizismus "unbeschadet seiner Selbständigkeit, freundnachbarliche Beziehungen zum modernen Leben unterhalten, um es zu dessen eigenem Besten mit seinem Geiste und seinen Idealen zu durchdringen. Ob er dieser Aufgabe, zunächst theoretisch betrachtet, gewachsen ist, muß eine Prüfung seiner Grundsätze ergeben." [2] Etwaige Bedenken, die dem katholischen Wissenschaftsbegriff

---

1) Mausbach, ebd., 159

2) Arnold Rademacher: Katholizismus und modernes Leben, in: Thimme: Vom inneren Frieden etc., 90

entgegentreten könnten, [1] versucht Rademacher zu zerstreuen. Unter Berufung auf Hermann S c h e l l aber auch auf Georg von B e l o w wird darauf hingewiesen, daß Wissenschaft niemals ganz voraussetzungslos sein könne und im übrigen auch der katholische Wissenschaftler in erster Linie und in letzter Instanz seinem persönlichen Gewissen verantwortlich sei. [2] Man sieht hier an dem Rückgriff auf den Reformkatholizismus, der ja die Versöhnung des katholischen Denkens mit dem modernen Geistesleben erstrebte, den Zusammenhang mit den neuen Gedanken zum Burgfrieden der Weltanschauungen in der Kriegszeit.
Schließlich wird von Rademacher noch auf die vielversprechenden Ansätze in der katholischen Literatur aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß die katholischen Bestrebungen zur Hebung der Volkssittlichkeit ohnehin den herrschenden Strömungen der wilhelminischen Zeit entsprächen. An der katholischen Loyalität zum Staate könne kein Zweifel sein: "Sicher ist, daß die katholische Kirche in Deutschland sich mit beiden Füßen auf den Boden des modernen Rechtsstaates im allgemeinen und des Deutschen Reiches im besonderen gestellt hat." ... "Die Katholiken haben trotz noch bestehender Ausnahmegesetze sich reichs- und königstreu erwiesen und bringen gleich den anderen Bekenntnissen unerhörte Opfer an Gut und Blut für das Vaterland. Sie sind von dem ernstlichen Willen beseelt, nach allen ihren Kräften an dem Wohle des Ganzen auch fürderhin mitzuwirken. Das unzweideutige Bekenntnis unseres Kaisers und unserer großen Heerführer zu Gottesglauben und Christentum bürgt ihnen auch dafür, daß ihre religiösen Interessen im Deutschen Reiche wohlgeborgen sein werden, und so werden sie

---

1) Das Schlagwort von der "Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft", das anläßlich der Besetzung des konfessionellen historischen Lehrstuhls 1906 in Straßburg (durch Martin Spahn) von Theodor Mommsen geprägt wurde, wird hier in Erinnerung gebracht. Vgl. dazu Friedrich Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin, Erinnerungen 1901 - 1919, Stuttgart 1949, 8 ff und Wilhelm Spael: Das katholische Deutschland etc., a. a. O., 139 ff

2) ebd., 97

nicht nur aus Gewissenspflicht, sondern auch aus Neigung ihrem Vaterlande von ganzem Herzen zugetan sein und bleiben." [1]

Der prominente katholische Publizist Peter L i p p e r t , SJ schließlich liegt auf der gleichen Linie, wenn er schreibt: "Es hat sich gefügt, daß eine der ersten Lebensäußerungen des neuerstandenen Deutschen Reiches eine Auseinandersetzung mit dem Katholizismus gewesen ist. Die Auseinandersetzung hat für ein Jahrzehnt recht feindselige Formen angenommen und auf beiden Seiten viel Erbitterung geschaffen; glücklicherweise ist sie aber als Kulturkampf nur eine vorübergehende Episode geblieben. Von dem Deutschland, das abermals erneut und verjüngt aus dem Weltkrieg hervorgehen soll, ist nicht zu fürchten, daß es eine ähnlich feindselige Auseinandersetzung herbeiführen werde. Gerade dieser Krieg hat doch allzu deutlich bewiesen, wie unlösbar der katholische Volksteil Deutschlands in solidarischer Interessengemeinschaft eingefügt ist in das Reich und seine Kultur. Soweit also diese Kultur auch jetzt noch, und vielleicht jetzt erst recht sich auseinanderzusetzen hat mit dem Katholizismus, kann dies nicht im Sinne eines Kulturkampfes, sondern nur einer Kulturaufgabe sein, welche eine Reihe der dringendsten Fragen und der fruchtbarsten kulturellen und kirchlichen Arbeiten in sich begreifen mag." [2]

Damit dürfte die katholische Loyalität zum wilhelminischen Staate in der Kriegszeit und die damit verbundenen nationalen Velleitäten des deutschen Katholizismus hinreichend be-

---

1) ebd., 101 und 104

2) Peter Lippert, SJ: Deutsche Kultur und Katholizismus, in Thimme: Vom inneren Frieden etc., 105

legt sein. Allerdings kann dies allgemein für den Katholizismus nur für die ersten Kriegsjahre gelten. Etwa ab 1917 ist eine Wendung nach links und zum Friedensgedanken zu beobachten, wovon an anderer Stelle noch die Rede sein soll. Der Burgfrieden hatte somit, nicht nur bezüglich des Katholizismus,[1] die ersten drei Kriegsjahre nicht überdauert. 1917 brachen die Gegensätze wieder auf und wurden nach 1918 verschärft für die ganze Weimarer Zeit wirksam.[2] Der August 1914 und der November 1918 bedeutete zweifellos für viele Zeitgenossen einen Einschnitt, das eigentliche Epochen- und Wendejahr Deutschlands war aber 1917. Die einen lebten auch nach 1918 (und nun erst recht) in der politischen Ideenwelt von 1914[3] und hatten die Vision der erstrebten nationalen Volksgemeinschaft in einem außenpolitisch starken Machtstaat, woran auch die Niederlage von 1918 nichts änderte (Dolchstoßlegende!). Auch auf der Gegenseite war die einige Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis der ersten Kriegsjahre heraus erstrebenswert. Seit 1917 jedoch führte der Weg dahin für sie über die Beendigung des Krieges und die Parlamentarisierung des Kaiserreichs. Die Niederlage schließlich

---

1) Zu diesem Ergebnis kommt auch Klaus Schwabe: Die deutschen Professoren und die polit. Grundfragen des 1. Weltkrieges, Diss. Freiburg 1958, Kap. VIII, 352 ff. Ders.: Zur polit. Haltung der deutschen Professoren im Weltkrieg, HZ, Bd. 193 (1961): "Innerer Ausbau (sc. preuß. Wahlrechtsfrage, Parlamentarisierung des Reichs aber auch die Friedensresolution des deutschen Reichstags) und äußere Expansion (sc. Annexionspolitik) standen sich als unversöhnliche, einander ausschließende polit. Programme gegenüber. Wie Meinecke sagte: Zwei politische "Systeme" spalteten die deutsche Hochschullehrerschaft nicht anders als ihr Volk in zwei Lager auf, zwischen denen sich bis zum letzten Tage des Krieges (sc. und mit anderen Inhalten darüberhinaus) ein Brückenschlag als unmöglich erwies." (629) Die zwei politischen "Systeme" manifestierten sich symptomatischerweise in zwei sich bekämpfenden Vereinigungen: der von Tirpitz und Kapp geführten "Vaterlandspartei" einerseits und dem "Volksbund für Freiheit und Vaterland" des katholischen Gewerkschaftssekretärs Giesberts andererseits.

2) Daß das Jahr 1917 wegen der russischen Revolution und des amerikanischen Kriegseintritts ein Epochenjahr von universalgeschichtlicher Bedeutung war, ist seit längerem eine Erkenntnis der Zeitgeschichte. Vgl. Hans Rothfels in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch., 1953, 1 ff; Erwin Hölzle in: Saeculum 1955, 329 ff; Karl Dietrich Erdmann in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch.,

brachte sie zu der Einsicht, daß rebus sic stantibus das Bekenntnis zu Republik und Demokratie erforderlich sei. Die 1917 eingetretene Spaltung der Nation bestand also unter veränderten Verhältnissen auch nach 1918 fort. Die Katholiken waren von dieser Spaltung nicht verschont, was auch an der Haltung des linken und rechten Flügels im Zentrum offenbar wurde: Gerade in der Weimarer Zeit war der deutsche Katholizismus auch in seiner parlamentarischen Vertretung keineswegs konform.

Joseph Mausbach ist für die Kriegszeit durchaus in die allgemeine katholische Haltung der Loyalität zum kaiserlichen Deutschland einzuordnen. Dieses Deutschland brach am 9. November 1918 zusammen. Wir haben nun zu fragen, ob dieser Zusammenbruch auch einen Zusammenbruch seiner bisherigen politischen Vorstellungen bedeutete und wie seine Stellung zum neuen republikanischen Staat aussah. Auf jeden Fall kann er auch nach 1918 für einen großen Teil der deutschen Katholiken als repräsentativ angesehen werden.

Mausbach kann nach 1918 uneigeschränkt als Republikaner gelten. Das Bekenntnis zur Republik überwog zunächst auch im Zentrum. Die Verfechter der extrem nationalistischen Richtung waren demgegenüber zumindest anfangs unter prominenten Katholiken Deutschlands weniger von Bedeutung. Der Historiker Martin Spahn gehörte dieser Richtung an. Indem wir für beide, Mausbach und Spahn eine ausführliche Würdigung versuchen, dürften die extremen Punkte auf der Skala der politischen Haltungen im Katholizismus bezeichnet sein.

1955, 1 ff; die außenpolitischen Konstellationen wirkten sich auf die innenpolitische Entwicklung Deutschlands aus und brachten so im Jahre 1917 einen tiefen Einschnitt

3) Vgl. Weltwende 1917. Monarchie, Weltrevolution, Demokratie, hrsg. v. H. Rößler, Göttingen 1965

Joseph Mausbach wurde 1919 in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Hier hat er dann besonders als Vertreter des Zentrums im kulturpolitischen Ausschuß von sich reden gemacht. Eine Art Rechenschaftsbericht über diese Tätigkeit hat er vorgelegt in dem Buch "Kulturfragen der deutschen Verfassung". [1] Unmittelbar nach dem Zusammenbruch betätigte sich Mausbach zunächst in der "Abwehr des siegreichen, umstürzlerisch und religionsfeindlich auftretenden Sozialismus." Eine Broschüre im Wahlkampf für die Nationalversammlung 1918 [2] behandelte den tiefen, grundsätzlichen Gegensatz zwischen Sozialismus und Christentum. [3] Bezüglich seiner Tätigkeit im kulturpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung schreibt Mausbach rückblickend: "Ein Mandat für die verfassungsgebende Versammlung habe ich nur auf Drängen maßgebender Kreise angenommen, nachdem ich in früheren Jahren zweimal die Einladung zur parlamentarischen Tätigkeit (von Trier und Münster aus) abgelehnt hatte. An den lauten und öffentlichen Kämpfen und Ereignissen in Weimar habe ich als Neuling im Parlament und gemäß innerer Veranlagung fast nur beobachtend und miterlebend teilgenommen. Eine Ausnahme machten die Arbeiten im Verfassungsausschuß, die trotz der bedrängten und erhitzten Lage durchweg in ruhiger, fast akademischer Form verliefen und mir persönlich, da die besten Köpfe aller Parteien mitwirkten, reiche staatsrechtliche Belehrung gegeben haben. Die Beratungen wurden zu einem angespannten, hier und da dramatischen Ringen erst in den kulturpolitischen Fragen; am meisten bei den Schulartikeln der Verfassung." [4]

---

1) Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel, Mönchen-Gladbach 1920

2) Sozialismus und Christentum, 1.-4. Aufl., Münster 1919

3) Selbstdarstellung, a. a. O., 25

4) ebd., 25

Es fällt auf, daß sich bei Mausbach nur mehr oder weniger am Rande Reflexionen über den Zusammenbruch der alten Ordnung finden. Das Hauptgewicht liegt bei den kulturpolitischen Interessen des Zentrums, ohne daß dem Übergang von der monarchischen zur republikanischen Staatsordnung besonderes Gewicht beigemessen würde. Den Weimarer Koalitionsparteien wurde später immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie interessenpolitisch, nicht staatspolitisch ausgerichtet seien. Wenn man die Veröffentlichungen Mausbachs als Spiegel der damaligen Zentrumspolitik ansehen will, hat es den Anschein, als hätte der Vorwurf der rechtsradikalen Opposition (die freilich gleichfalls Interessenpolitik betrieb) ihre Berechtigung. In der Tat blieb das Zentrum auch nach 1918 weitgehend interessenpolitisch ausgerichtet. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Zusammenbruch der bisherigen staatlichen Ordnung auch bei den Katholiken tiefe Verwirrung hervorgerufen hat. Mausbach zeichnet für den Katholizismus der Revolutions- und unmittelbaren Nachrevolutionszeit folgendes Stimmungsbild:

"Es gibt ernste Kulturphilosophen, die den allmählichen Niedergang der abendländischen Kultur für etwas Sicheres, Unaufhaltsames ansehen, daher die Zukunft der Menschheit grau in grau malen. Es gibt andere, mehr politisch als philosophisch veranlagte Männer, die sich an die nächste Zukunft halten, die uns zurufen, es müsse in Deutschland noch weit schlimmer werden; die Woge des Bolschewismus werde verwüstend über uns hereinbrechen, die sozialistischen Massen müßten durch solche Schrecken ernüchtert, das ganze Volk noch tiefer gebeugt werden, dann erst sei der Weg zum sittlichen und politischen Aufstieg offen. Somit lohne sich die mühsame Kleinarbeit an der heutigen Gesetzgebung nicht; es sei gar nicht so gefährlich, die konfessionelle Schule einstweilen preiszugeben, denn der kommende Umschwung nach rechts werde sie von selbst wiederbringen! Endlich gibt es auch feine und tiefe Naturen in christlichen und katholischen Kreisen, die zwar die kulturpolitische Arbeit des Zentrums

freundlich würdigen, aber doch ohne starke Hoffnung, ohne Kampfeseifer; auch sei halten die Mühe für vergeblich, die Reste mittelalterlicher Verbindung von Religion und Staat zu erhalten; das Äußerlich'Kirchliche bröckle doch mehr und mehr ab; nur von innen heraus, aus der religiösen Erneuerung der Seelen, könne dereinst eine neue christliche Gesellschafts- und Staatsordnung erblühen." [1]

Seine eigene Haltung zum neuen republikanischen Staat bekannte Mausbach anläßlich des Reichsparteitags des Zentrums 1920: "Der Zusammenbruch der alten staatlichen Gewalten und das Scheitern jener ersten Kriegshoffnung, die damals alle Volkskreise zusammenhielt, hat eine tiefgehende Zersetzung in unsere Bevölkerung geworfen, einen erbitterten Kampf der Parteien, die sich gegenseitig der Schuld anklagen, entfesselt. Die alte Autorität ist geschwunden; die neue demokratische Gewalt ist noch nicht eingewurzelt. Das Zentrum hat sich wenig beteiligt an den zerreibenden Vorwürfen von rechts und links; es hat in echter Liebe zum Vaterlande gesucht, das Einende und Bleibende zu retten und zu stützen. Der Abg. Spahn hat am 29. Juli bezüglich des Übergangs von der Monarchie zur Republik das schöne Wort gesprochen: 'Die Revolution bildet einen Bruch unseres geschichtlichen Verlaufs, sie hat die Gegenwart von der Vergangenheit getrennt; aber die Revolution hat nicht einen Bruch unseres Volkes herbeigeführt. U n s e r V o l k i s t d a s s e l b e g e b l i e b e n , das es vor der Revolution gewesen ist; und auf unserm Volke ruht auch die Hoffnung des weitern Fortbestandes unseres Reiches als Republik.' Die Wohlfahrt des Volkes, des alten und ewig jungen deutschen Volkes, die friedliche Ordnung, Erstarkung und Blüte des Volksganzen, das ist d e r o b e r s t e Z w e c k , den Gott aller Staatsgewalt gesetzt hat, und der auch nach Entthronung der Fürsten, die wahrlich nicht unsere Schuld ist, alle Bürger zur Staats-

---

1) Die Kulturpolitik des Zentrums. Rede, gehalten auf dem Reichsparteitag des Zentrums am 22. Januar 1920 (Vortragsskizze 59), Mönchen-Gladbach 1920, 8 f

treue verpflichtet, allen gesetzlichen Maßnahmen die sittliche Weihe gibt. Und dieser höchste Staatszweck, die Wahrung des Gesamtwohls, fordert nach Annahme der Verfassung loyale Einordnung und tatkraftige Mitarbeit im neuen Staatsganzen; wobei die persönlichen politischen Ansichten und Hoffnungen für eine spätere Zukunft jedem vollständig überlassen sind." [1] Daran schloß er einen Angriff gegen die Rechtsparteien, indem er die Verbreitung der Dolchstoßlegende als "Frevel am Einheitsgefühl der Nation" brandmarkte. Man könne "nicht einer Politik zustimmen, ... die stets nur Widerwillen und Erbitterung gegen die neue Ordnung erregt, unfruchtbare und einseitige Anklagen erhebt und die heutigen Träger der gesetzmäßigen Gewalt beim Volk und bei der Jugend verächtlich macht." [2]

Das war ein klares Bekenntnis zum neuen Staat, ein republikanisch-demokratisches Selbstverständnis. Vergleicht man diese Haltung mit Mausbachs nationalen Beteuerungen der Kriegszeit, so fragt man sich, wieso ihm, wie der Mehrheit des Zentrums überhaupt, der Übergang zur republikanischen Demokratie so leicht fallen konnte, nachdem doch eben erst die Integration in das Hohenzollernreich - von den Strömungen von 1917 vielleicht abgesehen - vollzogen worden war. Mausbach beruft sich in der oben angeführten Rede auf den obersten Zweck des Staates, "den Gott aller Staatsgewalt gesetzt hat, und der auch nach der Entthronung der Fürsten ... alle Bürger zur Staatstreue verpflichtet". Der höchste Staatszweck aber sei die "Wahrung des Gesamtwohls". Also doch staatspolitisches, nicht interessenpolitisches Denken? Auf jeden Fall Indifferenz gegenüber der Staatsform und ein neues politisches Selbstverständnis auf der Grundlage der Zweckmäßigkeit: der Einsicht, daß nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit bestand als die Loyalität zu Republik und Demokratie. Zur Rechtfertigung dieser Haltung stellte das Zentrum

---

1) ebd., 11. Hervorhebung im Text

2) ebd., 11

immer wieder den Grundsatz heraus: Salus publica suprema lex. Das entsprach der Formel, die der Abgeordnete Adolf Gröber am 13. Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung aussprach: "Meine politischen Freunde und ich stellen uns nach allem, was geschehen ist, a u f d e n B o d e n d e r g e g e b e n e n , v o l l e n d e t e n T a t s a c h e n und ziehen daraus die Konsequenz. Wir tun das, weil wir in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen." 1)

Wenngleich diese Formel vielen Katholiken schon zu weit gegriffen war, so muß sie doch als Bekenntnis mit erheblichen Vorbehalten angesehen werden. Es fehlt ihr ganz an einer Abwertung des bisherigen politischen und gesellschaftlichen Systems und es fehlt ihr ganz die Begeisterung für einen nicht etwa seit langem erwarteten neuen Zustand. Das Bekenntnis ist vielmehr nolens volens von der Not der Zeit diktiert. Auch Joseph Mausbach kannte keinen Affront gegen das Kaiserreich. Er verlangte Umorientierung, aber unter Wahrung eines traditionellen Denkens: "Freilich, wir müssen prüfen und unterscheiden, was sich vom Altererbten in der neuen Ordnung halten läßt, und was dem unweigerlichen Gebote der Stunde weichen muß. Wir müssen auch, nachdem manches zusammengebrochen ist, uns auf weitere Möglichkeiten einrichten, wir müssen in ganz anderer Weise wie bisher den freien Trieb und Zusammenschluß der Bürger wecken und organisieren. In dieser Art und Methode, freie demokratische Formen des religiösen Lebens an die Stelle des alten Zwanges zu setzen, können wir von den westlichen Nationen viēles lernen. So möge denn das Überlieferte in Ehren bleiben, aber neben ihm auch ein Neues erstehen aus innerlicher Freiheit". 2)

Verfolgen wir die, mit Einschränkungen, positive Haltung

---

1) Zit. bei Joseph Mausbach: Kulturfragen in der deutschen Verfassung etc., a. a. O., 20 (Hervorhebung von uns).

2) Die Kulturpolitik des Zentrums, a. a. O., 19

Mausbachs weiter: für ihn wie das Zentrum war Republik und Demokratie vor 1918 kein politisches Programm. Die aus der Kulturkampfzeit stammende Opposition im Kaiserreich war eine loyale. Wir haben zu zeigen versucht, wie das katholische Deutschland immer mehr bestrebt war, in das Kaiserreich hineinzuwachsen. Soweit eine oppositionelle Haltung übrig blieb, war es eben eine Opposition i m Staate (vor allem auf kulturpolitische Einzelfragen bezogen) und somit ganz im Gegensatz zur Opposition des Rechts- und Linksradikalismus in der Weimarer Zeit keine Opposition von außen, die die Grundlagen des Staates als solche angriff. So mußte dieser Richtung des Zentrums nach 1918 jede nachträgliche negative Kritik des Kaiserreiches als Staatsform abgehen. Wie aber konnte dennoch so verhältnismäßig rasch die Republik bejaht werden? Man darf nicht übersehen, daß dieser Wandel vielen Katholiken und Anhängern des Zentrums durchaus nicht leicht fiel. Mausbach schreibt hierzu: "Nach der Auffassung einzelner Stimmen im christlichen und katholischen Lager spricht sich jedoch in ihm auch die Nachwirkung des Geistes der Revolution aus, der Einfluß jener demokratischen Richtung, die mit dem Gottesgnadentum der Fürsten auch jede Abhängigkeit der Staatsgewalt von Gott proklamiert. Wäre dies der Fall, so hätte das Zentrum die Pflicht und sicher auch den Mut gehabt, nicht nur diesen Artikel, sondern nötigenfalls die ganze Verfassung abzulehnen. Andere haben es wenigstens befremdlich gefunden, daß das Zentrum, das früher programmatisch seinen monarchischen Standpunkt ausgesprochen hatte, nach dem Zusammenbruch so schnell 'umgelernt' und der Aufrichtung des 'freien Volksstaates' keinen kräftigen Widerstand entgegengestellt habe. Wieder andere erkennen zwar die Notwendigkeit dieser Anpassung an die Verhältnisse an; sie sagen aber - und nicht mit Unrecht -, wie das christliche Gewissen, das sich dem rechtmäßigen Herrscher verpflichtet fühlte, und die Revolution als sündhaft verurteilen mußte, nun zu einer innern, sittlichen Anerkennung der neuen Staatsgewalt gelangen könne ... An eine von christlichen Grundsätzen getragene Partei erblickte es in dieser Treue zum Herrscherhause wie eine staatliche, so auch eine sittliche und religiöse Pflicht.

Als eine innig mit dem Volke verwachsene Partei erkannte es jedoch auch die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Demokratisierung des Staatswesens." [1]
Man erkennt aus diesem Zitat, daß die von Mausbach als notwendig erkannte Bejahung der demokratischen Republik durchaus im apologetischen Ton [2] gehalten ist. Dies wäre nicht nötig gewesen, wenn Zentrum und Katholiken e i n m ü t i g der neuen Staatsform zugestimmt hätten. Gerade die dem Umsturz voraufgegangene Bemühung der Katholiken um eine loyale Haltung mußte es weiten katholischen Kreisen erschweren, nun plötzlich wieder umzudenken. Vor allem an diese Kreise wandte sich Joseph Mausbach: "Die gänzlich Unzufriedenen aber, die, wie es scheint, mit einer raschen Wiedererstehung der alten christlichen Staatsordnung gerechnet hatte, die es nicht begreifen wollen, wie sich Zentrumsleute und sogar Theologen zu Verhandlungen und Vergleichen mit ungläubigen Sozialisten herbeigelassen haben, zeigen damit nur, daß sie selbst in einer optimistischen und unwirklichen Vorstellung der heutigen Lage befangen sind, daß sie die Größe der Gefahr für Kirche und Christentum, die mit dem Umsturz und mit dem Wahlausfall in allen deutschen Parlamenten gegeben war, noch gar nicht erfaßt haben." [3]

Aus alledem wird schon erkennbar, mit welchen Argumenten die innerkatholische Kritik an der Haltung des Zentrums geführt wurde: man verstand nicht, wie das Zentrum mit seinen bisherigen Gegnern, den Sozialisten und den Liberalen eine Koalition eingehen konnte, da doch gerade diese Koalitionspartner die Hauptinteressen der Zentrumspolitik auf dem kulturpolitischen Sektor gefährden mußten. Das war eine Einzelfrage, die Mausbach aber grundsätzlich beantworte, nämlich vom staatspolitischen Standpunkt des Zentrums aus: "Die jüngsten Tage mit ihrem Umsturzversuch von rechts (sc.

---

1) Kulturfragen in der deutschen Verfassung etc., a. a. O., 19f

2) So ausdrücklich in: Kulturfragen der deutschen Verfassung etc., a. a. O., Vorwort I

3) Die Kulturpolitik des Zentrums, a. a. O., 8

der Kapp-Putsch von 1920) mit den an ihn sich anschließenden Unruhen und Gewalttaten von links haben es auch dem befangensten Blick gezeigt, dass es heute keine andere Grundlage für die Beruhigung und Gesundung des Staatslebens gibt, als den Rechtsboden der neuen Verfassung. Sie haben aber auch aufs eindringlichste die Tatsache bestätigt, daß die Koalition zwischen Zentrum, Demokratie und Mehrheitssozialisten eine unbedingte Notwendigkeit war und ist." [1]
Aber auch vom kulturpolitischen Interessenstandpunkt konnte Mausbach Argumente ins Feld führen: "Die erwähnten Kritiker pflegen wohl diejenigen, die eine günstigere Deutung der Verfassung vertreten, des Optimismus in der Auffassung der kulturpolitischen Lage zu beschuldigen. Vielleicht verhalt es sich umgekehrt; gerade wenn man von der ungeheuren Schwierigkeit und Gefahr der Lage tief durchdrungen ist, wenn man die schreckensvolle Wirklichkeit, die sich mittelbar oder unmittelbar aus dem Zusammenbruch Deutschlands, dem Siege der sozialistischen Revolution, der Entfesselung aller unchristlichen Kulturströmungen ergab, in ihrem vollen Ernste erfaßt, wird man sich der tatsächlich erreichten Erfolge, mögen sie auch viel zu wünschen übrig lassen, aufrichtig und mit Dank gegen Gott freuen." [2]
Die Kritik von rechts richtete sich aber auch auf das Grundsätzliche: den Artikel 1 der WRV: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Im Gottesgnadentum der Monarchie hatten sie bisher die Quelle der Staatsgewalt bei Gott gesehen. Dem schien der Artikel 1 der neuen Verfassung geradewegs zu widersprechen, die ganze Verfassung war somit abzulehnen.
Der katholische Angriff gegen die neue Verfassung wie auch ihre Verteidigung wurde mit theologischen Waffen ausgetragen. Von den Angreifern konnte etwa folgende Auffassung vertreten werden: "Einen jähen Bruch mit der Geschichte vollziehend, kam die Aufrichtung des parlamentarischen Regierungssystems

---

1) Kulturfragen etc., a. a. O., Vorwort.
2) Die Kulturpolitik des Zentrums, a. a. O., 8

und dann die Revolution. Wenn auch die Zentrumspartei dadurch einen großen Zuwachs an politischer Macht erhielt und infolgedessen die Katholiken mehr Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung erlangten, so wird doch die Kirche in anderer Rücksicht die Umwälzung zu beklagen haben. Nicht nur weil die radikale Demokratie die in ihrem Wesen liegende Feindseligkeit gegen das positive Christentum stärker und stärker entfalten wird, sondern vor allem weil einige ihrer Grundlagen in unversöhnlichem Widerspruche mit katholischen Prinzipien stehen, und diese Grundlagen immer mehr auch in das Bewußtsein des katholischen Volkes hineinwachsen. ... Der Wagen des politischen Katholizismus rollt unaufhaltsam nach links dem Abgrunde zu, wenn ihn nicht unerwartete Wendungen noch zurückreißen." [1]

Was die Revolution selbst betraf, so erkannte ihr auch Mausbach keine Berechtigung zu: "Nicht die vollendete Tatsache als solche, nicht das U n r e c h t d e r R e v o l u t i o n sollte die Quelle der neugeschaffenen Rechtsordnung werden, sondern der ewige, vom Schöpfer in die Menschennatur hineingelegte Rechtsgrundsatz, daß das Gesamtleben und Gesamtwohl des Volkes heiliger ist, als die Interessen einzelner Personen und als überlieferte Staatsformen." [2] Oder: "Als wichtige Folgerung ergibt sich aus der christlichen Staatsordnung die Unerlaubtheit und Sündhaftigkeit der Revolution, d. h. der gewaltsamen Störung und Umwälzung der verfassungsmäßigen Ordnung ... Ein solcher Gewaltakt kann, auch wenn er siegreich ist nicht Un-

---

1) Heinrich Schrörs: Die Religionswissenschaft in Selbstdarstellungen. Bd. 3, Leipzig 1927, 232; Schrörs verfaßte seit 1919 theoretische Schriften in diesem Sinne: Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat. Nach den prinzipiellen Grundlagen dargestellt, 1919; Reichsverfassung und katholische Lehre, in: Historisch-Politische Blätter, Bd. 165 (1920), 630 ff (anon.). Vgl. ferner Volkssouveränität und Katholizismus, ebd., Bd. 170 (1922), 355 ff und Majorität und Auktorität, ebd., Bd. 170 (1922), 687 ff

2) Kulturfragen etc., a. a. O., 22

recht in Recht verwandeln." [1]

Revolution und Neuaufbau stehen aber in keinem ursachlichen Zusammenhang. Der positive Aufbau einer neuen Staatsordnung durch die Nationalversammlung wird durch die Ablehnung der Revolution nicht berührt. Nur den Neuaufbau gilt es zu rechtfertigen, d. h. es muß der Nachweis geführt werden, daß die göttliche Quelle der Staatsgewalt auch in einer parlamentarisch-demokratischen Republik unangetastet ist. Nach Röm. 13 geht alle Staatsgewalt von Gott aus, nicht über den Herrscher von Gottes Gnaden, sondern auch über das Volk. Vereinfacht ausgedrückt gibt es also den Fürsten von Gottes Gnaden wie auch das Volk von Gottes Gnaden. Nun war dies in der Weimarer Verfassung zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber auch nicht geleugnet [2] : "Die Präambel enthält in dem ... Wortlaut eine zutreffende, auch vom christlichen Standpunkt unbedenkliche Umschreibung des obersten Staatszweckes, den Ausdruck jener ethischen Notwendigkeit, die dazu drängte, nach dem Zusammenbruch eine neue Ordnung aufzubauen. Dieser Zweck des Staatslebens ist es, der den Willen des Volkes geleitet und legitimiert hat. Wie dieser Zweck nicht vom Volk erfunden, sondern von Gott durch das Naturgesetz aufgestellt ist, so geht auch die Berechtigung des Volkswillens auf Gott als höchsten Träger und Urheber der Gewalt zurück" ... "Die von Gott zunächst dem Volke mitgeteilte Gewalt fließt von ihm auf die Herrschenden über. Dieser ganze Zusammenhang aber ist in jedem Augenblick von den naturrechtlichen, gottgegebenen Normen und Zwecken beherrscht, so daß der Wille des Volkes nie in

---

1) Rede auf dem Katholikentag in München 1922, in: Die Reden, geh. in den öffentl. und geschl. Versammlungen der 62. Generalvers. der Katholiken Deutschlands zu München, 27. - 30. 8. 1922, Würzburg 1923, 181 ff, hier: 184. Auch in: Festblatt zur 62. Generalvers. d. Katholiken Deutschlands, München 27. - 30. Aug. 1922; entsprechend argumentierte M. Pribilla: in STIMMEN DER ZEIT 97 (1919), 157 ff; sowie Ders.: Wirkungen und Lehren der Revolution, Freiburg i. B. 1920.

2) Vgl. hierzu auch den Kommentar der WRV von Friedrich Giese:

Willkür ausarten kann. So z. B. wird das Volk durch die einmalige Übertragung der Gewalt an eine Dynastie sittlich und rechtlich zur Treue, zum Gehorsam, zum Festhalten an der monarchischen Verfassung verpflichtet. Volk und Fürst unterstehen gleichmäßig dem obersten, von Gott geordneten Gesellschaftszweck." [1]
Aus alledem ergibt sich: nach Mausbach wird das Licet republikanischer und demokratischer Gesinnung unterstrichen. Ein solches Umdenken erfordert die politische Klugheit in der gegebenen historischen Situation und ist insofern, aber nur insofern sittliche Pflicht.

Zu einem beinahe dramatisch zu nennenden Zusammenstoß der im deutschen Katholizismus vorhandenen Verhaltensweisen gegenüber der neuen Staatsform und Verfassung kam es auf dem 62. Katholikentag im August 1922 in München. Wieder war Mausbach der Sprecher der prorepublikanischen Richtung, während der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Michael Faulhaber entschieden für die Monarchie und gegen die neue Verfassung auftrat. In den öffentlichen Kundgebungen fielen dabei Sätze wie diese: "Seien wir Katholiken reinrassiger Art, Katholiken durch und durch, nicht altkatholisch, nicht neukatholisch, nicht halbkatholisch, nicht rotkatholisch, nicht rosakatholisch, nicht deutschkatholisch, nicht geschäftskatholisch, katholisch reinrassiger Art!" ... "Kompromisse sind unvermeidlich zum Ausgleich der Gegensätze und Interessen. Ueber allen Kompromissen aber stehen wie die ewigen Sterne die Grundsätze, und es kann eine Grenze kommen, wo es heißt: Bis hierher und nicht weiter!" [2]

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. Aug. 1919, Berlin 1919, 20 ff; ferner Prof. Dr. Hilgenreiner in "Bonifatius-Korrespondenz" (Prag), Jg. 1919, IV f (216)

---

1) Kulturfragen etc., a. a. O., 24 und 27; die entgegengesetzte Auffassung vertrat F. X. Kiefl: Die Staatsphilosophie der kath. Kirche und die Frage der Legitimität der Erbmonarchie, Regensburg 1928. F. X. Kiefl (1869-1928) war seit 1900 Prof. für Neues Testament in Dillingen, 1905 in Passau und wurde 1905 o. Prof. f. Dogmatik an der Univ. Würzburg.
2) Ansprache des hochwürdigsten Herrn Kardinals Michael von

Dies konnte nur als gegen das Zentrum gerichtet verstanden werden. Gegen die Partei, die in den kulturpolitischen Fragen bei den Weimarer Verfassungsberatungen einen Kompromiß herausgehandelt hatte und somit die katholische Auffassung nicht "reinrassig" durchsetzte (den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend). Darüberhinaus war diese Partei eine Koalition mit "religionsfeindlichen" Parteien eingegangen. Aber der Kardinal ging noch weiter und startete einen Frontalangriff auf die Weimarer Verfassung: "Wehe dem Staate, der seine Rechtsordnung und Gesetzgebung nicht auf den Boden der zehn Gebote Gottes stellt, der eine Verfassung schafft ohne den Namen Gottes, der die Rechte der Eltern in seinem Schulgesetz nicht anerkennt, der die Theaterseuche und die Kinoseuche nicht fernhält von seinem Volke, der durch neue Gesetze die Ehescheidung immer noch mehr erleichtert und die uneheliche Mutterschaft in Schutz nimmt. Wo die 10 Gebote nichts mehr gelten, da werden 10 000 Staatsgesetze keine Rechtsordnung aufrichten. Wo die Gesetze eines Staates mit den Geboten Gottes in Widerspruch stehen, da gilt der Satz: Gottesrecht bricht Staatsrecht." ... "Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet. Auch wenn der Umsturz ein paar Erfolge brachte, wenn er den Bekennern des katholischen Glaubens den Weg zu den höheren Aemtern weit mehr als früher erschloß - ein sittlicher Charakter wertet nicht nach den Erfolgen, eine Untat darf der Erfolge wegen nicht heilig gesprochen werden. ... Gebt mir eine Hundertschaft von charakterfesten Persönlichkeiten um jeden Kirchturm herum, ein Dutzend um jede Vereinsfahne und wir wollen das Angesicht der Erde erneuern." 1)

Hatte Faulhaber von einer Verfassung "ohne den Namen Gottes"

Faulhaber (27. Aug. 1922), in: Die Reden etc., a. a. O., 2 und 4. Über den Münchner Katholikentag vgl. E. Filthaut: Deutsche Katholikentage 1848 - 1958 und die soziale Frage, Essen 1960

---

1) Die Reden etc., a. a. O., 3 f

gesprochen, so warb Mausbach um eine "christliche Staatsgesinnung", die er folgendermaßen umschrieb: "Demokratie ist undenkbar, Demokratie wird notwendig zum reinen Zerrbild, wenn die Tüchtigen, die gewissenhaften Männer und Frauen sich vom Staatsleben zurückziehen und in private Sorgen einspinnen. Wir können tatsächlich aus dem entsetzlichen Zusammenbruch nicht wieder emporkommen, wenn nicht alle einzelnen sich als lebendige, gesunde Zellen im Organismus für das Ganze einsetzen und verantwortlich fühlen! Sie alle wissen es ja, die Kräfte der Verneinung und Unordnung schlummern und rasten nicht." [1]

Mausbach berief sich dabei auf Leo XIII., der 1892 die französischen Katholiken aufgefordert hatte, sich vorbehaltlos der Republik anzuschließen, zumal die bestehenden Staatsformen nicht ewig garantiert seien: "Ehre und Gewissen verlangen auf alle Fälle eine aufrichtige Unterordnung unter die bestehenden Gewalten; dieselbe ist gefordert im Namen jenes höchsten unbestreitbaren, unveräußerlichen Rechts, nämlich der gemeinsamen Wohlfahrt." ... "Das Gesamtwohl ... ist das schöpferische Prinzip und das erhaltende Element in der menschlichen Gesellschaft; daraus folgt, daß alle wahren Staatsbürger es um jeden Preis wollen und fördern müssen. Ja aus dieser Notwendigkeit, das Gemeinwohl zu sichern, erfließt wie aus der eigentlichen und unmittelbaren Quelle die Notwendigkeit einer bürgerlichen Gewalt, die sich selbst auf das höchste Ziel einzustellen und das vielfältige Wollen der Untertanen weise und standhaft zu ihm hinzuordnen hat." [2]

Die Staatsgewalt liege ihrem Wesen nach bei Gott, führte Mausbach weiter aus, die Träger der Staatsgewalt sowie ihre

---

1) Joseph Mausbach: Christliche Staatsordnung und Staatsgesinnung. Rede, gehalten in der 3. öffentlichen Versammlung, in: Die Reden etc., 186

2) Schreiben an die französischen Kardinäle vom 3. Mai 1892, Acta Sanctae Sedis, Tom. 24, 644 ff, Zit. bei Mausbach, ebd., 183 ff

Inhaber aber könnten wechseln. Wenn dieser Wechsel, hervorgerufen durch die Revolution auch nicht rechtmäßig sei, so erfordere doch der Zweck des Staates, das Gemeinwohl die Unterordnung unter die Staatsgewalt. Damit waren Mausbachs früher vorgetragene Auffassungen lediglich wiederholt und präzisiert. Es handelte sich um eine nüchterne, beinahe abstrakte Argumentation, aber von den Zeitumständen diktiert, während die entgegengesetzten rechtskatholischen Auffassungen mehr emotionell bestimmt waren, wie auch andere Zeitgenossen (z. B. Friedrich Meinecke, Hans Delbrück) könnte man den Katholiken Joseph Mausbach als "Vernunftrepublikaner" bezeichnen. Dies umso mehr, als trotz aller Betonung des Staatswohls die Haltung des Zentrums tatsächlich von den interessenpolitischen Chancen und Möglichkeiten mitbestimmt war. Im einzelnen waren dies die Frage der Trennung von Staat und Kirche sowie das Problem Schule und Erziehung, das für die Katholiken in Deutschland seit je im Brennpunkt des Interesses gestanden hatte.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches hatte die evangelische Kirche in Deutschland weit schwerer getroffen als die katholische, denn der Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments warf für die katholische Kirche keine organisatorischen Probleme einer neuen Kirchenverfassung auf, da sie ideell und organisatorisch nicht wie diese so eng mit dem preußisch-deutschen Kaisertum verbunden war. [1] Immerhin herrschte im Protestantismus, zumindest was die liberalen Theologen angeht, wie etwa Otto B a u m g a r t e n , Ernst T r o e l t s c h [2] u. a., eine weitgehende Bereitschaft zur Trennung von Staat und Kirche.

---

1) Über die Situation der evangelischen Kirche in der Revolution von 1918 vgl. eingehend Gottfried Mehnert: Evangelische Kirche und Politik 1917-1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959. Hier kann die Thematik nur gestreift werden.

2) Vgl. dazu unter den zahlreichen Schriften zu dieser Frage etwa den Sammelband "Revolution und Kirche", hrsg. v. F.

Im Katholizismus hingegen war eine solche Bereitschaft nicht vorhanden. Nach dem Wegfall des Staatskirchentums der Kirche auch in der Republik zu einem angemessenen Status zu verhelfen, war in der Weimarer Nationalversammlung ein interessenpolitisches Bestreben des Zentrums [1] und damit auch seines führenden Vertreters im kulturpolitischen Ausschuß: Joseph Mausbach. Gegen die Sozialdemokratie und die Liberalen hatte er die (im Erfurter Programm der SPD) geforderte radikale Trennung von Staat und Kirche zu verhindern, d. h. die Definition der Kirche als privatrechtlichen Verein. Das im Art. 137 WRV am Ende niedergelegte Ergebnis der Verhandlungen brachte dann die Rechtsstellung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts: "Die Trennungsidee ist somit in Deutschland nicht im hergebrachten Sinne verwirklicht worden. Nach ersterem werden die Kirchen den gewöhnlichen Vereinen, religiösen wie weltlichen, gleichgestellt, also auf das Niveau des Privatrechts herabgezogen! Nach der zweiten

---

Thimme und E. Rolffs, Berlin 1919. Von Otto Baumgarten sind aufschlußreich die Beiträge in der von ihm herausgegebenen Zeitschr. EVANGELISCHE FREIHEIT, Jg. 19 (1919), sowie die Schriften: Aufbau der Volkskirche, Tübingen 1920 sowie: Predigten aus der Revolutionszeit. Tübingen 1919; ferner ist in diesem Zusammenhang zu nennen W. Caspari: Die neue Zeit und das Bekenntnis, in Zeit- u. Streitfragen des Glaubens, Reihe XIV, H. 9/10, Berlin 1921; Th. Kaftan: Staat u. Kirche, IM NEUEN DEUTSCHLAND, H. 7, Berlin 1919; nachträglich vgl. E. Foerster: Die Stellung der evang. Kirche, in: Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges, hrsg. v. J. T. Shotwell, Stuttgart 1927; ferner O. Koellreutter: Staat, Kirche und Schule, Tübingen 1926

---

1) Gleich nach der Revolution wurde in diesem Sinne agiert. So von dem Prof. M. Fassbender: Revolution und Kultur. Ein Aufruf zum Kampfe für die christlichen Lebensideale, Flugschr. d. Zentrumspartei, Berlin 191; ähnlich M. Pfeiffer: Der Kampf um die heiligsten Güter, Flugschr. d. Zentrumspartei, Berlin 1919

Methode bleiben die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts, aber so, dass ihr grundsätzliches 'Vorrecht' fällt; auch allen anderen Religionsgesellschaften ist der Aufstieg zur öffentlichen Rechtsstellung leicht gemacht. Das Ergebnis ist nicht völlig dasselbe; der Ausgleich hat hier und dort eine verschiedene Note. Der deutsche Modus ist konservativer, mehr aus Achtung vor der Geschichte hervorgegangen. Er ist auch weniger radikal und nivellierend; denn er stürzt nicht das Alte, sondern läßt das Neue sich emporarbeiten." ... "Er stellt nicht das Religiöse und Weltliche auf eine Stufe, macht nicht die Kirche einem Erwerbsverein oder Rennklub gleich; er stellt nur die Religionsgesellschaften einander gleich in der Erlangung höherer Rechtsstellung." 1)

Gleichlautend betonte Mausbach am 17. Juli 1919 in der Nationalversammlung: "Es wurde aber zugleich anerkannt, daß eine glatte und präzise Definition des Begriffs der öffentlichen Körperschaft, in Deutschland wenigstens, deshalb nicht möglich sei, weil diese Qualität der öffentlichen Korporation erst in den Landesrechten ihre klare Ausprägung finde. ... Gegen diese Herabsetzung der christlichen Kirche auf das rein privatrechtliche Niveau hat sich die Mehrheit des Ausschusses von vornherein gesträubt. Von anderer Seite bestand allerdings durchaus keine Neigung, irgendwie ein Vorrecht der christlichen Kirche vor den Sekten oder neugegründeten Religionsgemeinschaften auszusprechen. Die Lösung dieses Gegensatzes ist in einer Weise gefunden worden, die man in etwa als originell, als geschichtlich und jedenfalls zeitgeschichtlich bedeutsam bezeichnen kann. Wir haben nicht versucht, die christlichen Kirchen mit ihrer tausendjährigen oder mehrhundertjährigen Vergangenheit, mit ihren Kultur-

---

1) Joseph Mausbach: Kulturfragen in der deutschen Verfassung etc., a. a. O., 69 f; dem ist die Stellungnahme des Kardinals Faulhaber in einem Fastenhirtenbrief von 1920 gegenüberzustellen: "Die neue Reichsverfassung hat die von Christus gestiftete Kirche mit allen beliebigen Glaubensgesellschaften auf die gleiche Stufe gestellt und damit der Wahrheit und dem Irrtum die gleichen Rechte eingeräumt." (Zit. bei H. Lutz, a. a. O., 82)

leistungen und ihren wohlerworbenen Rechten einfach auf den Stand eines Privatvereins herabzusetzen. Wir haben umgekehrt auch den Sekten und den religiösen Neubildungen die Möglichkeit gegeben und erleichtert, die gleichen sowohl privaten als öffentlichen Rechte zu erwerben. Die beiden angedeuteten Formen der Gleichstellung laufen nicht auf dasselbe hinaus; die eine bedeutet eine Gleichheit auf dem Niveau des Alltäglichen, des Reinbürgerlichen, die andere bedeutet eine Erhebung beider Teile in eine ideale, kulturbedeutsame und staatsrechtliche Höhe." [1]

Bezüglich der schulpolitischen Artikel der Verfassung lag naturgemäß das Schwergewicht der Anträge des Zentrums auf dem Schutz der religiösen und sittlichen Erziehung.[2] Gerade hier galt es wieder Interessen durchzusetzen: das Ideal der Bekenntnisschule, während von sozialdemokratischer und liberaler Seite die simultane "Einheitsschule" gefordert wurde. "Der schärfste Vorwurf aber, den die Rechte bis heute immer wiederholt", so schrieb Mausbach 1920, "lag darin, daß der Kompromiß dem Sozialismus die 'weltliche' Schule

---

1) Rede abgedr. in: Die Weimarer Nationalversammlung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, H. 16), Bonn 1960, 129 f. Die Gleichberechtigung der Weltanschauungen forderte z. B. K. Rothenbücher: Staat und Kirche im neuen Deutschland, in: ANNALEN FÜR SOZIALE POLITIK UND GESETZGEBUNG, Jg. 6 (1919), 355: "Mag die eine die andere für eine Irrlehre halten, so muß sie ihr doch innerhalb des staatlichen Gemeinwesens dieselbe Möglichkeit gewähren, sich zu betätigen und sich im Kampfe mit den gleichen, den geistigen Mitteln zu behaupten. In der Rechtsordnung darf weder der Satz aufgestellt werden: 'Der Irrtum hat kein Recht', noch der Satz: 'Freiheit für alle, nur nicht für jene, die nicht die Freiheit in einem ganz bestimmten Sinne wollen'."

2) Ausführlich darüber nachträglich J. Mausbach: Religionsunterricht und Kirche (Schriften zur deutschen Politik, H. 3), Freiburg i. B. 1922

ermögliche, d. h. eine Schule, die keinen eigentlichen Religionsunterricht hat, sondern nur einen religionsgeschichtlichen oder einen ethischen Unterricht bietet." ... "Gewiß ist es dem Zentrum als entschiedenstem Vertreter der christlichen und konfessionellen Schule unendlich schwer geworden, diese bekenntnislose weltliche Schule zuzugeben; aber dies war tatsächlich nicht nur taktisch, sondern auch vom Standpunkt der Gewissensfreiheit im modernen Staate, das einzige Mittel, um die konfessionelle Schule zu retten!" [1]

So hatte Mausbach stets die Verfassung gegen die Angriffe von rechts zu verteidigen: Wenn die WRV von sittlicher Bildung spreche, so erkläre sie dadurch religiöse Bildung und Erziehung nicht für überflüssig. Anders ausgedrückt: Mausbach sah gerade in der Verfassung die Interessen des Zentrums weitgehend (in Form eines Kompromisses) verbürgt und konnte sich daher zu ihrem Fürsprecher machen: "Erst recht unbegreiflich ist es, wie wohlmeinende Männer in dieser Weise den Gegnern der christlichen Schule in die Hände arbeiten und ihren Freunden die schwersten Hemmungen bereiten; es wäre ja fast ein Wunder, wenn unbewiesene und unhaltbare Behauptungen dieser Art bei der kommenden Schulgesetzgebung, die an die Reichsverfassung anknüpfen muß, nicht von der Linken als willkommene Zugeständnisse ins Feld geführt würden!" [2] Daraus wird deutlich, daß im Zentrum für und gegen die Verfassung vom interessenpolitischen Standpunkt der Kulturpolitik argumentiert werden konn-

---

1) Kulturfragen etc., a. a. O., 91 f; zur Schulfrage gibt es katholischerseits eine unübersehbare literarische Flut. Wir nennen hier nur die Flugschriften der STIMMEN DER ZEIT (Freiburg), H. 1 - 25, 1919 f

2) Religionsunterricht und Kirche, a. a. O., 25

te, wobei das emotionale Element bei den rechtsgerichteten Katholiken stärker wirksam war, wie schon Mausbach erkannt hat: "Man wird sagen müssen: Das allgemeine Werturteil über die Weimarer Verfassung ist in gewissen Kreisen so ungünstig beeinflußt, daß sie sich zu einem objektiven oder gar wohlwollenden Studium im einzelnen gar nicht entschließen! Ist es doch jene Verfassung, die 'nach und aus der Revolution geboren ist', jene Verfassung, die 'unter maßgebendem Einfluß der Sozialdemokratie zustande gekommen ist'! Für andere reicht schon eine pessimistische Gefühlsstimmung, die Erregung und Trauer über den Zusammenbruch so vieler Ideale." [1]

Die Parteilinie des Zentrums, die wir an der Person Joseph Mausbachs ablesen können, war dagegen erheblich rationalistischer und holte die Begründung ihrer Haltung aus dem Naturrecht und den Verlautbarungen des Papstes Leo XIII.: grundsätzliche Indifferenz gegenüber den Staatsformen zum Wohle des Staates, daher ist Demokratie und Republik "erlaubt" (licet). Konkret konnte aber unter Staatswohl, eingeengt Interessenpolitik, also für das Zentrum Schulpolitik verstanden werden.

Nun hat E. W. B ö c k e n f ö r d e neuerlich die naturrechtliche Ausrichtung katholisch-politischen Denkens heftig kritisiert. [2] Der Aufsatz bezieht sich auf die Situation von

---

1) ebd., a. a. O., 25; Zusammenfassend über das Verhältnis Staat-Kath. Kirche vgl. A. Rademacher: Die Stellung der kath. Kirche, in: Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges, hrsg. v. J. T. Shotwell, Stuttgart 1927

2) E. W. Böckenförde: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung, HOCHLAND, Bd. 53 (1960/61), 215 ff. Vgl. dazu auch Hans Buchheim: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine Auseinandersetzung mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, ebd. 497 ff und die Erwiderung Böckenfördes im Bd. 54 (1962), 216 ff. Zu den zahlreichen Veröffentlichungen, die dieser Aufsatz zur Zeitgeschichte ausgelöst hat, vgl. die von Böckenförde ebd., 216 gemachten Literaturangaben.

1933, aber Böckenfördes These kann auch auf 1918 angewandt werden, erscheint dann aber in ganz anderem Licht. Die These lautet: Der Katholizismus stehe seit der Aufklärung und besonders seit dem Kulturkampf in einer steten Spannung zum modernen Staat und zur modernen Gesellschaft. Er suche daher seinen Standort außerhalb der Gesellschaft, [1] das Handeln im Staat war von naturrechtlichen Prinzipien bestimmt. Darunter fallen nicht die Staats- und Verfassungsformen, gegenüber denen sich die katholische Kirche neutral verhält, da sie dem geschichtlichen Wandel unterliegen. Sie sind "normativ entleert", [2] die naturrechtlich begründeten bona particularia, die Freiheit der Kirche und Schule stehen im Ernstfall über ihnen. Folglich haben die Katholiken "1918 den Untergang der Monarchie sang- und klanglos geschehen lassen und im Jahre 1933 den parlamentarisch-demokratischen Staat, den sie mitgeschaffen haben in keiner Weise ernsthaft verteidigt." [3] Man wird dieser These weitgehend zustimmen müssen, sie bedarf jedoch einigen Korrekturen, was das Jahr 1918 angeht. Es ist zweifellos richtig, daß die politischen Prinzipien des Katholizismus aus dem Naturrecht stammen und daß der Katholizismus im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Kulturkampfs außerhalb des Staates und der Gesellschaft stand. An der Persönlichkeit Mausbachs u. a. läßt sich aber für die Kriegszeit das Bemühen um ein Hineinwachsen in das Kaiserreich deutlich ablesen. [4] Die These, daß der Katholizismus außerhalb von

---

1) HOCHLAND, Bd. 53 (1961/62), 232

2) ebd., 235

3) ebd., 235

4) Zur Erhärtung dieses Tatbestandes sei noch angeführt, daß sich im politischen und geistigen Leben des Katholizismus schon seit 1890 deutliche Anzeichen, aus dem Ghetto des Kulturkampfs zu kommen, zeigen: das Zentrum änderte seit der Militärvorlage von 1893 seine Politik im Sinne einer nationalen Orientierung. Der Freiburger Kirchenhistoriker F. X. Kraus forderte die "Concordia Sacerdotii et Imperii" (vgl. Tagebücher, Hrsg. H. Schiel, Köln 1957). In der Wissenschaft ist die Bewegung des Reformkatholizismus (H. Schell u.a.)

Staat und Gesellschaft gestanden habe, bedarf also der Einschränkung. Zum zweiten ist zu bemerken, daß es nach 1918 im Katholizismus wohl den Anschein haben konnte, als seien die bona particularia der kulturpolitischen Interessen mit dem bonum commune gleichgesetzt worden. So jedenfalls sind Mausbachs Verteidigungen der Verfassung teilweise zu verstehen. Man darf aber nicht vergessen, daß von rechtskatholischer Seite z. T. der Vorwurf kam, daß das Zentrum, indem es sich auf den Boden der Verfassung stellte, gerade diese Interessen verraten habe. [1] Und schließlich: wenn das Zentrum sich nach 1918 auf den "Boden der gegebenen Tatsachen" stellte, weil es das Gesamtwohl nach Lage der Dinge erforderte, entspricht dies staatspolitischem und geschichtsbezogenem Denken, wie es Böckenförde im Katholizismus vermißt. Dies zumal dann, wenn die bona particularia nicht ausschließlich mit dem bonum commune identifiziert wurden. Auch das spiegelt sich in der Haltung Joseph Mausbachs: "So ist denn in Deutschland ohne Widerspruch von irgend einer Seite die Wahl zur Nationalversammlung überall im deutschen Volke als eine sittliche Notwendigkeit anerkannt worden, weil sie das einzige Mittel war, das deutsche Volk vor Zerrüttung und Untergang zu retten und ihm den inneren Frieden wiederzugeben. Derselbe Gesichtspunkt mußte dann auch für die Wahl der Staatsform maßgebend sein." [2] Oder: "Daher ist aus idealen wie aus

---

ein Bemühen um Anschluß an das moderne Denken und damit des Zeitgeistes. Kulturell sei nur auf Carl Muth und die Gründung seiner Zeitschrift "Hochland" (1903) hingewiesen. Diese Andeutungen sollen zeigen, daß nicht erst der Krieg eine flüchtige nationale Begeisterung brachte.

---

1) "Man erweist der Opposition der Rechtsparteien oft genug unverhohlene Sympathie; aus denselben Gruppen kommt auch die vereinzelte Anklage, das Zentrum habe bei den Verfassungsberatungen nicht genug getan, um die christlichen Kulturgüter im Staats- und Gesellschaftsleben zu retten." (Mausbach: Kulturfragen etc., a. a. O., 7)

2) ebd., 21

realpolitischen Gründen die grundsätzliche Geringschätzung und die generelle Herabsetzung der Reichsverfassung durchaus des echten Vaterlandsfreundes unwürdig; abgesehen von den Ungerechtigkeiten im einzelnen bildet sie eine schwere Gefährdung des allgemeinen, erst langsam wieder erstarkenden Rechtsempfindens im Volke. Man findet eine solche Stimmung und Gewöhnung wohl in keinem Kulturstaate außer Deutschland; überall vielmehr einen edlen Stolz auf die Verfassung des Landes, auch wenn sie beträchtliche Lücken und Mängel aufweist!" [1)]
Die Stellen ließen sich beliebig vermehren.

Wenn also zwar theoretisch im Katholizismus die normative Kraft des Faktischen geleugnet wurde, andererseits aber gerade aus den faktischen Umständen heraus staatspolitisch gehandelt werden konnte: also der Eintritt in die (gefühlsmäßig weithin ungewollte) Republik 1918/19, so klafft hier eigentlich Theorie und Praxis auseinander. Es ergibt sich also das Paradox, daß der Katholizismus 1918/19 aufgrund der ungeschichtlichen naturrechtlichen Staatslehre geschichtlich und staatspolitisch gehandelt hat. Insofern aber das Staatswohl auf die kulturpolitischen Belange verengt verstanden wurde, trifft Böckenfördes Vorwurf auch für 1918 zu (die Situation von 1933 haben wir hier nicht näher zu untersuchen). Das war aber keineswegs zwangsläufig so, es wären sonst die divergierenden Richtungen im deutschen Katholizismus nicht zu erklären.

Es mag vermessen erscheinen, von der Haltung eines Zeitgenossen Rückschlüsse auf den gesamten deutschen Katholizismus und die Zentrumspolitik ziehen zu wollen. Joseph Mausbach war aber als der kulturpolitische Sachverständige in der Nationalversammlung der Repräsentant der offiziellen

---

1) Religionsunterricht und Kirche, a. a. O., 27

Zentrumslinie, die auch der spätere Reichskanzler Josef Wirth [1] u. a. vertrat, angesehen werden. Der linke Flügel, vertreten etwa durch den Arbeiterführer Joseph Joos, mußte hier außer Betracht bleiben. Auf die rechte Strömung im deutschen Katholizismus konnte nur gelegentlich indirekt hingewiesen werden. Hierfür sei im folgenden wieder eine exemplarische Gestalt herausgegriffen: der Geschichtsprofessor Martin S p a h n .

---

1) vgl. J. Wirth: Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat, Berlin 1924

2. Martin Spahn

Martin Spahn wurde am 7. 3. 1875 als Sohn des Juristen Dr. Peter Spahn in Marienburg/Westpreußen geboren (gest. 12. 5. 1945). Sein Vater war ein prominenter Zentrumspolitiker, langjähriger Fraktionsführer im Reichstag (MdR 1884 - 1917, 1919 MdN) und 1917/18 preußischer Justizminister. Martin Spahn habilitierte sich schon mit 23 Jahren 1898 für Geschichte in Berlin und bereits 1901 wurde er außerordentlicher Professor in Bonn. Auch er gehörte schon vor dem Kriege (1910 - 1912) als Abgeordneter der Zentrumspartei dem Reichstag an (in der Weimarer Zeit 1924 - 1933).

Erstmals machte er im Jahre 1901 von sich reden, als an der Universität Straßburg eine geschichtliche Professur konfessionell besetzt werden sollte. Solche katholischen Lehrstühle für Geschichte gab es auch an anderen deutschen Universitäten. So z. B. in Freiburg, wo lange Zeit (neben Meinecke und von Below) Heinrich Finke lehrte. Dennoch verursachte die Besetzung dieses Lehrstuhls durch Martin Spahn große regung. [1] Der Chef der Verwaltung der preußischen Universitäten, Ministerialdirektor Friedrich Althoff [2] plante in Straßburg seit längerem die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät, da die Priester in Elsaß-Lothringen bisher an den reichsfeindlich gesinnten Seminarien von Straßburg und Metz ausgebildet wurden. Als Vorstufe war die katholische Geschichtsprofessur gedacht. Personell lag für ihre Besetzung der junge Martin Spahn deshalb nahe, weil ein prononciert katholischer Historiker im protestantischen Berlin ein Novum ersten Ranges darstellte. Der Kai-

---

1) Ausführlich darüber Wilhelm Spael: Das katholische Deutschland etc., 138 ff

2) Arnold Sachse: Friedrich Althoff und sein Werk, Berlin 1928

ser ernannte ihn also zum o. Professor in Straßburg. [1] Nicht die Berufung Spahns, wohl aber die Institution eines konfessionellen Lehrstuhls löste eine kulturkampfähnliche Stimmung aus. Die Straßburger philosophische Fakultät protestierte, am 15. November 1901 schrieb Theodor M o m m s e n in den Münchner Neuesten Nachrichten: "Unser Lebensnerv ist die voraussetzungslose Forschung ... Auf der Wahrhaftigkeit beruht unsere Selbstachtung, unsere Standesehre, unser Einfluß auf die Jugend!" Aus dem Terminus "voraussetzungslose Forschung" war ein Schlagwort geworden. Demgegenüber machte Graf Hertling geltend, daß es eine Wissenschaft ohne Voraussetzungen gerade in den Geisteswissenschaften nicht gebe [2] und legte Verwahrung dagegen ein, daß dem katholischen Wissenschaftler dort Grenzen seiner Arbeit gesetzt seien, wo die Ergebnisse dem Dogma im Wege stünden. Neben Martin Spahn war auch Friedrich Meinecke auf den Parallellehrstuhl berufen worden. Meinecke urteilt über Spahn in seinen Erinnerungen: Die Professur Spahns "erschien mir damals schon als ein bitterer Trank, weil ich ihrem Inhaber keine besondere wissenschaftliche Hochachtung zollen konnte ... Und daß man ihn, den 25jährigen Sohn des Parteiführers, so ungewöhnlich schnell beförderte, schmeckte nach Patronage". [3]

Martin Spahns politische Entwicklung ist von Anfang an durch eine Neigung nach rechts gekennzeichnet. Daß gerade er für den Straßburger Lehrstuhl ausersehen war, ist daher kein Zufall, denn es kam in Straßburg ja darauf an, den

---

1) Im Telegramm Wilhelms II. an den Statthalter von Elsaß-Lothringen hieß es, daß er damit den katholischen Untertanen beweisen wolle, "daß anerkannte wissenschaftliche Tüchtigkeit auf der Basis der Vaterlandsliebe und der Treue zum Reich immer zu Nutz und Frommen des Vaterlandes von ihm verwendet werde." (Zit. bei Spael, a. a. O., 139)

2) Erwiderung auf Mommsen in den Münchner Neuesten Nachrichten. Vgl. auch Georg von Hertling: Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. II, München 1920

3) Friedrich Meinecke: Straßburg, Freiburg, Berlin, Erinnerungen 1901 - 1919, Stuttgart 1949, 13. Über den "Fall Spahn" vgl. ferner Lujo Brentano: Mein Leben im Kampf um die soziale

Katholizismus Elsaß-Lothringens an das Reich zu binden. Aufgrund dieser politischen Ausrichtung des Straßburger Lehrstuhls - diese Institution war ja ein Politikum ersten Ranges - konnte natürlich nur ein prononcierter Rechtskatholik in Frage kommen. [1] Tatsächlich ist für Spahns politische Gedankenwelt die Verbindung von katholischer und nationaler Haltung charakteristisch, wie er sich denn auch selbst so einschätzte:
"Überprüfe ich mein geistiges Leben, so meine ich von früh auf ein Grundstreben zu bemerken, das sich stets gleich geblieben ist und meinem Wirken die entscheidende Richtung gab: zusammen mit gesinnungsverwandten Freunden das Verhältnis des deutschen Katholizismus zum Kultur- und Staatsleben der Nation dahin zu beeinflussen, daß die vorhandenen Hemmungen überwunden und die deutschen Katholiken mit ganzem Herzen bereit wurden, auf dem durch Stein und die Befreiungskriege vorbereiteten, durch Bismarck hergestellten Boden mitzuarbeiten, dem Vaterlande zu geben, was sie ihm als einzelne wie als Gemeinschaft zu geben vermögen, und umgekehrt das deutsche Wesen in seiner Fülle auch wieder für das Leben der Kirche fruchtbar werden zu lassen." [2] Und speziell zur regierungs-

---

Entwicklung Deutschlands. Jena 1931; Engelbert Drerup: Aus versunkenen Tagen, Paderborn 1939

---

1) Daran ist ein interessantes Phänomen abzulesen, nämlich daß der Begriff Rechtskatholizismus katholischer Intransigenz nicht parallel gesetzt werden darf. Diese Tatsache wird oft verkannt. Gerade der "Rechtskatholizismus" in der wilhelminischen Zeit war es, von dem die Integration in das Hohenzollernreich ausging. Ein für die Probleme des modernen Staates und moderner Kultur "offener Katholizismus" ist also unabhängig von den politischen Schablonen rechts und links, auch wenn heute von den sog. "Linkskatholiken" wie Carl Amery (Die Kapitulation oder deutscher Katholizismus heute, Reinbek 1963) u. a. mit einem scharfen Affront gegen rechtsgerichtete Strömungen in Anspruch genommen wird. Dies sei hier nur am Rande erwähnt.

2) Martin Spahn: Selbstbiographie, in: H. v. Arnim/G. v. Below (Hrsg.): Deutscher Aufstieg, Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, Berlin 1925, 479

freundlichen Politik des Zentrums nach der Heeresvorlage von 1893 bemerkt Spahn: "Heute sehe ich, daß damals der Keim zu dem mittelparteilichen Koalitionswesen aufsproßte, mit dessen Wachstum wir in alle außen- und innenpolitische Bedrängnisse der Gegenwart geraten sollten. Damals hatte ich nur das frohe Gefühl, daß in der Politik der Bann gesprochen war, der die Katholiken das 19. Jahrhundert hindurch in der Opposition gegen die Erneuerung und Wiedererhebung unserer staatlichen Macht festgehalten hatte." ... "Tätigen Anteil aber nahm ich nur an den Anstrengungen, gleichzeitig auch im geistigen Leben dem Verhalten der deutschen Katholiken die entscheidende Wendung zum allgemeinen Geistesleben der Nation hin zu geben. Hermann Schell und Karl Muth, der heute Herausgeber des "Hochland" ist, bezeichnen mit ihren Namen am besten, worum im Bereich der Weltanschauung und der Literatur wie der Kunst damals unter den deutschen Katholiken gerungen wurde." [1]

Schon in seiner Straßburger Zeit noch vor seiner Wahl in den Reichstag wurde im politischen Denken Martin Spahns der Grund für seine späteren Prinzipien gelegt. Jedenfalls hat er dies selbst so im Rückblick (1925, als er schon seine politische Heimat bei den Deutschnationalen gefunden hatte) gesehen. Er bemerkt dazu im einzelnen: "Daß ich vor allem in Elsaß-Lothringen kämpfen mußte, lehrte mich bald, immer mehr auf die nationale und außenpolitische Wirkung unseres Parteitreibens zu achten. Meine parteipolitische Betätigung lief in Elsaß-Lothringen auf einen mit wachsender Schärfe geführten Kampf gegen Wetterlé, im Reich gegen Erzberger hinaus. Anfang 1909 kam es zum ersten offenen Zusammenstoß mit Erzberger. Er setzte sich im 'Tag' für ein Zusammengehen des Zentrums mit der Linken ein, um unsere Verfassung zu westeuropäisieren. Demgegenüber betonte ich in der 'Kölnischen Volkszeitung', daß wir als deutsche Katholiken nur rechts unsere Stellung nehmen könnten." [2]

---

1) ebd., 480 f

2) ebd., 482

Schon vor dem Kriege war also Spahns antidemokratisches Denken der Weimarer Zeit durch seinen Kampf gegen Erzberger und die "demokratischen und spießerisch bramarbasierenden Instinkte im west- und vor allem im südwestdeutschen Katholizismus" [1] vorgeprägt. An der allgemeinen Begeisterung beim Weltkriegsausbruch hatte natürlich auch Spahn Anteil und sah 1914 in der deutsch-österreichischen Koalition mehr als die Nibelungentreue: das Herannahen Großdeutschlands.[2] Zugleich war er einer der ersten, der schon 1914 westliche Annexionswünsche anmeldete und die Grenzen Karls V. für Deutschland zurückverlangte.[3] Während des Krieges war Spahn, da nicht verwendungsfähig, in der Kriegswirtschaft tätig. Unter seinen Veröffentlichungen während des Krieges überwiegt die außenpolitische Thematik, wie er auch ein Anhänger der Annexionspolitik gewesen war. Hierher gehört noch sein geschichtliches Gutachten von 1918 über die Einverleibung des Eisenerzbeckens von Longwy-Briey [4] und sein Buch "Die Großmächte".[5]

---

1) ebd., 481

2) An den Pforten des Weltkriegs, in: Hochland, Jg. 12, I (1914/15) 14 ff; zum allgemeinen Wiedererwachen des großdeutschen Gedankens nach dem Kriege vgl. Anhang, S. Nr. XI

3) ebd., 26; vgl. auch K. Schwabe: Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im 1. Weltkrieg, Vierteljahresh. f. Zeitgesch. Jg. 14 (1966), 113 f

4) Martin Spahn: Die Wiedereinverleibung der Eisenerzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet. Ein geschichtl. Gutachten (als Handschrift gedruckt), Berlin/Düsseldorf 1918, 9 pp, gr. 4°

5) Martin Spahn: Die Großmächte, Richtlinien ihrer Geschichte - Maßstäbe ihres Wesens, Berlin/Wien 1918

Auch das Gutachten war vom großdeutschen Standpunkt aus geschrieben, indem er sich auf die Westgrenzen des Heiligen Römischen Reiches vom 10. - 18. Jahrhundert bezog: "So schwach auch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und das deutsche Kaisertum im 16., 17., und 18. Jahrhundert schon waren, niemand kann ihnen vorwerfen, daß sie die Bedeutung der geschichtlichen Grenze vergaßen. Nicht leichten Sinnes gaben sie schließlich das Grenzgebiet an Frankreich heraus." (3) Aber auch andere Gründe verlangten die Annexion des belgischen Gebietes, denn durch die Politik Frankreichs sei die "Voraussetzung, unter der die Grenze von 1871 festgestellt wurde, hinfällig geworden. Die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland muß beim kommenden Friedensschluß neu geregelt werden." (3) Dazu kommen volkswirtschaftliche Gesichtspunkte. Die deutsche Volkserinnerung sei "sentimental" an dem Verlust Elsaß-Lothringens haften geblieben, die Staatskunst aber habe zwar die strategischen Gesichtspunkte gewürdigt, die wirtschaftlichen aber außer Acht gelassen. Die Beachtung derselben sei in der politischen Situation zu fordern. (6) Vor allem aber sei das Bismarckreich Rechtsnachfolger des Heiligen Römischen Reiches. Man dürfe "also genau so gut wie die zeitgenössischen Franzosen und Engländer Forderungen auf den Rückerwerb einstmals uns gehöriger Gebiete erheben. Wir werden es aber nach der ganzen seelischen Stimmung unserer Nation nicht tun, ohne daß es sich um ein lebenswichtiges Wachstumsbedürfnis handelt und ohne mit zu überlegen, ob wir bei seiner Wahrnehmung nicht anderen tödliche Wunden schlagen. Greifen wir zu, so werden wir auch bereit sein, den anderen bei der Neuordnung der Welt nach diesem Kriege zum Ersatz zu verhelfen. Bismarck hat uns durch seine auswärtige Politik von 1878 bis in die Mitte der 80er Jahre den Weg dafür gewiesen, als er Frankreich bei der Bildung eines überseeischen Reiches unterstützte.

Nach seinem Beispiel wird unsere Staatskunst wie unser Generalstab ohne Zweifel mit Frankreich und England jede notwedngie Erweiterung ihrer Betätigungsgebiete erörtern, wenn uns nur von ihnen eingeräumt wird, auf was wir nach dem Stande unserer wirtschaftlichen Entwicklung und nach den Bedingungen unserer geographischen Lage nicht mehr verzichten können." [1] In dem Gutachten wird der von Spahn geprägte Begriff "Raumpolitik" (S. 6) gebraucht, der auch in seinem Buch "Die Großmächte" näher erläutert wird. Er beruht auf der Idee des Geographen Friedrich R a t z e l , wonach das Zusammenleben in einer Staatsnation auf der Wechselwirkung von Boden und Menschen beruhe, ist also nicht einfach mit der Idee der Machtpolitik identisch, für die "sich die Möglichkeit staatlichen Gelingens in einer Gewalt über den Boden erschöpft." [2]

Ausdrücklich aber stellte sich diese Auffassung der demokratischen Staatsauffassung entgegen, wonach die Nation nur eine Zusammenfassung von Menschen darstelle. Dieser Staatsauffassung wird in einer Art Dolchstoßlegende eigenen

---

1) Die Wiedereinverleibung etc., 9; damit verbindet Spahn eine Polemik gegen die "zeitgenössische Demokratie: "Der Begriff der Kulturnation, den unsere zeitgenössische Demokratie (vgl. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat) unter uns in Umlauf gebracht hat, enthält einen Widerspruch in sich selber. Eine Nation ist nicht nur eine Blut- und Sprachgemeinschaft. Sie beruht auf der Voraussetzung staatlichen Eigenlebens, und dieses ist hinwiederum von dem dauernden Eigentume an einem bestimmten Stücke Landes abhängig. Die Franzosen und Engländer brauchen deshalb zutreffend den Ausdruck "Nation" nur für den Teil ihres Volkstums, der den staatlich von ihnen beherrschten Boden besiedelt und mit ihm zu einem Ganzen verwachsen ist. Aber auch unsere Nation führt schon seit einem Jahrtausend ihr staatliches Eigenleben auf Grund derselben seitdem nicht mehr löslichen Zusammengehörigkeit von Land und Leuten," ..."Die kurzen Monate, in denen die Tatsache des eigenen Staatslebens der Nation nicht auch nach außen hin sichtbar zum Ausdruck gelangte, entscheiden nichts gegen die Beständigkeit unseres nationalstaatlichen Lebens, so wenig wie schon ein kurzes Aussetzen des Herzschlages beweist, daß das Leben aus einem Körper entflohen ist." (8 f)

Inhalts die Schuld zugeschoben, daß die "raumpolitischen" Auffassungen in Deutschland an Boden verloren hätten: "Mit dem Wiederemporkommen der Demokratie verblaßten die raumpolitischen Vorstellungen dort, wo sie erst durch den Krieg aufs neue Farbe erlangt hatten, sofort wieder," [1] da der Pazifismus seit 1917 emporgekommen sei. "Die augenfälligsten Schranken, die der Demokratie bis dahin im Reiche und in Preußen noch gesetzt waren, das preußische Wahlrecht, das Herrenhaus, das dem ostelbischen Adel seinen geschichtlichen Einfluß auch im konstitutionalisierten Preußen verbürgt hatte, die unbeschränkte Führergewalt des Königs über das Heer, die Scheu des Reichstags, in das Verfassungsrecht der Einzelstaaten überzugreifen, fielen von heute auf morgen. In diesem Augenblicke streckten sich die international gesinnten Sozialisten aller Länder die Hände wieder entgegen." [2] Diese Sichtweise der Verknüpfung außen- und innenpolitischer Fragen der Zeit veranlaßte Martin Spahn seit 1917, sich speziell mit der veränderten Lage der Innenpolitik auseinanderzusetzen. [3]

Die Studie "Volksfreiheit und monarchisches Prinzip" war eine Abrechnung mit dem "Konstitutionalismus", d. h. der während des Krieges erörterten demokratischen Bestrebungen, die auf die Änderung des Wahlrechts in Preußen und eine Parlamentarisierung des Reiches hinausliefen. Mit einer Frontstellung gegen demokratische Ideen "westeuropäischen Ursprungs" gibt Spahn dem Begriff "Volksfreiheit" einen anderen Inhalt:

---

2) So eine Rezension des Buches u. d. Titel "Erziehung zur Staatskunst" v. Karl Hoffmann, in: DIE GRENZBOTEN, Bd. 79, 1 (1920), 200

---

1) Die Großmächte, 227

2) ebd., 229

3) So z. B. in einem Ausatz zur preußischen Wahlrechtsfrage, (Sept. und Okt. 1918), HOCHLAND, Jg. 15, Bd. 2 (1917/18), 561 ff sowie Jg. 16, Bd. 1 (1918/19), 44 ff ("Das preußische Wahlrecht und die ständische Neugliederung der Nation"), sowie in dem Beitrag "Volksfreiheit und monarchisches Prinzip" in dem Sammelband: Deutschland und der Katholizismus, hrsg. v. Meinertz/Sacher, Bd. 2, Freiburg i. B. 1918, 99 - 116.

"Der Konstitutionalismus ist aus dem Individualismus der Aufklärungszeit entsprungen. Daher ist ihm das Volk nur gleich der Summe der die gleiche Sprache redenden oder zum selben Staate gehörenden Individuen, nicht jedoch etwas, das ein eigenes überindividuelles Dasein führt, ein Ding für sich. Den Konstitutionalismus beschäftigt in Wahrheit bloß die Freiheit der einzelnen." 1)

Die Teilnahme des Volkes an der Staatsgewalt, so fährt Spahn fort, erschöpfe sich in der Stimmabgabe alle 5 Jahre, im übrigen aber sei der Wähler den Parteien ausgeliefert, die Minderheiten würden majorisiert. Und schließlich könne man die Idee der Volkssouveranität nicht mit dem System der obrigkeitlichen Monarchie zusammenbringen. Dagegen preist Spahn die germanische Staatsidee: "Ihr ist das Volk ein Ganzes, ein Ding eigenen Lebens und eigenen Geistes. Ihr Freiheitsbegriff haftet daher auch nicht an der Freiheit des einzelnen. Für sie ist das Wort "Volksfreiheit" nicht nur ein Wort. Für sie braucht der Staat nicht erst zu einer Rechtsordnung zu werden. Um der "Gerechtigkeit" willen und nur ihretwegen ist er da." 2)
In Übereinstimmung mit dem Gierke-Schüler Kurt W o l z e n d o r f f legt er im Anschluß daran die germanische Staatsidee dar: "Nicht nur Recht und Freiheit des einzelnen wird von der germanischen Staatsidee wirksam gewahrt. Hier ist auch das Ganze, das Volk frei. Das tiefe Pflichtgefühl, die sittliche Staatsgesinnung, womit die germanische Staatsidee alle Volksangehörigen durchdringt, erlaubt ihr auch, sie alle zur Wahrung des gemeinen Rechtes mit heran-

---

1) Martin Spahn: Volksfreiheit und monarchisches Prinzip, in Meinertz/Sacher, a. a. O., 100; zur preußischen Wahlrechtsfrage hatte Spahn in einem scharfen Artikel im TAG, in dem er den Kinkskurs des Zentrums angriff und den Anschluß an die Konservativen verlangte. (Dagegen Dr. Jäger in der Zeitung GERMANIA Nr. 172/173, 14. 4. 1917). Vgl. R. Patemann: Die preußische Wahrechtsfrage im 1. Weltkrieg, Düsseldorf 1964, 171, Anm. 1

2) ebd., 108

zuziehen, an der Regierung, Rechtspflege und Verwaltung des Staates teilnehmen zu lassen. Diese Teilnahme des gesamten Volkes am Staate baut sich von unter her auf. Sie besteht zunächst in der Selbstverwaltung." ... "Hier ist echte Demokratie, hier wirklich ein Volksstaat, nicht nur eine Abwandlung des neuzeitlichen Absolutismus. Hier findet sich aber auch trotz des Nebeneinanders von Königtum und Volksherrschaft die Einheit des Staatslebens gewahrt, die nur noch Schein ist, wo der Konstitutionalismus mit seinem auf Gewichte und Gegengewichte gestützten, mechanischen System beide Einrichtungen miteinander zu vereinigen sucht." [1]

Der Ausatz klingt aus mit einer Warnung vor jeder Demokratisierung: "Sollte nun unser Staat endgültig zum Staate werden, wo ein Teil des Volkes den andern beherrscht, wo der starke Rechtsschutz eines kräftigen Gemeingeistes wie einer blühenden Monarchie entfällt, so drohte dem beherrschten Teil besonders starke Entrechtung und Sklaverein." [2]

Im gleichen Sinne schrieb er im Oktober 1918 im Hochland, daß die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen der Hebel sei "durch den das Staatsgebilde Bismarcks endgültig aus den Angeln gehoben und durch eine Verfassung nach westeuropäischem konstitutionellem Zuschnitt ersetzt werden soll." [3] Trotzdem widersetzte er sich nicht generell einer Änderung des preußischen Wahlrechts. [4]

---

1) ebd., 109

2) ebd., 116

3) Das preußische Wahlrecht und die ständische Neugliederung der deutschen Nation (II), HOCHLAND, Jg. 16, Bd. 1 (1918/19), 50

4) HOCHLAND, Jg. 15, Bd. 2 (1917/18): Nun aber duldet die Kriegslage keine weitere Vertagung der Frage" (563)

Zur Wahlrechtsänderung schlug er eine ständische Umgliederung des Herrenhauses und der politischen Selbstverwaltungskörper vor: Es sei die Frage zu prüfen, "ob für das Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht zugestanden, gleichzeitig den anderen Ständen Bürgschaften geschaffen werden können, daß auch sie im Staate fortan einen angemessenen Einfluß ausüben werden." [1] Nur so sei die Änderung des Wahlrechts erträglich, andernfalls "werden wir binnen kurzem umso tiefer in die Wirrnisse des konstitutionellen Parteiwesens zurückgeschleudert werden und auf unabsehbare Zeit in die Knechtschaft von Mehrheitsregierungen geraten." [2]

In einem Vortrag vor der Heeresgruppe Herzog Albrecht in Straßburg 1917 warnte er erneut vor der Gefährlichkeit demokratischer Reformen. Diese Ausführungen klingen schon wesentlich deutlicher an die spätere Dolchstoßlegende an, indem Heer und Front angesprochen werden: "Die neuen Stände leitet das Gefühl, daß sie in Preußen noch zu sehr Objekt der Verwaltung und Gesetzgebung sind und noch nicht in gleichem Maße wie die anderen Stände auf das Staatsleben einwirken können. Sie rütteln heute mit der Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts an dem Bestand des preußischen Staatslebens, so wie es sich seit 1848 herausgebildet hat, an seiner empfindlichsten und wichtigsten Stelle. Was wird der Ausgang des neuen Ringens sein, das sich um Preußen entspann? Das Heer kämpft draußen an der Front dafür, daß sich unser deutsches Vaterland gegen die Welt seiner Gegner behauptet und daß es sich die Bedingungen kräftigen Wachstums, herrlicher Machtentfaltung auch für die Zukunft bewahren möge. Es gilt auf der Hut zu sein, daß nicht zur selben Stunde, da der Kampf draußen sich zum Siege wendet,

---

1) ebd., 566
2) ebd., 580

im Innern die Grundlagen unserer Macht zusammenbrechen. Deutschland braucht ein starkes Preußen." ... "Mit der Hoffnung auf den Sieg an der Front verbindet sich die Hoffnung, daß uns der alte Gott auch im Innern des Staates nicht im Stiche lassen und den rechten Weg aus der Not der Zeit weisen wird." [1]

Diese Worte kamen noch gegen Ende des Krieges aus dem Munde eines deutschen Katholiken und Zentrumspolitikers! An diesem Einsatz für den Bestand Preußens mit seinen bisherigen Verfassungsformen mag man ermessen, wie weit katholisches Bestreben, in den Staat hineinzuwachsen, gehen konnte. War Spahns Haltung schon vor dem Kriege und erst recht seit 1917 ausgesprochen antidemokratisch, so leugnete er auch nach 1918 die Notwendigkeit neuer Formen staatlichen Lebens. Fragen wir im folgenden also nach dem Revolutionserlebnis Martin Spahns. [2]

Mit dem Zusammenbruch und dem Waffenstillstand mußte er seinen Straßburger Lehrstuhl verlassen und konnte seine akademische Lehrtätigkeit erst wieder 1920 an der neu gegründeten Universität Köln aufnehmen. "Ich bekam also volle Muße zur Teilnahme am politischen Leben der Gesamtnation", schrieb er rückblickend 1925; und weiter: "Mein elsässischer Schüler Eduard Stadtler vermittelte mir die Berührung mit dem Kreise um das "Gewissen" und daraufhin einerseits mit dem Hochschulring, andererseits mit dem Schutzbunde. Unser deutsches Parteiwesen zeigte sich bald durch die Revolution bis in seine Grundfesten erschüttert. Seine Verflachung ins Mittelparteiliche wurde hemmungslos und zog immer mehr Parteien in ihren Kreis. Wir gerieten auf diesem

---

1) Martin Spahn: Preußens große Könige, Preußens Fall und Auferstehung, in: Deutscher Staat und deutsche Kultur. Auf Grund an der Kaiser-Wilhelms-Universität in Straßburg bei Hochschullehrgängen der Heeresgruppe gehaltener Vorträge, herausgegeben von der Heeresgruppe Herzog Albrecht. Straßburg 1918, 51 f

2) Die ersten publizistischen Stellungnahmen haben wir bibliographisch im "Westfälischen Volksblatt" (Paderborn) ermitteln können, es handelt sich um die Aufsätze "Die soziale

Wege unter eine Parteiführerherrschaft ohne Kraft und Saft und in die böseste Korruption. Dahinter lauerte eine abermalige und dann vielleicht endgültige Erhebung der Linken. Ihr erster Anlauf war an der Wirtschaft und an der Bewegung in der völkischen Jugend gescheitert." [1]
Durch seine Berührung mit Eduard Stadtler und dem Kreis um das Gewissen wurde er zu einem der Führer der Jungkonservativen. Im Jahre 1919 begegnete er im Juni-Club Arthur Moeller van den Bruck. [2] 1921 wurde er zum Mitbegründer des "Politischen Kollegs", Mitarbeiter der Zeitschrift "Das Gewissen" und der sog. "Ring-Bewegung." [3] Aus dieser Zeit stammt auch seine Flugschrift "Die deutsche Arbeiterschaft und der Aufbau." [4] Spahn war als Jungkonservativer, wenngleich schon der älteren Generation angehörend, nicht einfach ein Reaktionär. Natürlich wird der Untergang des Kaisertums von ihm bedauert: "Ein König fühlt wie als Vater seinen eigenen Kindern gegenüber, so auch landesväterlich seinem ganzen Volke gegenüber. Von solchem Gefühl und Denken ist 1918 nichts in unserem armen Vaterlande übrig geblieben." [5]

Revolution" im Jg. 71 (1918), Nr. 347 vom 22. 12. 1918 und "Nach den Wahlen", ebd., Jg. 72 (1919), Nr. 26, 28. 1. 1919; beide Nummern konnten wir nicht erhalten, weshalb wir hier auf eine spätere Quelle angewiesen sind.

---

1) Selbstdarstellung, a. a. O., 486 f

2) Näheres bei H. J. Schwierskott: Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, (Veröff. der Gesellsch.f. Geistesgesch. Erlangen, Band I), Göttingen 1962, 61 ff. Vgl. auch Klemens v. Klemperer: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München/Wien 1961

3) Vgl. dazu seinen Beitrag "1848 und 1918" in dem Sammelband: Die Neue Front, hrsg. v. A. Moeller van den Bruck, A. v. Gleichen und M. H. Boehm, Berlin 1922, 1-4; abgedr. auch in M. Spahn: Für den Reichsgedanken. Historisch-politische Aufsätze 1915 - 1934, Berlin und Bonn 1936, 1 ff

4) Ring-Flugschriften, Heft 3, Berlin 1921; Rezension Georg von Belows in DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 5 (1921), 450

5) ebd., 19

Aber das war nur eine sentimentale Reminiszenz am Rande, denn Spahn hatte erkannt, daß mit dem Zusammenbruch und der Revolution nicht mehr rückgängig zu machende Änderungen eingetreten waren. Konservative Haltung konnte daher für ihn nur gleichbedeutend damit sein, Politik auf dem Boden des Möglichen zu machen. Seine Bestandsaufnahme lautet: "Über Nacht haben wir in Deutschland zum erstenmal eine Masse, der die seelischen Voraussetzungen für die Mitbestimmung im Staate abgehen, die sich als Stimmvieh und zu Revolutionen mißbrauchen läßt und in die dennoch durch das allgemeine Wahlrecht und durch die Umwandlung des Reiches in eine demokratische Republik der Schwerpunkt aller staatlichen Entscheidungen verschoben worden ist. Das ist das dringlichste und drückendste Problem unserer Lage." Demgemäß sahen seine Pläne eine konservative Politik zusammen mit der Arbeiterschaft vor: "So muß denn der Grundstein zum Neubau unseres Vaterlandes vorweg in unserer Arbeiterschaft gelegt werden. Wir können sie wieder mehr politisch entrechten und uns damit nachträglich jene Voraussetzung für den Bestand unserer demokratischen Verfassung schaffen, die die Alten für den Bestand ihrer Verfassungen hatten, noch den einzelnen Arbeiter durch Hunger und wirtschaftliche Not derart geistig knebeln, daß er von den Rechten seiner Klasse keinen uns unerwünschten Gebrauch mehr macht. Wir müssen daher alles daran setzen, unsere Arbeiter zu Bürgern aufwärts zu entwickeln und gleich aller Führerschaft in der Wirtschaft, wie von ihr aus auch sich der Arbeiter in sie zurückfindet." [1)]

Die Integration des Arbeiterstandes (man denken an seine scharfe Ablehnung der preußischen Wahlrechtsreform) sollte freilich unter einer anderen Staatsverfassung, die nicht naher definiert wird, geschehen, denn an dem 1919 geschaffenen Staat empfand er tiefes Ungenügen: "Zu Weimar ist im Jahre 1919 über unserem Haupte ein Notdach aufgeschlagen worden, das uns den nötigsten Schutz bietet. Wir erfreuen uns seitdem wieder eines bescheidenen Maßes staatlicher Ordnung.

---

1) die letzten beiden Zitate ebd., 23

Zwar wird es uns allen fast tagtäglich bewußt, daß die großen Probleme unserer politischen Entwicklung ungelöst geblieben sind, etwa das Problem des künftigen Verhältnisses des Reichs zu den Ländern, oder das andere Problem, aus welcher Wurzel heraus die sozialen Beziehungen der Volksgenossen zueinander neu gestaltet werden sollen. Auch fühlen wir wohl, daß die Unruhe um uns her andauert. Leichtere Erdbebenstöße folgen sich noch unablässig, und morgen kann der ganze Notbau wieder in Trümmern liegen. Es wird erst wahrhaft besser in Deutschland werden, wenn Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Grund aus neugebaut sind. Darauf müssen wir unser Streben richten." [1]

Die Gründung des "Politischen Kollegs" ist auf dem Hintergrund der nach dem Zusammenbruch erwachten Bedürfnisses nach politischer Bildung zu sehen. Durch seinen Beitrag "Die Pariser Hochschule und Frankreichs Wiederaufstieg nach 1871" in der Zeitschrift "Die Grenzboten" [2] hatte Martin Spahn die Anregung zu einer solchen Hochschule für politische Bildung gegeben. Eine ähnliche Einrichtung parteipolitischer Prägung hatte schon Friedrich Naumann gegen Ende des Krieges versucht. Ernst Jäckh und Theodor Heuß setzten die Anfange Naumanns fort und gründeten 1920 die überparteiliche "Deutsche Hochschule für Politik" [3] und gerieten dadurch in Kollission mit den Plänen des Juni-Clubs. [4] Dennoch konnte das "Politische Kolleg für nationalpolitische Schulungs- und Bildungsarbeit" unter der Leitung Martin Spahns sich bis 1924 durchsetzen und eine nachhaltige Wirkung

---

1) ebd., 3 f

2) Bd. 79, 1 (1920), 28 ff;

3) Vgl. J. H. Knoll: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957, 137 ff

4) vgl. Schwierskott, a. a. O., 62 f; über das "Politische Kolleg" siehe auch Paul Herre/K. Jagow: Polit. Handwörterbuch Bd. II, Leipzig 1923, 333. In der dem "Ring" nahestehenden Zeitschr. DIE HOCHSCHULE gab Hans Roeseler zur Gründung der Hochschule für Politik folgenden charakteristischen Kommentar, der die Abneigung gegen den Parteienstaat deutlich spüren lässt: „Wenn es gelingt, wirklich überparteiliche, nicht nur zwischenparteilich oder gar mittelparteilich, wozu die Gefahr bei der starken Vertretung demokratischer Lehrkräfte vorliegen könnte, zu arbeiten. Es ist noch nichts damit getan,

auf die Jungend ausüben. Das "Politische Kolleg, am 1. 11. 1920 gegründet, nannte sich seit 1922"Höchschule für Nationale Politik". Martin Spahn hielt am 13. November 1922 die Eröffnungsansprache: "Unser Staat, der durch die Zwistigkeiten der politischen Parteien und gesellschaftlichen Klassen unaufhörlich neuen Erschütterungen ausgesetzt wird - unser Volk, das uns nach höchsten Anstrengungen plötzlich niederbrach und unter dem Druck, unbarmherziger Feinde sich windet - unser Boden, von dem uns unserem Herzen teure und wertvolle Stücke genommen wurden oder noch besetzt sind: diese Dreiheit macht unsere ganze Sorge aus. ... So erleben wir denn, daß die Probleme der politischen Bildung unter uns beständig an Geltung gewinnen. Wohinaus es uns drängt, das ist die Ermöglichung einer überparteilichen, einer aufrichtig auf die Volksgemeinschaft eingestellten nationalen Erziehung." [1] Bemerkenswert ist hier die Definition der "Volksgemeinschaft" als (überparteiliche) nationale Gesinnung, die auch bei anderen rechtsgerichteten Persönlichkeiten vertreten wurde, wie wir noch sehen werden. Spahn ließ keinen Zweifel daran, daß die politische Bildung auf der neuen Hochschule die nationale Gesinnung ansprechen sollte, indem er sich scharf gegen eine Staatsbürgerkunde wandte, die lediglich der Vermittlung von Kenntnissen über staatliche Einrichtungen beruht. Dagegen stellte er fest: "Außenpolitik ist primäre Aufgabe aller Politik, ist Richtpunkt, ist Ausgang, ist letzte Überlegung jeder Art politischen Handelns, ist heute Grenz- und Auslandsdeutschtum, Volkstum unserer besetzten oder verlorenen Gebiete, Zurückbiegung unserer inneren Entwicklung in einer Richtung, bei der die innerste, die ange-

---

wenn man in ängstlicher Objektivität Lehrer und Lehren aller politischen Weltanschauungen und Parteien berücksichtigt oder gar auf Kompensationen nach rechts oder nach links bedacht ist. Was uns not tut, ist eine aus lebendigem Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen erfließende Sehnsucht, aus dem Parteieleben äußerer und innerer Nöte herauszukommen und bei aller Erhaltung der weltanschaulichen Herkunft sachlich an bestimmte politische Fragen vom Standpunkt einer arbeitsgemeinschaftlichen höheren und neuen Mitte heranzugehen." (Jg. 1920/21, 204 f)

1) abgedr. in: DAS GEWISSEN, Für den "Ring" hrsg. v. E. Stadtler, Jg. 4 (1922), Nr. 39. Vgl. auch seinen Artikel im "Berliner Lokalanzeiger" (Jg. 40, Nr. 503, 14. 11. 1922):

borene Art unseres Volkes sich wieder freier und kräftiger durchsetzen kann." [1]

Noch 1931 betonte Spahn die Aufgabe der deutschen Rechten im Sinne einer Sendung [2] und einer entsprechenden nationalpolitischen Erziehung: Wird der Wiederaufbau ganz aus der Tiefe heraus angelegt, so werden wir uns den Vergewaltigungen der reinen Staatsbürgerlichkeit, denen uns Versailles unterworfen hat, entziehen und doch nicht wieder in die Ohnmacht bloßer Volksgenossenschaft zurückfallen, werden wir Volksgenossen zugleich und Staatsbürger sein. Unsere Anstrengungen müssen sich darauf richten, wo er nur erst einen Anfang machen konnte, Reich und Raum, Reich und Volk wieder in lebendige Beziehung zu setzen. Unsere politische Bildungsarbeit hat den Beruf, die Flamme dafür zu entfachen. Das Werk bleibt die Aufgabe des Staatsmanns." [3]

Im Zusammenhang mit seinem Revolutionserlebnis lautet nun die nächste Frage: wie gestaltete sich nach 1918 sein politischer Horizont als Katholik, d. h. wie verhielt er sich gegenüber dem (oben an J. Mausbach dargestellten) offiziellen Kurs der Zentrumspartei? Auch hier hat seine Haltung publizistisch erst nach 1920 ihren Niederschlag gefunden. Wie weit

---

"Die Hochschule für Nationale Politik": "Man begnügte sich nach der Art der Zeit damit, lediglich darauf zu sinnen, ob und wie sich einiger staatskundlicher Stoff, ein karges Wissen um die staatlichen Einrichtungen an die Jugend in den Volks- und mittleren Schulen, an die Erwachsenen in den Volkshochschulen oder durch Kurse übermitteln ließ. Die auf diese Art zu erzielende Wirkung konnte nur extensiver Natur sein; sie mußte in die Breite gehen und an der Oberfläche haften. was uns dagegen im Politischen Kolleg am Herzen liegt, ist die Erzielung einer intensiven Wirkung. Wir wollen nicht nur Wissen weiter geben; wir wollen dazu helfen, daß wer unser Freund und Mitarbeiter oder Hörer wird, über das Wissen um politische Dinge hinaus,zu politischer Bildung vordringt." (Beides nicht bei Schwierskott).

1) Das Gewissen, 1922, Nr. 39 (Hervorhebung v. Verf.).

2) Dies auch schon 1921: "In den Fesseln der Vergangenheit", Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), Nr. 173/174 vom 14./15. 4. 1921, abgedr. in: Für den Reichsgedanken, 386 ff, hier 391.

3) M. Spahn: Zielhafte politische Bildung. (1931). Aus Anlaß

Martin Spahns Entfremdung vom Zentrum im Jahre 1920 schon gediehen war, verdeutlichen einige Zeitungsartikel. Am 7. März 1920 schrieb er im TAG (Nr. 57) über den "Liquidationsbeginn des Wilhelminischen Zeitalters": Wilhelm II. sei zu wenig Führer gewesen und hätte sich zu sehr treiben lassen und sei dem "Zeitgeiste unterworfen" gewesen. Dieser Zeitgeist sei durch einen stetigen "Prozeß des Aufweichens und der Versumpfung" charakterisiert gewesen, indem die "westlerische Demokratie" Eingang gefunden hätte und durch die "innerpolitische Auswirkung der Juliresolution, deren von Lug und Trug erfüllte Entstehungsgeschichte der Helfferich-Prozeß soeben kundmachte, und erst durch die Revolution wurde unser nationales Leben, nachdem uns sogar der Krieg nicht mehr dauernd emporzureißen vermocht hatte, vollends zum Sumpfe. ... Das Wilhelminische Zeitalter in Reinkultur - das ist der Zustand, worin wir uns seit der Ablösung des Grafen Hertling durch den Prinzen Max von Baden befinden. Daher die sittliche Fäulnis, die Verderbtheit, die Führer- und Führungslosigkeit der letzten anderthalb Jahre."
Nachdem diese "Fäulnis" nach der Revolution aber ihren Höhepunkt erreicht habe, sei der Einsturz unausbleiblich. Der Prozeß Erzberger-Helfferich lasse hoffen, daß der Einsturz bevorstehe, die politischen Entschlüsse mußten jedenfalls darauf eingestellt werden. Zehn Tage später konnte dann Spahn den Kapp-Putsch als "Wiedergeburt" feiern. [1)]
Den Kapp-Putsch kommentierte er wie folgt: "Eine Wunde brach in der Frühe des 13. März auf, an der das neue Deutschland schon fast von der Stunde seiner Geburt an litt. Die im Juli 1917 begründete schwarz-rot-goldene Reichstagsmehrheit regiert Deutschland seit dem Januar 1919 nicht aus eigener Kraft, sondern in den Sattel gehoben durch ein

---

des 10jährigen Bestehens des Politischen Kollegs. in: Der Student. Deutsche Akademische Rundschau, Hrsg.: Deutscher Hochschulverlag Berlin, 12. Jg., Nr. 3 (20. Febr. 1931), S. 1-2

---

1) Das GEWISSEN, Jg. 2, Nr. 11 vom 17. 3. 1920

Offizierskorps und Truppen, die ihrer überwiegenden Zahl nach im innersten noch am alten Deutschland hängen, für das sie 4 Jahre lang litten und stritten. Sie haben sich im Frühjahr 1919 selbst überwunden und der Reichstagsmehrheit sich zur Verfügung gestellt - nicht um deren Dank zu ernten, sondern das Land gegen "Spartakus" zu retten. Sie wollten, daß durch den Zusammentritt der Nationalversammlung, durch Aufrichtung einer neuen Verfassung und durch den Friedensschluß zunächst wieder einmal Ordnung werde. Und nun erlebten sie mit, wie die Reichstagsmehrheit den Friedensschluß mit dem Versprechen erkaufte, die Heerführer und den Kaiser auszuliefern. Sie erlebten mit, wie die Reichstagsmehrheit auch nach Verfassung und Friedensschluß die Nationalversammlung beisammenhielt und wie sie sogar die Verfassung gleich wieder ändern und den künftigen Präsidenten nicht, wie doch vorgeschrieben, durch das Volk, sondern selber wählen wollte, damit nicht durch die Abstimmung zutage kam, wie sehr sich die Stimmung des Volkes inzwischen gegen sie gewendet hatte. Sie erlebten mit, wie Erzberger die Leidenschaften der Linken und der Mitte bis zum äußersten gegen die Rechte aufpeitschte, um den Abgrund zwischen dem alten und neuen Deutschland immer tiefer aufzureißen. Das war zu viel. Die Wunde brach auf. ---" [1]

Für die Entwicklung des Zentrums konnte er die Bestrebungen einer Loslösung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum unter dem Bauernführer Dr. Heim als hoffnungsvoll ansehen, [2] wie sich auch der rechtsgerichtete katholische Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald stets seiner Sympathien erfreute.

---

1) Der Kapp-Putsch, ebd., Jg. 2 (1920), in: Für den Reichsgedanken, 293 f. Für das Scheitern des Putsches machte Spahn die mangelnde Vorbereitung und Organisation sowie die "Sabotage" (296) der Bürokratie verantwortlich, die sich im Gegensatz zum 9. November dem neuen Regime diesmal nicht zur Verfügung gestellt hat.

2) DIE GRENZBOTEN, Bd. 78, 1 (1920), 116 ff

Dagegen wandte er sich scharf gegen die Führung der Zentrumspartei, die in den Wahlaufrufen von 1920 "ein grundsätzliches Bekenntnis zur Weimarer Verfassung verlangt" hat: "Die Partei hat auf dem Reichsparteitag ihren Wählern ausdrücklich frei gelassen, monarchisch zu denken und ihnen nur die Erwartung ausgesprochen, daß sie sich nicht an gewaltsamen Versuchen zur Wiederherstellung der Monarchie beteiligen. Die Verfassung aber ist republikanisch. Die Bestimmungen der Verfassung über die Kirche und Schule haben die deutschen Bischöfe genötigt, sie öffentlich scharf zu mißbilligen. Vom sozialorganisatorischen Gesichtspunkt aus ist die Verfassung ein glatter Versager. Ihr Urheber, der Berliner Jude Preuß, lebt und webt ausschließlich in den Gedankengängen des westlerischen Konstitutionalismus, und dieser hat von je, wo er Fuß faßte, den Staat zur sozialorganisatorischen Leitung unfähig gemacht. ... Ebenso unfruchtbar ist die Behandlung des durch die Revolution mit ganz neuen Schwierigkeiten belasteten einheitsstaatlichen Problems geblieben. In ihr lag dereinst das Geniale des Bismarckschen Entwurfes von 1867 und 1870. Der Entwurf von Preuß fiel rein unitarisch aus. ... Zu einer solchen Verfassung sollen sich jetzt auf Erfordern der Reichstagsfraktion die Wähler einer Partei "grundsätzlich" bekennen, deren meisterliches erstes Programm von 1871 Achtung vor dem christlichen Charakter des Staates, eine sozialpolitische Gesetzgebung für alle Stände, Pflege des föderalistischen Gedankens der Partei als Hauptaufgabe stellt. In allen drei Punkten ist die Weimarer Verfassung grundsätzlich das Gegenteil dessen, was das Programm der Partei verlangt." [1)]

Nachdem die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 einen Rechtsruck gebracht hatten, war auch dies ganz im Sinne Martin Spahns. Vom Zentrum aber erhoffte er nichts mehr: "Die

---

1) M. Spahn: Das deutsche Zentrum und die Wahlen, in: DAS NEUE REICH, (Innsbruck/Wien), Jg. 2 (1920), Nr. 32, S. 512

Parteien der Mitte, von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie, sind die Säulen des parlamentarischen Systems unter uns. Das parlamentarische System hat in Deutschland, kaum eingeführt, Bankerott gemacht, und nur das sich regende Bewußtsein davon zieht den Parteien der Mitte in der Wählerschaft den Boden unter den Füßen weg. Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum scheinen dem Berufsparlamentariertum völlig verfallen, und darum kaum noch zu retten." [1]

Die ganze Problematik, die der Begriff der "christlichen Demokratie" aufwarf und der tiefe Gegensatz zwischen abstraktem Denken der katholischen Staatslehre (Mausbach) und dem lebendigen geschichtlichen Verständnis des Historikers faßt wie ein Brennspiegel ein Zeitungsartikel Martin Spahns im TAG [2] zusammen, in dem er den 2. Parteitag des Zentrums kommentiert. Fehrenbach führte auf diesem Parteitag Klage darüber, daß die katholische akademische Jugend nicht auf dem Boden der Zentrumspolitik stehe und mit dem "Hochschulring deutscher Art" (der dem "Ring" nahestand!) sympathisiere. Spahn macht sich dagegen zum Fürsprecher der Studenten und verteidigt ihren "vaterländischen Idealismus: "Herrn Fehrenbach mißfällt aber nicht nur, daß der Hochschulring Politik macht, sondern, gegen wen er sie macht - 'gegen die Sozialdemokraten und die Juden'. Sozialdemokratie und Judentum sind die Weggenossen des Zentrums seit dem Juli 1917." Wie wenig aber die Idee der "christlichen Demokratie", die auf dem 2. Parteitag des Zentrums erneut mit der grundsätzlichen Indifferenz gegenüber den Staatsformen zu begründen versucht wurde, zeigt die folgende Kritik Spahns: "Herr Lauscher stellte in seiner Rede kühl und kalt fest, daß sich Christentum und Kirche den verschiedenen Staatsformen

---

1) Das neue Kabinett, in: DER TAG, Nr. 142, 1. Juli 1920

2) "Das Zentrum und die Akademiker" in: DER TAG, Jg. 22, Nr. 18, 21. Januar 1922. Der Artikel ist nach Spahns Übertritt zur DNVP geschrieben.

gegenüber indifferent verhalten, während unser Jungen wieder in bebender Zuversicht den uralten und wurzelhaften Zusammenhang des deutschen Staatslebens mit dem Christentum unserer Väter zu erneuern trachten. Sein westlerischer Standpunkt in Verfassungsfragen läßt Herrn Lauscher nur Staatsformen kennen. Für ihn ist das Reich von 1870 eine 'untergegangene Staatsform'. Unsere Jungen dagegen fühlen wieder, daß ein Staat 'wird', daß sich eine Verfassung aus dem innersten Kern eines Volkstums heraus durch die Jahrhunderte bildet. Wenn ein Stein und ein Görres und ein Bismarck unserer Verfassung im vergangenen Jahrhundert zu frischem Leben verhalfen, so ist sie noch lange nicht deshalb wieder tot, weil ein Scheidemann im November 1918, 'um seiner Partei die Führung zu sichern', von der Reichstagsterasse die Republik ausrief. Herr Lauscher verlangt von den katholischen Akademikern Anerkennung des gegenwärtigen Staates, weil er das Stadium der Revolution hinter sich habe. Er hat es nicht hinter sich! Er ist und bleibt Revolution gegen die politische Ordnung, zu der unser Volk von Natur bestimmt ist und zu der es über alle Krümmen seiner schmerzensreichen Geschichte hinweg immer wieder hinstrebte." [1]
Da der Abgeordnete Lauscher ferner betonte, daß gerade die Demokratie der christlichen Grundlage bedürfe und damit für ein lebendiges demokratisches Engagement bei den Katholiken warb, so konnte die vorher betonte Indifferenz dafür nicht ausreichen; denn Spahn drehte den Spieß um und fügte polemisch hinzu: "Da wäre es in der Tat schade, wenn sich Christentum und Kirche gegen diese Staatsform (sc. die Demokratie) indifferent verhielten." Noch weniger konnte natürlich das Argument der interessenpolitischen Chancen für den Katholizismus irgendwie zugkräftig sein. Der Hinweis, daß der Katholizismus nach 1918 Gleichberechtigung erlangt habe, insbesondere einen angemessenen Proporz in der Beamtenbesetzung, bringt Spahn geradezu in Harnisch: "Kann sich Anschauung noch schärfer gegen Anschauung stellen? Hier

1) ebd., S. 1, Sp. 2

die Ausrechnung des Anteils jeden Bekenntnisses und jeder Partei an den staatlichen Gehaltszahlungen noch in einer Zeit, wo das Staatsschiff jeden Augenblick untergehen kann. In der Jugend nichts als die Sehnsucht, sich der Sache des Vaterlandes in Liebe, ohne jede selbstsüchtige Regung, in dem einzigen Verlangen nach Aufoperung hingeben zu dürfen."

Man ersieht daraus: die Demokratie konnte nicht überzeugen, wie immer auch die Forderung nach einer positiven Einstellung ihr gegenüber begründet wurde. Man wird sagen müssen, daß die katholische Begründung ausgesprochen matt war. Wer jedenfalls eine politische Entwicklung hinter sich hatte wie Martin Spahn, dem konnte nicht einleuchten, daß eine erlaubte, nicht eben sittlich verwerfliche Staatsform bejaht werden solle, weil über ihr Idee positiv damit ja noch nicht gesagt war. Von den interessenpolitischen Gesichtspunkten z. T. massivster Art ganz zu schweigen! Daß gerade der katholische Christ zur Mitarbeit am neuen Staate aufgerufen sei, ging daraus jedenfalls noch nicht hervor. Er machte sich lediglich keiner Verfehlung schuldig, wenn er die Demokratie anerkannte.
Den oben zitierten Artikel im "Tag" hatte Martin Spahn erst nach seinem Übertritt zur Deutschnationalen Volkspartei geschrieben. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß ihn die dort angegebenen Gründe seiner Opposition im Zentrum zu seinem Übertritt bewogen haben. Dies geht auch aus einer Art Rechtfertigung hervor, die er in dergleichfalls rechtsgerichteten Zeitschrift "Das neue Reich" (Wien, Hrsg. J. Eberle) veröffentlichte. In der Form eines Briefes an den Herausgeber Dr. Eberle gab er einen Überblick seiner bisherigen politischen Entwicklung und hob besonders seinen Kampf gegen Erzberger hervor und legte ausführlich dar, wie die demokratischen Ideen im Zentrum das konservative Gedankengut mehr zurückgedrängt hätten. Bereits 1908 habe Erzberger erstmals als politisches Ziel des Zentrums die "Verbrüderung mit den Liberalen" und die "Parlamentarisierung unserer staatlichen

Einrichtungen" [1] verkündet. Seitdem sei es mit dem Zentrum ständig abwärts gegangen und damit die Stellung der Monarchie durch den "Konstitutionalismus" untergraben worden. Daß es für das Zentrum soweit kommen konnte, liege daran, daß "unser katholischer Nachwuchs in Wissenschaft und Praxis im letzten Menschenalter fast durchwegs zu Füßen liberaler Lehrer gesessen hat, gleichviel, ob es sich um Volkswirtschaft, Staatsrecht oder neuere Geschichte handelt. Er hat sich mit den Kenntnissen auch die Sehweise der Lehrer angeeignet." [2]

Die entscheidende Wendung des Zentrums nach links sei aber im Jahre 1917 [3] mit der Friedenspolitik gekommen: "Man taumelte schon in Wilsonismus hinein. Mich klärte die vollkommene geistige Haltlosigkeit der meisten Zentrumsangehörigen gegen dieses Gewächs, das rein aus Gedankengängen der Loge entsprungen war, endgültig darüber auf, bis zu welchem Grade den deutschen Katholiken schon die Fähigkeit und Sicherheit, katholisch zu denken, durch ihre Hingabe an den westlerischen Konstitutionalismus und seine geistigen Hintergründe verloren gegangen war. Die Stunde der Rechenschaft konnte wirklich nicht mehr aufgeschoben werden." [4]
Nun aber sei die "Stunde der Rechenschaft gekommen, denn mit der Revolution sei auf dem Boden des Zentrums kein Raum mehr für konservative Gedanken, denn: "Soweit die Leute, die den Parteiapparat in Händen haben, nicht bewußt

---

1) Martin Spahn: Mein Wechsel der politischen Partei, in: DAS NEUE REICH (Wien), Hrsg. Eberle, Nr. 8, 20. 11. 1921, S. 136, Sp 2

2) ebd., S. 137, Sp. 1

3) M. Spahn: Die Zentrumspartei, in: Schriften der Deutschen Gesellschaft f. Politik a. d. Univ. Halle, H. 2, Bonn/Leipzig 1922, 103.

4) Mein Wechsel etc., a. a. O., 138, Sp. 1; damals schrieb Spahn einen aggressiven Artikel gegen Erzberger im "TAG" (18. April 1918), den die "Alldeutschen Blätter" (Jg. 28, 1918, 136) in einer Notiz wie folgt kommentierten: Spahn habe "dem Zentrum den Erzberger-Spiegel vorgehalten, um erneut den Versuch zu machen, die RT-Fraktion von dem unheilvollen Einflusse Erzbergers zu befreien." Wir heben folgenden Satz hervor: "Aber vor allem wird jetzt die Zentrumspartei zu beweisen haben, ob sie die Kraft wiedergewonnen hat, die Quertreibereien nicht erst an den Kanzler heranzulassen."

mit der Sozialdemokratie zum Schutze der 'Republik' und der 'Demokratie' zusammengehen wollen, sind sie Männer der Mitte, Männer des Sumpfes. [1] Sie verkennen, daß in Zeiten wie der unseren nur eine Gesinnungsgemeinschaft und nie und nimmer eine bloße Arbeitsgemeinschaft der Not Herr zu werden vermag. Wenn aber nicht mit dem Zentrum, dann kann, wie die Dinge liegen, der Aufbau der Rechten nur im Anschluß an die Deutschnationale Volkspartei versucht werden." ... "Die evangelischen Arbeiter- und Angestelltenführer im Stegerwaldschen Gewerkschaftsbunde zählen überwiegend zu den Deutschnationalen. Sie haben eine halbe Million Wähler, wenn nicht schon mehr hinter sich. Die Partei greift mit allem Nachdruck nach West- und Süddeutschland hinüber. Sie will eine gesamtdeutsche Partei werden. Ihr Führer Hergt gab vor mir in München die Losung der großen deutschen Rechten aus. Ich brauchte sie nur aufzunehmen und zu unterstreichen. Auch ist die Zahl der Katholiken, die sich der Partei zugesellt haben, keineswegs mehr gering. Die Akademiker lassen sich heute nicht mehr wie 1907 beim Zentrum halten. Sie haben sich den Deutschnationalen in Scharen angeschlossen, weil es keine andere Zuflucht mehr für die Rechtsgesinnten in unserem Vaterlande gibt. Unbeirrt durch das Geschrei der Linken über Rechtsradikale und Rechtsbolschewisten wie durch die fanatische Gleichstellung der Deutschnationalen in der Zentrumspresse mit den Kommunisten, erwarten sie von dieser Partei die Vereinigung all der Volksgenossen, die das Unselige des konstitutionellen Parteigetriebes erkannt haben und nur noch zusammenstehen wollen, um den berufenen Männern den Wiederaufbau des Vaterlandes zu ermöglichen, gleichviel welcher Parteifarbe sie sich früher einmal rühmten." [2]

---

1) vgl. entsprechend G. v. Below: Politik der Mitte - Politik der Schwäche, Deutschnat. Flugschr., Berlin 1922

2) Spahn; Mein Wechsel etc., a. a. O., 138, Sp. 2, 139, Sp. 1. Der Herausgeber der führenden katholischen Zeitschrift HOCHLAND, Prof. Carl Muth hat sich in einem Kommentar: "Konservative Politik und konservative Partei" HOCHLAND, Jg. 19, Bd. 1, 1921/22 - Oktoberheft - , 113-115 den Parteiwechsel Spahns beifallig geäußert. (Auch abgedr. in: DAS NEUE REICH, Nr. 8, 20. 11. 1921, 138 ff). Auch von Muth wird das Zentrum scharf getadelt, da gegenüber der Zeit der Reichensperger, Mallinkrodt und Ketteler ein Wandel eingetreten sei. Es gelte heute wie damals "wieder auf deutschem Fundamente unser deut-

Dieses politische Glaubensbekenntnis verkündete Martin Spahn auch öffentlich in einer Rede anläßlich des 3. Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei (2. Sept. 1921) in München. [1]

Nach allem, was Martin Spahn an politischen Gedankengut aufgenommen hatte und nach allem, was seine Haltung dem Zentrum gegenüber beförderт hatte, wird man sagen müssen, daß sein Parteiwechsel der Ausdruck einer inneren Konsequenz gewesen ist. Dieser Übertritt vollzog sich auf dem Münchner Parteitag der DNVP in spektakulärer Weise. Aber Spahn war nicht irgendjemand, sondern immerhin Angehöriger eines angesehenen Berufsstandes und eine prominente Persönlichkeit des deutschen Katholizismus, jedoch keine singuläre Gestalt, sondern Exponent einer Gruppe, die gegenüber denen, die trotz allem Anhänger des Zentrums blieben, freilich in der Minderheit waren, aber doch eine gewisse Bedeutung hatten. Spahn kann auch als Repräsentant derer angesehen werden, die vor der Konsequenz des Parteiwechsels zurückscheuten. Die Zahl der Katholiken, die sich zu den Deutschnationalen bekannten, war immerhin so groß, daß ein katholischer Ausschuß in der DNVP eingerichtet werden konnte. Martin Spahn war von 1924 - 1933 deutschnationaler Reichstagsabgeordneter bis unmittelbar nach der Machtübernahme (vgl. Anhang) der Nationalsozialisten. Politisch fühlte er sich innerhalb des Katholizismus nur noch der Jugendbewegung verbunden und kam hier des öfteren in Romano Guardinis SCHILDGENOSSEN [2] zu Wort. Spahn berief sich ausdrücklich auf Guardini und seine Bewegung: "Jetzt habe ich einen Kreis um mich her, mit dem ich Fühlung besitze und zu dem ich in

---

sches Staatswesen aufbauen, nicht den Formen nach, wie wir sie in den letzten Jahrhunderten vorfinden, aber den Ideen nach, die das germanische Staatswesen durchdrungen haben." (Hochland, a. a. O., 113)

1) M. Spahn: Der Weg zur deutschen Rechten, Rede etc., Deutschnat. Flugschr. Nr. 115, Berlin 1921. In der Rede hieß es u. a.: "Wir Katholiken erhoffen in der Deutschnationalen Partei die Keimzelle der werdenden großen einhelligen Rechten. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, läßt es zu dieser Zeit durch

wirklichem Austausch der Gedanken zu sprechen vermag. Des Gemeinsamen ist, vor allem im Ausgangspunkte, genug in uns, daß wir wenigstens anfangen können, fruchtbar miteinander zu reden." [1] Im übrigen wiederholte Spahn in dem Aufsatz seine Argumente gegen die Demokratie, die in der Hauptsache darin gipfelten, daß ihr jede lebendige Tradition mangele und lediglich abstrakte Form sei: "Ich spüre plötzlich auch in unserem katholischen Kreise die Auswirkung des Verhängnisses, daß unser staatliches Empfinden geschichtslos geworden ist, ... nur daß nach meiner Überzeugung das Verhängnis schon viel weiter um sich gegriffen hat,...als wir sehen wollen." ... "Die Bismarcksche Reichsverfassung war nicht eigentlich eine geschriebene Verfassung; sie enthielt nur Bruchstücke einer solchen. Ihrem Wesen nach war sie werdende, wachsende, aus Gewohnheit und Notwendigkeit sich bildende Verfassung. Die Weimarer Verfassung ist durch und durch geschriebene Verfassung." Dadurch erkläre sich auch, das das System kein Gehör für den Aufschrei Guardinis nach dem Staate habe, "in dem das Volk, nein, dieses Volk und wie es jetzt ist, heute leben kann, wirken, sich offenbaren. Indem es nicht nur drinnen steckt wie in einem Gehäuse, sondern sei Wesen darin auswirken kann. Mir bedeutet der Schrei alles, worauf es für meine Staatsanschauung ankommt; für die verfassungspolitischen Bestrebungen des Zentrums bedeutet er umgekehrt nachweislich nichts." [2]

---

den Hammer der Feinde schmieden, aber die Form, die Gestalt, die uns taugt im Inner, wie gegen außen, hoffen wir ihm zu geben. Dann wird auch Bismarcks herrliches Werk wiedererstehen, dann werden die Schußsteine darin eingefügt werden."

2) So etwa der Aufsatz "Konservative Staatsauffassung", DIE SCHILDGENOSSEN, Jg. 4 (1923/24), 454 ff

1) ebd., 454; dazu ist aber einschränkend zu sagen, daß die "Schildgenossen" nicht auf eine Partei hin eingeschworen waren wie M. Spahn und ihre Spalten allen Richtungen öffneten. Eine gewisse Affinität zum konservativen Denken ergibt sich aber dennoch aus folgender Anmerkung der Schriftleitung: "Wir haben in diesem Aufsatz dem konservativen Politiker gern Gelegenheit zur Aussprache gegeben. Wir sind überzeugt, daß viele formgebende Kräfte in die politische Bildung des jungen Deutschland einfließen müssen, um die tatgebärende Bereitschaft zu zeugen. Wir glauben auch, daß viele dieser Kräfte von Trägern konservativer Staatsauffassung herfließen. In den Schildgenossen werden wir aber Wert darauf legen, daß sich

Aber schon 1920 hatte er Kontakt zur katholischen Studentenschaft und der Liturgiebewegung des Abtes Ildefons Herwegen OSB von Maria Laach. Die in der Katholischen Jugendbewegung lebendige Verherrlichung des Mittelalters entsprach auch der Weltanschauung Martin Spahns. [1)]

Martin Spahn, obschon der Generation um 1900 zugehörig, fühlte sich in der Weimarer Zeit stets der Jugend verbunden. Dabei mag es dahingestellt bleiben, ob er wirklich im Nationalsozialismus den Generationswechsel sah, wie seine Schüler 1935 (!) in der Einleitung zu seinem Ausatzband schrieben: "So unterlag es für uns, die junge Generation, gar keinem Zweifel, daß der Weg Martin Spahns mit uns, denen er den Reichsgedanken neu erschlossen hatte, zu Adolf Hitler gehen würde. Spahn hat sich denn auch gleich nach der vollzogenen Entscheidung dem Führer untergeordnet." ..."In Adolf Hitler sah Spahn den Generationswechsel, um den er sich 1920 gesorgt hatte, durchgeführt. Daß der Führer die junge Generation als seine politischen Soldaten in die Kampffront einreihte, war für Martin Spahn Erfüllung seines Wirkens in den vergangenen 17 Jahren, seiner Arbeit an eben diesem jungen deutschen Geschlecht." [2)]

---

die Auseinandersetzungen im Grundsätzlichen und Fundamentalen halten und nicht zum Spiegelbild konkreter Parteigegensätze und Parteipolemik werden. Die Schriftleitung. " (465)

2) ebd., 455 ff

1) Das deutsche Volkstum und die Kulturkräfte des Katholizismus, in: Student, Kultur und Katholizismus, 3 Reden etc., hrsg. vom Akademiker-Ausschuß der Universität Köln, München-Gladbach 1921; 17 ff, hier 21. Über die liturg. Bewegung vgl. R. Guardini: Vom Geist der Liturgie, Freiburg i. B. 1918 und H. Platz: Zeitgeist und Liturgie, Mönchen-Gladbach 1921

2) Für den Reichsgedanken etc., IX

Aber sicher ist, daß Martin Spahn zu denen gehörte, die nicht einfach wehmütig die Vergangenheit verklart sahen und die Gegenwart verachteten. Er gehörte zu denen, die um eine echte Funktion des konservativen Gedankens als tragfähiges Fundament für die Zukunft rangen: "Wir schauen heute die Zukunft so verzagt an, weil immer noch das Geschlecht von 1888 unser Dasein beherrscht - dieses Geschlecht, dem ein Bismarck den Boden bereitet hatte, das aber den Krieg weder zu verhindern, noch ihn zu führen vermochte. Dieses Geschlecht, von 1888 wurde sogar durch den Verlust des Krieges in seinem Selbstvertrauen nicht im geringsten beirrt. Es suchte nach 1919 weiterzuleben und vorzuherrschen, als ob in den Daseinsbedingungen unseres Vaterlandes sich gar nichts verändert habe ... Glückt es uns, wieder Führung in das Leben der Nation hineinzubringen, wieder Kraft an die Stelle der Schwäche, wieder den Willen von Charakteren an die Stelle eines bloß zum Räsonnement fähigen Intellekts der Intellektuellen, ein schöpferisches Organisationsvermögen an die Stelle bloß verwaltender und ordnender Tätigkeit zu setzen, so kann die Erhebung dem Niederbruch von 1918 ebensogut folgen, wie sie im Jahre 1648 erfolgte." [1]

Wer wie Spahn die veränderte Situation nach 1918 erkannte und damit die Unmöglichkeit der Wiederherstellung des Vergangenen, und dennoch konservative Politik verfocht, dessen Blick mußte auf die Zukunft gerichtet sein. Es war dies das Gefühl einer politischen Endzeiterwartung, wie es bei Spahn immer wieder durchklingt, wenn er von der "Fäulnis" des Konstitutionalismus, bzw. der Demokratie spricht. Denn in den gegebenen Formen des staatlichen Lebens konnte er keine Möglichkeit des positiven Aufbaus erblicken: das war für ihn Form und Inhalt. Der Untergang der Monarchie scheint auf ihn wenig Eindruck gemacht zu haben, zumal das monarchische Prinzip für ihn schon vor 1918 wegen des Konstitutionalismus untergegangen war.[2]

---

1) 1648 und 1918 (1920), ebd., 1 und 5; zuerst in: DIE NEUE FRONT, Berlin 1922
2) Vgl. den Aufs.: Volksfreiheit und monarchisches Prinzip in: Meinertz/Sacher, a. a. O., 99 ff

Obwohl man dem Historiker Spahn Traditionsbewußtsein nicht absprechen kann, war sein antidemokratisches nicht eigentlich antirepulbikanisches Denken nicht wie bei anderen rechtsgerichteten Persönlichkeiten aus Hochschullehrerkreisen nur der Vergangenheit verhaftet. Seine politischen Ideen entwickelte er für die Zukunft - darin der marxistischen Evolutionstheorie ähnlich - für den Tag X, an dem das demokratische Staatsgebäude zusammenbrechen werde. So lag auch darin eine innere Konsequenz, daß er sich an diesem Tage X dem Nationalsozialismus anschloß. Die fatale Situation, die für die Weimarer Demokratie von Anfang an gegeben war, wird damit in erschreckender Weise offenbar.

Es wäre vermessen, lediglich an 2 Persönlichkeiten die Manifestation des Zeitgeistes in einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe erschöpfend darstellen zu wollen. Wenn wir für den Katholizismus 2 Extreme: Joseph Mausbach und Martin Spahn herausgegriffen haben, so mußten die zwischen diesen Extremen bzw. außerhalb derselben liegenden Möglichkeiten außer Betracht bleiben. Wir erinnern nur an das Phänomen Jugendbewegung, Liturgiebewegung und religiöse Erneuerung, die mit dem Namen Romano Guardini eng verbunden sind. [1] Hier ist es weniger das politische als das religiös-weltanschauliche Gedankengut, das innerhalb des katholischen Denkens eine neue Bewußtseinslage schuf. Freilich korrespondieren auch die weltanschaulich entwickelten Ideen zumal der Mittelalter-Verklärung [2] mit der politischen Situation der Zeit.

---

1) Über die katholische Jugendbewegung vgl. H. Lutz, a. a. O., Kap. V, 91 ff: im Zusammenhang mit Spahn bes. 115. Ferner H. Siefert: Der Bündische Aufbruch 1918-1923, Veröff. d. Gesellsch. f. Geistesgesch. Bad Godesberg 1963, 65 ff, sowie Felix Raabe: Die bundische Jugend, Stuttgart 1961, 96 ff passim.

2) Vgl. hierzu R. Guardini: Auf dem Wege. Versuche, Mainz 1924, bes. 33 ff; Zur Liturgiebewegung, Ders.:Vom Geist der Liturgie, Freiburg i. B. 1918 (Neudruck als Herden-TB); ferner die Schrift des Scheler-Schülers Paul Landsberg: Die Welt des Mittelalters und wir, Bonn 1922; für die kulturelle Situation des Katholizismus erhellend ist die Schrift von M. Fischer: August Strindberg. Ein Beitr. z. religiösen Psyche unserer Zeit, Mainz 1921 sowie P. Lippert: An den Pforten der Kirche, Flugschr. d. STIMMEN DER ZEIT,H.20, Freiburg i. B. 1920

Ferner wäre an die Rolle des radikalen Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster zu erinnern, die dieser innerhalb des Katholizismus einnahm. Aber auch auf konservativer Seite ist Spahn nicht der einzige Repräsentant im deutschen Katholizismus. Von den Hochschullehrern ist der Legitimist Franz Xaver K i e f l [1] wenigstens zu nennen, während als Vertreter der demokratischen Richtung der Staatsrechtler Konrad B e y e r l e [2] Beachtung verdient.

Schon diese Aufzählung zeigt, wie disparat und wenig einheitlich der deutsche Katholizismus in den zwanziger Jahren gewesen ist. Die katholische Staatslehre hatte wegen ihrer Indifferenz im Prinzipiellen keinen einheitlichen politischen Willen hervorgebracht. Die Quelle der politischen Willensbildung lag bei den Katholiken folglich wie bei den anderen Zeitgenossen im Zeitgeist, der sich bei den Katholiken von links bis rechts niedergeschlagen hat.

So ist Martin Spahn gleichermaßen Repräsentant des Katholizismus wie der politischen Rechten in der Weimarer Republik. Da Martin Spahns Weg nach rechts speziell in der Auseinandersetzung mit dem politischen Katholizismus seiner Zeit verlief und durch die eigene katholische Sicht bestimmt war, wäre die politische Rechte in den Geburtsstunden der Weimarer Republik noch nicht hinreichend gekennzeichnet. Daher sei im folgenden die Darstellung des politischen Horizonts der beiden Deutschnationalen Georg von B e l o w und Dietrich S c h ä f e r angeschlossen.

---

1) Neben seinen Auseinandersetzungen mit F. W. Foerster informiert am besten über seine politische Haltung das Buch "Die Staatsphilosophie der Katholischen Kirche und die Frage der Legitimität der Erbmonarchie, Regensburg 1928

2) K. Beyerle (1872-1933), Staatsrechtler, war Prof. in Göttingen, Bonn und seit 1918 in München. Als MdN (vgl. Anh.) führend an der Abfassung der Verf. beteiligt. B. war ferner Mitgl. des Staatsgerichtshofes und Vizepräsident der Görres-Gesellschaft.

IV. Von der Annexionspolitik zum Dolchstoß

1. Georg von Below

Georg von Below entstammte einer alten Offiziers- und Beamtenfamilie aus Pommern. Nach Plänen für die Beamtenlaufbahn und die Theologie wurde von Below schließlich als Historiker ein großer kritischer und angesehener Kopf seines Faches. [1]

Georg von Belows politische Tätigkeit beginnt bereits im Jahre 1907 als Leiter einer freikonservativ-konservativen Gruppe, [2] bis auch er vom Erlebnis des Weltkriegsausbruchs ergriffen wurde. Von da an zeigt sich bei ihm ein ganz besonders starkes politisches Engagement im Sinne der "Ideen von 1914", die er so auffaßte: "Dem Volk zu dienen, ist unsere irdische Bestimmung. So habe ich meine Stellung im Krieg aufgefaßt. Was ich tun konnte, mußte dahin gehen, an der Zusammenfassung der vaterländischen Kräfte mitzuhelfen. ... Jenem Zweck diente auch eine Vereinigung, die ich mit den Freiburger Abgeordneten der Nationalliberalen und der Zentrumspartei begründete und der, wenigstens anfangs, auch die demokratische und die sozialdemokratische Partei angehörten. Den regelmäßig gut besuchten Versammlungen machte die Erzberger-Resolution ein plötzliches Ende." [3]

---

1) Seine wichtigsten Lebensdaten waren: geb. 19. Jan. 1858 in Königsberg, 1883 Promotion (M. Ritter, Bonn), 1886 Habilitation in Marburg, 1888 Privatdozent in Königsberg, 1889 a. o. Prof. in Königsberg, 1891 o. Prof. in Münster, 1997 in Marburg, 1901 in Tübingen, 1903 Mitgl. d. Bayer. Akademie der Wissenschaften, 1905 Prof. in Freiburg, 1909 Mitgl. d. Heidelberger Akad. d. Wiss., 1916 Mitgl. d. Wiener Akad. d. Wiss., 1924 Mitgl. der Preuss. Akad. d. Wiss., 1924 emerit. mit Vorlesungen beauftr., gest. am 20. Okt. 1927 in Badenweiler.

2) vgl. H. Aubin: G. v. B. in Neue Deutsche Biogr. (=NDB), Bd. II, Berlin 1955, 55; über G. v. B. vgl. ferner A. Dopsch in Almanach d. Akad. d. Wiss. in Wien, Bd. 78, 1928, 259 - 263; G. Baier in Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, Bd. 82, NF 43, 1930, 598-609; P. Herre in Altpreuß. Biogr., Bd. I, 1941

3) Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. I, Leipzig 1925, 42

Schon durch diesen Hinweis auf die Friedensresoluiton von 1917 wird deutlich, daß Belows Bewußtsein der Solidarität (Burgfriede) der Volksgemeinschaft den Krieg nicht überdauert hat. Vielmehr hat er sich zur "Bekämpfung der erbärmlichen Flaumacher hinter der tapferen Front" [1] berufen gefühlt.

Wie aus einer Reihe von anonymen Artikeln zu erkennen ist, endet für Georg von Below der "Burgfrieden" bereits im Jahre 1915. So ist zunächst der aus der Burgfriedensmentalität hervorgegangene Sammelband "Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" [2] Gegenstand seiner Kritik, im besonderen der Beitrag des Berliner Staatsrechtlers Gerhard A n s c h ü t z . [3] Below stellt dabei fest, daß die Erfolge des gegenwärtigen Krieges ausgeblieben wären, hätte es in Deutschland eine demokratische Regierung gegeben, wie sie in dem Band von den bürgerlichen Mitarbeitern (Anschütz, Oncken, Meinecke, Troeltsch) gefordert wird. Er unterstellt ihnen die Kapitulation vor der Sozialdemokratie. Demgegenüber vertritt Below den Standpunkt, daß es an der Zeit sei, daß die Sozialdemokratie umlerne. Schließlich kommt er auf das preußische Wahlrecht zu sprechen und stellt sich dabei entschieden gegen den Gedanken einer Reform im Sinne des allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrechts. Letzteres sei lediglich aufgrund eines Mangels akzeptabel, nämlich der Ungleichheit der Wahlkreise. [4]

---

1) Minnie von Below: Georg von Below. Ein Lebensbild für seine Freunde, Stuttgart 1930, 154

2) hrsg. v. F. Thimme u. K. Legien, Leipzig 1915.

3) Anon. (G. v. Below): Professor Anschütz über künftige Staatsreformen in Deutschland, in: DEUTSCHE WACHT, Wochenschrift d. Deutschen Vereinigung (Bonn), Jg. 8 (1915), Nr. 20 (3. Okt. 1915), 153 ff; G. Anschütz (1867 - 1948), Jurist, seit 1914 in Heidelberg Verfechter des juristischen Positivismus.

4) ebd., 154: "Wenn man mit dem Reichstagswahlrecht noch leidlich ausgekommen ist, so liegt das daran, daß die Ungleichheit der Wahlkreise die vollständige Verwirklichung dieses Wahlrechts verhindert."

Idealiter gesehen würde aber seine Einführung in Preußen zum Schaden gereichen, wie auch die wechselnden Majoritäten des Reichstags die Stetigkeit der Politik gefährdeten: "Wir schätzen uns glücklich, daß der Reichstag mit überwältigender Majorität die Kriegskredite bewilligt hat. Indessen wir dürfen auch nicht die Augen verschließen vor den unerfreulichen Erscheinungen, die jüngst in den Rechstagsverhandlungen hervorgetreten sind. ... Die Forderung der Sozialdemokratie, Deutschland solle den ersten Schritt zu Friedensverhandlungen tun, ist einfach unerhört. Sollen wir, wo solche Dinge passieren, der viel gerühmten 'Demokratie' Tor und Tür öffnen? Man denke an die vielen schwierigen Probleme, die uns noch nach dem Krieg zu lösen bleiben. Sollen wir ihre Lösung Mächten anvertrauen, die nicht an einem Übermaß von Verständnis dafür leiden? Die Politik darf doch nicht als Glücksspiel gehandhabt werden." [1]
Belows Artikel schließt: "Wenn man eine Versöhnung zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum anbahnen will, so ist es verkehrt, als Alleinheilmittel die absolute Demokratie anzupreisen. Unsere jüngsten Erfahrungen haben doch gezeigt, daß in unserm weniger 'demokratischen' Deutschland besseres zu finden ist als in den 'demokratischen' und parlamentarisch regierten Staaten. Demokratie ist keineswegs identisch mit wahrer Freiheit und Volkwohl." [2]
Worin freilich die Überbrückung der Gegensätze bestehen sollte, gibt Below nicht an. Der Hinweis auf die nationalistische Gesinnung der im Felde stehenden Sozialdemokraten konnte jedenfalls nicht genügen.

Den gleichen antidemokratischen Tenor haben zwei weitere, gegen Hugo Preuß [3] gerichtete Polemiken. [4] Preuß vertrat

---

1) ebd., 154 f

2) ebd., 155

3) Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik, Jena 1915

4) Anon. (G. v. Below): Die "Internationale Rundschau", Prof. Quidde und Privatdozent Preuß über den Krieg, ALLDEUTSCHE BLÄTTER, 23. 10. 1915, 370 ff; vgl. auch Anon. (G. v. B.): Eine Kritik unserer deutschen Zustände von einem deutschen Staatsbürger, KONSERV. MONATSSCHRIFT, Jg. 73, Bd. I (1916)

die These, daß die feindlichen Stimmungen gegen Deutschland auf dessen obrigkeitsstaatliche Regierung zurückzuführen sei,[1] eine These freilich, die zumindest im Hinblick auf Rußland nicht recht einsichtig war, für die deutschen Demokraten und die Linke aber über das Kriegsende hinaus von Bedeutung blieb. Mit der Verknüpfung innen- und außenpolitischer Fragen hatte Preuß den Grundsatz, daß Deutschland einen reinen Verteidigungskrieg führe, in Frage gestellt, da er den "feindlichen Stimmungen etwas gerechter werden" [2] wollte. Below konterte daher folgerichtig: "In den ersten drei Vierteljahren des Krieges vertrat man in Deutschland allgemein (etwa abgesehen von Liebknecht und einigen ähnlichen Leuten) die Anschauung, daß die Anklagen gegen unser inneres Staatswesen, die unsere Feinde erheben und mit denen sie ihren Kampf gegen uns zu rechtfertigen suchen, ungerecht seien. Man wies nach, daß es in Deutschland im Innern besser stände als in den Landern unserer Feinde. Neuerdings aber werden bei uns Stimmen laut, die erklären, die Abneigung unserer Feinde und der Nautralen gegen uns sei sehr begreiflich wegen der traurigen inneren Zustände Deutschlands." [3] Below versuchte dann darzulegen, daß die Forderung nach demokratischen Reformen grundlos sei, [4] da einmal eine Verbesserung der inneren Zustände nicht nötig, zum anderen aber inopportun, wenn nicht gefährlich sei, denn Preuß sei dem Burgfrieden in den Rücken gefallen: "Das Buch von Preuß ist, im ganzen genommen, nur ein beklagenswertes Beispeil dafür, wie jemand vom Sonderstandpunkt aus des von Herder geforderten vaterländischen Gemeingefühls, des vaterländischen edlen Stolzes sich entschlagen kann. Wir erheben nicht den Vorwurf, daß seine Art schlechthin die seiner Partei sei. Allein betrübend ist es, daß der Berliner Professor v. Liszt [5] das Buch von Preuß nicht,

---

1) H. Preuß: Das deutsche Volk und die Politik, a. a. O., 15: "Wir haben uns eine Formel zurecht gemacht, in deren Mittelpunkt 'englische Scheelsucht, französische Rachsucht, russische Herrschsucht' stehen;" ebd., 41 heißt es: "Daß die innerpolitische Struktur der Staatswesen bedeutsamen Einfluß auf die außenpolitische Gruppierung der Mächte üben könne, erscheint manchem 'Realpolitiker' wohl als weltfremdes Hirngespinst unpraktischer Doktrinäre; für den 'Realpolitiker' steht es fest, daß jene Gruppierung einzig und allein von realen Machtinteres-

wie man erwarten sollte, im Namen der Partei kräftig abgeschüttelt, sondern - empfohlen hat! Wir hatten gehofft, daß die Erfahrungen des Kriegs die so dringend notwendige Umwandlung für unser Parteileben einigermaßen bringen würden. Wir geben diese Hoffnung auch keineswegs ganz auf. Indessen, die Fälle Preuß und Liszt zeigen, daß wir unsere Hoffnungen doch nicht zu hoch spannen dürfen." [1]

Diese Argumentation wird für die Nachkriegszeit bedeutsam, stellt sie doch eine frühe Version der Dolchstoßlegende dar. In einer Zeit, wo die Hervorkehrung des "vaterländischen Gemeingefühls" dringendes Gebot sei, habe Preuß mit seinem demokratischen "Sonderstandpunkt" das nationale Interesse boykottiert. Nach dem Kriege sahen die rechtsgerichteten Kreise darin letztlich die Ursache des Zusammenbruchs. Der Versailler Vertrag schließlich gab ihnen insofern recht, weil durch die Demokratisierung Deutschlands keine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen war. Wenn also Below schon 1915 darauf hinwies, daß die Einstellung der Entente zu Deutschland nicht von dessen innenpolitischen Verhältnissen abhängig sei, [2] so mußte er sich

---

sen bestimmt wird. Mag sein; aber die Frage ist nur, ob nicht die innerpolitische Struktur auch als reales Machtinteresse unter Umständen schwer ins Gewicht fällt."

2) ebd., 15
3) Konserv. Monatsschr., Jg. 73, Bd.I (1916), 255
4) vgl. ebd., 260: "Wo ist denn ein Staat, in dem die Freiheit im wahren Sinn des Wortes in größerm Maß herrscht als in Deutschland? ... Preuß bedauert, daß wir ein so wenig demokratisches Wahlrecht haben. Besitzen denn aber viel Staaten ein Wahlrecht, das demokratischer ist? Eher könnte man sagen, daß kaum ein Staat im Wahlrecht demokratischer ist als Deutschland."
5) Franz v. Liszt (1851-1919), Jurist. 1879 Prof. in Gießen, 1882 Marburg, 1889 Halle. Seit 1899 in Berlin, 1908 Mitgl. des preuß. Abg.-Hauses. 1912 MdR (Fortschrittl. Volkspartei)

1) ebd., 264

2) vgl. ebd., 264: "Richtschnur ist für uns nur das Wohl unseres Volks; das Ausland muß sich mit dem abfinden, was wir im eignen Interesse für gut finden. Wenn wir unsere Verfassung demokratisieren wollten, um das Lob des Auslands zu erbetteln, so würde dieses sich doch nur über uns lustig machen!"

nach dem Kriege in seiner politischen Haltung geradezu bestärkt fühlen. Anders ausgedrückt, bei milderen Friedensbedingungen wäre der Agitation der Rechtsparteien die Spitze abgebrochen worden und die junge Republik hätte zwangsläufig ein größeres Ansehen gewinnen können. Man kann also so gesehen von einem Dolchstoß der Entente in den Rücken der jungen Weimarer Republik sprechen.

Wir haben den Ereignissen vorgegriffen und zunächst danach zu fragen, wie Below sich seit 1917 zu den demokratischen Reformbestrebungen verhielt. Von der gleichen Bedeutung ist in diesem Zusammenhang seine Haltung gegenüber der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917. Hatte Below schon 1915 Gerhard Anschütz und Hugo Preuß die Sabotierung des Burgfriedens vorgeworfen, so datiert seit der Friedensresolution von 1917 tatsächlich eine Spaltung der Nation, die sich auch im Kreise der Hochschullehrer bemerkbar macht. [1] Die Frage war nun, welcher Gruppe die "Schuld" an dieser Spaltung zukam, den Demokraten und Anhängern der Friedensresolution, oder den Annexionisten. Georg von Below ging im Juli 1918 dieser Frage nach und führte den Grund der Spaltung auf das Versagen des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg zurück: "Im August 1914 war unser Volk im wesentlichen einig. Freilich nur im wesentlichen. Bestandteile, die nicht recht mit dabei waren, gab es damals schon. ... Immerhin bestand doch im wesentlichen eine Einigkeit. Und diese hätte sich verstärken und vertiefen lassen, wenn wir damals einen großen Führer der Nation gehabt hätten. Es wäre die Aufgabe des an der Spitze der Reichsleitung stehenden Mannes gewesen, die Einigkeit der Nation zu verstärken und zu vertiefen. Aber der Reichskanzler versagte.

---

1) vgl. die Ergebnisse der Untersuchung von K. Schwabe: Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg. Histor. Zeitschr., Bd. 193 (1961), 601 ff

Das ist die historische Stellung Bethmanns während des Krieges, sich der Aufgabe der Führung der Nation nicht gewachsen gezeigt zu haben. Und weil der Mann an der Spitze des Reiches versagte, so kamen viele mehr oder weniger große und kleine Heerverderber (um an den von Theobald Ziegler dem Abg. F. Naumann gewidmeten Titel zu erinnern) auf." [1] Vollends aber habe, so fährt Below fort, die "Erzbergerei" die nationale Einmütigkeit zunichtegemacht. Die Friedensresolution hätte alle überrumpelt. Als Beispiel dafür führt er die Erfahrungen in seinem lokalen Wirkungskreis in Freiburg an: "Ich hatte im zweiten Kriegsjahr, im losen Anschluß an den 'Unabhängigen Ausschuß', die Bildung einer Vereinigung für Erörterung der Kriegsziele angeregt. Alle politischen Parteien, Sozialdemokratie, Volkspartei, Zentrum, Nationalliberale, Freikonservative, Konservative, traten ihr bei, auch Korporationen und Personen, die außerhalb der politischen Parteien standen. Auf Vorschlag des Vertreters der Volkspartei wurde ich zum Vorsitzenden gewählt; auch diesen kleinen Zug erwähne ich als Beweis dafür , daß die politischen Gegensätze hinter dem Wunsch, national einheitlich aufzutreten, verschwanden. Noch nie hatte Freiburg eine solche politische Einigkeit gesehen. Freilich schied die Sozialdemokratie bald aus; etwas später die Volkspartei. ... Und vor allem: die anderen Parteien blieben einig. Landtagsabgeordnete aus dem Zentrum wie den Nationalliberalen beteiligten sich eifrig an unseren Sitzungen; katholische Theologen und protestantische Pfarrer gingen Hand in Hand; Bürgerschaft und Universität bekundeten übereinstimmend ihr Interesse. ... Da

---

1) G. v. Below: Die Spaltung der Nation und der 19. Juli 1917 in: DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, (Dresden), Jg. 5 (1918), 865 f

schneite mit einem Male die Verzichtentschließung vom 19. Juli hinein, und die erfreuliche Tatigkeit war gelähmt, die gemeinsame nationale Arbeit beseitigt, die Einigkeit durch Spaltung ersetzt. Ich sprach kurz nach dem 19. Juli einen namhaften Vertreter aus den Mehrheitsparteien, der fleißig und treu mit mir zusammengearbeitet hatte. So wie er mich sah, rief er mir zu: 'Es ist doch mit unsern Kriegszielen jetzt nichts zu machen.' " [1] Hinter all dem stünden parteipolitische Sonderinteressen, die die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Freisinnigen zusammengeführt hätten: "Und was war der Zweck der Verzichtformel? Es kamen vielerlei und verschiedenartige Beweggründe zusammen, wie wir es schon angedeutet haben, von ängstlichen Stimmungen bis zu höchst greifbaren Interessen. Namentlich auch spielten innerpolitische Zwecke mit. Man weiß ja, welche Rolle diese überhaupt in der deutschen Kriegspolitik gespielt haben und spielen. Die Geschichte Bethmanns liefert ja dafür ein reichliches Maß von Belegen." [2]

Seit Beginn des Jahres 1918 setzte sich Below den Bestrebungen einer Änderung des preußischen Landtagswahlrechts und der Demokratisierung des Reichs entgegen. Er drehte den Spieß um, verknüpfte seinerseits Außen- und Innenpolitik und verfocht die These, daß ein "starker Frieden" mit "Grenzverstärkungen" (lies Annexionen) zum Wohle des Volkes, zumal der Arbeiter sei, während innenpolitische Reformen diese starke Außenpolitik verhindern und somit ein "nationales Unrecht" darstellen würden. In einem Zeitungsartikel vom 19. Januar 1918 heißt es dazu wörtlich: Durch die Demokratisierung "sucht man, wie wir sahen, eine

---

1) Below sollte später auch die Leitung der Freiburger Ortsgr. der "Vaterlandspartei" übernehmen, delegierte sie aber an den Mediziner Alfred Hoche (vgl. ebd., 42)

2) ebd., 871

kraftvolle auswärtige deutsche Politik, einen starken deutschen Frieden zu verhindern, einen Verzichtfrieden herbeizuführen und eine Politik des Verzichtfriedens dauernd zu machen. Eine solche Politik aber schädigt keine Klasse mehr als den Arbeiterstand, vor allem den der Fabrikarbeiter. Um das Wohl des ganzen Volks handelt es sich bei dem Kampf gegen die Demokratisierung. Was die vollständige Demokratisierung uns aber sicher bringen würde, das ist die Verewigung und Verstärkung der Misere, die schon bisher der Reichstag uns beschert hat. Die Verhältnisse werden so verfahren sein, daß man günstigstenfalls dürftig fortwursteln kann. Keine nationale Energie, kein hoher Schwung der Politik wird zu beobachten sein; man wird ständig mit Kompromissen wirtschaften, um wenigstens das Schlimmste zu vermeiden; die Mittelmäßigkeit wird vollends ihren Einzug halten. Mit der vollen Demokratisierung Deutschlands, der zurzeit hauptsächlich in erster Linie der preußische Landtag Widerstand leistet, würde eine gesunde, kraftvolle deutsche auswärtige Politik unmöglich werden, würde man das Deutschtum im Osten dem Slawentum ausliefern, die Gestaltung der Heeresverfassung, die ganze militärische Ordnung und Disziplin in Gefahr bringen. Die Gefahr einer Tyrannei im Wirtschafts- und sozialen Leben würde sehr nahegerückt, die Beweglichkeit, welche ein reiches Wirtschaftsleben verlangt, würde gestört werden, zum größten Schaden für die Arbeiter, deren Wohl die Demokratisierung Deutschlands angeblich dienen soll. [1] Den seiner Meinung nach "verheerenden Wirkungen" der Demokratisierung [2] stelle Below "Pflicht

---

1) Die Einführung des Reichtagswahlrechts in Preußen, ein nationales Unrecht, DER TAG, 19. Jan. 1918. Below kritisiert die Demokratisierung in Bezug auf die Außenpolitischen Konsequenzen. Eine grundsätzliche Ablehnung findet sich bei H. Jordan: Die Demokratie und Deutschlands Zukunft, Im Neuen Deutschland, H. 3, Berlin 1918 mit Anklängen an die Genossenschaftsidee.

2) G. v. Below: Ein Wort über die verheerenden Wirkungen der drohenden Demokratisierung Deutschlands, in: DEUTSCHE WACHT (Bonn), Nr. 3, 1918, 22 ff. Dieser

und Erfolg unserer vaterländischen Bestrebungen [1] gegenüber. Es sei vaterländische Pflicht, gegen die Parteien der Reichstagsmehrheit aktiv zu werden, da sich bei diesen in ihren außenpolitischen Anschauungen gefährliche pazifistische Neigungen bemerkbar machten, so die Anschauung, daß kein Staat irgendein Gebiet ohne Zustimmung der Bevölkerung, die es bewohnt, annektieren darf. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß eine solche Festlegung das Deutsche Reich für zukünftige Verhandlungen in verhängnisvoller Weise bindet. Jene pazifistische Anschauung ist historisch wie politisch eine vollkommene Verkehrtheit. [2] Es sei daher angebracht, im Sinne der Vaterlandspartei für die nationale Einmütigkeit zu wirken, um der beklagenswerten Spaltung der Nation durch Abkehr von der Innenpolitik und Stärkung des außenpolitischen Engagements

---

Artikel ist gegen den Abg. v. Schultze-Gaevernitz gerichtet, dem er wie seiner (fortschrittlichen) Partei und dem Zentrum den Kniefall vor der Sozialdemokratie verübelt: "Ein erbauliches Schauspiel! Das 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' muß jetzt von Personen auf Befehl der Sozialdemokraten als etwas ganz gewaltig Großes gelobt und verherrlicht werden, die viel zu viel wissenschaftliche Bildung besitzen, als daß sie nicht wissen sollten, daß es ein Popanz ist." ... "Eine geradezu verheerende Wirkung, für die gesamte deutsche Kultur, wird die geplante 'Demokratisierung' Deutschlands üben. Die Demütigung, zu der sich die bürgerlichen Parteien der Reichstagsmehrheit gegenüber der Sozialdemokratie verstoßen haben, bringt aber schon für die Gegenwart, für den großen und schweren Krieg, den wir jetzt führen, höchst üble Früchte." ... "Grundverkehrt ist ja die Politik, mittels eines parlamentarischen Mehrheitsbeschlusses die Regierung mit gebundener Marschroute an den Verhandlungstisch zu schicken."

1) G. v. Below: Pflicht und Erfolg unserer vaterländischen Bestrebungen, in: DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, Jg. V (1918), 7 ff.

2) ebd., 10

ein Ende zu bereiten. [1]
In einem Kommentar zum Frieden von Brest-Litowsk hatte B e l o w dann Anlaß über die "Verzichtler" (Genannt werden "P a y e r , E r z b e r g e r , H a a s e und wie diese Musterpolitiker alle heißen mögen") zu triumphieren:"Wir haben einen Sieg erfochten. Wenn man die Friedensbedingungen, die von den Großrussen angenommen worden sind, mit den Programmen der Alldeutschen des "Unabhängigen Ausschusses", der Vaterlandspartei und anderer Befürworter eines starken dautschen Friedens, wie sie auch von der "Deutschen Vereinigung" und in der 'Deutschen Wacht' aufgestellt worden sind, vergleicht, so wird man im großen und ganzen sagen können, daß sie die Grundgedanken dieser Programme verwirklichen. Und wie sehr hatte man von der Gegenseite alle Äußerungen, die für einen starken deutschen Frieden laut wurden, bekämpft! Man meinte sie einfach ins Lächerliche ziehen zu können. Einsichtige Männer haben schon im ersten Kriegsjahr den Gedanken der Ablösung der Randvölker von Rußland ausgesprochen. Aber solche Gedanken wurden als ganz töricht abgewiesen. Der Erfolg im Osten ginge zwar auf das Konto der Heeresleitung, aber auch die vaterländischen Vereinigungen seien daran nicht unbeteiligt, denn "war doch im Inland politische Arbeit zu leisten, eine große Aufklärungsarbeit. Politische Hindernisse, die der Verwertung der gewaltigen militärischen Erfolge entgegenstanden, mußten weggeräumt werden. Der Aberglaube der

---

1) Der Artikel schließt ebd., 11: "Ganz gewiß ist es keine kleine Sache, gegen eine Mehrheit zu kämpfen. Sie gebraucht ihre Vorzugsstellung und stellt die Gründe der Vernunft zurück. Die Meinung, daß die Sache des Vaterlandes schon verloren sei, darf nicht aufkommen. Alle Zugeständnisse, die zu uns hin von Angehörigen der Mehrheitsparteien und von Persönlichkeiten der Reichtsleitung gemacht worden, sind eine Wirkung unserer Bestrebungen. Man hat dort das Gefühl, daß man sich doch nicht zu behaupten vermöge, wenn man sich ganz ablehnend gegen die von uns betonten Forderungen des Vaterlandes verhalte. Vollenden wir den Stoß gegen die Nichtigkeit - das Wohl des Vaterlandes verlangt es."

Verzichtler, der sich leider auch mit manchen grobkörnigen Interessen vielfach verband, mußte bekämpft werden. Diese Arbeit haben wir mit leidlichem Erfolg getan. Die jetzigen Friedensbedingungen geben uns dafür das Zeugnis." [1]

Georg von B e l o w s Vorstellungen der nationalen Einmütigkeit, die im Erlebnis der Zeitgenossen 1914-1915 allgemein einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, waren von Anfang an außenpolitisch orientiert. Die Einheit der Nation bestand für ihn, wie für einen Großteil der deutschen Professorenschaft in dem Bekenntnis zum deutschen Nationalstaat. Dieses Bekenntnis war in seiner konkreten politischen Zielsetzung zunächst unbestimmt, gewann aber seit 1915 im Vordringen annexionistischer Wünsche eine eindeutige Gestalt. [2]

Nach dem Zusammenbruch konnte die äußere Expansion Deutschlands kein positives Ziel politischen Denkens mehr sein. Es stellt sich also die Frage, wodurch dieses Moment konservativer Weltkriegspolitik in der Gedankenwelt Georg von B e l o w s ersetzt wurde, d.h. wodurch das von ihm weiterhin geforderte Bekenntnis zum vaterländischen Gedanken nach dem 9. November konkretisiert wurde. Hier fällt sofort auf, daß dieses Bekenntnis letztlich mit einer Antihaltung identisch war. Was dies schon während des Krieges und besonders seit der Friedensresolution von 1917 ein wesentliches Moment, so beherrschte nach der Revolution die Frage nach der Schuld am Zusammenbruch die politische Agitation der Rechten. Die Revolution hatte den Dolch in den Rücken des kämpfenden Heeres gestoßen, bzw. die "Flaumacher" hatten durch ihre Sonderwünsche eine zielstrebige Politik verhindert, da sie mit ihrer

---

1) Anon. (G. v. Below): Wir haben gesiegt, in: DEUTSCHE WACHT (Bonn), Nr. 3, 1918, 91.
2) Vgl. dazu K. Schwabe: Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, VJHZG Jg. 14 (1966), 105 ff.

Friedensbereitschaft die Zusammenfassung der nationalen Kräfte vereitelt und damit den Siegeswillen im Volke geschwächt hätten. Die Demokraten der Reichstagsmehrheit von 1917 hätten damit Deutschlands Unglück verschuldet. Daraus entwickelte sich im Laufe der ersten Nachkriegsjahre eine grundsätzliche Ablehnung der Demokratie, die bei B e l o w , wie wir sahen, schon während des Krieges vorhanden war, nun aber vertieft wurde. Diese Auffassung fand sich umso mehr bestärkt, je weniger es der jungen Weimarer Demokratie gelang politische Erfolge vorzuweisen, zumal beim Friedensschluß, der wiederum die Außenpolitik in den Horizont des politischen Agierens brachte.

Die Opposition von rechts entwickelte aber neben ihrer Gegnerschaft zu Republik und Demokratie kaum eine konstruktive Gegenposition. Dies gilt es im folgenden anhand der publizistischen Äußerungen Georg von B e l o w s zu belegen.

Aus der Rückschau liegt von B e l o w keine Darstellung seines Erlebnisses des Zusammenbruchs vor.[1)]

Seine Gattin schildert es wie folgt: "Verrat am Vaterland, an den Millionen von Brüdern, die für Deutschlands Ehre und Bestand ihr Leben gelassen hatten, das war ihm bis zuletzt ein Undenkbares, Unmögliches! Und dann ward es Tatsache - das furchtbarste - - . Gab er jetzt nach? stellte er sich um - wie so manche, auch Vertreter der Geisteswissenschaften es vermochten? Wurde aus dem unentwegten Kämpfer ein vorsichtiger Paktirer, ein für eigenes Wohl und Forkommen Besorgter - zumindest Schweigender? Nichts von alledem! Unverrückt stand er auf dem Posten des Mahners, des Anklägers, wo es geboten schien, des Verfechters und Anwaltes deutscher Ehre, unbeirrbar in Charakterfestigkeit, furchtlos die kläglichen Entgleisungen mit richtigem Namen bezeichnend." [2)]

---

1) In der Selbstdarstellung, a.a.O., 44 heißt es lediglich polemisch: "Wie die Revolution auf mich wirkte und wie sich das Verhältnis der seitdem bestehenden revolutionären Regierungen zur Universitätsverwaltung gestaltete, darüber heute ein ganz freies Wort zu sagen, verbietet das Schutzgesetz."

2) Minnie v. Below; a.a.O., 156 f.

Georg von B e l o w selbst äußerte sich nach dem Zusammenbruch zuerst in der von ihm 1917 mitbegründeten Zeitschrift "Deutschlands Erneuerung"[1] im Dezemberheft 1918, wo er als Ursache des Zusammenbruchs bereits eindeutig den "Dolchstoß"[2]

---

1) Der vollständige Titel lautet: "Deutschlands Erneuerung, Monatsschrift für das deutsche Volk" hrsg. v. Geh. Hofrat G. v. B e l o w , H.St.
Chamberlain, H. Claß, Prof. R. Geyer, Wien, Gemeinrat M. v. Gruber, Geheimrat Prof. Dietr. Schäfer ... Geheimrat R. Seeberg. Die Schriftleitung hatte der Prof. Hans Frh. v. Liebig. Die Zeitschrift erschien im J.F. Lehmann Verlag München, der den Alldeutschen nahestand.
Daß es sich bei der Zeitschrift um ein alldeutsches Organ handelte, geht schon daraus hervor, daß neben den alten Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes Below und Schäfer, der Vorsitzende der Alldeutschen Heinrich Claß und als Schriftleiter Hans v. Liebig im Impressum erschienen.
Den Geist der Zeitschrift läßt die folgende Verlagsreklame erkennen. Sie ist zugleich ein Hinweis auf den Zeitgeist, da sich durch eine derartige Werbung ein Teil der Zeitgenossen angesprochen fühlen mußte: "Inmitten der ungeheueren Umwälzungen, die sich auf der ganzen Welt vollziehen, braucht der Deutsche mehr denn je einen Kompaß, der ihn sicher durch die Erschütterungen des Denkens und Erlebens hindurchgeleitet. Deutschlands Erneuerung fußt auf dem Grunde, der jetzt, wo alles schwankt, der einzig verläßliche ist, denn die Zeitschrift baut auf die sittlichen Kräfte im deutschen Volk, und trotz aller Schlagworte hält sie das Banner der inneren Freiheit hoch, die jeder nur sich selbst erringen kann. Wer sein Deutschtum aufrecht erhalten, wer deutschen Geist in reinster und mannhaftester Form kennen lernen will, greife zu dieser Zeitschrift! Klar und unbeirrt deckt sie mit wissenschaftlicher Gründlichkeit alle großen Zusammenhänge der Weltpolitik auf und arbeitet unerschrocken auf eine geistige, religiöse, politische und wirtschaftliche Erneuerung unseres Volkes hin. Um sie scharen sich alle Kreise, welche den Glauben an eine Zukunft des deutschen Volkes nicht aufgeben."

2) Der Ursprung der eigentlichen Dolchstoßlegende datiert um die gleiche Zeit, wenngleich sie in weniger prägnanter Form im Bewußtsein der Zeitgenossen in den letzten Kriegstagen verbreitet war (Vgl. F. Meinecke: Straßburg, a.a.O., 254 f.). In der Publizistik erscheint sie erstmals in der Neuen Züricher Zeitung vom 1. Dezember 1918, wo es heißt: "Was die Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefaßt werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht". (nach: Deutsche Reichsgesch. in Dokumenten 1849-1934, 2. Halbband, Leipzig 1932, 661) vgl. auch Süddeutsche Monatshefte, Jg.21 (1924) Heft 8: Die Auswirkung des Dolchstoßes. Populär wurde die D. durch das Auftreten Ludendorffs vor dem Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Kriegsausbruchs, den die Nationalversammlung eingesetzt hatte.

Forts.S.333

der Friedensresolution von 1917 angibt: "Wenn eine Voraussetzung für deutsche Siege der ungebrochene Mut und die zähe Ausdauer der Soldaten und der Bürger in der Heimat sind, so hat ein Hindernis für deutsche Siege in der Agitation gelegen, die davor gewarnt hat, an gewaltige deutsche militärische Erfolge zu glauben, und die, um unglückliche Formeln, wie die vom 19. Juli 1917, als richtig zu erweisen, die Verhältnisse an der Front und im Heimatland ganz planmäßig grau in grau gemalt hat. Daraus entwickelte B e l o w nun die folgenden Gedankengänge und Konsequenzen: "Es ist nun denkbar, daß der Unwille über die Mißwirtschaft der Demokratie, indem er die Bevölkerung ernüchtert, eine Gegenwirkung hervorbringt, die uns wieder zu leidlichen Zuständen verhilft. Aber immer wieder wird der Kampf der internationalen Demokratie gewidment bleiben müssen, die das gesamte Staats- und Volksleben, die die deutsche Kultur in Frage stellt. Wird es dem deutschen Volk gelingen, die demokratische Gefahr zu überwinden?

Nur durch die Stärkung des nationalen Gedankens kann Deutschland genesen. Im weiten Umfang ist jetzt ein nationaler Neubau notwendig. Die nationale Arbeit muß kräftiger als je einsetzen. Denn ein gesundes Volksleben ist nur dann mit einer gesteigerten Demokratie vereinbar, wenn das Volk ganz und gar von nationalen Antrieben erfüllt ist, wenn der feste Wille, die Kraft und die reiche Entfaltung der Nation zu sichern, den demokratischen Irrgängen die notwendige Schranke zieht. Hiermit ist unsere Aufgabe gewiesen. Die internationale Demokratie, welcher

---

Forts.der Fußnote 2) von S.332

(Vgl. M.J. Bonn: So macht man Geschichte a.a.O., 233 ff. sowie Ursachen und Folgen Bd.IV, a.a.O., 10 ff.). Über die Dolchstoßlegende vgl. S. A. Kaehler: Vorurteile und Tatsachen, 1949; H. Schröder: Das Ende des Dolchstoßes, 1946; J. Petzold: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung etc., Berlin (Ost) 1963); F. Ritter v. Gaertringen:"Dolchstoß"Diskussion und "Dolchstoßlegende" im Wandel von 4 Jahrzehnten, in: Gesch. u. Gegenwartsbewußtsein, Festschr. f. Hans Rothfels, Göttingen 1963, 122 ff.

1) Die Stellung der Hochschullehrer zu den Kriegsfragen, Deutschlands Erneuerung, Jg.II, H.12, 812. Auch die Version "Im Felde unbesiegt" war in deutschnationalen Hochschullehrerkreisen verbreitet. So z.B. Prof. Frh. v. Bissing in:DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg.4 (1920), 789 f.

wir unsern Zusammenbruch verdanken, hat den Kampf gegen das Deutschtum, gegen die "Alldeutschen" geführt. Daraus ergibt sich der logische Schluß: man muß das Deutschtum, das Alldeutschtum, mit allen Mitteln stärken, um der internationalen Demokratie ein Gegengewicht gegenüberzustellen. Sie nötigt uns mit ihrem Kampf gegen die Alldeutschen, ihr mit verdoppelter Kraft durch verstärkten Ausbau des nationalen Gedankens zu begegnen. Wenn eine Demokratie nicht eine ausgeprägt nationale Demokratie ist, zerstört sie den Staat. Wer eine staatserhaltende Demokratie schaffen will, muß zunächst alle nationalen Strömungen nach Kräften unterstützen, nicht die bekämpfen."[1)]

Das war ein politisches Programm, eindeutig im Hinblick auf das, was nicht sein sollte, aber unklar im Positiven. Denn unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was denn unter "nationaler Neubau" und "Ausbau des nationalen Gedankens" etc. zu verstehen war. Wenn der Kampf der Demokratie, (nota bene von Republik ist nicht die Rede) gelten sollte, also konsequent zu Ende gedacht ihre Beseitigung, was sollte dann an ihre Stelle treten? Andererseits hält B e l o w die Demokratie für möglich und erträglich bei einem nationalen Bewußtsein als heilsames Gegengewicht. Das war aber noch kein positives Programm, lief es doch lediglich auf die Schwächung (noch nicht Beseitigung) des demokratischen Prinzips hinaus. Wenn B e l o w ferner der ("internationalen") Demokratie das Alldeutschtum gegenüberstellt, so war auch darin noch kein positiver Ansatz zu sehen, denn die Alldeutschen hatten während des Kriegs keine Pläne zu einer inneren Reform der Staatsform entwickelt, sondern den "Ausbau des nationalen Gedankens" mit ihren Plänen der äußeren Expansion betrieben. Dies war aber nach dem Zusammenbruch keine auch nur theoretische Möglichkeit mehr.

Die oben zitierte Äußerung B e l o w s stammt vom Februar 1919. Zunächst hatte er freilich mit dem Begriff "internationa-

---

1) Sinn und Bedeutung des deutschen Zusammenbruchs. DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG. Jg.III, (1919), 84 (Februar 1919) .

le Demokratie" den Bolschewismus im Auge,[1] der Aufsatz erschien aber zu der Zeit um die Einberufung der Nationalversammlung, in deren Hände die Macht zurückzugeben der "Rat der Volksbeauftragten" unter E b e r t eben im Begriffe war. B e l o w aber behauptete gerade im Gegenteil, daß die Verhältnisse auf eine Radikalisierung hintrieben: "Die bürgerliche Demokratie ruft nach Demokratisierung des Staates und schwelgt im Glück, sobald sie erreicht ist. Sofort aber wird die bürgerliche zugunsten der sozialistischen Demokratie aus dem Sattel gesetzt. Und es regiert auch nicht die sog. gemäßigte Sozialdemokratie. E b e r t und S c h e i d e m a n n behaupten sich viemehr nur durch liebenswürdige Nachgiebigkeit gegen H a a s e , L i e b k n e c h t und Rosa L u x e n b u r g.
Es handelt sich dabei nicht etwa um eine augenblickliche Mißwirtschaft, auch nicht bloß um die Folge des unglücklichen Ausgangs des Krieges. Eine schwere Niederlage hat ein Volk oft schon erlitten. Mit den Folgen des Dreißigjährigen Kriegs und der Niederlage von 1807 ist der jetzige Zustand aber nicht zu vergleichen: damals war die Widerstädskraft nicht in dem Maß gebrochen wie heute, weil die innern Grundlagen der Staats- und Volksgemeinschaft nicht in dem Maß gelitten hatten wie heute. Heute ist das innere Mark von dem Gift der internationalen Demokratie angefressen."[2]
Neben den Soziademokraten werden sodann die Juden am nationalen Unglück verantwortlich gemacht: "Weil ihnen stärkere nationale Regungen unsympathisch sind, sind die Juden auch ein Hindernis für die Entwicklung der Demokratie zu einer nationalen Partei. Das Judentum trägt somit dazu bei, die Demokratie gefährlicher

---

1) Der Aufsatz beginnt ebd. 77: "Deutschland ist mit einem Male nicht etwa mit "westeuropäischer Demokratie", sondern sogleich mit den Einrichtungen der russischen Revolution bedacht worden. Was in dem Land, das die meisten Analphabeten besitzt, ausgeheckt worden ist, das ist über Nacht nach Deutschland, dem Land der Dichter und Denker und der allgemeinen Bildung, verpflanzt worden: wir haben die russischen A.- und S.-Räte und auch ein gut Teil Bolschewikentum erhalten. Deutschlands alte Eigenart ist verschwunden. Wie kam es zu dem Zusammenbruch?"

2) Ebd., 79.

zu machen. Denn je weniger national sie ist, desto gefährlicher wird sie für den Staat."[1)]
Sozialdemokraten und Juden einerseits und die Demokratie andererseits werden in Relation zueinander gesetzt. Nicht nur dem im Felde unbesiegten Heer wurde demnach von ihnen der Dolch in den Rücken gestochen, auch von der Demokratie überhaupt wurde der Dolchstoß gegen den Staat geführt: "Wir dürfen aber nicht verschweigen, daß für den unglücklichen Ausgang des Krieges die Demokratie zwar nicht allein verantwortlich ist - an verschiedenen Stellen sind Fehler gemacht worden - , jedoch die stärkste Verantwortung trägt: von den Schwierigkeiten, die sie vor dem Krieg einer befriedigenden deutschen Rüstung bereitete, und den Hemmungen, die sie von jeher einer festen auswärtigen Politik entgegensetzte, an bis zu der unmittelbar und mittelbar wesentlich durch sie veranlaßten Verschleppung des U-Bootkrieges, ihren unaufhörlich geforderten Friedensangeboten, ihren Verzichtformeln, ihrer Lähmung jedes Siegeswillens bis zur Unterhöhlung des guten Geistes unseres Heeres; mit welcher Aufzählung wir den Stoff noch nicht erschöpfen: die ganze Halbheit unserer Politik, ihr Zickzack war zu sehr beträchtlichem Teil durch die Rücksicht auf die Demokratie veranlaßt oder auch unmittelbar durch sie bewirkt.[2)]

Nach alldem wird deutlich, daß das politische Bewußtsein des Georg von B e l o w s fast ausschließlich Antihaltung war; eine positive Konzeption fehlte weithin. Beachtung verdient dabei der Umstand, daß B e l o w in der Demokratie eine Schädigung des Staates sah, der Wechsel der Staatsform von der Monarchie zur Republik aber kaum einen Eindruck hinterlassen hat. Erst im Oktober 1919 veröffentlichte er einen Artikel im TAG mit dem Titel: "Kaiser Wilhelm II. und die Monarchie", in dem er ein Urteil über die historische Stellung des Kaisers abgab. B e l o w verleugnete zwar seine monarchische Gesinnung nicht, aber zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der Staatsform dringt er auch hier nicht vor, vielmehr gibt er sei-

---

1) Ebd., 81.
2) Ebd., 82.

nem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Kaiser sich gegenüber dem "System Bethmann" nicht besser durchgesetzt habe, sein Verdienst aber im Bau der Flotte liege. Den Unterschied zur Republik sieht B e l o w - wieder in Relation zur Demokratie - nicht prinzipiell, sondern nur graduell mit der "allgemeinen Beobachtung, daß wir mit der Republik nicht das allermindeste gegenüber der Monarchie gewonnen haben. Diejenigen Mängel, die unter der Monarchie hervorgetreten waren, haben sich in verstärkter, in wesentlich potenzierter Form unter der Republik neu eingestellt. Wir wahren uns das Recht, die Haltung der Monarchie zu kritisieren. Die furchtbare Gefahr der Republik besteht aber darin, daß sich das Pharisäertum in dem Zerpflücken der Personen der Monarchen gütlich tur, während es die Balken in den Augen der republikanischen Machthaber nicht sieht und über all das republikanische Elend schweigt. Wir haben seit dem November 1918 zu viel erlebt, als daß wir beständig den Blick auf Wilhelm II. geheftet halten dürften." [1]

Im Grunde hatte sich in der politischen Gedankenwelt Georg von B e l o w s , wie sie sich im Kriege gegen die demokratischen Reformbestrebungen gebildet hatte, nach der Revolution nicht geändert. Das Erlebnis der Revolution hatte für ihn nicht in erster Linie Alternativentscheidung Monarchie oder Republik aufgeworfen, sondern seine antidemokratischen Ressentiments lediglich verstärkt. So ist es für ihn bezeichnend, wenn er sich nach dem 9. November nicht in sentimentalen rückwärts gewandten Reflexionen ergeht, sondern sogleich ein antidemokratisches Programm parat hat.

Georg von B e l o w , der schon von der Kriegszeit her Mitglied zahlreicher patriotischer Vereinigungen war (Alldeutscher Verband, Vaterlandspartei), wurde nun auch nach dem Zusammenbruch sogleich wieder politisch aktiv in der neu gegründeten Deutsch-

1) G. v. Below: Kaiser Wilhelm II. und die Monarchie, DER TAG, 8. Okt. 1919, Beilage 222.

nationalen Volkspartei,[1] der er die Aufgabe eines nationalen Korrektivs zu den demokratischen und sozialistischen Parteien zuwies. Unter der Voraussetzung der Wirksamkeit einer starken Rechtspartei gelangte er dabei sogar zur Anerkennung des Parlamentarismus und der Republik: "Und da jetzt die Monarchie gestürzt ist, so bleibt uns jetzt nichts anderes übrig als die parlamentarische Regierung. Wir halten die parlamentarische Regierung mit republikanischer Staatsverfassung nicht für ein Ideal, zumal für Deutschland nicht. Natürlich stellen wir nicht den Satz auf, daß eine bestimmte Verfassung für alle Staaten und Völker die einzig wahre sei. Wir unterscheiden uns vielmehr von den radikalen Politikern dadurch, daß wir je nach den besonderen Verhältnissen für dies oder jenes Volk die eine oder andere Verfassung für geeignet halten. ... Natürlich finden wir uns mit dem gegenwärtigen Zustand ab. Da die Monarchie bei uns beseitigt ist, so bleibt uns, wie bemerkt, nicht anderes übrig, als die parlamentarische Regierung. Aber wir müssen uns die großen Gefahren der parlamentarischen Regierung gegenwärtig halten." [2]

Daraus geht hervor, daß B e l o w von vorneherein weniger antirepublikanisch als antidemokratisch[3] eingestellt war. Er sah

---

1) Selbstdarstellung, a.a.O., 45: "Nach der Revolution trat an mich die Aufgabe heran, eine deutschnationale Ortsgruppe in Freiburg zu begründen. Die Möglichkeiten dafür schienen mir zunächst gering zu sein. Diesmal wurde ich in optimistischer Auffassung der Dinge von einem aus Karlsruhe kommenden Studenten übertroffen, der stürmisch in mich drang, den Versuch zu wagen. Er gelang auch über Erwarten gut. Bald erhielten wir so viel erfreulichen Zufluß, daß wir eine reichliche Verteilung der Arbeit vornahmen; ich konnte mich auf die journalistische Vertretung der Ortsgruppe beschränken, nach der ersten Reichs- und Landtagswahl auch noch mehr entlasten. Immerhin bin ich im Rahmen der Deutschnationalen Partei weiterhin viel publizistisch tätig gewesen, was nicht ohne Beziehungen zu meinen historischen Beobachtungen geschehen konnte und ihnen wieder zustatten gekommen ist."

2) G. v. Below: Recht und Notwendigkeit der Deutschnationalen Volkspartei, Vortragsentw. Nr.1 (Deutschnat. Schriftenvertriebsstelle), Berlin 1919, 16 f.

3) Vgl. ebd., 28: "So sehen wir überall, wie Revolution und Demokratie die notwendige politische Arbeit beeinträchtigen. Unsererseits sind wir gewillt und entschlossen, aus der Revolution, da sie nun einmal da ist, das Beste für das Vater-

nicht die Republik, sondern "die revolutionäre Demokratie als Hindernis gesunder politischer Arbeit. [1]

B e l o w unterschied dabei zwischen Parlamentarismus und Demokratie. Beides lehnte er ab, den Parlamentarismus, weil in Deutschland die Voraussetzungen für das Zweiparteiensystem fehlten,[2] die Demokratie grundsätzlich.
Den "gesunden Gedanken der parlamentarischen Verfassung" sah B e l o w in der Bildung einer homogenen Rechten (nationale Front) gegenüber der Linken.[3] Eine nationale Front schien ihm

---

Forts. der Fußnote 3) von S. 338

land herauszuholen, was aus ihr herausgeholt werden kann. Wir schmollen nicht, sondern wollen für das Vaterland arbeiten. Wenn nur nicht so viel Arbeit dazu aufgewendet werden müßte, den sich immer von neuem häufenden Schutt der demokratischen Revolution fortzuräumen! Leider ist es der g r ö ß e r e Teil der uns noch gebliebenen Volkskraft, der dafür eingesetzt werden muß. Für gesunde Arbeit bleibt nur der kleinere.

1) Ebd., 23.

2) Seine grundsätzliche Zustimmung lautet: "Unter gewissen Voraussetzungen kann die parlamentarische Regierung sehr gute Dienste leisten: wenn zwei große Parteien im Staat vorhanden sind, die in ihren Anschauungen nicht zu stark von einander abweichen. Bestehen zu große Unterschiede in ihren politischen Anschauungen, so besteht die Gefahr eines jähen Umschlags aus einem System in ein anderes. Eine andere Voraussetzung ist die, daß die beiden Parteien ungefähr gleich stark sind, so daß jede fürchten muß, aus dem Sattel gesetzt zu werden, wenn sie ihre Sache nicht gut macht. Eine solche Furcht steigert das Verantwortungsgefühl der herrschenden Partei. Wenn nun solche Voraussetzungen erfüllt sind, so kann die parlamentarische Regierung recht gut wirken. Allerdings werden mit ihr gewisse Gefahren dauernd verbunden sein: namentlich die Gefährdung der Unabhängigkeit des Beamtentums und die Beherrschung einer Volksschicht durch eine andere."
(Recht und Notwendigkeit etc., a.a.O., 17).

3) G. v. Below: Politik der Mitte - Politik der Schwäche, Deutschnat. Flugschr. Nr.129, Berlin 1922, 6: "Dagegen trägt die Deutschnationale Volkspartei durchaus dem gesunden Gedanken der parlamentarischen Verfassung Rechnung, indem sie die Auffassung vertritt, daß eine große nationale Front zur Übernahme der Regierung gebildet werden müsse, eine große Rechtspartei gegenüber der Linken. Es ist ja zweifelhaft, ob es gelingen wird, die parlamentarische Verfassung in Deutschland anwendbar zu machen. Soll es geschehen, kann es nur auf dem von den Deutschnationalen empfohlenen Weg geschehen." Der Wortlaut der Flugschrift auch in EISERNE BLÄTTER, Jg.3 (1921/22), Nr.20.

nicht undenkbar, weil er bei den bürgerlichen Parteien (Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale) mehr sachliche Gemeinsamkeiten sah als in der Weimarer Koalition. 1922 konnte er daher unter Hinweis auf das bayerische Ministerium Kahr die "Politik der Stärke" demonstrieren. Um aus dem "Zustand der Revolution herauszukommen, empfahl er demgemäß die "Anwendung verfassungsmäßiger Mittel, vor allem die Herstellung nationaler Fronten.[1)]

Ein anderes Mittel zur Besserung der politischen Zustände sah er in der Einführung einer berufsständischen Volksvertretung,[2)] da eine solche der demokratischen "Gleichmacherei" entgegenwirken würde. B e l o w bezeichnete diesen Vorschlag als die "Antidemokratische Reform - Idee"[3)] als positive Gegenposition zum bestehenden demokratischen Parlamentarismus. Neben dem Reichstag sollte demnach ein Parlament der Berufsvertretungen und Selbstverwaltungskörperschaften bestenen, das den "Parteigeist" eindämmen sollte: "Die stärkste Erschütterung des Parteigefüges aber ist die Teilung der Volksvertretung, die durch alle Parteien sich hindurchziehend und ihre Grenzen schneidend drei Gruppen von Abgeordneten grundsätzlich verschiedenen Mandatsursprungs schafft. Diese Gegensätze müssen sich auch innerhalb der Parteiverbände geltend machen und ihre Geschlossenheit zerstören. Die Wahlbewegung, der Nährboden des Parteiwesens, verliert ihre Einheitlichkeit und dadurch an Bedeutung und Interesse. Die volksaufwühlende, verhetzende Agitation wird nachlassen. Der Parteigeist erhält einen schweren Stoß. Ohne allzu großen Optimismus darf man sagen: das Wahlrecht der öffentlichen Körperschaften ist der Tod des Parlamentarismus in seiner heutigen Gestalt; vielleicht bringt es die Wiedergeburt der Politik." [4)]

---

1) Ebd., 8.

2) Erstmals im TAG vom 19. Jan. 1918.

3) G. v. Below: Die Notwendigkeit einer berufsständischen Volksvertretung, DEUTSCHE WACHT 1920, 221.

4) Ebd., 222.

Den ständestaatlichen Staatsgedanken, wie er hier von B e l o w propagiert wurde, aber schon vor der Jahrhundertwende von Otto von G i e r k e entwickelt wurde, hat der Wiener Staatsrechtler Othmar S p a n n zu einem System des Universalismus ausgebaut, einem System objektiver, gesamtheitlicher Ideeninhalte. In diesem Sinne wurde Liberalismus, Sozialismus und Demokratie der "wahre Staat"[1] gegenübergestellt. Eine Renaissance der germanisch-genossenschaftlichen Rechtsidee vertrat, anknüpfend an die politische Ideologie des preußische Reformer, der Staatsrechtler Kurt W o l z e n d o r f f .[2]

In Georg von B e l o w s Kritik am bestehenden Staat waren das Zweiparteiensystem und die berufsständische Volksvertretung die einzigen konkreten und konstruktiven Elemente. Wie er später sagte, sah er seine Aufgabe darin, nur "die Richtung des Wünschenswerten zu bezeichnen"[3], was zunächst hauptsächlich

---

1) O. Spann: Der wahre Staat, Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig 1921, 2.Heft 1923.
Vgl. P. Honigsheim: Romantische und religiös-mythisch verankerte Wirtschaftsplanungen, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Festg. f. C. Brentano, München-Leipzig 1925, 260 ff.

2) Kurt Wolzendorff: Zur Psychologie des deutschen Staatsdenkens, in: Zeitschr. f. Politik, hrsg. v. Schmidt/Crabowsky, Bd.11 (1918/19), 452 ff.
Vgl. auch seine Ausführungen zur Universitätsreform "Die Universitäten in der Demokratie" in: FRANKFURTER ZEITUNG Nr.586, 605, 625 (1919).
Am aufschlußreichsten: Der reine Staat. Skizze zum Problem einer neuen Staatsepoche, Tübingen 1920. Im Gegensatz zu Below kann aber Wolzendorffs System nicht eigentlich als antidemokratisch bezeichnet werden.

3) G. v. Below: Einleben in die Verfassung oder Verfassungsänderung? Schr. zur polit. Bildung, hrsg. v. d. Gesellsch. Deutscher Staat, 1.Reihe; Verfassung, Heft 4, Langensalza 1926, 50: "Wir wagen, von unserm wissenschaftlichen Standpunkt aus, den Moment nicht zu bestimmen, zu dem die eine oder andere Verfassungsänderung durchzuführen sein wird. Der allgemeinen Empfehlung der Hinausschiebung jedoch können wir uns wahrlich nicht anschließen. Wir wagen auch nicht die einzelnen Verfassungseinrichtungen zu benennen, mit denen der Anfang zu machen wäre. Unsere Aufgabe sehen wir nur darin, den Boden zu lockern, aufklärend zu wirken, die Dinge so zu schildern, wie sie in Wahrheit sind, die Richtung des Wünschenswerten zu bezeichnen. Alle praktischen Entscheidungen überlassen wir den Staatsmännern der Praxis".

in der Bekämpfung des Bestehenden bestand. Die Verfassung betrachtet er im Grunde als das Werk der Entente,[1] die Vertreter der Weimarer Demokratie demgemäß als die inneren Feinde Deutschlands. Dies umso mehr, als er in den Demokraten die Bekenner der Kriegsschuld sah. Hatte B e l o w im Frühjahr 1919 noch Republik und Parlamentarismus als unabänderlich hingenommen, so urteilte er nach dem Inkrafttreten der WRV und der Unterzeichnung des Friedensvertrags noch wesentlich schärfer. Das Zusammenhang zwischen dem Vernichtungswillen der Feinde und der innenpolitischen Neuordnung Deutschlands stellte sich für ihn dabei so dar: "Der Weltkrieg, der die Deutschen noch so groß zeigte, der die teuersten vaterländischen Erinnerungen lebendig machte, endete schließlich mit unserem Zusammenbruch. Die Verbindung der äußeren Feinde mit dem Internationalismus in der Heimat trug den Sieg davon. Unser Unglück bestand darin, daß dieser noch zu mächtig gewesen war, durch die Einwirkung von außen noch mächtiger wurde und, von der Aussicht, obsiegen zu können, erfüllt, bis zu frevelhaftem Übermut sich steigerte. Das Trugbild der westeuropäischen Demokratie wirkte zusammen mit anderen internationalen Lockmitteln noch stärker als bei der Expansion der französischen Revolution von 1789.

Es ist ein großer Kampf, den wir heute gegen den uns aufgezwungenen fremden Parlamentarismus zu führen haben. Wir verlangen eine unserem Volksgeist unseren Verhältnissen entsprechende Verfassung. Die romantische Lehre, daß Recht und Verfassung aus dem Volksgeist entspringen sollen, nicht künstlich von auswärts einem Volk aufgepfropft werden dürfen, erfährt heute durch die parlamentarischen Verfassungen, die dem deutschen Reich und den Einzelstaaten aufgenötigt sind, die vollkommenste Bestätigung, indem sie sich als bloße Werkzeuge der Parteiinteressen gebrauchen lassen und eine fruchtbare Regierung unmöglich machen." [2]

---

1) Ebd., 25.

2) Below, Georg von: Die Wiedergeburt der Romantik, KONSERVATIVE MONATSSCHRIFT Jg.78 (1920/21), 420 f.
Im Zusammenhang damit wandte er sich 1919 gegen das deutsche Bekenntnis der Kriegsschuld mit einem Artikel in der DEUTSCHEN ZEITUNG (2. Juni, S.2): "Ein Protest gegen die

Ein anderes Hindernis für B e l o w , ein positives Verhältnis zum Weimarer Staat zu gewinnen, war die staatliche Neugliederung des Reichs[1], wie sie der Preußische Verfassungsentwurf mit seinen zentralistischen Elementen vorsah. B e l o w sah aber gerade durch die "neue demokratische Bewegung die partikularistischen Neigungen gesteigert".[2]
B e l o w brachte wegen seiner nationalen Gesinnung dem Einheitsstaat zwar Sympathien entgegen, zog sich aber wegen seiner antidemokratischen Haltung bis zu einem gewissen Grad auf einen partikularistischen Standpunkt zurück. Der Preußische Entwurf des Einheitsstaates konnte vor allem aber deshalb keine Sympathien erwecken, weil er die Aufteilung Preußens in die einzelnen Provinzen vorsah: "Wenn wir freilich ganz objektiv die Frage stellen, ob Preußen als Ganzes erhalten bleiben soll oder nicht, so dürfen dafür nicht die einzelstaatlichen Verhältnisse entscheidend sein. Maßgebend sind die allgemeinen Bedürfnisse des Reiches, und da gehen wir von dem Satz aus, daß eine Verstärkung der Zentralgewalt unbedingt erforderlich ist. Der Entwurf des Staatssekretärs Preuß will nun die Reichseinheit durch die Zerschlagung Preußens fördern. Es ist aber einer seiner Hauptirrtümer, daß er nicht erkannt hat, daß die Reichseinheit und die deutsche Zentralgewalt durch die Zerschlagung Preussens gerade leiden würden.[3]

Forts.der Fußnote 2) von S. 342

weinerlichen Schuldbekenntnisse" (gegen Erzberger und Hans Delbrück). Die Wahrheit dürfe nicht der Angst untergeordnet werden, es könne die feindselige Stimmung gegen Deutschland gereizt werden: "Unsere Feinde haben aus den deutschen Schuldbekenntnissen Folgerungen gezogen, die denjenigen Deutschen, die bei ihnen durch verschwenderische Schuldbekenntnisse Eindruck machen wollten, höchst peinlich sein müssen. Man darf nicht verschweigen, daß die Maßlosigkeit, mit der jene Deutschen Schuldbekenntnisse abgelegt haben, dem Verfahren unserer Feinde wenigstens den Schein des Rechts gibt. Kopfüber stürzen sie sich in Schuldbekenntnisse, so daß es in der Tat danach aussieht, als ob sie eine vollkommen umfassende Schuld Deutschlands behaupten und unsern Feinden alles Recht zuerkennen wollten.

1) Zur Reichsreform vgl. neuerdings G. Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd.I., Berlin 1963.

2) G. v. Below: Preußen und Deutschland, in: DEUTSCHE WACHT, Jg. 1919, 125.

3) Ebd., 126; vgl. auch G. v. Below: Deutsche Reichspolitik

Die wichtigsten Erwägungen B e l o w s den demokratischen Einheitsstaat abzulehnen, waren jedoch folgende: "Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nur zwei Möglichkeiten für uns in Frage kommen: Entweder Einheitsstaat oder Bundesstaat, aber mit Aufrechterhaltung des preußischen Gesamtstaates. Ganz gewiß hat der Einheitsstaat Vorzüge. Die erste Frage wird jedoch sein, ob man ihn durchsetzen kann. Aber es erhebt sich noch ein zweites Bedenken. Die Tyrannei und Brutalität der Berliner Demokratie haben eine berechtigte Abneigung gegen diese demokratische Alleinherrschaft hervorgebracht. Wir haben das Gefühl, uns glücklich schätzen zu können, daß wir uns noch in ein Fleckchen zurückzuziehen vermögen, wo wir sicher ruhen. Die Stadt Berlin allein macht es nicht; auch in Weimar bedurfte man der stärksten militärischen Sicherheitsmaßregeln, um vor Ruhestörung bis zum Totschlag bewahrt zu bleiben. Das eigentlich Gefährliche ist nicht der Ort, sondern die demokratische Fürchterlichkeit überhaupt. Nun kann diese sich natürlich auch aller Einzelstaaten bemächtigen; nicht bloß Bayern liefert dafür ein Beispiel. 1)

Was die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland betraf, so war auch Georg von B e l o w von der nach dem Zusammenbruch aufgetretenen großdeutschen Stimmung[2] erfaßt worden. Obwohl der Anschluß Österreichs im Versailler Friedensvertrag von der Entente untersagt worden war, machte B e l o w 1922 die Weimarer Demokratie dafür verantwortlich: "Der Zusammenbruch von 1918, der die Deutschen Österreichs von der habs-

---

Forts. der Fußnote 3) von S. 343

einst und jetzt, RECHT UND STAAT IN GESCHICHTE UND GEGENWART, H.23, Tübingen 1922, 52: "Unser Ideal liegt in der glücklichen Entwicklung, wie sie sich im alten Reich vollzog: die Reichsgewalt steigerte sich allmählich, ohne daß die Teile des Reichs dadurch an ihrer Eigenart etwas eingebüßt hätten."

1) Preußen und Deutschland, a.a.O., 127.

2) Vgl. z.B. Anhang S. 442 Nr. XI.

burgischen Hausmachtpolitik befreite und von den fremden Nationalitäten trennte, schien die Möglichkeit zu bieten, aus der Not eine Tugend zu machen und die Deutschen aus Österreich mit denen aus dem neuen Deutschen Reich zu vereinigen. Allein es fehlte nun gerade das, was 1866 und 1871 uns beschieden gewesen war, die Vertretung des nationalen Ideals durch eine Meisterschaft der Politik, die nur diesem Dienen wollte. Die Machthaber in Berlin und Wien, die leidenschaftlichen Kritiker Bismarcks, von dessen Fähigkeiten und Grundsätzen sie nichts besaßen, erwiesen sich als lässig. Sie lebten des Glaubens, daß die Errichtung eines freien Volksstaats den Ernst politischer Arbeit überflüssig mache und waren in einer teils kindischen teils verbrecherischen Freude so sehr von den Gedanken erfüllt, daß die endlich erreichte Republik ihnen die uneingeschränkte Möglichkeit gebe, ihren egoistischen innerpolitischen (oder richtiger rein gesellschaftlichen) Interessen sich hinzugeben, daß sie die Forderungen der Idee des Volkes und des Volkstums gänzlich außer Betracht ließen. Bismarck hatte 1866 mit einer keinen Augenblick aussetzenden Wachsamkeit den auswärtigen Schwierigkeiten zu entgehen gewußt. Die Machthaber von Ende 1918 gaben ihnen mit sträflicher Nachlässigkeit nach."[1)]

Will man Georg von B e l o w s politische Haltung zusammenfassend würdigen, so wird man als hervorstechendstes Merkmal seinen leidenschaftlichen Antidemokratimus nennen müssen, der aus verschiedenen Faktoren zusammengesetzt war. Dabei ist auffallend, daß der Tatbestand des Untergangs der Monarchie 1918 nur eine untergeordnete Rolle spielt, sondern viel eher der militärische Zusammenbruch, der die äußere Expansion des Nationalstaats verhindert hat. Dies hat in seinem politischen Bewußtsein insofern eine Ernüchterung bewirkt, als die im Kriege entwickelten politischen Zukunftsvorstellungen hinfällig wurden. Da B e l o w diese Vorstellungen schon im Kriege durch die demokratischen Bestrebungen und den deutschen Friedenswillen beeinträchtigt sah, mußte für ihn auch der Zusammenbruch auf dieses Schuldkonto gehen und der Feind wurde im Inneren in der revolutionären Demokratie gefunden, die Dolchstoßlegende in ihren ver-

---

1) Deutsche Reichspolitik etc., a.a.O., 34 f.

schiedenen Ausprägungen begründete im politischen Bewußtsein eine Antihaltung, kaum eine konstruktive Gegenposition. Wie schon während des Krieges sah B e l o w vollends im Dolchstoß und dem Versailler Frieden die Verbindung des äußeren und inneren Feindes, Demokratie und Verfassung als etwas von außen aufgezwungenes, dem deutschen Wesen nicht entsprechendes. Von hier aus nahm er die in der Zeit liegenden Gedanken der ständischen Gliederung der Gesellschaft mit entsprechend parlamentarischer Vertretung als konstruktive deutsche Gegenposition auf. Mit dieser organischen Staatsidee der gesellschaftlichen Gliederung kämpfte er gegen die atomisierende Gleichheitsidee der westlichen Demokratie.[1] Andererseits bestand er aber, wieder im Gegensatz zum Parteienstaat auf der "Zusammenfassung der nationalen Kräfte": "Unsere heutige Verfassung, die in ihren Parlamenten die größte Zahl von Parteien und Parteigrüppchen zu Wort kommen läßt, hindert eben damit die Konzentrierung der nationalen Kräfte. Oder - wie wir unseren Satz auch formulieren können - unsere rein demokratisch parlamentarische Verfassung gibt der in Deutschland an sich vorhandenen politischen, stimmungs- und parteimäßigen, schrecklichen Zersplitterung den breitesten Spielraum und verstärkt sie damit noch."[2]
1914 hatte es das allgemeine Bekenntnis zum Nationalstaat gegeben, mit den demokratischen Bestrebungen in der Kriegszeit wurde dieses Bekenntnis in den Augen B e l o w s parteipolitischen Sonderinteressen nachgeordnet und nach dem Zusammenbruch ging in einem vielseitig schattierten Parteienwesen die nationale Homogenität vollends verloren. B e l o w s Gedanke der nationalen Front von 1922 ist auf diesem Bewußtseinshintergrund zu sehen, der nicht anders als antidemokratisch sein konnte, zumal er diese Entwicklung im Kriege vorausgesehen zu haben glaubte,[3] was er 1923 wie folgt ausdrückte: "Vor der Revoluti-

---

1) Vgl. besonders Einleben in die Verfassung etc., a.a.O., 30.

2) Ebd., 10.

3) In dem Artikel"Die 'Homogenität'der parlamentarischen Vertretungen und die Demokratie" in der Neuen Preußischen Kreuzzeitung (21.9.1923) wiederholte Below seine prophetischen Äußerungen anläßlich der preußischen Wahlrechtsfrage von 1917 aus seiner Schrift: Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland, Berlin 1917.

on und in ihr feierte man die Demokratie als Allheilmittel. Inzwischen ist man selbst in demokratischen Kreisen erheblich anderer Ansicht geworden. Selbst in diesen ist schon der Ruf nach einem Diktator laut geworden. Wenn in demokratischen Kreisen immerhin noch der Schein aufrechterhalten wird, als ob die Demokratie allein uns glücklich machen könne, so wird von allen Unbefangenen dagegen heute die Demokratie als die große Schwierigkeit der Gegenwart erkannt. Nicht das Allheilmittel ist die Demokratie, sondern das Ding, welches unsere Verhältnisse in allen Beziehungen hemmt und schwierig macht. ... Wie aber sieht es heute mit der Homogenität im deutschen Vaterland aus? Das Wahlrecht ist überall so gleichmäßig, wei es nicht gleichmäßiger sein kann: überall die vollkommenste Demokratisierung. Und die Folgen? Nichts weniger als Homogenität! Vielmehr Uneinigkeit, wie sie früher nie vorgekommen ist; und keine Mittel oder Fähigkeit, die Mißhelligkeiten friedlich zu beseitigen."

Aus alledem ergibt sich, daß für B e l o w der November 1918 nicht den Beginn eines neuen politischen Bewußtseins bedeutete, sondern die Bestätigung der zu Kriegsausbruch erwachten und im Verlaufe des Krieges weiterentwickelten nationalistischen Vorstellungen. Das konnte nach dem Kriege nur zu einer politischen Stellung außerhalb des bestehenden neuen Staates führen.

2. Dietrich Schäfer

Ein bekannter politischer Professor der nationalen Rechten war der Berliner Historiker Dietrich Schäfer. Wie Georg von Below agierte er im Umkreis des Alldeutschen Verbandes und ähnlicher Organisationen und unterschied sich von seinen Freiburger Kollegen durch einige Nuancen. Wie Below setzte er sich im Kriege für Annexionen ein und vertrat eine Machtstaatstheorie, weniger als dieser setzte er sich in grundsätzlicher Weise mit der Innenpolitik auseinander. Dietrich Schäfer wurde am 16. Mai 1845 in Bremen als Sohn eines Hafenarbeiters geboren. Nach einer schweren Jugend wurde er 1863 Volksschullehrer, 1868-1872 studierte er in Jena, Heidelberg und Göttingen. Danach war er Gymnasiallehrer in Bremen und erhielt 1877 einen Ruf an die Universität Jena, 1885 nach Breslau, 1888 nach Tübingen, 1896 nach Heidelberg und 1903 nach Berlin. [1]

Als politischer Historiker stand Dietrich Schäfer in der Nachfolge Treitschkes und vertrat eine Geschichtsauffassung mit der er politisch erziehen wollte. Er hatte in jungen Jahren die Reichsgründung miterlebt und als Kriegsfreiwilliger den Frankreichfeldzug mitgemacht. Sein politisches Bewußtsein wurde von der Reichsgründungszeit entscheidend geprägt: "Wer die 43 Jahre vom Frankfurter Frieden bis zum Ausbruch des Weltkrieges als Deutscher durchlebt hat," schrieb er rückblickend, "wird Gott im Himmel dankbar sein müssen. Es waren Zeiten glänzenden Aufstiegs, wie sie unserem Volke bis dahin nicht beschieden gewesen waren." [2]

Dietrich Schäfer gehörte dem Alldeutschen Verband seit seinem Bestehen an. Sein politisches Denken war von daher stark auf die Außenpolitik gerichtet. Mit dem "Willen zur Macht" [3] sollte Deutschland Weltgeltung erlangen. Dem-

1) Über Dietrich Schäfer vgl. H. v. Petersdorff: D. Sch. zu seinem 75. Geburtstage, KONSERV. MONATSSCHR., Bd. 77 (1919/20), 467 ff; A. O. Meyer in: Deutsches Biogr. Jahrb.,Bd.11, 1929, 274 ff. Dietrich Schäfer zum Gedächtnis, Berlin 1929; ferner: ALLDEUTSCHE BLÄTTER, Jg. 30 (1920), 127.
2) D. Schäfer: Mein Leben, Berlin/Leipzig 1926, 158
3) A. O. Meyer: in: Dietrich Schäfer und sein Werk, hrsg. v. K. Jagon, Berlin 1925, 80

gemäß erhielt seine rege politische Aktivität der Kriegszeit Ziel und Inhalt. Durch den Kriegsausbruch wurde Schäfers politische Leidenschaft sofort mitgerissen. In seinem Wohnort Berlin-Steglitz veranstaltete er "Kriegsabende", "an denen zur seelischen Mobilmachung unserem Volke die großen entscheidenden Fragen des Krieges nahegebracht werden sollte." [1] Die von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff aufgesetzte "Erklärung der 93" hat Schäfer alsbald durch eine ausgedehnte Unterschriftensammlung erweitert und am 23. Oktober 1914 mit nahezu 4000 Unterschriften als "Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reichs" in mehreren Sprachen veröffentlicht. Dies war der Auftakt zu Schäfers Kriegsagitation, die über 4 Jahre in gleicher Weise, durch mehrere Unterschriftensammlungen und vaterländische Sammlungsbewegungen gekennzeichnet ist.

1915 hatte Andreas G i l d e m e i s t e r eine Denkschrift über deutsche Kriegsziele verfaßt, die Reinhold Seeberg am 8. Juli mit 1347 Unterschriften (darunter 352 Hochschullehrer) dem Reichskanzler überreichte. "Es ist in jedermanns Erinnerung", kommentierte Schäfer nachträglich die Kriegszielforderungen, "wie unser Volk sich einsetzte, als der Krieg ausbrach. Bismarcks Wort wurde wahr, daß im Falle eines Angriffs ganz Deutschland von der Memel bis zum Bodensee aufflammen werde wie eine Pulvermine und von Gewehren starren. Aber es war natürlich, daß dieses willige, opferbereite Volk auch wissen wollte, wofür es kämpfte. Ruhige Erwägung mußte zu der Überzeugung kommen, daß der Krieg verloren sein würde, wenn er nicht zur Mehrung deutscher Macht führte." [2]

---

1) W. Stahlberg: Der deutsche Mann, in: Dietrich Schäfer und sein Werk, hrsg. v. Kurt Jagon, Berlin 1925, 117

2) Mein Leben, a. a. O., 167. In seiner Ansprache vor dem Ausschuß "Unser Volk inmitten der Mächte" äußerte Schäfer die Meinung, "daß wir nur von der Mehrung unserer Macht dauernde Sicherheit erwarten dürfen" (bei W. Stahlberg in: Dietrich Schäfer und sein Werk, a. a. O., 117

Über einen amerikanischen Journalisten der Associated Press gelangte die Erklärung ins Ausland. Die Reichsleitung ließ sie daraufhin beschlagnahmen und untersagte jede Kriegszieldiskussion. Unter den Hochschullehrern wurde sofort eine Gegenbewegung unter Leitung Hans Delbrücks gestartet. [1] Dietrich Schäfer aber organisierte den "Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden." "Er trat zunächst unter Ausschluß der großen Oeffentlichkeit auf den Plan, als nach Ueberreichung der Denkschrift der Seebergsche Ausschuß sich auflöste, indem zugleich ein neuer Ausschuß zur Verständigung über Kriegsziele im Sinne der Denkschrift gebildet und dessen Vorsitz Dietrich Schäfer angetragen wurde."... Es bestand "Einigkeit in dem Grundsatz, daß ein dauernder, wirkliche Sicherheit gewährender Friede nur zu erlangen ist durch Mehrung deutscher Macht, durch Erweiterung unseres Machtbereiches über seine gegenwärtigen Grenzen hinaus! ... Von Berlin aus sollte vor allem geistige Hilfe durch 'tatsächliche Mitteilungen zur Klärung der Ansichten' geboten werden durch Flugblätter, Flugschriften, auch umfangreichere Drucksachen, die 'wertloses Material für Vortrage, Berichte Mitteilungen an die Presse usw' enthielten, 'sachliche Belehrung in Einzelfragen' brachten. Allgemein sollten die 'gegenerischen Bestrebungen, die auf Frieden um jeden Preis gerichtet waren, aufmerksam im Auge behalten und nach Möglichkeit bekämpft werden.' " [2]

---

1) Vgl. oben, Kap. Delbrück. Ausführlich bei K. Schwabe in: Vierteljahresh. für Zeitgeschichte, Jg. 14 (1966), 128 ff

2) W. Stahlberg, a. a. O., 119

Anfang 1916 verfaßte Schäfer eine neue Denkschrift "Zur Lage", [1] die mit mehreren 100 000 Unterschriften [2] abermals der Beschlagnahme verfiel. In dieser Zeit hatte Dietrich Schäfer des öfteren Haussuchungen über sich ergehen zu lassen. Ein Jahr später jedoch ließ er eine Ergänzung "Nochmals zur Lage" folgen. Ferner trat Schäfer und sein Ausschuß im März 1916 mit 2 Eingaben an den Kaiser und den Reichstag über den U-Boot-Krieg hervor. Die Eingabe an den Kaiser beginnt: "Jede öffentliche Besprechung des U-Boot-Krieges ist untersagt. Wäre es nicht so, wie Donnerhall würde der Ruf durch die deutschen Lande brausen: 'Wir wollen den denkbar schärfsten U-Boot-Krieg, wollen ihn unverzüglich'." [3] Und an den Reichstag gerichtet, heißt es: "Noch haben wir 'Barbaren' uns in diesem Kriege zugleich als das menschlichste und das wahnhaftigste der streitenden Völker erwiesen. Mit Menschlichkeitsgründen mögen uns unsere verleumderischen, räubernden, mordenden Gegner nicht kommen. Damit können, damit dürfen sie uns nicht hindern, den U-Boot-Krieg so zu führen, wie er uns dient." [4]

---

1) Dazu Schäfer rückblickend: "Mit Ausnahme des wenige Quadratkilometer umfassenden Erzbeckens von Longwy-Briey empfiehlt die Denkschrift 'Zur Lage' nirgends Einverleibung ins Reich. Es handelt sich allein um das Bestreben, die Verhältnisse so zu ordnen, daß die Nachbargebiete in West und Ost nicht Ausfallstore für unsere Feinde bleiben konnten. Das war für Belgien nur erreichbar, wenn es, wie der Reichstagsabgeordnete Spahn des Kanzlers Äußerungen in der Reichstagssitzung vom 5. April 1916 zusammenfaßte, 'politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen' kam. Es lag nahe, war geradezu eine deutsche Pflicht, der Bedrückung der Flamen durch die französisierten Wallonen ein Ende zu machen." (Mein Leben, a. a. O., 173).

2) nach Schäfers eigenen Angaben in: Mein Leben, a. a. O.,183

3) Mein Leben, a. a. O., 182

4) ebd., 183

Am 19. Januar 1917 äußerte Schäfer anläßlich einer Versammlung im Abgeordnetenhaus: "Trachtet am ersten nach der Macht; dann wird euch alles andere zufallen." Dies war der Inhalt seines politischen Credo und das Bestreben seines Ausschusses: Machterweiterung durch Annexionen. In der Friedensresolution vom Juli 1917 konnte er daher nur eine Schwächung deutscher Machtansprüche von innen heraus sehen: "In diesen Monaten steigerte Matthias Erzberger vom Buttenhausen seine ruhe- und skrupellose Vielgeschäftigkeit zu reichsverderberischer Tätigkeit. Es wird stets ein Fleck auf Deutschlands Geschichte bleiben, daß diese Persönlichkeit in ihr hat eine Rolle spielen können", [1] denn Erzberger habe die "Kriegsstimmung zum Abflauen" gebracht, in gleicher Weise wie die Diskussion um die preußische Wahlrechtsreform: "Während alle Sinne von Hoch und Nieder auf Krieg und Sieg hätten gerichtet werden sollen, wurde eine Verfassungsfrage in den Vordergrund geschoben, um dem Drängen einer Bevölkerungsschicht nachzugeben, die überhaupt nicht siegen wollte." [2] Die vaterländischen Sammlungsbewegungen der Kriegszeit wie Dietrich Schäfers "Unabhängiger Ausschuß" und die "Vaterlandspartei" sind Ausdruck des nationalen Einheitswillens. Seit der Seeberg-Denkschrift hatte sich aber erwiesen, daß dieser Einheitswille trotz gewaltiger Unterschriftenaktionen nicht durchzusetzen war. Das Jahr 1917 zeigte dies nocheinmal in voller Deutlichkeit. In einer Art Verzweiflungsakt kam es kurz vor Kriegsende zu einem Versuch, die gespaltenen Lager zu überbrücken, die militärische Krise ließ den Einheitswillen ein letzter Mal aufflackern in dem Versuch, eine Aktionsgemeinschaft zwischen der Vaterlandspartei und dem Volksbund herzustellen, woran Dietrich Schäfer an führender Stelle beteiligt war. Am 9. Oktober 1918 kam es zu einem Treffen der beiden Lager. Von der Vaterlandspartei waren anwesend Tirpitz und Kapp, vom Unabhängigen Ausschuß die Professoren Schäfer, Eduard Meyer, Seeberg und Stahlberg. Auf der Gegen-

1) Mein Leben, a. a. O., 208
2) ebd., 217

seite die Professoren Francke und Troeltsch, sowie die Herren Baumeister, Grabowsky, Legien und Stegerwald. [1] Über den Kernsatz der geplanten Entschließung "Die gegenwärtige Lage macht die nationale Einheitsfront unseres Volkes zur Lebensfrage" [2] konnte keine Einigung erzielt werden. Tirpitz antwortete auf den Appell des Volksbundes (Francke), sich den Bemühungen um die Parlamentarisierung anzuschließen: "Die D. V. P. ist grundsätzlich für innere Politik uninteressiert. Sie hat immer nur für eine starke Außenpolitik sich eingesetzt. Die Forderung von Herrn Professor Francke, hinter die Regierung und jede ihrer Handlungen zu treten, kann man bei uns unmöglich annehmen. Wohl aber sind wir bereit, jeden Schritt in Sachen der nationalen Verteidigung zu unterstützen." [3] Ebenso verhielt sich Schäfer, der sich bis zuletzt als Verfechter des Annexionismus erwies. "Der Gesamteindruck dieser Diskussion war, daß die Vertreter der beiden 'Systeme' nach wie vor aneinander vorbeiredeten." [4] Der Biograph Dietrich Schäfers sah die Spaltung der Nation so: "So ist, noch ehe das erste Kriegsjahr abgelaufen war, die verhängnisvolle Zwiespältigkeit in der geistigen Führung unseres Volkes offenbar geworden, die bis auf den heutigen Tag fortbesteht: auf der einen Seite die Träger des nationalen Fortschritts, die klar darüber waren, daß das Deutsche Reich den von Moltke beinahe fristgerecht vorausgesagten Riesenkampf um sein Dasein jetzt druchzukämpfen gezwungen war., weil es nur durch Sieg und Erweiterung seiner Macht sich die Weltgeltung erhalten konnte, in die unser Volk in langen gesegneten Friedensjahren allmählich hineingewachsen war; auf der andern die Vertreter matten vorsichtigen Beharrens, die an eine Gestaltung der deutschen Zukunft aus eigener Kraft nicht glaubten, sondern sie von internationalen Kräften erwarteten, davon, daß bei unsern Feinden die

---

1) Über das Treffen berichtet D. Schäfer u. d. T. "Politische Brunnenvergiftung" am 3. Mai 1919 in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG (Nr. 114).

2) ebd., Bl. 3, Sp. 2

3) ebd., Sp. 3

4) K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., (Diss), a. a. O., 374

völkerverbindende Vernunft allmählich wieder Oberhand über die Kriegspsychose gewinnen und dann sich alles schiedlich friedlich regeln lassen würde - auf der einen, die in dem Kriege das Schicksal sahen, in das die Völker durch den Widerstreit ihrer Lebensforderungen geraten, und das wir bestehen wollten; auf der andern, die den Krieg als gemacht empfanden, gewissermaßen durch ein Versehen entstanden, für die es daher vor allem darauf ankem, die lieben Feinde nicht zu reizen, damit sie recht bald von diesem ihrem Versehen zurück könnten - auf der einen, die dem Vernichtungswillen unserer Feinde ins Auge sahen und ihm den unbeugsamen Lebenswillen des deutschen Volkes entgegensetzten und sein Lebensrecht erkämpfen wollten; auf der andern die den Kriegswillen mindestens bei einem Teil unserer Feinde und vor allem bei den Völkern im Gegensatz zu den Regierungen für einen Irrtum erklarten und in deren Brust denselben Verbrüderungswillen wähnten, wie in der eigenen." [1] Hatte sich Schafer bis zuletzt als Annexionist gezeigt, so rief auch die deutsche Niederlage bei ihm keine Sinnesänderung hervor. In einem Rundschreiben an die Mitglieder des Unabhängigen Ausschusses teilte D. Schäfer am 17. 11. 1918 mit: "Soweit das bezeichnete Ziel in Frage kommt, stellte der Ausschuß seine Tätigkeit ein; er glaubt aber dem Vaterlande zu dienen, wenn er die Anschauungen, die seinem Streben zugrunde lagen, weiter vertritt und zu verbreiten sucht. Es gehört ihnen die Zukunft." [2] Mit diesen knappen Sätzen bezeichnete Schäfer sein weiteres politisches Programm eine Woche nach dem Umsturz! Die Auffassung, daß den Plänen seines Ausschusses die Zukunft gehöre, kann nicht anders denn als Ignorierung der realen politischen Verhältnisse gedeutet werden. Dem entspricht das Bild, das seine Lebenserinnerungen spiegeln. Mit nüchternen Worten schildert Schäfer seine politisch-publizistische Tätigkeit in der Revolutionszeit und geht mit keinem Wort auf den Untergang der Monarchie ein, noch läßt er sonst ein Krisengefühl, das Bewußtsein einer Zeitenwende,

---

1) W. Stahlberg in: Dietr. Schäfer und sein Werk (1925), a. a. O., 118

2) Zit. bei Stahlberg, ebd., 124; entsprechend in: Des Vaterlandes Not, a. a. O., 88

den Zusammenbruch seiner politischen Vorstellungswelt merken. Seine publizistische Tätigkeit, die im Krieg einen so immensen Aufschwung genommen hatte, erlahmte nach dem 9. November keineswegs. Nach wie vor blieb er der Apostel des nationalen Machtstaates, in einer Zeit, als die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen der Entente solche Gedanken absurd werden ließen! Darin äußert sich das Nichtwahrhabenwollen der Erschütterung seiner politischen Überzeugung, für die er zumal in den 4 Kriegsjahren mit Vehemenz eingetreten war.

Seine politische Aktivität behielt Dietrich Schäfer nach Kriegsende bei. Trotz seiner Ablehnung der "Parteiverbissenheit" [1] trat er der Deutschnationalen Volkspartei bei. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß wurde er als Gutachter gehört. Er berichtet darüber in seinen Lebenserinnerungen: "Man holte mich für den Ausschuß, der sich mit den Friedensmöglichkeiten während des Krieges zu beschäftigen hatte, als 'Sachverständigen' heran. Ich habe den Sitzungen und Versammlungen, nichtöffentlichen wie öffentlichen, lange gewissenhaft beigewohnt, habe so Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie Sinzheimer, Gothein, Breitscheid die Verhandlungen leiteten, wie Hindenburg, Ludendorff, Helfferich gleich Delinquenten verhört wurden, und mich gründlich zu überzeugen, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse nutz- und zwecklose Hilfsmittel sein können, die Wahrheit zu erkunden. ... Noch jetzt fühle ich Empörung in mir aufsteigen, wenn ich an die Art und Weise denke, wie Hindenburg und Ludendorff, die unseren deutschen Boden durch Jahre vor dem Feinde bewahrt hatten, in diesem Kreise von Parlamentariern, die weder über Politik noch über Kriegführung zu einem Urteil berechtigt waren, ins Verhör genommen wurden." [2]

1) Der Ausdruck findet sich in fast allen Schriften Schäfers. Die Diskrepanz zwischen Parteizugehörigkeit und Parteienverachtung entschuldigt Schäfers Kollege Otto Hoetzsch in einem Nachruf so: "Nicht daß Dietrich Schäfer in der Arena des täglichen Parteikampfes sich getummelt hätte; er verfolgte die Geschichte und die Geschicke des Vaterlandes von höherer und höchster Warte als ein unabhängiger und von jeder Parteimeinung freier Forscher. Aber ebensogut wußte der Verstorbene, daß der Mann, wenn um die Entscheidung in seinem Volke und Staate gekämpft wird, ... er Partei ergreifen

Vom Zusammenbruch bis 1925 hat Dietrich Schäfer insgesamt 137 Vorträge gehalten. [1] Den Auftakt machte er bei der Ernst-Moritz-Arndt-Hochschule mit dem Thema: "Wir Deutschen als Volk" [2] und mit dem Aufsatz "Des Vaterlandes Not." [3] Zwar gibt Schäfer das Eingeständnis der Niederlage: "Unsere Lage ist über alle Maßen traurig. Das kann niemand verkennen. Wir sind auf Gnade und Ungnade unseren Feinden in die Hand gegeben. Was sie uns gewähren wollen, wird uns zufallen, darüber hinaus nichts." [4] Aber nach einigen Passagen folgt sogleich die Anschuldigung des inneren Feindes: "Einen Punkt der Schuldfrage muß und will ich aber doch berühren, weil ich gewohnt bin, geschichtlich zu denken. Die Geschichte wird einmal das Urteil fällen: Es war eine Unbesonnenheit, ja, eine Versündigung, ein Verbrechen am Vaterlande, daß man zu derselben Zeit, wo unser Vaterland um seinen Bestand zu ringen hatte, die Frage seiner inneren Verfassung aufrollte. (Sehr richtig!) ... So war die Lage, und es war nicht notwendig, daß irgend einem Volksteil eine Belohnung zugesagt wurde für das, was er leisten werde." [5] Die Argumentation setzt sich fort mit einem Angriff gegen die Republik: "Unsere gegenwärtige Republik läßt auf dem deutschen Boden herumtrampeln." [6]

---

muß. - - - Aber noch mehr als das. Was hat uns Dietrich Schäfer gegeben an Gedankengut, dessen keine politische Partei entraten kann! ... er war ein gewaltiger Lehrer auch für die Älteren." (in: Dietrich Schäfer zum Gedächtnis, Berlin 1929, 26).

2) Mein Leben, a. a. O., 232 f

---

1) W. Stahlberg, a. a. O., 126

2) als Flugschrift: Veröff. der E.-M.-Arndt-Hochschule, 1. Reihe, 1. Heft, Berlin 1919

3) DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 2 (1919), 88 ff; als Sonderdruck: München 1918; Inhaltsangabe in ALLDEUTSCHE BLÄTTER Jg. 29 (1919), 41

4) Wir Deutschen als Volk, a. a. O., 3

5) ebd., 7 f

6) ebd., 10

Der Vortrag klang aus mit der Forderung nach einem deutschen Machtstaat: "Wenn ein deutscher Staat bestehen soll, muß auch deutsche Macht vorhanden sein, ihn zu schützen, ihn und mit ihm unsere Kultur. ... Nur im Besitz von Macht kann Deutschland in der Welt etwas bedeuten, nur auf solcher Grundlage unsere Kultur bestehen." 1)

Diese Konzeption, wenige Wochen nach dem Zusammenbruch vorgetragen, entsprangen der Mentalität eines Mannes, der kurz vor dem Ziele zu sein glaubte. Sollte die ganze Kriegsarbeit umsonst gewesen sein? Anders ist es schwer verständlich, daß Schäfer unmittelbar nach dem Zusammenbruch die Frage "Ist Deutschland noch eine Macht?" 2) beschäftigen konnte. Charakteristisch ist Schäfers Urteil über die Revolution, die er gleichfalls nur vom Machtstandpunkt aus sieht: "Wieder und wieder wird von Führern des Umsturzes, den wir erlebten, versichert, daß man das Deutsche Reich, unser deutsches Volk, die deutsche Einheit erhalten, festigen, groß, stark, glücklich machen wolle. Zweifel an der Ehrlichkeit der Absicht sollen hier nicht geäußert werden. Man meint das Ziel erreichen zu können, indem man allen Versuchen, das anbefohlene Gut zu sichern durch Mehrung an Macht, feierlich entsagt, immer wieder Verständigungs-, Verzichts-, Rechtsfrieden auf des Reiches Fahnen schreibt. ... Auch der oberflächlichsten geschichtlichen Kenntnis müßte doch sofort der ungeheure Unterschied zwischen der französischen Revolution von 1789 und der deutschen von 1918 zu klarstem Bewußtsein kommen. Dort unter dem Feldgeschrei Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die nationale Propaganda, Ausbreitung französischer Macht, Annexionen über Annexionen an allen Grenzen des Landes, hier völliger nationaler Verzicht, ehrlicher Glaube an die Macht der Idee, Selbstentwaffnung, ihr die Bahn zu öffnen." 3)

---

1) ebd., 32
2) DEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 598, 24. Nov. 1918
3) Des Vaterlandes Not, a. a. O., 96

Wie sollten Revolution und Republik den Weg zum nationalen Machtstaat beschreiten? Angesichts der Niederlage, die für Schäfer einem Vergleich mit dem Westfälischen und Tilsiter Frieden nicht standhielt, glaubte er dennoch die Frage nach einem Ausweg positiv beantworten zu können: "Es gehören Glaube und Mut dazu, sie mit ja zu beantworten. Glaube und Mut halten nicht stand, wenn ihnen nicht Einsicht zugrunde liegt. Die aber kann nur gewonnen werden durch geschichtliches Verständnis. Nur wer weiß, woher wir kommen, kann erkennen, wohin wir zu gehen haben." [1]
Die Sicherung der Zukunft lag für Schäfer im nationalen Gedanken, den er dem gegenwärtigen "roten und schwarzen Internationalismus" entgegensetzte. Schäfers "Ausweg" lief also auf eine massive Kritik der gegenwärtigen Zustände hinaus: "Die Männer des 9. November aber benutzten jede Gelegenheit, über die Sünden des alten Regiments zu zetern, es für alles verantwortlich zu machen; am neuen Treiben wissen sie wenig auszusetzen. Man kann das nur verstehen als Versuch, die Blicke von der eigenen Schuld abzulenken. Sie haben Deutschland in einen Zustand versetzt, wie es ihn elender und hoffnungsloser nie gesehen hat ... Unser gesellschaftliches Leben ist für absehbare Zeit unwiderruflich auf die Demokratie gestellt. Man kann es zurzeit den Tagespolitikern überlassen, über republikanische oder monarchische Staatsform zu streiten; auch wenn monarchische Ordnung in absehbarer Zeit zurückkehren sollte, kann sie nur auf demokratischer Grundlage errichtet werden. Ein zukünftiger 'Kaiser der kleinen Leute' sein. Kann sich ein großes Volk inmitten der Welt auf solcher Grundlage behaupten?" [2]

---

1) Wie wurden wir ein Volk? Wie können wir es bleiben?, München 1919, 4.(Flugschrift)

2) ebd., 72; Ähnlich argumentierte Hermann Jordan: Wie kam es? Krieg und Zusammenbruch in ihren inneren Zusammenhängen, (Im Neuen Deutschland, H. 10), Berlin 1919, 101, daß sich das neue Kaisertum anders gestalten werde. Im Gegensatz zu Schäfer dachte er aber an eine monarchische Restauration. - Hermann Jordan (1878-1922) war seit 1907 Prof. für Kirchengeschichte in Erlangen.

Wie aber sollte bei solchen Umständen der republikanische Machtstaat aufgerichtet werden, da Schäfer selbst einsah, daß mit Gewalt nach außen nichts mehr zu machen war. Schäfer hat nur eine Antwort: "Was soll also aus unserem Volke werden? Man sollte denken, daß auch dem Blödesten klar sein müßte, daß eins vor allen Dingen notwendig ist: Arbeit, Arbeit und immer wieder Arbeit und daneben Sparsamkeit, Mäßigkeit, Einfachheit, Nüchternheit, Selbstzucht, strengste Enthaltsamkeit von allem und jedem Überflüssigen. Das waren die Tugenden, die unsere Vorfahren von 1648 und 1807 wieder emporbrachten. 'Preußen hat sich groß gehungert!'" [1]
Nationale Gesinnung, sittliche Ertüchtigung [2] war Schäfers Antwort auf die von ihm gestellte Frage nach der nationalen Wiedergeburt.
Solchem Denken konnte die Unterzeichnung des Friedensvertrags nicht entsprechen und auch nicht mit dem Hinweis auf die Folgen einer Weigerung entschuldigt werden: "Schon daß man Ehre und Gefahr gegeneinander abwägt, ist bezeichnend für den Tiefstand nationaler Denk- und Empfindungsweise." [3] Die Republik wurde so der gegenwärtige "nationale Tiefstand" angelastet und seine Überwindung erwartet: "Gelingt es den Männern vom 9. November nicht, unser Vaterland wieder emporzuheben in die Reihe der anerkannten und gleichberechtigten großen Völker des Erdballes, so ist ihr Urteil vor dem Richterstuhl der Geschichte gesprochen. Sie wurden dann die Vernichter und Verderber eines mit glänzenden Gaben ausgestatteten, wahrhaft gottbegnadeten Volkes, an dessen innerstem Wesen die Welt wahrlich hätte genesen können." [4]

---

1) ebd., 67 f

2) D. Schäfer: Sittliche Ertüchtigung als Vorbedingung des Wiederaufstiegs, DIE HOCHWACHT, Jg. 9 (1919).

3) ebd., 78

4) ebd., 84

Dietrich Schäfers Haltung gegenüber der Republik entwickelte sich umso verbitterter, je mehr ihn die veränderten Verhältnisse zwangen, seine Träume von Deutschlands "Weltgeltung" aufzuschieben, - aufgegeben hat er sie nie. Da er einen wirklich konkreten "Ausweg" in seinem Sinne nich aufzeigen konnte, konzentrierte er sich auf die öffentliche Diffamierung der republikanischen Regierung, wiewohl er auch hierin in Allgemeinheiten blieb. In allen seinen Schriften propagierte Schäfer den Dolchstoß in den Rücken des auf dem Wege zur Macht befindlichen Staates: "Er sieht einen der Hauptgründe des Zusammenbruchs in dem Unterfangen, die innere Politik in der gleichen Zeit einer Neuorientierung entgegenzuführen, in welcher alle Nerven anzuspannen waren für die bloße Erhaltung des Reiches." [1] Die Schuld gipfelt nach Schäfer in der Person des "politisch denkunfähigen" Prinzen Max von Baden: "Zuletzt hat diese Richtung noch in der unseligen, vaterlandslosen Gestalt des Prinzen Max von Baden unmittelbar eingreifen können in die Geschicke unseres Volkes. Wäre irgendwo, in irgendeinem Lande die Faselei vom Weltgewissen denkbar gewesen in einer Lage wie der unsrigen im Herbst 1918?" [2]

Mit seiner außenpolitischen Blickrichtung blieben ihm die inneren Probleme verschlossen . [3] Sie hatten für

---

1) So in der Diktion der ALLDEUTSCHEN BLÄTTER, Jg. 29 (1919), 41

2) Wie wurden wir ein Volk etc., a. a. O., 72; diese Art der politischen Auseinandersetzung im persönlichen Angriff steigerte der Naturwissenschaftler Hans von Liebig in grotesker Weise. In der Schriftenreihe "Reichsverderber" beschuldigte er Bethmann-Hollweg, Erzberger, Scheidemann (Berlin 1922). Dabei unterliefen ihm Sätze wie der folgende: "Wenn die Wissenschaft einmal so weit ist, würde sie vielleicht auch an einer einfachen Blutreaktion nachweisen können, daß ein Bethmann-Hollweg einem anderen Schlag Menschen angehört als Bismarck." (Ders.: Wege zur politischen Macht, München 1921, 87)

3) Den Primat der Außenpolitik vertrat auch O. Hoetzsch: Deutschlands Weltlage, Deutschnat. Flugschr. Nr. 111, Berlin 1921. Als konkrete Programmpunkte werden genannt: Revision des Versailler Vertrags, Schutz des Deutschtums im Ausland, Anschluß Deutsch-Österreichs.

ihn nur Bedeutung in der Relation zur äußeren Macht. [1] Selbst den Wechsel der Staatsform beurteilte er unter diesem Gesichtspunkt: "Die Feinde, ... bekämpfen im monarchischen, im Kaisergedanken Deutschlands Einheit, ohne die doch Deutschlands Wohlfahrt überhaupt nicht denkbar ist. Weil sie der Meinung sind, daß unser Volk unter monarchischer Führung eher wieder erstarken werde, erklären sie solcher Ordnung den Krieg. ... Es ist genau wie im Kriege selbst, es geht um nichts weniger als um Deutschlands und seines Volkes Bestand, denn der ist mit der Einheit unzertrennlich verknüpft. Gelingt es der Republik nicht, die gestellte Aufgabe zu lösen, so kann nichts ihre Urheber vor dem Vorwurf retten, Totengräber des Vaterlandes gewesen zu sein. Die Geschichte kann dann nicht anders urteilen als: Deutschland wurde groß im Kaisergedanken; es ging unter durch den Wahnwitz besinnungsloser Umstürzler." [2]

---

1) So lautet auch das Urteil von Schäfers Zeitgenossen und Freund Werner Stahlberg (Prof. für Meereskunde, Berlin). Schäfer habe jede innere Entwicklung und Neuordnung daraufhin geprüft, "ob sei etwa nachteilige Folgen auf die außenpolitische Lage des Reiches hätte. NIcht in dem Sinne, wie Novemberlinge bei allem, und jedem sich der Zustimmung unserer Feinde, des Auslandes, des Weltgewissens versichert halten möchten. ... Innere und äußere Politik jedes großen Staates stehen in unlösbarer Wechselbeziehung zu einander; in Zweifelsfällen muß die Geltung nach außen, die Frage nach Bestand und Macht alle anderen Rücksichten, Bedenken und Erwägungen zum Schweigen bringen." (W. Stahlberg: Der deutsche Mann, a. a. O., 109)

2) Deutschland und der Kaisergedanke, in: NEUE PREUSSISCHE KREUZZEITUNG, Nr. 43, 27. Jan. 1921. In gleicher Weise beurteilte er die geplante Auflösung Preußens: Sie könne "nur in Frage kommen, wenn vollkommene Einheitlichkeit des Reiches in allem und jedem erreicht wird; in jedem anderen Falle würde sie gleichbedeutend sein mit der vollkommenen Ausscheidung Deutschlands aus der Reihe der Mächte. Bismarcks und Kaiser Wilhelms Werk wäre vernichtet, deutsches Blut in glorreichen Kriegen umsonst geflossen." (Wie wurden wir ein Volk etc., a. a. O., 64); entsprechend äußerte er sich in einer Polemik gegen Hugo Preuß in D. Schäfer: Das Reich als Republik, Deutschland und Preußen, IM NEUEN DEUTSCHLAND, hrsg. v. H. Jordan, H. 9, Berlin 1919, 8 ff

Noch deutlicher hat er sich 1922 ausgedrückt: "Die Republik ist an die Stelle der Monarchie getreten. Die Frage, welche von den beiden Regierungsformen grundsätzlich vorzuziehen ist, drängt sich unwillkürlich auf. Sie sollte jetzt möglichst zurückgestellt werden. Irgendwelchen Rechtsboden hat die Republik nicht; sie verdankt ihren Ursprung der Gewalt. Aber damit ist ihr Urteil doch noch nicht gesprochen. Die Monarchie konnte auf überliefertem Recht fußen. Sie hat es widerstandslos preisgegeben. Wie unendlich oft hat sich Neues in der Geschichte mit Gewalt durchgesetzt und hat Bestand gehabt! Es ist nicht anders, Gewalt und Macht sind imstande, Recht zu schaffen; sie tun das allemal, wenn sie dauernden Erfolg haben." [1] Daran schließt Schäfer die Bedingung, unter der allein er sich der Republik gegenüber loyal verhalten konnte: "Die Republik wird uns wieder Macht verschaffen müssen; sonst ist es um unser Volk geschehen, und sie ist gerichtet." [2]

Gegen Wilson [3] und den Völkerbund hat Schäfer sich so scharf wie möglich ausgesprochen, weil für ihn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit nationaler Selbstaufgabe und ewiger Knechtschaft gleichbedeutend war: "Der deutsche Reichsbürger muß sich klar machen, daß er als Mensch zweiter Ordnung in der Welt dasteht. Nur Simpel und Gimpel können irgendetwas vom Völkerbund erhoffen; das scheint allmählich auch denen aufzudämmern, die in ihm die Morgenluft der Zukunft witterten. Sie halten Reden über den wahren Völkerbund; sie könnten ebensogut über die Mondbewohner vortragen." [4]

---

1) Staat und Welt, eine geschichtliche Zeitbetrachtung, 2. Aufl. Berlin 1923, 265

2) ebd., 266 f

3) D. Schäfer: Wilson und der Friede, in: DIE GRENZBOTEN, Jg. 78, Bd. 4 (1920), 55 ff

4) Das Reich als Republik, a. a. O., 41; ähnlich in: Wie wurden wir ein Volk, a. a. O., 77: "daß es bei uns Leute gab und immer noch gibt, die an die heilende Kraft des Völkerbundes glauben, erklärt sich ja zunächst aus dem herrschenden Mangel an Nationalgefühl, alldings auch aus dem Tiefstand politischer Urteilsfähigkeit in unserer Mitte. Daß unsere den Kapitalismus bekämpfende Sozialdemokratie der goldenen Internationale in die Hände arbeitet, ist wohl nicht allzuvielen ihrer Verfechter klar."

Die zentralen Punkte seiner politischen Anschauungen hat Dietrich Schäfer nach dem Kriege in dem Buch "Staat und Welt" [1] zusammengefaßt. Es enthält die Grundgedanken seiner historisch-politischen Weltanschauung, geschrieben in herbem Schmerz und tiefem Zorn, jedoch frei von müder Resignation, in der Tonart hochfahrend, schroff, polternd, stellenweise fast brutal. Wie in allen seinen Publikationen stellt er den nationalen Gedanken über alles: Über die Staatsform, und über soziales Denken. Seine Kritik lief daher in ihrem positiven Ansatz lediglich auf die Stärkung des nationalen Empfindens hinaus, dessen schärfsten Feind er im "Internationalismus" der deutschen Sozialdemokratie sah: "Dieser Sozialismus bedeutet Deutschlands Untergang. Wer sich zu ihm bekennt, ist unseres Volkes Feind; wer will, daß Deutschland besteht, muß ihn bekämpfen." [2] Überblickt man Dietrich Schäfers politische Gedankenwelt vom Kriegsbeginn bis in die Weimarer Zeit, so wird man sagen müssen, daß er über die politischen Grundfragen der Zeit nach 1918 von der gleichen Einstellung her urteilte als in der Kriegszeit, denn er hat die Theorie des nationalen Machtstaates nicht aufgegeben. [3] Seine Lebenserinnerungen enden mit dem Bekenntnis: "Denn das ist der Leitstern meines Lebens gewesen, seitdem ich fähig geworden bin, ihm einen grundsätzlichen Inhalt zu geben, daß der Deutsche seine Menschen- und Christenpflicht nur erfüllen kann im Dienst am Vaterlande. Zu bestimmen, wie dieser Dienst sich zu gestalten hat, um dem Vaterlande zum Segen zu werden, sind Kenntnis staatlichen Lebens und Teilnahme an ihm erforderlich. ... So erklärt sich vor allem meine Haltung während des Welt-

---

1) Eine geschichtliche Zeitbetrachtung, NATIONALE BÜCHEREI, hrsg. v. D. Schäfer, Bd. 1, Berlin 1922, 2. Aufl. 1923

2) ebd., 270

3) Darin stimmte er mit allen deutschnationalen Professoren überein, besonders mit Otto Hoetzsch, wenngleich dieser ausschließlich an eine monarchische Restauration dachte, wenn er sagte: "So wenig der Staat absterben wird nach dem Rezept von Karl Marx, so wenig stirbt der Begriff der Großmacht ab, weil Deutschland keine mehr ist und

krieges, so aber auch Lernen und Lehren in der Vorkriegszeit, Ich kann nicht ablassen, in diesem Sinne weiter zu handeln. ... Meine Überzeugung beruht auf Grundlagen, die schlechterdings nicht erschüttert werden können." [1]
War während der Kriegszeit sein politisches Streben auf die Erweiterung territorialer Macht gerichtet, so nach dem Zusammenbruch auf die Erhaltung staatlicher Macht. Daraus erklärt sich seine Kritik an der Unterzeichnung des Verailler Friedensvertrages, seine Beurteilung der Revolution, die er mit der französischen vergleicht. Daraus erklärt sich auch, daß er von der Republik äußeres Machtstreben verlangte, eine Grundeinstellung, der die Republik nicht entsprechen konnte. Er sah in der neuen Staatsform daher die Verkörperung nationaler Schwäche. Schäfer war kein prinzipieller Gegner von Parlamentarismus und Demokratie - einer grundsätzlichen Erörterung dieser Fragen hat er sich stets enthalten - sondern sah diese Bewegungen immer nur in Relation zu seinen politischen Grundanschauungen: da mit dem Zusammenbruch notwendig seine Kriegszielpolitik ihre Voraussetzungen verlor, kam er von daher zu seiner antidemokratischen Haltung, weil er mit den demokratischen Reformen seine Ziele vereitelt sah. Zuletzt hatte nach seiner Meinung der Reichskanzler Prinz Max von Baden den Dolchstoß ausgeführt.
Ebensowenig wie Schäfer im negativen Sinn prinzipiell gegen die republikanische Staatsform eingestellt war, sowenig im positiven Sinn prinzipiell für die Monarchie. Dies umso weniger, als er Wilhelm II. äußerst negativ beurteilte: "Die Republik wird Bestand haben, wenn sie die Aufgabe löst, ein starkes Deutsches Reich zu schaffen. Sie wird dann mehr Berechtigung haben als die Monarchie Kaiser Wilhelms II., unter der wir in den Weltkrieg hinein-

---

weil die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen die innere Struktur der Reiche verändern. Solange es Menschen gibt, wird es Nationen geben, und solange es Nationen gibt, werden sie politische Machtformen schaffen, die sich anziehen und abstoßen, verbünden und bekämpfen, und darum sagen wir noch einmal: Wir brauchen die politische Machtorganisation Deutschlands in Mitteleuropa." (O. Hoetzsch: Vom deutschen Reiche in Vergangenheit und Zukunft (Rede z. Reichsgründungsfeier, Akad. Blätter, Jg. 34 (1919/20, 262

1) Mein Leben, a. a. O., 242 f

glitten. An die Rückkehr Wilhelms II. kann kein Besonnener ernstlich denken. Man mag Mitgefühl haben mit seinem Schicksal; rein menschliches Urteil wird nicht in Abrede stellen, daß er Mitleid verdient. Wer eine Regierung führt und abschließt wie er, kommt für weiteres Regieren nicht in Frage." [1] Aber auch die Institution der Monarchie galt ihm nicht als das Höchste. Über die Regierungsform stellte er den Staat selbst, gegründet auf das einheitliche nationale Empfinden und Wollen seiner Bürger, gesichert in seiner Machtstellung nach außen. Wenn er die Republik dennoch mit äußerster Radikalität bekämpfte, so deshalb, weil sie diesem Ideal nicht entsprach und Schäfer in ihr das entgegengesetzte Prinzip des Internationalismus verkörpert sah.

Gegenüber Georg von Below tritt im politischen Denken Dietrich Schäfers das konservative Element, der Antisemitismus [2] und völkisches Rassedenken [3] in den Hintergrund. [4] Dietrich Schäfer dachte ausschließlich staatlich. Um der Rasse alleinige Bedeutung für den Volkscharakter als etwas a priori Gegebenes zuzuschreiben, war Schäfer zu sehr Historiker.

---

1) Staat und Welt, a. a. O., 290

2) Als der größte antisemitische Scharfmacher der nationalistischen Professoren darf wohl Hans Frh. v. Liebig bezeichnet werden. (Polit. Betrachtungen, in: DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 2 (1918), 880 ff sowie: Betrug am deutschen Volk, München 1919 (in Buch- und Flugschrift - Ausg.). Ders.: Wege zur politischen Macht, München 1921, 88 ff über die "Verjudung" der Chemie und Physik.

3) Am repräsentativsten dafür Max von Gruber als Theoretiker der "Rassenhygiene" (Rassenhygiene, die wichtigste Aufgabe völkischer Innenpolitik, DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 2 (1918), 17 ff). Ders.: Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene, SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE, Bd. 16,I (1918/19), 321 ff; über M. v. G. vgl. O. Frank: M. v. G., Festrede geh. in der Bayer. Akad. d. Wiss., München 1928; - H. G. Holle: Allgemeine Biologie als Grundl. für Weltanschauung, Lebensführung und Politik, München 1919; Ders.: Die Jugend, unsere Sorge und unsere Hoffnung, DEUTSCHL. ERNEUERUNG, Jg. 4 (1920), 545 ff

4) Der Begriff "Völkisch" taucht bei Schäfer erstmals 1923 auf ("Dem völkischen Gedanken Euere Hilfe", DEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 58, 4.2.1923; "Völkischer Aufbau der Kultur", ebd., Nr. 568, 24.12.1923).

"Deutsches Wesen", um im Sprachgebrauch der Zeit zu reden, war für ihn das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung. Da die völkische Seite der rechtsradikalen Opposition in Dietrich Schafers Publizistik weitgehend fehlt, ist es angebracht, darauf wenigstens kurz hinzuweisen. Keiner der im Kriege annexionistischen, nach 1918 deutschnationalen Professoren nahm den Zusammenbruch als unabänderliches Schicksal hin. Nirgends findet sich in diesen Kreisen ausschließlich die Stimmung der Resignation. Der militärische Zusammenbruch des Krieges, die Abdankung des Kaisers und die Ausrufung der Republik hinterließen nicht das Bewußtsein des Abschlusses einer Epoche. Der politische Blick blieb weiterhin auf die Zukunft gerichtet.
Der Historiker Johannes H a l l e r hat diese Haltung treffend in dem Titel "Von Tod und Auferstehung der deutschen Nation" [1] charakterisiert. Die geistige Besinnung sollte zur Erneuerung des deutschen Idealismus [2] führen und gleich 1813 zu einer nationalen Erhebung aus "Knechtschaft und Niedrigkeit": "Mag der Weg auch noch so lang, das Ziel noch so fern dünken - und braucht das nicht zu schrekken. Wir wollen an die Zukunft denken und für die Gegenwart handeln. Der Weg selbst wird uns das Ziel sein und jeder Schritt vorwärts die Genugtuung geben, daß wir unsere höchste Pflicht für die Ewigkeit erfüllen, indem wir der schlichten Forderung des Tages genügen. Wer sich zu diesem Vorsatz bekennt, der stimme ein in den Ruf: Deutschland, das künftige, das auferstehende, das ewige Deutschland - es lebe hoch!" [3]

---

1) Johannes Haller: Von Tod und Auferstehung der deutschen Nation. Rede zur Begrüßung der aus dem Kriege heimgekehrten Studierenden (16.2.1919) in der Stiftskirche zu Tübingen, Tübingen 1919 (Flugschrift); abgedr. in J. Haller: Reden und Aufsätze zur Gesch. u. Politik, Stuttgart/Berlin 1934, 328 ff; vgl. F. Ernst: J. Haller, Gedenkrede, Stuttgart 1949, 7 f
2) Damit korrespondiert die Popularisierung des Neoidealismus Rudolf Euckens. (vgl. Anhang, S. Nr. XX); vgl. vor allem R. Eucken: Was bleibt unser Halt? Leipzig 1919. Weitere Schriften Euckens vgl. im bibliogr. Anhang. Über Eucken und den Sozialidealismus Paul Natorps vgl. H. Lübbe: Polit. Philosophie in Deutschland, Basel/Stuttgart 1963, 188 ff
3) J. Haller: Von Tod und Auferstehung etc., a. a. O., 22

In kaum einer Flugschrift der rechtsgerichteten Hochschullehrer fehlt im Titel das Wort "Zukunft". [1] Der Wille zur "Erneuerung", anfangs noch ungenau idealistisch umschrieben, erfuhr bald eine Präzisierung im völkisch-nationalen Sinne. [2] Nicht selten wurde dabei zur Erfüllung dieser Aufgabe der Universität die Führung zugedacht: "Wenn wir dennoch das Vertrauen auf eine bessere Zukunft, auf eine Wiederbelebung unseres Volksgeistes und eine Erlösung aus dem Versinken in wüsten Materialismus und rohe Begehrlichkeit festhalten, so sind das Einzige, an das wir uns klammern können, die geistigen Kräfte, der letzte Besitz, der uns als keinem Feinde erreichbares Eigentum geblieben ist. Ihn dem Volk und dem heranwachsenden Geschlecht zu erhalten, und zu mehren sind in erster Linie die deutschen Universitäten berufen. Denn nicht die materiellen Kräfte und Mittel und nicht die mechanische Arbeit sind es, die die Welt beherrschen, so unentbehrlich sie sind, sondern der Geist, der sie entwickelt und leitet, der ihnen die Ziele weist." [3]

---

1) Meyer: Deutschlands Lage in der Gegenwart und unsere Aufgabe für die Zukunft (Vortr. in der Versammlung der DNVP 27.2.1919 Berlin-Lichterfelde), Berlin 1919; H. Jordan: Von deutscher Not und deutscher Zukunft. Gedanken und Aufsätze, Leipzig/Erlangen 1922; E. Heyck: Die politische Zukunft Deutschlands, in: DER TÜRMER, Jg. 23, Bd.I (1920/21); Ders.: Das Deutschland von morgen, Halle 1918; R. Fester: Hat das deutsche Volk noch eine Zukunft?, in: Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer, hrsg. v. K. Löffler, Halle 1921, 58 ff

2) Friedrich Brunstäd: Völkisch-nationale Erneuerung, Rede auf dem 3. Parteitag der DNVP,(Deutschnat. Flugschr. Nr. 119), München 1921; Ders.: Die Staatsideen der politischen Parteien, Im Neuen Deutschland, H. 4, Berlin 1919; Ders.: Deutschland und der Sozialismus, Berlin 1924; zu den völkischen Theoretikern zählte in erster Linie der Philosoph Max Wundt (Was heißt völkisch? Schr. zur polit. Bildung, hrsg. v. d. Gesellsch. Deutscher Staat, H. 16, Langensalza 1924; weitere Titel vgl. im bibliogr. Anhang); E. Schwarz: Ethik der Vaterlandsliebe, ebd., H. 3, Langensalza 1922

3) So der Althistoriker Eduard Meyer: Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität, abgedr. in: Kleine Schriften, Bd. II, Halle 1924, 576 f; entsprechend: F. Brunstäd: Deutschland und der Sozialismus, a. a. O., VII.

Die politische Gedankenwelt der nationalen Rechten war eine schillernde mit zahlreichen ineinanderfließenden Strömungen. Der konservativ-monarchische Staatsgedanke trat dabei vielfach in den Hintergrund zugunsten völkisch-rassenideologischer, antisemitischer und nationalrevolutionarer Ideen, bis zur Idelogie vom "Staat als höchstem Gut" [1] die in der Machtstaatstheorie Dietrich Schäfers ihren entschiedensten Ausdruck fand. Einheitlichkeit bestand nur im Kampf gegen die Republik und in der Frage der Schuld am Zusammenbruch. Die Begriffe "Annexionspolitik" und "Dolchstoß" umschreiben daher am klarsten den Weg der deutschen Rechten vom Kaiserreich in die Republik.

---

1) Hermann Jordan: Kulturgesinnung und Staatsgesinnung. Gedanken zur Frage einer ethischen Politik, Berlin 1917

D) Verfassung und Friedensvertrag

1. Hugo Preuß und die Weimarer Reichsverfassung

Das politische Selbstverständnis der Hochschullehrer nach dem 9. November 1918 hat sich auf einer breiten Skala möglicher Bewußtseinsstellungen niedergeschlagen, in sich gegenseitig weitgehend ausschließenden Meinungen, Prinzipien und Ideologien. Eine vorbehaltlose Anerkennung der neuen Ordnung läßt sich jedoch bei keiner der behandelten Gruppen ablesen. Die heterogene Linke betrachtet sie als Übergangsstadium für einen Zukunftsstaat, die liberal-konservative Mitte hing mit dem Herzen am Kaisertum, für das katholische Deutschland hatte die neue Staatsform Bedeutung zur Durchsetzung kulturpolitischer Interessen und war zudem in der grundsätzlichen Haltung gespalten und die nationalistische Rechte bekämpfte sie aus Prinzip. Andererseits ging der Wechsel der Staatsform ohne viel Aufhebens vor sich und hat die Gemüter in fast allen Lagern kaum bewegt (ausgenommen die Richtung Meinecke-Delbrück). Dennoch war der neue Staat eine "Republik ohne Republikaner".

Es hält schwer, in Hochschullehrerkreisen das rückhaltlose Bekenntnis zu Republik und Demokratie aufzufinden. Immerhin war der Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung Professor an der Handelshochschule in Berlin. Hugo P r e u ß [1] (1860-1925), dessen Werk wie er persönlich von allen Seiten angefeindet wurde, mußte bis zu seinem Tode die neue Staatsauffassung, die in der Verfassung Wirklichkeit wurde, verteidigen.

Hugo Preuß entstammte der Welt des bürgerlichen Liberalismus. Als Staatsrechtler stand er jahrzehntelang in der Opposition, indem er die Auffassung von der organischen Persönlichkeit

---

1) seit 1890 Privatdozent an der Universität Berlin, wo er auch nach der Revolution keinen Lehrstuhl erhielt. Seit 1907 war Hugo Preuß zugleich Prof. an der Handelshochschule

des Staates vertrat und die Entwicklung der Selbstverwaltung im Sinne des Freiherrn vom Stein befürwortete. "In ihm verbinden sich die drei maßgebenden Richtungen des deutschen Staatsrechts, die mit dem Namen G n e i s t , G i e r k e und L a b a n d charakterisiert sind", urteilt Carl S c h m i t t 1930 in einer Gedächtnisrede. [1] Nun konnte die genossenschaftliche Staatsauffassung Otto von G i e r k e s sich vieldeutig ausprägen. Der Begriff "organisch" konnte folgende Bedeutung haben: nicht mechanisch, nicht von außen, nicht von oben, nicht gewaltsam, nicht atomistisch, nicht partikularistisch. "Schließlich kann 'organisch' zum Gegensatz alles Aktiven und Bewußten werden, allen möglichen Stufen von Historismus, Gouvernementalismus und Quietismus dienen und in einen völligen Agnostizismus enden." [2] In diesen Bedeutungen war potentiell demokratisches Gedankengut enthalten. Otto von Gierke selbst suchte mit dem Prinzip der Genossenschaft das entgegengesetzte der Herrschaft zu verbinden. Daß Hugo Preuß daraus eine demokratische Staatslehre entwickelte, zeigt exemplarisch, "daß unter den Anhängern und Weiterführern der organischen Staatslehre Gierkes alle denkbaren politischen Richtungen von rechts und links, Monarchisten, Bismarckisten, Liberale, Demokraten" zu finden sind. [3] Das Buch von Hugo Preuß:

---

1) C. Schmitt: Hugo Preuß. Sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre (Recht und Staat in Gesch. u. Gegenwart, H. 72), Tübingen 1930, 4

2) C. Schmitt, a. a. O., 12

3) C. Schmitt, a. a. O., 12; über Gierkes Staatsauffassung und Revolutionserlebnis haben wir oben S. 120 ff ausführlicher gehandelt, Anders als Gierke gelangte Kurt Wolzendorff zu der Auffassung, den am 9. November 1918 eingeschlagenen Weg mit "Entschlossenheit" weiterzugehen: "Die deutsche Auffassung vom Monarchenrecht ist nichts anderes als eine rechtspsychologische Folgerung aus der soziologischen Bewertung des Monarchenamtes vom Standpunkte der Volksgenossenschaft. Der deutsche Staatsgedanke hat nicht einen monarchischen Charakter, sondern der deutsche monarchische Gedanke hat einen rein staatlichen, d. h. durch seine politische Bewährung bedingten Charakter. ... Bedarf es da noch eines Wortes darüber, warum das deutsche Volk in seinem Staatsempfinden so gar nicht erschüttert war, als es am 10. November in einer Republik erwachte, statt unter der Obhut seiner angestammten Monarchen?" (K. Wolzendorff: Zur Psychologie des deutschen Staatsgedankens, in: Zeitschr. f. Politik Bd. 11 (1918/19), 466).

"Das deutsche Volk und die Politik" [1] gehört zur Literatur der nationalen Selbstbesinnung nach dem Weltkriegsausbruch, aber auch zu den ersten Anzeichen des auseinanderbrechenden Burgfriedens. Preuß vertrat hier den Dualismus von Obrigkeitsregierung und moderner Staatsform ("Volksstaat"). Die feindliche Abneigung gegen Deutschland [2] begründete er von der Verfassung her und leitete davon die Notwendigkeit einer Demokratisierung ab, was ihn freilich in krassen Gegensatz zur nationalen Rechten (Below) brachte, wo der Krieg als ein Verfassungskrieg [3] gegen den Westen angesehen wurde und man gerade dadurch das bestehende System staatsrechtlich zu retten suchte. Preuß erblickte Ansätze zur Umbildung des herrschaftlichen in ein genossenschaftliches Staatsprinzip, in den gewerkschaftlichen Organisationen und in der kommunalen Selbstverwaltung. Hugo Preuß war selbst Stadtverordneter in Berlin und behauptete auch da seine Oppositionsstellung, [4] wie er auch als politischer Publizist in der Reichspolitik während des Krieges für den Verständigungsfrieden, die Parlamentarisierung und die preußische Wahlrechtsreform eintrat. [5] 1917 hatte Hugo Preuß

---

1) Politische Bibliothek, Bd. XIV, Jena 1915

2) Diese These erregte heftigen Widerspruch (vgl. oben Kap. Below), wie er etwa in der Sicht des Freikonservativen Adolf Grabowsky charakteristisch ist: "Die Umorientierung ist ... um der Stellung Deutschlands in der Welt willen erforderlich, nicht etwa um irgendwelchen Ansprüchen des Auslandes zu genügen." (Geschr. 1916, abgedr. in A. Grabowsky: Wege ins neue Deutschland, Gotha 1919, 127

3) E. Kaufmann: Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, Berlin 1917, 3 f

4) Eine Episode sei hier en passant erwähnt. Gegen den Unterrichtsminister äußerte er im Stadtparlament polemisch: "Der Herr Minister hat's gegeben, der Herr Minister hat's genommen, der Name des Herrn Ministers sei gelobt!" Da dies die religiösen Gefühle der Kaiserin Auguste Viktoria verletzte, wurde gegen Preuß ein Disziplinarverfahren der Universität eröffnet. Preuß rechtfertigte sich mit einem reichen Zitatenschatz der Anwendung biblischer Aussprüche auf profane Dinge, die in einem Ausspruch des Kaisers gipfelten: "Wer nur auf Gott vertraut und feste um sich haut, hat nicht auf Sand gebaut." (Vgl. E. Feder: Hugo Preuß. Ein Lebensbild, Berlin 1926, 6 f).

5) vgl. im einzelnen den Aufsatzband H. Preuß: Staat, Recht und Freiheit, Ges. Aufs., Tübingen 1926

einigen amtlichen Stellen eine Denkschrift (als Manuskript gedruckt) vorgelegt, in der er eine vollständige Verfassungsreform im Sinne eines parlamentarischen Systems mit monarchischer Spitze vorsah. [1]

Sofort nach der Revolution trat er abermals mit einem mutigen Artikel im Berliner Tageblatt "Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat" hervor, der zu einem wichtigen Dokument der deutschen Verfassungsgeschichte werden sollte. [2] Zu einem Zeitpunkt, wo das deutsche Bürgertum angstvoll schwieg, wandte sich Preuß gegen die Revolution und forderte unter Einspruch gegen die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie die Einberufung der Nationalversammlung. Entscheidend war dabei, daß er sich nicht nur unter dem Zwang der Lage "auf den Boden der gegebenen Tatsachen" stellte, sondern in dieser Lage mit innerer Überzeugung die Konsequenz republikanischer Gesinnung zog. Für Preuß hatte die Frage ob Monarchie oder Republik jede praktisch politische Bedeutung verloren. [3] Mit seinem Verfassungsentwurf bot er sogleich ein den Umständen der Zeit entsprechendes Programm an. Friedrich Ebert berief ihn alsbald als Leiter des Innenministeriums und Hugo Preuß konnte die Wahl zur Nationalversammlung vorbereiten. Vom Februar bis Juni 1919 war er Reichsinnenminister, schied dann aber mit den anderen demokratischen Ministern D e r n b u r g und G o t h e i n aus der Regierung aus, weil die Mehrheit des Kabinetts sich für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages entschlossen hatte. Hugo Preuß hat das Verfassungswerk auf die Bitte Eberts hin als Reichskommissar zu Ende geführt.

Preuß gehörte zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen

---

1) vgl. E. Feder, a. a. O., 20

2) vgl. Anhang, S. 434 ff Nr. VII

3) vgl. H. Preuß: Deutschlands republikanische Reichsverfassung, 2. Aufl. Berlin 1923, 7

Partei, wurde aber nicht als deren Kandidat zur Nationalversammlung entsandt. Auch später wurde er nicht für den Reichstag aufgestellt. Am 8. Februar 1919 führte Hugo Preuß in der 1. Lesung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Reichsgewalt aus: wenn 1848 das Reich ein Idealbild nationaler Einheit war, so sei die jetzige Nationalversammlung in einer anderen Situation: "Heute haben wir das Reich, haben es seit Jahrzehnten gehabt, und es ist durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht aufgelöst, nicht beseitigt, nur seine staatsrechtliche Organisation ist zusammengebrochen und bedarf der Erneuerung. Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir ja nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen, und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Hinzutritt unserer deutschen Brüder aus Österreich vervollständigen wird, ist der feste Bestand, den wir in den neuen Zustand hinübernehmen." [1] Preuß hat damit die Rechtskontinuität gegenüber dem bisherigen Deutschen Reich betont, die Identität der Staatspersönlichkeit festgestellt. In der zeitgenössischen staatsrechtlichen Literatur wurde dieser Sachverhalt mehrfach bestritten, [2] wobei allderdings schwer zu sagen ist, ob diese Annahme etwa durch das Revolutionserlebnis bedingt war.

Am 24. Februar 1919 legte Hugo Preuß der Nationalversammlung seinen Verfassungsentwurf [3] vor und ging in längeren Aus-

---

1) Deutscher Geschichtskalender, hrsg. v. F. Purlitz, 1. Ergänzungsband, Leipzig 1919, 499

2) So vor allem von Friedrich Giese: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Berlin 1919, 10 f: "Die Bildung der Reichsregierung durch die Gesamtheit der 'Verbündeten Regierungen' war ein wesentliches Merkmal des deutschen Kaiserreichs. Ihr Fortfall bedeutet daher den Untergang des bisherigen Deutschen Reiches." - Die gleiche Auffassung vertrat Fritz Stier-Somlo: Die Vereinigten Staaten von Deutschland (Demokr. Reichsrepublik). Ein Entw. mit Begr., Tübingen 1919, 38; Für Hugo Preuß war die Identität des Rechtssubjekts "ganz selbstverständlich" (vgl. die Preuß-Anthologie von W. Simons: Hugo Preuß (Meister des Rechts, Bd. 6, Berlin 1930, 122).

3) Hugo Preuß: Entwurf der künftigen Reichsverfassung, Berlin 1919

führungen auf die wesentlichen Bestimmungen ein. Auch in der Beibehaltung der Bezeichnung "Reich" beschwor Hugo Preuß den Gedanken der Kontinuität: "Man könnte ja nun ... überall die Bezeichnung 'Reich' auszumerzen und an ihre Stelle 'Deutsche Republik' setzen. Meine Herren, wenn der Verfassungsentwurf das nicht tut, so tut er das nicht etwa aus Scheu, sich zur Republik zu bekennen; ... Aber, meine Herren, das Wort, der Gedanke, das Prinzip des Reichs hat für unser deutsches Volk einen so tief wurzelnden Gefühlswert, daß wir es, glaube ich, nicht verantworten können, diesen Namen aufzugeben. (Sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) Es hängen Traditionen von Jahrhunderten, es hangt die ganze Sehnsucht des zersplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einigung an dem Namen 'Reich', und wir würden in weitesten Kreisen tiefwurzelnde Gefühle ohne Grund und Zweck verletzen, wenn wir von diesem Worte, das eine schwer errungene, nach langen Enttäuschungen verwirklichte Einheit darstellt, abgehen wollten." [1] Andererseits wagte es Hugo Preuß unter Berufung auf die demokratische und großdeutsche Tradition des 19. Jahrhunderts, die Reichsfarben schwarz-rot-gold einzuführen, womit er "tiefwurzelnde Gefühle" zumal bei der Rechten verletzte und heftigen Widerspruch erntete. [2]

Trotz aller Betonung der Rechtskontinuität und der Reichseinheit ist Preuß' republikanisches Selbstverständnis grundsätzlich von dem der "Vernunftrepublikaner" unterschieden. Hugo Preuß hatte während des Krieges zu den progressiven Reformern in der preußischen Wahlrechtsfrage und der Demo-

---

1) Die Rede ist teilw. abgedr. in: Die Weimarer Nationalversammlung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, H. 46, Bonn 1960, 62 ff; Zitat: 65.

2) Vgl. Oben, Kap. Delbrück, S. 237 Für schwarz-rot-gold setzte sich der politische Publizist und spätere Dozent an der Hochschule für Politik, Adolf Grabowsky ein (DAS NEUE DEUTSCHLAND, Jg. 7 (1918/19), 65 ff; gegen den Flaggenstreit überhaupt wandte sich der Pädagoge August Messer in: JUNGE MENSCHEN, Jg. 1 (1920), 142

kratisierung des Reichs gehört, ohne einer republikanischen Ideologie zu huldigen. Er hat sich aber nach der Revolution sofort auf die Republik eingestellt, ohne daß diese Umstellung von besonderen inneren Kämpfen begleitet gewesen wäre. Sein Verfassungsentwurf lief daher nicht auf ein "Ersatzkaisertum" hinaus. Er sah zwar einen vom Volke gewählten Reichspräsidenten vor, dessen Machtausstattung aber erst in den Ausschußberatungen in der Verfassung verankert wurde (Max Weber). Hugo Preuß' im Kriege gewonnene Anschauung des Dualismus zwischen Obrigkeitsstaat und Volksstaat befestigten nach dem Kriege seine republikanische Staatsgesinnung in einer Abwehrstellung zum bisherigen monarchisch-obrigkeitlichen Regime. Dies ergibt sich aus seiner Beurteilung des 9. November: "Obgleich es ... bis zum 9. November 1918 keine bedeutsame ernsthaft republikanische Partei in Deutschland gab, stand es seit jenem Tage unzweifelhaft fest, daß die neue deutsche Reichsverfassung nur eine republikanische sein könne. Das stand fest nicht bloß für die bisherigen Vernunftmonarchisten, die früher eine deutsche Republik für praktisch unmöglich gehalten hatten, sondern auch für all die anderen, die sich mit mehr oder minder schwerem Herzen 'auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellten'. Das taten sogar die Wortführer und Organe des entschiedenen Konservatismus, die mit einer ihnen sonst nicht eigenen raschen Fügsamkeit ihre monarchische Flagge strichen und schleunigst ihre alte Firma löschten. Hatte es vor dem 9. November keine eigentlich republikanische Partei gegeben, so gab es unmittelbar nach dem 9. November keine eigentlich monarchische Partei mehr. Erst später ist die monarchische Flagge allmählich wieder zum Vorschein gekommen als Sammelpunkt für all die nach Lage der Dinge natürlichen Mißstimmungen und Unzufriedenheiten im furchtbar heimgesuchten Deutschland. ... Die starke Monarchie war unfähig gewesen, die von ihren verantwortlichen Ratgebern als notwendig erkannten inneren Reformen gegen den Widerstand kleiner, aber mächtiger sozialer Schichten und politischer Richtungen durchzusetzen; sie war stark nur im Verhindern,

unsagbar schwach bei jeder notwendigen Förderung der politischen Entwicklung gewesen. So sprach sich in der Erscheinung des 9. November aus, was wirklich war: die deutsche Monarchie war unmöglich geworden; das Deutsche Reich konnte, wenn überhaupt, nur als Republik fortbestehen." [1]
Somit war für Preuß die Revolution eine aus der inneren Politik des "alten Systems" folgende Notwendigkeit, die mit den Zielsetzungen der Kriegspolitik korrespondierte. Auch die auswärtige Politik habe "trotz höchster militärischer und wirtschaftlicher Kraftleistungen des Volkes zur Überspannung aller Widerstandsmöglichkeiten und in eine Niederlage geführt, die in so katastrophalem Maße selbst kühle und kritische Beurteiler kaum vorausgesehen hatten, die aber die breiten Volksmassen mit desto ungeheurer Wucht der Enttäuschung traf, je hemmungsloser sie durch eine demagogische Stimmungsmache bis zum allerletzten Augenblick in eine sinnlose Siegeszuversicht hineingehetzt worden waren. Nun offenbarte sich die Unhaltbarkeit des alten Systems; und sein widerstandsloser Zusammenbruch bedrohte Reich und Volk mit der furchtbaren Gefahr eines politischen Vakuums, also der Anarchie." [2]
Die Republik war für Hugo Preuß also wegen des "politischen Bankrotts"[3] der Politik des Kaiserreichs ein Erfordernis der Zeit. Hugo Preuß verkörpert damit neben dem Vernunftrepublikanismus eine andere mögliche Haltung republikanischen Selbstverständnisses in der Aversion gegen das Gewesene. [4] Bei

---

1) H. Preuß: Deutschlands republikanische Reichsverfassung, 2. Aufl. Berlin 1923, 8 ff

2) ebd., 5

3) H. Preuß: Deutschlands Staatsumwälzung. Die verfassungsmäßigen Grundl. der deutschen Republik, Berlin 1920, 8 (Flugschrift)

4) Entsprechend auch der Demokrat Fritz Stier-Somlo: Republik oder Monarchie in Deutschland (Deutscher Aufbau, H.1), Bonn 1919, wo die Auffassung vertreten wird, daß die Monarchie im 20. Jahrhundert ihren Todeskampf erlebe; "Die deutsche Revolution hat die letzte Entscheidung zur Auslösung gebracht. Niemals wäre sie dazu fähig gewesen, wenn nicht die innere Lebenskraft des konstitutionellen Gedankens erloschen wäre." (44). - Fritz Stier-Somlo (geb. 1875), Prof. f. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht. Seit 1901 Prof. in Bonn, 1912 in Köln

der nationalsistischen Rechten wurde diese Haltung in antisemitischer Hetze diffamiert. Das Werk "des Juden Preuß" könne schon deshalb nicht akzeptiert werden, weil er der "Erfinder des Obrigkeitsstaats" sei, "dessen Denkschrift zur Reichsverfassung ein Denkmal des ganzen abgrundtiefen Hasses seiner Rasse gegen den Staat Bismarcks ist." [1] Aber auch in besonneneren Kreisen konnte Preuß' Kritik des "Obrigkeitsstaates" keine Popularität erlangen. Der Verlag Duncker und Humblot veröffentlichte 1922 eine Rezension Gustav S c h m o l l e r s aus dem Jahre 1916 als Broschüre mit dem Titel "Walther Rathenau und Hugo Preuß, die Staatsmänner des neuen Deutschland." [2] Darin hieß es: "Preuß verlangt, daß der Volksstaat den Obrigkeitsstaat ersetze. Was heißt das? Soll etwa darunter verstanden werden, daß die Obrigkeit im Staate verschwinde, daß das 'Volk' an seine Stelle trete, so ist das platter Unsinn, es bleibt ein Spiel mit Worten auch dann, wenn nicht die Beseitigung der Obrigkeit, sondern nur eine volle Beherrschung der Obrigkeit durch das Volk, d. h. durch geschickte Parteiführer verlangt wird." [3] Gustav Schmoller leugnete die Identität von Staat und Volk. Hugo Preuß rechtfertigte damit die demokratische Republik und trat für die gesinnungsmäßige Verankerung des republikanischen Gedankens ein, der für ihn "unlöslich" mit dem "ein-

---

1) So lautete der Kommentar der ALLDEUTSCHEN BLÄTTER, Jg. 29 (1919), 329

2) München/Leipzig 1922; es handelte sich um die Rezension des Buches: Das deutsche Volk und die Politik von Hugo Preuß in Schmollers Jahrb. Jg. 40 (1916), 423 ff: Gustav Schmoller war schon vor Kriegsende gestorben. Der Verlag wollte auf diese Weise die "Stimme eines der hervorragendsten Geister des alten Regimes gleichsam aus den Wolken" zu Gehör bringen. (Vorwort).

3) ebd., 28

heitlichen Volksstaat" [1] verknüpft war. Seine Forderung nach der Einheit von Staat und Volk konnte Hugo Preuß nur gegen links und rechts erheben: "Die Volksgemeinschaft verleugnet, wer Klasseninteresse über die staatsbürgerliche Solidarität des nationalen Gemeinwesens stellt. Das tun die deutschen Jünger der kommunistischen Internationale, - nicht ihre russischen Meister. Aber das tun nicht minder die Verkünder der 'bürgerlichen Sammlung', des 'Bürgerblocks' gegen die Sozialdemokratie. Ob der Klassengegensatz von hüben oder drüben geschürt wird, stets zerreißt er die Volksgemeinschaft; und ärger kann man sich an ihr nicht versündigen als durch das freche und dumme Hetzwort von den allein 'nationalen Parteien.' " [2] Der vielgebrauchte Begriff "Volksgemeinschaft" beinhaltete somit für Hugo Preuß demokratische und damit republikanische Staatsgesinnung. Der Wechsel der Staatsform war für Preuß in diesem Zusammenhang vor allem von nationalpolitischer Bedeutung, denn die Verfassung hatte in seinen Augen die deutsche Reichseinheit mehr zur Geltung gebracht als jemals das Kaiserreich: "Trotz der furchtbaren Niederlage und nach Zusammenbruch des dynastischen Obrigkeitssystems die Einheit des Reiches erhalten, das hieß: das Problem des deutschen Nationalstaates, das die Jahrhunderte deutscher Geschichte, das Preußens Siege und Bismarcks Reichsgründung nicht gelöst hatten jetzt in solcher Lage zur Lösung zu bringen." ... "Zum ersten Male im Laufe der ganzen deutschen Geschichte hat die Reichsverfassung von Weimar die staatsrechtlich-politische Organisation Deutschlands klar und ohne Vorbe-

---

1) H. Preuß: Der deutsche Nationalstaat (Die Paulskirche, eine Schriftenreihe), Frankfurt/Main 1924, 138

2) H. Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, 20

halt auf den Boden des einheitlichen deutschen Volksstaat gestellt. Wenn sie auch die überkommene territoriale Gliederung vorläufig bestehen lassen mußte, so hat doch ihre Anpassung an das Wesen des neuen Nationalstaates als eine Aufgabe der Zukunft offengelassen." [1]
Damit gewann der bei Preuß zur Geltung kommende Staatsgedanke den Inhalt einer"nationalen Demokratie." Carl S c h m i t t hat die Staatsauffassung von Hugo Preuß 1930 treffend in der Formel vom "innerpolitisch neutralen Staat" zusammengefaßt, in dem die verschiedenen sozialen und politischen Gruppen mit Hilfe der Verfassung ein Verfahren der Einigung suchten. Je größer der Boden der Gemeinsamkeit war, umso mehr Stabilität konnte der - übrigens auch von Meinecke und den Naumannianern vertretene - Staat des "Klassenfriedens" gewinnen. In dieser Relation lag aber auch sein Verhängnis: "Ein Staat, der sich in einer solchen Verfassung organisiert, ist neutral in dem Sinne, dass er den verschiedenartigsten politischen Richtungen und Tendenzen den Weg offenhält und ihnen die gleiche Chance gibt, eine gesetzgebende, vielleicht sogar eine verfassungsändernde Mehrheit zu gewinnen."... Die Verfassung "hört auf, der neutrale Boden zu sein, wenn die jeweilige verfassungsmäßige Macht benutzt wird, um die Grundlagen zu vernichten, und den Gegner der gleichen Chance zu berauben. Damit wäre die Verfassung selbst vernichtet, denn sie kann, trotz aller sonstigen Neutralität, nicht auch gegenüber ihren eigenen Grundprinzipien neutral sein." [2]

Für Hugo Preuß war der Gegensatz Monarchie - Republik nach 1918 gegenstandslos. Trotz seines Bestrebens nach Wahrung

---

1) Der deutsche Nationalstaat, a. a. O., 126, 137
2) C. Schmitt: Hugo Preuß, a. a. O., 19

der Rechtskontinuität hat Hugo Preuß weit mehr als seine Zeitgenossen auf vernunftrepublikanischer Seite einen neuen demokratischen Weg eingeschlagen, indem er - freilich ohne Erfolg - für die Aufhebung des Dualismus von Staat und Gesellschaft eintrat und damit die obrigkeitsstaatliche Mentalität überwinden wollte. Auf der anderen Seite wurde im Amt des Reichspräsidenten das Erbe der Monarchie verankert. Da aber die dualistische Staatsauffassung im allgemeinen Bewußtsein fest verwurzelt, und schon deshalb der demokratische Weg schwer gangbar war, zum anderen nicht auch noch gleichzeitig Verfassungsgut der Monarchie erhalten werden konnte, war die Demokratie von Anfang an eine Notlösung. [1] Dieser Sachverhalt spiegelt sich in der Publizistik des orthodoxen Demokraten Hugo Preuß einerseits und bei den "Vernunftrepublikanern" andererseits: zwischen historischer Kontinuität und Abbruch der organischen Weiterbildung vollzog sich die "Improvisation" der Weimarer Republik, wie es Theodor Eschenburg treffend formuliert hat. Darin lag begründet, daß die Zeitgenossen in breiten Schichten kein inneres Verhältnis zum demokratischen Parteienstaat gewinnen konnten: "Ihr Staat war ein Vater, jetzt waren sie alle der Staat; das konnten und wollten sie nicht fassen. Die improvisierte Umschaltung vom herrschaftlichen zum genossenschaftlichen Staat vermochten sie in Gemüt und Geist nicht aufzunehmen. Sie sehnten sich nach dem traditionellen Obrigkeits- und Verwaltungsstaat zurück." [2]

---

1) So lautet das Urteil von Th. Ellwein: Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise. Zur Geschichte des Verfassungsstaates in Deutschland, München 1954, 311ff

2) Th. Eschenburg: Die improvisierte Demokratie, Ges. Aufs. zur Weimarer Republik, München 1963, 46

2. Die Weimarer Verfassung im Kreuzfeuer der Kritik

Die Weimarer Verfassung, wie sie aus dem Preuß'schen Entwurf mit starken Änderungen entstand, war von Anfang an Gegenstand der Kritik. Daraus entstand die besondere antidemokratische Opposition, die von Kurt Sontheimer so definiert wurde: "Die Demokratie kennt das Prinzip der Opposition und billigt es, doch bedeutet Opposition nicht Widerstandshaltung gegen den Staat und seine verfassungsmäßigen Grundprinzipien, sondern Opposition gegen eine bestimmte Politik im Rahmen der gleichen, von allen gebilligten Prinzipien. Die Opposition in der Weimarer Republik war weitgehend eine Opposition gegen die Republik und die Demokratie als solche." [1] An dieser Opposition hatten auch die Hochschullehrer ihren Anteil. Die Beschäftigung mit der Verfassung lag vor allem bei den Staatsrechtlern in der Natur der Sache. In den seltensten Fällen ist jedoch in der literarischen Kategorie der wissenschaftlichen Kommentare ein Rückschluß auf die Gesinnung des Verfassers möglich. Dieser Sachverhalt erklärt sich aus dem Rechtspositivismus, der es auch einem Gegner der neuen Staatsform erlaubte, die Verfassung sachgerecht zu kommentieren. Da aber in jedem geisteswissenschaftlichen Wissenschaftszweig restlose Objektivität unerreichbar bleibt, ist auch diese Literaturgattung prinzipiell als historische Quelle brauchbar. Indessen erübrigt sich eine derartige mühsame Quellenkritik, da oft genug der positivistische Standort bewußt überschritten wurde und damit die Staatsrechtswissenschaft in den politischen Kampf geriet. Gerhard A n s c h ü t z , ein methodisch entschiedener Verfechter des juristischen Positivismus wie seit dem Kriege engagierter Politiker, deutete den Gegenstand seines Lehr- und Arbeitsgebietes politisch. [2]

---

1) K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Der Weg in die Diktatur 1918 - 1933, München 1962, 53

2) besonders deutlich in G. Anschütz: Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsverfassung, Rede geh. bei der Jahresfeier der Univ. Heidelberg (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 26), Tübingen 1923

Für die politische Rechte sind besonders repräsentativ Erich K a u f m a n n , [1] Axel von F r e y t a g - L o r i n g h o v e n . [2]
Bei den Weimarer Verfassungsberatungen standen neben dem Entwurf von Hugo Preuß gleichzeitig das französische, schweizerische und amerikanische Vorbild zur Verfügung. Aus diesen Vorbildern sind Elemente in die Weimarer Verfassung hineingekommen, so vor allem das Verhaltniswahlsystem (Frankreich), das Volksreferendum (Schweiz) und die Stellung des Reichspräsidenten (USA). Die Verehrer der Bismarckschen Verfassung haben daher die WRV als undeutschen Abklatsch stigmatisiert. Hinzu kam, daß der Preußsche Entwurf stark unitarisch ausgerichtet war und auf eine Zersplitterung Preußens hinauslief. [3] Dieser antipreußische Zug konnte bei der Rechten nur Widerstand hervorrufen. Darin lag die Schwäche von Hugo Preuß' Idee der "nationalen Demokratie" auf der Grundlage des Einheitsstaats. Schließlich hat sich die Fortbildungsfähigkeit der Weimarer Verfassung als Mangel erwiesen, wie Walter Simons schon 1930 geurteilt hat: "Man kann die Verfassung eines großen Volkes nicht behandeln wie die Satzungen eines beliebigen Vereins oder einer Aktiengesellschaft. Es ist gefährlich, daß auch die verfassungsrechtlichen Grundlagen unseres neuen Volksorganismus jederzeit durch eine qualifizierte Mehrheit des Reichstages umgestoßen werden können. ... Immerhin darf die Gefahr nicht verkannt werden, die darin besteht, daß die Leichtigkeit einer formalen oder materiellen Verfassungsänderung die Autorität dieser Verfassung selbst untergräbt und daher unzufriedene Teile unseres Volkes mit dem Gedanken einer völligen Beseitigung der Verfassung vertraut macht." [4]

---

1) E. Kaufmann: Grundfragen der künftigen Reichsverfassung (Im Neuen Deutschland, H. 6), Berlin 1919

2) A. v. Freytag-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, München 1924

3) Eine entsprechende Bestimmung hat im Art. 63 in der WRV Eingang gefunden und Gesetzeskraft erlangt.

4) W. Simons: in der Einleitung zu: Hugo Preuß (Meister des Rechts, Bd. 6), Berlin 1930, 9 f

Neben dem Entwurf von Hugo Preuß entstanden 1918/19 mehrere private Entwürfe, die aber nur geringe Berücksichtigung gefunden zu haben scheinen. [1] Hervorzuheben ist der Entwurf des im Dezember 1918 entstandenen Vereins "Recht und Wirtschaft". Dem Verein gehörten folgende Professoren an: Heinrich T r i e p e l , [2] Erich K a u f m a n n [3] und Theodor K i p p. [4] Der Enwurf [5] ist jedoch unpolitisch. An Privatarbeiten sind ferner noch zu nennen der Entwurf von Fritz S t i e r - S o m l o (Köln) [6] und von Johann Viktor B r e d t (Marburg). [7] Die wichtigsten Kommentare zur Reichsverfassung sind die von Gerhard A n s c h ü t z [8] und Friedrich G i e s e . [9] Groß ist die Zahl der Aufsätze [10] und Broschüren zur Verfassung, von denen die des Historikers Erich B r a n d e n b u r g [11] Beachtung verdient.

---

1) vgl. im einzelnen F. Giese: Die Verf. des Deutschen Reiches etc., a. a. O., 41 ff

2) Heinrich Triepel (1868-1946) war seit 1913 Prof. f. Staatsrecht in Berlin

3) Erich Kaufmann (geb. 1880). 1917 Prof. in Berlin, 1920 in Bonn. Rechtsbeistand der Reichsregierung in auswärtigen Fragen bis 1933, seit 1950 im Bundeskanzleramt.

4) Theodor Kipp (geb. 1862), seit 1901 Prof. f. Röm. Recht in Berlin

5) Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches, hrsg. v. Ausschuß des Vereins Recht und Wirtschaft, Berlin 1919

6) F. Stier-Somlo: Die Vereinigten Staaten von Deutschland (Deutsche Reichsrepublik). Ein Entwurf mit Begründung, Tübingen 1919

7) J. V. Bredt: Das Werk des Herrn Preuß oder: Wie soll eine Reichsverfassung nicht aussehen? Nebst Gegenentwurf einer Reichsverfassung, Berlin 1919

8) G. Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Stilkes Rechtsbibliothek, Bd. 1), Berlin 1921

9) F. Giese: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.August 1919 (Taschenausg.), Berlin 1919

10) z. B. G. Anschütz in: Deutsche Juristenzeitung (1919), 113 ff, W. Merk: Die neue Reichsverf. in: DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 4 (1920), 279 ff; R. Thoma: Deutsche Verfassungsprobleme, in: ANNALEN FÜR SOZIALPOLITIK UND GESETZGEBUNG, Jg. 6 (1919), 409 ff

11) E. Brandenburg: Wie gestalten wir unsere künftige Verfassung? Leipzig 1919

Scharfe Kritik am Entwurf von Hugo Preuß löste sofort die enthaltene Paralysierung von Preußens innerpolitischer Macht aus. Richard T h o m a meldete schon am 25. Januar 1919 Bedenken realpolitischer Art an. Zwar sei seine Stellungnahme von Gefühlwerten ganz frei, denn "der Notwendigkeit der deutschen Einheit" müsse "jedes Opfer gebracht werden," [1] doch sei der Weg des Unitarismus nicht gangbar, schon aus wirtschaftlichen Gründen. Die Zerteilung eines Großstaates wie Preußen würde eine Riesenarbeit verwaltungstechnischer Art mit sich bringen. Thoma war daher gegen die "Staatsschlächterei?" [2] Gegen eine Zerschlagung Preußens sprechen mehr als nur Gefühlsgründe. Und auch mit einem Großpreußen und mit einem Bundesrat läßt sich ein einheitliches und starkes Deutsches Reich errichten, in dem sowohl die Gefahr einer preußischen Hegemonie, als auch eines unwürdigen Entrechtung des großen Staates vermieden wird." [3] Der Historiker Otto H o e t s c h hingegen urteilte weit mehr emoktional, wenn er ausführte: "Liest man die Begründung durch, so sopürt man in ihr überall, wo das Verhältnis Preußens zum Reich in Frage kommt, einen Mangel an Verständnis für das Wesen des preußischen Staates, der sich bei einem so scharfsinnigen und kenntnisreichen Mann, wie der Staatssekretär Preuß ist, nur aus gefühlsmäßiger Abneigung gegen Preußen erklärt. Das aber ist nicht die Stimmung, in der ein Verfassungsentwurf gelingt. ... Sollen sich die Preußen, die auf ihren Staat ebenso stolz sind und ebenso an ihm hängen, wie die Bayern oder die Badener, das gefallen lassen? Und kommt denn dabei wirklich das Reich, das dieser Verfassungsentwurf neu aufbauen will, auf seine Rechnung? Kommt wirklich ein starkes geschlossenes Reich auf diesem Wege zustande? Alle diese Fragen sind strikt mit 'nein' zu beantworten." [4]

---

1) R. Thoma: Deutsche Verfassungsprobleme, a. a. O., 418

2) ebd., 418

3) ebd., 429

4) O. Hoetzsch: Preußen und das Reich, in. J. V. Bredt: Das Werk des Herrn Preuß etc., a. a. O., 43 ff, hier 44 und 47; entsprechend E. Kaufmann: Grundfragen der künftigen Reichsverfassung, Berlin 1919, 16.

Die preußische Frage behielt ihre Aktualität über die Verfassungsberatungen hinaus, obwohl der Preußsche Plan des Einheitsstaates via Auflösung Preußens in seine Provinzen nicht Wirklichkeit wurde.

Vor der Verabschiedung der preußischen Verfassung[1] im Jahre 1920 wandte sich der Greifswalder Nationalökonom Wilhelm K a e h l e r mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit in der er ein starkes Preußen forderte, als Rückgrat um der Reichseinheit willen. Kaehler griff daher die preußische Landesversammlung an, der er selbst als deutschnationaler Abgeordneter angehörte. In seiner Sicht bestand der Neubau des preußischen Staates in einem "Abbau von Preußen als Staat und im Abbau jeder preußischen Eigenart."[2] Aber auch die Reichsverfassung wurde direkt und indirekt kritisiert: "Wir halten es nach Geschichte und Wesen des deutschen Volkes für ausgeschlossen, daß einmal ein Einheitsstaat nach fremdländischem Muster die Form sein wird, in welcher das Einheitsstreben des deutschen Volkes seine staatliche Lösung finden wird."[3] Diese Kritik in einer Einzelfrage weitete Kaehler aus zu einem Frontalangriff auf die Verfassung überhaupt, die er nicht gesonnen war als gemeinsamen Ausgangspunkt praktischer Politik zu achten: "Wir sind nicht die Väter dieser Verfassung und halten viele ihre Bestimmungen und Grundgedanken für verderblich und unzweckmäßig; wir sind nicht für sie verantwortlich; und wenn wir ihre Aenderung auf gesetzlichem Wege erstreben, ist das unser gutes Recht."[4]

---

1) Giese, F./Volkmann, E.: Die Preußische Verfassung vom 30. Nov. 1920, Kommentar für Studium und Praxis, Berlin 1921, 2. Aufl. 1926

2) W. Kaehler: Warum brauchen wir ein ungeteiltes Preußen? Deutschnat. Flugschr. Nr. 68, Berlin o. J. (1920), 4

3) ebd., 3

4) ebd., 5

Auch Gerhard Anschütz plädierte - allerdings auf dem Boden der Verfassung - gegen eine Auflösung Preußens in radikaler Weise, da sonst "das Plus an formaler Reichseinheit ... nicht überboten werden würde, durch ein nationalpolitisches Minus; durch die zu gewärtigende Stärkung zentrifugaler Kräfte und Gesinnungen", [1] auch wenn der Primat des Reichsgedankens bestehen bleiben müsse.

Argumentierte Anschütz mehr staatsrechtlich-realpolitischen Standpunkt aus, so Siegfried Kähler vom historischen, indem er Hugo Preuß demokratischen Doktrinarismus vorwarf: "Es ist derselbe Doktrinarismus, der ein unbedingtes Soll der gegebenen und lebendigen Wirklichkeit entgegenstellt; es ist dieselbe unhistorische Auffassung vom Notbau oder Kunststaat, es ist dieselbe irrige Anschauung von dem Hegemoniestaat Preußen. Und endlich, es ist derselbe Einfluß des großdeutschen Gedankens wie 1848. Dem Zutritt Deutschösterreichs durfte, ja mußte Preußens Eigendasein geopfert werden." [2]

Daß die unitarischen Pläne von Hugo Preuß keineswegs der Mentalität der Zeitgenossen entsprachen, [3] zeigt sich daran, daß sie in allen politischen Lagern abgelehnt wurden, wie ja

---

1) G. Anschütz: Das preußisch-deutsche Problem. Skizze zu einem Vortrage (Recht und Staat in Gesch. u. Gegenw. H. 22), Tübingen 1922, 22; diese Auffassung trug Anschütz den Beifall Georg v. Belows ein. Vgl. G. v. Below: Deutsche Reichspolitik einst und jetzt, Tübingen 1922, 54.

2) S. Kähler: Das preußisch-deutsche Problem seit der Reichsgründung, in: Preuß. Jahrb. Bd. 185 (1921), 39 f (Antrittsvorlesung an der Universität Marburg); gegenteilig jedoch F. Meinecke, der 1919 die preußische Mission erfüllt sah, seine Ansicht später (1921) jedoch änderte. Vgl. Polit. Schriften, a. a. O., 280 ff und den Aufsatz "Das preußisch-deutsche Problem" in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 1921 (nicht in Polit. Schriften aufgenommen). Da auch H. Delbrück (Preuß. Jahrb. Bd. 175, 1919, 134) bereit war, Preußen zu opfern, erhält diese weit verbreitete Bereitschaft symptomatischen Charakter für die politische Zeitstimmung des Winters 1918/19, zumal damals noch der Anschluß Österreichs diskutabel war. Daß die Hegemonie Preußen dem österreichischen Anschluß nicht im Wege sein dürfe, betonte auch R. Thoma in: ANNALEN FÜR SOZIALE POLITIK UND GESETZGEBUNG, Jg. 6 (1919), 411.

3) Gegen den Einheitsstaat zugunsten einer bundesstaatlichen Konzeption vgl. ferner H. Nawiasky: Die Grundgedanken der Reichsverfassung, (Die innere Politik, hrsg. v. S. Hellmann), München/Leipzig 1920; in positivistischer Betrach-

auch Preuß bei seinen eigenen Parteifreunden Widerspruch erntete. [1] Mit dem Untergang des preußischen Königtums war für viele durch die Reichsverfassung auch "das Ende des preußischen Staatscharakters besiegelt." [2] In der Diskussion um das preußisch-deutsche Problem ging es um eine verfassungsrechtliche Teilfrage. Aber da der Entwurf dem historisch-politischen Empfinden der Zeitgenossen nicht entsprach und folglich zum Widerspruch provozierte, kann die einheitsstaatliche Konzeption nicht als glückliches Moment zur Begründung des republikanisch-demokratischen Gedankens bezeichnet werden. Die publizistischen Rechtfertigungen, mit denen Hugo Preuß nach 1919 hervortrat, konnten daran nichts ändern. 1921 erfolgte sein Gegenangriff: "Die Aufpeitschung von Gefühlen durch eine Berufung auf Preußens ruhmreiche Geschichte und den persönlichen Nimbus des Alten Fritz mag den demagogischen Ausbeutern vergangener Größe ihren Stimmenfang erleichtern, aber sie fördert in keiner Weise die klare Einsicht von Wesen und Bedeutung einer Frage, die entscheidend ist für die lebensfähige Entwicklung unseres gegenwärtigen nationalen Staates." [3] Preuß blieb dabei, daß Preußen kein Land wie die anderen Länder sei: "Es ist die Zusammenfassung des größten Teiles deutscher Länder zu einem engeren Komplex, zu einem unvollständigen Reiche im vollständigen Reiche. Nachdem Zeit und Gelegenheit einmal verpaßt sind, das hierin liegende Problem deutscher Staatsgestaltung auf einmal und gründlich zu lösen, ist uns nunmehr die Aufgabe gestellt, es in seiner Natur und Bedeutung klar zu erfassen und es so einer allmählichen und schrittweisen Lösung zuzuführen." [4]

---

tungsweise Ders.: Der Bundesstaat als Rechtsbegriff, Tübingen 1920; W. Otto: Die deutsche Frage. Bundesstaat oder Einheitsstaat (Im Neuen Deutschland, H. 5), Berlin 1921,28 forderte: "Zurück zu Bismarck", jedoch in organischer Weiterbildung für eine "kommende Reichsverfassung" (Monarchie).

1) vgl. E. Feder: Hugo Preuß, a. a. O., 26

2) F. Giese: Preußische Rechtsgeschichte, Berlin/Leipzig 1920, im Schlußwort 255

3) H. Preuß: Ist Preußen ein "Land"? in: Die deutsche Nation. Eine Zeitschr. f. Politik, Jg. 3 (1921), 199

4) ebd., 200; entsprechend H. Preuß: Deutschlands Staatsumwälzung. Die verfassungsmäßigen Grundlagen der deutschen Republik, Berlin 1920, 7 (Flugschr.)

Über die preußische Teilfrage hinaus wurde aber die Verfassung von ihrem Entstehen an als Ganze verworfen. Als erster rechtsgerichteter Hochschullehrer erhob Johann Viktor B r e d t seine Stimme: Gegen den Aufbau der Verfassung müsse "mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden, und zwar nicht von einem Parteistandpunkt aus, sondern im Interesse des ganzen Grundgedankens für das neue Reich, mit dem wir alle uns abzufinden haben. Wir wollen jedenfalls eine Verfassung schaffen, von der wir auch im Geiste der neuen Zeit etwas Gutes erwarten können und das ist bei diesem Entwurfe nicht der Fall." [1]

Lag in Bredts Gegenentwurf immerhin eine konstruktive Kritik, so ging Axel von Freytag-Loringhoven [2] zum Frontalangriff über. Mit der Nationalversammlung setzte für ihn die zweite Welle der Revolution ein, der er wie der ersten jede positive Zielsetzung absprach. [3] Freytag-Loringhoven war Monarchist. Die "Wiedergeburt Deutschlands" bedeutete für ihn daher in erster Linie die Wiederaufrichtung der Monarchie, wie er 1919 in einer Massenversammlung in Breslau verkündete: "Wir wollen die Monarchie, aber die konstitutionelle Monarchie. Sie muß der Ruhepunkt werden und wir wollen an der Hoffnung festhalten, daß wir für Deutschland diesen Ruhepunkt in absehbarer Zeit wieder finden werden. Denn die konstitutionelle Monarchie ist für unser deutsches Volk nicht nur die beste, sie ist die einzige Staatsform, unter der es sich gedeihlich zu entwickeln vermag. Daran ist auch einer Meinung gegenüber festzuhalten, auf die man

---

1) J. V. Bredt: Das Werk des Herrn Preuß etc., a. a. O., 18 f; Bredt gestand im Vorwort allerdings zu: "Es hat heute auch für die rechtsstehenden Parteien keinen Zweck, grollend bei Seite zu stehen; vielmehr ist es auch für sie eine zwingende Notwendigkeit, sich mit den Fragen der Zeit auf irgendeine Weise abzufinden und an der sozialen Neuordnung unseres Volkes mitzuarbeiten."

2) Axel v. Freytag-Loringhoven (1878-1942) war seit 1911 Prof. für Staats- und Völkerrecht in Dorpat, 1918 in Breslau. Während des Krieges war er juristischer Berater beim Stab des deutschen Oberbefehlshabers Ost. Seit 1924 gehörte er als Reichstagsabgeordneter zum rechten Flügel der DNVP (Hugenberg); scharfer Gegner der Außenpolitik Stresemanns.

3) A. v. Freytag-Loringhoven: Zur Psychologie der Revolution, KONSERV. MONATSSCHR. Jg. 78 (1921), 199 ff

jetzt selbst in national und monarchisch gesinnten Kreisen häufig stößt. Sie geht dahin, daß die gemäßigste Staatsform, auf deren Aufrichtung in Deutschland wir mit Aussicht auf Erfolg hinarbeiten können, die parlamentarische Monarchie ist. Ihren Trägern scheint es notwendig, dem, was sie für den Zeitgeist halten, gewisse Zugeständnisse zu machen und das des Parlamentarismus dünkt ihnen noch das erträglichste. Wer so denkt, befindet sich aber im Irrtum. Die freudigste Konzessionsbereitschaft kann nicht tatsächliche Vorbedingungen schaffen, die in der Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Und in Deutschland mit seinem zerklüfteten Parteiwesen fehlt es nun einmal an den Grundlagen des Parlamentarismus. Davon abgesehen, tauschen sich die Anhänger dieses Gedankens in noch einer Hinsicht. Wenn der revolutionäre Wahnsinn erst überwunden sein wird, wird aller Wahrscheinlichkeit nach innerhalb des ganzen Volkes eine stark reaktionäre Stimmung Platz greifen. Vielleicht wird es dann sogar schwer fallen, dem konstitutionellen Gedanken zu seinem Recht zu verhelfen. Vom Parlamentarismus aber werden, wenn man der natürlichen Entwicklung ihren Lauf läßt, auch heute sehr weit links stehende Kreise nichts hören wollen. Hat es da einen Zweck mit angeblichem Weitblick schon im Voraus für ihn Stimmung zu machen?" [1]

Das war eine klare Absage an die Republik und den Parlamentarismus. Mit der Verfassung im einzelnen brauchte sich Freytag-Loringshoven daher nicht mehr eingehend beschäftigen. Bemerkenswert ist aber sein Kommentar über die Grundrechte, in denen er die "Nachahmung fremder Muster" vornehmlich des amerikanischen, verurteilt: "In immer regem Nachahmungseifer konnte die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt im Jahre 1848 nicht anders als gleichfalls diesem Beispiel nachäffen. Jetzt, um mehr als ein Jahrhundert später,

---

1) Politik. Eine Einführung in Gegenwartsfragen, München 1919, 34 f

muß unsere Revolution wiederum mit fremdem Kalbe pflügen, muß sie ihre Blöße mit den abgetragenen amerikanischen Fetzen verhüllen." [1]

Einen wissenschaftlichen Kommentar zur Reichsverfassung legte Freytag-Loringhoven erst 1924 vor. [2] Bewußt bekannte er sich hier zu einer politischen Betrachtungsweise: "Die Auffassung, daß es überhaupt nicht Aufgabe der Wissenschaft, insbesondere der Staatsrechtswissenschaft, sei, ein Werturteil abzugeben, daß sie sich damit begnügen müsse, festzustellen, was ist und darüber zu schweigen habe, was sein soll, muß mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Die Wissenschaft, gleichviel auf welchem Gebiet, ist sich nicht Selbstzweck und darf es nicht sein. Wie jede andere Form menschlicher Betätigung hat sie dem großen Ganzen, dem Vaterlande und dem eigenen Volk zu dienen. Das kann sie nur, wenn sie den Gegenstand ihrer Forschung gerade unter dem Gesichtspunkt prüft, ob er diesem großen Ganzen nützlich oder schädlich ist. Und in besonders hohem Maße liegt die Pflicht zu solcher Betrachtungsweise der Wissenschaft des Staatsrecht ob. Weniger, als irgendeine andere, darf sie sich auf sich selbst zurückziehen und sich vor dem Leben verschließen. Sie vor allem muß mithelfen, den Staat zu gestalten, dessen das Volk bedarf. Wenn selbst unter der Herrschaft der Bismärckischen Verfassung, im aufblühenden Kaiserreich eine Beschränkung auf die Dogmatik des Staatsrechts nur eine vorübergehende, bloß im Interesse der Ausbildung der Wissenschaft zulässige Erscheinung darstellte, darf heute, da höchste Not das Vaterland bedrängt, von einer solchen Beschrankung nicht die Rede sein." [3]

---

1) ebd., 92
2) A. v. Freytag-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, München 1924; eine Kurzfassung in popularisierter Form ging voraus: Verfassungsänderungen, Widrigkeiten, Wandlungen im heutigen Deutschland (Deutschnat. Flugschr. Nr. 145), Berlin 1924; Fr.-Loringhovens Beitr.: Der Geist der neuen Reichsverfassung im Deutschnationalen Jahrbuch für 1920, o. O. ist an keiner deutschen Bibliothek erhältlich.
3) Die Weimarer Verfassung etc., a. a. O., Vorw., IV

Damit stellte Freytag-Loringhoven seine juristischen Darlegungen bewußt unter eine politische Gesinnung. In dieser floß ein reaktionärer Monarchismus mit völkisch-antisemitischen Elementen zusammen. Demgemäß versuchte er die Widersprüche der Verfassung zum völkischen Gedanken aufzudecken. So bemängelte er z. B.: "Deutscher ist für die Verfassung nicht der Mensch aus deutschem Blut. sondern jeder, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Angesichts der Denkweise der Mehrheit der Nationalversammlung, der Vorherrschaft, die Fremdstämmige in ihr ausübten, vor allem der Tatsache, daß die Verfassung selbst das Werk eines Nichtdeutschen ist, einer Tatsache, die in der Geschichte aller Völker einzig dasteht, konnte das nicht anders sein." [1] Das Gesamturteil aber lautet: "Die aus undeutschem Geist geborene Weimarer Verfassung muß vergehen und wird vergehen. An ihre Stelle wird eine andere treten. Und diese neue Verfassung wird auf völkischer Grundlage aufgebaut sein, wird die Verschmelzung des völkischen mit dem staatlichen Gedanken bringen." ... "Nach dem Zusammenbruch wurde von denselben Männern, die ihn verschuldet hatten, ein Notbau errichtet, häßlich und windschief, nach ausländischen, undeutsch gedachten Plänen, aus unedlem Material, aber geschickt verputzt, mit Ornamenten aus billigem Stuck verziert. Dem trüben Auge des Urteilslosen konnte er ein Palast scheinen, würdig, dem deutschen Volke eine Heimstätte zu sein. Aber in Wirklichkeit diente er den Fremdstämmigen. Ihnen sollte er eine Zwingburg sein zur Beherrschung des deutschen Volkes. Heute steht auch dieser Staat vor dem Zusammenbruch und die Bahn wird frei für den Aufbau des völkischen Staates. Da heißt es vor allem, darüber klar zu sein, daß an diesem Staat nur teilhaben darf, wer aus deutschem Blute stammt." ... "Unser Geschlecht hat Deutschlands Zusammenbruch geschehen lassen. Auf unserem Geschlecht liegt die heilige Pflicht,

1) ebd., 387 f

Deutschland wieder aufzurichten. Diese Wiederaufrichtung kann nur Wirklichkeit werden, wenn wir in völkischem Geiste den neuen deutschen Staat aufbauen. Und dieser neue Staat wird dereinst seine Vollendung im Zusammenschluß aller deutschen Stämme finden." [1]

An Scharfe kam den Auslassungen Freytag-Loringhovens nur noch der Kemmentar von Walther M e r k [2] aus dem Jahre 1920 gleich. [3] Auch dieser Kommentar, beladen mit einem ansehnlichen wissenschaftlichen Apparat, kam zu folgendem Ergebnis: "Die neue Verfassung des Deutschen Reiches ist nicht die dem deutschen Volkstum angemessene staatliche Form, die seine Zukunft zu sichern vermag, sondern höchstens eine Durchgangsstufe dazu. Die heutige 'kaiserlose, schreckliche Zeit' mit ihren 'Errungenschaften' der äußeren Knechtschaft und der inneren Mißwirtschaft wird je länger, je mehr die Jahrzehnte nach der Reichsgründung von 1871 als Höhepunkt unserer staatlichen Entwicklung erkennen und heiße Sehnsucht nach jenem, Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt sichernden Kaisertum emporlodern lassen. Es wäre indes verkehrt, von bloßen äußerlichen Verfassungsänderungen als solchen oder gar von gewaltsamem Umsturz die Wiederkehr dieser Zeiten der Herrlichkeit des Reichs zu erhoffen. ... Nur die Selbstbesinnung auf unser eigenstes Wesen und die Ausscheidung aller volksfremden Gifte, die das Mark unseres Volkes zerstören, kann unser Staats- und Volksleben erneuern. ... Ein völkisch und sittlich gelautertes deutsches Volk wird, statt fremden Irrlichtern nachzujagen, auch den germanisch-deutschen Staatsgedanken wieder zu Ehren bringen, das Joch der Fremdherrschaft zerbrechen und das unerlöste Deutschland befreien." [4]

---

1) ebd., 398 f und 409

2) W. Merk (geb. 1883), Prof. für deutsches und germanisches Recht, Straßburg 1918, Freiburg und Rostock 1919, Marburg 1920

3) W. Merk: Die neue Reichsverfassung, in: DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG, Jg. 4 (1920), I 275 ff und II 354 ff

4) ebd., 364

Dagegen versuchten die demokratisch gesinnten Kollegen die Verfassung im neuen Geist zu kommentieren. Der katholische Staatsrechtler Konrad B e y e r l e (München), der an den Weimarer Verfassungsberatungen teilgenommen hatte, wollte mit einem "sachlichen Bericht ... deutsche Herzen erobern." [1] Lag bei den Nationalisten die "Wiedergeburt" in der Zukunft, so wollte sie Beyerle in der Verfassung erblicken: "Die Verkündung der neuen Reichsverfassung ist ein denkwürdiges Ereignis der deutschen Geschichte. Unter den Schicksalsschlagen eines verlorenen Krieges besaß Deutschland Kraft genug, sein Staatswesen auf fast völlig neuen Grundlagen aufzubauen. Die Nationalversammlung hat die Hoffnung nicht getäuscht, die auf ihre Einberufung gesetzt wurde. Sie setzte dem innerpolitischen Kampfe der Revolutionsparteien um die rechte Staatsform des neuen freien Volksstaates ein Ziel, denn ihre Beschlüsse verkörperten den Gesamtwillen der Nation." ... "Die deutsche Reichsverfassung vom 11. 8. 1919 wird nicht ein Gesetz für ewig sein. Aber sie ist mehr als ein Notbau, sie ist ein in schwerster Zeit unter äußerster Kraftanstrengung aller Beteiligten zustandegekommener staatsrechtlich festgefügter Neubau." [2]

Aus der Defensivstellung heraus trat Gerhard Anschütz den Verfassungsgegnern 1922 in einer Rektoratsrede entgegen. Anschütz befürwortete wie Hugo Preuß den Einheitsstaat. In dieser Idee sah er gegenüber 1848 und 1871 die historische Legitimation der Republik: "Erst jetzt, nach der Staatsumwälzung und aufgrund der neuen Verfassung haben wir ganz zweifelsfrei den Grad von Einheit erreicht, auf den wir, als eine große Nation, einen unverlierbaren Anspruch haben: die staatliche Einheit." [3] Daraus ergab sich für Anschütz

---

1) K. Beyerle: Die Verfassung des deutschen Reiches (Reichsgesetzblatt Jg. 1919, Nr. 152), München 1919, Vorwort

2) ebd., 1 und 8

3) G. Anschütz: Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsverfassung. Rede geh. bei der Jahresfeier d. Univ. Heidelberg 22. 11. 1922 (Recht u. Staat in Gesch. u. Gegenw. H. 26), Tübingen 1923, 13; Die Staatlichkeit des Reichs betone die

die Verschwisterung des nationalen mit dem demokratischen Gedanken, womit er den Gegnern der Verfassung eine falsche Frontstellung vorwarf. Die Verfassung könne nicht aus nationalistischen Gründen abgelehnt werden, da doch gerade die Verfassung vom nationalen Geiste durchweht sei: dem Gedanken der "Einheit von Staat und Volk." [1] Mit diesem Gedanken legte Anschütz den Finger auf die Wunde, die für den Zeitgeist der Weimarer Republik charakteristisch ist: die mangelnde Selbstidentifikation der Bürger mit dem Staat. Diesen Zwiespalt hoffte Anschütz unter Hinweis auf das nationale Element der Verfassung zu überwinden. Die Entwicklungsfähigkeit der Verfassung komme diesem Gedanken zugute. Die Verfassung"steht insbesondere nicht im Wege einer Weiterentwicklung, die ich - wiederum zögere ich nicht, ein Bekenntnis aufszusprechen - im nationalen Interesse herbeiwünschen muß: der Weiterentwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat." [2] Damit verlor auch für Anschütz die Verfassung jeden "dogmatischen" Charakter, auch wenn er die Grundprinzipien der Verfassung nur auf der Ebene der "Privatdiskussion" (ebd.) zuließ. Denn er mußte damit die Verfassungsgegnerschaft in jenen "Privatdiskussionen" zugestehen, die in entgegengesetzter Weise auf eine Verfassungsrevision hinausliefen. Damit blieb die Funktion der Verfassung als Grundlage des politischen Consensus nur aus realpolitischen Notwendigkeiten gerechtfertigt. Diese Auffassung vertrat Anschütz mit umso größerem Nachdruck: "Eben weil es sich bei der den Gegnern erwünschten Verfassungsrevision ...

Weimarer Verfassung starker als die Monarchie als Summe oder Bund von Gliedstaaten. Darin liege ein nationaler Fortschritt. Gerade dadurch aber sei der Zusammenhang des Staatslebens durch die Revolution nicht unterbrochen. (Vgl. oben S.373 , Anm. 2); "Die Verfassung hat gewechselt, der Staat ist geblieben." (G. Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reichs etc., a. a. O., 11). Diese Feststellung war in den Kämpfen um die Reichsverfassung juristisch bedeutsam; ähnlich wie Anschütz sprach Leo Wittmayer: Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1922, 128 von einer "Äußeren geschichtlichen Konjunktur der neuen Reichsgründung."

1) ebd., 30

2) ebd., 18

um Fragen von höchster prinzipieller Bedeutung, um Änderung der bestehenden Grundlagen handelt, rechne ich auf Zustimmung, wenn ich der Ansicht bin, dass zu solchen Änderungen heute nicht die Zeit ist. Was die Zeit von uns verlangt, ist, dass wir auf Rettung sinnen aus unserer Not, die gen Himmel schreit, nicht aber, dass wir Verfassungsartikel oder gar Verfassungsgrundlagen ändern. Das Gebot der Stunde ist nicht, dass wir unsere Verfassung revidieren, sondern, dass wir uns unter ihr vertragen, sie als die von allen für alle beschlossene oberste Ordnung der deutschen Dinge anerkennen."[1] In dieser Auffassung klingt eine vernunftrepublikanische Argumentation an. Zwar war in der Sicht von Anschütz die Verfassung der unumstößliche Maßstab politischen Denkens und Handelns[2] jedoch nur insofern, als er eine Relation zur politischen Situation der Zeit sah. Da nämlich eine Verfassungsrevision den Bürgerkrieg und damit die Alternative Republik oder Anarchie bedeuten würde, könne es zur Zeit im nationalen Interesse keine grundlegende Verfassungsänderung geben. Daher werde "den Gegnern der bestehenden Staatsform nicht zuviel zugemutet, wenn wir von ihnen verlangen, daß sie das einsehen und vorerst aufhören, das was besteht und gültig zu Recht besteht, als offene Frage zu behandeln."

Staatspolitische Einsicht war es also, die Anschütz zu der Aufforderung brachte, Republik und Demokratie anzuerkennen, und damit den politischen Dissensus zu überwinden in der

---

1) ebd., 18

2) vgl. ebd., 6: "Das Reich bietet den Deutschen nicht Ersatz für einen Staat, sondern es ist der deutsche Staat. Das ist nicht ein bloßer politischer Wunsch, sondern es ist staatsrechtliche Wirklichkeit, unzweideutig kundgegebener Wille unserer Verfassung."

3) ebd., 27

pflichtbewußten Mitarbeit am Staat. Das war der Inhalt seiner Vorstellung von der nationalen und demokratischen Volksgemeinschaft.

Der Versuch von Anschütz, der Reichsverfassung zu allgemeinem Ansehen zu verhelfen, indem er sie als Symbol fortentwickelter nationaler Einheit hinstellte, entsprach nicht dem allgemeinen Bewußtsein. Hans N a w i a s k y [1] z. B. kam - obwohl er sonst die WRV loyal kommentierte - zu einem diametral gegenteiligen Urteil: "In welch ganz anderem Licht steht das Bild der Vorgängerin, der Bismarckschen Verfassung von 1871 vor unseren Augen, als Symbol der Erfüllung heißer nationaler Wünsche, als Zeugnis des Wiedererstehens von Kaiser und Reich in stolzer Pracht und Herrlichkeit." [2] Demgegenüber bezeichnete er die Weimarer Verfassung als "Sorgenkind", an dem "niemand ... eine rechte Freude" haben konne (ebd.). Das Gesamturteil Nawiaskys lautete dementsprechend zwiespältig: "So erfüllt die neue Verfassung letzten Endes doch, so schmerzvoll die Opfer im Einzelnen auch sein mögen, die Aufgabe, ein Haus zu errichten, das dem deutschen Volke eine, wenn auch bescheidene und vielfach bedrückte Unterkunft bietet, um sich wieder selbst zu finden und an seinem Wiederemporkommen zu arbeiten. Eine solche Notunterkunft ist gewiß kein stolzes Gebäude voll Behaglichkeit und Pracht, kein architektonisch fehlerfreies, in sich ausgeglichenes Meisterwerk einer aus dem Vollen schöpfenden Staatskunst, aber eine Zuflucht für die Volksgesamtheit, in der die von unseres Volkes größtem Staatsmann, Bismarck, geschaffene Reichseinheit, zerkratzt und zerschunden, aber nicht zerrüttet und zerschlagen, wie das kleinmütig oder böswillig immer wieder behauptet wird, ihren Eingang gefunden hat. Diese Erkenntnis muß uns mit ihren Mängeln versöhnen und uns den Weg erleichtern, wenn wir daran gehen, uns über die neuen Einrichtungen klar zu werden und uns mit ihnen vertraut zu machen." [3]

1) Hans Nawiasky (geb. 1880), war Prof. f. Staats- und Verwaltungsrecht in München seit 1919 (Vorher Priv. Doz. in Wien).
2) H. Nawiasky: Die Grundgedanken der Reichsverfassung, München/ Leipzig 1920, 7

Das Urteil der Staatsrechtswissenschaft über die WRV spiegelt also die Divergenz der politischen Standpunkte der Zeit, zumal über den juristischen Inhalt hinaus sehr häufig eine Deutung des politischen Gehalts der WRV gegeben wurde.[1] Damit wurden auch die Staatsrechtler weitgehend zu Exponenten des Zeitgeistes.

---

3) ebd., 20 f

---

1) So z. B. ausdrücklich Nawiasky, ebd. im Vorwort. Auch der Kommentar von Anschütz wollte mehr ein staatsbürgerliches Lehrbuch sein, indem er im Vorwort darauf hinweist, daß dieses Werk jenseits der üblichen Gesetzeskommentare stehe: "es möchte nicht sowohl nachgeschlagen als gelesen werden." Eine Rezension (Preuß. Jahrb. Bd. 184, 1921, 275) nennt das Buch einen Beitrag zur "Diskussion über die politische Erneuerung." - Auf der Gegenseite haben wir das wissenschaftlich-politische Selbstverständnis A. v. Freytag-Loringhovens schon oben S. 390, Anm. 2 genannt.

3. Der Konnex Weimar und Versailles

Die Aufnahme der WRV im politischen Bewußtsein der Zeitgenossen bliebe unvollständig, wenn nicht noch auf die Wirkungen des Versailler Friedensvertrags hingewiesen würde. Gelang der Ausgleich der politischen Gegensätze in Richtung auf die allseits herbeigesehnte "Volksgemeinschaft" immer weniger, so konnte der Versailler Friedensvertrag nocheinmal die Hoffnung auf eine nationale Solidarität aufkommen lassen.

Eugen F i s c h e r - B a l i n g berichtet darüber rückblickend 1932: "Die kleine Minderheit der Rechtsparteien konnte sich die Rolle des Neinsagens leisten. Aber sie entzogen sich nicht der Achtung vor dem Patriotismus der Jasager. Erhabenes Gemeingefühl jener Tage! Ehrwürdiger Ernst unter der Gewalt der Tatsachen und der Not! Die Opposition vereinbarte mit der Mehrheit, daß sie deren vaterländische Gesinnung ausdrücklich anerkennen werde. So gingen die Mitglieder der Nationalversammlung in die verantwortungsschwerste Sitzung, zu der jemals das Schicksal 400 Deutsche gefordert hat. Die Versammlung war mit der vom 4. August 1914 vergleichbar. Dieselbe Allgewalt der Stunde zwang zur heiligen Einheit. Nur daß statt Kraftgefühl jetzt Notgefühl herrschte. Nur daß damals die lichte Gestalt Siegfrieds durch den Raum flog, heute die dunkle Norne lastete. Es war ein tiefernstes Ja, mit dem jeder Abgeordnete von der Sozialdemokratie bis zum Zentrum sich unter die unerbittliche Gewalt der Tatsachen beugte." [1]

Der Münchner Historiker Karl Alexander von M ü l l e r war noch 1921 bereit, die inneren Gegensätze im Hinblick

---

1) E. Fischer-Baling: Volksgericht. Die deutsche Revolution von 1918 als Erlebnis und Gedanke, Berlin 1932, 252 f

auf den äußeren Feind zu vergessen: "Denn es ist ein Gefühl, ein Wille, der uns alle hier vereinigt, Bürger und Arbeiter, Angestellte und Beamte, Verbraucher und Erzeuger und Männer des Handels, deutsche Volksgenossen alle - ach, so schwer zu vereinigen, so schwer aus den Schranken ihrer politischen, ihrer sozialen Gegensätze herauszuheben zu einem gemeinsamen Handeln! Aber heute und hier sind Sie herausgehoben. Heute und hier sind Sie vereinigt, alle, aus welchem Stande Sie kommen, welche Arbeit Sie ausüben, mit dem Kopf oder mit der Hand, welcher Partei Sie angehören. Denn Sie fühlen alle, daß die Entscheidung, die jetzt vor unserem Volke steht, gewaltiger ist als alle Gegensätze, die uns sonst zerklüften, daß sie an das rührt, was uns allen, trotz aller Gegensätze, gemeinsam ist." ... "Geirrt so oder so haben wir alle. Und mit scheint, wir könnten diesen inneren Streit jetzt begraben." [1]

Gerhard Anschütz schließlich erwartete von der Geschlossenheit nach außen den innenpolitischen Frieden, wenn er ausrief: "Kehrt Eueren Haß ... nicht gegen die Volksgenossen und Mitbürger, kehrt ihn dahin, wo er hingehört. Der Feind steht nicht links und nicht rechts, er steht am Rhein; da steht er, der einzige, mit dem es nicht Friede noch Versöhnung gibt, ich brauche ihn nicht zu nennen." [2]

Es darf jedoch festgestellt werden, daß derartige Appelle Einzelerscheinungen blieben, die nicht zum Durchbruch gelangten. Denn die Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde den Trägern der Republik angelastet und es begann ein Verleumdungsfeldzug gegen die republikanischen Parteien. Damit

---

1) K. A. v. Müller: Volk in Not! Rede bei der großen Einspruchsversammlung der Münchner Einwohnerschaft gegen das Pariser Diktat im Münchner-Kindl-Keller am 7. Febr. 1921, München o. J. (1921), 3 und 11

2) Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsverfassung etc., a. a. O., 34

traten die innen- und außenpolitische Zukunft der Republik in einen engen Konnex.

Dieser ursächliche Zusammenhang wurde zunächst offenkundig im Artikel 61, Abs. 2 der Reichsverfassung einerseits und dem Artikel 80 des Friedensvertrages andererseits. Während die Reichsverfassung die Angliederung Deutschösterreichs vorsah, bestimmte der Friedensvertrag, daß Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anerkenne. In einer diplomatischen Urkunde mußte Deutschland am 22. September 1919 erklären, daß alle Verfassungsbestimmungen, die mit dem Friedensvertrag kollidieren, ungültig seien. [1] Die formelle Entfernung des Artikels 61, Abs. 2 wie es die Entente verlangt hatte, scheiterte allerdings am Widerstand der Reichsregierung. Der Kommentar von Gerhard Anschütz lautet: "Art. 61, Abs. 2 ist ... als Bekenntnis zu einem unverrückbaren Ziel unserer nationalen Weiterentwicklung in unserer Reichsverfassung stehen geblieben." [2] Die Beschränkung der deutschen Souveränität [3] durch die Bestimmung des Friedensvertrags

---

1) vgl. H. Pohl: Reichsverfassung und Versailler Vertrag, Tübingen 1927 , 8 ff; Das Verbot des österr. Anschlusses wurde ferner niedergelegt im Art. 88 des Friedensvertr. von St. Germain. Vgl. Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten, Bd. II, a. a. O., 760 ff

2) G. Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reiches etc., a. a. O., 121

3) Dieser Sachverhalt wurde nur von Leo Wittmayer: Die deutsche Reichsverfassung, a. a. O., 25 ff bestritten. Diese rein formalrechtliche Feststellung erlangte aber keine Bedeutung in der politischen Diskussion. Über Wittmayer vgl. Erich Eyck im Anhang S. 475, Nr. XXIV

erregte bei den Zeitgenossen tiefe Empörung,[1] die ihre innenpolitischen Konsequenzen hatte. Auf demokratischer Seite wurde der Protest an die Adresse der Entente gerichtet. Der Kieler Theologe Otto B a u m g a r t e n äußerte besorgt: "Wie soll man nun den Glauben an den Völkerbund predigen, nachdem in seinem Namen solcher Mord an unserer Volkssouveränität begangen ist?" [2] Zur gleichen Zeit wurde

---

1) Die Stellungnahmen zum Versailler Vertrag waren innerhabl der Hochschullehrerschaft sehr zahlreich. Einige seien hier nur genannt: A. Grabowsky: Der Friede, in: Das Neue Deutschland, Jg. 7 (1918/19), 377 f; M. J. Bonn: Die deutsche Politik in Versailles, in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 30, Bd. II (1919), 1409 ff; M. v. Gruber: Der Vernichtungsfriede, in: DEUTSCHL. ERN. Jg. IV (1920), 2 ff; Max Lenz: Knechtschaft (Rede 1921), in: Wille, Macht und Schicksal, kleine histor. Schriften Bd. III, München/Berlin 1922, 172 ff;
Von deutschfreundlichen Stellungnahmen ausländischer Professoren vor allem der Engländer J. M. Keynes: Der Friedensvertrag von Versailles (Die Europäische Bücherei Bd. III), Berlin 1921; Ders.: Vertragsrevision und öffentliche Meinung, in: DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHL., Jg. 2 (1920), 357 ff; vgl. H. Oncken: Wilson und Lansing, in: DAS NEUE DEUTSCHLAND, Jg. 9 (1920/21), 284 ff; ferner Georg Brandes: Der Tragödie zweiter Teil. Der Friedensschluß, Gotha 1920, bes. 55 ff; "Die deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik" Jg. 3 (1921), 383 ff enthält eine Zuschrift mit der Forderung "Revision von Versailles", die die Professoren A. Aall (Christiania), R. Kycken (Uppsala), S. Michelet (Christiania), G. F. Steffen (Gothenburg) und James Ward.

2) O. Baumgarten: Die Friedensbedingungen des Feindes, in: EVANGELISCHE FREIHEIT, Jg. 19 (1919), 185; Ein Verfechter des Völkerbundgedankens war sein Parteigenosse Walther Schücking: Die nationalen Aufgaben unserer auswärtigen Politik, Berlin-Friedenau 1926 (Aufsatzsammlung), bes. 32 ff; Ders.: Ein neues Zeitalter? Kritik am Pariser Völkerbundentwurf (Deutsche Liga für Völkerbund, 7. Flugschrift), Berlin 1919; vgl. auch V. Valentin: Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland, Berlin 1925

denn auch das "Gerede von Versöhnung, von Völkerbund und Gerechtigkeitsfrieden" [1] auf der Rechten verächtliche beiseite getan. Ein Protestaufruf deutscher Hochschullehrer gegen die geforderte Auslieferung des Kaisers vom 13. Juli 1919 beginnt: "Wir haben den Krieg verloren. Sogar unsere Ehre haben Regierung und Nationalversammlung nicht zu wahren gewußt." [2] Ausdrücklich wurde dabei betont, daß sich der Protest (wegen der Zwecklosigkeit" weniger gegen die Entente als vielmehr gegen Deutschland richte. Der Berliner Althistoriker Eduard M e y e r , der die Erklärung mit einer großangelegten Unterschriftensammlung inszeniert hatte, gab folgende Erläuterung: "Wenn die Kreise, welche den Anspruch erheben dürfen, eine führende Stellung im geistigen Leben der Nation einzunehmen, auch bei dieser größten Schande, die man uns antun will und die die jetzt in Deutschland waltenden Machthaber gehorsam sich aufladen lassen, sich in ein angeblich vornehmes, kaltblütig abwartendes Schweigen hüllten, dann verdienten sie in der Tat nicht, daß man noch jemals wieder auf ihre Stimme hört; und wenn Deutschland weiter in stumpfer Resignation verharren sollte, dann hätten unsere Todfeinde tatsächlich ihr Ziel erreicht, dann wäre Deutschland für alle Zukunft ausgestrichen aus der Reihe der Nationen und hätte sich selbst verurteilt, als ein Sklavenvolk elend zu versinken." [3]

---

1) Eduard Meyer: Für Ehre, Wahrheit und Recht. Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage, Berlin o. J. (1919), 5

2) Die Erklärung erschien am 13. Juli 1919 im TAG und anderen deutschen Zeitungen und wurde mit einem Kommentar Eduard Meyers sowie dem Abdruck zahlreicher Unterschriften (über 1000) als Flugschrift mit dem Titel: "Für Ehre, Wahrheit und Recht" verbreitet.

3) ebd., 6 f

Verschiedentlich wurde empfohlen, der schulentlassenen Jugend (Art. 148) nicht nur ein Exemplar der Verfassung, sondern gleichzeitig als Kommentar die Versailler Friedensbedingungen zu überreichen. [1] War dies gleichsam entschuldigend gemeint, so konnte der Friedensvertrag als 'Kommentar der Verfassung' auch in herabwürdigendem Sinne verwertet werden. Walther Merk sprach bezüglich des Artikels 61, 2 von einem "Papierenen Trost" und verband damit einen Vorwurf gegen die Regierung, die diese "Demütigung des Reiches" hingenommen hatte. [2] Vor allem aber war es der Artikel 148 der Weimarer Verfassung, der in diesem Sinne Widerspruch hervorrief. Der Artikel sprach vom "Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung" (Abs. 1). Es wurde Anstoß daran genommen, weil Völkerversöhnung und deutsches Volkstum unvereinbare Gegensätze seien: "Daß für jeden, der völkisch empfindet, unter den heutigen Verhältnissen eine solche Zusammenstellung des Geistes des deutschen Volkstums mit dem Geiste der Völkerversöhnung einen Schlag ins Gesicht bedeutet, bedarf keiner Darlegung. Daß derartiges in die Verfassung hineingeschrieben werden konnte, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie fern sie deutschem Geiste ist." [3]

---

1) L. Wittmayer: Die Weimarer Reichsverfassung, a. a. O., 26; H. Pohl: Reichsverfassung und Versailler Vertrag, a. a. O., 4

2) W. Merk: Die neue Reichsverfassung, a. a. O., 282; entsprechend A. v. Freytag-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung, a. a. O., 387; Die Einwirkung auswärtiger Gewalten auf die deutsche Reichsverfassung (Rektoratsrede), Halle 1925, 16

3) A. v. Freytag-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung etc., a. a. O., 55

Diese Auffassung begegnet in den Verfassungskommentaren immer wieder: "Soll unsere Jugend denn dazu erzogen werden, in knechtischer Unterwürfigkeit den Schmach- und Vergewaltigungsfrieden von Versailles als unabänderliches Geschick geduldig hinzunehmen, statt voll Zorn und Ingrimm alle Kräfte anzuspannen um dereinst das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln und das unerlöste Deutschland zu befreien. Die Väter der neuen Verfassung hatten anscheinend kein Verständnis dafür, daß auch das deutsche Volk seine 'Grundrechte' hat ... Vor allem das Recht auf Schutz seines Volksbodens gegen fremdvölkische Überflutung." [1] Alle diese Angriffe zielten darauf ab, die äußeren Einwirkungen des Friedensvertrags dem inneren Geist der Verfassung anzulasten: "Wir sehen Ansätze zu Bekenntnissen nationalen Stolzes und Selbstbewußtseins gemischt mit Verbeugungen vor den tönenden, scheinheiligen Phrasen unserer Feinde ... Jetzt ist es wohl klar, daß nicht um die äußeren Verhältnisse, unter denen die neue Verfassung entstanden, sondern auch der innere Geist den lauen Empfang erklärt ... Das kann nicht das ersehnte goldene Rechtsbuch des deutschen Volkes sein als Mitgift auf den dornenvollen Weg des Sichemporarbeitens. ... Wir wissen alle, daß der beispiellos jähe äußere Zusammenbruch des deutschen Volkes naturnotwendig den tiefsten seelischen Zusammenbruch zur Folge haben mußte. Die Volkskreise, die in unerschütterlichem Glauben auf die Zukunft und Größe des Vaterlandes fest gebaut, waren bis ins Mark, in die innerste Lebenskraft getroffen. Die Elemente dagegen, die egoistischste und materielle Ziel für sich als maßgebend erachteten oder den naiven Idealen eines Weltsolidarismus nachhingen, waren aller Schranken und Fesseln ledig." Noch 1925 sprach Max

---

1) W. Merk: Die neue Reichsverfassung, a. a. O., 281 f

2) H. Nawiasky: Die Grundgedanken der Reichsverfassung, a. a. O., 19 f; auch G. Anschütz: Die Verfassung etc., a. a. O., 238 f gestand den Widerspruch in Art. 148 zu.

Fleischmann bezüglich Art. 148 von einer "Sünde wider den Geist der Nation", wenn der Verfassungsgesetzgeber "nicht das Gefühl hatte, daß man in den Tagen schnödester Vergewaltigung des deutschen Volkes nicht im selben Atem das deutsche Volkstum und die Völkerversöhnung nennen darf. Er kann sich dann nicht darüber beklagen, wenn ihn - die Gegner beim Worte nehmen, wenn die Okkupations-Verwaltung im Rheingebiete darüber Beschwerde zu führen sich vermißt, daß der Unterricht in den deutschen Schulen nicht im Sinne dieser Verfassungsbestimmung geführt werde." [1] So konnte Freytag-Loringhoven Verfassung und Friedensvertrag in einem Atemzug bedrohen: "Gekleidet in äußeren Pomp und hohle Rhetorik, atmet die Verfassung einen Geist innerer Unwahrhaftigkeit, durch den das Volk getäuscht werden soll, nationaler Würdelosigkeit, der uns das Wohlwollen der Feinde von gestern sichern will, des Mißtrauens, der Verantwortungsscheu und der Halbheit, die aus Schwäche geboren sind, einer Eitelkeit, der der äußere Eindruck über alles geht. Und in Wahrheit bestimmt nicht die Verfassung unser staatliches Leben, sondern eine andere Urkunde, die wir denselben Männern, derselben Mehrheit verdanken, die uns die Weimarer Verfassung gegeben haben. Denn vor dem 31. Juli 1919 tagte der 28. Juni. Vor der Reichsverfassung stand der Friedensvertrag von Versailles und aus dem Geiste, der zu seiner Unterzeichnung führte, ist die Verfassung geboren. Der Tag wird kommen, an dem das deutsche Volk die Schmach von Versailles mit seinem Blute wieder abwäscht. Dann wird es sich auch von der Weimarer Verfassung lösen." [2]

Hugo Preuß hatte sich im Kabinett entschieden gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen. Das

---

1) M. Fleischmann: Die Einwirkung auswärtiger Gewalten etc., a. a. O., 21

2) A. v. Freytag-Loringhoven: Die Weimarer Verfassung, a. a. O., 392

konnte aber nicht hindern, daß sein Verfassungswerk dennoch, mit der "Erfüllungspolitik" und der "Schändung der deutschen Ehre" [1] diffamiert wurde. Daß so von Anfang an der Fluch von Versailles auf der Weimarer Verfassung lastete, hat Hugo Preuß stets beklagt: "Seitdem ist all das Unheil, das dem Sumpfboden jener großen Friedenslüge entsprießen mußte, giftig ins Kraut geschossen; es drückt Deutschland zu Boden, ruiniert Europa und schändet den Gedanken der Demokratie. Im Namen der siegreichen Demokratie hat man jenes undemokratische Gewaltwerk der Geschichte erzwungen; im Namen der demokratischen Selbstbestimmung der Völker hat man das deutsche Volk verstümmelt und entrechtet." [2] Aber auch gegen die inneren Feinde richtete Hugo Preuß seine Anklage: "Was den äußeren Feinden der nationalstaatlichen Einheit Deutschlands durch den siegreichen Krieg nicht gelungen war, das haben sie nachträglich durch diesen Frieden und seine vernichtenden Folgen durchzusetzen versucht. Und eines jedenfalls haben sie erreicht; alle Kräfte der Reaktion gegen die deutsche demokratische Republik und den mit ihr unlöslich verknüpften einheitlichen Volksstaat neu zu beleben und die nationalen Gefühle namentlich der deutschen Jugend heillos zu verwirren. Die blutige Internationale der nationalistischen und chauvinistischen Hetze hat wieder einmal verheerende Arbeit getan." [3]

Zusammenfassend wird man sagen dürfen, daß die weit verbreitete Abneigung gegen die Weimarer Verfassung und damit gegen den republikanisch-demokratischen Staat ihren Ursprung

---

1) E. Meyer: Für Ehre, Wahrheit und Recht, a. a. O., 3 u. 8

2) H. Preuß: Deutschlands republikanische Reichsverfassung, a. a. O., 3

3) Ders.: Der deutsche Nationalstaat, a. a. O., 137 f; entsprechend Ders.: Bergbriefe (Flugschr. der Frankf. Zeitung), Frankfurt/Main 1921, 10 f

schon in der Verfassungskriegsmentalität hatte, indem man den Weltkrieg als Ansturm der westlichen Demokratien gegen das Werk Bismarcks hinstellte. Da aber die Verfassung Bismarcks selbst, wie Carl S c h m i t t richtig geurteilt hat, "ein genialer Kompromiß mit der nationalen Demokratie westeuropäischen Stils" [1] gewesen war, lag die Vorstellung von den gegensätzlichen Verfassungsidealen in Wirklichkeit nicht vor. Das nahm andererseits dem von Preuß aufgestellten Gegensatz Obrigkeitsstaat-Volksstaat seine Glaubwürdigkeit. Zudem konnte die Verfassung durch manche Einzelheit, wie die Flaggenfrage keine Sympathien erwerben. Der tatsächliche Anschluß Deutschösterreichs hätte den Flaggenwechsel den Zeitgenossen allenfalls rechtfertigen lassen. Stattdessen wurde der Artikel 61 aber Anlaß zum Spott über das gesamte Verfassungswerk. Schließlich hat die Tendenz zum zentralistischen Einheitsstaat nicht den von Preuß (und Anschütz) erhofften Erfolg der "nationalen Demokratie gebracht, weil damit der Name Preußen verbunden war, gegen dessen Auflösung tatsächlich gewichtige Gründe geltend gemacht werden konnten. In dem Schlagwort von der "undeutschen Verfassung" schließlich firmierten antiwestliche und (gegen die Person von Hugo Preuß gerichtete) antisemitische Neigungen der Zeit. Die Unterzeichnung des Friedensvertrags verstärkte die Verfassungsgegnerschaft noch, indem mit der Notlage des Reichs und dem inneren Geist der Verfassung ein Zusammenhang konstruiert wurde. Letztlich wurde die Weimarer Republik "mit all ihren liberalen Dekorationsstücken und Gegensprüchen als etwas durch den Feind Aufgezwungenes empfunden. Sie konnte weder die Treue noch die politische Phantasie des deutschen Volkes an sich fesseln.." [2]

---

1) C. Schmitt: Hugo Preuß, a. a. O., 17

2) Winston S. Churchill: Der 2. Weltkrieg, Bd. I, Berlin 1948, 25; vgl. Th. Eschenburg: Die improvisierte Demokratie, a. a. O., 44

In der Verfassungsdiskussion der Weimarer Zeit traten naturgemäß die Staatsrechtler hervor. Daß bei ihnen trotz aller positivistischen Wissenschaftsauffassung antidemokratisches Denken weit verbreitet war, dürften die letzten Kapitel veranschaulicht haben. Dieser Sachverhalt entspricht ihrer Haltung in den mittleren und letzten Jahren der Weimarer Republik. [1] Auch bei denjenigen Professoren, die sich positivistisch-loyal verhielten, war in den Vorlesungen ihre innere Reserve zu spüren. Als repräsentatives Beispiel für diese Haltung nennt Theodor Eschenburg (für die Zeit nach 1926) aus der Erinnerung den Staatsrechtler Heinrich T r i e p e l : "Triepel war in seiner Vorlesung loyal. Er übte Kritik an der Verfassung, aber mied feindselige Bemerkungen. So vorzüglich seine Einführung in verfassungspolitisches Denken war, so sehr es ihm gelungen ist, die Studenten zum Umgang mit dem Verfassungsinstrument anzuleiten, ihnen die Verfassungsfremdheit zu nehmen, so spürte man doch sehr deutlich seine innere Ablehnung. Er erklärte nicht die Entstehung und Bedeutung der Verfassung vom Historisch-politischen und vom Gesellschaftlichen her, sondern beschränkte sich hier auf formale Hinweise." [2]

Die Bedeutung dieses "antidemokratischen Denkens" im Hinblick auf das Jahr 1933 ist unverkennbar. Man wird allerdings einschränkend sagen müssen, daß die Schablone "antidemokratisch" insofern unzureichend ist, als das Nein zur Weimarer Verfassung nicht einfach in ein Ja zum Nationalsozialismus umgedeutet werden darf. "Das Problem der Verantwortung für den Nationalsozialismus, das immer von neuem in den Mittelpunkt zeitgeschichtlicher Erörterungen und Diskussionen gerückt

---

1) vgl. K. Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 2. Aufl. München 1964, 79 ff; Th. Eschenburg: Aus dem Universitätsleben vor 1933, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, hrsg. v. H. Diem/A. Flitner, Tübingen 1965, 23 ff, passim

2) Th. Eschenburg, ebd., 37; vgl. auch Ders. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 154, 7. 7. 1965

wird, ist durch die auch dem pessimistischsten Betrachter kaum voraussehbaren nationalsozialistischen Untaten und Eroberungszüge zu einer alle Dimensionen sprengenden Größe angewachsen. Taten und Denkweisen, die in die Ursachen- und Veranlassungskette des nationalsozialistischen Aufstiegs gehören, erhalten dadurch eine fatale Bedeutung, die sich im Augenblick des Handelns und des Schreibens nicht einmal erahnen ließ. So kann man zwar die Faktoren, die für das Wachstum des Nationalsozialismus entscheidend waren, in einer historischen Untersuchung herausarbeiten, ... aber man muß sich vor der populären Deutung hüten, die solche 'Wegbereiter' des Nationalsozialismus voll mit dem belasten will, was im Dritten Reich geschehen ist." [1]

1) K. Sontheimer, a. a. O., 386, Anm. 44; Sontheimer wird allerdings dieser Auffassung nicht immer gerecht.

E) Schlußwort

Die abschließende Zusammenfassung unserer Arbeit hat nocheinmal der einleitend gestellten Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik nachzugehen und anhand der Durchführung die politische Ideenwelt der behandelten Hochschullehrer zu umreißen. Dabei wird der spezifische Beitrag der Professoren zum politischen Zeitgeist der frühen Weimarer Republik inhaltlich zu beschreiben sein. Die Frage nach dem vermutlichen Stärkeverhältnis der politischen Richtungen sowie nach dem ausgeübten Einfluß ergibt annäherungsweise die Antwort auf die aktive Rolle des von uns behandelten Personenkreises in der Ausprägung des politischen Bewußtseins der Zeit. Umgekehrt ist von der Beeinflussung durch die politische Zeitstimmung eine passive Rolle der Gelehrtenpolitiker abzulesen.

Zunächst ist nach den Voraussetzungen der politischen Stellungnahmen deutscher Hochschullehrer aus dem Kriegserlebnis zu fragen. In Kap. C, 124 ff haben wir zu zeigen versucht, daß in allen politischen Lagern das Erlebnis des Kriegsausbruchs: die Geburt der Nation bestimmend war und sich in den "Ideen von 1914" (Plenge) niedergeschlagen hat. Der einheitliche nationale Wille ließ den Begriff "Volksgemeinschaft" dominant werden. Seit 1915 zeigte sich jedoch, daß die Vorkriegsgegensätze (Imperialismus-soziales Volkskaisertum) wieder aufbrachen und der Begriff "Volksgemeinschaft" je nach außen- oder mehr innenpolitischer Blickrichtung einen konträren Inhalt erhielten. Die politischen Grundfragen des Weltkriegs, Siegfriede und annexionistische Tendenzen einerseits, Verständigungsfriede, preußische Wahlrechtsreform und Demokratisierung des Reichs andererseits ließen den Gegensatz zu seiner vollen Schärfe

sich ausweiten. Dies erzeugte das Bewußtsein eines politischen Dissensus; dessen Überwindung allseits angestrebt wurde. Die Lösung des Problems sah man jedoch ausschließlich in der Verwirklichung des jeweils eigenen politischen Programms. Es ist daher bezeichnend, daß die Sammlungsbewegungen der letzten Kriegsjahre trotz ihrer respektablen Zahlen (Vaterlandspartei, Unabhängiger Ausschuß) partiell blieben (Gegenseite: Volksbund für Freiheit und Vaterland). Es ist unter den oben genannten Voraussetzungen ferner bezeichnend, daß die Einigungsversuche im Herbst 1918 nicht gelangen (Treffen zwischen Vaterlandspartei und Volksbund, oben, S. 353 ff). Der einstimmige Aufruf der Professoren der Berliner Universität vom 21. 10. 1918 (Verfasser E. Troeltsch) forderte zur inneren Einheit der deutschen Nation auf und warb um Unterstützung der Regierung des Prinzen Max von Baden. [1] Der Hamburger Historiker Max L e n z schrieb damals in der TÄGLICHEN RUNDSCHAU (Berlin):

"Die Entscheidung ist gefallen. Es ist nicht anders: Das Werk Bismarcks, das er in der Verfassung des Deutschen Reiches aufgerichtet hat, ist im Zerfallen. ... Die Fundamente wanken. ... Das Schwergewicht der Macht ist auf die Volksvertretung übergegangen; ihrer Mehrheit ist das Reich und seine Zukunft ausgeliefert. ... Wir aber, die wir im Geiste Bismarcks erzogen sind, auf ihn eingeschworen waren, wollen nun erst recht uns seiner würdig zeigen. Niemals soll von uns gesagt werden, dass wir die Partei über das Vaterland stellten. ... Nichts mehr von Klage oder Anklage! Viel zu kostbar ist die Zeit. Wir alle sind Schicksalsgenossen, von der gleichen Not zusammen geschmiedet wie mit eisernen Ketten. Stemmen wir uns gemeinsam, Schulter an Schulter gelehnt, dem furchtbaren Lose entgegen, das unser wartet, wenn wir erliegen: der Schande der Entmannung! Wetteifern wir allein im Dienst am Vaterlande, in dem unerschütterlichen Glauben an seine Kraft, dem unbeugsamen Willen auszuharren bis zum Ende - und Gott wird mit uns sein." [2]

Die "Revolution von oben" vom Oktober 1918 wurde sonst in

---

1) vgl. K. Schwabe: Die deutschen Professoren etc., (Diss.), a. a. O., 372 sowie F. Meinecke: Straßburg etc., a. a. O., 255, der allerdings auf die ersten Anzeichen der Dolchstoßlegende während der Beratung hinweist; vgl. ferner H. Delbrück in: Preuß. Jahrb. Bd. 174 (1918), 285

2) Abgedr. in M. Lenz: Wille, Macht und Schicksal, Kleine histor. Schriften, Bd. III, München/Berlin 1922, 165 f

Hochschullehrerkreisen kaum bemerkt. Der Versuch, die einheitliche "Volksgemeinschaft" in letzter Minute doch noch herzustellen, muß indessen als gescheitert betrachtet werden. Der politische Dissensus hatte sich im letzten Kriegsjahr noch vertieft, das Erlebnis von 1914 sich als Illusion erwiesen. So kann am Ende des Krieges für die politische Spaltung der Hochschullehrerschaft die Formel: innerer Ausbau - äußere Expansion stehen. [1)]

Wir haben in unserer Darstellung zunächst nach dem Revolutionserlebnis der Professoren gefragt (Kap. B, 37 ff), und den Eindruck gewonnen, daß abgesehen von einigen idealistischen Mitläufern bei der Eisner-Revolution in München eisige Reserviertheit festzustellen ist, die sehr früh in Opposition einmündete, wie die Ostervorträge in Berlin verdeutlichen. Immerhin geben die Erinnerungen verschiedener Professoren ein farbiges Bild von der Turbulenz jener Monate.

Die ersten reflektierten politischen Stellungnahmen lassen jedoch erkennen, daß die 1914 aufgebrochene, während der Kriegszeit gesteigerte und nach 1918 fortgesetzte Professorenpolitik lediglich die konsequente Verlängerung der politischen Ideen während des Krieges darstellt. Wir haben verschiedene mögliche Haltungen an einigen Gruppen exemplarisch zur Darstellung gebracht. Die Hochschullehrer der Linken können dabei in vieler Hinsicht nicht als repräsentativ angesehen werden, auch nicht als Exponenten der sozialistischen Parteien. Gerade sie entwickelten zu sehr individuelle Systeme, vornehmlich vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. Diese Stellungnahmen (Oppenheimer, Plenge, Wilbrandt) haben aber insofern Aussagekraft, als in ihnen Lösungsver-

---

1) Dies ist auch das Ergebnis der Diss. von K. Schwabe, vgl. a. a. O., 291 ff

suche als Antworten auf die Probleme der Zeit (challenge) dargeboten werden. Diese Professoren der Linken repräsentieren darüberhinaus nur einen kleinen Bruchteil der deutschen Hochschullehrerschaft. Die hier behandelten Persönlichkeiten stellen beinahe das gesamte linke 'Kontingent' dar. Die Frage Monarchie oder Republik war für sie einfach gegenstandslos. Sie beurteilten die Zukunft Deutschlands vornehmlich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Die Republik war für sie aber nicht das erstrebte Ideal, das Ziel der Sozialismus in dieser oder jener Form. Auch Gustav Radbruch ist erst später zu einem Apologeten der Weimarer Republik geworden.
In der demokratischen Mitte herrscht ein sich selbst so bezeichnender 'Vernunftrepublikanismus' vor (Meinecke, Delbrück, Oncken, M. Weber, Troeltsch u. a.). Der Bruch mit der Vergangenheit wurde hier am stärksten empfunden, das Verhältnis Kontinuität und Neubeginn wurde zu einem echten Problem. Diese Männer hatten in der Kriegszeit zur reformerischen Avantgarde gehört. Eine republikanische Tradition hatten sie jedoch nicht entwickelt. Ihr Ideal war das soziale Volkskaisertum: Aber es kam "die Novemberrevolution, so kam die Weimarer Versammlung und Verfassung und vollendeten das begonnene Werk der inneren Umgestaltung Deutschlands. Aber es gleich nun nicht mehr dem Ideale, das wir während des Krieges erstrebt hatten." [1] So lautet das Geständnis Friedrich Meineckes. Die "Vernunftrepublikaner" bekannten sich jedoch zum neuen Staat, weil sie ihn als Ventil des Klassenkampfes ansahen und insofern ihrem Ideal treu blieben.

Vernunftrepublikanismus beherrschte auch die demokratische Mitte des katholischen Deutschlands. Auch hier ist 1914 ein

---

1) F. Meinecke: Straßburg etc., a. a. O., 283

nationaler Aufschwung zu verzeichnen, der Krieg gab Gelegenheit, den Vorwurf der Reichsfeindschaft zu überwinden und in die nationale Volksgemeinschaft hineinzuwachsen. Schon seit 1917 geht die Spaltung der Nation jedoch mitten durch den deutschen Katholizismus hindurch. Zwei politisch so entgegengesetzt ausgerichtete Persönlichkeiten wie Joseph Mausbach und Martin Spahn veranschaulichen deutlich diesen Sachverhalt. Das Bekenntnis zur Republik beruhte hier z. T. auf kulturpolitischen Opportunitätsgründen. Das grundsätzliche Ja des Zentrums (Mausbach) wurde theologisch mehr gerechtfertigt denn begründet und gipfelte in einer prinzipiellen Neutralität gegenüber allen Staatsformen. Das trug dem Zentrum das Odium einer grundsätzlich grundsatzlosen Partei ein und konnte auch in den eigenen Reihen keine große Werbekraft für die Republik ausstrahlen. Konservative Persönlichkeiten wie Martin Spahn suchten deshalb ihren politischen Standort außerhalb bei der nationalistischen Opposition.

Hier wurde die politische Ideenwelt des Krieges am konsequentesten fortgesetzt, indem der Siegfriedenstraum in die Propagandalegende des "Dolchstoßes" umschlug. Die Aufdeckung der "Schuld" am Zusammenbruch, die den Gegenparteien zugeschoben wurde, endete bei einem strikten Nein gegenüber der Notwendigkeit, nach neuen Formen politischen Zusammenlebens zu suchen und verantwortlich am neuen Staate mitzuarbeiten. Konstruktive Beiträge zur politischen Diskussion erwuchsen aus diesen Kreisen kaum. Die Begriffe "Auferstehung der Nation", "Erneuerung" usw. spielten mit dem Gedanken einer Gegenrevolution. [1)]

Über die verschiedenen pluralistischen Ausprägungen des politischen Zeitgeistes hinaus dürfte der Schlüssel für das

---

1) vgl. A. Mohler: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950

Gemeinsame ebendieses Zeitgeistes in dem Schlagwort "Volksgemeinschaft" zu finden sein. Dieser Umstand weist dem Jahre 1914 den Charakter eines Epochenjahres zu. [1] Damals war das Erlebnis der einheitlichen Volksgemeinschaft ein einheitliches, wenn auch trügerisches. Das negative Gegenstück bildet das Epochenjahr 1917 innerhalb eines zeitlichen Kurzintervalls. Auch das Jahr 1918 hat durch den militärischen Zusammenbruch und die Revolution zweifellos einen gewissen Einschnitt auch im Bewußtsein der Zeitgenossen bedeutet. Jedoch bezeichnet dieser Einschnitt nicht mehr als einen vorübergehenden psychologischen Schock. In dem Sinne jedenfalls, daß das Jahr 1918 einen Wendepunkt in der politischen Ideenbildung hervorgebracht hätte oder als Epochenabschluß empfunden worden wäre, darf verneint werden. Dies wird auch expressis verbis belegt: "Mit dem Ausbruch des Weltkriegs am 4. August 1914 hat eine neue Epoche der Weltgeschichte begonnen. Zum ersten Male, solange die Erde steht, ist die gesamte Menschheit, sind alle Staaten, Völker und Rassen des Erdballs zu einer einheitlichen Aktion zusammengeschlossen." [2] Oder: "Eine Art Fallbrücke, jählings herabgesenkt, zwischen der alten Welt, die 1914 entschwand ..." [3] Daß vor allem die weitverbreitete Anhängerschaft an die Dolchstoßlegende eine konsequente Fortsetzung der akademischen Kriegspolitik

---

1) Neuerdings wird diese Auffassung auch von geschichtswissenschaftlicher Seite vertreten. Vgl. R. Vierhaus: Die historische Bedeutung des Jahres 1914. Anmerkungen zur Zeitgeschichte, in: Festschr. zur Eröffnung der Universität Bochum, hrsg. v. H. Wenke/J. H. Knoll, Bochum 1965, 150 ff; diese Auffassung kann sub specie der Bewußtseinslage der Zeitgenossen erweitert werden.

2) E. Meyer: Vorläufer des Weltkriegs im Altertum (wissenschaftliche Festrede etc., 1918), in: Kleine Schriften Bd. II, Halle 1924, 507

3) K. A. v. Müller: Mars und Venus, Erinnerungen 1914 - 1919, Stuttgart 1954, Vorwort

darstellte, darf als korrespondierende Bestätigung dieser These gewertet werden. Wenn man also von den Zeitgenossen 1918 das Bewußtsein an einem geschichtlichen Wendepunkt zu stehen erwartet, so muß mit der Verneinung dieser Frage ein negatives Ergebnis festgestellt werden.

Wir haben nun noch der Frage nachzugehen, ob und inwiefern von einem spezifischen Beitrag der Hochschullehrer zur politischen Diskussion die Rede sein kann. Schon daß eine ungefähre Gruppierung nach Parteirichtungen möglich ist, deutet darauf hin, daß die angebliche wissenschaftlich begründete Überparteilichkeit der Hochschullehrer nur als Fassade gewertet werden kann, da sie zu diametral entgegengesetzten Ergebnissen kamen. Nur insofern darf von einem spezifischen Beitrag gesprochen werden, als die Hochschullehrer ihr Urteil aus der Sicht jeweils verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen abgaben. Somit ergibt sich der politische Zeitgeist als Auffächerung der geistigen Objektivationen. Dies zeigt ihre Rolle als Exponenten des Zeitgeistes. Bewegte sich dieser während des Krieges zwischen den Polen innerer Ausbau - äußere Expansion, so hat er sich nach dem Kriege - wenn man die verschiedenen Richtungen auf eine Formel reduziert - in dem Gegensatz: Anerkennung oder Ablehnung der Republik, fortgesetzt.

Andererseits muß aber die Frage nach dem Einfluß der Hochschullehrerpublizistik auf den Geist der Zeit gestellt werden. Man wird diesen Einfluß allerdings nicht zu hoch veranschlagen dürfen, denn durch ihr politisches Engagement im Kriege haben sie ihr Ansehen weitgehend verspielt, die Wissenschaftsgläubigkeit der Zeitgenossen [1] nahm eher

1) vgl. jedoch Th. Eschenburg, a. a. O., 39: "Man muß aber berücksichtigen, daß in jenen Jahren die Autoritätsgläubigkeit im Wissenschaftlichen zwar gegenüber der Zeit des Kaiserreichs nachgelassen hatte, aber wesentlich stärker war, als sie heute noch zu spüren ist."

ab. Dennoch hielten die Hochschullehrer sich weiterhin für berufen, sich an den Meinungskämpfen der Zeit zu beteiligen, Gefahren in der politischen Entwicklung zu benennen, die Zeitgenossen vor ihnen zu warnen und den Weg zur Überwindung zu weisen. Ihr Einfluß dürfte aber über den Raum der Hochschule hinaus wenig wirksam gewesen sein. Aber "die Professoren der Rechten ... fanden einen starken Anklang bei dem Gros der Studenten." ..."Durch die autoritär-konservative nationalistische Haltung eines nicht unbeachtlichen Teils der Professoren, darunter wissenschaftlich sehr angesehenen, und durch entsprechende Vorstellungen wahrscheinlich des Gros' der Studenten, überwog mehr oder minder - um es mit einem Schlagwort zu sagen - der schwarz-weiß-rote Geist an den deutschen Hochschulen." [1] Diese Haltung wirkte sich aus in der Kritik und Verachtung des Parlamentarismus, des Parteienstaates und der Weimarer Verfassung. Aber auch über diese Kreise hinaus war bei den Hochschullehrern ein Antiparteienaffekt durchaus vorherrschend. In allen Lagern galt daher die Überwindung des politischen Dissensus als die Hauptaufgabe der Zeit. Die "Volksgemeinschaft" hatte aber divergierende Bedeutungen. Der Sozialismus verstand darunter die sozialistische Gemeinschaft des Zukunftsstaats, die "Nationalisten" den Ausgleich sozialer Gegensätze und die nationalistische Rechte verstand darunter eine bis zur "Totalität" reichende nationale Gesinnungsgemeinschaft im Bekenntnis zum undemokratischen Nationalstaat. Auch religiös-christlich wurde die Gemeinschaft der Staatsbürger verstanden. Fast überall aber lag ein dogmatisch-intolerantes Verständnis des Begriffs zugrunde. Daher gelang

---

1) Zu diesem Ergebnis gelangt Th. Eschenburg, a. a. O., 41 und 46; vgl. A. Leisen: Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik, Diss. Heidelberg 1964; vgl. auch oben S. 36, Anm. 1

der Ausgleich der Gegensätze immer weniger. Dem dogmatischen Verständnis kam der wissenschaftliche Objektivitätsanspruch der Professoren [1] entgegen, die Gegensätze wurden dadurch nur noch zugespitzt. Auch darin offenbart sich ein Wesenszug der Zeit. Darin liegt aber auch die Schwäche der akademischen Politik, gleichgültig welcher Blickrichtung sie zuzuordnen ist. Indem die Professoren politische Verantwortung in ihren Beiträgen zur politisch-geistigen Entwicklung der Nation tragen wollten, zeigte sich häufig ein unpolitischer Geist, wenn das politische Ethos der Wissenschaft für oder gegen den Dienst am Staat angesehen wurde. Daher blieben diese Konzeptionen im wesentlichen Theorie.

---

1) Diesem Anspruch entsprach eine neoidealistische Philosophie, die in den Schriften etwa von Max Wundt und Rudolf Eucken ihre politische Ausprägung fand. Darauf kann hier nur kurz hingewiesen werden. Eine Untersuchung dieses Phänomens liegt vor bei H. Lübbe: Politische Philosophie in Deutschland, Basel/Stuttgart 1963, 173 ff

S T A T I S T I S C H E R A N H A N G

Hochschullehrer im Reichstag 1871 - 1918

1. Aegidi, Ludwig, Prof. Dr.jur., 1825-1901. MdR 1867/68, Freie Konservative Vereinigung.

2. Arnold, Wilhelm, Prof. Dr.jur., 1826-1885, MdR 1881- 1883; Konservative Partei.

3. Bar, Karl Ludwig von, Prof.Dr.jur., 1836-1913, MdR 1890-1893, Deutsche Freisinnige Partei.

4. Baumgarten, Michael, Prof.Dr.theol. 1812-1889, MdR 1874-1881, Fortschrittspartei/Nationalliberale Partei.

5. Baumstark, Eduard, Prof.Dr., 1807-1889, 1859 Mitgl. des Herrenhauses auf Lebenszeit, MdR 1867. (altlib.) bei keiner Fraktion.

6. Beseler, Carl, Prof.Dr.jur. 1809-1888, MdN 1848/49; MdR 1874-1881, Nationalliberale Partei, bei keiner Fraktion.

7. Biedermann, Carl, Prof.Dr.phil., 1812-1901, MdN 1848/49, MdR 1871-1874, Nationalliberale Partei.

8. Birnbaum, Prof. Dr. Karl, 1829-1905, MdR 1871-1874, Nationalliberale Partei.

9. Bluntschli, Johann Caspar,Prof.Dr.jur., 1808-1881; MdR 1868-1871, Nationalliberale Partei.

10. Boretius, Alfred, Prof.Dr.jur., 1836-1900; MdR 1878-1881, Nationalliberale Partei.

11. Buß, Franz Joseph Ritter von, Prof. Dr.med. et phil., 1803-1878; MdN 1848/49, MdR 1874-1877, Zentrum.

12. Calker, Fritz van, Prof. Dr. jur., vgl. S.

13. Cuny, Ludwig von, Prof.Dr.jur, 1833-1898; MdR 1874-1881 und 1884-1898, Nationalliberale Partei.

14. Delbrück, Hans, Prof.Dr.phil., 1848-1929; Mitgl.des Abgeordneten hauses: 1882-1885, MdR 1884-1890, Deutsche Reichspartei.

15. Drechsler, Gustav, Prof.Dr.phil., 1833-1890; MdR 1887-1890, Deutsche Reichspartei.

16. Dove, Richard Wilhelm von, Prof.Dr.jur., 1833-1907; MdR 1871-1874, Nationalliberale Partei, 1876 Mitgl.des Herrenhauses.

17. Edel, Karl Friedrich, Prof. Dr.jur., 1806-1890; MdN 1848/49, MdR 1868-1871, Casino Partei/ Pariser Hof.

18. Endemann, Wilhelm,Prof.Dr.jur., 1825-1899; MdR 1867-1871 und 1871 - 1874, Nationalliberale Partei.

19. Esser, Hubert Jacob, Prof.Dr. med., 1843-1925; MdR 1887-1890, Nationalliberale Partei.

20. Faßbender, Martin, Prof.Dr.phil., vgl. S.

21. Förster, Paul, Prof. Dr.phil., 1844-1925; MdR 1893-1898, bei keiner Fraktion.

22. Frühauf, Julius, Prof. d.Nationalökonomie, 1829-1898; MdR 1874-1878, Nationalliberale Partei.

23. Frühling, Johann,Joseph, Prof.Dr.phil., 1825-?; MdR 1867-1871, Fortschrittspartei; 1863 Mitgl. des Abgeordnetenhauses.

24. Gareis, Karl, Prof.Dr.jur., 1844-1923; MdR 1878-1881, Nationalliberale Partei.

25. Gerstner, Dr. Joseph, Prof.d.Staatswiss., 1830-1883; MdR 1871-1874, Fortschrittspartei.

26. Gitzler, Ludwig, Prof. Dr.jur., 1811-1881; MdR 1867-1871, Freikonservative Vereinigung.

27. Hänel, Albert, Prof.Dr.jur., 1833-1918; 1867-1887 Mitgl. des Abgeordnetenhauses, MdR 1867-1893 und 1898-1903, Fortschrittspartei, Deutsche Freisinnige Volkspartei.

28. Hertling, Graf Georg von, Prof.Dr.phil., 1843-1919; 1912 bayr. Ministerpräsident, 1917/18 Reichskanzler. MdR 1875-1890 und 1896-1903, 1903-1912, Zentrum.

29. Hinschius, Paul, Prof.Dr.jur., 1835-1898; 1871-1872 Mitgl. des Herrenhauses, MdR 1872-1878 und 1879-1881, Nationallib.Partei.

30. Hitze, Franz, Prof. Dr. theol., vgl. S.

31. Hoffmann, Leonhard, Prof. d.Tierärztl.Hochsch.Stuttgart,1845-1921; MdR 1898-1903, Deutsche Volkspartei.

32. Hüffer, Hermann, Prof.Dr.jur., 1830-1905; MdR 1867-1871, Freie Vereinigung. 1865-1866 Mitgl.d.Abgeordnetenhauses.

33. Hueter, Karl, Prof.Dr.med., 1838-1882; MdR 1881-1882, Fortschrittspartei.

34. Jaździewski, Ludwig von, Prof. Dr.theol., 1838-1911; 1873 Mitgl. des Abgeordnetenhauses, MdR 1872-1874, 1878-1887, 1890-1907, Pole

35. Karsten, Gustav, Prof.Dr.phil., 1820-1900; 1868-1875 Mitgl. d. Abgeordnetenhauses, MdR 1877-1884, Fortschrittspartei.

36. Kerschensteiner, Georg, Prof.Dr.phil., Oberstudienrat, vgl.S.

37. Klöppel, Peter, Dr.jur.,Privatdozent, 1840-1902; MdR 1874-1877, Fortschrittspartei.

38. Köchly, Hermann August Theodor, Prof.Dr.phil., 1815-1876; MdR 1871-1874, Fortschrittspartei.

39. Lensch, Paul, Prof.Dr.d.Staatswiss., vgl. S.

40. Marquardsen, Heinrich von, Prof.Dr.jur., 1826-1898; 1869 Mitgl. d.bayer.Abgeordnetenkammer, MdR 1868-1881, 1881-1893 und 1895-1897, Nationalliberale Partei.

41. Meyer, Georg, Prof.Dr.jur., 1841-1900; MdL (Weimar) 1878-1879, MdR 1881-1890, Nationalliberale Partei.

42. Möller, Julius Otto, Prof.Dr.med., 1819-1887, Mitgl. d. Abgeordnetenhauses 1863-1866, MdR 1881-1887, Fortschrittspartei/ Deutsche Freisinnige Volkspartei.

43. Mommsen, Theodor, Prof.Dr.jur., 1817-1903, Mitgl. d. Abgeordnetenhauses 1873-1882, MdR 1881-1884, Liberale Vereinigung.

44. Mosler, Hermann, Prof.Dr.theol., 1838-1891, Mitgl. d. Abgeordnetenhauses 1881, MdR 1884-1887, Zentrum.

45. Neumann-Hofer, Adolf, Prof.Dr. d. Staatswiss., vgl. S.

46. Oncken, Wilhelm, Prof.Dr.phil., 1838-1905, Mitgl. d. hess. Abgeordnetenkammer 1873-1876, MdR 1874-1877, Nationalliberale Partei.

47. Paasche, Hermann, Prof.Dr.phil., vgl. S.

48. Riesser, Jakob, Prof.Dr.jur., vgl. S.

49. Röpell, Richard, Prof.Dr.phil., 1808-1893, Mitgl. d. Abgeordnetenhauses 1868-1876, Mitgl. d. Herrenhauses 1877, MdR 1867; Nationalliberale Partei.

50. Schäffle, Albert von, Prof.Dr.theol., 1831-1903, Mitgl. d. II. Württ. Abgeordnetenkammer 1862, MdR 1868, bei keiner Fraktion.

51. Schippel, Max, Prof.Dr. d. Staatswiss., 1859-1928, MdR 1890-1905, SPD. Mandat niedergelegt. Nachwahl: Gustav Noske.

52. Schmidt, Adolph Wilhelm, Prof.Dr.phil., 1812-1887, Mitgl. d. Nationalversammlung 1848/49, MdP 1874-1877. Württemberger Hof/ Nationalliberale Partei.

53. Seelig, Wilhelm, Prof.Dr.phil., 1821-1906, MdR 1871-1874, Mitg d. Abgeordnetenhauses 1873. Fortschrittspartei/Deutsche Freisinnige Partei.

54. Sepp, Johann Nepomuk, Prof.Dr.phil., 1816-1909, Mitgl. d. Bayer. Abgeordnetenkammer 1849-1855 und 1869-1875, Mitgl. d. Nationalversammlung 1848/49, MdR 1868-1871, Casino Partei/ (großdeutsch) bei keiner Fraktion.

55. Spahn,Martin, Prof.Dr.phil., vgl. S.

56. Stengel, Edmund, Prof.Dr.phil., 1845-1903, MdR 1907-1912. Deutsche Freisinnige Volkspartei.

57. Tellkampf, Johann Ludwig, Prof.Dr.jur., 1808-1876, MdN 1848-1849, MdR 1871-1876, Württemberger Hof/Nationalliberale Partei.

58. Thomas, Georg Martin, Prof.Dr.phil., 1817-1887, MdR 1871-1874, Nationalliberale Partei.

59. Treitschke, Heinrich von, Prof.Dr.phil., 1834-1896, MdR 1871-1884, Nationalliberale Partei/bei keiner Fraktion.

60. Virchow, Rudolf, Prof.Dr.med., 1821-1902, MdR 1880-1893, Fortschrittspartei/Deutsche Freisinnige Partei.

61. Wächter, Karl Georg v., Prof.Dr.jur., 1797-1880, MdR 1867, bei keiner Fraktion.

62. Wetzel, Albert, Prof.Dr.phil., 1852-1923, MdR 1907-1912, Nationalliberale Partei.

63. Wiggers, Julius, Prof.Dr.theol., 1811-1901, MdR 1867-1871, (Lib.)/bei keiner Fraktion.

64. Wirth, Joseph Karl, Prof. Dr. phil., 1879-1956; MdR 1914-1933, Zentrum. Reichsfinanzminister 1920/21, Reichskanzler 1921/22, Reichsinnenminister 1930/31; emigrierte 1933 in die Schweiz. (Bei M. Schwarz, a.a.O., S.501 als Universitätsprofessor angegeben).

Hochschullehrer im Reichstag während des Krieges

1. Calker, Fritz van, Prof. Dr. jur., Straßburg.
24.10.1864 - 15.5.1957
MdR 1912 - 1918. Nationaliberale Partei.

2. Faßbender, Martin, Prof. Dr. phil. Geh. Regierungsrat
Berlin. 24.3.1856 - 1943.
Mitgl. des Abg.,Hauses 1903
MdR 1907 - 1918. Zentrum.

3. Hitze, Franz, Dr. theol. Universitätsprofessor Münster.
16.3.1851 - 20.7.1921.
Mitgl. des Abg.-Hauses 1882
MdR 1884-1898; 1898-1918; 1919/20; 1920-1921. Zentrum.

4. Kerschensteiner, Georg, Prof. Dr. phil. Oberstudienrat
München. 29.7.1857-15.1.1932.
MdR 1912-1918. Deutsche Fortschrittl. Volkspartei.

5. Lensch, Paul, Prof. Dr. d. Staatswiss., Redakteur, Neubabelsberg. 31.3.1873 - 17.11.1926.
MdR 1912 - 1918. SPD, 1922 Parteiaustritt.

6. Liszt, Franz von, Prof. Dr. jur., HBP Berlin, Jurist und Kriminalpolitiker. 1851 - 1919.
Mitgl. des preuß. Abg.-Hauses 1908
MdR 1912-1928 Fortschr. Volkspartei

7. Neumann-Hofer, Adolf, Prof. Dr. d. Staatswiss., Zeitungsverleger Detmold.
18.2.1867 - 20.5.1925. MdL (Lippe) 1901.
MdR 1907-1918; 1919/20. Freisinnige Vereinigung/ Deutsche Fortschrittl. Volkspartei. Deutsche Demokr. Partei.

8. Paasche, Hermann, Dr. phil. Prof. d. Staatswiss., Rostock.
24.2.1851 - 10.4.1925.
MdR 1881-1884 Liberale Vereinigung
1893-1898
1898-1918 Nationalliberale Partei.

9. Riesser, Jakob, Prof. Dr. jur. Geh. Justizrat Berlin.
17.11.1853 - 6.5.1932.
MdR 15.6.1918 - Nov. 1918. Nationalliberale Partei.
1919/20; 1920-1924; 1924-1928. Deutsche Volkspartei.

Hochschullehrer in der Weimarer Nationalversammlung

(nach Parteien)

DDP:

Herrmann, Alfred (Akademieprof. für Geschichte, Posen, Priv. Doz. in Bonn)

Neumann-Hofer, Adolf (Zeitungsverleger Detmold, Hon. Prof. d. Staatsw.)

Quidde, Ludwig (Privatgelehrter München, Mitgl. der Bayer. Akad. der Wissensch.)

v. Schulze-Gaevernitz, Gerhart (Geh. Hofrat, Prof. f. Volkswirtschaft, Freiburg)

Schücking, Walther (Prof. für Völkerrecht, Marburg)

CVP(Zentrum):

Beyerle, Konrad Anton (Staatsrechtler, München)

Hitze, Franz (Theologe, Münster, Sekr. u. Redakteur des "Arbeiterwohl" M.-Gladb.)

Mausbach, Joseph (Prof. für Moraltheologie u. Apologetik, Domprobst, Münster)

Kaas, Ludwig (Prof. für Kirchenrecht, Rektor der Phil.-Theol. Hochschule Trier, Päpstlicher Hausprälat, Apostolischer Pronotar)

DVP:

Kahl, Wilhelm (Prof. für Kirchenrecht an der Univ. Berlin)

Riesser, Jakob (o. Hon. Prof. an der Univ. Berlin, Geh. Justizrat)

zu Dohna, Alexander Georg, Graf (o. Prof. der Rechte, Heidelberg/Königsberg)

DNVP:

Semmler, Friedrich (Rittergutsbesitzer, Breslau, Rektor der TH Breslau, o. Hon. Prof. Greifswald, Wirtschaftswissenschaften)

(Angaben aus:
DIE NATIONALVERSAMMLUNG IN WORT UND BILD, Stuttgart, Volksverl. für Politik und Verkehr, 1919)

Hochschullehrer im Reichstag 192o - 1924

1. Beyerle, Konrad, Prof. Dr. jur. Geh. Hofrat München.
14.9.1872 - 26.4.1933.
MdR 1919/2o; 192o - 1924; Bayer. Volkspartei.

2. zu Dohna, Graf Alexander Georg, Prof. Dr. jur.
Heidelberg/Königsberg. Geb. 29.6.1876
MdR 1919/2o; 192o -1921. Deutsche Volkspartei.
Mandat niedergelegt 2o.2.1921.

3. Fehr, Anton, Prof. Dr. h.c. Weihenstephan.
24.12. 1881 - 2.4.1954.
MdR 192o - 1924. Bayer. Bauernbund.
Mai - Dez. 1924. Wirtschaftl. Vereinigung.
1924 - 1932. WV/ Deutsche Bauernpartei.
Juli - Nov. 1932. Deutsche Bauernpartei
1932 - 1933 Deutsche Bauernpartei.
Ab 2.5.1933: Hosp. NSDAP
Am 22.7.1944 verhaftet und im KZ Ravensbrück in Haft gehalten.
1922 Reichsernährungsminister; 1924 - 193o Bayer. Staatsminister.

4. Grotjahn, Prof. Dr. med., Berlin.
25.11.1869 - 3.9.1931.
MdR 1921 - 1924 SPD

5. Hitze, Franz, Prof. Dr. theol.
Vgl. S.

6. Hoetzsch, Otto, Prof. Dr. Berlin.
14.2.1876 - 27.8. 1946.
MdR 192o - 1924; 1924 - 193o; Deutschnat. Volkspartei.

7. Kaas, Ludwig, Prof. Dr. phil.,theol.,jur. Päpstl.Hausprälat, Apostolischer Pronotar. Prof. f. Kirchenrecht Trier.
23.5.1881 - 24.4.1952.
MdR 192o - 1924; 1924 - 1932; 1932-1933; Zentrum.
1919/2o.
1928 - 1933 Vorsitzender der Zentrumspartei.
Verließ am 7.4.1933 Deutschland und blieb bis zu seinem Tode im Vatikan.

8. Kahl, Wilhelm, Prof. Dr. jur.,theol.,med.,phil. Berlin.
17.6.1849 - 14.5.1932.
MdR 1919/2o; 192o - 1923; 1923 - 1924; 1924 - 1932; Deutsche Volkspartei.

9. Koster, Adolf, Dr. phil. Privatdozent Berlin.
8.3.1883 - 18.2. 193o.
MdR 1921 - 1924. SPD
1924 Reichsaußenminister, 1921-1922 Reichsinnenminister. Gesandter in Belgrad.

1o. Moldenhauer, Paul, Prof. Dr. jur. Berlin.
2.12.1876 - 1. 2. 1947.
MdL (Preußen) 1919 - 1921.
MdR 192o - 1924; 1924 - 193o; 193o - 1932. Deutsche Volksp.
1929 - 193o Reichswirtschafts- und Reichsfinanzminister.

11. Radbruch, Gustav, Prof. Dr. jur. Kiel.
21. 11. 1878 - 23. 11. 1949.
MdR 1920 - 1924. SPD
1921 - 1922 und Aug. - Dez. 1923 Reichsjustizminster.
1933 als Hochschullehrer entlassen.

12. Riesser, Jakob, Prof. Dr. jur. Geh. Justizrat Berlin.
Vgl. S.

13. Schreiber, Georg, Prof. Dr. phil. et theol., Päpstlicher Hausprälat Münster. 5. 1. 1882 - 24. 2 1963.
MdR 1920 - 1924; 1924 - 1933. Zentrum.
Nach dem 20. Juli 1944 verhaftet.

14. Schücking, Walther, Prof. Dr. jur. Richter am Internat. Gerichtshof im Haag. 6. 1. 1875 - 28. 6. 1935
MdN 1919/20; MdR 1920 - 1924; 1924 - 1928. Deutsche Demokrat. Partei

15. Semmler, Prof. Dr. phil. Friedrich Wilhelm, Rittergutsbesitzer Breslau, Rektor der Techn. Hochsch. Breslau und o. Hon. Prof. der Universität Greifswald, Geh. Regierungsrat.
11. 5. 1860 - 15. 3. 1931.
MdR 1919/20; 1920 - 1924; Deutschnat. Volkspartei.
MdL (Preußen) 1924 - 1932. Deutschnat. Volkspartei.

16. Strathmann, Hermann, Prof. Dr. theol. Erlangen.
geb. 30. 8. 1882
MdL (Bayern) 1919 - 1920.
MdR 1920 - 1924; 1924 - 1930; 1931 - 1932; 1932 - 1933;
Deutschnationale Volkspartei.

Hochschullehrer im Reichstag 1919 - 1933

1. Baade, Fritz, Prof. Dr. rer.pol., Kiel.
geb. am 23.1.1893.
1919-1925 Stadtverordneter in Essen.
MdR 193o-1932; 1933; SPD
Verließ 1935 Deutschland und war bis 1946 Chefberater der türkischen Regierung in Ankara. 1948 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.
1949 - 1965 MdB (SPD)

2. Bergsträsser, Ludwig, Prof. Dr. phil., Regierungspräsident in Potsdam a.D.; 23.2. 1883 - 23.3. 19
MdR 1924 - 1928.
Trat 193o zur SPD über. 1945 Regierungschef in Hessen, 1946 MdL (Hessen); 1949 - 1953 MdB (SPD).

3. Beyerle, Konrad, Prof. Dr. jur. (Bayer.Volkspartei)
Vgl. S.

4. Bredt, Johann Viktor, Prof. Dr.Dr.jur. Marburg.
2.3.1879 - 1.12.194o.
1911 - 1918 Mitgl. des Abg.Hauses
1921 - 1924 MdL (Preußen)
MdR 1924 - 1928; 1928 - 1932; 1932 - 1933; Wirtschaft.L.Vereini

5. Dessauer, Friedrich, Prof. Dr.phil. Frankfurt/M.
19.7.1881 - 16.2. 1963.
MdR 1924 - 1933; Zentrum.
War von Nov. - Dez. 1933 inhaftiert, ging 1934 in die Emigration.

6. zu Dohna, Alexander Georg Graf, Prof. Dr.jur. Heidelberg.
Vgl. S.

7. Fehr, Anton, Prof. Dr.h.c. Weihenstephan.
Vgl. S.

8. Freytag-Loringhoven, Axel Frh. von, Prof.Dr.jur. Breslau.
1.12.1878 - 29.1o. 1942.
MdR 1924 - 1942; Deutschnat.Volkspartei, seit Nov.1933 NSDAP.

9. Gerland, Heinrich, Prof. Dr.jur. Jena.
3.4.1874 - 28.12.1944.
MdR Mai - Dez. 1924; Deutsche Demokr. Partei

1o. Hellpach, Willi Hugo, Prof. Dr.phil. Heidelberg.
26.2.1877 - 6.7.1955.
MdR1928 - 193o, Mandat niedergelegt 193o. Deutsche Demokr.Part
1922 - 1925 badischer Kultusminister, 1925 Kandidat der DDP zur Reichspräsidentenwahl.

11. Herrmann, Alfred, Dr.phil. Akademieprof. Posen, Priv.Doz. Bonn
26.12.1879 - 19.11.196o.
MdR (MdN) 1919/2o; Deutsche Demokr. Partei.

12. Heuß, Theodor, Prof. Dr. rer. pol., Schriftsteller Berlin.
31.1.1884 - 12.12.1963.
MdR 1924 - 1928; Deutsche Demokr. Partei.
1930 - 1932; März-Juli 1933; Deutsche Staatspartei.
1945-1946 Kultusminister v.Württemberg-Baden.
1947 MdL (Württemberg-Baden) FDP.
1949 - 1959 1. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschl.

13. Hitze, Franz, Prof.Dr.theol. Universitätsprof. Münster,Zentrum.
Vgl. S.

14. Hoetzsch, Otto, Prof. Dr. (osteurop.Gesch.), Schriftsteller
Berlin, Vgl. S. DNVP

15. Hummel, Hermann, Prof. Dr.Ing. Berlin
22.6.1876 - 15.9. 1952.
MdR 1924 - 1930; Deutsche Demokr.Partei.
1921 - 1922 badischer Kultusminister,
1922 badischer Staatspräsident.

16. Hunke, Heinrich, Prof. Dr.phil., Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft. Geb. 8.12. 1902.
MdR 1932 - 1945; NSDAP.
Nach 1945 Ministerialdirigent in Hannover.

17. Kaas, Ludwig, Prof. Dr.phil.,theol.jur., Prof. für Kirchenrec
Trier, Päpstl.Hausprälat, Apostol.Protonotar. Vgl. S.
Zentrum.
18. Kahl, Wilhelm, Prof. Dr. jur.,theol., med., phil. Universitäts-
prof. Berlin. Deutsche Volkspartei, Vgl. S.

19. Köster, Adolf, Dr.phil., Privatdozent Berlin, SPD
Vgl. S.

20. Lent, Friedrich, Prof. Dr. jur. Erlangen.
6.1. 1882 - 30.4. 1960.
MdR 1932 - 1933;
MdL (Bayern) 1924 - 1932; Deutschnat.Volkspartei.

21. Mausbach, Joseph, Prof. Dr.theol., Dompropst Münster.
7.2.1861 - 31.1. 1931.
MdN 1919/20; Zentrum.
Prof. für Moral und Apologetik a.d. Universität Münster.

22. Moldenhauer, Paul, Prof.Dr.jur.Berlin,
Vgl. S.

23. Müller-Lehnartz, Wilhelm, Prof. Dr. Leipzig.
26.5.1873 - 8.11. 1952.
MdR 1932 - 1933; Deutschnat. Volkspartei.

24. Neumann-Hofer, Adolf, Hon.Prof. d.Staatswiss.,Zeitungs-
verleger Detmold, Deutsche Demokr.Partei, Vgl. S.

25. Prütz, Max, Prof. Dr. phil., Chemiker, Hildesheim.
27. 12. 1876 - 22.3. 1945.
MdR 1930 - 1932; Volksrechtspartei.

26. Radbruch, Gustav, Prof. Dr. jur.Kiel, SPD.
Vgl. S.

27. Respondek, Erwin, Dr. rer. pol., Privatdozent Berlin.
Geb. 26. 10. 1894.
MdR 1932 - 1933; Zentrum.
1947 Mitgl. d. Gesamtdeutschen Partei.

28. Reuter, Ernst, Prof. Dr.h.c., Oberbürgermeister Berlin.
29. 7. 1889 - 29. 9. 1953.
MdR 1932 - 1933; SPD.
1931 Oberbürgermeister von Magdeburg.
Vom 11. 3. 1933 bis Dez. 1934 im Konzentrationslager Lichtenburg. Emigrierte 1935 und war bis 1945 Universitätsprof. in Ankara. 1951 - 1953 Regierender Bürgermeister von West-Berlin.

29. Riesser, Jakob, Prof. Dr. jur. Geh. Justizrat Berlin, o. Hon. Prof. der Universität Berlin. Deutsche Volkspartei. Vgl.S.

30. Rosenberg, Arthur, Dr. phil. Privatdozent Berlin.
19. 12. 1889 - 7. 2. 1943.
MdR 1924 - 1928; KPD. Trat 1927 zur SPD über.
Emigrierte 1933 in die USA.

31. Schreiber, Georg, Prof. Dr. phil. et theol., Päpstlicher Hausprälat, Münster. Zentrum. Vgl. S.

32. Schücking, Walther, Prof. Dr. jur., Marburg.
6. 1. 1875 - 28. 6. 1935
MdN 1919/20; MdR 1920 - 1924; 1924 - 1928; DDP

33. Schultze-Naumburg, Pau. Prof. Dr.,Weimar.
10. 6. 1869 - 15. 9. 1949.
MdR 1932 - 1933; 1933 - 1945; NSDAP.

34. Schulze-Gaevernitz, Gerhart von, Prof. Dr., Geh. Hofrat Freibu
25. 7. 1864 - 10. 7. 1943.
MdN 1919/20; Deutsche Demokr. Partei.

35. Semmler, Friedr. Wilhelm, Prof. Dr. phil., Rittergutsbesitzer Breslau, Geh. Regierungsrat, Rektor der TH Breslau, o. Hon. Prof. der Univ. Greifswald, Deutschnat. Volkspartei.Vgl.S.

36. Spahn, Martin, Prof. Dr. phil. Köln.
7. 3. 1875 - 12. 5. 1945.
MdR 1910 - 1912; Zentrum.
1924 - 1932; Juli - Nov. 1932; 1932 - 1933; Deutschnat. Volkspartei. März - Nov. 1933: DNVP/NSDAP.
Am 9. 6. 1933 zur NSDAP übergetreten. MdR 1933 - 1936; 1936 - 1945; NSDAP.

37. Spuler, Arnold Siegmund, Prof. Dr. med. Erlangen.
1. 6. 1869 - 15. 3. 1937.
MdR 1924 - 1928; Deutschnat. Volkspartei.
MdL (Bayern) 1920 - 1924; Deutschnat. Volkspartei.

38. Strathmann, Hermann, Prof. Dr. theol. Erlangen. Deutschnat. Volkspartei, vgl. S.

39. Vahlen, Theodor, Universitätsprof. Dr. phil. Wien.
30. 6. 1869 - 1946.
MdR Mai - Dez. 1924; NSDAP.

Q U E L L E N A N H A N G

Offener Brief an den Reichstagswahlkandidaten Kurt Eisner

Universitätsprofessor Geheimrat Dr. B r e n t a n o sendet uns folgenden offenen Brief mit der Bitte um Abdruck, die wir gern erfüllen:

Mein Herr!

Eine Hure nennt man ein Weib, das sich gegen Geld jedermann hingibt. Sie haben am 23. Oktober in der Wahlerversammlung im Schwabingerbräu von der deutschen Wissenschaft als einer Hure gesprochen weil 93 ihrer Vertreter im Jahre 1914 in öffentlicher Erklärung die gegen das deutsche Volk in Waffen von seinen Feinden erhobenen Anklagen mit Entrüstung zurückgewiesen haben. Wollen Sie mir sagen, von welchem unter den 93 Sie wissen, daß er durch Geld oder irgendwelche andere persönliche Vorteile zur Unterschrift unter jene Erklärung veranlaßt worden ist? Ich erachte mich zu dieser Frage befugt, weil auch ich zu den Unterzeichnern der Erklärung der 93 gehöre.

Darf ich Ihnen erzählen, wie ich zu ihrer Unterzeichnung gekommen bin?

Ich bin im September 1914 genötigt gewesen, in Familienangelegenheiten nach Florenz zu reisen. Dort angekommen war ich empört über das, was ich in den italienischen Zeitungen las. Sie strotzten von Unwahrheiten über Deutschland, aus dem ich eben kam, und das italienische Volk glaubte alles, was man ihm auftischte. Dabei hörte man die Summen nennen, welche die Entente auf die Gewinnung einflußreicher italienischer Zeitungen verwendet habe. Empört schrieb ich an meinen Kollegen Professor von Schmoller nach Berlin, daß es im höchsten Interesse Deutschlands sei, diesen Verleumdungen entgegenzutreten. Aber man hatte es in Berlin versäumt, italienische Blätter mit den gleichen Mitteln, wie die Entente sie anwandte, zu gewinnen. Dagegen erhielt ich von Schmoller ein Telegramm, ich möge erlauben, daß mein Name unter eine Erklärung gesetzt werde, die zur Abwehr der über Deutschland und das deutsche Volk in Waffen im Ausland verbreiteten Verleumdungen von den ersten Trägern der deutschen Wissenschaft unterzeichnet sei; den Wortlaut könne man mir nicht telegraphieren; auch lasse sich daran nichts mehr ändern.

Ich habe mehrere Tage zu unterzeichnen gezögert, eben weil ich den Wortlaut nicht gelesen hatte. Dann habe ich durch wiederholtes Drängen, daß man auf meine Unterschrift besonderen Wert lege, mich mit Rücksicht auf die Namen derer, die bereits unterzeichnet hatten, herbeigelassen, meine Zustimmung zur Unterzeichnung auch meines Namens zu geben. Erst nach Monaten habe ich den Wortlaut der Erklärung zu Gesicht bekommen. Da hat es mich allerdings gereut, unbesehen unterzeichnet zu haben; denn ich würde die Erklärung nicht unterzeichnet haben, hätte ich jeden Satz derselben vorher gekannt. Aber wenn die Erklärung manches bestreitet, was von deutschen Truppen leider verübt worden ist, so sind Sie, der Sie sich als Volksfreund gebaren, am wenigsten berechtigt, ihren Unterzeichnern deshalb einen Vorwurf zu machen Wer sind denn die deutschen Truppen? Sie sind das deutsche Volk und in ihrer Mehrheit deutsche Arbeiter. Ist es ein Verbrechen, wenn die 93 von diesen eine zu hohe Vorstellung hatten, als daß sie auch nur eine der gegen die deutsche Arbeiterwelt erhobenen Beschuldigungen für möglich hielten? Von allen dürften gerade Sie, wenn Ihre Liebe zu den deutschen Arbeitern echt ist, als letzter berechtigt sein, deshalb einen Vorwurf gegen die 93 zu erheben.

Es ist schlimm genug, wenn uns das Ausland verleumdet, Unverantwortlich ist es, wenn dies von Volksgenossen geschieht. Oder soll der große Tag, dessen Anbruch Sie in Ihrer Rede verkündet haben, die Herabsetzung des deutschen Volkes zugunsten aller übrigen Völker bringen?

München, den 24. Oktober 1918

Professor Dr. Lujo Brentano

(Münchner Neueste Nachrichten, 26. Oktober 1918, Jg. 71, Nr. 542)

VII

Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?

von Prof. Dr. Hugo Preuß

Wenige Tage sind seit dem Sturz des alten Obrigkeitssystems in Deutschland erst verstrichen; dieser Umschwung hat sich bisher jedenfalls mit einer Ordnung vollzogen, die für eine Revolution von so ungeheuerlicher Bedeutung erstaunlich und wunderbar ist; - und doch kann man schon immer zahlreichere Stimmen hören, aus denen etwas wie Heimweh nach dem alten Obrigkeitsstaat spricht; und zwar auch von Soldaten, die bisher keineswegs seine Anhänger waren. Das ist psychologisch ebenso begreiflich, wie es politisch unsinnig ist. Denn die Ueberalterung des Obrigkeitsstaats war die Ursache seines Bankerotts und des gegenwärtigen Umsturzes; sie ist aber auch die Ursache, daß an seine Stelle noch keineswegs der Volksstaat getreten ist, sondern ein umgedrehtes Obrigkeitssystem. Im alten Obrigkeitsstaat hatte der Bürger sehr wenig, im gegenwärtigen hat er absolut gar nichts zu sagen; mehr als je vorher ist im Augenblick das Volk in seiner Gesamtheit lediglich Objekt einer Regierung, die ihm durch unerforschliche Ratschlüsse gesetzt wird, nur daß sich diese nicht auf ein Gottesgnadentum berufen, sondern auf eine genau ebenso unfaßliche Volksgnade. Der Rechtstitel ist in einem wie im anderen Falle die Macht, oder vielmehr der Glaube an eine dahinterstehende überlegene Gewalt. Kurz, es ist ganz und gar der umgedrehte Obrigkeitsstaat.

Gewiß kann man dem "Bürgertum" in dem leider üblich gewordenen engen Sinne dieses Wortes entgegenhalten, daß es kein Recht habe, sich über seine Ausschließung zu beklagen, weil seine politischen Unterlassungssünden, seine Schlappheit und Servilität ein gerüttelt Maß der Schuld tragen an der Ueberalterung jenes Obrigkeitssystems und folglich an dem gegenwärtigen Zusammenbruch. Auch ist es unzweifelhaft, daß das Bürgertum und die alten politischen Parteien einen Umschwung, wie den eben erlebten, aus eigener Kraft niemals zustande gebracht hätten; und es ist daher begreiflich, wenn die Organisatoren der Revolution deren Früchte allein zu genießen wünschen. Aber diesem Wunsche steht die Tatsache entgegen, daß er nicht nur die Entwicklung politischer Freiheit, unter deren Losung doch der Umschwung vollzogen wurde, unmöglich macht, sondern auch das ganze Schicksal unseres schon so hart heimgesuchten deutschen

Volkes dem Verderben preisgeben muß.
Ja, die sogenannte Politik der alten Parteien und ihre Führung war elend, genau so elend, wie die Politik und die Führung des alten Obrigkeitsstaates, mit dem sie in Wechselwirkung stand. Aber Schuld her, Schuld hin! Wer jene Ueberzeugung nicht erst seit heute und gestern vertritt, wer lange Jahre hindurch diesen Standpunkt ungebeugt den alten Mächten gegenüber, wenn auch vergeblich, zur Geltung zu bringen versucht hat, der wird heute nicht vor den neuen Machthabern schweigen, sondern ihnen zurufen: Ihr könnt dem geschlagenen deutschen Volke Erhebung, dem zerrütteten deutschen Staate neues Leben unmöglich unter Entrechtung seines Bürgertums, unmöglich im Zeichen des Klassenkampfes bringen. Die Absichten der gegenwärtigen Machthaber mögen die lautersten und reinsten sein; sie können doch der zwingenden Logik nicht entgehen, daß der Versuch, den deutschen Staat unter Zurückdrängung seines Bürgertums zu konstituieren, in kurzer Frist unabwendbar zum bolschewistischen Terror führen muß. Der gegenwärtige Zustand, daß zahlreiche bürgerliche Elemente die öffentlichen Geschäfte führen unter der Diktatur einer ihnen prinzipiell fremden Obrigkeit, mag im Augenblick als Notbehelf unvermeidlich sein; aber er ist nur auf kürzeste Frist haltbar, wird sehr bald von der einen oder der anderen Seite als unerträglich empfunden werden. Wenn er bis dahin seine Lösung nicht in einer auf der Gleichberechtigung aller Volksgenossen ruhenden politisch-demokratischen Organisation gefunden hat, so gibt es keinen anderen Ausweg als rechtlose Gewalt und mit ihr völlige Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens. Auf solchen Wegen mag seine Ziele verfolgen, wer unter Zerstörung aller nationalen Gliederungen die allgemeine Zwangsherrschaft des internationalen Proletariats herstellen zu können wähnt; niemals jedoch der, der aus dem großen Zusammenbruch den demokratischen deutschen Volksstaat retten will, dem sich auch die noch außenstehenden Glieder freiwillig und freudig anschließen sollen. Hier scheiden sich die Wege sofort und unbedingt. Hier handelt es sich um die Frage "östlicher oder westlicher Orientierung" in einem neuen verhängnisschweren Sinne. Wie haben uns die Reaktionäre die Entwicklung in der Art der "westlichen Demokratien" zu verekeln gesucht; und nicht nur Liberale,

auch Sozialdemokraten sind ihnen auf den Leim gegangen. Wollen wir jetzt statt dessen den Bolschewismus nachahmen, die negative Platte des russischen Zarismus? In epigrammatischer Zuspitzung, doch im Kerne treffend, schreibt eben jetzt Albert Thomas in der "Humanité": "Entweder Wilson oder Lenin, entweder die aus der französischen Revolution hervorgegangene und von der amerikanischen Republik weiter entwickelte Demokratie oder die brutalen Formen des russischen Fanatismus. Man muß wählen."
Wenn es das unabwendbare Schicksal in allen Revolutionen wäre, daß die Gironde von jakobinischer Schreckensherrschaft überrannt wird, so ist es deren Schicksal, von einem gesellschaftsrettenden Säbelregiment überwunden zu werden. Daß es nicht notwendig so sein muß, zeigt vor allem die englische und die amerikanische Entwicklung. Für den Lauf, den die Dinge bei uns nehmen werden, wird Haltung und Stimmung des Bürgertums sicherlich von schwerwiegender Bedeutung sein. Dem entsetzlichen Wechsel von rotem und weißem Terror zu entgehen, haben wir nur dann Aussicht, wenn sich eine starke und energische Strömung innerhalb des deutschen Bürgertums entschlossen auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellt, aber nicht willenlos ihr Haupt unter die neue Obrigkeit beugt, wie sie es so lange zum Schaden des deutschen Volkes unter die alte Obrigkeit gebeugt hat; und wenn ihre Mitarbeit in voller und verantwortlicher Gleichberechtigung nicht zurückgewiesen wird. Nicht zum Vortrupp reaktionärer Bestrebungen darf und will sich das Bürgertum hergeben; es will Hand in Hand gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigter Genosse. Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. Sie muß ihn baldigst schaffen, wenn nicht unsagbares Unheil unser armes Volk vollends verelenden soll. Gewiß muß eine moderne Demokratie vom Geiste eines kraftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein; aber ihre politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen Schicht durch die andere bilden, sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen. Im Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung

sind die unausbleiblichen sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft friedlich auszutragen. Die Stellung zu der konstituierenden Nationalversammlung des deutschen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolschewismus.

(Berliner Tageblatt, Jg. 47, Nr. 583, vom 14. November 1918; Wiederabdruck: Hugo Preuß: Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, Tübingen 1926, 365-368.)

An den Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität,
Münster i. W.

Münster i. W., 18. Nov. 1918

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nach unserer Sitzung in der Einquartierungsfrage hatte ich am Sonnabend Abend eine längere Zusammenkunft mit dem hiesigen Arbeiterrat, der mich um eine Unterredung gebeten hatte. Wir hatten eine sehr offene Aussprache über die Lage. Die unerwartete Revolution hat nur dadurch aufgefangen werden können, daß zunächst ein politischer Zustand geschaffen wurde, der der demokratischen Forderung der gegenwärtigen Machthaber durchaus widerspricht. Das wird bereitwilligst anerkannt. Um aber weitere Erschütterungen und Kämpfe zu vermeiden, muß dieser Zustand hingenommen werden, bis die Nationalversammlung wieder einen neuen Rechtsboden schafft. Das gilt für Münster, wie es für Deutschland gilt. Sonst müssen wir mit Eingriffen von außerhalb rechnen.

Ich habe den Eindruck, daß die Mitglieder des hiesigen Arbeiterrates als deutsche Männer wissen, was für eine furchtbare schwere Verantwortung ihnen plötzlich zugefallen ist, ohne daß ihre praktische Schulung sie darauf vorbereitet hat, und daß sie redlich bestrebt sein werden, diese Verantwortung im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes nicht zu mißbrauchen. Es war der Hauptzweck der ganzen Unterredung, dafür Vertrauen und Verständnis zu finden, weil nur bei bereitwilliger Zusammenarbeit in den nun einmal gegebenen Verhältnissen die schwierige Uebergangszeit überwunden werden kann.

Ich darf im Interesse des richtigen Verhältnisses der Universität zum Volke daran eine weitere Bemerkung anschließen. Ich fand bei den Mitgliedern des Arbeiterrates einen guten Teil des schönen Zutrauens zur Wissenschaft und der innersten Hochachtung vor der geistigen Leistung, die trotz allem Drum und Dran der Sozialdemokratie zu den besten Überlieferungen der deutschen Arbeiterschaft gehören. Mir scheint, einem großen Teil der gebildeten Schichten und auch unserer Universitätswelt hat bisher das eigentliche Verständnis für die Arbeiterschaft gefehlt, und namentlich für das, was an

Sehnsucht in ihren begabten Gliedern lebt. Etwas mehr menschliches Entgegenkommen, etwas mehr natürliche Anerkennung von Mensch zu Mensch kann da viel tun und ist vielleicht der wichtigste Teil unserer sogenannten Demokratisierung. Ich verkenne dabei freilich nicht, daß auf der Gegenseite durch die blinde Predigt des Klassenkampfes mindestens ebenso viel gesündigt ist, und daß man auch dort gründlich umlernen muß.

(Johann Plenge: Durch Umsturz zum Aufbau. Eine Rede an Deutschlands Jugend, Münster 1918, abgedr. im Vorwort)

Technische Hochschule und A.u.S.-Rat

Eine Unterredung mit Prof. Dr. B r a b b é e.

Wie in der "Vossischen Zeitung" mitgeteilt, hat der Rektor der Technischen Hochschule in Charlottenburg das Mitglied des Senats, den ord. Prof. Dr. Brabbée gebeten, die Hochschule beim A. und S. Rat Charlottenburg zu vertreten. Prof. Brabbée, der seit Jahren einen großen Teil seiner Sommerzeit inmitten einer Arbeiteransiedlung verbringt und wohl gerade dadurch ein besonderes Verständnis für die Anschauungs- und Denkweise der Arbeiter gewonnen hat, ist dem Wunsche des Rektors gern nachgekommen. Er war so liebenswürdig, einem unserer Mitarbeiter, der ihn über seine Tatigkeit beim A. und S. Rat befragte, ungefähr folgendes mitzuteilen:

Schon am 10. November war es uns Lehrern der Technischen Hochschule klar, daß die Hochschule einen Vertreter zum A. und S. Rat entsenden müsse. Es handelte sich dabei u. a. um die Frage der Ausweise für die Angehörigen der Hochschule, um den Sicherheitsdienst für die großen Hochschulbauten, um die Zufuhrung von Kohlen, um die Unterbringung mehrerer tausender Studierender, die aus dem Felde demnächst zu erwarten sind. Ich hatte, so führ Prof. Dr. Brabbée fort, gleich am ersten Tage beim A. und S. Rat Charlottenburg großes Entgegenkommen gefunden. Alle meine Wünsche wurden, so weit als irgend möglich, erfüllt. Jede Störung des Hochschulbetriebes konnte völlig vermieden werden. Der A. und S. Rat Charlottenburg ist sich, wohl in Übereinstimmung mit der Gesamtheit dieser Räte, voll bewußt, daß er den technischen Wissenschaften Schutz und Förderung angedeihen lassen muß.

Zum Schluß wies Prof. Dr. Brabbée darauf hin, daß er in manchen seiner Veröffentlichungen die Rechte der Allgemeinheit schon seit Jahren besonders betont habe, so in seinem (auch in der "Vossischen Zeitung" Nr. 355, v. 14. Juli d. J., eingehend gewürdigten) Buch "Deutschlands zukünftige Kohlenwirtschaft".

(Vossische Zeitung, Berlin, Nr. 591 18. November 1918)

X

Aufruf!

In diesem Augenblick der Wehen, die Deutschlands Leib und Leele erschüttern, damit, wie wir erhoffen, ein neues lebensstarkes Reich geboren werde, dürfen alle, die für des Landes Schicksal eine Verantwortung in sich fühlen, nicht einsam, vereinzelt abseits bleiben.
Wir halten nicht zu dem Zertrümmerten, sondern zu dem Werdenden. Wir stellen uns rückhaltlos dem Volk, seinem Willen und seinen Vertretern zur Verfügung. Wir wollen nach besten Kräften, wo man uns braucht, der werdenden Gestaltung dienen. Wir wollen mitwirken, daß die Wurzeln des geistigen und wirtschaftlichen Lebens im großen Wandel der Dinge, den wir gutheißen, nicht Schaden leiden, sondern neue Kraft gewinnen.

Dieser Aufruf wurde u. a. von folgenden Hochschullehrern unterzeichnet:

Professor Ballod, ... Moritz Bonn, Professor M. Borchardt, ... Lujo Brentano, ... Professor Deißmann, ... Albert Einstein, ... Walter Goetz ... Professor Harries, ... Professor Hatschek, Professor Heilfron, ... Professor James Israel, Professor Jastrow ... Oberstudienrat Kerschensteiner, Professor Kilian, Professor Klingenberg, ... Prof. Kraus, Prof. Friedrich Lenz, ... Friedrich Meinecke, ... Hermann Oncken, Franz Oppenheimer, ... Professor Rathgen, ... Professor Seeberg, ... Professor Sievers, Werner Sombart, ... Ernst Troeltsch, ... Alfred Weber...

(Abgedruckt in: Vossische Zeitung, Berlin, Nr. 591, 18. November 1918)

Deutsch-Österreich und die Nationalversammlung
Eine Kundgebung für den großdeutschen Gedanken

Das Schicksal Deutsch-Österreichs war das Thema einer stark besuchten Versammlung, die gestern in der Hochschule für Musik in der Fasanenstraße tagte. Nachdem der Einberufer Hermann K i r s c h die Versammlung begrüßt und eine Zuschrift des Lehrkörpers der Berliner Universität verlesen hatte, sprach als erster Redner Prof. Heinrich H e r k n e r. Der Gelehrte beleuchtete das nunmehr abgelaufene Bündnisverhältnis vom deutsch-österreichischen wie vom reichsdeutschen Standpunkt aus; dem deutschen Volke ist in diesem Kriege wenigstens ein Bruderkampf erspart geblieben, wie er Ukrainer gegen Ukrainer, Polen gegen Polen, Kroaten gegen Serben zu schießen zwang. Auf seiten unserer Feinde bestehe wohl der Plan, das deutsche Volk bei den Friedensverhandlungen vor vollendete Tatsachen zu stellen; der einzige Schutz dagegen sei die rechtzeitige Einberufung der Vertretung des gesamten Volkes, der Nationalversammlung.

Stefan G r o ß m a n n folgte mit einer scharf pointierten Rede gegen das alte, nunmehr begrabene k. u. k. Österreich. Die stärkste Gefahr für den großdeutschen Gedanken bilde zurzeit die schwere Hungersnot, die Wien und das nordböhmische Industriegebiet bedroht. Die Tschechen werden vielleicht eine knappe Hilfe mit Lebensmitteln leisten, aber jedes gelieferte Pfund Mehl werden sie sich mit teueren nationalen Zugeständnissen bezahlen lassen. Im zukünftigen Deutschen Reich müßten die deutschen Österreicher als gleichberechtigte Volksgenossen wohnen können, die polizeiliche Aufsicht, unter der sie sich hier während des Krieges befanden, habe jedes national empfindende Herz schwer kränken müssen. Diese beiden Gedanken griff in seiner Erwiderung Konrad H a e n i s c h, der neue preußische Kultusminister, auf. Auch Minister haben ja, wie er meinte, seit dem 9. November in Preußen Redefreiheit. Haenisch legte dar, daß gerade die besten Männer der deutschen Sozialdemokratie auch glühende Verfechter des großdeutschen Gedankens waren, und er zitierte aus der letzten Rede Wilhelm Liebknechts Worte, die den Vater des Führers der Spartakusgruppe als warm fühlenden deutschen Patrioten, als Idealisten der deutschen Einheit erkennen ließen. Für die vom Vorredner geäußerten

Wünsche über das Aufhören des Polizeiregimes und die Hilfe für Deutschböhmen versprach Haenisch innerhalb der neuen Regierung aufs energischste eintreten zu wollen.

Der speziellen Notlage der Deutschen in Böhmen widmete dann noch Dr. Hermann U l l m a n n einige Worte und Prof. Alois B r a n d l gedachte des deutschen Südtirols, nach dem der italienische Imperialismus lüstern ist. Als letzter Redner sprach Prof. Werner S o m b a r t, der aus der Mischung von norddeutscher und süddeutscher Wesensart, der Ehe, die die beiden Volksteile nun schließen wollen, den Trost für die ungebrochene Zukunft des Deutschtums schöpfte. Zum Schluß legte Herr Kienzl der Versammlung eine Resolution vor, die, einstimmig gebilligt, einen Ausschuß einsetzte, der für den großdeutschen Gedanken und die Nationalversammlung werben soll. Dem Ausschuß gehören an: die Professoren Herkner, Brandl, Spitthoff, Merz, Kraus, Hellauer, Frau Auguste Hauschner, Julius Böhm, Josef Fürth, Bildhauer Franz Metzner, Dr. Max Ponl, Stefan Großmann, Dr. Ullmann.

(Vossische Zeitung, Berlin, Nr. 590, 18. November 1918)

Offener Brief an Rektor und Senat der Universität Berlin

Berlin, den 11. November 1918

Verehrte Herren!

Die provisorische Regierung hat die Einberufung einer Nationalversammlung aufgeschoben und plant eine Zusammenberufung der Arbeiter- und Soldatenräte. Damit ist jedenfalls für den Augenblick die "Diktatur des Proletariats" verkündet.
Es wäre nicht nur ein Fehler, sondern eine schwere Versündigung an der Nation, wenn nun die geistigen Kräfte schmollend beiseite ständen. Richtig wäre es, daß sie versuchten, sich in zielbewußter Organisation der Regierung zur Verfügung zu stellen.
Deshalb sollte die Berliner Universität durch einen sofort zu erlassenden Aufruf die übrigen Universitäten und sonstigen Hochschulen (Polytechniken, landwirtschaftliche Hochschulen, Bergakademien, Kunstadademien, Handelshochschulen, Militärakademien usw.) zur Beschickung eines Kongresses auffordern, für den die Berliner Universität Räumlichkeiten der Universität zur Verfügung stellt und dessen Vorbereitung sie übernimmt. Aber auch die geistigen Kräfte des praktischen Lebens müßten herangezogen werden. In glücklichster Weise sind die Hochschulen über das Vaterland verteilt. Sie sollten nun, jede in ihrem Kreise, die Großindustriellen-Verbände, Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Handwerkerkammern, Lehrervereine, Ärzteverbände, Ingenieurvereine usw. auffordern, Vertreter zu dem Berliner Kongreß zu entsenden.
Als Vertreter dürfen nur solche Männer und Frauen gewählt werden, die erklären, sich ganz auf den Boden der deutschen Republik zu stellen.
Die gleiche Einladung sollte die Berliner Universität an die Hochschulen der deutschösterreichischen Lande ergehen lassen.

Der Hauptgegenstand der Beratung ist:
Wie können die geistigen Kräfte der Nation am besten für die Neugestaltung von Groß Deutschland nutzbar gemacht werden?

In Ehrerbietung
Dr. Leo Arons.

Der offene Brief von Leo A r o n s wurde am 12. November 1918 in den großen Berliner Zeitungen abgedruckt: z. B. in der Vossischen Zeitung, Abendblatt etc. Abgedruckt in: Leo Arons: Universitäten heraus! Berlin (Verlag der sozialistischen Monatshefte) 1918, 5 f.

+) Martin Leo A r o n s , geb. am 15. 2. 1860 - 10. 10. 1919. Jude. Seit 1884 bei A. Kundt in Straßburg Assistent, seit 1890 Privatdozent für Physik in Berlin. Hauptarbeitsgebiet: elektrische Wellen, elektromagnetische Saitenunterbrecher (Aronssche Schwingungsröhre).
Als sozialistischer Politiker setzte er sich für Volksbildung und Bodenreform ein. Aufgrund seiner politischen Tätigkeit wurde er am 17. 6. 1898 von seiner Privatdozentur suspendiert.
Lit.: Neue Deutsche Biographie; Deutsches Biographisches Jahrbuch, Überleitungsband II 1917 - 1920, 1928; Encyclopaedia Judaica III, 1929; Nachrufe u. a. von Albert Einstein in: Sozialistische Monatshefte 1919.

Die Erklärung der Berliner Universitätslehrer.

In der Versammlung der Professoren und Dozenten der Berliner Universität, die, wie berichtet, am Sonntag stattfand, wurde nach längerer Diskussion eine Erklärung beschlossen, deren Wortlaut jetzt vorliegt. Sie lautet:

Angesichts der ungeheuren Umwälzungen, die aus dem Welt- und Massenkriege hervorgegangen sind, erklären die an der Universität Berlin vereinigten Geistesarbeiter, daß auch sie sich bereitwillig der provisorischen neuen Regierung unterstellen, die endgültige Ordnung der Verhältnisse von einer auf lauteren demokratischen Grundsätzen aufgebauten Nationalversammlung erwarten und ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der zurückkehrenden Studenten und der neuen sich darbietenden Aufgaben der Volksbildung zu stellen bereit sind.

Bei den besonderen Verhältnissen der Universität Berlin ist es selbstverständlich, daß viele Lehrer es für ein Gebot der Würde und Aufrichtigkeit halten, ihre bisherige Angänglichkeit an die glorreichen Traditionen des bisherigen Staates nicht zu verleugnen, und vor allem den Schmerz über den Verlust großer Güter empfinden, aber allesamt sind sie bereit, sich bedingungslos in den Dienst der Ordnung, einer restlos hingebenden Arbeit für unsere Studenten und für die neuen Unterrichtsaufgaben zu stellen.

Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß eine andere Gruppe von Lehrern die aufsteigende neue Ordnung der Dinge als mit dem humanen und freien Geiste der Wissenschaft verwandt empfindet und nur den einen Wunsch hegt, die bevorstehende neue Ordnung mit den besten Ueberlieferungen des deutschen Geistes seit Kant und Fichte, Schiller und Goethe zu durchdringen, sowie bei der Lösung der gewaltigen sozialen Zukunfsaufgaben an ihrem Teile mitzuwirken. Alle sind daher praktisch einig in dem Entschlusse, dem Geist der Ordnung und der Pflicht für das Ganze zu dienen, und erwarten in dem Volksstaate der Freiheit vor allem die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft, die wir selbst anzuerkennen und zu bestätigen für unsere erste Pflicht halten und durch die wir hoffen, Ursprünglichkeit und Frische der deutschen Wissenschaft zu steigern und zu kräftigen. Bleibt der Geist lebendig, dann ist nichts verloren.

Professoren und Dozenten der Universität Berlin.

Der Rektor: Seeberg.

(Vossische Zeitung, Berlin, Nr. 594, 20. Nov. 1918)

Zu deutscher Nationalversammlung
Bemerkungen von Samuel Saenger +)

- - -

Nun, wo wir uns auf die große Nationalversammlung rüsten, die uns eine neue Verfassung geben soll, treten alle diese Parteien mit Programmen heraus, die matt und zahm, die von stumpf gewordenen Federn geschrieben, die, scheint es, von den verbrauchten und kompromittierten Gehirnen entworfen sind. Ich weiß, es gibt so manchen aufrechten, gewissenhaften, kenntnisreichen und öffentlich bewährten Mann unter den bisherigen Vertretern des bürgerlichen Liberalismus. So mancher von ihnen hat sich in der Lüge des Krieges aufrecht und tapfer gehalten und gegen das Unheil, das sie kommen sahen, mutvoll angekämpft; aber nicht ihre Stimmen höre ich aus den Werberufen. Mit keinem Worte dringen sie ans Herz des großen Problems, um das unser Leben sich neu kristallisieren will; denn es genügt nicht zu sagen, daß man ebensowenig den Terror von unten wie den Absolutismus von oben haben mag. Ersetzt diese Selbständigkeit ein Programm, ersetzt sie Grundsätzliches, Gedanken, Pläne, Vorschläge, Anregungen? Wie in der neuen Welt der Liberalismus und der Sozialismus sich zu verschmelzen, sich an- und auszugleichen suchen müssen, so müßte eine erneuerungswillige demokratische Partei aus dieser Notwendigkeit die Folgerungen ziehen und in ihrem Programm kristallisieren. Statt dessen liest man Selbstverständlichkeiten, über die sich alle einig sind trockene Bekenntnisse, die mit fataler Aufdringlichkeit nach welken Blättern duften. Aus keinem Wort schlägt die Flamme; in keinem Wort bäumt sich das Gewissen auf, eilt es der neuen Zeit entgegen; aus keinem Wort spricht das große und heilige Missionsgefühl, das eine politische Gruppe von Vorkämpfern haben muß, wenn sie sich nicht aufgeben will. Sollte diese Schwäche nicht an den völlig veralteten und verkalkten Methoden liegen, nach denen kleine und enge Parteibürokratien ihre Truppen und Bekenner zusammenbetteln? Es fehlt an Männern; und daran fehlt es gründlich. Es gibt im Deutschen Reiche Persönlichkeiten genug, die mit voller Hingabe dem großen Gedanken des demokratischen Liberalismus ergeben sind, die ihn zeitgemäß auszubauen und zu erweitern vermögen, und die schon durch sich selbst Werbekraft besitzen. Wenn es nicht gelingt, sie sofort in den Vordergrund

zu schieben, sie mit dem Schutz und dem Ausbau der grünen deutschen Demokratie zu betrauen, so wird unser politisches Leben um eine unentbehrliche und reiche Nüance ärmer sein, abgesehen von den Gefahren, die damit für das ganze Gemeinwesen verknüpft wären.

- - -

Der alte liberal-demokratische Parteibürokratismus ist tot, seine Formen haben sich gänzlich überlebt: es hat sich bitter gerächt, daß blasse Angst vor den sich ankündigenden Ungemütlichkeiten einer neuen Zeit sein Verhältnis zu den riesengroßen Problemen des umgestalteten gesellschaftlichen Lebens verkrüppelt hat. Aber ewig lebt die Verpflichtung zu dem Gedankeninhalt des ursprünglichen Liberalismus, der um den Begriff der Freiheit und der Entfaltung der individuellen Kräfte in all seinen Ausstrahlungen kristallisiert ist, und den in deutsche Demokratie überzuleiten die Aufgabe der neuen Partei sein soll. Der elende Kleinkram der alten Programme, die zaghafte Bedächtigkeit und auch - sagen wir es brutal heraus - die Abgegriffenheit jener führenden Liberalen, die nicht geführt haben, reicht an diese Aufgaben nicht heran. Dazu bedarf es, wie gesagt, frischer Männer, neuer Methoden, vom Lebensstrom her verjüngter Programme. Ob die Deutsche Demokratische Partei diese Voraussetzungen erfüllt?

(+) Samuel Saenger, geb. am 17. 2. 1864. Prof. Dr. phil., Kulturkritiker und Essayist. Geh. Legationsrat im Auswärtigen Amt. Hrsg. der Neuen Rundschau. Mitglied des internationalen PEN Club)

(DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 29 (1918), Bd.2, 1611 f)

Aus dem neuen Kultusministerium

Ein offener Brief an Professor Saenger von Konrad Haenisch

Berlin, den 30. November 1918

Verehrter Herr Professor!

Die Frau ist bekanntlich die beste, von der man am wenigsten spricht. Ich glaube, dieser Grundsatz gilt auch für Ministerien. Ich täte also im eigenen Interesse besser, zu schweigen. Aber Ihre Aufforderung war so liebenswürdig, daß es mir unhöflich erschienen wäre, sie einfach nicht zu beachten. So sei es denn.

Sie wünschen von mir also Auskunft über das Programm des neuen preußischen Kultusministeriums. Mit Programmen ist es so eine eigene Sache. Sie selbst wissen ebsnso gut wie ich, daß es nach dem alten Berliner Scherzwort erstens immer anders kommt, und zweitens als man denkt. Wenn eine neue Bühne oder eine neue Zeitschrift mit hochtrabenden Programmerklärungen vor die Öffentlichkeit tritt, so kann man nach alter Erfahrung hundert gegen eins wetten, daß die Enttäuschung sehr groß sein wird, und so pflegt's in der Politik auch zu gehen. Denn was eine neue Regierung leistet, hängt keineswegs ausschließlich von den guten Vorsätzen ihrer Mitglieder ab, sondern mindestens ebenso sehr von der Gewalt der äußeren Umstände, von dem Spiel und Widerstreit der politischen Kräfte. Das gilt schon für ruhige Zeiten - um wieviel mehr gilt es in diesen Tagen wild-chaotischer Gärung! Noch sitzen wir alle auf einem Vulkan, und der, der heute dies schreibt, weiß ebenso wenig wie irgend ein anderer, ob er an dem Tage, an dem diese Zeilen an die Öffentlichkeit kommen, noch preußischer Kultusminister sein wird. Und unter solchen Umständen verlangen Sie ein Programm ...

Alles was ich Ihnen in fliegender Hast, mitten im Drange schwerster politischer Arbeit, geben kann, sind ein paar allgemeine Gedanken, nach denen ich mich richten möchte, wenn mir eine längere Tätigkeit an dieser Stelle beschieden seinsollte.

- - -

Seit dem 9. November sind nun alle jene Hemmungen, unter denen die Arbeit unseres Vorgängers leiden mußte, beseitigt. Es gibt kein preußisches Dreiklassen-Parlament mehr, es gibt kein Herrenhaus mehr und es gibt auch keinen König von Preußen mehr,

vor dessen Stirnrunzeln der Minister zu zittern hätte. Dafür aber sind andere Schwierigkeiten entstanden, und diese Hemmungen, vor die sich die neuen Männer gestellt sehen, sind kaum weniger groß als die alten. Worin sie bestehen? Nun, ich erinnere Sie nur an die völlige Unsicherheit aller politischen Verhältnisse im Innern und Äußern! Ich erinnere daran, daß niemand weiß, welche Provinzen in wenigen Wochen überhaupt noch zum Reiche und zu dem alten preußischen Staate gehören werden. Dazu kommt die weitere Schwierigkeit, daß die neue Regierung gebildet ist aus zwei Parteien, die, wenn sie auch dem gleichen Mutterboden entstammen, doch bis zum 9. November 1918 einander in erbitterster Feindschaft gegenüberstanden. In Preußen hat dies durch den Zwang der Umstände gebotene Zusammenwirken der beiden Parteien bekanntlich dahin geführt, daß sämtliche Ministerien doppelt besetzt sind - durch je einen Sozialdemokraten alter Richtung und einen Unabhängigen. So hat die groteske Ironie der Revolution über Adolph Hoffmann und mich zu preußischen Kultusministern gemacht - uns beide, die wir die ganzen letzten Jahre hindurch gerade bei der Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhaus und sonst in der Öffentlichkeit immer wieder so hart aneinander geraten waren.

- - -

Man hat in der Presse und mehr noch im Gespräch in diesen letzten Wochen viel Glossen darüber gemacht, daß gerade Adolph Hoffmann preußischer Kultusminister geworden ist. Auch ich halte Adolph Hoffmann gewiß nicht für den idealen preußischen Kultusminister - ebensowenig, wie ich mich selbst etwa dafür halte. Es hätte gewiß auch in seiner eigenen Partei viele Männer gegeben, die mehr Voraussetzungen für dieses Amt mit sich gebracht hätten, das einst Wilhelm von Humboldt bekleidet hat. Ich nenne nur Namen wie Franz Mehring, Eduard Bernstein und Heinrich Ströbel. - - - Worauf es mir hier aber in erster Linie ankommt, das ist der Wunsch, scharf zu betonen: der Motor dieses Hoffmannschen forschen Willens ist immer ein reines Wollen.

- - -

Beide neuen Männer sind niemals in ihrem Leben Beamte gewesen, und was mich persönlich angeht, so waren die einzigen Akten, die ich bis zu meinem Eintritt ins Kultusministerium gelesen

hatte, die Akten meiner eigenen sehr zahlreichen Preß-Prozesse. ...Nun aber türmen sich vor uns tagtäglich wahre Berge von Akten auf! Sie zu lesen und zu bearbeiten: das will erst gelernt sein. Wo blieben wir da ohne die treue und gern gewährte Hilfe der alteingesessenen Beamtenschaft unseres Ministeriums! Es liegt mir daran, auch an dieser Stelle allen unseren Direktoren, Referenten, Vortragenden Räten und Geheimräten von Herzen Dank zu sagen für die Unterstützung, die sie uns neuen Männern zuteil werden lassen. Daß diese Unterstützung vielen von ihnen verteufelt schwer fällt, weiß niemand besser als ich. Konservative Geheimräte unter sozialdemokratischen Ministern: wer hätte das noch vor einem Jahr für möglich gehalten!

- - -

So sehr wir mit Leib und Seele Sozialdemokraten sind und im sozialdemokratischen Geiste hier zu wirken versuchen werden, so weiß ich doch ganz genau, daß gerade unser Ministerium, das wir aus einem Kultusministerium immer mehr zu einem Kulturministerium machen möchten, sich von aller parteipolitisch-beschränkten Engstirnigkeit und vor aller bornierten Engherzigkeit unbedingt reinhalten muß. Sollen wir hier etwas Tüchtiges leisten, so bedürfen wir dazu der frischen und freudigen Mitarbeit aller vorwärtsdrängenden Kräfte in unserm deutschen Kulturleben.

- - -

Die Maßnahmen zu einer grundlegenden Universitäts-Reform, insbesondere auch zu einer Reform der Privat-Dozentur, sind eingeleitet. Hervorragende Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus und anderer Richtungen, die bisher ungerechtfertigterweise im Dunkeln stehen mußten, werden von uns durch Berufung an die preußischen Hochschulen ans Licht geholt werden. Für Soziologie werden neue Lehrstühle geschaffen. Die letzten Fesseln der akademischen Lehrfreiheit werden fallen. Dem Ausbau der Technischen Hochschulen und ihrer möglichst organischen Verbindung mit den Universitäten wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Sie sollen uns künftig weniger Berufstechniker liefern, als vielmehr Männer mit umfassenden Blick und weiter Allgemeinausbildung. Überhaupt soll dem allzuweit getriebenen Spezialistentum sowohl auf den Universitäten, wie auch auf den Technischen Hochschulen mit aller Kraft entgegengearbeitet werden. Die dort Ausgebildeten sollen künftig nicht mehr nur, wie vielfach leider heute, "die Teile in ihrer Hand" haben -

es soll ihnen nach Möglichkeit auch wieder das geistige Band, das alles zusammenhält, gegeben werden. Das Volkshochschulswesen möchten wir in großzügiger Weise ausbauen. Von dem Borbild der nordischen Länder hoffen wir dabei viel zu lernen. Auch diese Volkshochschulen sollen in enge organische Verbindung mit den Universitäten gebracht werden, wie denn überhaupt unser ganzes Bildungswesen von der Volksschule an bis hinauf zu den Hochschulen allmählich nach einheitliche Richtlinien umgebaut und in eine innere Einheit gebracht werden soll. Wir hoffen, in diesem Sinne den Gedanken der Einheitsschule mit frischem Blut füllen zu können. Neben dem Ausbau der bestehenden Hochschulen tragen wir uns auch mit dem Gedanken, in Berlin eine besondere freie Hochschule für politische Wissenschaften ins Leben zu rufen. Die äußeren Möglichkeiten dazu, von denen ich hier noch nicht reden möchte, hat uns die Revolution selbst in die Hand gegeben.

Wie der politischen Schulung der heranwachsenden Generation, so soll auch ihrer volkswirtschaftlichen Ausbildung künftig ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wie viel da heute noch im Argen liegt, das haben uns gerade die wirtschaftspolitischen Erfahrungen in diesen vier Kriegsjahren mit erschreckender Deutlichkeit klar gemacht. Es ist mir eine außerordentliche Freude, jetzt selbst als Minister an die Ausführung eines Gedankens gehen zu können, den ich als Abgeordneter bisher nur propagieren konnte - des Gedankens, Ausbildungsanstalten für praktische Volkswirte zu schaffen. Doch ich will michtnicht mit fremden Federn schmücken: der geistige Vater dieses Gedankens bin nicht etwa ich selbst - ihn zuerst vertreten zu haben, für ihn mit großer Sachkunde und stärkstem Eifer eingetreten zu sein ist vielmehr das Verdienst Johann Plenges, des bekannten Volkswirtschaftlers an der Universität Münster.

Durch diese Verbreiterung volkswirtschaftlichen und politischen Denkens hoffen wir auch endlich wieder eine innigere geistige Verbindung zwischen der offiziellen Gelehrsamkeit und der Arbeiterbewegung herzustellen - im Andenken an Ferdinand Lassalles großes Losungswort vom Zweibund der Wissenschaft und der Arbeiter.

Daß durch das alles die Anforderungen an die Qualität der wissenschaftlichen Leistungen unserer Hochschullehrer und ihrer Schüler

keineswegs herabgedrückt werden dürfen, versteht sich wohl von selbst. Im Gegenteil!

- - -

Was die Volksschulen angeht, so ist die geistliche Schulaufsicht bereits von uns beseitigt, alle Kreisschulinspektionen sollen künftig hauptamtlich sein. Der bisher für alle Lehrer bestehende und teilweise auf ihr Gewissen in ernster Weise drückende Zwang, Religionsunterricht zu erteilen, ist aufgehoben, Religion ist auch nicht mehr Prüfungsfach, die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichts und eines Unterrichts in vergleichender Religionsgeschichte wird vorbereitet.

Von Einzelheiten nenne ich schließlich noch dies: Die Koedukation, der gemeinsame Unterricht für Knaben und Mädchen ist eingeleitet, wird aber nur mit peinlichster alle Umstände gewissenhaft berücksichtigender Vorsicht weiter ausgebaut werden. Ein Dogma ist uns die Koedukation ganz und gar nicht. Für beide soll die Zahl der Exam... allmählich eingeschränkt, ihr Berechtigungswert gemindert werden.

In enge Verbindung mit dem allmählich zu einer wirklichen Einführung in die Kulturgeschichte auszugestaltenden Geschichtsunterricht wollen wir die bisher so sehr vernachlässigte staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Erziehung der jungen Leute bringen. Auf allen Schulstufen soll die systematische Einführung in die Grundbegriffe der Staatskunde und der Wirtschaftslehre gepflegt werden. Damit kann gar nicht früh genug begonnen werden. Die Krönung dieses Baues sollen dann die vorhin erwähnten neuen volkswirtschaftlichen Hochschuleinrichtungen werden.

- - -

Eine für das ganze Reich einzuberufende allgemeine Schulkonferenz ist von uns angeregt worden und soll von unserm Ministerium in ihren Einzelheiten vorbereitet werden. Dem Gedanken, ein Reichsschulamt zu schaffen, das für die Gestaltung der Lehrpläne, die Regelung der Ferien usw. einheitliche Richtlinien für alle Bundesstaaten festzulegen hätte, stehen wir sehr sympathisch gegenüber.

- - -

Die vielerörterte Trennung von Kirche und Staat liegt gewiß in der Linie unserer allgemeinen Politik. Sie ist ja auch seit jeher von hervorragenden Wortführern aller Richtungen der christlichen Konfessionen selbst, von Kirchenrechtslehrern, sogar von einzelnen

Vertretern des Zentrums und der Konservativen gefordert worden. Doch greifen diese Dinge so tief in die einzelnen Verästelungen im Seelenleben jedes einzelnen ein, daß nach meiner Meinung ihre endgültige Erledigung unter keinen Umständen übers Knie gebrochen werden darf. Sie sollte unbedingt - auch aus sehr schwerwiegenden politischen Gründen - der verfassunggebenden Nationalversammlung vorbehalten bleiben.

Mit diesen Andeutungen, verehrter Herr Professor, müssen Sie sich für heute wohl oder übel begnügen. Denn zu mehr langt es heute beim besten Willen nicht - nachts um die zwölfte Stunde! (Das ist nämlich die einzige, die in diesen wilden Wochen für solchen Brief einmal zur Verfügung steht.) Sie werden zwar nicht über die Magerkeit, wohl aber über die mangelnde Systematik dieses "Programms", das ja aber gar kein Programm sein soll, mit Recht enttäuscht sein. Es bleibt mir nur übrig, den Wunsch auszusprechen, daß unsere Tätigkeit selbst Sie und Ihre Leser entschädigen möge.

In dieser Hoffnung bin ich

Ihr ergebener
Konrad Haenisch.

(abgedruckt in : DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 30 (1919), Bd.1, S. 17-27. - Gekürzt!)

XVI

Nach Gründung der "Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts" (Heidelberger Vereinigung) gaben die Unterzeichneten die folgende Erklärung ab:

Wir haben für unser Land, als es noch auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge stand, jede Politik bekämpft, die das Recht anderer Nationen mißachtete. Wir haben insbesondere das Unrecht an Belgien verurteilt, wenngleich unsere Ansichten darüber auseinandergingen, welche Formen der Opposition in dieser und anderen Fragen mit der Sicherheit Deutschlands im Kriege vereinbar waren. Wir leugnen nicht die Verantwortlichkeiten der früheren Gewalten vor dem Kriege und während des Krieges, aber wir glauben, daß ein gemeinsame Schuld aller kriegführenden Großmächte Europas vorlie[illegible] Wir sind uns wohl bewußt, da[illegible] die imperialistischen Spannungen de[illegible] Weltwirtschaft eine der Grundlagen für die gefährliche Situation im Juli 1914 gewesen sind. Aber wir glauben, daß Wachsamkeit und reiner Wille in allen Ländern den Weltkrieg hätten verhindern können. Daher darf nach unserer Ueberzeugung die Entente nicht in eigener Sache Recht sprechen.

Wir stellen fest, daß gegnerische Politiker, die mitschuldig sind an der planmäßigen Verhetzung der Völker, an der Verhinderung des europäischen Konzerts vor dem Kriege und an der Zerstörung jeder Möglichkeit eines frühzeitigen Rechtfriedens, heute den Anspruch erheben, zu richten und zu strafen, und unter diesem Deckmantel sich anschicken, imperialistische Kriegsziele zu verwirklichen, die preiszugeben sie sich feierlich verpflichtet haben. Da bisher und auch jetzt im entscheidenden Stadium der Vorverhandlungen Vertreter des deutschen Standpunkts von jeder Möglichkeit ausgeschlossen worden sind, unsere Sache zu führen, so erklären wir an dieser Stelle:

Wir alle teilen die Auffassung, daß nur eine unparteiische neutrale Untersuchungskommission, der alle Archive geöffnet werden und vor der alle Parteien zu Worte kommen, versuchen kann, den Anteil der einzelnen Staaten festzustellen an der Schuld, daß dieser Weltkonflikt ausbrach und daß er bis zur Verwüstung der europäischen Zivilisation durchgekämpft wurde.

Wir sind alle davon überzeugt, daß der von dem Präsidenten Wilson mit der Entente und Deutschland abgeschlossene Vertrag mehr bedeutet als die bloße Bindung, die 14 Punkte durch die Friedensbedingungen notdürftig formal zu erfüllen, daß vielmehr darin in aller Feierlichkeit die gemeinsame Verpflichtung der beteiligten Staaten festgelegt war, dem Geist der Wilsonschen Grundsätze gerecht zu werden und einer weiteren Zerstörung Europas Einhalt zu tun. Wir stimmen mit dem Prinzen Max darin überein, daß die Einlösung dieser Verpflichtung nicht willkürlich hinausgeschoben werden durfte, sondern am ersten Tage des Waffenstillstandes in Kraft zu treten hatte.

Wir erheben daher im Namen dieses Vertrags Einspruch dagegen, daß der Waffenstillstand, wie Marschall Foch das zugegeben hat, als eine Fortsetzung des Krieges gehandhabt wird, und daß insbesondere gegen die Nichtkombattanten ein verschärfter Kampf einsetzte, der seit Abschluß des Waffenstillstandes viele Tausende von Opfern gefordert hat.

Wir erheben ferner Anklage dagegen, daß gegen alle Menschlichkeit und Billigkeit und gegen alle Soldatenehre die deutschen Kriegsgefangenen als Geiseln zurückbehalten werden.

Wenn weiterhin unsere Feinde planmäßig in Deutschland und in den eigenen Ländern die Gesinnungsgrundlagen für den Völkerbund zerstören, würde das deutsche Volk für ein Scheitern des großen Werks keine Verantwortung treffen.

Wohl aber sind wir davon überzeugt, daß auf dem ganzen deutschen Volk die Verpflichtung liegt, in den eigenen Grenzen einen Zustand des Rechts und der Ordnung herzustellen, der dem Gegner keinen Vorwand übrig läßt, der deutschen Regierung die Vertretung unseres Rechtsstandpunktes noch länger zu weigern.

Das deutsche Volk muß seiner Regierung die Grundlagen schaffen helfen, kraft deren sie die Bürgschaft übernehmen kann, daß sie die Beschlüsse der Volksvertretung und die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und rechtswidrige Angriffe auf unsere Ostgrenzen abzuwehren die Macht hat. Jeder ist heute zu freiwilligem Dienst verpflichtet, nach seinen Kräften, wenn es sein muß,

mit erneuter Einsetzung seines Lebens. An den Offizieren wird es sein, alte lieb gewordene Vorrechte aufzugeben, an den Mannschaften, den Führergedanken aufrechtzuerhalten, den gerade eine Volkswehr nicht entbehren kann.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß nach dem Zusammenbruch des preußischen Systems Süddeutschland dank seiner demokratischen Tradition und der glücklicheren Ueberwindung seiner inneren Gegensätze eine erhöhte Verantwortung zufällt.

Wir bitten um die Zustimmung aller deutschen Männer und Frauen, die unsere Ueberzeugung teilen und bereit sind, für sie durch Worte oder Taten einzutreten. Unser Appell richtet sich besonders auch an die deutsche Jugend.

Zuschriften werden erbeten an die "Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts" (Heidelberger Vereinigung), Heidelberg, Ziegelhauserlandstraße 17.

Den 7. Februar 1919.

Robert Bosch. Moritz Bonn. Lujo Brentano. Friedrich Curtius. Hans Delbrück. Konstantin Fehrenbach. Ludwig Haas. Kurt Hahn. Konrad Haußmann. Heinrich Herkner. Johannes Lepsius. Hugo Lindemann. Friedrich Meinecke. Albrecht Mendelssohn Bartholdy. Graf Max Montgelas. Frau Lina Richter. Walter Schücking. Friedrich Siegmund-Schultze. Ernst Troeltsch. Frau Marianne Weber. Max Weber. Hans Wehberg.

(PREUßISCHE JAHRBÜCHER, Bd. 175 (1919), 319-320).

XVII

Akademische Tagesfragen.

Universitätsprofessor und Straßenbahnschaffner.

Die "Deutsche Akademische Zeitschrift" veröffentlicht eine zeitgemäße Betrachtung der Professorengehälter: An der Technischen Hochschule Hannover ist eine außerordentliche Professur für Bauingenieurwissenschaften gegründet und besetzt worden. Der neuberufene Professor erhält ein Gehalt von 3000 M. und Honoraranteile, die sich auf einige hundert Mark belaufen mögen. Ferner ist eine außerordentliche Professur für Wirtschaftsgeographie in Aussicht genommen. Diese soll mit 3500 M. nebst den geringen Honoraranteilen dotiert werden. Der ungelernte Wasserbauarbeiter bezieht im Gebiet der Wasserstraßen-Baudirektion Hannover 15 . Tagelohn. Das Jahreseinkommen eines Straßenbahnschaffners beträgt 6000 M., eines Berliner Müllkutschers 9300 M., eines Kellners 12 000 M. Zum mindesten kann das Gehalt eines Berliner Straßenbahnschaffners als Norm für das Grundgehalt eines außerordentlichen Professors angesehen werden. In unserer materialistischen Zeit schätzt man den Menschen nach seinem Einkommen und nicht nach seinem Können ein. Der außerordentliche Professor an der Technischen Hochschule Hannover könnte leicht Gefahr laufen, von seiner Waschfrau oder von seinem Laboratoriumsarbeiter für nicht mehr gleichberechtigt und nur noch geduldet angesehen zu werden.

Notiz in: AKADEMISCHE BLÄTTER, Zeitschrift des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten, 34.Jg., Nr.13, Oktober 1919, S.154)

XVIII

Offener Brief an Herrn Clemenceau

Herr Minister!

In einer im Oktober gehaltenen Rede im Senat haben Sie das zum Anfang des Krieges veröffentlichte"Manifest der sogenannten 93 Deutschen Intellektuellen" verlesen und es "ein schlimmes Verbrechen" genannt, "als alle anderen Taten, von denen wir wissen". Sie bezeichneten auch das Manifest als "schamlos" und die, welche es unterzeichnet haben, als "dreiste Lügner".
Es ist ungewöhnlich, auf solche Beleidigungen und Verleumdungen zu antworten; aber da es sich hier um die wichtigste Frage der Gegenwart handelt, nämlich um die Schuld am Kriege, darf ich nicht schweigen. Ich ergreife das Wort, obgleich ich das Manifest nicht verfaßt und es im Wortlaut, wie so viele der Unterzeichner, erst nach seinem Erscheinen kennen gelernt habe.
Sie selbst heben als den schlimmsten Satz in dem Manifest die Worte hervor: "Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat; weder das Volk hat ihn gewollt, noch die Regierung, noch der Kaiser." In der Tat - auf diesen Satz kommt alles an. Die übrigen Sätze stehen in zweiter Linie und erklären sich aus dem geschichtlichen und psychologischen Moment, in welchem das Manifest verfaßt worden ist. Ich kann einige dieser Sätze im Unterschied von dem ersten heute nach besserer Kenntnis in ihrem vollen Wortlaut nicht mehr anerkennen, und so urteilen zahlreiche Unterzeichner mit mir. Die Verletzung der Neutralität Belgiens bedaure ich jetzt, da mir die Entschuldigung, an die ich einst auf Grund falscher Berichte geglaubt habe, nicht mehr genügt. Nach wie vor trete ich für unser tapferes und diszipliniertes Heer ein, gegenüber der Verleumdung, daß es ein Heer von Barbaren sei, und gegenüber den tückischen Versuchen, einen Keil zwischen das Heer und das deutsche Volk samt seinen Gelehrten und Künstlern zu treiben; aber ich gestehe zu meinem tiefsten Bedauern zu, daß ein Satz wie der, daß keines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Not es gebot - nicht haltbar ist. Als dieser Satz niedergeschrieben wurde, hatte schon der systematische Lügenfeldzug der feindlichen Presse gegen uns

begonnen; er stürzte die Wahrheit in ein Chaos und raubte uns den Glauben an alle Nachrichten, die aus dem Lager der Gegner kamen. Es wurden alle unsere geistigen Güter als Plagiate und Täuschungen in den Staub gezogen; es wurde schlechthin alles, was wir im Felde und zu Hause taten, als ein gemeines und verbrecherisches Treiben verleumdet, und es wurden uns fast alle Wege der Verteidigung vor der Welt abgeschnitten. In gerechter Empörung darüber und in der Zuversicht, daß unsere Oberste Heeresleitung jede militärische Ausschreitung einzelner bestrafe, sind die obigen Worte im guten Glauben geschrieben worden.

Sind Verbrechen im Kriege geschehen, so sollen die Schuldigen auf beiden Seiten bestraft werden ohne Ansehen der Person; aber wie verschwindend klein ist selbst die Summe der schrecklichsten Verbrechen im Kriege gegenüber dem Kapitalverbrechen, diesen Krieg entzündet zu haben!

Die Schuld am Kriege - das ist die entscheidende Frage! Wir Deutsche haben alles getan, um die Erkenntnis der Wahrheit zu ermöglichen. Wir haben unsere Archive geöffnet; wir haben eine Staatskommission niedergesetzt; wir haben Gelehrte mit der Untersuchung betraut, die mit Mißtrauen unserer früheren Regierung gegenüberstehen. Bisher hat sich mit steigender Klarheit ergeben, daß die russische Regierung die Schuld am Ausbruche des Weltkrieges trägt, und daß ihn weder der deutsche Kaiser, noch die Regierung, noch das deutsche Volk provoziert hat. Wenn Sie, Herr Minister, das bestreiten, warum widerlegen Sie diese Erkenntnis nicht? Warum öffnen Sie die französischen Archive nicht? Warum hat Herr Lavisse die Herausforderung Delbrücks zu einer historisch-wissenschaftlichen Diskussion über die Schuldfrage abgelehnt? Warum schweigen Sie hartnäckig gegenüber der Versailler Denkschrift über den Ausbruch des Krieges? Warum haben Sie sich nicht zu den Veröffentlichungen aus den russischen Geheimarchiven geäußert? Warum ist das russische Orangebuch und das französische Gelbbuch über die Reihenfolge und den Umfang der Mobilmachungen in Österreich und Rußland gefälscht worden? Warum ist der Antrag auf Untersuchung der Schuldfrage durch eine neutrale Kommission abgelehnt worden? Und noch eine Frage - hat die französische Regierung wirklich sämtliche Instruktionen veröffentlicht, die sie in den letzten Julitagen 1914 ihrem Botschafter in Petersburg gegeben hat?

So lange Sie diese Fragen nicht beantwortet haben, sind Ihre Äußerungen über den Ursprung des Krieges und die Schuld an ihm nur parteiische Deklamationen. Wir aber werden nicht aufhören, diese Fragen zu stellen, bis unsere Gegner sich endlich entschließen, ihre Karten aufzudecken und sie einer unparteiischen Untersuchung zu übergeben.

Adolf von Harnack
Professor an der Universität Berlin

(Abdruck in: DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr.545, 6.Nov.1919
TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr.552, 6.November 1919
PREUSSISCHE JAHRBÜCHER, Bd.178 (1919),531-533
Wieder abgedruckt in: Adolf von Harnack: Erforschtes und Erlebtes, Reden und Aufsätze N.F. Bd.4, Gießen 1923, 3o3 ff)

XIX

Der demokratische Gedanke in der deutschen Republik.

Vortrag von Professor Preuß.

Im Demokratischen Verein Schöneberg erörterte Prof. Preuß, der Urheber des deutschen Verfassungsentwurfs, in längerem, gedankenreichem Vortrage die Bedeutung des Jahrestages der Revolution. Er ging von der Tatsache aus, daß es vor dem 9. November eigentlich niemanden gab, der ernsthaft die Republik wollte oder für möglich hielt, und daß nach dem 9. November wenigstens eine Zeitlang nur Republikaner in Deutschland zu finden waren. Der Grund für diesen krassen Umschwung, so führte er aus, war, daß wir am 9. November gar keine Revolution erlebt haben in dem Sinne, daß eine bestimmte Partei die Macht an sich riß, um ihren Willen durchzusetzen. Was damals geschah, war vielmehr der Zusammenbruch eines alten Systems, das sich, schon lange morsch, nur durch seinen Glanz und militärische Machtmittel aufrecht erhalten hatte. Mit dem Verlust des Weltkrieges verbreitete sich die Erkenntnis, das alte System mit einer monarchischen Spitze habe vollständig versagt.

In diesem Umschwung lagen ungeheure Gefahren. Unter der schweren Enttäuschung konnte auch das Bewußtsein der nationalen Einheit zertrümmert werden; es konnte ferner die ganze Gesellschaftsordnung für den Zusammenbruch verantwortlich scheinen und damit der soziale Umsturz herbeigeführt werden. Es ist das hohe Verdienst der Mehrheitssozialisten, in deren Brust zwei Seelen wohnen, die demokratische und die proletarische des Klassenkampfes, daß sie sich damals für die Demokratie entschieden. Das allein ermöglichte den Zusammenschluß der Koalitionsparteien und bewahrte Deutschland vor dem Chaos.

Augenblicklich findet ein gewisser Abstrom nach rechts statt. Das Volk verhält sich wie ein Kranker, der sich von einer Seite auf die andere wirft. Es ist die Aufgabe der jetzigen Träger der Verfassung, dem Volke klarzumachen, welche Folgen die Reaktion haben würde. Angenommen, die Reichstagswahl ergäbe eine Mehrheit der Rechtsparteien, so bedeutete das: Zerstörung der jetzigen Regierung, Vereinigung der Sozialisten und Kommunisten, Generalstreik, Bürgerkrieg und Einmarsch der Entente.

Um so größer ist die Verantwortung der Regierungsparteien für die Aufrechterhaltung der Koalition. Die Kraft, die die so verschiedenartigen Elemente bindet, ist der demokratische Gedanke selbst. Die Demokratie muß ihren besonderen Charakter festhalten und betonen. Sie darf keine Partei des Klassenkampfes sein. Sie darf sich aber auch nicht durch die Erfahrungen mit übereilten sozialen Experimenten in die soziale Reaktion treiben lassen. Demokratie bedeutet ferner Auslese der Führung. Es ist dem deutschen Volke nach seiner Vergangenheit nicht leicht, politische Führer hervorzubringen; aber daß es gelingt, ist eine Lebensfrage für die Demokratie. Der 9. November wird nie als ein Tag der Freude gelten. Statt dessen soll das Datum des Abschlusses der Verfassung gefeiert werden. Gelingt es dem demokratischen Gedanken, sich zu behaupten, so wird diese Tat die Grundlage des Wiederaufbaues sein.

(VOSSISCHE ZEITUNG, Berlin, 1o. November 1919, Abendausg.)

XX

Aufruf zur Gründung eines Euckenbundes

Nach beipspiellosem Heldenkampf ist unser Volk erlegen. Schlimmer jedoch als der äußere Zusammenbruch ist der innere, der sittliche Bankerott, wovon uns jeder Tag so schreckende Beispiele vor Augen führt. Die Volksseele ist sterbenskrank. Gelingt es nicht, sie gesund zu machen, dann ist unser Schicksal besiegelt, und auch der genialste Staatsmann kann es nicht wenden. Wer hilft zur moralischen Wiedergeburt des deutschen Volkes? Wer gibt uns das Mittel an die Hand, in dieser großen Vaterlandspflicht zu wirken? Hochgemute Antriebe liegen in den Gedanken und Gemütswerten, die uns die tiefe, umfassende Weltanschauung Rudolf Euckens vermittelt. Seit Jahrzehnten schon hat der berühmte Philosoph befruchtend und vertiefend gewirkt, leider mehr auf das Ausland, bis zu den Ufern des stillen Weltmeeres hin, als auf die eigenen Volksgenossen. Nun aber ist es hohe Zeit, dass der kraftvolle Seelenführer endlich auch im eigenen Vaterlande zu den gebührenden Ehren kommt. Dringend not tut uns das belebende Vermögen seiner Gedankenwelt. Seinen hohen, kerndeutschen Idealismus müssen wir als Panier aufpflanzen, wider den lähmenden, entgotteten, grobsinnlichen Geist des heutigen Geschlechts. Rudolf Eucken soll uns Wegbereiter und Wegführer sein zu einem neuen geistigen Lebensinhalt, zu frischem sittlichem Aufstieg, ganz wie vor hundert Jahren Johann Gottlieb Fichte, sein damaliger Vorgänger auf dem Lehrstuhl in Jena. Aus diesem Streben ist der Euckenbund ins Leben getreten, dem die Mitglieder bereits erfreulich zueilen. Eine Ortsgruppe ist soeben in Hannover gegründet. Sie ruft alle Gesinnungsgenossen zum Beitritt auf. Wer es wohlmeint mit seinem Volke, wer es herausziehen will aus dem Sumpfe sittlicher Verwilderung, der trete zu uns in Reih' und Glied als Mitkämpfer für eine neue, geistige und sittliche Welt, für ein charaktervolles Deutschtum!

(Gerhard Budde in den örtlichen Tageszeitungen von Hannover Anfang 1920; Zit. bei Ders.: Der Euckenbund, KONSERVATIVE MONATSSCHRIFT, Bd. 77 (1919/20), 620.)

XXI

Der Fall Gierke.

Geheimrat Prof. Dr. Otto v. Gierke[1] hat ein Schreiben an den Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei gerichtet, in dem er sagt:

"Da ein triftiger sachlicher Grund gegen die Wiederwahl meiner Tochter[2] nicht vorgebracht ist - ihre stark soziale Richtung kann nach unserem Parteiprogramm unmöglich als solcher gelten - vermag ich den Grund ihres Ausschlusses lediglich in der Nachgiebigkeit gegen die antisemitische Agitation zu erblicken, die wegen der Abstammung meiner Frau aus ursprünglich jüdischer Familie gegen meine Tochter im hiesigen Wahlkreise entfesselt ist und, wie der an die Spitze der neuen Kandidatenliste gestellte Name beweist, Erfolg gehabt hat. Ich halte es aber mit meiner Manneswürde für unvereinbar, fernerhin einer Partei anzugehören, in der meine Frau, meine Kinder und Enkel und damit auch ich selbst ungerügt zu minderwertigen Persönlichkeiten gestempelt werden oder doch die echte und volle Deutschheit uns abgesprochen wird. Daß nicht nur die Mehrheit der Parteimitglieder, sondern auch der Parteivorstand als solcher derartige Anschauungen nicht teilt, nehme ich als sicher an. Wenn der Parteivorstand trotzdem der deutschvölkischen Gruppe der Partei unberechtigte Zugeständnisse machen zu müssen glaubte, so mögen ihn dabei taktische Erwägungen geleitet haben. Allein ich fürchte, daß sein Verfahren, wenn es auch vielleicht augenblickliche Vorteile bringt, auf die Dauer die Gesamtpartei, die alle Vertreter deutschnationaler Bestrebungen auf dem Boden konservativer Grundanschauungen zu vereinigen bestimmt ist, schwer schädigen wird. Gerade wenn die Partei für das Ziel der Zurückdrängung des ungebührlichen Einflusses des Judentums in unserem öffentlichen Leben und für die Abwehr der Zersetzung des deutschen Wesens durch jüdischen Geist erfolgreich wirken will, muß sie auch den Schein vermeiden, als identifiziere sie sich mit dem jetzt wieder wild anstürmenden blinden Rassenantisemitismus. Die Flugschriften, mit denen er uns überschwemmt, offenbaren ein erstaunliches Maß von Unbildung, Gefühlsrohheit, Geschichtsunkenntnis und praktischer Unvernunft. Sie erinnern an Ahlwardt und Geu. Hat man vergessen, daß diese

mit ihrem törichten Treiben den Juden schließlich mehr genützt haben, als alle Philosemiten zusammen?"

Was Geheimrat v. Gierke im letzten Satze über die antisemitischen Flugschriften sagt, ist hinsichtlich mancher von ihnen berechtigt. Unberechtigt aber ist, daß die Deutschnationale Partei sich durch das Verhalten zu seiner Tochter mit demjenigen Antisemitismus ide tifiziere, dessen Ausfluß diese Flugschriften sind. Die Deutschnationale Volkspartei hat Frl. v. Gierke bekanntlich nicht den Stuhl vor die Türe gesetzt, sondern sie in der Partei zu halten gesucht. Wir haben seinerzeit das Schreiben mitgeteilt, in dem der Parteivorstand darlegt, weshalb er ihr einen aussichtsreichen Platz auf der Reichsliste nicht einzuräumen vermochte. In ihrem alten Wahlkreise aber haben die zuständigen Stellen sie allerding nicht wieder als Kandidaten aufgestellt. Es ist das nicht ausschl lich wegen ihrer jüdischen Abstammung geschehen. Indessen mag die ausschlaggebend gewesen sein. Es heißt aber dem Antisemitismus se wenig Verständnis entgegenbringen, wenn Geheimrat Gierke daraus folgert, daß die Mitglieder seiner Familie damit zu minderwertige Persönlichkeiten gestempelt würden. Es wurde in dem Wahlkreise Frl. von Gierkes nur als ein großer Widerspruch empfunden, daß eine Partei, die die jüdische Gefahr als solche anerkennt, Vertre ter in das Parlament schicken soll, die vermöge ihrer Abstammung in der Judenfrage unmöglich ein unbefangenes Urteil haben können. Es ist seinerzeit der Deutschnationalen Volkspartei in der Presse auch vorgehalten worden, wenn wir nicht irren von Herrn Bernhard Dernburg, daß sie sich nicht antisemitisch betätigen dürfe, wenn sie Personen jüdischer Abstammung, wie Frl. v. Gierke, als ihre Vertreter in das Parlament schicke. Vermutlich hat sie das damals in Unkenntnis der Abstammung der Dame getan. Es wäre aber wohl richtiger gewesen, wenn diese selber den Takt besessen hätte, aus zuscheiden, als die Partei in der Judenfrage in einer Weise Stell nahm, die sie früher oder später in eine schiefe Stellung bringen mußte.

1) G i e r k e , Otto von. Jurist. 1841 - 1921. Privatdozent 1867 in Berlin, a. o. Prof. ebd. 1871. 1872 o. Prof. in Breslau. 1887 Berufung nach Berlin, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte, Handelsrecht, bürgerliches und Staatsrecht. Führender Deutschrechtler seiner Zeit.
Lit.: Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte, Germ. Abt. 43, VII
Die großen Deutschen im Bild

2) G i e r k e, Anna von. Pädagogin, Berlin-Charlottenburg. 1874 bis 1943. MdR 1919/20. Deutschnat. Volkspartei.

(Der Artikel ist abgedruckt in: NEUE PREUSSISCHE KREUZZEITUNG, Berlin, Nr. 260, 4. Juni 1920)

XXII

"Knebelung der Andersdenkenden"

Folgerichtige Äußerungen des Dranges nach K n e b e l u n g d e r A n d e r s d e n k e n d e n, der überall der Unduldsamkeit und der Herrschsucht jeder radikalen und fanatischen Weltauffassung selbstverständlich ist, treffen wir auf allen möglichen Gebieten des öffentlichen Lebens. Wenn heute die Pioniere des sozialistischen Zukunftsstaates, von dem Deutschland noch durch einige Hemmungen getrennt ist, eine vorläufig noch nicht ganz enthüllte Feindseligkeit gegen die Faktoren des geistigen Lebens, Personen und Einrichtungen, Berufe und Bildungsstätten, besonders die Hochschulen entwickeln, so ist dies nebenher noch eine Befriedigung des instinktiven Hasses gegen die Träger der mühsam zu erwerbenden und mühsam erworbenen Bildung und ein Ausfluß der gleichmachenden Bestrebungen, die es schlecht vertragen, daß hier und da aus der glattgewalzten Ebene Werte emporragen, denen sich mechanisch schlecht beikommen läßt. Die Universitäten speziell, deren eigenstes Leben unabhängig von politischen Zuständen, vom Wechsel der Staatsformen, über die Jahrhunderte hinweg in einem nie unterbrochenen geistigen Zusammenhange dahinzieht, sind für die sozialistische Auffassung störende Elemente, weil sie sich nicht genügend in den Dienst augenblicklicher politischer Strömungen einspannen lassen wollen.
Die Feindseligkeit richtet sich in gleicher Weise gegen die akademische Jugend; dieselben Leute, die mit großen Worten die neue Freiheit des Bürgers behaupten, verbieten den Studenten ihre Fahnen und Abzeichen,während ihre eigenen lärmenden Umzüge unter der roten Flagge selbstverständlich sind.

Die Verachtung der Geisteswerte bekundet sich auch in dem grundsätzlichen Bemühen, die geistigen Arbeiter, die ihre Arbeitsschwielen nicht in der Faust, sondern unsichtbar im Kopfe tragen nicht als "Arbeiter" anzuerkennen und sie in ihrer wirtschaftlichen Stellung nach Kräften herabzudrücken.

(Aus: Alfred Hoche: Die französische und die deutsche Revolutio
Jena 1920, S. 28 f)

XXIII

Der deutsche Professor

Vom Geh.Rat Prof. Dr. Dietrich Schäfer-Berlin

Made in Germany! Kann es irgend etwas geben, auf das diese Marke besser paßt als auf den deutschen Professor? Er ist ja in den Jahrzehnten vor dem Kriege auch ein einigermaßen gangbarer Ausfuhrartikel geworden und, wenn auch nicht gerade mit dem englischen Merkmal gezeichnet, doch vielfach in dessen Sinne angesehen, nicht erwünscht, aber auch nicht gern entbehrt.

Was ist denn der deutsche Professor? Bei der Jahrhundertfeier unserer Berliner Universität, die ja beansprucht, die erste Deutschlands, also auch der Welt, zu sein, haben wir aus dem Munde der gewiß zum Urteil berufenen Magnifizenz, des Herrn Rektors, gehört, daß ein Professor ein Mann ist, der alles besser weiß, und Seine Majestät, die den Festakt mit ihrer Gegenwart beehrten, hat schmunzelnd zugestimmt. Die Kennzeichnung galt ja dem Professor überhaupt; aber es ist sicher, daß die Beobachtungen, die diesem Urteil zu Grunde lagen, doch vor allem am deutschen Professor gemacht waren. Wir aber, die wir hörten, fühlten uns doch nicht schwer getroffen, bemerkten im Gegenteil mit Behagen, daß unser Allerhöchster Herr zustimmte, und wiegten uns in dem sicheren Gefühl, daß wir solchen humorvollen Spott ertragen könnten, daß sich neckt, was sich lieb hat.

Es sind aber auch schärfere Urteile über den deutschen Professor gefällt worden. Christoph Friedrich Dahlmann hat sich zu dem Ausspruch verstiegen: "Die Wege der deutschen Professoren sind mit Gemeinheit gepflastert", als der Philosoph und Pädagoge Herbart in seiner Eigenschaft als Dekan der Fakultät der hannoverschen Regierung auf ihr Verlangen verraten hatte, daß Kollege Dahlmann das Elogium für Stüves Ehrenpromotion verfaßt habe, und König Ernst August hat dann nach der Vertreibung der Göttinger Sieben erklärt, daß er Professoren jederzeit haben könne wie Primadonnen. Daß beide Bemerkungen nicht völlig der Grundlage entbehren, wird niemand leugnen können, der der Wahrheit die Ehre geben will. Aber können Achtung und Vertrauen, die dem Stande der deutschen Hochschulgelehrten entgegengebracht werden, durch solche Beobachtungen erschüttert werden?

Oder aber sind solche Achtung und solches Vertrauen etwa gar nicht vorhanden? Sind sie bei der allgemeinen Umwertung aller Werte, die versucht wird, nicht auch in die Brüche gegangen?

Äußerungen von Regierungsvertretern, die der neuesten Umwälzung leitende Regierungsstellen verdanken, könnten solche Vorstellungen berechtigt erscheinen lassen. Da ist vom Geist der Zeit die Rede, in den man sich hineinleben müsse, und dem sich die Hochschullehrer im allgemeinen bis jetzt recht wenig zugänglich gezeigt hätten. Man sucht sie auch darzustellen als Leute, die in spezialistischem Kleinkram steckengeblieben und die großen Zusammenhänge zu erfassen nicht mehr fähig seien. Nur einige strebsame, im allgemeinen Jüngere, ja jüngste Köpfe zeigen einen weiteren Blick und sind bereit, sich rückhaltlos in den Dienst der neuen Gedankengänge zu stellen. Man fühlt sich sogar verpflichtet, die widerstrebenden Universitätskreise wohlmeinend zu warnen, daß sie durch Widerspruch die allgemeine Unbeliebtheit, der sie nun einmal verfallen seien, nicht noch steigern möchten.

Bisher war es doch eine weitverbreitete Vorstellung, daß der Respekt vor dem Universitäts-Professor, wie es mir einmal ein ins Philistertum Zurückgetretener ausdrückte, dem Deutschen schon von der Wiege her anhafte. Man hat wohl gehört, daß Geprüfte mit den Ergebnissen nicht zufrieden waren. Aber sollte das nicht auch bei Behörden vorkommen, die mit Hochschulen in keinem Zusammenhange stehen? Die einzelnen Professoren geraten auch durch ihre Handhabung des rigorosum oder der Staatsprüfungen in einen mehr oder weniger guten Ruf. Aber ist das nicht das Schicksal aller mit Prüfungsgeschäften Beauftragten? Das dem Stand der Universitätslehrer in Lösung derartiger Aufgaben eine besonders schlechte Note gegeben worden wäre, hat wohl niemand gehört. Also aus diesem Grunde kann ihm Unbeliebtheit nicht zuwachsen.

Aber es gibt langweilige Professoren, solche, deren Vorlesungen wirklich Vorlesungen sind, die sogar diktieren. In der Tat hört man darüber nicht so selten unwillige Äußerungen von Studierenden. Doch sind derartige Klagen ja nicht auf Universitäten beschränkt; sie ertönen überall, wo gelehrt wird. Auch weiß ja jeder aus eigener Erfahrung, daß es keine Universität gibt, an der nicht glänzende und allgemein anerkannte Meister der Lehrtätigkeit wären. Der einzelne mag sich durch seine Lehrweise unbeliebt machen; den Stand trifft das nicht. Es ist auch unverkennbar, daß das letzte Menschenalter, ja das letzte Jahrhundert einen Aufstieg

in dieser Richtung zu verzeichnen hatte. Schon daß die Anschauung neben dem bloßen Vortrag einen breiten Raum gewann, hat in dieser Richtung gewirkt. Auch finden sich Studierende, die auf "ein gutes Heft" Gewicht legen, ja Fächer, in denen das geschieht. Da aber wird das Diktat, zumal in Verbindung mit erläuterndem Vortrag, geschätzt!

Doch es gibt Kreise, in denen der deutsche Professor nicht mit reiner Teilnahme betrachtet wird. Denn wer ist dieser "deutsche Professor"? Er ist nach der überlieferten Vorstellung zunächst doch allein und ausschließlich der Universitätslehrer. Und der hat nun einmal eine beneidenswerte Stellung. Ein rechter Universitätslehrer kann sich gar nicht vorstellen, daß er jemals Anlaß haben könnte, seinen Beruf mit einem andern zu vertauschen; es müßte ihn denn Pflichtgefühl dazu treiben, sein Können an anderer Stelle einzusetzen, an der es den Mitlebenden wertvoller wäre. Er ist der freieste Mensch der Welt; er ist durch nichts gebunden als durch die Erfordernisse seiner Wissenschaft; in ihrem Dienst verbringt er sein Leben, und das, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, in einer Stellung, die ihn peinlicher Sorge um des Lebens Notdurft überhebt, so verschieden die Lage der einzelnen sein mag. Kein Wunder, daß sich diese Ungebundenheit in der Haltung anderen Beamtenkreisen gegenüber gelegentlich kenntlich macht. Wünsche, den Universitätsprofessor mehr in die allgemeine Beamtendisziplin einbezogen zu sehen, sind mehrfach laut geworden, nie aber mit so offenkundiger Abneigung gegen die ganze Stellung, wie sie jetzt nicht selten zutage tritt.

Ist aber von der Erfüllung solcher Wünsche irgendwelche Besserung unserer Universitätsverhältnisse zu erwarten? Die Frage muß rundweg verneint werden.

Der deutsche Professor ist, wie bemerkt, ein deutsches Erzeugnis. Wir verbinden schon mit dem Worte Professor einen anderen Sinn als das Ausland. Allerdings hat ja der Titel auch bei uns eine immer mannigfaltigere Anwendung gefunden; aber wer ihn gebraucht, denkt doch zunächst immer noch an den Universitätsprofessor. Der ist in Deutschland eine Hochachtung zugewachsen, die er in keinem anderen Lande der Welt genießt. Sie ist das Ergebnis eines langen Entwicklungsganges, der mit wenigen Worten gar nicht darzulegen ist. Entscheidend ist in ihm die Tatsache, daß wissenschaftliche

Ziele im Universitätsbetriebe nirgends so zu vorherrschender Geltung gelangt sind, wie gerade in Deutschland. Von staatlichem Gesichtspunkt aus gesehen sind die Hochschulen die Bildungsstätten für höhere Beamte. Daß die deutsche Hochschule diese Bildung in dem Sinne erfaßt, daß sie eine Einführung in die Wissenschaft, keine Abrichtung für den Beruf darstellt, das ist ihre Eigenart. Es versteht sich von selbst, daß damit nicht gesagt sein soll, das Ausland kenne ähnliche Ziele nicht; aber sie sind weder so allgemein anerkannt, noch auch bei vorhandener Anerkennung so in Anlage und Durchführung der Unterweisung maßgebend geworden, wie das bei uns der Fall ist. Das ist auch draußen die herrschende Meinung und hat deutsche Universitätseinrichtungen häufiger als irgendwelche anderen vorbildlich gemacht. Wenn kurz vor dem Kriege im Zusammenhang mit dem Professorenaustausch von einem einzelnen Deutschen empfohlen wurde, unsere Hochschulen nach amerikanischem Muster umzugestalten, so war das eine Verirrung, womit nicht in Abrede gestellt werden soll, daß dieses oder jenes nicht ohne Schaden übernommen werden könnte. Im Kerne aber sind wir führend. Nirgends ist so wie in Deutschland das Ziel alles Hochschulunterrichts Einführung in die Wissenschaft, in ihre strengsten Anforderungen. Der Hochschullehrer kennt kein anderes und soll kein anderes kennen.

Denn damit übermittelt er dem ausreifenden Manne einen Schatz fürs Leben. Dem Deutschen, der einmal akademischen Studien oblag, ist die Hochschulzeit die Glanzzeit seines Daseins. Sie ist es aber nicht allein der goldnen akademischen Freiheit wegen, sondern für alle besseren und tieferen Naturen vor allem deshalb, weil sie in Fühlung gebracht wurden mit geistigen Problemstellungen, die auf dem Grund der Dinge gingen. Das wirkt nach. Man genießt nicht nur Ungebundenheit in der Lebensführung, sondern auch geistige Freiheit. Man arbeitet, was Schule oder Amt fordern, sondern was eigenem Wünschen und Sehnen am Herzen liegt. Die Wissenschaft nimmt den Strebenden gefangen, die nie wieder losläßt, wen sie einmal erfaßte. Ihr Diener geworden zu sein, ist der Stolz des studierten Mannes, es zu bleiben, sein Ehrgeiz.

Wenn dem so ist, so versteht sich von selbst, daß es Sache des Hochschullehrers ist, den Inhalt seiner Unterweisung zu bestimmen.

Lehrfreiheit ist das Palladium des Hochschulunterrichts, in keinem Lande mehr als gerade in Deutschland. Regierungen steht da kein Urteil zu, auch nicht über die Frage, ob sich der Hochschulbetrieb zu wenig oder zu viel mit den Angelegenheiten und Erfordernissen des täglichen Lebens beschäftige. Sie mögen, wenn ihnen derartige Befürchtungen kommen, im Einvernehmen mit den Professoren die Errichtung neuer oder das Eingehen oder Abändern bestehender Lehrstühle erwägen; zu beurteilen, ob der wissenschaftliche Betrieb zu sehr in Spezialistentum ausartet, allgemeiner Anwendbarkeit zu sehr ermangele, ist nicht ihres Amtes. Er verläuft in Wellenbewegungen, wogt auf und ebnet sich wieder ein. Auf Perioden der Einzelforschung folgen solche der Zusammenfassung; über den Wechsel entscheidet der Bedarf der Wissenschaft. Wir sind weder eine alexandrinische Schule noch Scholastiker. Auch steht der Professor dem Leben nicht mehr so fern, wie etwa sein Konterfei in den "Fliegenden Blättern" vermuten lassen könnte. Daß wir diese humorvolle Beschäftigung mit unseren werten Persönlichkeiten ungern vermissen möchten, belegt genug, daß wir ihrer Unterlage entwachsen sind. Wo sie sich doch noch vertreten findet, erregt sie mehr Behagen als Anstoß. Es gibt auch in unseren Kreisen Leute, die dem öffentlichen Leben nahestehen und seinen Pulsschlag fühlen, zu sehr fühlen, wie manchmal von Regierenden angenommen wird.

So besteht kein Ablaß , Deutschlands Hochschulen mit Reformversuchen zu überschütten und sich am deutschen Professor zu reiben. Sie und er können bleiben, wie sie sind. Was an Neuerungen bis jetzt durchgeführt oder angestrebt wurde, trägt mehr den Charakter der Verschlimmbesserung als des Gegenteils. Das Verhältnis zwischen Lehrern und Lernenden war das beste und wird es sein, wenn es bleibt, wie es ist. Die Wissenschaft und ihr Dienst haben ihm Inhalt und Form gegeben. Dem deutschen Professor ist es die höchste Befriedigung, wenn er den Studierenden zum Mitarbeiter heranziehen kann, und der rechte Student ist glücklich und stolz, das zu werden. Und so soll es ferner sein. So knüpfen sich Verbindungen fürs Leben, nicht nur des Kopfes, sondern auch des Herzens. An das Geschwätz von der Unbeliebtheit des deutschen Professors kann nur glauben, wer diesen Dingen innerlich nie nahe getreten ist. Der Stand hat

seine Mängel wie jeder andere. Aber es wäre ein Verlust an deutschem Gut, sollte diese Charakterfigur der Neigung zu allgemeiner Gleichmacherei erliegen. Doch davor wird und der Geist bewahren, den gerade Preußens Regierung in den Tagen höchster vaterländischer Not in ihrer Fürsorge für die Hochschulen vertreten hat, und der so himmelhoch erhaben ist über den Eingriffen, die man sich seit der Umwälzung vom November 1918 erlaubt. Lehrer und Lernende sind sich der Gemeinschaft bewußt, die zwischen ihnen besteht, und sie werden sie festhalten im Dienste der Wissenschaft. Das ist der alte und auch der allein berechtigte neue Geist. Der des Herrn Lüdemann bedeutet eine Vergewaltigung, wie die viel beschrieene alte Regierung sie nie auch nur gedacht hat.

(NEUE PREUSSISCHE KREUZZEITUNG, Berlin, 27. März 1921)

XXIV

Wissenschaft und Verfassung.

Von Erich Eyck,
Rechtsanwalt am Kammergericht.

Vor 60 Jahren eröffnete Berthold Auerbach seinen Volkskalender, in dem er den deutschen Lesern Gottfried Kellers "Fähnlein der sieben Aufrechten", die schönste Schilderung des Festes eines freien Volkes, bescherte, mit einem Neujahrsspruch, der so ausklingt:

> "Wir Deutschen haben keinen allgemeinen Festtag der nationalen Wiedergeburt. Es werden hoffentlich nicht mehr viele Kalender erscheinen, bis der Tag verzeichnet ist, an dem die deutsche Verfassung verkündet wurde und fortan gefeiert wird. Die Verfassung, die das zerstückte Vaterland zu einem einheitlichen Staate macht, kraftvoll nach innen und stark nach außen. Dann schaut hoffentlich auch jeder zuerst, auf welchen Tag das deutsche Verfassungsfest fällt."

Es vergingen in der Tat nur noch wenige Jahre, bis zuerst der größte Teil und dann das gesamte Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs durch eine Verfassung zu einer Einheit verbunden wurde. Aber der Tag der Verfassung wurde in dem so geschaffenen Reich nicht gefeiert. Das entsprach nicht dem Geiste Bismarcks und der Deutschen seiner Zeit. Wohl war das Reich unter dieser Verfassung kraftvoll nach außen. Aber als es unter der Uebermacht der Feinde zusammenbrach, erwies sich diese Verfassung doch nicht als lebenskräftig und elastisch genug, um die Katastrophe zu überdauern. Nun haben wir seit drei Jahren eine neue Verfassung; doch auch jetzt wieder ist wenigstens nicht die Gesamtheit des deutschen Volkes bereit, den Verfassungstag als einen Feiertag zu begehen. Freilich, weder als kraftvoll nach außen, noch als stark im Innern kann das durch diese Verfassung zusammengehaltene Vaterland bezeichnet werden. Der Einsichtige wird gleichwohl nicht verkennen, daß ihr trotzdem das Verdienst zukommt, dasjenige zusammengehalten und für bessere Zeiten entwicklungsfähig gemacht zu haben, was aus dem großen Zusammenbruch übrig blieb. Wenn wir in allem patriotischen Kummer uns wenigstens noch des Trostes erfreuen können, daß das Reich uns geblieben ist, so müssen wir

auch anerkennen, daß es durch die Verfassung von Weimar eine lebensfähige Gestalt erhalten hat.

- - -

Ein ... staatsrechtliches Werk kann freilich nicht nur rein juristisch sein. In den Grundfragen kann die Entscheidung letztlich doch nur unter politischen Gesichtspunkten erfolgen. Eine rein juristische Betrachtungsweise, die diese umgehen will, wäre zu Unfruchtbarkeit verdammt. Wittmayer will das Weimarer Werk nach seiner ganzen politischen Tragweite beurteilen und denkt so zu einem "politisch gesehenen Reichsstaatsrecht" zu kommen, dessen Darstellung freilich, wie er mit Recht hervorhebt, "nicht gelingen kann, wenn man sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellt".

Man wird von denen, die in der Bismarckschen Verfassung ihr Ideal sehen, nicht verlangen können, daß sie von der Weimarer Verfassung begeistert sind; aber auch sie müssen zugeben, daß die alte Verfassung keine endgültige Lösung der Probleme gebracht hatte, die sich der staatsrechtlichen Ordnung Deutschlands unweigerlich entgegenstellen. Da ist in erster Linie der Aufbau des Reiches aus einzelnen Staaten, die in der unseligen Zeit des Deutschen Bundes so gut wie souverän gewesen waren, und deren Souveränitätsgefühl Bismarck nach Kräften geschont hatte. Wie das aus so vielen Staaten zusammengesetzte Reich nun eigentlich gewesen ist, und wie sich dieses Reich in seiner Wesensart von den Einzelstaaten unterschieden hat, das ist bekanntlich Gegenstand der unaufhörlichen Auseinandersetzung der Staatsrechtslehrer gewesen.

- - -

Es lag eben in der Natur der Sache, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten neu wieder aufgenommen werden mußte, nachdem der Beharrungszustand, der sich, in den ruhigen Zeiten des Friedens nur durch gelegentliche persönliche Zusammenstöße der Monarchen unterbrochen, herausgebildet hatte, durch den Krieg und die Revolution sein Ende erreichte. Die radikale Lösung, die in den Tagen der Revolution möglich gewesen wäre, ist damals versäumt worden. Immerhin bietet die Weimarer Verfassung einen Fortschritt im Sinne der reinen Staatlichkeit des Reiches.

- - -

(Gekürzte Wiedergabe eines Artikels in der VOSSISCHEN ZEITUNG, Berlin, Nr. 377, 11. 8. 1922)

XXV

"Einigkeit und Recht und Freiheit"

Die "Vossische Zeitung" hat sich an eine Reihe führender Persönlichkeiten gewandt, mit der Bitte, durch ein kurzes Wort dem Gedanken der Volksgemeinschaft auf dem Boden der Verfassung zu dienen. Aus der Reihe der Antworten geben wir für heute die folgenden wieder:

Die Reichsverfassung von Weimar leidet unter einem verhängnisvollen Geburtsfehler: sie trat zusammen mit dem unmöglichen Diktat von Versailles ins Leben. So haben die fremden Demokratien die Jugend der deutschen Demokratie vergiftet und entkräftet; aber sie mißtrauen ihr, weil sie sich nicht gesund und kräftig entfaltet. Mancher ehrlich national fühlende Deutsche bekämpft und schmäht die erste wahrhaft nationalistische Verfassung der deutschen Geschichte; aber er mißtraut ihr, weil sie Deutschlands nationales Ansehen nicht schütze. Wenn der Deutsche nicht die Notwendigkeit der Demokratie für seine nationale Einheit begreift, wird die Welt nicht die Notwendigkeit des deutschen Nationalstaats für das demokratische Prinzip begreifen.
Berlin, im August 1922.

Professor Dr. H u g o P r e u s s ,
ehemaliger Reichsminister.

- - -

Der kostbarste Schatz eines Volkes ist nicht die Form seiner Verfassung, sondern seine sittliche Tüchtigkeit. Daher läßt sich die Güte einer Verfassung nur danach beurteilen, ob sie die edelsten Kräfte des Volkes zur Auswirkung kommen läßt oder nicht.
Berlin-Grunewald, 7. August.

Dr. M a x P l a n c k , Geheimer Regierungsrat,
Professor an der Universität Berlin.

Der beste Schutz einer Verfassung ist ihre eigene Leistung.
Berlin, im August 1922.

W. A n d r e a s ,
Professor der Universität Berlin.

(Vossische Zeitung, Berlin Nr. 377 vom 11. August 1922)

Offener Brief an Viscount Haldane

Hochzuverehrender Herr!

Sie haben in der Zeitschrift "The Nation and the Athenaeum" (9.Dezember) freundlichst beachtet, was ich über die Not der deutschen Wissenschaft geschrieben habe, und aus Ihren Worten spricht nicht nur die Anerkennung dieser Wissenschaft - aufs neue sind wir Ihnen dafür dankbar -, sondern auch die herzliche Teilnahme an ihrem Geschick. Aber nach Ihrer Meinung befindet sich die deutsche Wissenschaft nicht in einer solch traurigen Lage, wie ich sie geschildert habe, und ihre Zukunft scheint Ihnen nicht düster und schwarz, geschweige denn katastrophal. Sie verweisen uns, an eine Ausführung Renans erinnernd, ernstlich darauf, daß die Zeiten der äußeren Not, wie die Geschichte lehre, oft zu Zeiten der seelischen und geistigen Erhebung für ein Volk geworden sind. Sodann machen Sie uns darauf aufmerksam, daß unsere wissenschaftliche und literarische Produktion nicht nachgelassen hat, daß unsere Buchhandlungen von neuen Büchern und Broschüren gefüllt sind, und daß in keinem anderen Lande die großen Fragen der Wissenschaft und Literatur so lebhaft verhandelt werden, wie bei uns. Sie schließen Ihren Artikel mit den Worten: "Wenn H a r n a c k von einer Paralyse der wissenschaftlichen Forschung in seinem Lande spricht, und behauptet, daß sie mit dem Untergang bedroht sei, so ist, meine ich, seine Ansicht unnötig verzweifelnd. Die Leidenschaft, sich in dem Erkenntnisstraben von niemandem übertreffen zu lassen, ist heute noch in Deutschland so groß wie vor dem Kriege, und nicht weniger groß - so belehrt mich meine eigene Lektüre und der Verkehr mit deutschen Gelehrten - als in früheren Perioden. Von allen Gefahren, welche Deutschland bedrohen, ist die Gefahr, Deutschland könne diese Leidenschaft verlieren, die geringste. Mit allen Mitteln wollen wir es ermöglichen, daß Deutschland zu leben und sich wirtschaftlich zu entwickeln vermag. Aber laßt uns unsere Aufmerksamkeit der wirklichen Gefahr zuwenden, nicht aber einer zwar störenden, aber nicht bedrohlichen."

Mit dem Trost, verehrter Herr, den Sie uns aus der Geschichte bringen, versuchen wir uns selbst zu trösten. Jüngst hat ein ausgezeichneter Mann, J o h a n n e s M ü l l e r, uns zugerufen: "Die wirtschaftliche Katastrophe, die jetzt über uns hereinbricht, kann wohl nicht den deutschen Geist vernichten. Im Gegenteil: wir hoffen, daß sie ihn läutert und entflammt, vertieft

und wesenhafter werden läßt. Zur Wiedergeburt geht es nur durch Tod. Aber sie kann seine Träger umbringen - es ist schon eine ganze Reihe von ihnen der Unterernährung erlegen - und ihre Wirksamkeit verhängnisvoll beeinträchtigen. Aber das braucht kein Schade zu sein. Wenn sie nicht mehr in die Weite gehen kann, geht sie v i e l l e i c h t in die Tiefe. Was sie an Umfang verliert, gewinnt sie v i e l l e i c h t an Kraft. Der Geist versiegt nicht, wenn er verstummt, sondern aus notgedrungenem Schweigen bricht er schöpferisch und sieghaft hervor, wenn die innere Gewalt zur Äußerung drängt."

Wir wollen uns das gerne gesagt sein lassen, aber über dieser Wiedergeburt steht doch ein sorgenvolles "Vielleicht". Haben die Zeiten äußerer Not einem Volk i m m e r geistige und seelische Erhebung gebracht? Gibt es nicht eine Größe der Not, die jeden Aufschwung unmöglich macht? Müssen wir nicht von einer drohenden Katastrophe, auch für das geistige Leben, sprechen, wenn unsere Säuglinge sterben, unsere Kinder Hunger leiden und unsere Studenten ihre Wissenschaft nur noch "im Nebenamt" treiben können, weil sie nach Brot gehen müssen? Bei Hunderten, ja bei Tausenden von ihnen hat, ich versichere es, die Paralyse ihrer wissenschaftlichen Arbeit schon begonnen. Und selbst wenn nach zwei Menschenaltern ein Historiker schreiben wird: "Die Todesnot, welche der Friedensvertrag von Versailles über Deutschland gebracht hat, hat doch auch zu einer Erhebung geführt", so darf e r das Leichenfeld vergessen, welches den Hintergrund dieser Erhebung damals bildete. W i r aber wären heute pflichtvergessene Verräter unseres Vaterlandes, wenn wir nicht vor aller Welt laut bezeugen würden: Ihr tötet mit dem Leibe auch den Geist und die Seele Deutschlands, wenn ihr diesen "Frieden" weiter wüten laßt! Gewiß, der Mensch lebt nicht vom Brot allein; aber noch hat niemand die Kunst erfunden, ohne Brot zu leben. Und wie kann auch die stärkste Leidenschaft für die Wissenschaft, die Sie uns so freundlich zubilligen, noch brennen, wenn alles Lebendige vom tödlichen Frost des Elends ergriffen wird!

Sie verweisen sodann auf unsere noch immer so bedeutende wissenschaftliche und literarische Produktion und auf unsere gefüllten Buchhandlungen. Auch darin haben Sie zunächst recht; aber die Schlüsse, die Sie aus diesen Tatsachen ziehen, sind nicht richtig. Ich erlaube mir, Ihnen den wirklichen Tatbestand kurz darzulegen. Erstlich, unsere wissenschaftliche Produktion wird noch fortgesetzt, aber hier gilt wirklich das Sprichwort: "Wenn es geregnet hat, träufelt es von den Dächern". Aus besonderen Gründen

kann diese oder eine große wissenschaftliche Arbeit noch gedruckt werden, hat dieser oder jener Verleger auf einen bedeutenden Namen oder einen bedeutenden Inhalt hin ein umfangreicheres Werk noch zu drucken; aber eine sehr große Anzahl von wissenschaftlichen Zeitschriften ist schon eingegangen, die Doktorschriften der jungen Gelehrten - es handelt sich um Tausende - können nicht mehr gedruckt werden (sie lagern handschriftlich auf den Bibliotheken), und zahlreiche wissenschaftliche Werke können nur noch erscheinen, weil der Staat die Kosten trägt. Er trägt sie, weil er erkennt, daß die Wissenschaft für ihn selbst eine Lebensfrage bedeutet; aber er kann doch nur einem kleinen Teil der Not, die hier herrscht, abhelfen. Was aber die sogenannte kleine Literatur bei uns betrifft, so kommt das wenigste aus ihr für die Wissenschaft in Frage. Daß sie so zahlreich ist, rechne ich zur Pathologie unseres Zustandes. Sie bringt, von einigen besseren Stücken abgesehen Projekte, Erregungsmittel und Narkotika, wie sie in Zeiten der Not begehrt werden; es wird aber nicht lange dauern, da wird auch sie zusammenschmelzen, denn es wird auch ihr Erwerb wegen der Höhe der Kosten unmöglich werden. Von den Luxusdruckwerken darf ich schweigen; mit wenigen Ausnahmen sind auch sie zur Pathologie unseres Körpers zu rechnen. Zweitens, noch sind unsere Buchläden gefüllt, aber heute fehlen die Käufer. Ein mir befreundeter Buchhändler sagte mir: Von sechs Besuchern, die in meinen Laden treten kauft einer etwas, die anderen gehen fort, ohne zu kaufen, weil ihnen das Buch zu teuer ist. Das war noch vor drei Monaten anders. Die, welche bei uns heute kaufen, sind zum größten Teil Ausländer. Hier liegt es! Die deutschen Bücher, auch die wissenschaftlichen und gerade sie, werden heute für die Auslander gedruckt. Wenn sie nicht wären, könnte nicht ein Viertel von ihnen erscheinen. Die Studenten jedenfalls können sie nicht erwerben. Es steht für alle deutschen Universitäten fest, daß die Mehrzahl der Studenten die Lehrbücher, die sie für ihre Wissenschaft notwendig brauchen, nicht mehr kaufen kann. Selbst griechische Neue Testamente und hebräische Bibeln müssen wir ihnen besorgen, weil sie für viele Theologen unerschwinglich sind. Und was werden Sie, hochverehrter Herr, als Kenner und Verehrer von Goethe und Schiller, dazu sagen, daß man in Deutschland keinen Goethe und keinen Schiller mehr kaufen kann, denn sie sind vergriffen und die wenigen Exemplare,

die auf den Markt kommen, sind für den Mittelstand unbezahlbar. Die deutsche Jugend ohne Schiller und Goethe, ohne Kant und Herder und ohne Shakespeare! Billige Neudrucke sind unmöglich!

Gern ließe ich mich von Ihnen überzeugen, daß ich die Not der Wissenschaft und die Not unserer studierenden Jugend übertrieben habe, aber die Tatsachen, die ich täglich vor Augen sehe, lassen es nicht zu, und vielleicht treten auch Sie nach erneuter Prüfung meiner Beurteilung bei. Auf alle Fälle aber begrüße ich dankbar den Appell, den Sie an Ihre Landsleute gerichtet haben: "Laßt uns unsere Aufmerksamkeit der wirklichen Gefahr in Deutschland zuwenden", denn ich bin gewiß, daß Sie, wenn Sie der wirklichen Gefahr abhelfen, damit auch der Not der Wissenschaft in Deutschland wirksam begegnen werden.

In vorzüglicher Hochschätzung
Ihr ergebenster

Adolf v. Harnack.

(BERLINER TAGEBLATT Nr. 586, 24. Dezember 1922
wiederabgedruckt in:
Adolf von Harnack: Erforschtes und Erlebtes, Reden und Aufsätze N.F. Bd.4, Gießen 1923, 270 ff)

XXVII

"G e b e t"

Sind wir denn ganz von Gott verlassen,
Können nicht lieben mehr, können nicht hassen?
Können die Faust in der Tasche nur ballen,
Worte der Angst und des Kleinmuts lallen?
Demütig krümmen die biegsamen Rücken,
Vor jeder Drohung furchtsam uns bücken?
Wo ist geblieben der alte Stolz?
Wir waren geschnitzt doch aus kernhaftem Holz! -
Lenker der Welt, der himmlischen Scharen,
Laß werden uns wieder, wie einstens wir waren,
Männer, denen wallet das Blut,
Männer mit starkem, aufrechtem Mut,
Männer, nicht Sklaven irdischer Lust,
Männer, denen sich hebt die Brust,
Wenn die Schwerter blitzen, die Trommel ruft,
Die nicht bangen und zagen vor kalter Gruft.
Herr, gib uns wieder ein solches Geschlecht,
Das frei nur will leben, nicht dienend als Knecht!

Niedergeschrieben von Dietrich S c h ä f e r am 4. Sept. 1924 für den 8. Neulandtag in Eisenach. (Abgedruckt in: Dietrich Schäfer und sein Werk, Im Auftrage der Historischen Gesellschaft zu Berlin, hrsg. v. Kurt Jagow, Berlin 1925)

XXVIII

Einladungsschreiben

Hochgeehrter Herr Kollege!

Die Unterzeichneten regen an, einen kleineren Kreis deutscher Universitätslehrer zu einer vertraulichen Aussprache über die Stellung und Aufgaben der deutschen Universitäten im heutigen öffentlichen Leben zu versammeln.

Unsere Absicht geht dahin, Formen zu finden, um alle Elemente der Hochschullehrerschaft, die sich zur neuen Reichsverfassung bekennen, zusammenzufassen; mag dieses Bekenntnis lediglich deshalb erfolgen, weil nach dem verlorenen Kriege dem Vaterlande aus Gründen der Innen- und Außenpolitik nur in der republikanisch-demokratischen Staatsform hingebungsvoll gedient werden kann, oder mag es hervorgehen aus einer aufrichtigen Begeisterung für die hohen ethisch-politischen Ideale einer Selbstregierung der Völker.

Ernste Gefahren, die unser nationales, politisches, soziales und akademisches Leben erschüttern, drängen dazu, den Einfluß der verfassungstreuen Hochschullehrer durch wirksam organisierte Gemeinschaftsarbeit zu steigern.

Allzu stark haben sich die Stimmungen des Mißtrauens und der inneren Abneigung gegen die Neuordnung unseres Staatslebens in den Kreisen der Hochschullehrer festgesetzt. Allzusehr wirken sie auch auf den Geist der akademischen Jugend und leiten ihr ehrliches und kräftiges nationales Wollen in ungesunde, ja verderbliche Bahnen.

Um das uns allen vorleuchtende Ziel der Wiedererhebung und Befreiung des deutschen Volkes von den ihm angelegten Fesseln zu erreichen, müssen alle tüchtigen und heilbringenden Kräfte unserer geschichtlichen Vergangenheit dem heutigen Staatsleben dienstbar gemacht, muß die Nation wieder um den Staat gesammelt

werden, muß das oberste Lebensinteresse nationaler Einheit und streng verfassungsmäßiger Entwicklung unserer politischen Verhältnisse über alle Gegensätze der sozialen Klassen und religiösen Bekenntnisse hinweg den einigenden Sammelpunkt bilden und auch innerhalb des akademischen Lebens den gebührenden Platz erhalten, der ihm heute keineswegs immer und überall zugestanden wird.

Wir wollen keiner Partei und keinem Standesinteresse dienen, sondern nur der schweren Verantwortung, die wir als Gelehrte sowohl wie als Lehrer und Erzieher der akademischen Jugend gegenüber unserem Volke und seiner Zukunft tragen, mit größerem Nachdruck, als es bisher möglich war, gerecht werden.

Der Erfolg dieser Bemühungen wird davon abhängen, daß es gelingt, alle Gruppierungen, die innerhalb der Kollegen nach Hochschulen, Wissensgebieten, Alter und parteipolitischen Richtungen bestehen, in harmonischer, zielbewußter Gemeinschaftsarbeit zusammenzuschließen.

Wir laden etwa 50 - 60 ältere und jüngere Kollegen, deren Uebereinstimmung mit unseren Grundgedanken wir vermuten, ein. Ort der Tagung ist Weimar. Als Zeit haben wir vorläufig Freitag den 23. und Sonnabend den 24. April ins Auge gefaßt. Dreibis vier kürzere Referate, erstattet von Vertretern verschiedener Richtungen werden am Vormittage des 23. Aprils die Diskussion einleiten, die am Nachmittage des 23. und Vormittage des 24. Aprils stattfinden wird.

Wir bitten Sie, sich an dieser Versammlung zu beteiligen usw. (folgen geschäftliche Mitteilungen).

Mit kollegialem Gruße

Delbrück, v. Harnack, Herkner, Kahl, Gustav Mayer, Meinecke, Nernst, Stählin, Weisbach.

(Abgedruckt in: DIE DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN UND DER HEUTIGE STAAT, in: "Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart", Heft 44, Tübingen 1926, S. 38 f)

XXIX

Tagung deutscher Hochschullehrer am 23. und 24. April 1926 in Weimar

Folgende Entschließung wurde am 24. April gefaßt:

"Die unterzeichneten Hochschullehrer sind am 23. und 24. April in Weimar zu einer zwanglosen Besprechung zusammengekommen, um über die Aufgaben der Hochschullehrer im öffentlichen Leben und die Pflichten zu beraten, die der Ernst der Zeit den Hochschullehrern auferlegt. Es ist beabsichtigt, solche Tagungen zu wiederholen und ihnen einen möglichst breiten Rahmen zu geben. Willkommen ist dabei jeder Kollege, welcher - unbeschadet seiner wie immer gearteten politischen Grundüberzeugung - gewillt ist, auf dem Boden der bestehenden demokratisch-republikanischen Staatsordnung positiv mitzuarbeiten am Ausbau unseres Verfassungslebens und an der Erziehung der heranwachsenden Generation zu staatsbürgerlichem Denken im Dienst der großen deutschen Volksgemeinschaft."

Anschütz, Heidelberg; A s c h o f f , Freiburg; v. A s t e r , Gießen; A u b i n , Halle; v . B l u m e , Tübingen; B a u m g a r t e n , Kiel; Otto B e c k e r , Berlin; v . B o r t k i e w i c z , Berlin; B r e n t a n o , Prien; Jonas C o h n , Freiburg; Hans D e l b r ü c k , Berlin; D e u t s c h b e i n , Marburg; Graf zu D o h n a , Heidelberg; E c k e r t , Köln; E l z e , Rostock; Eberhard G r i s e b a c h , Jena; G ö t z , Leipzig; G r o t j a h n , Berlin; v . H a r n a c k , Berlin; H a r m s , Kiel; H a r t m a n n , Köln; H e i n s h e i m e r , Heidelberg; H e l l p a c h , Heidelberg; H e r k n e r , Berlin; H e r m e l i n k , Marburg; H e r m b e r g , Leipzig; H i l p e r t , Göttingen; H ü b n e r , Jena; J a h n , Halle; K a e h l e r , Marburg; K a h l , Berlin; K e ß l e r , Jena; K l i n g m ü l l e r , Greifswald; K o e l l r e u t t e r , Jena; K ö h l e r , Weimar; L a n d s b e r g , Bonn; L e d e r e r , Heidelberg; L i n d e m a n n , Köln; L o t z , München; G. M a y e r , Berlin; M e i n e c k e , Berlin; H o m m s e n , Göttingen; N e r n s t , Berlin; Carl N e u m a n n , Heidelberg; R a d b r u c h , Kiel; R a d e m a -

c h e r , Breslau; R e i n c k e - B l o c h , Breslau; R u m p f , Mannheim; Konrad S c h m i d t , Berlin; Richard S c h m i d t , Leipzig; S c h n a b e l , Karlsruhe; S c h u s t e r , Tübingen; S i n z h e i m e r , Frankfurt; S t ä h l i n , Berlin; T h o m a , Heidelberg; T o e n n i e s , Kiel; W a l d e c k e r , Königsberg; W a e n t i g , Halle; Alfred W e b e r , Heidelberg; W e d e m e y e r , Kiel; W e i s b a c h , Berlin; W e i n e l , Jena; W i e d e n f e l d , Leipzig; Z i e k u r s c h , Breslau.

(Abgedruckt in: DIE DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN UND DER HEUTIGE STAAT, in: "Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart" Heft 44, Tübingen 1926, S. 36 f)

B I B L I O G R A P H I S C H E R

A N H A N G

(Auswahl)

Bibliographien

Below	Klaiber, L.: Georg von Below, Bibliographie, Stuttgart 1929 auch in: Aus Politik und Geschichte, Gedächtnisschrift für Georg von Below, Berlin 1928
Brentano	Neisser, H./Palyi, M.: Lujo Brentano, in: Bio-bibliographische Beitr. zur Rechts- und Staatswissenschaft, H. 5, Berlin 1924
Gruber	Frank, O.: Max von Gruber (mit Bibliogr.), München 1928
Harnack	Smend, F.: Aldof von Harnack. Ein Verz. seiner Schriften, Leipzig 1927 (Nachtr. 1931)
Meinecke	Reinhold, A. M.: Friedrich Meinecke - Bibliographie, München 1953
Meyer	Marohl, H.: Eduard Meyer. Bibliographie, Stuttgart 1941
Spahn	Bibliographie in: Spahn, M.: Für den Reichsgedanken (Ges. Aufs.), Berlin/Bonn 1936
Schäfer	Jagow, K. (Hrsg.): Dietrich Schäfer und sein Werk, Berlin 1925
Schreiber	Morsey, R.: Schriftenverzeichnis Georg Schreiber, München 1958
Wilamowitz-Moellendorff	Wilamowitz-Moellendorff, U. v.: Bibliographie 1868-1929, Berlin 1929
Wundt	Wundt, E.: Wilhelm Wundts Werk, München 1927

Literaturberichte:

Bracher, K. D.: Die Weimarer Republik im Spiegel der Meoiren-Literatur, POLITISCHE LITERATUR, Jg. I (1952), 339 ff

Kessel, E.: Zur inneren Entwicklung Deutschlands unter Wilhelm II. und in der Weimarer Republik, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. XLIV. (1962), H. 2, 255-280

Matthias, E.: Zur Geschichte der Weimarer Republik, Ein Literaturbericht, in: DIE NEUE GESELLSCHAFT Jg. 3 (1956), 312 ff

Quellensammlungen

Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten (1849-1934). Urkunden und Aktenstücke zur inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches, Leipzig 1932

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, 8 Bde., Berlin o. J. (1958)

Sammelwerke

1. Weltkrieg:

Deutsche Reden in schwerer Zeit, geh. v. Prof. an der Univ. Berlin, Berlin 1914

Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft. Bekenntnisse und Betrachtungen aus der organisierten Arbeiterwelt, hrsg. v. Walter Zimmermann, Jena 1915

Deutschland und der Weltkrieg, Hrsg. Hintze, Meinecke, Oncken, Schumacher u. a., Leipzig/Berlin 1915

Das Eiserne Buch. Die führenden Männer und Frauen zum 1. Weltkrieg, hrsg. v. G. Gellert, Hamburg o. J. (1915)

Imperialismus und deutsche Weltpolitik, 5 Vortr., hrsg. v. Bund deutscher Gelehrter und Künstler, Berlin 1917

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, hrsg. v. F. Thimme u. C. Legien, Leipzig 1915

Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, hrsg. v. F. Thimme, Leipzig 1916

2. Katholizismus:

Der deutsche Krieg und der Katholizismus, hrsg. v. deutschen Katholiken, Berlin 1915

Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des Buches La Guerre Allemande et le Catholicisme, hrsg. v. G. Pfeilschifter, Freiburg i. B. 1915, 3. Aufl. 1916

La Guerre Allemande et le Catholicisme. Ouvrage publié sous la direction de A. Baudrillart et sous le haut Patronage du Comité Catholique de Propagande Francaise à l'Étranger, Paris 1915

Deutsche Kultur und Katholizismus, Hrsg. Meinertz/Sacher, 2 Bde., Freiburg 1918

3. Nachkriegszeit:

Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer, hrsg. v. K. Löffler, Halle 1921

Deutschnationale Flugschriften Nr. 1 - 130, Berlin (Deutschnat. Schriftenvertriebsstelle), 1918 ff

Die Neue Front, hrsg. v. A. Moeller van den Bruck, H. von

Gleichen-Rußwurm, M. H. Boehm, Berlin 1922

Geschichtliche Abende. 10 Vortr. im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Berlin, Berlin 1918

Jahrbuch der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1919 ff

Die Reden, geh. in den öffentl. und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27. - 30. 8. 1922, Würzburg 1923

Krieg, Revolution und Freideutsche Zukunft. Die Reden und Aussprachen der Jenaer Tagung 1919, hrsg. v. Knud Ahlborn, Hamburg 1919

Der Leuchter, hrsg. v. Graf Keyserling, Darmstadt 1919 ff

Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien, hrsg. v. G. v. Below u. H. v. Arnim, Berlin 1925

Recht und Staat im Neuen Deutschland, Vorlesungen geh. in der Deutschen Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, hrsg. v. B. Harms, 2 Bde., Berlin 1929

Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, hrsg. v. C. Horkenbach, Berlin 1930

Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. v. A. Erkelenz, Berlin 1928

Revolution und Kirche, hrsg. v. F. Thimme u. P. Rolffs, Berlin 1919

Schriften der Deutschen Gesellschaft für Politik an der Universität Halle-Wittenberg, hrsg. v. H. Waentig, Bonn/Leipzig 1919 ff

Die deutsche Schulreform. Handbuch der Reichsschulkonferenz, hrsg. v. Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Berlin, Leipzig 1920

Deutscher Staat und deutsche Kultur, Straßburg 1918

Zehn Jahr Weimarer Verfassung. Die Verfassungsreden bei den Verfassungsfeiern der Reichsregierung, hrsg. v. der Reichszentrale f. Heimatdienst, Berlin 1929

Das akademische Deutschland, hrsg. v. M. Doeberl u. a., 3 Bde., Berlin 1930

Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer, Berlin 1924 ff

Zur Volkshochschulfrage. Amtl. Schriftstücke hrsg. v. Ministerium f. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Leipzig 1919

Z e i t u n g e n

NEUE PREUßISCHE KREUZZEITUNG (Berlin)

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN

NEUE FREIE PRESSE (Wien)

DAS NEUE REICH (Wien)

TÄGLICHE RUNDSCHAU (Berlin)

DER TAG (Berlin)

BERLINER TAGEBLATT

KÖLNISCHE VOLKSZEITUNG

DEUTSCHE WACHT (Bonn)

DEUTSCHE ZEITUNG (Berlin)

FRANKFURTER ZEITUNG

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG(Stuttgart)

VOSSISCHE ZEITUNG (Berlin)

(Einzelne Zeitungsartikel und Zeitschriften-
aufsätze können wegen ihrer Fülle nicht
aufgenommen werden)

Schriftenreihen

IM NEUEN DEUTSCHLAND, Grundfragen deutscher Politik in Einzelschriften, hrsg. v. H. Jordan, H. 1- 10, Berlin 1918 ff

NATIONALE BÜCHEREI, hrsg. v. Dietrich Schäfer, Berlin 1923 ff

FRIEDRICH MANNS PÄDAGOGISCHES MAGAZIN, Langensalza

SCHRIFTEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG, hrsg. v. der Gesellschaft "Deutscher Staat", Langensalza 1918 ff
(innerhalb F. Manns Pädagogisches Magazin)

RECHT UND STAAT IN GESCHICHTE UND GEGENWART, eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesammten Staatswissenschaften, Tübingen 1918 ff

STAAT, RECHT UND VOLK, Wissenschaftl. Reden und Aufsätze, hrsg. v. Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff, H. 1 - 5, Berlin 1919

ZEIT- UND STREIFRAGEN DER GEGENWART. Eine Sammlung von Schriften zur politischen und kulturellen Tagesgeschichte, hrsg. v. K. Hoeber, Köln

Zeitschriften

ANNALEN FÜR SOZIALE POLITIK UND GESETZGEBUNG (Berlin), hrsg. v. H. Braun, 1912 ff

AKADEMISCHE BLÄTTER. Zeitschr. des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine deutscher Studenten (Marburg), 1917 ff

ALLDEUTSCHE BLÄTTER, hrsg. v. Alldeutschen Verbande (Berlin), 1890 ff

EISERNE BLÄTTER (Berlin), 1919 ff

DAS DEMOKRATISCHE DEUTSCHLAND, Wochenschrift (Hamburg), hrsg. v. Bernstorff, 1919 ff

DAS GRÖSSERE DEUTSCHLAND, Wochenschr. f. deutsche Welt- u. Kolonialpolitik (Dresden), hrsg. v. W. Bacmeister, 1914 ff

DAS NEUE DEUTSCHLAND. Wochenschr. f. konservativen Fortschritt (Gotha), hrsg. v. A. Grabowsky, 1911 ff

DEUTSCHLANDS ERNEUERUNG. Monatsschrift für das deutsche Volk (München), hrsg. v. G. v. Below, H. St. Chamberlain, H. Claß, K Geyer, M. v. Gruber, D. Schäfer, R. Seeberg u. a., 1917 ff

EVANGELISCHE FREIHEIT (Tübingen), hrsg. v. O. Baumgarten, 1900 ff

DAS GEWISSEN. Für den "Ring" hrsg. v. E. Stadtler, 1919 ff

DIE GLOCKE. Wochenschr. f. Politik und Wirtschaft, Kunst und Kultur (Berlin), hrsg. v. Parvus, 1915 ff

DIE GRENZBOTEN. Zeitschr. f. Politik und Literatur (Leipzig), hrsg. v. G. Cleinow, 1841 ff

DIE HILFE. Zeitschr. f. Politik (Berlin), hrsg. v. F. Naumann, 1895 ff

HOCHLAND. Zeitschr. für alle Gebiete des Wissens und der schönen Künste (München), hrsg. v. C. Muth, 1903 ff

DIE HOCHSCHULE. Blätter für akad. Leben und stud. Arbeit (Berlin), hrsg. v. H. Roeseler, 1917 ff

PREUSSISCHE JAHRBÜCHER (Berlin), hrsg. v. H. Delbrück, 1858 ff

FREIDEUTSCHE JUGEND. Eine Monatsschr. für das junge Deutschland (Hamburg), 1915 ff

JUNGE MENSCHEN (Hamburg), 1920 ff

DER KUNSTWART (Berlin), hrsg. v. F. Avenarius, 1887 ff

DER NEUE MERKUR. Monatshefte (Stuttgart/Berlin), 1914 ff

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE (Berlin), 1896 ff

SÜDDEUTSCHE MONATSHEFTE (München), hrsg. v. P. N. Cossmann u. K. A. v. Müller, 1904 ff

KONSERVATIVE MONATSSCHRIFT für Politik, Literatur, Kunst (Leipzig), 1843 ff

DEUTSCHES PHILOLOGENBLATT. Korrespondenz-Blatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand (Leipzig), hrsg. v. A. Hoofe, 1892 ff

ALLGEMEINE RUNDSCHAU. Wochenschr. für Politik u. Kultur (München), 1903 ff

DEUTSCHE RUNDSCHAU (Berlin), 1874 ff

DIE NEUE RUNDSCHAU (Berlin), 1889 ff

STIMMEN DER ZEIT. Monatsschr. f. das Geistesleben der Gegenwart (Freiburg i. B.), 1871 ff

DEUTSCHES VOLKSTUM. Monatsschr. f. das deutsche Geistesleben (Hamburg), hrsg. v. W. Stapel, 1917 ff

DER VORTRUPP. Halbmonatsschrift für das Menschentum unserer Zeit (Hamburg), hrsg. v. H. Popert, 1911 ff (ab 1920 in den "Kunstwart" eingegan gen)

DEUTSCHE WACHT. Wochenschr. der Deutschen Vereinigung (Halle, später Bonn), 1908 ff

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK (Berlin), hrsg. v. Schmidt/Grabowsky, 1907 ff

PÄDAGOGISCHES ZENTRALBLATT (Berlin), 1919 ff

Selbständige Schriften

Anschütz, G.: Parlament und Regierung im Deutschen Reich, Berlin 1918

Arons, L.: Universitäten heraus, Berlin 1918

Bachmann, Ph.: Ein Volk, ein Staat, eine Schule, Langensalza 1922

Ballod, K.: Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, 2. Aufl. Stuttgart 1919

Baumgarten, O.: Predigten aus der Revolutionszeit, Tübingen 1919

Die Not der akad. Berufe nach dem Friedensschluß, Tübingen 1919

Die Schuld am deutschen Zusammenbruch. Tagebuchblätter eines höheren preußischen Verwaltungsbeamten, Tübingen 1919

Der Aufbau der Volkskirche, Tübingen 1920

Becker, C. H.: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919

Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig 1919

Below, G. v.: Das gute Recht der Vaterlandspartei. Eine Antwort an Prof. H. Delbrück (Schr. der deutschen Vaterlandspartei 1), Berlin 1918

Die parteiamtliche neue Geschichtsauffassung, Langensalza 1920

Recht und Notwendigkeit der Deutschnationalen Volkspartei (Vortragsentwurf Nr. 1)

Soziologie als Lehrfach, München/Leipzig 1920

Deutsche Reichspolitik einst und jetzt (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart), Tübingen 1922

Politik der Mitte - Politik der Schwäche (Deutschnationale Flugschrift Nr. 129), Berlin 1922

Die Hemmnisse der politischen Befähigung der Deutschen und ihre Beseitigung, Langensalza 1924

Einleben in die Verfassung oder Verfassungsänderung, Langensalza 1926

Aus Politik und Geschichte. Gedächtnisschrift für Georg von Below, Berlin 1928

Beyerle, K.: Die Verfassung des deutschen Reiches. Sonderdruck aus: Reichsgesetzbl. Jg. 1919, Nr. 152, München 1919

Bonn, M. J.: Gerechtigkeit, München 1919

Mußte es sein? (=3. Aufl. von "Amerika als Feind"), München 1919

Die Auflösung des modernen Staats, Berlin 1921

Die Krise der europäischen Demokratie, München 1925

Brandes, G.: Der zweite Teil der Tragödie: Der Friedensschluß, Gotha 1920

Braun, O.: Deutscher Einheitsstaat oder Foderativsystem? Berlin 1927

Geschichtliche Bildung und ethische Werte, Charlottenburg 1921

Bredt, J. V.: Das Werk des Herrn Preuß, oder wie soll eine Reichsverfassung nicht aussehen, Berlin 1919

Der Geist der deutschen Reichsverfassung, Berlin 1924

Brentano, L.: Ist das "System Brentano" zusammengebrochen? Berlin 1918

Walther Rathenau und seine Verdienste um Deutschland, München 1922

Die Urheber des Weltkriegs, 2. Aufl., München 1922

Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter, München/Leipzig 1923

Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Ges. Reden und Aufsätze, Leipzig 1923

Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festschr. für Lujo Brentano. Hrsg. v. M. J. Bonn und M. Palyi, München/Leipzig 1925

Brockelmann, C.: Wiederaufbau. Rede geh. zur Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Angehörigen der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg, Hallische Universitätsreden Nr. 12, Halle 1919

Brunstäd, F.: Nationale Aufgaben der deutschen Universitäten und Studenten, Leipzig 1920

Budde, G.: Philosophisch-pädagogische Strömungen der Gegenwart, Langensalza 1916

Erziehungsfragen zur Zeit der französischen Revolution (Ein Spiegel für die Gegenwart), Langensalza 1919

Geistige Strömungen und Erziehungsfragen im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart, 2. Aufl., Breslau 1926

Budde, G.: Welt- und Menschheitsfragen in der Philosophie Rudolf Euckens, Langensalza 1921

Gegenwartsfragen im Spiegel der Welt- und Lebensanschauung Fichtes, Langensalza 1924

Chroust, A.: Zwei Rektoratsreden, Würzburg 1925

Cohn, J.: Erziehung zu sozialer Gesinnung, Langensalza 1920

Delbrück, H.: Regierung und Volkswille 1914, 2. Aufl., Berlin 1920

Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902 - 1925, Berlin 1926

Am Webstuhl der Zeit. Festschr. für Hans Delbrück, hrsg. v. H. Daniels und P. Rühlmann, Berlin 1928

Der Friede von Versailles, Berlin 1930

Eckert, C.: Deutsche Gedenktage. Reden, Bonn 1918

Eucken, R.: Was bleibt unser Halt? Leipzig 1918

Die geistigen Forderungen der Gegenwart, 3. Aufl., Berlin 1918

Deutsche Freiheit. Ein Weckruf, Leipzig 1919

Die Träger des deutschen Idealismus, Berlin 1919

Geistige Strömungen der Gegenwart, Berlin/Leipzig 1920

Der Kampf um die Religion in der Gegenwart, F. Manns Päd. Magazin H. 880, Langensalza 1922

Ethik als Grundlage des staatsbürgerlichen Lebens, Langensalza 1924

Fassbender, M.: Revolution und Kultur, Berlin 1919

Fischer, A.: Die 5 ersten Jahre akademischer Fürsorgearbeit, München 1925

Fleischmann, M.: Die Einwirkung auswärtiger Gewalten auf die deutsche Reichsverfassung. Rektoratsrede, Halle 1925

Foerster, F. W.: Politische Ethik und politische Pädagogik, München 1918

Weltpolitik und Weltgewissen, München 1919

Foerster, F. W.	Müller, A. D.: Die soziologische und religionsphilosophische Grundlegung der staatsbürgerlichen Erziehung bei Friedr. Wilh. Foerster, Diss., Leipzig 1924
	Pilger, L.: Foerster als Ethiker, Politiker und Pädagoge, München 1922
Freudenthal, B.:	Die politische Erziehung des Deutschen (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart), Tübingen 1921
Freytag-Loringhoven, A. v.:	Politik. Einführung in Gegenwartsfragen, München 1919
	Der Geist der neuen Reichsverfassung. Deutschnat. Jahrbuch für 1920
	Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, München 1924
Gierke, O. v.:	Der germanische Staatsgedanke (Staat, Recht und Volk, H. 5), Berlin 1919
Giese, F.:	Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Berlin 1919
Gmelin, H.:	Warum ist der Reichsverfassungsentwurf für uns Süddeutsche unannehmbar? Gießen 1919
Grabowsky, A.:	Wege ins neue Deutschland (DAS NEUE REICH, H. 3), Gotha 1918
Guardini, R.:	Auf dem Wege. Versuche, Wiesbaden 1923
Haller, J.:	Tod und Auferstehung der deutschen Nation, Tübingen 1919
	Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik, Stuttgart 1934
	Wendepunkte der deutschen Geschichte (Schr. zur völkischen Bildung), Köln 1940
Harms, B.:	Universitäten, Professoren und Studenten in der Zeitenwende, Jena 1936
Harnack, A. v.:	Erforschtes und Erlebtes. Reden und Aufsätze, NF Bd. 4, Gießen 1923
	Aus der Werkstatt des Vollendeten. Reden und Aufsätze, NF Bd. 5, Gießen 1930
Heuß, Th.:	Die neue Demokratie, Berlin 1920
Heyck, E.:	Das Deutschland von morgen, Halle 1918
Hintze, O.:	Ges. Abhandlungen, 3 Bde., hrsg. v. F. Hartung, Leipzig 1941-1943

Hobohm, M.: Vaterlandspolitik. Erste Auswahl aus der "Deutschen Korrespondenz", Berlin 1918

Hoche, A.: Vom Sterben. Kriegsvortrag, Jena 1919

Die französische und die deutsche Revolution, Jena 1920

Hoetzsch, O.: Deutschlands Grenzmarken und Außenpolitik. Rede auf dem 4. Deutschnat. Parteitage in Görlitz am 27. Oktober 1922, Berlin 1922 (Deutschnat. Flugschr. Nr. 141)

Holl, K.: Christliche Reden, Gütersloh 1926

Holle, H. G.: Allgemeine Biologie als Grundlage für Weltanschauung, Lebensführung und Politik, München 1919

Hollmann, A. H.: Die Volkshochschule und die geistigen Grundlagen der Demokratie, 2. Aufl., Berlin 1919

Honigsheim, P.: Revolutionierung deutscher Volksbildung (Junge Republik H. 7), Bergedorf 1924

Jaspers, K.: Die Idee der Universität, Berlin 1923

Joachimsen, P.: Vom deutschen Volk zum deutschen Staat, 2. Aufl., Leipzig/Berlin 1920

Jordan, H.: Kulturgesinnung und Staatsgesinnung, Berlin 1917

Die Demokratie und Deutschlands Zukunft, Berlin 1918

Wie kam es? Die letzten 6 Jahre deutscher Politik in ihren inneren Zusammenhängen, Berlin 1920

Von deutscher Not und deutscher Zukunft. Gedanken und Aufsätze, Leipzig 1922

Kahl, W.: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart H. 44), Tübingen 1926

Kahler, E. v.: Der Beruf der Wissenschaft, Berlin 1920

Kaindl, R. F.: 1848/49 - 1866 - 1918/19. Des deutschen Volkes Weg zur Katastrophe und seine Rettung, München 1920

Kaufmann, E.: Grundfragen der künftigen Reichsverfassung, Berlin 1919

Kerschensteiner, G.: Die Selbstregierung der Schulleitung und Schulaufsicht, München 1919

Kerschensteiner, G.: Das einheitliche Schulsystem, Leipzig/Berlin 1922

Autorität und Freiheit als Bildungsgrundsätze, Leipzig 1924

Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend, Erfurt 1901, 8. Aufl. 1925

Kjellén, R.: Warum ich es mit Deutschland in diesem Weltkriege halte, Berlin 1918

Keynes, J. M.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, Berlin 1920

Der Friedensvertrag von Versailles, Berlin 1921 (Zuerst: in Everybody's Magazine, Juni 1920)

Koellreutter, O.: Die politischen Parteien im modernen Staatè, Breslau 1926

Krieck, E.: Revolution und Wissenschaft, Jena 1920

Kühnemann, E.: Der deutsche Geist und die Revolution, Breslau 1918

Vom Weltreich des deutschen Geistes. Reden und Aufsätze, München 1914

Aus dem Weltreich deutschen Geistes, 2. Aufl., München 1926

Geistige Strömungen in Deutschland. Zur Frage der deutschen Gegenwart (Schr. der Vereinigung für staatswiss. Fortbildung, H. 15), Berlin 1927

Lehmann, R.: Die pädagogischen Bewegungen der Gegenwart, München/Leipzig 1923

Lenz, F.: Staat und Marxismus. Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre, Stuttgart/Berlin 1921

Lenz, M.: Kleine historische Schriften, 3 Bde., München/Berlin 1920

Liebert, A.: Vom Geist der Revolutionen, Berlin 1919

Liebig, H. Frhr. v.: Der Betrug am deutschen Volk, München 1919

Wege zur politischen Macht, München 1921

Bethmann-Hollweg, Erzberger, Scheidemann (Reichsverderber Teil 1), Berlin 1922

Litt, Th.: Individuum und Gemeinschaft, Leipzig/Berlin 1921, 2. Aufl. 1924

Marcks, E.: Das deutsche Reich. Rede, Berlin 1921

Geschichte und Gegenwart. Fünf historisch-politische Reden, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1925

Mausbach, J.: Kulturpolitik des Zentrums. Rede, München-Gladbach 1920

Kulturfragen in der deutschen Verfassung, München-Gladbach 1920

Religionsunterricht und Kirche, Freiburg i. B. 1922

Mayer, E.: Vom alten und vom kommenden deutschen Reich. Reformvorschläge, Langensalza 1922

Meinecke, F.: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, München/Berlin 1918

Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage, München/Berlin 1919

Deutscher Staat und deutsche Parteien. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag, München/Berlin 1922

Staat und Persönlichkeit, Berlin 1933

Politische Schriften und Reden, hrsg. v. G. Kotowski, Darmstadt 1958

Ausgewählter Briefwechsel, hrsg. v. L. Dehio/P. Cassen, Stuttgart 1962

Menzer, P.: Zum 18. Januar 1921 (Hallische Universitätsreden 16), Halle 1921

Moldenhauer, P.: Von der Revolution zur Nationalversammlung (Deutscher Aufbau H. 2), Bonn 1919

Meyer, E.: Deutschlands Lage in der Gegenwart und und unsere Aufgabe für die Zukunft. Rede, Berlin-Lichterfelde 1919

Für Ehre, Wahrheit und Recht. Erklärung deutscher Hochschullehrer zur Auslieferungsfrage, Berlin 1919

Kleine Schriften, Halle 1924

Mulert, H.: Die Aufgabe der Volkshochschule gegenüber den Weltanschauungsgegensätzen in unserem Volke, Langensalza 1922

Müller, K. A. v.: Volk in Not. Rede, München o. J. (1921)

Vom alten zum neuen Deutschland. Aufsätze und Reden, Stuttgart 1938

Müller, K. A. v./ Cossmann, P. N.:	Die deutschen Träumer. Ges. Aufs., München 1925
Natorp, P.:	Die Einheitsschule, Berlin 1916, 2. Aufl. (unverändert) 1919
	Die Seele des Deutschen, Jena 1918
	Sozial-Idealismus, Berlin 1920
	Individuum und Gemeinschaft, Jena 1921
	Der Deutsche und sein Staat. Kant über Krieg und Frieden, Erlangen 1924
Nawiasky, H.:	Der Bundesstaat als Rechtsbegriff, Tübingen 1920
	Die Grundgedanken der Reichsverfassung, München 1920
Niebergall, F.:	Evangelischer Sozialismus, Tübingen 1920
Oncken, H.:	Über die Zusammenhänge zwischen innerer und äußerer Politik, Leipzig 1919
	Nation und Geschichte. Reden und Aufsätze 1919 - 1935, Berlin 1935
Oppenheimer, F.:	Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie, Jena 1919
	Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Jena 1913, 2. Aufl. 1919
	Der Ausweg. Notfragen der Zeit, Jena 1919
	Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Jena 1919
	Ges. Reden und Aufsätze, 2 Bde., München 1924
Philipp, A.:	Der völkisch-nationale Gedanke im Kampf mit der Republik (Deutschnat. Flugschrift 147), Berlin 1924
Platz, H.:	Zeitgeist und Liturgie, Mönchen-Gladbach 1921
Plenge, J.:	Die Revolutionierung der Revolutionäre, Leipzig 1918
	Durch Umsturz zum Aufbau. Eine Rede an Deutschlands Jugend, Münster i. W. 1918
	Die Geburt der Vernunft, Berlin 1918
	Drei Vorlesungen über die allgemeine Organisationslehre, Essen 1919
	Deutsche Propaganda, Bremen 1922

Preuß, H.:	Entwurf der künftigen Reichsverfassung, Berlin 1919
	Deutschlands republikanische Reichsverfassung, Berlin 1923
	Staat, Recht, Freiheit. Ges. Aufs., Tübingen 1926
Radbruch, G.:	Ihr jungen Juristen, Berlin 1919
	Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen, Berlin 1922 (Neudruck Stuttgart 1949)
Ragaz, L.:	Die pädagogische Revolution. 10 Vorlesungen zur Erneuerung der Kultur, Olten 1920
Rein, W.:	Die nationale Einheitsschule in ihrem äußeren Aufbau betrachtet, 3. Aufl. Osterwieck (Harz) 1919
Roethe, G.:	Deutsche Dichter des 18. und 19. Jahrhunderts und ihre Politik, Berlin 1919
	Deutsche Männer, Berlin 1922
	Deutsche Reden, hrsg. v. J. Petersen, Leipzig 1927
Seeberg, E.:	Menschwerdung und Geschichte. Ges. Aufs., Stuttgart 1938
Seeberg, R.:	Wir heißen euch hoffen! 4 akad. Reden, Berlin 1919
	Christentum und Idealismus, Berlin 1922
Sigismund, F.:	Die Einheitsschule eine nationale Gefahr, Berlin 1918
Spahn, M.:	Die Großmächte, Berlin 1918
	Die Wiedereinverleibung der Eisenerzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet (als Handschr. gedr.), Berlin/Düsseldorf 1918
	Der Weg zur deutschen Rechten. Rede geh. am 2. 9. 1921 auf dem Münchner Parteitag der DNVP (Deutschnat.Flugschr. Nr.115), Berlin 1921
	Die deutsche Arbeiterschaft und der Aufbau (RING - Flugschr. Nr. 3), Berlin 1921
Spann, O.:	Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig 1923
Spranger, E.:	Kultur und Erziehung. Ges. päd. Aufs., Leipzig 1920, 3. Aufl. 1925

Steinhausen, G.: Der politische Niedergang Deutschlands in seinen tieferen Ursachen, Osterwieck 1927

Schäfer, D.: Des Vaterlandes Not (Sonderdr. aus: Deutschlands Erneuerung, Monatsschrift für das deutsche Volk), München 1919

Wie wurden wir ein Volk, wie können wir es bleiben? München 1919

Staat und Welt. Eine geschichtliche Zeitbetrachtung, Berlin 1922

Deutschtum und Ausland, Berlin/Leipzig 1926

Dietrich Schäfer zum Gedächtnis, Grimme (Pommern) 1929

Schmidt, F. J.: Das Problem der nationalen Einheitsschule, Jena 1916

Volksvertretung und Kulturpolitik, Berlin 1919

Schmitt, C.: Die geistesgeschichtliche Krise des heutigen Parlamentarismus, München 1923, 2. Aufl. 1926

Schmoller, G.: Walther Rathenau und Hugo Preuß, München 1922

Schreiber, G.: Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus, Freiburg 1922

Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Leipzig 1923

Schücking, W.: Die völkerrechtliche Lehre des Weltkriegs, Leipzig 1918

Der Bund der Völker. Studien und Vorträge zum organisatorischen Pazifismus, Leipzig 1918

Ein neues Zeitalter? Vortrag in Versailles vor der deutschen Friedensdelegation, geh. am 5. Mai 1919, Berlin 1919

Stier-Somlo, F.: Republik oder Monarchie in Deutschland? Bonn 1919

Die Verfassungsurkunde der Vereinigten Staaten von Deutschland (22. 12. 1918), Tübingen 1919

Die Demokratie. Ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung (Deutscher Aufbau, H. 3), Bonn 1919

Thiess, K.: Universität im Kampf (Kölner Universitätsreden Nr. 10), Köln 1921

Triepel, H.: Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Berlin 1928

Troeltsch, E.: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918-1922, Tübingen 1924

Vorländer, K.: Kant als Deutscher, Darmstadt 1919

Weber, M.: Ges. Aufs. zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1922

Gesammelte Politische Schriften, neu hrsg. v. J. Winckelmann, 2. Aufl. Tübingen 1958

Wilamowitz-Moellendorff, U. v.: Der griechische und der platonische Staatsgedanke (in: Staat, Recht und Volk, wissenschaftliche Reden und Aufsätze, hrsg. v. U. v. W.-M., 3. H.) Berlin 1919

Wilbrandt, R.: Sozialismus, Jena 1919, 2. Aufl. 1921

Wittmayer, L.: Reichsverfassung und Politik (in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart), Tübingen 1922

Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1922

Wolzendorff, K.: Der reine Staat. Skizzen zum Problem einer neuen Staatsepoche, Tübingen 1920

Wundt, M.: Vom Geist unserer Zeit, München 1922

Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche, München 1923

Die Treue als Kern deutscher Weltanschauung (Schr. zur polit. Bildung, hrsg. v. d. Gesellsch. "Deutscher Staat", H. 14), Langensalza 1924

Was heißt völkisch? Langensalza 1924

Wundt, W.: Die Nationen und ihre Philosophie. Ein Kapitel zum Weltkrieg, Stuttgart 1915, 2. Aufl. 1921

Zukunft der Kultur, Leipzig 1920

Zorn, P.: Der Völkerbund. Eine Kritik des Entwurfes für die Verfassung des Völkerbundes, Berlin 1919

Lebenserinnerungen und Selbstdarstellungen

Baumgarten, Otto: Meine Lebensgeschichte. Tübingen 1929

Bonn, Moritz J.: So macht man Weltgeschichte. Bilanz eines Lebens. München 1953

Brandl, Alois: Zwischen Inn und Themse. Lebensbetrachtungen eines Anglisten. Berlin 1936

Brentano, Lujo: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931

Dehn, Günther: Die alte Zeit, die vorigen Jahre. Lebenserinnerungen. München 1962

Deissmann, Adolf: Selbstdarstellung in: Die Religionswissenschaft in Selbstdarstellungen. Bd. I, Leipzig 1925

Dessoir, Max: Buch der Erinnerung. 2. Aufl., Stuttgart 1947

Eucken, Rudolf: Lebenserinnerungen. Leipzig 1921

Eyck, Erich: Auf Deutschlands politischem Forum. Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1963

Finke, Heinrich: Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Bd. I, Leipzig 1925

Fischer-Baling, Eugen: Volksgericht. Die deutsche Revolution von 1918. Erlebnis und Gedanke. Berlin 1932

Foerster, Friedr. Wilh.: Mein Kampf gegen das militaristische und und nationalistische Deutschland. Stuttgart 1920

Erlebte Weltgeschichte 1869 - 1953. Nürnberg 1953

Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in 4 Reichen, Bonn 1964

Grotjahn, Alfrde:	Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932
Haller, Johannes:	Lebenserinnerungen. Geschehenes - Gehörtes - Gedachtes, Stuttgart 1960
Hessen, Johannes:	Geistige Kämpfe der Zeit im Spiegel des Lebens. Nürnberg 1959
Heuß, Theodor:	Erinnerungen 1905 - 1933. Tübingen 1963
Hielscher, Friedrich:	50 Jahre unter Deutschen. Hamburg 1954
Hoche, Alfred:	Jahresringe. Innenanschten eines Seelenlebens, München/Berlin 1934
Hofmiller, Josef:	Revolutionstagebuch 1918/19. Leipzig 1938
Kühnemann, Eugen:	Mit unbefangener Stirn. Mein Lebensbuch, Heilbronn 1937
Lehmann, Max:	Geschichtswissenschaft in Selbstdarstellungen. Bd. I, Leipzig 1925
Lubarsch, Otto:	Ein bewegtes Gelehrtenleben. Erinnerungen und Erlebnisse, Kämpfe und Gedanken. Berlin 1931
Mausbach, Joseph:	Die Religionswissenschaft der Gegenw. in Selbstdarstellungen. Bd. III, Leipzig 1927
Meinecke, Friedrich:	Straßburg, Freiburg, Berlin 1901 - 1919 Erinnerungen. Stuttgart 1949
	Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. und eingeleitet von Ludwig und Peter Classen. Stuttgart 1962

Messer, August: Selbstdarstellung in: Stimmen der Zeit Bd. 97 (1919), 313 ff

Müller, Karl Alexander von: Unterm weißblauen Himmel. Stuttgart 1952

" Mars und Venus, Erinnerungen, Stuttgart 1954

Natorp, Paul: Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. I, Leipzig 1921

Oppenheimer, Franz: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Berlin 1931
Neudruck mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Ludwig Erhard, hrsg. v. L. Y. Oppenheimer, Düsseldorf 1964

Radbruch, Gustav: Der innere Weg. Aufriß meines Lebens, Stuttgart 1951

Regler, Gustav: Das Ohr des Malchus, Eine Lebensgeschichte. Berlin/Köln 1958

Rosen, Friedrich: Aus einem diplomatischen Wanderleben, 4 Bde. Wiesbaden 1959

Sauerbruch, Ferdinand: Das war mein Leben. Bad Wörishofen 1951

Seeberg, Reinhold: Die Religionswissenschaft in Selbstdarstellungen, Bd. I. Leipzig 1925

Schäfer, Dietrich: Mein Leben, Berlin/Leipzig 1926

Schoenberner, Franz: Confessions of a European Intelectual, New York/Toronto 1946

Schreiber, Georg: Zwischen Demokratie und Diktatur. München 1949

Toller, Ernst: Ausgewählte Schriften. Berlin 1961
(enthalten: "Eine Jugend in Deutschland")

Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Reinbek 1963. Originalausgabe Amsterdem 1933

Weber, Marianne: Lebenserinnerungen, Bremen 1948

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von: Erinnerungen 1848 - 1914 Leipzig 1928

Wilbrandt, Robert: Ihr glücklichen Augen. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1947

Wundt, Wilhelm: Erlebtes und Erkanntes, Stuttgart 1920

Zorn, Philipp: Aus einem deutschen Universitätsleben. Bonn 1927

Biographien

Below	Below, Minnie von: Georg von Below. Ein Lebensbild für seine Freunde, Stuttgart 1930
Delbrück	Schmidt, J. F./Molinski, K./Mette, S.: Hans Delbrück, der Historiker und Politiker, Berlin 1928
Harnack	Zahn-Harnack, A. von: Adolf von Harnack, Berlin 1936
Kerschensteiner	Kerschensteiner, M.: Georg Kerschensteiner. Der Lebensweg eines Schulreformers, München/Berlin 1939
	Fernau-Kerschensteiner, Gabriele: Georg Kerschensteiner oder die Revolutionierung der Bildung, München/Düsseldorf 1954
Preuß	Feder, Ernst: Hugo Preuß, Berlin 1926
Weber	Weber, Marianne: Max Weber, Ein Lebensbild, Tübingen 1926

Sekundärliteratur

Apelt, W.: Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946

Asen, J.: Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin 1810 - 1945, Leipzig 1955

Balle, H.: Die propagandistische Auseinandersetzung des Nationalsozialismus mit der Weimarer Republik und ihre Bedeutung für den Aufstieg des Nationalsozialismus, Diss. Erlangen 1963

Baumgarten, E.: Max Weber. Werk und Person. Dokumente, ausgewählt und kommentiert, Tübingen 1964

Besson, W.: Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik, in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch., Jg. 7 (1959), 113 ff

Bracher, K. D.: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart/Düsseldorf 1955

Buchheim, K.: Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung, München 1960

Bußmann, W.: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik, in: Histor. Zeitschr. Bd. 190 (1959), 62 ff

Zum Gedenken an den 100. Geburtstag Friedrich Meineckes, in: Aus Politik und Zeitgesch., Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT B 3/63 (16. Januar 1963)

Dehio, L.: Friedrich Meinecke, der Historiker der Krise, Berlin 1953

Ellwein, T.: Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise, München 1954

Epstein, K.: Der interfraktionelle Ausschuß und das Problem der Parlamentarisierung 1917/18, in: Histor. Zeitschr., Bd. 191, 562 ff

Ernst, F.: Johannes Haller, Stuttgart 1949

Eschenburg, Th.: Die improvisierte Demokratie. Ges. Aufs. zur Weimarer Republik, München 1963

Aus dem Universitätsleben vor 1933, in: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe etc., hrsg. v. A. Flitner, Tübingen 1965

Die Universitäten und der Staat von Weimar. Das Verhältnis deutscher Hochschullehrer zur freiheitlichen Verfassung, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 154, 7. Juli 1965

Eyck, E.: Geschichte der Weimarer Republik. Bd.: 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1954

Fischer-Baling, E.: Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfrage des 1. Weltkriegs, Festschr. f. L. Bergsträsser, Düsseldorf 1954, 117 ff

Friedensburg, F.: Die Weimarer Republik, 2. Aufl. Hannover/Frankfurt 1959

Gerth, H.: Historiker in meiner Zeit. Ges. Aufs., Köln/Graz 1957

Harnack, Axel v.: Hans Delbrück, in: DIE NEUE RUNDSCHAU, Jg. 62 (1952), 408 ff

Herrmann, K.: Der Zusammenbruch 1918 im Spiegel der deutschen Tagespresse, Diss. Münster 1959

Herzfeld, H.: Staat und Nation in der Geschichtsschreibung der Weimarer Zeit, in: Ausgew. Aufsätze, Berlin 1962

Friedrich Meinecke. Der Historiker, der Politiker und der Mensch nach seinem Briefwechsel, In: Ausgew. Aufsätze, Berlin 1962

Hofmann, H.: Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, Neuwied 1964

Jasper, G.: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922 - 1930, Tübingen 1963

Klemperer, K. v.: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1961

Knoll, J. H.: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. Zur politischen Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre, Stuttgart 1957

Kollmann, E. C.: Eine Diagnose der Weimarer Republik, Ernst Troeltschs politische Anschauungen, in: Histor. Zeitschr. Bd. 182, 291 ff

Kotowski, G.: Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes, in: Zur Gesch. und Problematik der Demokratie, Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958

Die deutsche Novemberrevolution. Warum der 9. November 1918 nicht zum Staatsfeiertag erklärt wurde, in: Aus Politik und Zeitgesch., Beilage B 49/60 (7. 12. 1960)

Kupisch, K.: Zwischen Idealismus und Massendemokratie. Eine Gesch. der evangelischen Kirche in Deutschland von 1815 - 1945, 4. Aufl. Berlin 1963

Tradition und Gegenwart. Grundzüge und Probleme der deutschen Geschichte. Dritter Teil: Das Volk, Berlin/Stuttgart 1963

Leisen, A.: Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik, Diss. Heidelberg 1964

Linhardt, H.: Johann Plenges Organisations- und Propagandalehre, Berlin 1965

Lübbe, H.: Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel/Stuttgart 1963

Lutz, H.: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914 - 1925, München 1963

Maste, E.: Hugo Preuß. Vater der Weimarer Verfassung. Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Hugo Preuß am 28. Oktober 1960, in: Aus Politik und Zeitgesch., Beilage B 43/60 (26. 10. 1960)

Mehnert, G.: Evangelische Kirche und Politik 1917 - 1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959

Mohler, A.: Die konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950

Mommsen, W. J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890 - 1920, Tübingen 1959

Nationalversammlung Die Nationalversammlung in Wort und Bild, Stuttgart 1919

Die Weimarer Nationalversammlung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst H. 16), Bonn 1960

Oertzen, P.: Betriebsräte in der Novemberrevolution (1918/19), Düsseldorf 1963

Patemann, R.: Der Kampf um die preußische Wahlreform im I. Weltkrieg, Düsseldorf 1964

Petzke, H.: Max Weber und sein Einfluß auf die Reichsverfassung, Diss. Leipzig 1925

Petzoldt, J.: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienste des deutschen Imperialismus, Berlin (Ost) 1963

Pöggeler, F.: Die Pädagogik F. W. Foersters. Eine systematische Darstellung, Freiburg i. B. 1957

Pross, H.: Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Olten/Freiburg 1963

Rosenberg, A.: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. K. Kersten, Frankfurt a. M. 1955

Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1961

Schade, F.: Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961

Schlawe, F.: Literarische Zeitschriften, Teil II: 1910 - 1933, Stuttgart 1962

Schmidt, G.: Deutscher Historismus und der Übergang zur parlamentarischen Demokratie (Histor. Studien H. 389), Hamburg 1964

Schoeps, H. J.: Was ist und was will die Geistesgeschichte? Über Theorie und Praxis der Zeitgeistforschung, Göttingen 1959

Unbewältigte Geschichte. Stationen deutschen Schicksals seit 1763, Berlin 1964

Schwabe, K.: Die deutschen Professoren und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Diss. Freiburg 1958

Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, in: Histor. Zeitschr. Bd. 193 (1961), 609 ff

Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im 1. Weltkrieg, in: Vierteljahresh. f. Zeitgesch. Jg. 14 (1966), 105 ff

Schwarz, M.: MdR. Biogr. Handbuch der deutschen Reichstage, Hannover 1965

Schwierskott, H. J.: Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962

Siefert, H.: Der bündische Aufbruch 1918 - 1923, Bad Godesberg 1963

Siegel, M.: Das Wesen der Revolutionspädagogik (Göttinger Studien H. 16), Langensalza 1930

Sontheimer, K.: Antidemokratisches Denken. Wesen und Wirkung in der Weimarer Republik, in: Aus Politik und Zeitgesch., Beilage B 46/61 (15. November 1961)

Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Der Weg in die Diktatur 1918 - 1933, München 1962, 47 ff

Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962

Spael, W.: Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Seine Pionier- und Krisenzeiten 1890 - 1945, Würzburg 1964

Sterling, R. W.: Ethics in a world of Power. The Political Ideas of F. Meinecke, Princeton 1958

Thimme, A.: Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955

Tormin, W.: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Gesch. der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954

Vierhaus, R.: Die politische Mitte in der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissensch. und Unterricht Jg. 15, H. 3 (1964), 133- 149

Wende, E.: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biogr. Beitr. zur Kulturgesch. der Weimarer Republik, Stuttgart 1959

Lebenslauf

Am 26. September 1937 wurde ich als Sohn des Hauptschullehrers Franz Töpner und dessen Ehefrau Anna in Wrbitz/Tschechoslowakei geboren. Von 1943 - 1945 besuchte ich in Mies/CSR und nach der Vertreibung in Hechlingen/Mittelfranken die Volksschule.

Anschließend trat ich in die Realschule Gunzenhausen ein. Ein Umzug meiner Eltern im Jahre 1955 bedingte einen Schulwechsel. Nach der Reifeprüfung, die ich 1958 an der Oberrealschule Landsberg am Lech ablegte, leistete ich bis 1960 an verschiedenen Orten der Bundesrepublik meinen Wehrdienst ab.

Seit dem Sommersemester 1960 bin ich an der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen immatrikuliert und gleichzeitig seit Mai 1961 als wissenschaftliche Hilfskraft am Seminar für Religions- und Geistesgeschichte tätig.

Durch die vielseitigen Anregungen, die ich Herrn Prof. Dr. Schoeps und seiner Forschungsrichtung verdanke, entschloß ich mich zum Studium der Geistesgeschichte als Hauptfach.

Offsetdruck + Fotodruck
- J. Hogl, Erlangen, Brüxer Straße 9, (Nähe Röthelheimbad) Telefon 15336 -

Offsetdruck + Fotodruck
– J. Hogl, Erlangen, Brüxer Straße 9, (Nähe Röthelheimbad) Telefon 15336 –